

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1977 · Teil II

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Hildegard Hoffmann, Parviz Khalat-
bari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1977 · TEIL II



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1977

Redaktionsschluß: 15. 6. 1976

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1977

Lizenznummer: 202 · 100/128/77

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 280 5 (2103/77/2) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

Inhalt

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- | | | |
|--|---|------------------|
| Axel Dorner/
Otto Rennert | Zur Entwicklung des Binnenhandels während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Gebiet der heutigen DDR | BA 65
BL
9 |
| N. Smelov | Die Auseinandersetzung der KPD mit den reaktionären Kräften in der CDU im Kampf um die Durchsetzung der demokratischen Bodenreform (2. Halbjahr 1945) | BA 224
27 |
| Renate Schultze | Der verschärfte Klassenkampf auf wirtschaftspolitischem Gebiet in der DDR unmittelbar nach ihrer Gründung | BL 98
452 |
| Alexandru Suceveanu | Beiträge zur rechtlichen Struktur der landwirtschaftlichen Produktionsstätten in den westpontischen Städten (2. bis 3. Jahrhundert u. Z.) | X 397
65 |
| DISKUSSIONEN | | |
| Karl Lärmer | Jahrbuch-Forum: "Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik" | 93 |
| Elfriede Rehbein | Die Stellung des Transportwesens in den urgesellschaftlichen, altorientalischen und antiken Produktionsweisen | X 67
101 |
| LITERATURKRITIK | | |
| Alfred Schröter | Schlaglichter aus der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus | 115 |
| Horst Handke | Vom bürgerlichen Dilemma der Bestimmung des Bürgertums. Zu einem empirischen Versuch, aus sozialen Verhaltensweisen soziale Strukturen abzuleiten | 123 |
| Thomas Kuczynski | Ungarns Handwerkshistoriker auf neuen Wegen | 135 |
| Wolfgang Jacobeit/
Hans-Heinrich Müller | Agrargeschichte und Volkskunde | 141 |

FORSCHUNGSBERICHTE

- Siegfried Epperlein
CC 571 Zur Bedeutung des Handwerks sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Stellung der gewerblichen Produzenten in der mittelalterlichen russischen Stadt. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (I) 157

BETRIEBSGESCHICHTE

- V. E. Poletaev/
 I. L. Kornakovskij Registrierkarten als historische Quelle zur Erforschung der Sozialstruktur von Produktionsarbeitern in Industriebetrieben 185

QUELLEN UND MATERIALIEN

- Siegfried Sonntag
BA 676
BL Saisonale Schwankungen im Eisenbahnverkehr und ihre Entwicklung im Deutschen Reich (1924 bis 1942) und in den beiden deutschen Staaten (1950 bis 1974) 207
- Sigrid Dillwitz †
BA392 Quellen zur sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft im Deutschen Reich nach 1871 237

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Dieter Baudis Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften (19. November 1976 in Berlin) 271
- Gert Audring Vergleichende Geschichte der dörflichen Gemeinschaften (25. bis 29. Mai 1976 in Warschau) 285
- Stefan Oehmig Zur Rolle des Bürgertums in der deutschen frühbürgerlichen Revolution (25. November 1975 in Berlin) 287
- Rundschreiben Nr. 1 des Organisationskomitees des VII. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker im August 1978 in Edinburgh (Auszug) 291

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 10. Lieferung 297

- Autorenverzeichnis 311

- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 313

*Abhandlungen,
Studien, Miscellen*

ZUR ENTWICKLUNG DES BINNENHANDELS
WÄHREND DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN UMWÄLZUNG
AUF DEM GEBIET DER HEUTIGEN DDR

von Axel Dorner / Otto Rennert

1. Die umfassende Nutzung der Erfahrungen der UdSSR
2. Die Grundaufgaben des Handels nach 1945 und seine Besonderheiten
3. Erste Maßnahmen zur Wiedereingangssetzung der Versorgung
4. Die Regulierung und Leitung der Warenbewegung durch demokratische Selbstverwaltungsorgane
5. Der Aufbau eines volkseigenen Binnenhandels

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR dem Konsumgüterhandel stets eine bedeutende Rolle zugewiesen. Ist es doch gerade der Handel, der die Produktionserfolge der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft allen Werktätigen anschaulich macht und dessen Wirken Tag für Tag auf das unmittelbarste mit dem Leben jedes einzelnen Bürgers der DDR verbunden war und ist. Die Partei der Arbeiterklasse richtete im Hinblick auf den Handel die Aufmerksamkeit der Werktätigen immer auf zwei grundlegende Aufgabenstellungen, die vom Beginn des revolutionären Umwälzungsprozesses bis heute, bis zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus, ihre Gültigkeit haben:

Erstens auf die Tatsache, daß die Sicherung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern auf ständig steigendem Niveau als eine erstrangige politische Aufgabe betrachtet wird.¹

Zweitens auf die Tatsache, daß die Versorgung der Bevölkerung keineswegs nur vom Handel, sondern darüber hinaus von der Industrie und der Landwirtschaft, vom Transport- und Verkehrswesen, letzten Endes von der gesamten sozialistischen Volkswirtschaft getragen wird.²

1 Vgl. Programm der SED, Berlin 1976, S. 29.

2 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1976, S. 53, 56.

Wenn im folgenden auf die Entwicklung des Handels in den ersten Jahren nach 1945 im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung eingegangen wird, so vor allem deshalb, um anhand der damaligen komplizierten Situation und ihrer Meisterung das heute Erreichte tiefer begreifen und die weitere Entwicklung noch bewußter gestalten zu können.

Ein wichtiger methodologischer Ausgangspunkt ist die bestimmende Stellung der Produktion im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, die aber keineswegs die Rolle und Bedeutung des Handels mindert. Der Handel steht nicht schlechthin oder gar passiv zwischen Produktion und Konsumtion; er hat nicht nur für den Fluß der erzeugten Waren zum Konsumenten zu sorgen, obwohl gerade das eine Grundaufgabe seiner Tätigkeit ist. Er muß aktiv auf die sozialistische Produktion einwirken, damit in Quantität und Qualität, zum richtigen Zeitpunkt und im erforderlichen Sortiment die Waren produziert werden, die den Wünschen und Vorstellungen der Werktätigen entsprechen und ihre Bedürfnisse befriedigen. Zugleich muß der Handel auf die Entwicklung der Konsumtion aktiv Einfluß nehmen und über sie auf weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, zum Beispiel auf das Gesundheitswesen, auf Kultur und Volksbildung, Freizeit, Sport und Erholung, einwirken. Das bedeutet, daß er mit der Wahrnehmung seiner ökonomischen Funktion zugleich in hohem Maße aktiv politisch-erzieherisch wirksam wird.

Die marxistisch-leninistische These vom Primat der Produktion ist also keinesfalls im Sinne eines fatalistischen Abwartens und passiven Stillhaltens anderer Bereiche zu verstehen, sondern schließt notwendigerweise aktives Einwirken auch der Warenzirkulation und des Handels auf die anderen Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der Volkswirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens ein.

Der in der DDR vollzogene historische Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der mit der demokratischen Umwälzung begann, ist kein isolierter Vorgang, sondern Teil der welthistorischen Entwicklung unserer Zeit. Der grundlegende Zusammenhang, aus dem heraus die Entstehung und Entwicklung des Binnenhandels der DDR verstanden werden muß, ist der im Jahre 1917 durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Herausbildung des volkseigenen Binnenhandels in der DDR ist ein Abschnitt des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse für den Sozialismus im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der UdSSR an der Spitze.

In diesem Kampf, der zur entscheidenden Wende in der Geschichte des deutschen Volkes führte, stützte sich die am 22. April 1946 aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konsequent auf die marxistisch-leninistische Lehre von der sozialistischen Revolution und auf die allgemeingültigen Erfahrungen der UdSSR beim Aufbau des Sozialismus.

Das gilt auch für den von der SED geführten Kampf für einen Binnenhandel, der den Erfordernissen der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung entsprach und aktiv die sozialistische Produktionsweise vorbereiten half. Wie dem historischen Gesamtprozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, so liegen auch der demokratischen und schließlich sozialistischen Umgestaltung des Binnenhandels selbst zahlreiche spezifische Gesetzmäßigkeiten zugrunde. Sie tragen ebenfalls allgemeingültigen Charakter, da sie in allen Ländern, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollziehen, bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen konkreten Bedingungen und Erfordernisse objektiv wirksam werden und daher berück-

sichtigt werden müssen. Der unter Führung der Partei Lenins geschaffene Sowjet-handel war das große historische Vorbild für die Entwicklung und Gestaltung eines wahrhaft demokratischen Binnenhandels der DDR.

1. Die umfassende Nutzung der Erfahrungen der UdSSR

Lenins Lehre von der Notwendigkeit und Bedeutung des Handels für den Aufbau des Sozialismus und Lenins wissenschaftliche Analyse des sozialökonomischen Charakters der dem Handel in der Übergangsperiode zugrunde liegenden Ware-Geld-Beziehungen liefern ein hervorragendes Beispiel für die Anschauungen der Kommunistischen Partei Rußlands über die gesellschaftliche Praxis als das entscheidende Wahrheitskriterium der Theorie.

Die in kritischer Analyse des Kapitalismus von den Klassikern des Marxismus-Leninismus geschaffene ökonomische Theorie der Arbeiterklasse enthielt zunächst keine solche These, daß der Handel und überhaupt die Warenproduktion und -zirkulation dem Aufbau des Sozialismus dienen könnten.³ Sozialismus und Handel waren für jeden Marxisten in dieser frühen Phase des in unbekanntes Neuland führenden Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unvereinbare Gegensätze, und es gab in Sowjetrußland nicht wenige Versuche, den Handel zu liquidieren und ihn durch den unmittelbaren Produktaustausch zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu ersetzen. Lenin selbst erklärte am 29. Oktober 1921, rückblickend auf das Jahr 1918, daß es damals um die Rechnungslegung und Kontrolle im Sinne einer direkten materiell-gebrauchswertmäßigen Rechenschaftslegung der Betriebe gegenüber den Arbeiterkontrollleuten gegangen sei, "aber wir stellten überhaupt nicht die Frage, in welchem Verhältnis unsere Wirtschaft zum Markt, zum Handel stehen werde".⁴

Die Frage der Wiederzulassung des Handels warf Lenin erstmalig im Herbst 1921 auf, nachdem die Erfahrungen insbesondere des ersten halben Jahres nach Einführung der Neuen Ökonomischen Politik vorlagen. Sie brachten Lenin zu der Erkenntnis, daß der Handel nicht als etwas dem Sozialismus Feindliches zu beseitigen, sondern daß er bewußt und planmäßig für den Übergang zum Sozialismus zu nutzen sei. Nach der Zerschlagung der ausländischen Intervention und der Beendigung des Bürgerkrieges sah Lenin im Handel das Hauptkettenglied, das die kommunistische Partei und die proletarische Staatsmacht ergreifen mußten, sonst "werden wir uns der ganzen Kette nicht bemächtigen und das Fundament der sozialistischen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse nicht schaffen können".⁵ Lenin sah für das damalige Rußland im Handel "die einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie".⁶

Die Entwicklung des Handels erlangte in der Tat in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik eine geradezu lebenswichtige Bedeutung bei dem Bemühen,

3 Vgl. Rennert, Otto, Die wirtschaftliche Rechnungsführung (Konsultation), in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4/1974, S. 544 - 558.

4 Lenin, W. I., Über die Neue Ökonomische Politik, Referat in der Sitzung (der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz) am 29. Oktober 1921, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1963, S. 69.

5 Derselbe, Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, in: ebenda, S. 94.

6 Ebenda, S. 95.

die vornehmlich auf einfacher Warenproduktion beruhende, von Klein- und Mittelbauern betriebene landwirtschaftliche Produktion in Gang zu setzen. Mit dem Übergang von der totalen Pflichtablieferung während der Zeit des Kriegskommunismus zur Naturalsteuer konnten die Bauern die Überschüsse ihrer Produktion nach eigenem Ermessen frei verkaufen. Das veranlaßte sie zur spürbaren Steigerung ihrer bis dahin stagnierenden oder sogar zurückgehenden Produktion. Die Arbeiterklasse nutzte folglich die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen, um ihr politisches Bündnis mit der Bauernschaft - basierend auf dem gemeinsamen Interesse an der Zerschlagung der in- und ausländischen Reaktion - durch das ökonomische Bündnis zwischen beiden Klassen über den Handel zu ergänzen und weiterzuführen. Das Ingangsetzen der landwirtschaftlichen Produktion erforderte und förderte zugleich auch den Aufschwung der industriellen Produktion, die die Bauern mit Maschinen und Geräten beliefern mußte. Dies wiederum ermöglichte es den Bauern, die Industrie immer besser mit agrarischen Rohstoffen sowie die Industriearbeiter und die städtische Bevölkerung in steigendem Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Über die Entwicklung des Handels wurde demnach die führende Rolle der Industrie gegenüber der Landwirtschaft verwirklicht, das heißt wurden wichtige materielle Grundlagen der führenden Rolle der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft systematisch erweitert.

Hier äußerte sich in klassischer Form die Wirkung, die ein im gesellschaftlichen Interesse gestalteter Handel auf die materielle Interessiertheit der Produzenten, über diese auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft und auf das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft auszuüben vermag. Gerade das Primat der Produktion bedingte damals das In-den-Vordergrund-Rücken des Handels als Hauptkettenglied, um die Einheitlichkeit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses herzustellen und seine Dynamik zu sichern.

Allerdings existierte unter den Bedingungen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus - bei Vorhandensein einer Volkswirtschaft mit mehreren sozialökonomischen Formationen - der Handel vorwiegend in Form des Privathandels. In den Jahren 1923 bis 1924 gehörten in der UdSSR den Privathändlern 313 000 Einzelhandelsverkaufsstellen, das heißt 88 Prozent aller Einzelhandelsverkaufsstellen. 1922 bis 1923 erreichte der Anteil des Privathandels am Einzelhandelsumsatz 74 Prozent, während der Anteil des sozialistischen - vor allem des konsumgenossenschaftlichen - Handels lediglich 26 Prozent betrug.⁷

Um daher das Ziel der sozialistischen Revolution unbeirrbar anzusteuern, war es notwendig, die Entwicklung des Privathandels nur in bestimmten Grenzen zuzulassen, vor allem aber den Handel fest in die Hand der proletarischen Staatsmacht zu nehmen sowie schrittweise den sozialistischen Handel - vor allem zunächst den Großhandel - aufzubauen. "Den Handel zu meistern", sagte Lenin, "ihm eine bestimmte Richtung zu geben, ihm gewisse Schranken zu setzen, das vermag die proletarische Staatsmacht."⁸

Wie der Sowjetstaat den Handel meisterte und dabei selbst, wie Lenin forderte, zum "Großkaufmann" wurde, auf welchen Wegen, mit welchen Methoden und in welchen Formen die Sowjetunion erstmals in der Menschheitsgeschichte einen im

7 Vgl. Gogol, B. I., Ökonomik des Handels in der UdSSR, Berlin 1973, S. 31. - Der genossenschaftliche Zusammenschluß in der Zirkulationssphäre war in den ersten Jahren der NÖP Anfangsetappe und Hauptform der Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes. (Vgl. ebenda, S. 45.)

8 Lenin, W. I., Über die Bedeutung des Goldes ..., a. a. O., S. 95.

Dienst des werktätigen Volkes stehenden Binnenhandel schuf, wie sich der Sowjet-handel zum festen Bestandteil der sozialistischen Produktionsweise entwickelte, alles das war nach 1945 eine unmittelbare Anleitung und Hilfe für die Politik der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands, ihrer Partei und der demokratischen Selbstverwaltungsorgane.

Dabei war ein Aspekt typisch, der auch bei der Herausbildung und Stärkung des sozialistischen Binnenhandels der DDR eine entscheidende Rolle spielte. Für Lenin war die Entwicklung des Handels unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus stets untrennbar mit der Entfaltung der Initiative der werktätigen Massen verbunden. In seiner Forderung, der junge Sowjetstaat solle zum "Großkaufmann" werden und lernen, Handel zu treiben, sah Lenin eine unmittelbare Aufgabe für die Werktätigen, eine Aufgabe, die nur mit Hilfe ihrer Tatkraft und ihres Schöpfer-tums lösbar war.

Die Hauptaufgabe des im Jahre 1924 gegründeten Volkskommissariats für den Bin-nenhandel der UdSSR wurde mit den Worten umrissen: "Inbesitznahme des Mark-tes seitens des staatlichen Handels und der Konsumgenossenschaften zu Lasten des privaten Handelskapitals, in erster Linie im Großhandel, und die Ausübung einer aktiven Kontrolle über das Wirken des Privatkapitals."⁹ Dies entsprach in der Tat auch der Aufgabe, vor der die Konsumgenossenschaften nach ihrer Neu-gründung im Dezember 1945 sowie der sich entwickelnde volkseigene Handel in der damaligen sowjetischen Besatzungszone standen. Die neuen demokratischen Handelsorgane verkörperten einen Handel völlig neuen Typs. Für sie stand von Anfang an - auch bereits unter den schwierigen Bedingungen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg - die Versorgung der werktätigen Bevölkerung im Zentrum der Aktivität.

2. Die Grundaufgaben des Handels nach 1945 und seine Besonderheiten

Basierend auf dem reichen Erfahrungsschatz der UdSSR ergaben sich in den Jah-ren nach 1945 auf dem Gebiet der heutigen DDR folgende Grundaufgaben für die Entwicklung des Binnenhandels beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialis-mus, die in der sozialistischen Revolution zu lösen waren und deren Lösung durch die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vorbereitet bzw. auch bereits in Angriff genommen wurde: Die politische Macht der Arbeiterklasse war zur sozial-ökonomischen und materiell-technischen Umgestaltung des Handels mit dem Ziel einzusetzen, demokratische und schließlich sozialistische Produktionsverhältnis-se auch in der Zirkulationssphäre zu schaffen. Damit untrennbar verbunden waren die Zurückdrängung der auf Konkurrenz und Anarchie beruhenden ökonomischen Gesetze der einfachen und kapitalistischen Warenproduktion und die Schaffung von Wirkungsbedingungen für die ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Um diese Aufgaben zu lösen, waren die zentrale staatliche Leitung und Kontrolle aller Grund-prozesse der Warenzirkulation und des Handels, die Konzentration der Waren fonds in den Händen des Staates sowie die feste Einordnung der Handelsplanung in die ent-stehende sozialistische Volkswirtschaftsplanung unerlässlich. Gleichzeitig mußten enge Kooperationsbeziehungen zwischen Produktion und Handel hergestellt und ein aktiver Einfluß des Handels auf die Produktion und auf die Konsumtion gesichert

⁹ KPSS v rezolucijach i resenijach s-ezdov, konferenzij i plenumov ZK, Bd. 3, 8. Aufl. Moskau 1970, S. 29.

werden. Daß die Lösung dieser Aufgaben darüber hinaus erforderte, allen revisionistischen und "links"sektiererischen Entstellungen der Rolle des Handels beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus offensiv entgegenzutreten, entsprach dem zutiefst revolutionären Wesen der Veränderungen in der Zirkulations-sphäre.

Neben diesen allgemeingültigen Aufgaben existierten Besonderheiten, die aus der historischen Entwicklung des deutschen Binnenhandels resultierten und bei der demokratischen Umwälzung des Handels berücksichtigt werden mußten:

1. Im imperialistischen Deutschland bestand bereits ein hochentwickelter kapitalistischer Binnenhandel mit einem differenzierten, aber territorial disproportionalen und übermäßig besetzten Handelsnetz. Daraus ergaben sich für die Versorgung der Bevölkerung und eine rationelle Warenstreuung einerseits relativ günstige Bedingungen, andererseits aber auch mannigfaltige negative und direkt parasitäre Auswirkungen. Nach dem zweiten Weltkrieg stieg die Anzahl der privaten Handelsunternehmen zeitweilig sogar noch an. Im Jahre 1947 existierten zum Beispiel auf dem Gebiet der heutigen DDR 26 Prozent mehr Handelsunternehmen als 1936, obwohl die industrielle und landwirtschaftliche Produktion bedeutend unter dem Stand von 1936 lag. Im Land Sachsen standen im Jahre 1948 den etwa 14 000 Produktionsbetrieben nicht weniger als 10 430 kapitalistische Großhändler gegenüber.¹⁰
2. In der DDR fand der sozialistische Aufbau - so hob Erich Honecker später hervor - "auf dem Lande unter anderen Bedingungen" statt "als in der Sowjetunion. Wir verfügten über eine entwickelte leistungsfähige Industrie; die landwirtschaftliche Produktion hatte schon in der einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise ein beträchtliches Intensitätsniveau erreicht ... Zwischen Stadt und Land bestanden bereits entwickelte Ware-Geld-Beziehungen".¹¹ Dies gestaltete den Ausbau der ökonomischen Verbindungen zwischen Stadt und Land wesentlich leichter als seinerzeit in der Sowjetunion.
3. Berücksichtigt und kritisch überprüft werden mußte die Fülle tiefverwurzelter Handelstraditionen, zumal sie aufs engste mit der im kapitalistischen Deutschland ausgeprägten Privateigentumsideologie verknüpft waren. Alle progressiven Elemente dieser Traditionen mußten bewahrt und weitergeführt werden. Dagegen galt es, sämtliche parasitären kapitalistischen, auf Ausbeutung und Ausplünderung, Betrug und Manipulation der Werktätigen gerichteten Elemente dieser Traditionen zielstrebig zu überwinden. Die hier notwendigen Auseinandersetzungen wurden dadurch erschwert, daß es angesichts des Fortbestehens reaktionärer kapitalistischer Handelstraditionen in der BRD negative Einflüsse auf den Binnenhandel der DDR gab, denen offensiv begegnet werden mußte.¹²
4. Zu beachten waren auch die unter kapitalistischen Bedingungen entstandenen Einkaufs- und Konsumgewohnheiten der Bevölkerung, die fest eingebürgerte

10 Vgl. Fülle, Hans, Die staatlichen Absatzorgane der volkseigenen Industrie, Berlin 1955, S. 30 = Schriftenreihe Der Handel, H. 2.

11 Honecker, Erich, Die Verwirklichung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der Partei durch die SED in der DDR, Berlin 1970, S. 32.

12 Zur imperialistischen Konsumentenmanipulation als einer gesellschaftspolitischen Funktion des kapitalistischen Binnenhandels und ihren Formen und Methoden vgl. Fabiunke, Günter/Hofmann, Peter/Uhlig, Karl-Heinz, Der Binnenhandel im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Berlin 1972, Kapitel 6 (S. 167 - 208).

und tief verwurzelte Art und Weise der individuellen Konsumtion. Die von der kapitalistischen Lohn- und Konsumsklaverei geprägten Einkaufs- und Konsumgewohnheiten mußten in solche sozialistischen Typs umgewandelt werden. Diese komplizierte kulturell-erzieherische Arbeit wurde dadurch erschwert, daß der mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte wiederentstehende westdeutsche Imperialismus seinen gesamten Propagandaapparat zur Störung der Versorgungs- und Handelstätigkeit in der DDR einsetzte. Den Mitarbeitern des Handels der DDR erwuchsen daraus komplizierte Aufgaben bei der Sicherung der planmäßigen Versorgung der Bevölkerung.

Diese Besonderheiten lassen erkennen, welche tiefgreifenden politischen, ökonomischen und ideologischen Prozesse mit der Entwicklung des Binnenhandels verbunden waren.

Die folgende Analyse der Entstehung des Binnenhandels der DDR in den Jahren der demokratischen Umwälzung von 1945 bis 1949 wird dies konkret zu belegen haben.

3. Erste Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Versorgung

Die Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee ergab für das deutsche Volk die Chance und die Verpflichtung zu einem revolutionären Neubeginn, zu einer Wende in seiner Geschichte.

Die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu lösenden Aufgaben machten es notwendig, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zunächst das furchtbare Erbe des Faschismus zu beseitigen und durch eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung den Weg für den sozialistischen Aufbau zu bahnen.

Dabei leistete die Sowjetunion sowohl durch ihre unmittelbare Unterstützung als auch durch die Übermittlung ihrer Erfahrungen unschätzbare Hilfe. Das vom Hitlerfaschismus hinterlassene Chaos hatte zu einer katastrophalen Versorgungslage geführt. Die Wirtschaft war total zerrüttet, zahllose Industriebetriebe zerstört, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft durch jahrelangen Raubbau erheblich verringert und das Transportwesen kaum noch funktionsfähig. Die Warenbestände des Handels waren infolge sinnloser Vernichtung bzw. Plünderung durch die Nazis in den letzten Kriegstagen erschöpft und seine materiell-technischen Einrichtungen im Kriege zu großen Teilen zerstört.¹³ Die bisherigen Leitungsorgane des Handels waren unbrauchbar. Die Konsumgenossenschaften waren von den Faschisten liquidiert worden.

Infolge des äußerst knappen Warenangebotes dehnte sich der "schwarze Markt" rapide aus, so daß ein beträchtlicher Teil der wenigen vorhandenen Waren zum Objekt gewissenloser Spekulations- und Schiebergeschäfte wurde. Die Versorgungsmisere trug maßgeblich dazu bei, daß für die Bevölkerung eine lebensbe-

¹³ 1945 existierten auf dem Gebiet der heutigen DDR noch 86 152 Einzelhandelsgeschäfte. Die Zahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte war gegenüber 1939 um fast die Hälfte reduziert. (Verwaltungsarchiv des Ministeriums für Handel und Versorgung, Akte 1882, S. 67, Umfrage auf Veranlassung der SMAD vom 1. 9. 1945.)

drohliche Situation entstand, die von der "Pravda" am 2. Mai 1945 angesichts der Zustände in Berlin wie folgt charakterisiert wurde: "Die Bevölkerung ist dem Tod durch Hunger, Durst und Seuchen geweiht, falls wir nicht sofort und drastisch eingreifen ..."¹⁴

Die Sowjetunion griff unverzüglich und wirkungsvoll ein. Unmittelbar nach dem Einmarsch verteilte die Rote Armee Lebensmittel an die Bevölkerung. Die Sowjetunion stellte auf Weisung des ZK der KPdSU und der Regierung der UdSSR ungeachtet ihrer eigenen Versorgungsschwierigkeiten Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter zur Verfügung, die Armee sicherte den Transport von Agrarprodukten in die Großstädte und organisierte zunächst auch deren Verteilung an die Bevölkerung.¹⁵

Durch solche Soforthilfe wurden Tausende vor dem Hungertod bewahrt. Schon diese ersten Maßnahmen der Sowjetunion dokumentierten, daß ihre Politik gegenüber dem werktätigen deutschen Volk zutiefst von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der Klassensolidarität bestimmt war.

Die konkrete Situation nach dem 8. Mai 1945 verlangte zwingend, die Kräfte auf die Konsolidierung der wichtigsten Lebensbedingungen zu konzentrieren. Zugleich galt es jedoch, wie die Praxis der jungen Sowjetmacht gezeigt hatte, die Fundamente für den demokratischen Neuaufbau zu legen und die ihn tragenden Klassenkräfte zu organisieren. Nur so konnte den Lebensinteressen des werktätigen Volkes dauerhaft entsprochen werden.

Bei der Organisation aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und bei der Schaffung demokratischer Selbstverwaltungen fand die ab April 1946 geeinte Arbeiterpartei, die SED, die volle Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Diese schuf in konsequenter Erfüllung des Potsdamer Abkommens auch die Voraussetzungen für den revolutionären Wandel der ökonomischen Basis als der entscheidenden Grundlage für eine allmähliche Normalisierung der Versorgung.

Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die im September 1945 durchgeführte demokratische Bodenreform, in deren Ergebnis schon 1946 die landwirtschaftliche Erzeugung beträchtlich anstieg, und die Schaffung des volkseigenen Sektors in der Industrie auf der Grundlage des Volksentscheides vom 30. Juni 1946. Von diesem Sektor gingen die entscheidenden Impulse für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft aus. Mit den Veränderungen in der materiellen Produktion besserten sich langsam die Versorgungsbedingungen. Daraus erwuchs die Aufgabe, die Verteilung der Waren gemäß den Prinzipien des demokratischen Neuaufbaus zu organisieren.

Zunächst waren es auch auf diesem Gebiet Befehle der SMAD, die nicht nur Ordnung schufen, sondern gleichzeitig die Weichen in eine Richtung stellten, die dem von Lenin formulierten und in der Sowjetunion praktisch erprobten Anliegen der Warenzirkulation entsprach.

14 Veröffentlicht in Tägliche Rundschau. Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung, Nr. 2/1945.

15 Vgl. Dorner, Axel/Horn, Werner, Der 8. Mai 1945 - Neubeginn und Wende auf dem Gebiet der Versorgung und des Handels, in: Beiträge zur marxistisch-leninistischen Handelsforschung. Wissenschaftliche Zeitschrift der Handelshochschule Leipzig, Nr. 3/1975, S. 7 - 11.

So regelte zum Beispiel der Befehl Nr. 18 der SMAD vom 29. Juli 1945 die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Grundlage für die ab 1. November 1945 einheitliche Gestaltung der Lebensmittelversorgung nach sechs Kartengruppen, der das Prinzip des gesellschaftlichen Nutzens der Tätigkeit und der Schwere der körperlichen und geistigen Arbeit der Bezugsberechtigten zugrunde lag. Es galt der Grundsatz: "Dem besten Arbeiter die beste Versorgung." Dieses System der differenzierten Verteilung¹⁶ fußte auf Erfahrungen der jungen Sowjetmacht bei der Mobilisierung der Menschen für den Neuaufbau. Den arbeitenden Menschen wurde der Erwerb lebenswichtiger Nahrungsmittel zu normalen Preisen gesichert, und sie erkannten trotz der noch relativ geringen Mengen, daß sich ihre Anstrengungen in der Verbesserung ihrer Versorgungslage niederschlugen.

Bereits zu einer Zeit, als von Handelstätigkeit im eigentliche Sinne noch gar nicht gesprochen werden konnte, enthielt dieses System der Verteilung wichtige Elemente eines für den sozialistischen Handel charakteristischen Anliegens: beizutragen zur Verwirklichung des Prinzips der Verteilung nach der Arbeitsleistung und damit zur Wirksamkeit aller diesem Prinzip innewohnenden Triebkräfte.¹⁷

Die von der SMAD auf der Grundlage von Anbauplänen festgelegten Pflichtablieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse bildeten vom Aufkommen und das Lebensmittelkartensystem von der Verteilung her die wichtigsten Bezugspunkte für die ersten Quartalversorgungspläne, die seit 1945 in den Ländern und Provinzen der damaligen sowjetischen Besatzungszone angestellt wurden. Das war ein wichtiger Schritt zur Nutzung der Erkenntnis Lenins, daß die Leitung der Versorgungsprozesse auf der Basis einer zentralen Erfassung und Bilanzierung die Tätigkeit aller an der Versorgung beteiligten Wirtschaftsbereiche zunächst mit administrativen Methoden koordinieren muß. - Auch hierin zeigten sich bereits Elemente der später natürlich in ganz anderen Dimensionen und in anderen Formen vorgenommenen zentralen Planung der Warenfonds als Kernstück der Versorgungsplanung.

Das geschaffene System der Erfassung und Verteilung der Produkte führte auch dazu, daß die 1945 zunächst stark naturalisierten und individualisierten Beziehungen zwischen Stadt und Land immer mehr Austauschbeziehungen Platz machten. Gleichzeitig wurden dem "schwarzen Markt" wichtige Bezugsquellen verstopft und der Bevölkerung der Weg gewiesen, auf dem allein ihre Versorgung verbessert werden konnte.

4. Die Regulierung und Leitung der Warenbewegung durch demokratische Selbstverwaltungsorgane

Wie auf allen anderen Gebieten, so übertrug die SMAD auch in bezug auf Handel und Versorgung den demokratischen Selbstverwaltungen immer größere Aufgaben und Rechte.

Mit Unterstützung der sowjetischen Genossen lernten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Versorgung zu leiten.

¹⁶ Ein ähnliches System der leistungsgerechten Verteilung wurde später auch für Industriewaren mit Hilfe von Punktkarten und Bezugsscheinen angewendet.

¹⁷ "Der Handel mit Konsumgütern soll in der sozialistischen Gesellschaft die vollständige Realisierung des Gesetzes der Verteilung nach der Arbeitsleistung, die Umwandlung der Geldeinkommen der Werk tätigen in reale Ge-

Die vordringliche Aufgabe der demokratischen Selbstverwaltungen bei der Regulierung und Kontrolle der Zirkulationssphäre bestand zunächst darin, eine möglichst gerechte und möglichst regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten zu sichern. Dazu mußten sie sich entsprechend dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 geben und in den "Grundsätzen und Zielen" der SED bestätigten Orientierung auf zwei Schwerpunkte konzentrieren. Erstens war die Warenbewegung zu kontrollieren und zu regulieren sowie schrittweise eine einheitliche zentrale Leitung der Versorgungstätigkeit zu schaffen. Zweitens mußte die operative Handelstätigkeit den vorhandenen privaten Groß- und Einzelhändlern übertragen werden, deren Arbeit demzufolge den gesellschaftlichen Zielen entsprechend zu organisieren war.

Die gegebene Situation ließ es nicht zu, daß die Arbeiterklasse sofort neue Handelsorgane schaffen konnte; dafür waren erst vielseitige Voraussetzungen insbesondere in der materiellen Produktion, bei der einheitlichen Leitung der Wirtschaft und nicht zuletzt hinsichtlich der Befähigung der Menschen zu schaffen.

Nachdem zunächst nur auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, dann auch auf Provinz- und Länderebene demokratische Selbstverwaltungsorgane entstanden waren, wurden aufgrund des Befehls Nr. 17 der SMAD vom 27. Juli 1945 Zentralverwaltungen zur einheitlichen Leitung der wichtigsten Wirtschaftszweige geschaffen. Die Zentralverwaltung und die örtlichen Verwaltungen für Handel und Versorgung konnten sich bei der Verwirklichung der obengenannten Aufgaben vor allem auf die Ausschüsse für Handel und Versorgung und auf die Industrie- und Handelskammern stützen.

Die Ausschüsse für Handel und Versorgung und ab 1946 auch die Ernährungsausschüsse setzten sich aus Vertretern aller Bevölkerungsschichten zusammen. Entstanden auf Anregung der 1. Reichskonferenz der KPD im März 1946, führten diese Organe der Volkskontrolle einen erbitterten Kampf gegen das Schieber- und Spekulantentum und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung.¹⁸

Die Industrie- und Handelskammern waren aufgrund einer Forderung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen beim ZK der KPD am 7. Januar 1946 entstanden. Sie setzten sich zu je einem Drittel aus Vertretern der demokratischen Selbstverwaltung, des FDGB und der Wirtschaft zusammen und wurden als Bindeglied zwischen den Selbstverwaltungsorganen und den privaten Händlern zu einem Instrument der antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Interessenvertreter der Handels- und Industriemonopole und für die Durchsetzung der demokratischen Versorgungspolitik. Ihnen oblag in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganen die Erfassung, Überprüfung und Koordinierung der Arbeit der Handelsbetriebe. Sie prüften die Einhaltung der Richtlinien über die Bewirtschaftung der Erzeugnisse sowie die Preise und Handelsspannen. Durch den Befehl Nr. 61 der SMAD vom 14. März 1947 wurden sie zu Partnern der Gewerkschaften im Tarifvertragswesen. Zeitweilig waren sie auch für die Berufsausbildung im Handel verantwortlich.

brauchswerte sichern." (Politische Ökonomie, Bd. 4, Autorenkollektiv unter Leitung von G. A. Koslow, Berlin 1974, S. 123.)

¹⁸ So entdeckten die Volkskontrollausschüsse zu Beginn des Jahres 1946 im Keller eines Kaufhauses im Kreis Sfenftenberg große Mengen meldepflichtiger Textilien. Die Eigentümerin des Kaufhauses war die Ehefrau eines Direktors des Hertiekonzerns in Westberlin. (Tägliche Rundschau, 3. 4. 1946.)

Die demokratischen Selbstverwaltungsorgane, die Volkskontrollausschüsse und die Industrie- und Handelskammern stellten sich erfolgreich der komplizierten Aufgabe, den privaten Handel - wie es Lenin gelehrt hatte - richtig zu lenken und ihm überall dort Schranken zu setzen, wo er gegen das Gemeinwohl verstieß. Mit Hilfe der zentralen administrativen Regulierung des Binnenhandels und durch eine auf die werktätigen Massen gestützte Volkskontrolle gelang es, die Erfolge der Werktätigen in der materiellen Produktion weitgehend für die Bevölkerung nutzbar zu machen und die Versorgung mehr und mehr zu stabilisieren. So konnten mehrfach die Lebensmittelrationen erhöht werden, und zu Beginn des Jahres 1947 wurden die beiden niedrigsten Lebensmittelkartengruppen abgeschafft. Das waren kleine, jedoch in der damaligen Situation wichtige Schritte bei der Verwirklichung der von der Partei der Arbeiterklasse gestellten Aufgaben. In dem vom Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 beschlossenen "Grundsätzen und Zielen der SED" heißt es unter Punkt 6 der Gegenwartsforderungen unter anderem: "Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung."¹⁹ Wie wichtig der SED von Anbeginn an gerade dieses für das Leben der Menschen bedeutsame Ziel war, dokumentierte sie durch eine Vielzahl von Maßnahmen zum weiteren Aufbau demokratischer Wirtschaftsverhältnisse sowie in zahlreichen grundsätzlichen Orientierungen.

Schon wenige Monate nach dem Vereinigungsparteitag, im Juli 1946, bekräftigte der Parteivorstand der SED: "Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands werden immer wieder die erforderlichen Energien zur Lösung aller Gegenwartsaufgaben ausgehen, wobei im Vordergrund die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse des werktätigen Volkes steht."²⁰

5. Der Aufbau eines volkseigenen Binnenhandels

Im Verlauf der Jahre 1947 und 1948 reiften die Bedingungen heran, neue Handelsorgane zu schaffen. Gleichzeitig zeigten sich immer deutlicher die Grenzen der bis dahin angewandten Formen und Methoden zur Leitung und Kontrolle der Zirkulationssphäre einschließlich der Möglichkeiten zur Einschränkung von negativen Wirkungen des in der operativen Handelstätigkeit noch dominierenden privaten Handels.

Entsprechend der konkreten Situation nach dem 8. Mai 1945 hatte die operative Handelstätigkeit zunächst vollständig privaten Groß- und Einzelhändlern übertragen werden müssen.²¹ Um den Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 und den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zu verwirklichen, galt es, die Initiativen der aufbauwilligen Unternehmer unter Führung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte für die Versorgung der Bevölkerung zu unterstützen.²²

19 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1951, S. 7.

20 Ebenda, S. 81.

21 Die großen Handelsmonopole, die sich der Beteiligung an Kriegsverbrechen und der Ausplünderung anderer Völker schuldig gemacht hatten, waren dem Potsdamer Abkommen entsprechend liquidiert worden.

22 Zur Herausarbeitung und Umsetzung der bündnispolitischen Konzeption der SED gegenüber den privaten Händlern vgl. Horn, Werner, Die Politik der SED gegenüber den kleineren und mittleren privaten Einzelhändlern im Verlauf der volksdemokratischen Revolution auf dem Gebiet der DDR, Diss. Hochschule für Binnenhandel Leipzig 1962.

Die Bereitschaft der meisten kleinen Ladenbesitzer und auch vieler Unternehmer zur aktiven Mitarbeit fand ihren Ausdruck in den Gründungsaufrufen und weiteren Materialien der LDPD und der CDU²³ - Parteien, die in diesem Personenkreis viele Mitglieder hatten. Zahlreiche Ladenbesitzer und Kleinunternehmer leisteten auch in den demokratischen Selbstverwaltungen eine wichtige Arbeit.

Die Einbeziehung dieser Schichten in den demokratischen Neuaufbau war langwierig und kompliziert. Dieser Prozeß verlief nicht immer geradlinig und führte infolge der Tätigkeit reaktionärer Elemente in den Blockparteien, die von den restaurativen Kräften der Westzonen unterstützt wurden, zeitweilig auch zu Zuspitzungen des politischen und ideologischen Kampfes. Das traf auch im Binnenhandel zu, und auch hier waren es die Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung, durch die immer mehr private Händler von der Richtigkeit der Politik der SED überzeugt wurden und für deren Verwirklichung sie einen Beitrag leisteten.

Zahlreiche Groß- und Einzelhändler bemühten sich ehrlich, den Anforderungen gerecht zu werden. Es gab jedoch auch nicht wenige, die die entstandene Notlage zur persönlichen Bereicherung ausnutzten und mit Spekulationsgeschäften, Warenfälschungen und Preiswucher die Versorgung sabotierten.²⁴ Das traf insbesondere für den Großhandel zu, der die Verteilung infolge seiner Schlüsselstellung erheblich stören konnte.

Allein mit administrativen Mitteln und durch die Organe der Volkskontrolle konnten die vom privaten Handel ausgehenden Störfaktoren zwar wesentlich eingeschränkt, nicht aber völlig ausgeschaltet werden, da die Monopolstellung des privaten Handels dadurch nicht gebrochen war.²⁵

Einen ersten bedeutenden Schritt zur Überwindung dieses Zustandes unternahm die SMAD mit der Zulassung der Konsumgenossenschaften durch ihren Befehl Nr. 176 vom 18. Dezember 1945.

Die Konsumgenossenschaften waren das erste und für eine längere Zeit einzige operativ tätige Handelsorgan, auf das sich die Arbeiterklasse stützen konnte.²⁶ Ihnen wurden daher als Handels- und Massenorganisation verantwortungsvolle Aufgaben zur Umsetzung der versorgungspolitischen Ziele sowie für die demokra-

²³ Vgl. Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland, Berlin 1945, S. 8, 10, 13, 18.

²⁴ Von den zahlreichen Maßnahmen, die von der SMAD zur Bekämpfung solcher Erscheinungen eingeleitet wurden und die deutlich den Einsatz für die Interessen des werktätigen Volkes zeigen, seien angeführt: Der Befehl Nr. 63 der SMAD vom 26. 2. 1946 "Verstärkung der Preiskontrolle" sowie die Bekanntgabe der SMAD vom 14. 5. 1946 "Preiskontrolle und Maßnahmen gegen die Preissünder". (Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 2, Berlin 1964, S. 15, 48 f.)

²⁵ Das wurde nicht nur durch die allgemeine Notlage, sondern auch durch die starke territoriale Disproportion der noch vorhandenen Handelseinrichtungen (wobei die Standortverteilung in den einzelnen Branchen zusätzlich äußerst unterschiedlich war) begünstigt. Zum Beispiel kam es zu spekulativen Veränderungen der Großhandelsprogramme aufgrund des in der Branchenstruktur nicht mit den vorrangig zu fördernden Sortimenten (Lebensmittel) übereinstimmenden Großhandelsnetzes.

²⁶ Die Konsumgenossenschaften waren im Einzel- und Großhandel sowie auch in der materiellen Produktion tätig.

tische Umgestaltung insgesamt übertragen. Die Konsumgenossenschaften erwie- sen sich nach inneren Auseinandersetzungen mit reformistischen Bestrebungen, insbesondere solchen des "Nurgenossenschaftlertums", den gesellschaftlichen Verpflichtungen zunehmend gewachsen.²⁷ Sie wurden damit zu einem Stützpunkt für die Arbeiterklasse im Binnenhandel, über den nicht nur die Warenbewegung in geregeltere Bahnen gelenkt werden konnte, sondern vor allem die vom Handel zu vermittelnden neuen gesellschaftlichen Beziehungen vorrangig realisiert wurden.

Sie erfüllten mit dem Einkauf und Verkauf eines großen Teils der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (diese Aufgabe oblag ihnen bis 1948 und wurde dann von den neu gegründeten Volkseigenen Erfassungs- und Einkauf-Betrieben - VEAB - über- nommen) nicht nur wichtige Versorgungsaufgaben, sondern trugen gleichzeitig zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und damit zur schöpferischen Anwendung des Leninschen Genossenschaftsplanes bei. Dieser für sie neuen Aufgabe eines Bindegliedes zwischen Stadt und Land wurden die Konsumgenossenschaften, die traditionell als Organisationen der Arbeiterklas- se auf die Versorgung der Stadtbevölkerung orientiert waren und ihr Handelsnetz auch in den Städten konzentriert hatten, in vorbildlicher Weise gerecht. Das be- gann bereits Anfang des Jahres 1946, nachdem die SMAD durch ihren Befehl Nr. 122 vom 30. Oktober 1945 den Verkauf von Überschüssen landwirtschaftlicher Er- zeugnisse über die Sollablieferungen hinaus - von "freien Spitzen" - gestattet hat- te. Das entsprach dem Wesen der in Sowjetrußland 1921 beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) angewandten Naturalsteuer. Mit dem Einkauf und der Verteilung der "freien Spitzen" wurden vornehmlich die Konsumgenossenschaf- ten beauftragt. Sie spielten dadurch eine wichtige Rolle bei der Entfaltung von Aus- tauschbeziehungen zwischen Stadt und Land, bei der Entwicklung des materiellen Anreizes zur Produktionssteigerung sowohl für die werktätigen Bauern wie für die Industriearbeiter, denen diese Produkte maßgeblich zugute kamen, und nicht zu- letzt bei der Einschränkung des Schieber- und Spekulantentums und der Einhaltung der Preisfestlegungen. Weitere wichtige Aufgaben wurden den Konsumgenossen- schaften bei der Durchsetzung der SMAD-Befehle Nr. 232 und 234 vom 9. Oktober 1947 über Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Anwendung der materiellen Interessiertheit und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen übertragen. Die in diesen Befehlen getroffenen Festlegungen zur besseren Versorgung der In- dustriearbeiter in den Schwerpunktbetrieben, wie die tägliche Ausgabe einer warmen Mahlzeit, die Einrichtung von Betriebsverkaufsstellen und die Sonderzuteilung von Bezugsscheinen für Industriewaren sowie die Einführung der Schulspeisung und die direkte Belieferung der Krankenhäuser durch den Großhandel, mußten, da volkseigene Handelsbetriebe noch nicht existierten, maßgeblich durch die Kon- sumgenossenschaften erfüllt werden. Diese Festlegungen sind als Geburtsurkunde unserer heutigen Arbeiter- und Schwerpunkversorgung sowie der Gemeinschafts- verpflegung anzusehen. Bei ihrer Durchsetzung stand die SMAD nicht nur mit Rat und organisatorischer Unterstützung zur Seite, sondern sie gewährte auch mate- rielle Hilfe.

Da die Zuweisung der Bezugsscheine an die Werktätigen in den Betrieben den Ge- werkschaften oblag, weitete sich bei der Umsetzung der SMAD-Befehle Nr. 232 und 234 auch die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossen- schaften aus.

²⁷ Vgl. Weg und Erfolg. Zur Entwicklung der Konsumgenossenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1960.

Die Waren für diese zusätzliche Versorgung wurden nicht den kartenmäßigen Zuteilungen entzogen, sondern zusätzlich in die Versorgungspläne der einzelnen Länder aufgenommen. Die reale Basis dafür lag in den Befehlen selbst, in ihrer großen stimulierenden Wirkung zur Steigerung der Produktion und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die Auswirkungen der Befehle Nr. 232 und 234 waren bereits kurz nach ihrem Inkrafttreten spürbar. Der "Aufruf zum Aufbauplan 234" des FDGB-Bundesvorstandes brachte eine weitere deutliche Steigerung der Produktion bei gleichzeitig verbesserter Qualität der Erzeugnisse und gehobener Arbeitsmoral der Werktätigen. Das trug wesentlich dazu bei, die vom II. Parteitag der SED im September 1947 formulierte Aufgabe zu erfüllen, das Lebensniveau der Bevölkerung aus eigener Kraft durch die beschleunigte Steigerung der Produktion vor allem in den volkseigenen Betrieben planmäßig zu erhöhen.

Wichtige Meilensteine dabei wurden im zweiten Halbjahr 1948 mit der Erfüllung des Halbjahrplanes, der den Übergang zu einer langfristigen demokratischen Wirtschaftsplanung bedeutete, gesetzt: Die industrielle Produktion stieg, besonders in den volkseigenen Betrieben, beträchtlich an, was nicht zuletzt auf die von Adolf Hennecke im Oktober 1948 ausgelöste Aktivistenbewegung zurückzuführen war. Der volkseigene Sektor in der Industrie festigte seine Stellung; 1948 umfaßte er 8 Prozent der Betriebe, die etwa 45 Prozent der industriellen Produktion erzeugten. Er konnte der Landwirtschaft mehr Maschinen und Geräte zur Verfügung stellen, wodurch sich auch die landwirtschaftliche Produktion erhöhte. Den damit wesentlich verbesserten Möglichkeiten für die Versorgung der Bevölkerung konnte der Binnenhandel in der bestehenden Struktur, in der noch das Privateigentum dominierte, nicht mehr gerecht werden. Die Konsumgenossenschaften, die 1948 mit 1,5 Milliarden Mark knapp 20 Prozent des Einzelhandelsumsatzes realisierten²⁸, waren allein nicht in der Lage, die gestiegenen quantitativen und vor allem qualitativen Anforderungen zu erfüllen. Die Zeit war herangereift, einen volkseigenen Binnenhandel zu schaffen. Weitere wichtige Voraussetzungen dafür waren mit der demokratischen Währungsreform vom 21. Juni 1948 und durch die erreichte Stabilität der demokratischen Selbstverwaltungsorgane gegeben.

Mit der Währungsreform, die die währungs- und geldpolitischen Voraussetzungen für die planmäßige Entwicklung der Friedenswirtschaft geschaffen hatte, waren die Geldzirkulation und über diese die Ware-Geld-Beziehungen auf solide Grundlagen gestellt worden. Das war für die konsequente Anwendung des Leistungsprinzips ebenso unerlässlich wie für das einwandfreie Funktionieren eines geordneten Binnenhandels, der nun immer mehr vom vorrangigen Verteilen der Waren zur vollständigen Ausübung seiner Rolle als Hauptträger der Warenzirkulation übergehen konnte und mußte.

Die Wirksamkeit der demokratischen Selbstverwaltungsorgane wurde durch die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) aufgrund des Befehls Nr. 138 der SMAD vom 14. Juni 1947, der auf eine Vereinbarung zwischen dem Chef der SMAD, Marschall Sokolowski, und den beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, vom 11. Januar 1947 zurückging, wesentlich erhöht. Über die DWK wurde es möglich, die ökonomischen Prozesse zwischen den einzelnen Ländern besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. 1948 hatte die SMAD der DWK gesetzgebende Vollmachten übertragen. Als zentrales wirtschaftspolitisches Organ der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten leistete sie einen bedeutenden Beitrag bei der einheitlichen Leitung der sich entwickelnden Friedenswirtschaft und so auch bei der Schaffung des volkseigenen Binnenhandels.

²⁸ Ebenda, Anhang.

Die Schlüsselstellung des Großhandels zwischen Produktion und Einzelhandel und die gerade im privaten Großhandel auftretenden Spekulationen kapitalistischer Elemente machten ihn zu einem Hauptfeld des Klassenkampfes auf ökonomischem Gebiet. Um die gesamte Warenbewegung unter Kontrolle zu bekommen und den Einzelhandel besser lenken zu können, mußte die Monopolstellung der privaten Großhändler beseitigt und der Großhandel von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten direkt beherrscht werden. Das vollzog sich in einem länger andauernden Prozeß, dessen Etappen von der Partei der Arbeiterklasse entsprechend dem jeweils erreichten Stand der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung festgelegt und durchgesetzt wurden. Ansätze einer demokratischen Umgestaltung des Großhandels hatte es durch die Schaffung des konsumgenossenschaftlichen Großhandels und die Tätigkeit von Großhandelsorganisationen der den Landesregierungen bis 1948 direkt unterstellten volkseigenen Betriebe gegeben. Sie konnten jedoch das Übergewicht des privaten Großhandels noch nicht entscheidend einschränken.

Ein erster Schritt auf dem Wege zur Bildung demokratischer Organe, die die Warenbewegung organisierten, leiteten und kontrollierten, wurde bis zum Jahre 1948 mit der Schaffung von Industrie- und Handelskontoren auf Länderebene getan. Ihre Tätigkeit war dem Primat der materiellen Produktion entsprechend darauf orientiert, daß die Arbeiterklasse die Warenbewegung über die Produktionskontrolle in die Hand bekommen mußte.

Indem die Industrie- und Handelskontore entscheidenden Einfluß auf die Materialbereitstellung für die Betriebe und damit auf deren Produktion ausübten, konnten sie auch die Verteilung der erzeugten Produkte in geordnete Bahnen lenken. Die operative Durchführung der Warenbewegung blieb jedoch nach wie vor bei den privaten Großhändlern. Die Eigentumsverhältnisse im Großhandel waren noch unverändert.

Im April 1948 wurde auf Veranlassung der DWK die Deutsche Handelsgesellschaft als Dachorganisation der Industrie- und Handelskontore gebildet, die die gesamte Tätigkeit der privaten Großhandelsunternehmen administrativ zu lenken und zu kontrollieren hatte. Ihre Tätigkeit wirkte sich positiv auf die Verkürzung der Warenwege, die Senkung der Zirkulationskosten und im Kampf gegen die Spekulation aus, indem sie eine gewisse Konzentration der Leitungsorgane auf die von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung bestimmten Grundfragen der Gestaltung des Binnenhandels bewirkte. In vollem Maße war dieses notwendige Ziel jedoch ohne operativ tätige volkseigene Großhandelsorgane nicht erreichbar. Die bisher notwendigerweise dominierenden administrativen Formen und Methoden der Leitung erwiesen sich mit dem Ansteigen des Warenangebotes und der Zunahme der Sortimente als unzureichend, um die Warenbewegung überschaubarer zu machen und zu beschleunigen, sowie vor allem als ungeeignet, über die Verteilung hinaus die Produktion im Interesse der Konsumenten zu beeinflussen. Daraus erwachsen einerseits Störungen der Kontinuität des Reproduktionsprozesses. Andererseits wurden die Produktionserfolge und die gewachsenen Produktionsmöglichkeiten für die Versorgung des werktätigen Volkes nur ungenügend wirksam. Unter den gegebenen Bedingungen konnte keine volle Einbeziehung des Großhandels in die Wirtschaftsplanung erfolgen. Die rasche Entwicklung des im November 1948 entstandenen volkseigenen Einzelhandels machte grundsätzliche Veränderungen im Großhandel noch zwingender. Die 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 bereitete sie nach gründlicher Analyse der vorhandenen objektiven und subjektiven Bedingungen vor und setzte sie ab Juni 1949 durch. Den Ausgangspunkt für das Entstehen des volkseigenen Großhandels bildeten die nach Industrie- und Handelszwei-

gen gegliederten Fachorgane der Deutschen Handelsgesellschaft. Sie wurden unter der Regie der DWK in Handelszentralen umgewandelt, deren Niederlassungen die operative Handelstätigkeit übernahmen. Als erstes volkseigenes Großhandelsunternehmen entstand am 13. Juni 1949 die Deutsche Handelszentrale (DHZ) Textil mit eigenen Niederlassungen in allen Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Wenig später erfolgte auch für andere Branchen die Gründung von DHZ, die Ende 1949 bereits 52 Prozent des gesamten Großhandelsumsatzes realisierten. Mit der Bildung der DHZ war die bisherige Trennung zwischen administrativer Leitung und operativer Handelstätigkeit aufgehoben. Zentrale Leitung des Großhandels und Ausübung der Großhandelstätigkeit durch die Niederlassungen auf örtlicher Ebene lagen jetzt in einer Hand, in der der Arbeiterklasse.

Damit waren wichtige Voraussetzungen von grundsätzlicher und langfristiger Bedeutung für die einheitliche Organisation der Warenbewegung nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, für die Sicherung einer kontinuierlichen und planmäßigen Entwicklung aller Wirtschaftszweige im Rahmen der sich herausbildenden Planwirtschaft, für ein zielgerichteteres Einwirken des Handels auf die Produktion im Interesse der Konsumtionsbedürfnisse und für eine die damaligen Möglichkeiten ausschöpfende stabile Belieferung des staatlichen, des konsumgenossenschaftlichen und des privaten Einzelhandels geschaffen.

Mit den DHZ hatte sich die Arbeiterklasse eine der wichtigsten Ausgangspositionen in der Zirkulationssphäre für den Übergang zum planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus erobert. Obwohl die Gliederung der DHZ noch durch Gesichtspunkte der Produktion bestimmt war und Konsumgüter- und Produktionsmittelhandel noch nicht getrennt wurden²⁹, bedeutete ihre Bildung einen gewaltigen Fortschritt, der sich sofort positiv auf die Arbeit des Einzelhandels, insbesondere des volkseigenen Einzelhandels, und damit auf die Versorgung der Bevölkerung auswirkte.

Der volkseigene Einzelhandel war im November 1948 mit der Gründung der Handelsorganisation "Freie Läden", ab Dezember 1948 umbenannt in "Staatliche Handelsorganisation (HO)", auf Beschluß des Sekretariats der DWK vom 20. Oktober 1948 entstanden. Der erste "Freie Laden" nahm am 15. November 1948 in der Frankfurter Allee in Berlin seine Tätigkeit auf.

Die Notwendigkeit eines volkseigenen Einzelhandels war sowohl aus perspektivischen als auch aus aktuellen Erfordernissen der damaligen Zeit entstanden. Die Vollendung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Übergang zur sozialistischen Entwicklung hatten auch im Einzelhandel Volkseigentum notwendig gemacht. Der volkseigene Einzelhandel bildete eine wichtige Bedingung für die einheitliche Planung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, für die Erschließung finanzieller Mittel aus der Zirkulation zur Entwicklung der Schwerindustrie und für die durchgängige Beherrschung der Warenbewegung von der Produktion bis zum Konsumenten. Er diente dazu, den Abfluß von Waren in dunkle Kanäle auszuschalten, also den "schwarzen Markt" ökonomisch zu überwinden, die Preispolitik konsequent durchzusetzen, einheitliche Verbraucherpreise und die Aufhebung der Rationierung vorzubereiten, zielstrebig an die Senkung des gesellschaftlich notwendigen Aufwandes in der Zirkulationssphäre heranzugehen

²⁹ Beide Fragen wurden 1952/53 mit der Bildung der Großhandelskontore (GHK), die dem Ministerium für Handel und Versorgung unterstellt waren, beantwortet.

und dadurch letzten Endes die Werktätigen besser zu versorgen und ihre Arbeitsleistungen wirkungsvoller ökonomisch zu stimulieren.

Wenn auch bei Gründung der HO aktuelle Erfordernisse im Vordergrund zu stehen schienen, so wurde doch im Laufe der Zeit für alle offensichtlich, mit welchem Weitblick die Partei der Arbeiterklasse an die Schaffung des volkseigenen Einzelhandels herangegangen war.

Mitte des Jahres 1948 hatte einem volkseigenen Sektor in der Industrie, der gemeinsam mit den sowjetischen Aktiengesellschaften rund zwei Drittel der industriellen Bruttoproduktion erzeugte, ein Konsumgütereinzelhandel gegenübergestanden, in dem etwa 84 Prozent des Umsatzes durch eine Vielzahl kleiner privater Betriebe getätigt wurde - das heißt, es handelte sich hier um ein kaum planbares Glied innerhalb des Reproduktionsprozesses. Die unvermeidliche Konsequenz dieser Tatsache war, daß das Abfließen von Waren und damit auch von Gewinnen in dunkle Kanäle nicht unterbunden werden konnte. Gleichzeitig bot der "schwarze Markt" ein Betätigungsfeld für Schieber und Spekulanten aus den Westzonen und aus Westberlin, über die der Bevölkerung große Warenmengen entzogen wurden. Mit den wachsenden Erfolgen in der Produktion mußte deshalb unbedingt gesichert werden, daß sich die großen Anstrengungen der Werktätigen in einer ebenso deutlichen Verbesserung ihrer Versorgung niederschlugen. Dazu genügten administrative Maßnahmen nicht; es bedurfte ökonomischer Mittel.

Die ökonomische Funktion der HO bestand darin, zielstrebig die Bewirtschaftung von Gebrauchsgütern im Dienst der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung überwinden zu helfen. Mit dieser prinzipiellen Funktion waren weitere verbunden, deren Gewicht sich im historischen Zeitablauf verlagerte.³⁰

Zunächst stand im Vordergrund, der Bevölkerung hochwertige Lebensmittel und Industriewaren anzubieten, die bis dahin auf legalem Wege nur in rationierten Mengen erhältlich gewesen waren. Die Preise der HO lagen durch den Aufschlag einer Verbrauchsabgabe (Akkise) über denen für rationierte Waren, jedoch erheblich unter denen des "schwarzen Marktes".

Für die Bevölkerung war jetzt der Erwerb zusätzlicher Gebrauchsgüter auf moralisch einwandfreie Art und Weise möglich, und damit wurde der materielle Anreiz zu überdurchschnittlichen Leistungen erst vollständig wirksam. Die Aktivität der Werktätigen erhielt dadurch kräftige Impulse. Gleichzeitig kamen die von der HO realisierten Gewinne der gesamten Bevölkerung zugute, indem diese Mittel in Form von Investitionen das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaus beschleunigten und auch der Volksbildung und dem Gesundheitswesen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Erfolge bei der Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität wirkten sich nicht nur in einem erweiterten Warensortiment der HO aus, sondern führten gleichzeitig zur planmäßigen Herabsetzung der HO-Verkaufspreise. So fanden noch im Jahre 1949 drei bedeutende Preissenkungen für HO-Waren statt, in deren Ergebnis zum Beispiel die Preise für 500 Gramm Weizenmehl von 10,- auf 3,- Mark, für 500 Gramm Zucker von 16,50 auf 6,- Mark, für 500 Gramm Butter von 65,- auf 30,- Mark und für eine Schrippe von 0,65 auf 0,30 Mark sanken (jeweils gegenüber dem 15. November 1948). Der Umsatz der HO stieg vom ersten bis zum

³⁰ Vgl. Satzung der Handelsorganisation "Freie Läden", in: Zentralverordnungsblatt, Nr. 51/1948, S. 523 f.

vierten Quartal 1949 wertmäßig auf 224 Prozent, mengenmäßig jedoch auf 505 Prozent.

Eine ständige Wechselwirkung zwischen Produktionswachstum, Zunahme der Warenfonds, Senkung der Preise und Erweiterung des Käuferkreises in den HO-Läden - das war der Weg, auf dem Stufe für Stufe die eigentlichen Ziele des volkseigenen Einzelhandels erreicht wurden: Erhöhung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung und Aufhebung des Karten- und Bewirtschaftungssystems. Auf diesem Wege entwickelte sich die HO in relativ kurzer Zeit von einer zusätzlichen zu einer normalen Versorgungseinrichtung. So stieg die Anzahl ihrer Objekte von 36 am 1. Dezember 1948 (20 Kaufhäuser und Läden sowie 16 Gaststätten) bis Ende des Jahres 1949 bereits auf 1 589 (1 392 Kaufhäuser und Läden sowie 197 Gaststätten),³¹ Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter der HO von 3 000 auf 31 000.³² Mit 2,6 Milliarden Mark realisierte die HO 1949 schon rund 19 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes.³³ Durch das Vorhandensein eines volkseigenen Einzelhandels konnte die Arbeiterklasse ihre führende Rolle jetzt auch in der Warenzirkulation in quantitativ und qualitativ höherem Maße ausüben. Die HO beeinflusste im weiteren Entwicklungsprozeß den gesamten Binnenhandel. Von ihr gingen die maßgeblichen Impulse für die sozialistische Umgestaltung des Einzelhandels in den folgenden Jahren aus.

Im Jahre der Gründung der DDR war auch im Binnenhandel ein Entwicklungsstand erreicht, von dem aus nach Bewältigung der grundlegenden Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen die Überleitung des revolutionären Prozesses in den sozialistischen Aufbau erfolgen konnte und mußte.

Im Jahre 1949 wurden nahezu 40 Prozent aller im Einzelhandel und mehr als 50 Prozent der im Großhandel zirkulierenden Waren vom volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Handel umgeschlagen, 1950 schon beinahe 50 Prozent bzw. fast 70 Prozent.³⁴ Der Binnenhandel trug wesentlich dazu bei, die Versorgung der Bevölkerung auf den wichtigsten Gebieten zu stabilisieren und sie kontinuierlich weiter zu verbessern. Das geschah über Preissenkungen für HO-Waren bei gleichzeitig erhöhten Rationen auf Lebensmittelkarten und herabgesetzten Punktwerten für Textilien und Schuhwaren sowie über die Steigerung des Nominaleinkommens der Bevölkerung.

Eingebettet in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtentwicklung hatten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die entscheidenden Positionen im Binnenhandel eingenommen und nutzten sie im Interesse des werktätigen Volkes.

³¹ Dazu kamen HO-Hotels sowie Landeslager mit Großhandelsfunktion. Vgl. Heldt, Peter, Die Entwicklung des Konsumgüterbinnenhandels in der DDR, Lehrmaterial, Leipzig 1966, S. 147.

³² Vgl. ebenda.

³³ Vgl. Heinrichs, Wolfgang, Ökonomik des Binnenhandels in der DDR, Berlin 1962, S. 101.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 109.

DIE AUSEINANDERSETZUNG DER KPD MIT DEN REAKTIONÄREN KRÄFTEN IN DER CDU IM KAMPF UM DIE DURCHSETZUNG DER DEMOKRATISCHEN BODENREFORM (2. Halbjahr 1945)

von N. Smelov

1. Die Grundsätze der reaktionären Kräfte in der CDU hinsichtlich einer demokratischen Umgestaltung in der Landwirtschaft
2. Die Versuche der reaktionären Kreise in der CDU, eine Bodenreform im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft durchzuführen
3. Der Widerstand der Reaktion gegen die Bodenreform und der Kampf der KPD
4. Die Krise in der CDU im Zusammenhang mit der Weigerung ihrer Führung, den Aufruf zur Hilfe für die Neubauern zu unterschreiben
5. Der Sieg der revolutionären marxistisch-leninistischen Konzeption der KPD bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform

Zu den wichtigsten revolutionär-demokratischen Umgestaltungen im Osten Deutschlands nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee gehört die demokratische Bodenreform. Erforderlich aus historischen, politischen und ökonomischen Gründen, sollte sie das Grundeigentum der Großgrundbesitzer und der Junker - der Reste des Feudalismus im Dorf - beseitigen, um die Möglichkeit für eine freie Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft zu schaffen.

Die KPD beachtete bei der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Revolution die besonderen Bedingungen, die im Osten Deutschlands nach dem Kriege entstanden waren und wandte schöpferisch die Lehre der Klassiker des Marxismus-Leninismus über die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats und seine führende Rolle in der demokratischen Revolution, über das Kampfbündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft als unerlässliche Bedingung für den Sieg des Proletariats an.

Das Programm der Wiedergeburt eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands war der Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945. In dem landwirtschaftliche Fragen betreffenden Teil des Programms forderte das ZK die Sicherung der verlustlosen Einbringung der Ernte durch die breite Hilfe der Arbeiterklasse für die Bauernschaft. Hier zeigte sich das Bündnis

zwischen Arbeitern und Bauern in der Praxis. Das ZK der KPD trat entschieden auf für die "Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und die Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens ... zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern."¹

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni brachte die werktätige Bauernschaft in Bewegung, weckte in ihr die Hoffnung auf Land und gab den Anstoß zur praktischen Durchführung der Aufteilung der Güter. Die Festlegung, "daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden"², half, die Mittelbauern zur aktiven Beteiligung an der Bodenreform heranzuziehen und einen bedeutenden Teil der Großbauern zu neutralisieren.

Unter der Leitung von Wilhelm Pieck, der am 1. Juli aus der Emigration aus Moskau eingetroffen war, arbeitete die Partei die Prinzipien, Formen und Methoden für die Durchführung der Bodenreform aus und leistete eine umfangreiche massenpolitische Arbeit unter den Bauern, um ihnen die Ziele und Aufgaben der Bodenreform zu erläutern.

Am 16. August fand eine Beratung der Sekretäre der Parteiorganisationen des Landes Brandenburg statt, auf der besprochen wurde, was getan werden müsse, um den Bauern bei der Ernteeinbringung und bei der Demokratisierung des Dorfes zu helfen. Die KPD riet den örtlichen Selbstverwaltungen, mit der Aufteilung des Junkerlandes zu beginnen, zu diesem Zweck Bodenkommissionen zu schaffen und nicht auf die Annahme der Gesetze "von oben" zu warten. In seiner programmatischen Rede auf der Kreisbauernversammlung am 2. September 1945 in Kyritz begründete Pieck die Notwendigkeit der demokratischen Bodenreform und legte ein Programm für ihre Durchführung vor.³ Die KPD forderte die Enteignung aller Güter der Kriegsverbrecher und Naziführer, unabhängig von ihrer Größe, und des junkerlichen Großgrundbesitzes über 100 Hektar.

Wilhelm Pieck rief dazu auf, unverzüglich Kommissionen als revolutionäre Organe der Bauernmassen zur Durchführung der Bodenreform zu bilden.

Die durch die demokratische Bodenreform beunruhigten imperialistischen Kräfte und ihre Agenten versuchten, ihre Positionen zu erhalten. Um die Bodenreform wurde ein erbitterter Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten auf der einen Seite und der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern auf der anderen Seite geführt. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hob in einer Rede anlässlich des 30. Jahrestages der demokratischen Bodenreform hervor: "... der imperialistische Staatsapparat war zerschlagen, doch der Gegner, der genau wußte, wieviel für ihn auf dem Spiel stand, gab keineswegs auf."⁴

Im Verlauf der Verschärfung des Klassenkampfes versuchte die Reaktion, sowohl die CDU als auch die LDPD in Organisationen für den Kampf gegen die Bodenreform zu verwandeln.⁵

1 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente 1945 - 1949, Berlin 1968, S. 62.

2 Ebenda.

3 Siehe Pieck, Wilhelm, Junkerland in Bauernhand, Rede zur demokratischen Bodenreform in Kyritz am 2. 9. 1945, Berlin 1955.

4 Honecker, Erich, Bündnis war, ist und bleibt Eckpfeiler unserer Politik, in: Neues Deutschland, 6./7. 9. 1975.

5 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 83,

Zu den Gründern der CDU wie auch der LDPD gehörten in dieser Zeit auch Politiker früherer bürgerlicher Parteien, die die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums vertreten und früher hohe Posten in bürgerlichen Regierungen eingenommen hatten; sie kamen aus dem hohen Beamtentum, aus kirchlichen Kreisen, waren ehemalige Führer bürgerlicher Gewerkschaften gewesen und bildeten den rechten, reaktionären und konservativen Flügel der CDU. Diese Kräfte stützten sich auf die große und mittlere Bourgeoisie, auf die Kirche, die Großgrundbesitzer und das Junkertum sowie auf die imperialistischen Kreise in den westlichen Teilen Deutschlands. Beiden Parteien schlossen sich jedoch auch "viele aufrechte Demokraten aus den Reihen des Bürgertums und des Kleinbürgertums an. Namen wie Wilhelm Külz und Otto Nuschke wurden Symbol für eine fortschrittliche Politik aus dem Bürgertum kommender Antifaschisten. Die leitenden Körperschaften der bürgerlich-demokratischen Parteien waren aber in den ersten Jahren weitgehend in den Händen reaktionärer Politiker. Für diese waren die demokratischen Programmforderungen nur das Beiwerk ihrer auf Wiederherstellung des Imperialismus zielenden Pläne."⁶ Sie suchten Bündnispartner unter denjenigen Mittel- und Großbauern, deren Ziel es war, zu kapitalistischen Landwirten zu werden und die sich jetzt auf die bürgerlich-demokratischen Parteien orientierten. Durch die Verbreitung von Gerüchten über eine bevorstehende Enteignung der Groß- und Mittelbauern versuchten imperialistische Ideologen, die Groß- und Mittelbauern auf die Seite der Reaktion zu ziehen, der von der KPD durchgeführten Politik der Neutralisierung der Großbauern eine Politik ihrer Einbeziehung in den aktiven Kampf gegen die Bodenreform entgegenzusetzen und damit dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Die KPD, aber auch die vielen ehrlichen Parteimitglieder der CDU, "die mit echter demokratischer Aktivität an der Verwirklichung der Bodenreform auf dem Lande arbeiteten"⁷, führten einen energischen Kampf gegen die reaktionäre Gruppe in der CDU-Führung. Diese Situation widerspiegelte die damalige Gewichtung der politischen und Klassenkräfte und war von großer Bedeutung für die gesamte weitere wirtschaftliche und ökonomische Entwicklung im Gebiet der heutigen DDR.

1. Die Grundsätze der reaktionären Kräfte in der CDU hinsichtlich einer demokratischen Umgestaltung in der Landwirtschaft

Der Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945 legte die Grundzüge der CDU-Politik auch hinsichtlich der Agrarumgestaltungen fest.⁸

Die damaligen Parteivorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber gingen, obwohl subjektiv ehrliche Hitlergegner, "von den Traditionen des reaktionären

88; zu der damaligen Situation in der CDU siehe Wirth, Günter, Zur Entwicklung der CDU von 1945 - 1950, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 7. Jg. 1959, S. 1578.

⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 57.

⁷ Thesen zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, o. O. 1970, S. 17 = Beiträge zur Geschichte, hg. v. Sekretariat des Hauptverbandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

⁸ Vgl. Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, a. a. O., S. 78 ff.

Flügels der Verschwörung des 20. Juli 1944 aus".⁹ Auf diese Weise gelang es den reaktionären Kräften in der CDU, bereits in den Berliner Gründungsaufwurf "einige Programmpunkte rückschrittlichen oder zumindest doppeldeutigen Charakters einzuschmuggeln, die sie später im Sinne ihrer großbürgerlich-reaktionären Ziele ausnutzen wollten",¹⁰ Der wichtigste derartige Programmpunkt lautete: "Wir bejahen das Privateigentum." Dieser Grundsatz ist der Schlüssel zum Verständnis der weiteren Politik der reaktionären Kräfte in der CDU zur Beibehaltung auch des Eigentums der Großgrundbesitzer und Junker.

Hinter geschickt maskierten, nebulösen Formulierungen etwa in der Art wie: "Unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes soll dem Bauern die Möglichkeit gegeben werden, sein eigenes Stück Land zu besitzen und eine selbständige Arbeit durchzuführen"¹¹, bzw. daß es erforderlich sei, "die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums zu gewährleisten und den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens zu verlangen"¹², verbargen sie das Wesen ihrer auf die Beibehaltung des Großgrundbesitzes gerichteten Politik. Sie hofften, den Großgrundbesitz für die Durchführung einer kapitalistischen Siedlungspolitik wie in der Weimarer Zeit einsetzen zu können, eine Politik, die sich längst als überholt erwiesen hatte. Stöckigt führt in seiner Arbeit Beweise für die Identität des Programms der CDU mit analogen Modellen im Wahlaufwurf der Deutschen Demokratischen Partei und in den "Prinzipien" der Deutschen Volkspartei an.¹³

Der Aufruf der CDU verschwieg die Mitverantwortlichkeit der Junker und Großgrundbesitzer für den Krieg und die Kriegsverbrechen, er sagte nichts über die Liquidierung des Junkertums als Klasse und die Beseitigung seiner ökonomischen Basis, nichts über die Beseitigung der feudalen Überbleibsel in der Landwirtschaft. Eine Reihe von Leitern und Ideologen der CDU fürchteten geradezu, das Agrarproblem mit den Problemen der Demokratisierung Deutschlands zu verbinden. In der Agrarfrage legten sie das Hauptaugenmerk auf das Lebensmittelproblem und die Umsiedlerfrage und versuchten damit, den tiefen klassenmäßigen und sozialpolitischen Inhalt dieser Frage zu verschleiern. Ganz offensichtlich erstrebten sie eine Lösung des Agrarproblems "unter Beibehaltung des sozialen Friedens". Streicht man die demagogischen Phrasen, so blieb im Grunde eine unausgesprochene, verschleierte Verteidigung der Großgrundbesitzer und Junker sowie der anderen kapitalistischen Elemente im Dorf übrig.

Der politisch beschränkte, kompromißlerische Charakter des Agrarprogramms der christlichen Demokraten erklärte sich aus der Instabilität der deutschen Bourgeoisie und ihrem Bestreben, Einfluß auf die Hauptmasse der Bauernschaft zu behalten und eine Verstärkung des Klassenkampfes im Dorf zu verhindern.

Mit der Entwicklung der Bewegung der Volksmassen für die Bodenreform waren die reaktionären Kreise in der CDU gezwungen, in einem redaktionellen Artikel in ihrer Zeitung "Neue Zeit" am 30. August 1945 einen modifizierten Standpunkt darzulegen. Hier wurde bereits über die "gefährliche Rolle" gesprochen, die die Großgrundbesitzer und Junker gespielt hätten, sowie von den politischen Verbin-

9 Thesen zur Geschichte ..., a. a. O., S. 13.

10 Ebenda.

11 Gründungsaufwurf ..., a. a. O., S. 80.

12 Ebenda.

13 Stöckigt, Rolf, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform (Mai 1945 - April 1946), Berlin 1964, S. 64.

dungen der Großgrundbesitzer und Junker mit dem Hitlerregime. Die Reaktionen in der CDU sprachen hier für die Bodenreform, aber sie wollten durch die Reform eine Vergrößerung der Anzahl von Kleineigentümern erreichen, um so die konservativen Elemente im politischen Leben der damaligen sowjetischen Besatzungszone zu verstärken. Aus diesem Grunde brachten sie folgenden Vorschlag ein: "Ungezählte Bauernbetriebe bedürfen noch der Erweiterung und Vergrößerung, um ihre Spannkraft und die häuslichen Arbeitskräfte voll ausnutzen zu können. Land für eine gesunde Bodenreform ist vorhanden. Die ländlichen Großbetriebe, in erster Linie alle Großgüter der verflochtenen Parteibonzen und aktiven Nazis, die Domänen sowie auf der anderen Seite auch die kulturfähigen Moor- und Heideböden stehen dafür zur Verfügung".¹⁴ Die Durchführung dieses Vorschlags hätte bedeutet, daß die Güter vieler Großgrundbesitzer erhalten geblieben wären, während die Bauern zum großen Teil Moor- und Heideböden erhalten hätten. Es wurde weiterhin vorgeschlagen, sogenannte "Beispielwirtschaften", "Saatgutwirtschaften" und ähnliche Betriebe als Mustergüter beizubehalten, da sie angeblich eine entscheidende Rolle für die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung spielten. Man sprach sich für Zwischenlösungen aus, das heißt gegen entscheidende Maßnahmen zur Enteignung der Großgrundbesitzer. Um das Problem der Umsiedler zu lösen, zeige "die kollektive Bewirtschaftung großer Güter einen gangbaren Weg".¹⁵ Dies war ein erneuter Versuch zur Beibehaltung des Großgrundbesitzes durch eine sogenannte "kleine Reform" mit der Hoffnung auf die Wiederkehr "besserer Zeiten".

2. Die Versuche der reaktionären Kreise in der CDU, eine Bodenreform im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft durchzuführen

Daß Hermes von Anfang an gegen eine radikale Bodenreform war, sagte sein Sohn ganz offen in einer 1963 in Westdeutschland veröffentlichten Schrift.¹⁶ Der revolutionäre Schwung dieser Bewegung, die bereits begonnen hatte, habe ihn erschreckt. Luitpold Steidle erinnert sich daran, daß er nach seiner Rückkehr aus Moskau nach Deutschland im Dezember 1945 mit dem Priester Josef Kayser Andreas Hermes besuchte, der "keinen Hehl daraus machte, daß er mit der Bodenreform nicht einverstanden war. Alles wurde zu revolutionär, zu überstürzt durchgeführt."¹⁷

Bereits seit Anbeginn ihrer Tätigkeit versuchte der reaktionäre Teil der CDU-Führung, eine wirklich demokratische Entwicklung im Dorf aufzuhalten. Auf der 4. Sitzung des Gründungskomitees der CDU am 25. Juli 1945 teilte Hermes mit, daß im Hauptkomitee des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien anläßlich des Aufrufs an die Bevölkerung vom 23. Juli 1945 zur Ernteeinbringung eine Beratung stattgefunden habe. Laut Protokoll berichtete er: "Die Initiative zu einem Ernteauftrag an die Bevölkerung von Stadt und Land ging von der KPD aus. Der Entwurf ging über den reinen Appell zum Ernteeinsatz hinaus und enthielt grundsätzliche agrarpolitische Festlegungen. Zur Beseitigung einer Festlegung

¹⁴ Neue Zeit, Nr. 35, 30. 8. 1945.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. Hermes, Peter, Die CDU und die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.

¹⁷ Steidle, Luitpold, Entscheidung an der Wolga, Berlin 1971, S. 406.

der Agrarpolitik, die nicht den Absichten der Union entsprach, waren zwei Besprechungen zwischen den Parteien erforderlich, in deren Verlauf es schließlich gelang, den Aufruf an die Bevölkerung zu beschränken und ihn von allen programmatischen Festlegungen zu reinigen.¹⁸ Damit der Ernteaufruf angenommen wurde, hatten die Vertreter beider Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, beschlossen, ihn in Anbetracht der Einwände der Vertreter der bürgerlichen Parteien einzuschränken.¹⁹ Hermes hatte bereits gehofft, die Bodenreform verhindern zu können, und trat gegen die Abschaffung des noch aus dem Faschismus stammenden Zwangsablieferungsgesetzes auf. Er verurteilte die Haltung der KPD, die von den Bauern nur die Entrichtung von Steuern forderte, und sagte, daß die CDU und der Magistrat (in dem er zu jener Zeit tätig war), anderer Meinung seien. "Von einer Verwendungsfreiheit kann keine Rede sein, da das unzulängliche Ernteaufkommen die vollständige Erfassung sämtlicher Produkte erforderlich macht."²⁰

Nur so hielt es Hermes für möglich, die Ernährungslage zu stabilisieren. All das zeigt, daß er ein entschiedener Gegner einer wirklich demokratischen Entwicklung war, er wollte keine Entfaltung der Aktivität der Bauern. Die Verwirklichung seiner Forderung hätte die Politik des Bündnisses zwischen den Arbeitern und der Bauernschaft bedeutend geschwächt und torpediert.

Die KPD hatte erkannt, daß eine Verzögerung der Bodenreform der Reaktion in die Hand spielen würde. Der Herbst kam heran, die Bauern mußten eine klare Vorstellung von ihrem Bodenbesitz haben, um die Herbstsaat zu beginnen. Es war notwendig, die bereits begonnene Aufteilung des Großgrundbesitzes gesetzlich zu verankern und zusammen mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in den Ländern und Provinzen die Gesetze über die Bodenreform auszuarbeiten.

Am 30. August 1945 fand eine Beratung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien Sachsens statt, auf der der Entwurf der KPD unterbreitet wurde. Die Vertreter der CDU versuchten mit allen Mitteln, die Verhandlungen zu stören. Miller von der CDU stellte die Frage zur Diskussion, ob das Präsidium der Länderverwaltung gesetzlich berechtigt sei, die Bodenreform zu beschließen. Danach wurde die Forderung gestellt, an die zu enteignenden Bodeneigentümer eine Entschädigung zu zahlen und ihnen einen Teil des Bodens für die Bearbeitung zu belassen.²¹ Als auch diese Vorschläge nicht durchkamen, forderten die anwesenden Vertreter der CDU, "den Gesamtkomplex der Bodenreform dem Alliierten Kontrollrat in Berlin vorlegen zu lassen".²²

Die Vertreter der CDU wandten sich in der Beratung auch gegen die "neuen Organe", das heißt gegen die Bodenkommissionen, die aus Arbeitern und Bauern be-

18 Historisches Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (im folgenden: HA der CDU), Berlin, Akte 161, Protokolle Gründungsversammlung, 4. Sitzung, unpag.

19 Heil, Wolfgang, Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform, hg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, Berlin 1965, S. 18.

20 HA der CDU, Berlin, Akte 161.

21 Vgl. Schapper, Alwin, Jahre der Entscheidung. Erinnerungen an die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU (1945 - 1952), Berlin 1969, S. 40.

22 Hermes, Peter, a. a. O., S. 26.

standen, und schlugen statt dessen Organisationen der Unternehmer und Siedler vor.²³ Im Prinzip "wollten die Vertreter der Christlich-Demokratischen Union im Rahmen der alten Siedlungsgesetze nur ein Täuschungsmanöver durchführen, so wie es nach der Novemberrevolution in der Weimarer Republik von seiten der Sozialdemokratischen Regierung geschah".²⁴

Ungeachtet des Widerstandes der Reaktion faßte der antifaschistisch-demokratische Block am 1. September 1945 den Beschluß über die Durchführung der Bodenreform, der die entschädigungslose Enteignung der Kriegsverbrecher, aktiven Nazis und aller Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Land vorsah. Die Entscheidung des Blocks hatte einen positiven Einfluß auf die Stimmung der demokratischen Kräfte in den anderen Ländern der sowjetischen Besatzungszone.

Auf der Sitzung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien des Landes Mecklenburg wurde ebenfalls der Entwurf des Aufrufs zur Bodenreform beraten. Der CDU-Vorsitzende Lobedanz wies auf die Notlage der Bauern hin und forderte, die Bodenreform unverzüglich durchzuführen. Er sprach sich für eine schnelle Vorbereitung der Bodenreform aus und auch dafür, daß der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien die Bildung der Gemeindebodenkommissionen in die Hand nahm.²⁵

Sobottka (KPD) unterstützte Lobedanz, wandte sich jedoch dagegen, die Mitglieder dieser Kommissionen vom Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu ernennen. Er verteidigte die Ansicht der KPD, die breite Masse der Werktätigen in die Arbeit zur Bodenverteilung einzubeziehen: "Unsere Ansicht war ..., die breitesten Schichten der landarmen Bevölkerung mit zu mobilisieren, mitteilhaftig werden zu lassen an der Arbeit, die durchgeführt werden muß. Wir wissen, daß es auf den Dörfern sehr viele Antifaschisten gibt, die nicht an eine Partei gebunden sind. Wenn wir die Gemeindekommissionen nur aus den Parteien erstellen, schließen wir einen großen Teil Bauern aus, die nicht Mitglieder sind."²⁶

Die reaktionären Kräfte in der mecklenburgischen CDU gruppierten sich um den zweiten Vorsitzenden der Partei, Krukenmeyer, der früher der Zentrumspartei angehört hatte und seit 1936 Geschäftsführer der kapitalistischen Siedlungsgesellschaft "Ostland" in Güstrow und Schwerin war.²⁷ Er verteidigte die Interessen der Großgrundbesitzer und wollte die Bodenreform unter die Kontrolle dieser Gesellschaft stellen. 1948 wurde er als Feind des demokratischen Aufbaus entlarvt.

Auf der Sitzung des Blocks erhob Krukenmeyer die Forderung, "... eine Agrarreform ... richtig zu machen", und verlangte, daß die Bauern den Boden bezahlen. "Wir wollen ruhig sagen, daß die Siedler bezahlen müssen. Was man umsonst vergibt, taugt nicht viel. Deshalb bin ich dafür, daß wir auch im Aufruf sagen, daß ein Entgelt für den Boden gegeben werden soll. Der Boden soll nicht be-

²³ Vgl. Stöckigt, Rolf, a. a. O., S. 79 ff.

²⁴ Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Berlin 1961, S. 51.

²⁵ Staatsarchiv Schwerin, Ministerium des Innern, 1945 - 1952, Verordnung über die Bodenreform, Ausführungsbestimmungen und deren Durchführung, Mappe 1743, Protokoll der Sitzung der antifaschistischen Parteien am 3. 9. 1945, S. 8.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda, Mappe 465/12, Mecklenburgische Landesgesellschaft, Handakten Krukenmeyer.

lastet werden, er ist unverpachtbar. Es wird sehr schwer sein, aber als Siedlungsfachmann weiß ich es zu beurteilen."²⁸

Die Vertreter der KPD mußten auch in der Frage des Tempos, der Fristen der Bodenreform, einen entschiedenen Kampf führen. Wieder war es Krukenmeyer, der die Forderung nach einer allmählichen Bodenaufteilung erhob. Er verfolgte damit den Zweck, die Ausarbeitung des Gesetzes über die Bodenreform auf bürokratischem Wege zu bremsen und es unmöglich zu machen, sie im Herbst 1945 durchzuführen. Das wäre zweifellos den Junkern von Nutzen gewesen, hätte es ihnen möglich gemacht, sich zu organisieren und ihren Widerstand zu verstärken. Deshalb wurde diese Ansicht von der KPD mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Franz Dahlem gab im Namen der KPD die richtige Antwort: "Wenn wir wollen, daß die Bauern, die anfangs ziemlich mißtrauisch den Versprechungen gegenüberstanden, ihre ganze Initiative und Kraft zur Verfügung stellen, müssen wir schnell handeln. Mecklenburg spielt mit eine entscheidende Rolle in der Bauernfrage im ganzen Reich."²⁹

Die Anhänger Krukenmeyers in den lokalen Organisationen der CDU versuchten, ihn zu unterstützen. Sie erhoben die Forderung, jedem Umsiedler 20 bis 25 Hektar Boden zuzuteilen, und motivierten das damit, daß die Erfahrungen der Geschichte zeigten, daß nur solche Wirtschaften rentabel seien und die Stadt mit Nahrungsmitteln versorgen könnten.³⁰

Der Aufruf des Blocks, der von der KPD vorgelegt worden war, wurde am 3. September 1945, ungeachtet der Versuche der Reaktion, ihn zu verändern oder einzuschränken, angenommen.³¹ Am 5. September wurde der Beschluß über die Bodenreform vom Präsidium der Landesverwaltung des Landes Mecklenburg angenommen. Einige Tage später wandte sich auch der Landesvorstand der CDU mit einem Aufruf zur Bodenreform an die Bevölkerung und forderte die sofortige Übergabe des Bodens der Junker an die Bauern.³²

Als letztes Land nahm Thüringen den Beschluß des Blocks über die Bodenreform an. Am 4. September fand unter Vorsitz von Schneider die Tagung des Komitees des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien statt, auf der der KPD-Vorschlag über die Bodenreform erörtert wurde. Auch hier machten sich in "der Haltung und Entscheidung zur Bodenreform ... die rückschrittlichen Kräfte in der CDU in besonderer Weise erkennbar. Von ihnen ging der Versuch aus, die Enteignung der Güter und ihre Aufteilung zu verzögern und durch Klauseln in der Durchführung aufzuhalten."³³

28 Ebenda, Mappe 1743, S. 10.

29 Ebenda, S. 12.

30 Ebenda, Mappe 465/12, Schreiben der Bezirksgruppe Neukloster v. 13. 9. 1945.

31 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 3, Bd. 1, Berlin 1959, Dok. 54, S. 142 ff.

32 Aufruf des Landesvorstandes Mecklenburg/Vorpommern der CDU zur Bodenreform, abgedr. bei Brechbach, Joachim/Loch, Hans, Die erste Bewährung des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der demokratischen Bodenreform 1945/46, Berlin 1972, S. 56 = Beiträge zur Geschichte, a. a. O.

33 Thiel, Victor, Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes Thüringen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Berlin 1970, S. 21 = Beiträge zur Geschichte, a. a. O.

Der Vertreter der CDU Riedel erklärte, daß die Frage der Bodenreform so schnell wie möglich entschieden werden müsse, fügte aber sogleich hinzu, daß "dafür eine gesetzliche Begründung erforderlich" sei. Der starke Widerstand der bürgerlichen Kräfte zeigte sich auch in dem Einwand, daß in dem Aufruf des Blocks eine klare Haltung in bezug auf die Enteignung der Güter mit mehr als 100 Hektar fehle, "es werden die Wirtschaften der Bauern, die keine aktiven Nazis waren, nicht enteignet".³⁴ Erst am 10. September 1945 wurde die Verordnung der Landesverwaltung über die Bodenreform unterzeichnet.³⁵

Von einschneidender Bedeutung für die Verhandlungen im Zentralausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien war, daß die Blockparteien in den Ländern und Provinzen bereits Aufrufe über die Durchführung der Bodenreform angenommen hatten. Der Verlauf der Diskussionen zeigte, daß die Reaktion in den Ländern und Provinzen über bedeutende Kräfte verfügte. Nur die unterschiedenen Aktionen der Volksmassen und die feste Haltung der Vertreter der KPD machten es den Reaktionen unmöglich, offen gegen die Bodenreform aufzutreten. Für die progressiven Kräfte in der CDU war das die erste und zugleich eine ernste Prüfung, in der ihnen deutlich wurde, daß sie, gestützt auf die Kommunisten und Sozialdemokraten, dem reaktionären Kurs ihrer Berliner Führung erfolgreich begegnen konnten.

3. Der Widerstand der Reaktion gegen die Bodenreform und der Kampf der KPD

Den entscheidenden Kampf gegen die Reaktion in der CDU in bezug auf die Bodenreform führte die KPD im Hauptausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Am 30. August 1945 hatten beide Arbeiterparteien den gemeinsamen Entwurf eines Aufrufs im Zentralausschuß eingebracht.³⁶

Für die Führung der CDU kam das überraschend. Sie brauchte Zeit, um eine eigene Plattform auszuarbeiten. Deshalb stieß dieser Entwurf auf den entschiedenen Widerstand der Vertreter der CDU, deren Sprecher Kaiser war. Man beschloß, einen speziellen Unterausschuß für die Erörterung dieser Fragen zu bilden.³⁷ Zu ihm gehörten von der CDU Schreiber und Otto Nuschke, von der KPD Walter Ulbricht und Edwin Hoernle.³⁸

Am 30. August 1945 erschien in der "Neuen Zeit" ein redaktioneller Artikel, der zwar die Position der Führung der CDU darlegte, ihren offiziellen Vorschlag aber nicht aufhob.

34 Zit. nach Volov, M. M., Sostanie bloka antifašistsko-demokratičeskich partij i ego dejatel'nost', maj 1945 - april' 1946, Diss. Saratov 1969, S. 248.

35 Siehe Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Berlin 1955, S. 219.

36 Stöckigt, Rolf, a. a. O., S. 65.

37 Wünschmann, Werner, Zur Deutschland-Konzeption der Führung der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, 1945 - 1947, Berlin 1966, S. 21.

38 Archiv der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Verbindungsbüro des demokratischen Blocks (im folgenden: Archiv Verbindungsbüro), Mappe 7, Protokolle über die Sitzungen des demokratischen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, S. 5.

Deshalb trat am nächsten Tag, dem 31. August, das Gründungskomitee der CDU zusammen, das den Vorschlag der Kommunisten über die Bodenreform behandelte: "Der wirtschaftspolitische Ausschuß der Union hat den Auftrag bekommen, unverzüglich unsere Stellungnahme zu erarbeiten und zu präzisieren."³⁹

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU nahm die Arbeit auf, als die große Bewegung der demokratischen Kräfte für die Bodenreform, darunter auch der einfachen Mitglieder der CDU, begann, als bereits Bodenkommissionen gebildet wurden. Am 2. September legte Wilhelm Pieck das Programm der KPD zur Bodenreform in seiner Rede in Kyritz dar. Am 3. September trat der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU zusammen, um ein Programm für die Gespräche zwischen den Parteien auszuarbeiten.⁴⁰ Es ist charakteristisch, daß zu diesem Ausschuß solche Reaktionäre wie Baron von Zitzewitz gehörten, der von vornherein die Interessen der Junker und nicht die der Bauern verteidigte.

Am 4. September trat ein Sonderausschuß für die Bodenreform zusammen, der vom Zentrallausschuß des antifaschistisch-demokratischen Blocks ernannt worden war und den Entwurf des ZK der KPD erörterte. Noch während der Tagung kam die Mitteilung aus Sachsen, daß das Präsidium der Landesverwaltung ein Gesetz über die Bodenreform erlassen hatte. Die Führer der CDU mußten jetzt zeigen, ob sie mit dem Beschluß, den die CDU Sachsens unterschrieben hatte, einverstanden waren oder ob sie endgültig die Verhandlungen im Zentrallausschuß des antifaschistisch-demokratischen Blocks abzubrechen gedachten. Der Hauptreferent der CDU war Schreiber. Er forderte, den Großgrundbesitz während der Übergangsperiode zu belassen, und erklärte, eine spätere Enteignung sei nur mit Entschädigung möglich. Als diese Vorschläge abgelehnt wurden, forderte er demagogisch "nach russischem Vorbild eine kollektive Belegung der Großgüter". Das war eine offene Provokation; denn eine solche Forderung entsprach nicht den historischen Bedingungen.⁴¹ In seiner Antwort betonte Ulbricht die prinzipielle Bedeutung der Bodenreform für die Festigung des Friedens und für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.⁴²

Angesichts des offenen Widerstandes der Vertreter der bürgerlichen Parteien wurde die Tagung des Sonderausschusses auf den 10. September verschoben.

In dieser Zeit wurden in den Ländern und Provinzen von den Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien ausgearbeitete Gesetze über die Bodenreform angenommen, das ZK der KPD veröffentlichte seinen Aufruf über die Bodenreform, der die klare und präzise Position der Kommunistischen Partei darlegte⁴³: Enteignung der Großgrundbesitzer und Übergabe des Bodens an die Bauern, Schaffung von Kommissionen als Organe zur Durchführung der Bodenreform.

In der Zeit bis zum 10. September befaßten sich Schreiber und seine Anhänger mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer Agrarreform, die der zweiten Tagung des Sonderausschusses des Blocks als "Entwurf Dr. Schreiber zur Agrarreform"⁴⁴ vorgelegt wurde. Dieser Entwurf hatte nichts mit einer tatsächlichen Boden- oder Agrarreform gemein, sondern "stellte nur eine frisierte Form des staatlichen Siedlungsgesetzes vom 11. August 1919 dar, angewendet auf die Bedingungen des

39 HA der CDU, Akte 161, 9. Sitzung, 31. 8. 1945.

40 Ebenda, Akte Protokolle der CDU-Ausschüsse 1945 - 1949, S. 534.

41 Siehe Stöckigt, Rolf, a. a. O., S. 93.

42 Archiv Verbündungsbüro, Mappe Y/4.

43 Dokumente und Materialien ..., a. a. O., Dok. 57, S. 148 ff.

44 HA der CDU, Sekretariat des Hauptvorstandes, Landwirtschaft, Akte 127.

Jahres 1945⁴⁵. Schreiber begründete die Notwendigkeit einer Agrarreform mit der ernststen Lage der Lebensmittelversorgung und der Unterbringung von tausenden Umsiedlern aus den östlichen Gebieten. Mit der ihm eigenen Demagogie erklärte er, daß die Reform "eine Ausschaltung der politischen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes zum Endziel" habe, daß mit ihrer Durchführung der reaktionäre Einfluß der Großgrundbesitzer beseitigt und der Weg zu einer demokratischen Erneuerung gebahnt werde. Seine weiteren praktischen Vorschläge waren jedoch auf die Erhaltung des Großgrundbesitzes und die Wiederherstellung der früheren Klassenverhältnisse auf dem Lande gerichtet. Er schlug vor: "Der Großgrundbesitz ist daher in weitestem Umfang aufzuteilen und nur insoweit noch lebensberechtigt, als die Betriebe in der Hand fortschrittlicher, dem Faschismus abgewandter Betriebsleiter überdurchschnittliche Leistungen hervorgebracht haben oder auf dem Gebiete der Viehzucht, der Saatgutwirtschaft und als Grundlage unserer Zuckerindustrie unentbehrlich sind."⁴⁶ Weiter forderte er die Durchführung der Reform "in voller Ordnung und ohne Störung" sowie die Einstellung der Aufteilung solcher Güter, die ihren besonderen Produktionsergebnissen zufolge nicht der Aufteilung unterliegen dürften. Anstelle von Bodenkommissionen aus Bauern und Landarbeitern sollten in den Ländern und Provinzen "Landerfassungstellen" unter dem Vorsitz von durch die Provinz- und Landespräsidenten benannten "landwirtschaftlichen Sachverständigen" geschaffen werden, die aus je einem Vertreter der vier Parteien bestehen sollten, wobei diese Vertreter der Parteien "agrарwirtschaftlich erfahrene Persönlichkeiten" sein müßten. Sie sollten endgültig festlegen, welche Güter aufzuteilen wären. Es wurde vorgeschlagen, bei den Provinz- und Landesverwaltungen ein Siedlungsamt zu schaffen, das sich mit der Planung des Bodens befassen, das Vieh, die Maschinen und das Saatgut verteilen sowie durch Landwirtschaftsfachleute Hilfe erweisen sollte. In den Kreisen sollten ebenfalls analoge Kommissionen unter dem Vorsitz der Landräte gebildet werden.

Für die Gemeinden wurde vorgeschlagen, Siedlungskommissionen zu bilden, die aus je zwei Vertretern von Wirtschaften bis zu 5 Hektar, von Wirtschaften bis zu 20 Hektar und von großen Unternehmen (das heißt Großgrundbesitzern) sowie aus Landarbeitern bestehen sollten. Diese Kommissionen sollten überhaupt nichts entscheiden, sondern den Kreiskommissionen nur Vorschläge unterbreiten.

Somit war anstelle demokratischer Organe der Volksmacht ein mehrstufiges, geschlossenes bürokratisches System von Organen vorgesehen, die aus Angestellten und Spezialisten bestanden. Welche Böden wurden nun für die Besiedlung vorgeschlagen? Das waren in erster Linie die Besitzungen von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis, Güter, die sich in der Nähe von Städten befanden, um dort Wirtschaften für den Anbau von Gemüse zu schaffen, Boden, der für militärische Zwecke benutzt worden war, kultivierte Ödland-, Weide- und Moorflächen und "diejenigen Teile überdurchschnittlich bewirtschafteter Großgüter, die ohne Schaden für ihre Produktivität abgetrennt werden können".⁴⁷

Außerdem war vorgesehen, das Limit für die nicht unter die Enteignung fallenden Güter auf 200 Hektar zu erhöhen und den Eigentümern, außer den aktiven Nazis, ein Restgut zu belassen. Der unter die Bauern aufgeteilte Grund und Boden sollte

45 Stöckigt, Rolf, a. a. O., S. 95.

46 HA der CDU, Sekretariat des Hauptvorstandes, Landwirtschaft, Akte 127: Entwurf Dr. Schreiber zur Agrarreform.

47 Ebenda.

nach einer Prüffrist von zwei Jahren für eine bestimmte Summe in ihr Eigentum übergehen. "Die Entschädigung der Eigentümer sowohl wie ihrer Gläubiger kann in 3 1/2%igen Pfandbriefen ... geleistet werden." 48

Selbst die Güter der aktiven Nazis sollten nicht entschädigungslos enteignet werden: "Soweit aktive Nazis von der Enteignung betroffen werden, verfallen 25 von 100 des ihre Schulden übersteigenden Teils des Einheitswertes ihrer Besitzungen dem Siedlungsfonds der Provinz beziehungsweise Länder". 49 Hermes und Schreiber kümmerten die Interessen der Bauern wenig. Den Landarbeitern und Umsiedlern rieten sie, den besten Ackerboden den Gutsbesitzern als "Bezahlung" zu überlassen. Das hätte die Bauern erneut unter die knechtende Abhängigkeit ihrer ehemaligen Herren gebracht.

Auf der Sitzung des Sonderausschusses am 10. September entlarvten Edwin Hoernle, Walter Ulbricht und Helmut Lehmann die Politiker der CDU-Führung, die die Interessen der werktätigen Bauernschaft verrieten. Schreiber sah sich isoliert und dadurch gezwungen, sich mit dem Beschluß des Ausschusses einverstanden zu erklären, der im wesentlichen mit dem von der KPD und SPD vorgeschlagenen Entwurf übereinstimmte.

Am 13. September 1945 wurde im Zentrallausschuß des antifaschistisch-demokratischen Blocks das Übereinkommen über die Unterzeichnung des Aufrufs des Blocks erzielt. Der Kommunistischen Partei gelang es, ihre Konzeption über die Liquidierung des Großgrundbesitzes durchzubringen. Bei der Einschätzung dieses Beschlusses sagte Walter Ulbricht, daß alle vier Parteien sich im wesentlichen über die Notwendigkeit der Bodenreform einig geworden waren. 50 In einem Punkt konnte im Zentrallausschuß kein Übereinkommen erzielt werden - über die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer. Da sich Hermes, Schreiber und Koch (LDPD) gegen die entschädigungslose Enteignung aussprachen, blieb diese Frage in dem Aufruf offen.

Die Führer der CDU sahen sich jedoch gezwungen, wenigstens nach außen so zu tun, als ob sie jetzt mit der Durchführung der Reform einverstanden wären. Sie gaben sich noch der Hoffnung hin, durch die Taktik der Verzögerung der Bodenreform, durch Einwände, durch bürokratische Hindernisse Zeit zu gewinnen, um in die Bodenkommissionen die Mehrheit "ihrer" Leute hineinzubringen.

Am 14. September, einen Tag nach der Sitzung des Zentralen Blocks, übersandte der Hauptvorstand der CDU den Landes- und Kreisvorständen eine Direktive. Darin heißt es, das Volk stehe vor der Notwendigkeit, Hunderttausenden von Umsiedlern eine Existenzmöglichkeit zu geben, und diese Aufgabe sei nur auf der Grundlage einer umfassenden Agrarreform und einer verbesserten Wirtschaftsführung zu lösen. "Deshalb verlangen wir gemeinsam mit anderen Parteien die Aufteilung des Großgrundbesitzes, den wir nur in soweit als lebensberechtigt anerkennen können, als die Betriebe in der Hand fortschrittlicher und fester Betriebsleiter mit überdurchschnittlichen Leistungen liegen." Die CDU erkenne das Privateigentum an, sie trete für die Durchführung der Bodenreform "in voller Ordnung und unter Respektierung des Eigentumsbegriffes" ein. Entschädigungslos dürften nur die Kriegsverbrecher und aktiven Nazis enteignet werden. Alle anderen sollten

48 Ebenda.

49 Ebenda.

50 Deutsche Volkszeitung, Nr. 119, 28. 10. 1945.

eine Entschädigung erhalten. Die Bodenreform solle einheitlich für das gesamte Reich durchgeführt werden.⁵¹

Die Führer der CDU entfalteten eine rege Tätigkeit. Sie sprachen auf Kundgebungen in den verschiedensten Teilen des Landes und bereiteten in den Ausschüssen des Hauptvorstandes Materialien vor, die nachweisen sollten, daß die Bodenreform falsch durchgeführt werde und die Beschlüsse des Blocks revidiert werden müßten.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU nahm auf seiner Sitzung vom 18. September 1945 mit der "Stellungnahme zur Agrarreform" einmütig den von den Provinzvorständen der CDU abgelehnten Entwurf Schreibers über die Bodenreform an.⁵²

Eine Hauptaufgabe des agrarpolitischen Referats im Hauptausschuß der CDU war es, Materialien zu sammeln, die beweisen sollten, daß die Bodenreform die Versorgung bedrohe. In dem Memorandum "Eine ernährungswirtschaftliche Seite der Agrarreform"⁵³ wurde beteuert, daß die Großgrundbesitzer mehr Lebensmittel produzieren könnten als die Bauern und Umsiedler. Unter dem Deckmantel, sich um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu bemühen, verrieten seine Autoren die Grundfrage - die Frage der entschädigungslosen Enteignung.

Die Kommunistische Partei Deutschlands trat entschlossen gegen die Angriffe auf die Bodenreform auf. Am 19. September fand in Berlin eine von der KPD organisierte Kundgebung statt, auf der die Durchführung der demokratischen Reform und die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte auf der Tagesordnung standen. In seiner Rede beharrte Wilhelm Pieck fest auf der marxistisch-leninistischen Position der Partei zur Frage der entschädigungslosen Enteignung in Übereinstimmung mit der Leninschen Forderung, daß "man ein Eigentum, das zur fröherrlichen Ausbeutung dient, auch ohne Entschädigung beschlagnahmt"⁵⁴, und bewies, daß die Versorgung der Bevölkerung nicht durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Gefahr gerate. "Die Volksernährung wird keineswegs durch die feudal-junkerrlichen und nazistischen Großgrundbesitzer gesichert. Wir wissen aus Erfahrung, daß diese Gesellschaft einem demokratischen Deutschland mit aller Feindschaft gegenübersteht und deshalb die Ernährung unseres Volkes in jeder Hinsicht sabotieren wird."⁵⁵

Edwin Hoernle hatte auf der gleichen Kundgebung die Forderung nach der kollektiven Bewirtschaftung der Güter als provokatorische Forderung entlarvt, die nicht den damaligen Möglichkeiten entsprach, und stellte die Forderung auf, Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe zu gründen.⁵⁶

Die proimperialistischen Kräfte in der CDU, die begriffen hatten, daß ihre Forderungen nicht nur im antifaschistisch-demokratischen Block auf Widerstand stießen, sondern auch von den breiten Massen der Werktätigen abgelehnt wurden und daß die Bodenreform entsprechend den angenommenen Gesetzen realisiert werden

51 Hermes, Peter, a. a. O., S. 39.

52 HA der CDU, Akte Protokolle der Ausschüsse 1945 - 1949, S. 539.

53 Ebenda, Akte 117, September 1945.

54 Lenin, W. I., Materialien zur Ausarbeitung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Abänderungsvorschläge zum Agrarteil des Programms, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 65.

55 Deutsche Volkszeitung, Nr. 86, 20. 9. 1945.

56 Siehe ebenda, 22. 9. 1945.

würde, gingen zu offenen Angriffen nicht nur gegen die demokratische Bodenreform über, sondern auch gegen die programmatischen Grundsätze, die im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien beschlossen worden waren. Wilhelm Pieck schätzte dieses Moment folgendermaßen ein: "In der Zusammenarbeit mit den beiden bürgerlichen Parteien entwickelten sich sehr bald erhebliche Schwierigkeiten, indem reaktionäre Kräfte dieser Parteien gegen die gemeinsam gefaßten Beschlüsse, insbesondere gegen die demokratische Bodenreform, auftraten."⁵⁷

Ausdruck dieser Lage war die Rede Schreibers auf einer öffentlichen Kundgebung in Eisleben am 21. September 1945. Er sprach sich gegen die entschädigungslose Enteignung der Junker aus, lehnte die Entmachtung der Trusts und Konzerne ab und stritt die Schuld des faschistischen Deutschlands am Ausbruch des zweiten Weltkrieges ab.⁵⁸

Als Antwort auf diese provokatorische Rede Schreibers fand am 22. September in Eisleben eine Kundgebung mit 3 000 Einwohnern statt, die entschieden seine Angriffe gegen die Bodenreform und die anderen demokratischen Umgestaltungen ablehnten. Die Vertreter aller Parteien nahmen eine Resolution an, die das Verhalten Schreibers verurteilte: "Mit tiefster Entrüstung weisen wir die Angriffe des Herrn Schreiber gegen die demokratische Bodenreform, den größten Schlag, der gegen die Kriegstreiber und Militaristen in Deutschland je geführt wurde, zurück."⁵⁹

Eine Welle von Kundgebungen gegen die Positionen der CDU-Führung ging durch die Städte der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Aber auch in der CDU selbst erhob sich in "zahlreichen Ortsgruppen und Kreisverbänden ... ein Sturm der Entrüstung ..."⁶⁰ Die Vertreter aller Parteien sprachen sich für eine Aktionseinheit im Kampf gegen die Reaktion, für die Durchführung der Aufgaben des demokratischen Aufbaus aus. Nachdem die CDU-Führung mit ihrem Versuch, die öffentliche Meinung für ihre Ziele einzusetzen, eine Niederlage erlitten hatte, versuchte sie rechtliche Grundlagen für die Beseitigung der Bodenreform zu finden, wobei sie zu diesem Zwecke die Vertreter des Bürgertums im Justizapparat auszunutzen versuchte.⁶¹ Hermes, der offensichtlich spürte, wie die Geschehnisse im Dorf seinem und seiner Anhänger Einfluß entglitten, schrieb am 15. Oktober 1945 an die Präsidenten der Provinzial- und Länderverwaltungen in Potsdam, Dresden, Halle, Weimar und Schwerin und erhob dort seine "warnende Stimme" gegen angeblich bestehende Willkür. Er forderte Schadenersatz für die Großgrundbesitzer und setzte sich dafür ein, ihnen ein Restgut zu belassen, er wandte sich gegen "Willkürmaßnahmen" bei der Durchführung der Bodenreform, "für deren Folgen" die CDU "keinerlei Mitverantwortung zu tragen in der Lage" sei.⁶²

Die Hauptgrundsätze seines Programms zur Rettung der Junker und Großgrundbesitzer wiederholte Hermes in einer Rede in Dresden: Die Reform fände nicht zur richtigen Zeit statt und auch nicht mit den richtigen Methoden; er sprach von

57 Pieck, Wilhelm, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1946, S. 46.

58 Volkszeitung, Halle, Nr. 36, 23. 9. 1945.

59 Dokumente und Materialien ..., a. a. O., Dok. 72, S. 182 f.

60 Thesen zur Geschichte ..., a. a. O., S. 17.

61 Siehe Wünschmann, Werner, a. a. O., S. 23.

62 HA der CDU, Akte 117.

der Gefahr einer Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung, die durch die Enteignung eintreten würde, vom Schadenersatz für das übergebene Land usw.⁶³

Walter Ulbricht schätzte diese mißlungenen Versuche Hermes' folgendermaßen ein: "Herr Doktor Hermes bringt so viele Einwendungen und Einschränkungen in der Frage der Bodenreform und ihrer Durchführung, daß faktisch nichts mehr von dieser Reform übrig bleibt."⁶⁴

4. Die Krise in der CDU im Zusammenhang mit der Weigerung ihrer Führung, den Aufruf zur Hilfe für die Neubauern zu unterschreiben

Durch die Bodenreform erhielten Tausende von Neubauern Land. Aber unter den Bedingungen der vom Kriege zerstörten Wirtschaft bestand großer Mangel an Maschinen, es gab kein Vieh, kein Saatgut, keine Baumaterialien. Das ZK der KPD arbeitete Maßnahmen aus, die den Neubauern helfen sollten, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden und sich ökonomisch zu kräftigen. Ende November 1945 legte die KPD dem antifaschistisch-demokratischen Block einen Beschlußentwurf vor: "Helft den Neubauern". Dieser Vorschlag stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Blocks am 27. November 1945.⁶⁵

Hermes und Schreiber verstanden sehr gut, daß durch die Festigung der ökonomischen Lage der Neubauern die Wiederherstellung der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer unmöglich werden würde. Sie waren gegen die Unterzeichnung des Aufrufs und gegen die Unterstützung der Neubauern. An der Tagung des Blockes nahm für die CDU Jakob Kaiser teil, der im Auftrage der Leitung der CDU den Entwurf ablehnte, wobei er erklärte, daß seine Partei Anhänger der Bodenreform bleibe. Auf Vorschlag von Hermes hatte das Gründungskomitee der CDU auf seiner 15. Tagung am 29. November 1945 die Ablehnung des Vorschlages der KPD beschlossen.⁶⁶

Das ZK der KPD versuchte nochmals von der Leitung der CDU das Einverständnis für die Annahme dieses Aufrufs zu erhalten. Wilhelm Pieck schrieb Hermes am 6. Dezember einen Brief, in dem er mitteilte, daß die LDPD ihr Einverständnis erklärt habe, den Aufruf zu unterzeichnen, und bat, "nochmals zu überlegen, ob nicht unter diesen Umständen auch von Ihrer Partei die Unterschrift zu diesem Aufruf gegeben werden soll".⁶⁷

Hermes antwortete mit Ablehnung: "Jedoch sehen wir uns leider nicht in der Lage, dem übermittelten Entwurf unsere Unterschrift zu geben, da wir in ihm nicht ein praktisches Mittel wirklicher Hilfe erkennen."⁶⁸

Unter diesen Umständen unterschrieben am 8. Dezember 1945 die Vertreter dreier Parteien - der KPD, SPD, LDPD - den Aufruf zur Hilfe für die Neubauern⁶⁹, der daraufhin veröffentlicht wurde.

63 Siehe Neue Zeit, Nr. 85, 28. 10. 1945.

64 Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung ..., a. a. O., S. 70.

65 Siehe Archiv Verbindungsbüro, Mappe Y/4.

66 HA der CDU, Akte 161.

67 Zit. nach Hermes, Peter, a. a. O., S. 62.

68 HA der CDU, Akte 35, Abschrift.

69 Deutsche Volkszeitung, Nr. 153, 8. 12. 1945.

Die Ablehnung der Unterzeichnung des Aufrufs zur Hilfe für die Neubauern durch die Führer der CDU rief überall eine Welle der Empörung unter den Bauern und Arbeitern sowie unter den Mitgliedern der anderen Parteien hervor und wurde auch von den Mitgliedern der CDU selbst und den örtlichen Organen der CDU scharf abgelehnt. Beinahe alle Landes- und Provinzverwaltungen der CDU (mit Ausnahme von Brandenburg) verurteilten das Verhalten von Hermes und Schreiber und sprachen sich für unverzügliche Hilfeleistung für die Neubauern aus.⁷⁰ Das führte zur Isolierung von Hermes und Schreiber. Die Vertreter der Landesverwaltungen forderten auf der Tagung des Gründungskomitees am 21. Dezember 1945 deren Rücktritt.⁷¹ "Das war der erste große Sieg der demokratischen Mehrheit in der Partei, die erste schwere Niederlage der restaurativen Kräfte."⁷²

Es war den reaktionären Kreisen nicht gelungen, die Bodenreform zu verhindern, die Einheit der demokratischen Kräfte zu sprengen. Das ist eins der großen Verdienste der KPD, die eine Politik des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte durchführte und die schöpferische Initiative der werktätigen Massen weckte.

Walter Ulbricht sagte später anschaulich: "Was die Bürokraten, die Leute, die sich einbildeten, Fachleute zu sein, in Jahrzehnten nicht fertiggebracht haben, das haben die Bauern mit Unterstützung der Arbeiter innerhalb zweier Monate fertiggebracht."⁷³

5. Der Sieg der revolutionären marxistisch-leninistischen Konzeption der KPD bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform

Der Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei für die erfolgreiche Durchführung der demokratischen Bodenreform bestätigte die richtige Konzeption der KPD, die auf der Grundlage der revolutionären Lehre des Marxismus-Leninismus ausgearbeitet worden war.

Diese Reform war eine echte Agrarrevolution, die für immer im Dorf die Überbleibsel der feudalen Verhältnisse und die Klasse der Großgrundbesitzer und Junker beseitigte; sie eröffnete der werktätigen Bauernschaft einen breiten Weg für die Weiterentwicklung der Agrarverhältnisse im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Ein Drittel des Bodenfonds blieb in den Händen staatlicher und kommunaler Organe bzw. Einrichtungen der Gegenseitigen Bauernhilfe und bildete den Grundstock für die spätere Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse.⁷⁴ Die Erfahrungen bei der Durchführung der Bodenreform bestätigten erneut

70 Siehe ebenda, Nr. 162, 19. 12. 1945; Nr. 163, 20. 12. 1945; Nr. 164, 21. 2. 1945.

71 Siehe Führungswechsel in der CDU, in: ebenda, Nr. 165, 22. 12. 1945.

72 Thesen zur Geschichte ..., a. a. O., S. 17.

73 Ulbricht, Walter, Über die nächsten Aufgaben der Kommunisten zur Entwicklung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2. Zusatzband, Berlin 1968, S. 343.

74 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des

die wichtige Lehre der marxistisch-leninistischen Theorie der Revolution, daß die Bauernschaft sich nur mit Unterstützung der Arbeiterklasse und nur auf revolutionärem Wege befreien kann. Die Bodenreform wurde unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei durchgeführt. Sie war ein Ausgangspunkt für die Herstellung eines festen Kampfbündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft.

In diesem Bündnis waren die Neubauern, die aus den Händen der Arbeiterklasse Land erhalten hatten, eine feste Stütze.

Die Kommunisten glaubten zutiefst an die schöpferische Initiative der Massen. Aus diesem Grunde sorgten sie bei der Durchführung der Bodenreform in erster Linie dafür, daß die Reform von den werktätigen Massen selbst durchgeführt wurde, das heißt, daß sie eine demokratische, nicht aber eine bürokratische Umgestaltung darstellte, wie die Führer der CDU vorgeschlagen hatten. Und die Bodenreform erweckte tatsächlich den revolutionären Geist breiter Massen der Bauern, weckte die Schöpferkräfte und revolutionierte die gesamte ökonomische und politische Situation und das Leben auf dem Dorf.

Das Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft beim revolutionären Kampf im Dorf und für die Veränderung der ökonomischen Beziehungen zwischen Stadt und Land vereinigte die Mehrheit des Volkes in der damaligen sowjetischen Besatzungszone im Kampf für die revolutionär-demokratischen Umgestaltungen.

Die KPD vermochte es, die politischen Kräfte zu nutzen, darunter auch die bürgerlichen Parteien, die für echte demokratische Umgestaltungen auftraten. Diese Bündnispolitik fand ihren Ausdruck im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Den progressiven Kräften in der CDU, die sich auf die Arbeiterklasse und ihre Parteien stützten, gelang es, die reaktionären Führer zu isolieren, die versucht hatten, die CDU auf den Weg des Widerstandes gegen die demokratische Bodenreform zu führen.

Die KPD erreichte eine umfassende Entwicklung der politischen Aktivität der werktätigen Bauernschaft. Die werktätigen Bauern übernahmen in den Bodenkommisionen, die Organe der revolutionären Macht waren, sowie in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen die Verantwortung und bestimmten jetzt selbst die Politik im Dorf entsprechend ihren eigenen gesellschaftlichen Interessen. Damit wurde eine der wichtigsten Fragen gelöst - die Frage der politischen Macht, die ihrem Charakter nach eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes war.

So schuf die Bodenreform wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung der Revolution und für den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft.

deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 509 f.

DER VERSCHÄRFTE KLASSENKAMPF AUF WIRTSCHAFTSPOLITISCHEM GEBIET IN DER DDR UNMITTELBAR NACH IHRER GRÜNDUNG

von Renate Schultze

1. Vorbemerkung
2. Der Wirtschaftskrieg der Monopole und Konzernvertreter gegen die DDR
3. Bündnispolitik und Klassenkampf gegenüber den kapitalistischen Kräften in der DDR
 - 3.1. Preis- und Steuerpolitik als Mittel im Klassenkampf
 - 3.2. Zu einigen Formen des Klassenkampfes auf dem Lande
4. Aufgaben und Rolle der Staats- und Volkskontrolle beim Schutz des Zweijahrplanes und bei der Abwehr von Wirtschaftsverbrechen

1. Vorbemerkung

In dem vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands heißt es: "Geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zerbrachen die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft der Deutschen Demokratischen Republik für immer die Herrschaft der deutschen Großbourgeoisie und des Junkertums". "... in erbitterter Auseinandersetzung mit der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern wurde die antifaschistisch-demokratische Umwälzung verwirklicht und die sozialistische Revolution zum Siege geführt."¹

In diesem Entwicklungsprozeß spielte der Klassenkampf eine entscheidende Rolle, wurden mit der Lösung der Frage "Wer - wen?" in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus Voraussetzungen geschaffen für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Rolle, Bedeutung und Verlauf des Klassenkampfes in der Übergangsperiode auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet wurden in der DDR bereits in zahlreichen Arbeiten dargestellt.² Dabei stand zumeist im Mittelpunkt der Nachweis, daß sich

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 6.

2 Vgl. dazu u. a. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß,

der Hauptstoß der Arbeiterklasse im Klassenkampf gegen den Imperialismus der BRD richtete, was sich sowohl aus den spezifischen Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, aus der besonders engen Verbindung des Klassenkampfes in der DDR mit der internationalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus als auch aus der Grundkonzeption der SED zur Lösung der nationalen Frage in ganz Deutschland ergab,³ Weniger wurde in der Literatur bisher die Auseinandersetzung mit den kapitalistischen und kleinbürgerlichen Kräften innerhalb der DDR dargestellt, die sich aus der Existenz nichtsozialistischer Wirtschaftsformen und der störenden Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus ergab.

Insgesamt richtete sich im Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR der Klassenkampf der Arbeiterklasse

1. gegen den wiedererstehenden Imperialismus der BRD und dessen von den USA und den anderen imperialistischen Hauptmächten unterstützte Versuche, den gesellschaftlichen Fortschritt in der DDR zu verhindern bzw. rückgängig zu machen;
2. gegen Vertreter der Konzernbürokratie, die im Auftrag der Monopole Sabotage und andere Verbrechen gegen den Staat und die Wirtschaft der DDR vorbereiteten und begingen;
3. gegen alle Versuche kapitalistischer Kräfte, die Erhaltung bzw. Ausdehnung ihrer Positionen gegen die gesamtgesellschaftlichen Interessen der Werktätigen durchzusetzen oder sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern;
4. gegen diejenigen politischen Kräfte, die die Entwicklung der DDR wieder in kapitalistische Bahnen lenken wollten und sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstellten;
5. gegen Überreste des Faschismus, Imperialismus und Militarismus in der Sphäre der Ideologie.⁴

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet gehörte die zweite und dritte Gruppe zu den entscheidenden Gegnern in der Zeit unmittelbar nach der Gründung der DDR.

Berlin 1974, S. 584 ff.; DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 161 ff.; Doernberg, Stefan, Kurze Geschichte der DDR, Berlin 1969, S. 161 ff.; Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Berlin 1969, S. 115 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966; Müller, Hans / Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED, Berlin 1968, S. 135 ff.

3 Vgl. dazu Anm. 2 sowie besonders Heitzer, Heinz, Allgemeines und Besonderes der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin 1974, S. 20 ff.; Benser, Günter / Roßmann, Gerhard, Die Gründung der DDR - Bestandteil der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden: BzG), Sondernr. 1974, S. 10 ff.

4 Vgl. Gemeinsam zum Sozialismus, a. a. O., S. 124 f.

2. Der Wirtschaftskrieg der Monopole und Konzernvertreter gegen die DDR

Nach der Gründung der DDR verschärften die herrschenden Kreise der BRD den kalten Krieg. In ihrer strategischen Grundkonzeption für die Nachkriegsentwicklung in Deutschland waren die reaktionären Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie von dem Ziel ausgegangen, die Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus zu retten und die alten Machtpositionen zurückzugewinnen. Ungeachtet der Gegensätze zwischen den deutschen und ausländischen Monopolen war diese aggressive und revanchistische Konzeption der herrschenden Kreise der BRD Bestandteil der internationalen Strategie der imperialistischen Mächte unter Führung der USA.

Als die Monopolkapitalisten erkennen mußten, daß sie ihre reaktionären Ziele nicht in ganz Deutschland verwirklichen konnten, spalteten sie das Land und versuchten nach der Gründung der DDR mit allen Mitteln und Methoden deren politische und ökonomische Festigung zu hemmen und ihren "Anschluß" an den imperialistischen Machtbereich vorzubereiten. Dabei bedienten sich die herrschenden Kreise der BRD, unterstützt von den imperialistischen Westmächten, aller ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel von der diplomatischen Blockade der DDR über einen erbarmungslosen Wirtschaftskrieg, massive ideologische Diversion und politischen Druck bis zur Vorbereitung einer militärischen Aggression.⁵

Besonders deutlich zeigten sich die Ziele und die Methoden des Kampfes der Monopole gegen den Staat und die Wirtschaft der DDR in den Konzernprozessen 1950. Diese Prozesse gegen die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft (DCGG) im April 1950 und gegen die Deutsche Solvay-Werke AG im Dezember 1950 deckten ebenso wie bereits der Prozeß gegen die Textilunternehmer von Glauchau-Meerane im Dezember 1948 nicht nur die kriminellen Methoden, sondern vor allem die politischen Hintergründe auf und entlarvten die Hintermänner dieser Wirtschaftsverbrechen größten Ausmaßes. Begangen bereits seit dem Sommer 1945, hatten diese Verbrechen zum Ziel, den demokratischen Neuaufbau im Osten Deutschlands zu sabotieren, zu verhindern, daß die Monopole entmachtet und ihr Vermögen in Volkseigentum überführt wurde.

Hier bestätigte sich erneut die allgemeine Gesetzmäßigkeit, daß die entmachtete Ausbeuterklasse niemals freiwillig abtritt. Die von Lenin bereits 1919 charakterisierte Situation in bezug auf die ehemalige herrschende Klasse hatte nach 1945 im Osten Deutschlands und auch nach 1949 in der DDR volle Gültigkeit. In seiner Schrift "Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats" hatte Lenin hervorgehoben: "Die Klasse der Ausbeuter ... ist unter der Diktatur des Proletariats nicht verschwunden und kann nicht auf einmal verschwinden. Die Ausbeuter sind geschlagen, aber nicht vernichtet. Ihnen ist die internationale Basis geblieben, das internationale Kapital, dessen Filiale sie sind. Ihnen sind zum Teil gewisse Produktionsmittel geblieben, ist Geld geblieben, sind weitverzweigte gesellschaftliche Verbindungen geblieben."⁶

Unter den konkret-historischen Bedingungen der DDR waren diese Verbindungen zwischen den verbliebenen Vertretern der Konzernbürokratie und den Monopolen in der BRD besonders eng. Konzernhörigen Kräften wie Herwegen, Brundert, Böckelmann, Plünnecke und Rose war es gelungen, bis in höchste Positionen der Re-

⁵ Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 584 f.

⁶ Lenin, W. I., Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 99 f.

gierung und der Ministerien einzudringen, von dort aus die Enteignung der Monopole zu hintertreiben und der demokratischen Wirtschaft schweren Schaden zuzufügen.⁷

Fritz Selbmann, damals Minister für Industrie der DDR, kennzeichnete in seinem Sachverständigengutachten im DCGG-Prozeß die Methoden der Monopolvertreter folgendermaßen: "Zunächst gingen sie darauf aus, die Enteignung durch Einsprüche und Einwände zu verhindern oder doch hinauszuzögern. Dann versuchten sie, die eingeleiteten Enteignungsmaßnahmen durch Bildung neuer Kapitalgesellschaften, unter Beteiligung der öffentlichen Hand, zu durchkreuzen; die Gründung solcher Gesellschaften sollte dazu dienen, Vermögenswerte der Enteignung zu entziehen, die Vermögensmassen zusammenzuhalten und Personen vorzuschieben, die die Interessen der Konzernherren wahrten, und, wo möglich, das betrieblich nicht genutzte Restvermögen des Konzerns unter der alten Firma weiter bestehen zu lassen. Schließlich aber wandten sie die dritte und letzte Methode der Durchkreuzung an, die auch bereits mit den ersten Methoden kombiniert wurde: die Schaffung von Konten und Firmen in Westdeutschland, um dorthin so viele reale Werte wie möglich zu verschieben und den enteigneten Konzernherren die Möglichkeit zu geben, dort den alten Konzern wiederaufzubauen."⁸

Diese Einschätzung traf auch auf die Angeklagten im Solvay-Prozeß zu. Nur kam hier noch hinzu, daß sie den Kampf gegen das Volkseigentum führten, indem sie die Verbindungen zu den IG Farben verschleierten unter dem Deckmantel fast hundertprozentigen Auslandsvermögens. Auch wurden die formaljuristischen Verbrechen ergänzt durch Sabotage in der unmittelbaren Sphäre der Produktion. Die für die Glasindustrie außerordentlich wichtige Sodaproduktion wurde fast völlig zum Erliegen gebracht, staatliche Subventionen erpreßt, das Verkaufsmonopol für zahlreiche Chemikalien aus der Solvay-Produktion an eine in Westberlin neu gegründete GmbH verschoben, das Bewußtsein der Werktätigen mit Hilfe "sozialer" Zuwendungen demoralisiert usw.⁹

Die in diesen beiden Prozessen verhandelten Machenschaften bildeten nur einen geringen Teil der Verbrechen, die vom Westen aus mit Hilfe ehemaliger Direktoren und Konzernangestellter versucht und begangen wurden. Sie waren ein Signal zur Wachsamkeit in der gesamten volkseigenen Industrie.

Ausgelöst durch den Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über die Verbrechen der DCGG, wurde eine Untersuchung über monopolistische Einflüsse in der volkseigenen Industrie durchgeführt. Sie verdeutlichte, daß noch sehr enge wirtschaftliche und personelle Verflechtungen zwischen VEB der DDR und Konzernen in der BRD bestanden, die eine gewaltige Schädigung unserer Wirtschaft bedeuteten bzw. ermöglichten.¹⁰

Das Zentrum feindlicher Konzerntätigkeit stellte dabei die Chemische und die Elektroindustrie sowie die Energiewirtschaft in Sachsen-Anhalt dar. Hier waren die Einflüsse alter Konzern- und Monopolorganisationen am stärksten konzentriert, der Kampf der neuen demokratischen Ordnung gegen die Reste der Kon-

7 Vgl. Benjamin, Hilde, Erinnerungen an die Konzernprozesse 1950, in: BzG, Nr. 6/1969, S. 967 ff.

8 Zit. in: ebenda, S. 969.

9 Vgl. Was du wissen mußt, Der Solvay-Prozeß und seine Lehren, o. O. o. J., S. 21 f.

10 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: ZStA), Bestand G 2 - III, Akte CH I 902.

zernwirtschaft besonders sträflich vernachlässigt worden, und imperialistische Agenten in der Landesregierung, wie Leo Herwegen und Willi Brundert, hatten die Wirtschaftspolitik des Landes entscheidend beeinflußt und mitbestimmt.

Die wirtschaftlichen und personellen Verflechtungen im Bereich der Energiewirtschaft reichten beispielsweise so weit, daß die gesamte Stromversorgung der Länder Brandenburg und Mecklenburg und der Stadt Berlin über das Umspannwerk Spandau, Eigentum der Elektro-Werke AG (EWAG), erfolgte und für den Fall von Abschaltungen lediglich ein Notbetrieb vorbereitet war. 92 ehemalige Angestellte der EWAG arbeiteten noch im Energiebezirk Mitte, darunter die Hauptabteilungsleiter für Finanzen, Einkauf, Maschinen-Technik und Bautechnik. Sie waren laut Arbeitsbuch von der EWAG nur beurlaubt und übten ihre Tätigkeit in der VVB gewissermaßen als "Nebenbeschäftigung" aus. Auch die Leitung des Kraftwerkes Harke lag praktisch in den Händen der Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG.¹¹

Die Untersuchung über monopolistische Einflüsse in der volkseigenen Industrie deckte solche wirtschaftlichen und personellen Verflechtungen zwischen VEB und Konzernbetrieben auch in anderen Industriezweigen auf. Sie entlarvte Kapitalverschiebungen, den Mißbrauch der Treuhandverwaltung durch ehemalige Konzernangestellte, durch Gesellschaftsumwandlungen verhinderte Enteignungen von Monopolen sowie sogar die Neugründung eines Konzerns mit zwölf Betrieben der Korkindustrie.¹²

Auch der Kampf um die Firmen- und Markenrechte wurde zur Schädigung und Beeinträchtigung der volkseigenen Wirtschaft mißbraucht. Dazu war in der BRD eine Reihe von Organisationen geschaffen worden, die mit selbstverständlicher Unterstützung der staatlichen Behörden die Interessenvertretung der enteigneten Konzerne zentralisierten, so der "Ausschuß der zonenmäßig getrennten Betriebe", die "Schutzgemeinschaft der Ost-Enteigneten", der "Schutzverband der Wertpapierbesitzer" und andere.¹³

Der Ministerrat der DDR beschloß eine Reihe von Maßnahmen, um die schädliche Wühl- und Sabotagetätigkeit der Monopole zu unterbinden: so die Bildung einer besonderen Revisions- und Kontrollabteilung, die Überprüfung aller durch die Untersuchung belasteten Personen im Staats- und Verwaltungsapparat und die Kontrolle bzw. Korrektur der Eintragungen in den Handelsregistern.¹⁴

Aus Berichten des Chefs der Kriminalpolizei, des Generalinspektors der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft und des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle auf der 13. Sitzung des Ministerrates am 26. Januar 1950 ging hervor, daß der Klassegegner vor allem in den Monaten nach der Gründung der DDR seine Schädlingearbeit weiter verstärkt hatte, um den Aufbau der Volkswirtschaft und des sozialistischen Staates zu stören.¹⁵

Es häuften sich Vorfälle in den volkseigenen Betrieben, durch die die Produktion für den Wirtschaftsaufbau wichtiger Rohstoffe und Halbfertigfabrikate oft tage- und wochenlang unterbrochen wurde. Die meisten "objektiven Schwierigkeiten"

11 Ebenda.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

15 Vgl. Neues Deutschland (im folgenden: ND), 28. 1. 1950.

entpuppten sich bei genauerem Hinsehen als recht subjektive, im Auftrag der Feinde des sozialistischen Aufbaus künstlich organisierte Schwierigkeiten.

Bereits 1949 setzte auch schon die gezielte Abwerbung vor allem von Facharbeitern und leitenden technischen Angestellten ein. Mit materiellen Mitteln und durch Versprechungen wurden zahlreiche Werkstätige zur Flucht in die BRD veranlaßt, was sich bei dem bereits abzeichnenden Mangel an Arbeitskräften negativ für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR bemerkbar machte.

Nachdem durch staatliche Maßnahmen, mit Hilfe der Volkskontrollausschüsse und dank der erhöhten Wachsamkeit der Werkstätigen das Schieber- und Spekulantenumwesen innerhalb der DDR weitgehend zerschlagen worden war, zeichneten sich in Währungsspekulationen und großangelegten Buntmetalldiebstählen bereits neue Angriffe und Kampfformen des Klassegegners ab.

Auf der wirtschaftspolitischen Tagung des FDGB von Groß-Berlin im Januar 1950, die sich vorwiegend mit Fragen zur Verhinderung von Buntmetalldiebstählen beschäftigte, wurde mitgeteilt, daß zu diesem Zeitpunkt rund 80 Prozent aller festgestellten kriminellen Vergehen Metalldiebstähle waren.¹⁶

Da auch die zur Deckung des Buntmetalldefizits geplanten Importe vor allem aus der BRD aufgrund handelspolitischer Erpressungsversuche nur ungenügend realisiert werden konnten¹⁷, mußte die Erfassung des Buntmetallschrotts zu einer Sache des ganzen Volkes gemacht, den Buntmetallschiebern gründlich das Handwerk gelegt und die Verwendung von Buntmetallen auf das Notwendigste beschränkt werden.¹⁸

Außer mit Buntmetallen hatten nach der Gründung der DDR auch Schiebungen mit Waren aller Art über Westberlin enorm zugenommen und waren zu Verbrechen gegen den innerdeutschen Handel geworden. Um den illegalen Warenverkehr von und nach Westberlin einzudämmen und die dadurch verursachten ernststen Störungen in der Volkswirtschaft und in der Versorgung der Bevölkerung zu mindern, erließ die Volkskammer im April 1950 das "Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels".¹⁹ Es legte eine umfassende Kontrolle des gesamten Warenverkehrs von und nach Berlin und hohe Strafen bei Verstößen gegen das Gesetz fest.

Wieso war es den Feinden der DDR möglich, den Aufbau der Wirtschaft und des Staates in so großem Umfang zu schädigen?

Einerseits trug eine in allen Teilen der Wirtschaft und der Verwaltung völlig ungenügende Wachsamkeit bei der Sicherung des Volkseigentums und ein allgemeiner Mangel an qualifizierter Kontrolle dazu bei²⁰, andererseits arbeiteten auch reaktionäre, bürgerliche Politiker, die im Staats- und Wirtschaftsapparat der DDR, in den Länderparlamenten sowie in den Führungsgremien von CDU und LDPD noch wichtige Ämter bekleideten und auf bürgerliche und kleinbürgerliche

16 Vgl. ND, 26. 1. 1950.

17 ZStA, Bestand G 2 - II, Akte BH I 00534/2.

18 Vgl. Zentrales Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus (im folgenden: IML, ZPA), NL 62/97; vgl. auch Staatliche Kontrolle - Volkskontrolle, Bericht über die dritte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle und ihrer Organe am 30. und 31. Januar 1950 in Berlin, Berlin 1950, S. 36 f.

19 Vgl. Gesetzblatt der DDR (im folgenden: GBl, DDR) 1950, S. 327 ff.

20 ZStA, Bestand G 2 - III, Akte CH I 902.

Schichten einen beträchtlichen Einfluß ausübten, dem Imperialismus in die Hände. Sie konzentrierten ihre Bemühungen zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse darauf, den Ausbau der staatlichen Machtpositionen der Arbeiterklasse zu verhindern, den Demokratischen Block zu sprengen und die Wirtschaft zu desorganisieren. Gleichzeitig versuchten sie, die politische Atmosphäre zu vergiften, feindselige Stimmungen gegen die SED, gegen die Sowjetunion und Polen für ihre volksfeindlichen Aktionen zu schaffen.²¹ Hinzu kam, daß es durch die Spaltung des ehemaligen einheitlichen kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus zwangsläufig noch eine Reihe von Verbindungen und Verflechtungen zwischen den Wirtschaften der DDR und der BRD gab, die den Feinden des demokratischen Aufbaus ihre Schädlings- und Wühltätigkeit erleichterten.

Um allen gegnerischen Machenschaften erfolgreich entgegentreten zu können und den weiteren sozialistischen Aufbau in der DDR zu sichern, war der Ausbau und die Festigung der Diktatur des Proletariats, die Verstärkung der Staats- und Volkskontrolle und die Erhöhung der Wachsamkeit der gesamten werktätigen Bevölkerung eine wichtige Aufgabe.

3. Bündnispolitik und Klassenkampf gegenüber den kapitalistischen Kräften in der DDR

Die wirtschaftspolitische Konzeption der SED für den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Revolution, die ihren Niederschlag im Zweijahrplan 1949/50 fand, sah vor, durch die allseitige Entwicklung und Festigung des Volkseigentums das Übergewicht des sozialistischen Sektors in der Wirtschaft zu sichern, die führende Rolle der Arbeiterklasse umfassend durchzusetzen und die Friedenswirtschaft im wesentlichen wiederherzustellen.²² Gleichzeitig galt es, die nichtsozialistischen Eigentumsformen differenziert im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu fördern und zu nutzen. Dazu wurde in der DDR ein Vertragssystem zwischen den volkseigenen und privaten sowie Handwerksbetrieben eingeführt und ständig weiter ausgebaut.²³

Obwohl diese Wirtschaftspolitik der Partei den kapitalistischen Unternehmern und kleinen Warenproduzenten eine Perspektive im Rahmen der sozialistischen Entwicklung bot, blieb das Denken und Handeln der Privateigentümer zunächst fast ausschließlich von alten Gewohnheiten geprägt und von Mißtrauen gegenüber der Arbeiter- und Bauern-Macht erfüllt.²⁴ Viele von ihnen versuchten, durch Schiebungen und Warenspekulationen, Korruption und Kompensationsgeschäfte, durch Verstöße gegen die Preis-, Steuer- und Kreditpolitik sowie gegen andere Gesetze des Staates sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern oder die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auszudehnen.

Allen diesen Versuchen, die vorwiegend aus dem sozialökonomisch bedingten Profitstreben resultierten, mußte entschieden entgegentreten werden, um einer-

21 Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 585.

22 Vgl. Der Zweijahrplan für 1949/1950, in: Dokumente der SED; Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, Berlin 1952, S. 22 ff.

23 Vgl. Protokoll der ersten Parteikonferenz der SED, Berlin 1949, S. 84 ff.; IML, ZPA, NL 62/42.

24 Vgl. Gemeinsam zum Sozialismus, a. a. O., S. 151 f.

seits eine Ausdehnung und Restauration kapitalistischer Verhältnisse zu Lasten des volkseigenen Sektors nicht zuzulassen und andererseits den planmäßigen Aufbau der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu sichern. Die Aufdeckung dieser Wirtschaftsvergehen und der Kampf gegen sie konnten nicht nur Aufgabe des Staates, seiner Kontroll- und Rechtsorgane sein; er mußte getragen sein von den Werktätigen, vor allem von den Arbeitern in den Betrieben.

Neben den staatlichen Sicherungs- und Bekämpfungsmaßnahmen, wie zum Beispiel der Arbeit der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK), der Ausarbeitung der Wirtschaftsstrafverordnung, der Errichtung der Obersten Staatsanwaltschaft und des Obersten Gerichts sowie dem Ausbau der Deutschen Volkspolizei, trugen vor allem ökonomische Maßnahmen und die politisch-ideologische Arbeit der Partei und der Gewerkschaften dazu bei, die Wirtschaftsgesetze durchzusetzen und die Wirkung kapitalistischen Profitstrebens einzuschränken. Zu den ökonomischen Maßnahmen gehörten vor allem der Ausbau des Vertragssystems, die Steuer- und Preispolitik und die Stärkung des volkseigenen Sektors in allen Bereichen. Sie verhinderten eine starke Differenzierung innerhalb der städtischen Mittelschichten und der Bauernschaft, festigten das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, Handwerkern und kleinen Unternehmern und entzogen den größeren kapitalistischen Unternehmern und den Großbauern Möglichkeiten, ihre Positionen und ihren Einfluß auszudehnen.

Die Herausbildung eines demokratischen Staats- und Verantwortungsbewußtseins bei den Werktätigen trug entscheidend dazu bei, Gesetzesverletzungen aufzudecken, zu bekämpfen und zu verhindern. Die volle Wahrnehmung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechtes in den Privatbetrieben durfte sich dabei nicht darauf beschränken, die sozialen Rechte der Werktätigen zu sichern, sondern mußte sich auf die Kontrolle der gesamten Produktion und Verteilung erstrecken. Die Gewerkschaften hatten die Pflicht, ihre Mitglieder über die Gesetze und Verordnungen zum Schutz des Wirtschaftslebens und des Volkseigentums aufzuklären, die Zusammenarbeit mit den Kontroll- und Sicherheitsorganen zu verstärken und die Wirtschaftspolitik der SED umfassend und verständlich zu erläutern. "Je größer die ideologische Klarheit aller Gewerkschafter, je stärker in ihnen das Bewußtsein von den veränderten Aufgaben und Funktionen der Gewerkschaft in unserer neuen demokratischen Ordnung entwickelt ist, um so sicherer wird es gelingen, alle Anschläge auf diese Ordnung rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren", hieß es in einer Entschließung des FDGB-Bundesvorstandes vom Januar 1950.²⁵

Die Lösung dieser Aufgabe stellte keine Kampagne gegen die Privatunternehmer dar, sondern war eine wichtige Voraussetzung, um das verfassungsmäßig gesicherte Mitbestimmungsrecht der Werktätigen anzuwenden und die Ziele des Volkswirtschaftsplanes zu realisieren.

25 Zentralarchiv des Bundesvorstandes des FDGB (im folgenden: ZA FDGB), Akte B 3/6807.

3.1. Preis- und Steuerpolitik als Mittel im Klassenkampf

Die Kontrolle der konsequenten Einhaltung der Lieferverträge, der Preisverordnungen, der Tarife und der Steuerabführungen sowie auch die Durchsetzung anderer gesetzlicher Bestimmungen in den Privatbetrieben dienten der Verwirklichung des Planes und damit der Stärkung des volkseigenen Sektors. Jede Steuerhinterziehung, Gewinnverschleierung und Preisüberschreitung durch die kapitalistischen Unternehmer stellte direkt eine Schädigung des Volkseigentums dar, da alle Steuern und Abgaben dieser Betriebe deren gesetzlicher Anteil für den Neuaufbau der Wirtschaft und in diesem Sinne Volkseigentum waren.

Eine Reihe von Privatunternehmern versuchten, ihre kapitalistischen Interessen durchzusetzen, indem sie wirtschaftliche Vorgänge in der Buchführung falsch angaben, Warenbestände verheimlichten, Waren nicht im vollen Wert in den Bilanzen auswiesen, Anlagekapital anstatt als Vermögenszuwachs als Kosten verbuchten, die Kostenkonten mit allen möglichen persönlichen Ausgaben des Privatbesitzers belasteten und mit weiteren der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre entsprechenden Abrechnungsmethoden die wahren Bilanzen verschleierten.²⁶

Durch solche Manipulationen verschafften sich viele Unternehmer nicht nur einen hohen persönlichen Konsumtionsfonds, sondern sie verursachten damit auch Störungen im Volkswirtschaftsplan. Mit diesen zusätzlichen Gewinnen wurden illegale Investitionen in Privatbetrieben vorgenommen und wichtigen anderen Bereichen Rohstoffe und Produktionsmittel entzogen. Dadurch wurde es den Unternehmern möglich, Waren zu horten und durch ihre künstlich erhöhte Kaufkraft die Preise in die Höhe zu treiben. Allein in Sachsen wurden 1949 Steuerhinterziehungen in Höhe von 147 Millionen DM festgestellt. Diese Summe entsprach jedoch nicht dem tatsächlichen Umfang, da seit 1945 nur die Hälfte aller größeren Privatbetriebe einer Steuerprüfung unterzogen worden war.²⁷

Das hatte seine Ursachen mit darin, daß es an hochqualifizierten und der Arbeiterklasse treu ergebenden Fachkräften auf dem Gebiet der Finanzpolitik noch mangelte. Aber es fehlte auch noch an einer klaren Analyse und Kritik der finanzwirtschaftlichen Abrechnung über wirtschaftliche Vorgänge im privaten Einzelbetrieb. Monopolkapitalistische Abrechnungsmethoden waren nicht liquidiert und sicherten den Unternehmern in der Preis- und Steuergesetzgebung Privilegien, so die Bildung stiller Reserven durch die Berechnung der Abschreibungsquoten auf das Anlagevermögen nach dem Niederstwertprinzip oder die Möglichkeiten, auch volkswirtschaftlich ungerechtfertigte Kosten als Bestandteil der Selbstkosten auszuweisen und anderes.²⁸

Willi Rumpf, Staatssekretär im Ministerium für Finanzen, verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß, solange solche aus dem Kapitalismus übernommenen Methoden nicht konkret wissenschaftlich analysiert und korrigiert seien, die Finanzwirtschaft und Finanzplanung fehlerhaft bleiben müsse. Gleichzeitig forderte er eine radikale Vereinfachung des Besteuerungssystems der Wirtschaft und die strenge Einhaltung der Finanzdisziplin als eine wichtige Voraussetzung, um den für den Wiederaufbau und für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Vgl. Rumpf, Willy, Probleme der Finanzpolitik, in: Einheit, Nr. 2/1950, S. 132 ff.

erforderlichen Bedarf an Finanzmitteln zu sichern.²⁹ Der Bundesvorstand des FDGB schlug der Regierung vor, neben den bereits bestehenden Bilanzvorschriften auch für die Privatbetriebe einen Einheitskontenrahmen zu schaffen, der eine Bilanzverschleierung erschweren und die Kontrolle erleichtern sollte.³⁰

Die Verwirklichung des Abgabengesetzes vom 9. Februar 1950, das Gesetz zur Förderung des Handwerks vom 9. August 1950 und die steuerpolitischen Maßnahmen vom September 1950 waren Schritte zur energischen Unterbindung von Steuerhinterziehungen, zur weiteren differenzierten Besteuerung und zur Vereinfachung der Steuerabführung.³¹

Ähnlich wie auf dem Gebiet der Steuerpolitik sah es auch im Bereich der Preisbildung in den kapitalistischen Privatbetrieben aus. Auch hier war es möglich, durch Lücken in den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und durch Umgehen anderer Gesetze imaginäre Vorgänge als "Produktionskosten" auszuweisen, damit den Preis zu begründen und so überdurchschnittliche Profite und gleichzeitig eine Reduzierung des gesetzlich vorgeschriebenen Anteils am Steueraufkommen für eine überdurchschnittliche Akkumulation zu erlangen.

Nach 1945 war es möglich, bei unrentabler Kostenlage Preiserhöhungsanträge zu stellen, wovon vor allem die Privatindustrie rege Gebrauch gemacht hatte. Bei einem Gewinn von über 6 Prozent war der Betrieb jedoch zur Preissenkung verpflichtet. Vielen Betrieben, denen unter ungünstigeren Verwertungsbedingungen Preiserhöhungen genehmigt worden waren, umgingen diese letztgenannte Bestimmung und erzielten unter den jetzt verbesserten Produktionsbedingungen und der erhöhten Rentabilität teilweise bis zu 30 Prozent Gewinn.

Alein im zweiten Quartal 1949 wurden bei einer relativ geringen Zahl von Preiskontrollen in Privatbetrieben ein ungerechtfertigter Mehrerlös von 20 Millionen DM festgestellt. So mußten beispielsweise für die Jahre 1948 und 1949 von der Agga Nahrungsmittelfabrik Leipzig 259 330 DM, von der Rheostat GmbH Dresden 420 000 DM, von der Seifenfabrik C. M. Sedaditz & Co., Prettin/Elbe 756 000 DM und von der Fa. Finkenherder Obstwerke AG in Hörbig 1 200 000 DM unberechtigte Mehrerlöse aus Preisverstößen eingezogen werden.³²

Einen geringen Teil dieser Extraprofite hatten die Unternehmer in Form von sogenannten Zuwendungen oder als übertarifliche Löhne an die Belegschaft ausgeschüttet. Dazu veranlaßten sie jedoch weder Schuldbewußtsein noch soziale Gefühle. Diese Zuwendungen erwiesen sich als ein recht wirksames Mittel der ideologischen Beeinflussung der Werktätigen, ihre Korruption für eine Politik des "Klassenfriedens". Auch dienten sie oft zur Herabminderung gesetzlich zu zahlender Steuern und zu Bilanzverschleierungen. Auf diesem Wege wurden dem Staatshaushalt ebenfalls nicht unerhebliche finanzielle Mittel für die weitere Entwicklung der Wirtschaft entzogen.

Ein nicht geringer Nachholebedarf bei der Klärung grundsätzlicher theoretischer und praktischer Fragen der Finanzwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht, fehlende Qualifikation und nachlässige Arbeitsweise bei einer Reihe von Mitarbeitern der Steuer- und Finanzverwaltungen in den Ländern und Kreisen, aber auch verbrecherische Machenschaften reaktionärer Kräfte

29 Vgl. ebenda.

30 ZA FDGB, Akte B 3/6807.

31 Vgl. GBl. DDR 1950, S. 130 ff., 827.

32 ZA FDGB, Akte B 3/6807.

te im Finanzwesen begünstigten und ermöglichten eine Schädigung der Volkswirtschaft der DDR.

Im Finanzwesen waren ebenso wie in der Justiz die Positionen und der Einfluß restaurativer Kräfte auch nach der Gründung der DDR noch relativ stark. Hier wurde der Demokratisierungsprozeß wesentlich später abgeschlossen als in anderen Bereichen der Staats- und Wirtschaftsleitung.

Das hatte seine Ursachen mit darin, daß sich die junge Macht der Arbeiter und Bauern in diesen Bereichen besonders stark auf alte erfahrene "Fachleute" stützen mußte, bis sie genügend Kader aus den eigenen Reihen herangebildet hatte. Zwar standen auch hier bewährte Antifaschisten an der Spitze des Ministeriums, aber vor allem in den Finanzministerien der Länder war es Feinden der demokratischen Ordnung gelungen, entscheidende Machtpositionen zu erlangen und diese zur Sabotage gegen die DDR zu nutzen. Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 wurde die Situation im Finanzwesen der Länder folgendermaßen eingeschätzt: "Einige Finanzminister, wie Rohner in Sachsen, Moog in Thüringen, Lieutenant in Brandenburg und Kunisch in Sachsen-Anhalt, haben den Steuerapparat geradezu als Kampfinstrument gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung benutzt. Sie haben Steuerhinterziehungen begünstigt. In Sachsen wurden über 60 Prozent der Großbetriebe während Rohners Tätigkeit in ihrer Finanzgebarung überhaupt nicht geprüft, dafür aber die Klein- und Kleinstbetriebe um so gründlicher. Im Lande Sachsen sind 3 600 Mitarbeiter der Steuerverwaltung tätig, daneben aber in der privaten Steuerberatung, das heißt in der Beratung zur Steuerhinterziehung, 4 063 Personen."³³

Der Prozeß gegen den ehemaligen Finanzminister Thüringens, Leonhard Moog, und andere einflußreiche reaktionäre Kräfte im Dezember 1950 in Erfurt verdeutlichte die Mißwirtschaft im Thüringer Bank- und Finanzwesen. Mit der Absicht, die Machtpositionen der deutschen Großbanken wiederherzustellen, hatten diese Elemente mit sophistischen Tricks und formaljuristischen Auslegekünsten den Willen des Volkes verfälscht und in sein Gegenteil verkehrt. "Sie unterließen in Sabotageabsicht bewußt jede wirksame Kontrolle unserer Wirtschaft und Verwaltung in der Hoffnung, durch solche Methoden unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schwächen und durch zähe Fortsetzung dieser Taktik soweit zu bringen, daß mit Hilfe auswärtiger Feinde die ihnen verhaßte Volksherrschaft endgültig gebrochen und der alte Zustand wieder hergestellt werden kann", hieß es in der Anklageschrift.³⁴

Der materielle Schaden aus diesem Verbrechen belief sich auf nachweislich 7 Millionen RM³⁵ und 23, 8 Millionen DM. Nur durch die Aufdeckung der Sabotage konnte der Verlust weiterer 110 Millionen DM verhindert werden.³⁶ Hinzu kam der politische Schaden, der durch die Störung der Bündnisbeziehungen zu den Handwerkern, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmern sowie durch die Erschütterung des Vertrauens der Werktätigen in die Staats- und Wirtschaftsleitung ange richtet wurde. Allein dieses Beispiel zeigt, wie hart der Klassenkampf geführt wurde.

33 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1951, S. 408.

34 Anklage gegen Moog u. a., Nr. 0024, S. 5.

35 Vor der Währungsreform.

36 Vgl. ebenda, S. 43.

Neben den schädlichen Folgen, die die ungesetzlichen Preis- und Lohnerhöhungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft hatten, verstärkte sich 1949 in den Privatbetrieben aber auch die Tendenz zur wachsenden Ausbeutung der Werktätigen durch die Intensivierung der Arbeit.³⁷ Andererseits mußten die Gewerkschaften in vielen Betrieben durchsetzen, daß der verfassungsmäßige Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" überall verwirklicht wurde. Dabei leisteten die 1946 neu gebildeten Arbeitsgerichte in engem Kontakt mit den Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Rechte der Werktätigen. Die Ausarbeitung des bis dahin fortschrittlichsten Arbeitsrechts in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vom Befehl 234 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und den nachfolgenden Verordnungen bis zum Gesetz der Arbeit³⁸, und seine Durchsetzung wirkten sich positiv auf die Herausbildung einer neuen Einstellung der Werktätigen zur Arbeit aus, sicherten ihnen aber auch gegen die Bestrebungen von Privatunternehmern die Rechte, für die die Arbeiterklasse jahrzehntelang gekämpft hatte. Allein von der IG-Bekleidung wurden 1949 in Mecklenburg 296, in Sachsen 209 und in Thüringen 39 Klagen wegen untertariflicher Bezahlung beim Arbeitsgericht eingereicht und die Unternehmer zu Lohnnachzahlungen in Höhe von rund 106 000,- DM gezwungen.³⁹

Aufklärung über die feindliche Tätigkeit, breite Unterstützung der Arbeit der staatlichen Sicherheitsorgane, Qualifizierung aller Mitarbeiter des Staats- und Wirtschaftsapparates, Entfaltung der Kritik und Selbstkritik und die Durchführung umfassender und genauer Kontrollen von oben und unten waren wichtige notwendige Schritte, um die Werktätigen immer bewußter für den Schutz der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den weiteren erfolgreichen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu mobilisieren.⁴⁰

3.2. Zu einigen Formen des Klassenkampfes auf dem Lande

In ähnlichen Formen wie in der Industrie vollzog sich der Klassenkampf beim Übergang zur sozialistischen Revolution auch auf dem Lande. Hier waren es vor allem die Großbauern und einige wirtschaftsstarke Mittelbauern, die aufgrund ihres Besitzes überwiegend von der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte lebten.

Die Kleinbauern, die ihren Besitz im wesentlichen mit der eigenen Familie bewirtschafteten, und auch die Mehrheit der Mittelbauern waren die natürlichen bzw. potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse, da bei ihnen trotz ihrer zwiespältigen sozialökonomischen Stellung - einerseits als Werktätige und andererseits als Privateigentümer - nicht die Ausbeuterinteressen überwogen.

Nach einer landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 und der Bodennutzungserhebung 1950 sah die soziale Struktur auf dem Lande folgendermaßen aus:

37 ZA FDGB, Akte B 3/6807.

38 Vgl. Zentralverordnungsblatt 1948, S. 1, 6, 10, 451; GBl. DDR 1950, S. 349 ff.

39 ZA FDGB, Akte B 3/6807.

40 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Bd. 1, a. a. O., S. 409 ff.

Tabelle 1

Struktur der Landwirtschaft nach Größenklassen⁺

Größenklasse in ha LN ⁺⁺	Anzahl der Betriebe	Verteilung der LN ⁺⁺ in ha	Beschäftigung fremder AK ⁺⁺⁺ ständig	nicht ständig
Kleinbauern				
0,1 - 5	404 700	697 336	30 236	47 000
Mittelbauern				
5 - 20	371 800	3 654 126	177 981	285 000
Großbauern				
20 - 50	42 400	1 348 195	121 702	100 000
50 - 100	4 250	279 414	37 704	23 000
über 100	680	255 139	47 724	14 000

+ Zentrales Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus, NL 62/41.

++ LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche.

+++ AK = Arbeitskräfte.

Die Großbauern, mit ihrem Anteil von 24,4 Prozent der LN noch eine relativ starke kapitalistische Schicht, führten einen hartnäckigen Kampf gegen die Arbeiterklasse um den Einfluß auf die Mittelbauern, der sich besonders in den Genossenschaften, in den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und in den Gemeindevertretungen abzeichnete.

Vor allem über die Ausleihe von Traktoren und Maschinen versuchten die Großbauern, die Klein- und Mittelbauern in ihre Abhängigkeit zu bringen, um ihre beherrschende Stellung im Dorf zu erhalten bzw. zu errichten. 1949 befanden sich von 30 491 Traktoren 21 759 im Besitz von Großbauern, die sie systematisch als Mittel im Klassenkampf nutzten.⁴¹

Auf dem Lande konnte ebenso wie in der Industrie der Einfluß kapitalistischer Kräfte und kapitalistischen Profitstrebens vor allem durch administrative und ökonomische Maßnahmen eingeschränkt und zurückgedrängt werden. Mit einer differenzierten Ablieferungs-, Steuer- und Kreditpolitik, durch den Auf- und Ausbau der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), die Gründung der volkseigenen Erfassungs- und Aufkauf-Betriebe (VEAB) wurden die ökonomischen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern immer mehr gefestigt. Auf diesem Wege wurde der Differenzierungsprozeß auf dem Lande eingeschränkt, die materiellen Interessen der werktätigen Bauern auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen abgestimmt und die Demokratisierung vorangetrieben. Dieser Prozeß mußte jedoch teils gegen das Mißtrauen kleinerer Bauern, vor allem aber gegen den Widerstand der Großbauern durchgesetzt werden.⁴²

Im zweiten Halbjahr 1949 waren nicht mehr die Verstöße gegen die Ablieferungsbestimmungen und Viehaufzuchtpläne Schwerpunkt der Wirtschaftskriminalität, sondern die Feinde der demokratischen Entwicklung gingen verstärkt zur Hetze gegen fortschrittliche Maßnahmen und progressive Kräfte auf dem Lande, zu Brandstiftungen, Viehvergiftungen und anderen Verbrechen über.⁴³

41 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 347.

42 Vgl. Gemeinsam zum Sozialismus, a. a. O., S. 153 ff.

43 Vgl. IML, ZPA, NL 62/40; IV 2/5/1102; IV 2/5/1104.

Die Prozesse gegen leitende Angestellte der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Mecklenburg, Erfurt und Brandenburg deckten auch die verbrecherischen Machenschaften der enteigneten Großgrundbesitzer gegen die werktätigen Bauern und die Staatsmacht auf. Gestützt auf junkerliche Kreise in den Westzonen, nutzten reaktionäre Kräfte führende Positionen in den demokratischen Dorf- und Kreisgenossenschaften, um durch Währungsmanipulationen, Verlagerung von Vermögenswerten und andere Betrügereien den werktätigen Bauern große materielle Verluste zuzufügen und den Demokratisierungsprozeß aufzuhalten bzw. zu verhindern. Die Untersuchungen der Landeskommission für Staatliche Kontrolle in Mecklenburg zeigten, daß sich die ehemaligen Raiffeisengenossenschaften zu typischen kapitalistischen Einrichtungen entwickelt hatten und faktisch die gesamten Genossenschaften Mecklenburgs kontrollierten.⁴⁴

Die Aufdeckung dieser Verbrechen veranlaßte dazu, die Verhältnisse im Genossenschaftswesen auch in den anderen Ländern gründlich zu überprüfen und den Einfluß ehemaliger junkerlicher Kräfte zurückzudrängen und schließlich zu beseitigen.

Die konsequente Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik der SED gegenüber den werktätigen Bauern, die auch die ständige Festigung der sozialistischen Elemente und Grundlagen in der Landwirtschaft in Gestalt der MAS, der Volkseigenen Güter (VEG) und der VEAB einschloß, hob zwar nicht alle von der kapitalistischen Warenproduktion ausgehenden Störungen auf, förderte und sicherte aber den Demokratisierungsprozeß und die Einsicht der Bauern bis 1952 so weit, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft erfolgreich in Angriff genommen werden konnte.

Gleichermaßen gelang es auch in der Industrie, sowohl durch administrative als auch durch ökonomische Maßnahmen der Bündnis- und Wirtschaftspolitik, die sozialen Klassen- und Gruppeninteressen der kleinen und kapitalistischen Warenproduzenten einzuschränken und den gesamtgesellschaftlichen Interessen unterzuordnen. Die politisch-ideologische Arbeit der Partei und der Gewerkschaften, die dazu beitrug, das sozialistische Staatsbewußtsein der Werktätigen und damit auch die Wachsamkeit gegenüber allen Störversuchen zu erhöhen, die Qualifizierung der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Arbeiterklasse, der weitere Ausbau und die Festigung der Diktatur des Proletariats und nicht zuletzt die Hilfe und Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ermöglichten in der DDR die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse.

4. Aufgaben und Rolle der Staats- und Volkskontrolle beim Schutz des Zweijahrplanes und bei der Abwehr von Wirtschaftsverbrechen⁴⁵

Bereits 1946 waren in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Volkskontrollausschüsse gebildet worden im Kampf gegen Elemente, die die Not der Massen

44 Vgl. ND, 30. 6. 1950.

45 Die Verfasserin stützt sich in diesem Abschnitt auch auf Angaben aus Gesprächen mit dem Leiter des Methodischen Kabinetts beim Komitee der Arbeiter- und Bauerninspektion der DDR, Erich Trotz, der in dem behandelten Zeitraum Mitarbeiter der ZKSK und Staatsanwalt für Wirtschaftsstrafsachen war.

auszunutzen versuchten, um sich zu bereichern. Mit dem Übergang zur mittelfristigen Planung der Wirtschaft wurde eine planmäßige, zentralisierte und bewußte staatliche Kontrolle notwendig. Dem wurde am 29. Mai 1948 mit der Bildung der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und den Landeskontrollkommissionen (LKK) bei den Ministerpräsidenten der Länder entsprochen.⁴⁶

Aufgabe der Kontrollkommissionen war es, die Durchführung der Wirtschaftspläne zu sichern und Sabotage, Wirtschaftsspionage und Korruption aufzudecken.⁴⁷ Mit der Einsetzung von Kreiskontrollbeauftragten und der Eingliederung der Volkskontrollausschüsse in das System der staatlichen Kontrolle erreichte der Aufbau des Kontrollsystems einen relativen Abschluß; es war ein wichtiges Machtorgan der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern geschaffen.⁴⁸

Damit wurden gleichzeitig die Erfahrungen der Sowjetunion schöpferisch auf die konkreten historischen Bedingungen auf dem Territorium der späteren DDR angewandt. Die ZKK und ihre Organe besaßen für ihre verantwortungsvolle Arbeit noch geringe eigene Erfahrungen und wenig Autorität. "Ihr Kompaß waren die Erfahrungen der früheren Arbeiter- und Bauerninspektionen der Sowjetunion und die Lehren, die Lenin und Stalin aus diesen Erfahrungen gezogen hatten", hatte Fritz Lange, der Vorsitzende der ZKK betont.⁴⁹

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Einführung der Arbeiterkontrolle eine der Grundfragen der sozialistischen Revolution ist⁵⁰, hatte Lenin in seiner Arbeit "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" geschrieben: "Solange aber die Arbeiterkontrolle nicht zur Tatsache geworden ist, ... solange kann man nicht nach dem ersten Schritt (der Arbeiterkontrolle) den zweiten Schritt zum Sozialismus machen, das heißt zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter übergehen."⁵¹ Und in seiner Schrift "Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" hatte Lenin betont: "Herrscht das Proletariat, handelt es sich um den proletarischen Staat, das heißt um die Diktatur des Proletariats, so kann die Arbeiterkontrolle zu einer volksumspannenden, allumfassenden, allgegenwärtigen, genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung über die Erzeugung und Verteilung der Produkte werden."⁵²

Ausgehend von diesen marxistisch-leninistischen Grundgedanken über die Arbeiterkontrolle, erfolgte der Aufbau der Volks- und Staatskontrolle im Gebiet der DDR. In diesem Sinne stellte auch die Umbildung der ZKK in die Zentrale Kom-

46 Vgl. Zentralverordnungsblatt 1948, S. 240.

47 Vgl. Wachsamkeit und Plandisziplin festigen die antifaschistisch-demokratische Ordnung, Bericht über die erste Zonenkonferenz der Zentralen Kontrollkommission, der Landeskontrollkommissionen und der Volkskontrollausschüsse, Berlin o. J., S. 23.

48 Vgl. Zentralverordnungsblatt 1948, S. 429 f.; 1949, S. 23 f., 178.

49 Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen, Bericht über die vierte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, ihrer Organe und der Volkskontrollausschüsse am 9. Februar 1951 in Berlin, Berlin o. J., S. 30 = Schriftenreihe der DDR, H. 4,

50 Vgl. Lenin, W. I., Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 82 f.

51 Derselbe, Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 245.

52 Derselbe, Werke, Bd. 26, a. a. O., S. 88 f.

mission für Staatliche Kontrolle am 11. Oktober 1949⁵³ "bei weitem mehr als nur eine formelle Namensänderung" dar.⁵⁴ Die ZKSK wurde zu einem selbständigen Organ beim Ministerpräsidenten der DDR, und ihr Vorsitzender, Fritz Lange, wurde Mitglied des Ministerrates und später des Präsidiums des Ministerrates. Damit wurde der Prozeß der staatlichen Formierung der Kontrollorgane qualitativ weitergeführt.

Gleichzeitig war diese Umbildung der zentralen Kontrollbehörde mit einer Umorientierung in der Arbeit verbunden, lag das Schwergewicht der Arbeit der Kontrollorgane bis 1949 auf dem Kampf gegen Sabotage, Spekulanten- und Schieber-tum, so verlagerte es sich nach der Bildung der ZKSK verstärkt auf die Hilfe für Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane zur Durchsetzung des Volkswirtschaftsplanes. Auf der dritten Arbeitstagung der ZKSK im Januar 1950 wurde besonders unterstrichen, daß die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1950 die entscheidende Hauptaufgabe in diesem Jahr sein müsse.⁵⁵ Dazu war es notwendig, ausgehend von der genauen Kenntnis der Planaufgaben in jedem Land, jeder Stadt und jedem Kreis, die mengenmäßige Erfüllung und Übererfüllung der Plankennziffern, aber auch der Qualität sowie der Einhaltung der Export- und der Reparationsverpflichtungen zu kontrollieren. Bei der Hilfe für die Erfüllung des Planes in der Landwirtschaft und damit für die Sicherung der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die geplante Aufhebung der Lebensmittelrationierung mußten die staatlichen Kontrollorgane ihr Augenmerk besonders auf die Vorbereitung der Frühjahrsbestellung richten.

Der Leninsche Gedanke, daß der Erfolg der Arbeiterkontrolle von ihrer Entwicklung als eine vom ganzen Volk getragene Kontrolle abhängig ist⁵⁶, bestimmte mehr und mehr auch den Arbeitsstil der ZKSK und der Volkskontrollausschüsse. Die Grundlage für die immer engere Zusammenarbeit der Kontrollorgane mit den Gewerkschaften und den demokratischen Massenorganisationen, für die Einbeziehung immer breiterer Kreise der Bevölkerung in die Kontrolle selbst bildete die Erkenntnis, daß ohne Kontrolle von unten keine Kontrolle von oben, das heißt ohne Volkskontrolle keine staatliche Kontrolle, möglich ist.

Die Volkskontrollausschüsse wirkten seit 1949/50 entscheidend mit auf die Herausbildung der Diktatur des Proletariats, auf die Erhöhung des Staatsbewußtseins der Werktätigen und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Bereich der materiellen Produktion und der Verwaltungen.⁵⁷

Zur Stärkung der Volkskontrolle hatten vor allem ihre Einbeziehung in das staatliche Kontrollsystem, eine verbesserte Anleitung und Schulung durch die Kreis-kontrollbeauftragten und nicht zuletzt die Erfolge ihrer Arbeit beigetragen. Das Prinzip, nicht um der Kritik willen zu kontrollieren, sondern um zu helfen, Hemmnisse im Arbeitsablauf, Bürokratismus, objektive und subjektive Schwie-

53 Vgl. GBl. DDR 1949, S. 2, 17.

54 Staatliche Kontrolle - Volkskontrolle. Bericht über die dritte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle und ihrer Organe am 30. und 31. Januar 1950 in Berlin, Berlin o. J., S. 63 = Schriftenreihe der DDR, H. 2,

55 Vgl. ebenda, S. 64.

56 Vgl. Lenin, W. I., Werke, Bd. 26, a. a. O., S. 88.

57 Vgl. Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen, a. a. O., S. 66.

rigkeiten zu überwinden, trug dazu bei, das Ansehen der Kontrollorgane bei den Werktätigen zu erhöhen und diese stärker auch an die Arbeit der Kontrollausschüsse heranzuführen bzw. sie darin einzubeziehen. Davon zeugte auch die zahlenmäßige Entwicklung der Volkskontrollausschüsse.

Gab es im Januar 1949 erst 1 171 Volkskontrollausschüsse mit 8 043 ständigen Mitarbeitern, so stieg ihre Zahl bis zum Januar 1950 auf 4 240 mit 27 781 Mitgliedern und erreichte im Dezember desselben Jahres 4 885 mit insgesamt 37 708 Mitgliedern.⁵⁸

Auch die soziale und politische Zusammensetzung der Volkskontrollausschüsse beweist, daß es sich um eine wirkliche Volkskontrolle handelte, in der die Arbeiterklasse und ihre Partei die führende Rolle ausübte.

Tabelle 2

Soziale und politische Zusammensetzung der Volkskontrollausschüsse (VKA) im Dezember 1950⁺

Anzahl der VKA	4 885		
Ständige Mitglieder	37 708		
Davon: Arbeiter	23 268		
Angestellte u. Angehörige der Intelligenz	5 017	Mitglieder der SED	19 611
Bauern	6 050	" " LDPD	2 562
Handwerker, Gewerbetreibende u. kleine Geschäftsleute	2 373	" " CDU	2 812
		" " NDPD	659
		" " DBD	808
		Parteilose	11 256

+ Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen. Bericht über die vierte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, ihrer Organe und der Volkskontrollausschüsse am 9. Februar 1951 in Berlin, Berlin o. J., S. 66 = Schriftenreihe der DDR, H. 4. - Die Zahlen der ersten Spalte ergeben nur 36 708, sind aber in der Quelle so aufgeführt, und es ist nicht feststellbar, wo der Fehler liegt.

Eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Wirtschaftsvergehen sowie bei der Überwindung bürokratischer Hemmnisse spielte die Arbeit der Beschwerdestellen der ZKSK. Sie stellte einen wesentlichen Teil der Kontrolle von unten dar und war gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil aktiver, demokratischer staatsbürgerlicher Betätigung der Werktätigen. Welche Ergebnisse bei der gründlichen Bearbeitung der Beschwerden der Bevölkerung erreicht werden konnten - vom 1. März bis zum 30. November waren 1 841 Beschwerden bei der ZKSK eingegangen⁵⁹ -, zeigen folgende Beispiele. Die Beschwerde einiger Arbeiter der Silikat- und Schamotte-Werke Rietschen in der Oberlausitz bei dem örtlichen VKA über einen beträchtlichen Produktionsausfall ihres Betriebes infolge Stromsperrern veranlaßte

58 Zahlenangaben nach: Staatliche Kontrolle - Volkskontrolle, a. a. O., S. 166 f.; Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen, a. a. O., S. 66.

59 Vgl. Staatliche Kontrolle - Volkskontrolle, a. a. O., S. 77.

die ZKSK, sämtliche Betriebe für feuerfestes Material hinsichtlich des Produktionsausfalls durch Stromabschaltungen zu überprüfen und gleichzeitig die Versorgung einer Reihe wichtiger metallurgischer Werke mit feuerfestem Material zu untersuchen. Dabei wurden schwerste Planungsfehler und bürokratische Unzulänglichkeiten aufgedeckt, die auf Sabotage zurückzuführen waren und die die metallurgische Industrie in kurzer Zeit zum Erliegen gebracht hätten. In letzter Minute konnte die im Plan viel zu niedrig angesetzte Menge an Magnesit- und Silikatesteinen bis zur Vergrößerung des Produktionsumfanges in der DDR durch Einfuhren überbrückt, dadurch die weitere Produktion gesichert, die Volkswirtschaft der DDR vor großem Schaden bewahrt und ein raffinierter Sabotageplan zum Scheitern gebracht werden.⁶⁰

In einem anderen Fall wurden durch die Realisierung eines bis dahin sträflich vernachlässigten Verbesserungsvorschlages eines Meisters der MAS-Leitwerkstatt Wittenberg zur Einsparung von Buntmetall die Materialkosten für das Reparaturprogramm der MAS 1951 um mindestens 264 000,- DM verringert und 55 Tonnen Rotguß eingespart.⁶¹

Durch die Kontrollarbeit der ZKSK wurden 60 000 sogenannte Altsiedler und Anlieger, die etwa 500 000 Hektar Land bearbeiteten und mit 490 Millionen DM an agrarkapitalistische Landsiedlungsgesellschaften aus der Zeit der Weimarer Republik verschuldet waren, um 50 Prozent entschuldet und endgültig in die Grundbücher als Eigentümer des Landes eingetragen.⁶²

Noch vorhandene Schwächen in der Arbeit der Kontrollorgane wurden schrittweise überwunden. Sie entwickelten sich einerseits immer mehr zu einer echten Hilfe für die Verwaltungen, die Wirtschaftsorgane und die Bevölkerung und andererseits zu einem ernstzunehmenden Faktor für die Feinde des demokratischen und sozialistischen Aufbaus.

Erfolgreiche Arbeitsmethoden - wie zum Beispiel die Verwirklichung konkreter Verbesserungsvorschläge der ZKSK nach der Aufdeckung der schweren Wirtschaftsverbrechen in den Solvay-Werken - führten dazu, daß die Arbeitsproduktivität gesteigert, die Rentabilität erhöht und die Exportfähigkeit wiedergewonnen wurde⁶³, mußten zum allgemeinen Grundsatz jeder Kontrolle gemacht werden. Dazu trugen die regelmäßigen Arbeitstagungen der ZKSK und ihrer Organe bei. Sie dienten dem Erfahrungsaustausch und der Anleitung. An den Arbeitstagungen nahmen auch Mitarbeiter der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) teil und übermittelten Erfahrungen aus der Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektionen in der Sowjetunion. Wertvolle Hilfe und Ratschläge erhielten die leitenden Mitarbeiter der ZKSK in zahlreichen persönlichen Gesprächen mit den Genossen der SKK für die Qualifizierung der gesamten Kontrolltätigkeit in der DDR.

Die erfolgreiche Arbeit der Volkskontrolle stärkte nicht nur das Ansehen der Kontrollorgane, sondern trug auch dazu bei, die revolutionäre Wachsamkeit der Werktätigen zu erhöhen. Diese wurde durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit ständig weiter gefördert. Die Veröffentlichung der amtlichen Berichte der ZKSK zu grundsätzlichen Untersuchungen wie in den Fällen Glauchau-Meerane und DCGG, die Aus-

60 Vgl. Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahrplan erfüllen, a. a. O., S. 58 ff.

61 Vgl. ebenda, S. 55 f.

62 Vgl. ebenda, S. 45 f.

63 Vgl. ebenda, S. 40.

wertung der Kontrollergebnisse in den betreffenden Betrieben und Verwaltungen, die Durchführung von Schulungsmonaten in der SED und den Gewerkschaften auf der Grundlage des von der ZKSK und ihrer Organe erarbeiteten Materials, Strafverfahren am Ort der Tat und Justizausprachen, aber auch die Sicherung des rechtlichen Schutzes für alle Werktätigen, die sich an die Kontrollorgane wandten und in ihnen mitarbeiteten, förderten die Herausbildung eines neuen Staatsbewußtseins der Werktätigen der DDR.

Durch die Arbeit der Kontrollorgane wurde ein großer Teil der Werktätigen zur bewußteren Teilnahme an der Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse erzogen. Viele Mitarbeiter qualifizierten sich in den Kontrollausschüssen für die Übernahme von Funktionen in den Staats- und Wirtschaftsleitungen.

Die Zusammenarbeit der ZKSK und ihrer Organe mit der SED, den Gewerkschaften, der Volkspolizei und den Justizorganen, mit immer breiteren Kreisen der Werktätigen in den Betrieben und Verwaltungen war eine entscheidende Grundlage dafür, daß die Einheit der Kontrolle von oben und von unten realisiert und die Ordnung und Gesetzlichkeit in der DDR gefestigt werden konnten.

BEITRÄGE ZUR RECHTLICHEN STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSSTÄTTEN IN DEN WESTPONTISCHEN STÄDTEN

(2. bis 3. Jahrhundert u. Z.)

von Alexandru Suceveanu

Die Schwierigkeiten, denen der Forscher begegnet, wenn er die Agrarverhältnisse in den verschiedenen Provinzen des Römischen Kaiserreiches ergründen will, sind augenscheinlich, trotz der Vielzahl literarischer oder epigraphischer Dokumente. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind zahlreich. Das epigraphische Material ist oft lückenhaft, und wenn eine Inschrift wirklich vollständig ist, kann sie nur über eine lokale Situation informieren, über die Provinz, in der man sie gefunden hat, und ist schwerlich auf die Realität anderer Provinzen zu übertragen.

Die literarischen Quellen - rechtliche oder gromatische¹ - sind wiederum allzu allgemein und oft anachronistisch. Tatsächlich lassen die Bearbeiter dieser Texte - gute Kenner des römischen Rechts - nicht selten die epigraphischen Dokumente beiseite, und unter diesen Bedingungen bleibt der Gewinn der Benutzung dieser Dokumente fraglich.

Zu diesen Schwierigkeiten theoretischer Art kommen noch diejenigen hinzu, die aus der besonderen Situation der griechischen Städte in der Dobrudscha - auf die sich die folgenden Untersuchungen beschränken - resultieren, die sich in einem Gebiet befinden, in dem Traditionen und Einflüsse sowohl des östlichen wie auch des westlichen Teiles des Römischen Reiches wirken.

Obwohl wir uns dieser Hindernisse bewußt sind, legen wir die folgende Untersuchung vor, überzeugt, daß die Formulierung klarer Gesichtspunkte die Zweifel beseitigen wird, die die eine oder andere Behauptung hervorrufen könnte. Mit anderen Worten: Wir betrachten die vorliegende Arbeit als Diskussionsgrundlage⁺ im Hinblick auf einen der wichtigsten Bestandteile der römischen Wirtschaft in der Dobrudscha.

Man muß von vornherein präzisieren, daß wir uns bei unseren Ausführungen auf die Situation dieser Städte am Anfang des 2. Jahrhunderts u. Z. stützen werden, seit ihr rechtlicher Status definitiv fixiert wurde und die ersten Zeugnisse über ein Leben in den entsprechenden Gebieten vorliegen. Nachdem wir ihren rechtlichen Status und in Abhängigkeit davon ihr Territorium bestimmt haben, werden wir nacheinander die verschiedenen Eigentumstypen analysieren und die Darlegun-

¹ Quellen aus der Arbeit der Landvermesser.

⁺ Da die hierzu herangezogene Literatur außerordentlich umfangreich ist, befindet sich ein Verzeichnis der als Abkürzung gebrachten Zeitschriftenartikel am Ende der Arbeit.

gen über jede Stadt mit der Erörterung über die Arbeitskräfte beenden, die in diesen landwirtschaftlichen Produktionsstätten eingesetzt wurden.

Im Zusammenhang mit Histria ist das wichtigste Dokument die Horothese des Statthalters Manius Laberius Maximus vom 25. Oktober des Jahres 100 u. Z.² Ausgehend von den Formulierungen in den Briefen der Statthalter in den Jahren 47 bis 68 u. Z. - die in der Horothese erwähnt werden -, wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß Histria schon seit dem Beginn der römischen Eroberung der Dobrudscha, also seit 72 bis 71 v. u. Z. - ebenso wie seine anderen Nachbarn im Süden - eine privilegierte Stellung genossen habe, die durch den Titel *civitas foederata* oder *libera et immunis*³ ausgedrückt worden sei. Wir beabsichtigen nicht, hier die Kritik wieder aufzunehmen, die einem solchen Standpunkt gegenüber geübt werden müßte, der eine Starrheit des rechtlichen Status annimmt, die völlig unwahrscheinlich ist für eine Stadt am Rande der römischen Welt, deren Bedeutung außerdem keine solche Haltung der Römer ihr gegenüber rechtfertigen würde.⁴ Wir erwähnen lediglich, daß im Jahre 100 u. Z. M. Laberius Maximus, der

2 Die letzte Edition des wichtigen Dokuments findet sich bei Pippidi, D. M., *Contribuții la istoria veche a României* (Beiträge zur alten Geschichte Rumäniens) (im folgenden: *Contribuții*), Bukarest 1967, S. 349 - 385. - Einige nützliche Bemerkungen bei Oliver, J. H., in: *Greek - Roman - Byzantine Studies*, 6. Jg. 1965, S. 143 - 156, und bei Robert, J. und L., in: *BÉ, RÉG.*, 79. Jg. 1966, S. 403, Nr. 276.

3 Pippidi, D. M., a. a. O., S. 378 f. - In allen zitierten Dokumenten (Termessus Maior: CIL, 12, 589; Heracleia auf Latmos: Syll.³, 618; Plarasa und Aphrodisia: OGIS, 455) wird ausdrücklich die Gewährung der Freiheit erwähnt, was in keinem Brief aus der Grenzfestlegung Histrias der Fall ist.

4 Wir begnügen uns damit, aus der großen Anzahl von Dokumenten, die man zur Unterstützung dieser Behauptung anführen könnte, eine Anmerkung wiederzugeben aus der Arbeit von De Martino, F., *Storia della Costituzione Romana* (Geschichte der römischen Verfassung) (im folgenden: *Costituzione*), Napoli 1965, 4/2, S. 717 Anm. 6: "Augustus widerruft (die Freiheit) für Kreta, ausgenommen Kydonia und Lappia ... und möglicherweise auch in Nordmakedonien mit Ausnahme von Orestis; auch Apollonia blieb frei ... Sie wurde in Griechenland eingeschränkt, das in eine Provinz verwandelt wurde, indem die Freiheit widerrufen wurde. Es gab nur wenige Ausnahmen: Pharsalos in Thessalien, Ozolia in Lokri, Thespia, Tanagra, wahrscheinlich auch Platea in Böotien, Abae und Elatea in Phokidaia, Athen, Delphi, Sparta, die zwölf Ortschaften der Eleutherolakonen, Korkyra, Kephallenia, Zakyntos, Egina und Nikopolis, das von Augustus selbst gegründet worden war. Nero gab ganz Griechenland die Freiheit, aber Vespasian widerrief sie. Die anderen Kaiser fügten einige wenige Konzessionen hinzu. Die thessalische Liga, der Augustus die Freiheit entzog, erhielt sie von Hadrian ... In Thrakien stellte Augustus die Freiheit der Stadt Chios nicht wieder her, sondern nur die der Stadt Amisos, während Byzantion durch Vespasian der Freiheit beraubt wurde, aber es eroberte sie bald danach zurück. Kalchedon behielt seine Freiheit auch nach der Beseitigung des pontischen Reiches im Jahre 64 ... In Asien waren viele Städte frei geblieben, Samos und Kaunos wurden von Augustus befreit, Magnesia in Sipylos und Kyzikos wurden (der Freiheit) beraubt, Claudius und Hadrian waren liberal, verschiedene Städte wie Samos, Rhodos und Stratonikeia hatten mehrere Wechsel (ihres Status') ... In Kilikien ging Pompeiopolis unter Augustus die Freiheit verloren,

Statthalter von Moesia Inferior, die Grenzen des ländlichen Territoriums Histrias festlegte⁵, eine Handlung, die unbegreiflich wäre, wenn Histria exterritorial gewesen wäre, so wie es zu diesem Zeitpunkt - wie wir wissen - die Städte liberae et immunes oder foederatae noch waren⁶. Außer diesen Grenzen - deren Lokalisierung noch weitere Diskussionen erfordert⁷ - gibt es noch fünf Dokumente, die eine regio Histriae mit eigenen Magistraten erwähnen⁸. Die größten Ähnlichkeiten finden wir in den Territorien der Städte Serdica⁹, Marcianopolis¹⁰ oder Augusta Traiana¹¹, wo außer dem "städtischen" Territorium regiones existieren, die lediglich in fines dieser Städte eingeschlossen sind und unterschiedliche Namen tragen, die wahrscheinlich von den alten hellenistischen Strategien herrühren.¹² Wir heben hervor, daß keine dieser Städte nur den Titel der civitates stipendiariae besaß¹³ - was ein zusätzliches Argument für den Gedanken darstellt,

während Elaeusse Sebaste sie im späten Prinzipat zurückeroberte. In Syrien ging Tyros und Sidon - trotz ihrer Allianzen (foedera) - die Freiheit unter Augustus verloren, aber es scheint so, als ob sie sie später zurückgewonnen hätten ..."

5 Pippidi, D. M., a. a. O., S. 353 Anm. 2: Fines Histrianorum hos esse constitui ...).

6 Daß die Städte mit dem Status liberae oder foederatae schon zu dieser Zeit als exterritorial betrachtet wurden, also als außerhalb des Territoriums der Provinz gelegen, demonstriert uns die Entsendung des S. Quinctilius Valerius Maximus nach Achaia unter Trajan ad ordinandum statum liberarum civitatum (Plin., Ep., 8, 24, 2), eine Mission, die Magie, D., Roman Rule in Asia Minor (im folgenden: Asia Minor), Princeton/New Jersey 1950, S. 596, mit der ebenfalls in dieser Zeit erfolgten Mission des C. Avidius Nigrinus, krites in einer Abgrenzung des Territoriums im Zusammenhang mit der Stadt Delphi (Syll.³, 827), die er beide gerade durch die Notwendigkeit der Benennung spezieller Magistraten erklärt, die das Recht hatten, in Fragen hinsichtlich der freien Städte zu intervenieren, während den Statthaltern eine solche Praxis immer untersagt war.

7 Vgl. Pippidi, D. M., a. a. O., S. 361 - 371, wo die Schlußfolgerungen von Pârvan, V., Histria, Bd. 4, Bukarest 1916, S. 580 - 588, mit denen aus einer unveröffentlicht gebliebenen Studie von Paul Nicorescu verglichen werden.

8 Die diese regio erwähnenden Inschriften werden ihrer chronologischen Ordnung nach erwähnt bei: Constantinescu, S., in: SCIV, 9. Jg. 1958, S. 349 - 355 (2. Jh. u. Z.); CIL, 3, 12489 (157 u. Z.); Tudor D., in: SCŞ, 2. Jg. 1951, S. 502, Nr. 3 (167 u. Z.); Pârvan, V., in: Dacia, 2. Jg. 1925, S. 241, Nr. 41 (198 - 211 u. Z.); Florescu, G., in: SCIV, 9. Jg. 1958, S. 342 - 348 (244 - 249 u. Z.). - Im ersten Dokument erscheint das Wort arch(ontes), aber im letzten a(r)contes r(egionis) His(triae).

9 Beševliev, V., Epigrafski prinosi, Sofia 1952, Nr. 55: ... per fines civitatis Serd(i)ensium regione Dyptens(i oder -ium) (152 u. Z.).

10 Mircev, M., in: Izvestia Varna, 12. Jg. 1961, S. 15, Nr. 14: ... per fines civitat(is) Mar(j)ianopolitano(rum) region(e) Gelegetic(a oder -ensium) (152 u. Z.).

11 Buiukliev, H./Getov, L., in: Arheologia Sofia, 6. Jg. 1964, Nr. 1, S. 29: per fines (civitatis) Tra(j)anensium regio(ne ...) (152 u. Z.).

12 Gerov, B., in: Akten des VI. internationalen Kongresses für griechische und lateinische Epigraphik (im folgenden: VI. Kongreß), München 1973, S. 432 - 494 = Vestigia, 17; für die hellenistischen Strategien siehe derselbe, in: Klio, Nr. 52, 1970, S. 123 - 132.

13 Derselbe, Untersuchungen über die westthrakischen Länder in römischer Zeit,

daß Histria den gleichen rechtlichen Status hatte -, und müssen unsere Darlegungen in diesem Moment unterteilen, zunächst das eigentliche "städtische" Gebiet allein untersuchen und danach die sogenannte regio.

Was das eigentliche Territorium betrifft, muß man die außerordentlich wertvollen Hinweise philippopolitanischer Inschriften berücksichtigen, wo horoi phyles Herakleidos erwähnt sind, was im gegebenen Falle die Unterteilung des städtischen Gebietes in phylai vermuten läßt,¹⁴ Die Entdeckung eines von dem Stamme der Aigikoreis den Nymphen gewidmeten Altars¹⁵ sowie die Wahrscheinlichkeit, daß ein zweiter Altar, von dem Stamm der Argadeis dem Zeus Ombrimos gewidmet, ebenfalls aus dem Gebiet stammt¹⁶, lassen auf die Möglichkeit schließen, daß auch in Histria das eigentliche Territorium in phylai unterteilt gewesen ist. Wenn wir nach den griechischen Inschriften urteilen, die in einer ziemlich eng begrenzten Zone um die Stadt herum gefunden wurden, müßten wir dieses Territorium zwischen den heutigen ländlichen Ortschaften Istria-Dorf¹⁷, Sarighiol¹⁸, Tariverdi¹⁹, Săcele²⁰ und Vadu²¹ abgrenzen, was zu dem Schluß führen würde,

in: *Annuaire de l' Université de Sofia, Faculté Philologique*, 54. Jg. 1959/60, S. 261; 62. Jg. 1968, S. 123.

14 IGRRP, 1, 721, mit dem Kommentar und den zusätzlichen Beweisen, die angeführt werden von Gerov, B., in: VI. Kongreß, a. a. O., S. 493.

15 AEMÖ, 17. Jg. 1894, S. 88, Nr. 12. - Die Inschrift stammt aus Sarighiol. Für alle ländlichen Ortschaften, die in dieser Arbeit angeführt werden, siehe den von Em. Popescu redigierten Teil zum Fasz. L 35 in Tabula Imperii Romani (Romula - Durostorum - Tomis) (Die Karte des Römischen Reiches) (im folgenden: Popescu, E.), Bukarest 1969, mit der entsprechenden Karte.

16 Lambrino, S., in: *Istros*, 1. Jg. 1934, Nr. 1, S. 118. - Die Inschrift wurde in dem späten Festungswall von Histria gefunden, wo sehr oft Inschriften aus dem 2. und 3. Jh. u. Z. aus diesem Territorium erscheinen.

17 Unter anderen Funden siehe die Inschriften, die veröffentlicht wurden in AEMÖ, 11. Jg. 1887, S. 66, Nr. 40 (= Pippidi, D. M., *Contribuții*, a. a. O., S. 397); S. 69, Nr. 42, (= IGRRP, 1, 599); CIL, 3, 7525; Moisil, C., in: *BCMI*, 4. Jg. 1911, S. 106 (= Weiss, J., in: *JÖAI*, 14. Jg. 1911, Beibl., S. 149 - 154). Die erste und die letzte erwähnte Inschrift können aus Histria stammen; dagegen bezeugt die Inschrift IGRRP, 1, 599, zwei magistratoi einer kome, die griechische Namen tragen und die unter diesen Bedingungen als mögliche Besitzer von Boden betrachtet werden können; wir fügen hinzu, daß die Inschrift das Bildnis des thrakischen Reiters trägt.

18 Vgl. Anm. 15 der vorliegenden Arbeit.

19 Neben anderen wichtigen archäologischen Entdeckungen, die eine ländliche griechisch-einheimische Niederlassung schon im 6. Jh. v. u. Z. bezeugen, siehe Popescu, E., a. a. O., S. 71, der die Entdeckung einer bisher unveröffentlichten griechischen Inschrift zitiert.

20 CIL, 3, 14461; hinzu kommt das Relief des thrakischen Reiters, das erwähnt wird von Pârvan, V., in: *AA, JDAI*, 30. Jg. 1915, S. 247.

21 AEMÖ, 6. Jg. 1882, S. 38, Nr. 79; 8. Jg. 1884, S. 23, Nr. 62 (in beiden Inschriften erscheinen Personen mit griechischen Namen, aber sie scheinen im ersten Fall nach dem Relief - vgl. Bordenache, C., in: *Dacia, NS*, 5. Jg. 1961, S. 210, Fig. 29 -, im zweiten Fall nach dem Inhalt der Inschrift selbst mit maritim-kommerziellen Tätigkeiten beschäftigt zu sein); CIL, 3, 14449, eine Inschrift, die auf Vadu lokalisiert wurde von Boilă-Doruțiu, E., in: *SCIV*, 15. Jg. 1964, S. 133, Nr. 8.

daß in denselben Bezirk auch die Dörfer Fintinele²², Cogealac²³ und Nuntăşi²⁴ einbezogen werden müssen.

Ein gesicherterer Hinweis hinsichtlich eines eventuellen ländlichen Besitzes ist in der Inschrift von Vadu enthalten, wo T. Manius Bassianus, *buleuta Histriae*²⁵, schriftlich bezeugt wird. Was die rechtliche Beschaffenheit seines Grundstücks betrifft, so könnte es in Übereinstimmung mit der der Stadt nur ein *ager (publicus) stipendiarius datus adsignatus* sein.²⁶ Ohne hier die überflüssige Diskussion über die Nichtexistenz eines Provinz-dominium²⁷ wiederaufzunehmen, ist klar - um so mehr als von einer *civitas stipendiaria* die Rede ist -, daß das betreffende "städtische" Territorium, sei es nun konfisziert gewesen und der Stadt in *possessio* zurückgegeben worden oder ihr ganz einfach belassen worden, eine Gabe war, für die sie zur Zahlung eines *stipendium*²⁸ verpflichtet war. Es ginge also nach einem Ausdruck von Frontinus um einen *ager ... mensura comprehensus, cuius modus universus civitati est adsignatus ... tributarium solum per universitatem populis est definitum*²⁹. Nur daß dieses Messen *per universitatem* - was nach eigenen Meinungen für eine *civitas peregrina* typisch ist³⁰ - in der Praxis durch eine Parzellierung ähnlich der *centuriatio*³¹ ersetzt wurde, so wie es Hyginus für verschiedene Provinzen, darunter auch für Asien, klar bestätigt³². So muß das

- 22 CIL, 16, 145. - Wir postulieren dennoch den Einschluß dieser ländlichen Niederlassung in das eigentliche Territorium Histrias, weil sich hier die Quellen des Aquädukts befinden, der die Stadt in römischer Zeit versorgte; dazu die beiden Reliefs des thrakischen Reiters, veröffentlicht von Micu, I., in: *An. Dobr.*, 18. Jg. 1937, S. 46, Nr. 20, und von Scorpan, C., *Cavalerul trac (Der thrakische Reiter)*, Constanța 1967, S. 68, Nr. 34.
- 23 CIL, 3, 7528 (*Ael(ia) Dionysia*), auch sie eine vermutliche Besitzerin eines Grundstücks.
- 24 Popescu, E., a. a. O., S. 54.
- 25 CIL, 3, 14449.
- 26 Marquardt, J., *Organisation de l'Empire Romain* (im folgenden: OER), franz. Übers. v. A. Weiss u. P. L. Lucas, Bd. 1, Paris 1889, S. 131 - 133; derselbe, *Organisation financière chez les Romains*, franz. Übers. v. A. Virgié, Paris 1888, S. 229 - 231.
- 27 Zum Stand des Problems vgl. De Martino, F., *Costituzione*, a. a. O., S. 775 - 797.
- 28 Accame, S., *Il dominio romano in Grecia dalla guerra acaica ad Augusto* (Die römische Herrschaft in Griechenland vom achaischen Krieg bis Augustus), Rom 1946, S. 28 - 45. - Ein interessantes Beispiel der Zurückgabe eines Territoriums fand im Falle von Abdera statt (vgl. Robert, L., *Études épigraphiques et philologiques*, Paris 1938, S. 192 Anm. 3; Condurachi, E., in: *Latomus*, 29. Jg. 1970, S. 581 - 594) oder teilweise im Falle der Stadt Pharos (vgl. dazu Robert, L., *Hellenica*, Bd. 11 - 12, Paris 1961, S. 505 - 541; Bousquet, J., in: *BCH*, 85. Jg. 1961, S. 589 - 600).
- 29 Frontinus, *Grom. Vet.* (hg. v. Lachmann), 1, 4.
- 30 Weber, M., *Römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht*, Amsterdam 1891, S. 46.
- 31 Grelle, F., *Stipendium vel tributum. L'imposizione fondiaria nelle dottrine giuridiche del II e III secolo* (*Stipendium vel tributum. Die landwirtschaftliche Besteuerung in den juristischen Doktrinen vom 2. - 3. Jh. u. Z.*) (im folgenden: *Stipendium*), Napoli 1963, S. 26 (Anm. 9) - 29, 43 - 48.
- 32 Hyginus, *Grom. Vet.*, 1, 204 f.: *Agrum arcifinum vectigalem ad mensuram*

Grundstück des Bassianus exakt in ein Kataster eingeordnet gewesen sein - um der Zahlung von Pachtzins unterworfen zu werden³³ -, so wie die Dinge in Thera oder Astypalaia³⁴ vor sich gegangen sind entsprechend den nomoi hyper tes choras³⁵, die jeder Stadt eigentümlich waren und in die die verschiedenen Kategorien von possessores nach den sozialen Schichten, die sie repräsentierten, eingeordnet waren.³⁶ Als romanisierter Grieche wird Bassianus also Besitzer eines Grundstücks in der Art eines kleruchos³⁷ gewesen sein, der, ohne vom Standpunkt der offiziellen römischen Gesetzgebung gromatische und rechtliche Individualität zu besitzen, offensichtlich nicht wenig Vermögen hatte, für das er der Stadt die entsprechende Steuer zu entrichten verpflichtet war. Wenn wir nach einer Analogie urteilen, die uns die Stadt Tomis bietet und auf die wir weiter unten eingehen werden³⁸, dann war Bassianus zur Zahlung eines stipendium oder tributum verpflichtet - der Unterschied zwischen den beiden Kategorien ist bekanntlich anachronistisch und daher unwesentlich -, was ihn jedoch nicht vor der Zahlung von streng städtischen tributa leviora bewahrte. Beide wurden jedoch von der Stadt eingetrieben, in der sich das betreffende Grundstück befand.³⁹

Wenn wir jetzt zur Diskussion über die andere Zone des Territoriums von Histria - regio Histriae - übergehen, so ist anzunehmen, daß sie nur rechtlich zu Histria gehörte⁴⁰, tatsächlich aber als ager publicus betrachtet wurde⁴¹. Urteilen wir

sic redigere debemus ut et rectoris et quadam terminatione in perpetuum servetur. Multi huius modi agrum more colonico decimanis et kardinibus divisurunt, hoc est per centurias, sicut in Pannonia ... Nam in Phrygia et tota Asia ex huius modi causis tam fragmentar disconvenit quam in Pannonia, mit der Interpretation von De Martino, F., Costituzione, a. a. O., S. 778.

³³ Braunet, H., in: Historia, 6. Jg. 1957, S. 192 - 214.

³⁴ IG, 12, 3, Nr. 180 - 182 (Astypalaia) und Nr. 343 - 349 (Thera). - Der Herausgeber, Fr. Hiller von Gaertringen, erwähnt weitere ebensolche Kataster in Lesbos, Tralles und Magnesia auf Meandru.

³⁵ Die Formulierung erscheint in der bekannten Inschrift von Sandanski (früher Sveti-Vrac) im antiken Makedonien (heute auf dem Territorium Bulgariens), deren letzte Edition sich befindet bei Mihailov, G., IGB, 4, S. 245 - 250, Nr. 2263 Anm. 1 - 2 (158 u. Z.).

³⁶ Siehe die Unterschiede zwischen den Eigentümern eparchikoi (= römische Bürger?), politai (= griechische Bürger) und Orestern aus der nicht weniger bekannten Inschrift von Orestis (Makedonien), die veröffentlicht wurde von Woodward, A. M., in: JHS, 33. Jg. 1913, S. 337 ff. (2. Jh. u. Z.).

³⁷ Der Terminus erscheint in zwei Inschriften aus Eucarpia (Phrygien) aus dem 2. - 3. Jh. u. Z., veröffentlicht von Calder, V. M., in: Anatolian Studies, 6. Jg. 1956, S. 49 - 51.

³⁸ Siehe weiter unten Anm. 99.

³⁹ Für den Unterschied zwischen stipendium und tributum siehe die Arbeit von Grelle, F., a. a. O.; für tributa leviora siehe De Martino, F., Costituzione, a. a. O., S. 679 Anm. 54; für die Einnahme aller dieser Beträge durch die Stadt vgl. Ulpian, Dig. 50, 15, 42; De cens., 1, 3.

⁴⁰ Siculus Flaccus, Grom. Vet., 1, 135: regiones ... intra quarum fines sigularum coloniarum aut municipiorum ius dicendi coercendique est libera potestas.

⁴¹ Nützlich für das Verständnis der Schwierigkeiten, die sich aus diesem Begriff ergeben, ist der Meinungsstreit zwischen Frank, T., in: JRS, 17. Jg. 1927, S. 141 - 161, und Rostovtzev, M., The Social and Economic History of the

nach den weiter oben zitierten Analogien in Thrakien, so waren diese regiones ihrerseits den neuen Städten angeschlossen, was uns annehmen läßt, daß das rechtlich festgelegte Gebiet des vorrömischen Histria nicht das "städtische" Territorium überschritten haben wird, das wir weiter oben abzugrenzen versucht haben.⁴² Was den Verwaltungsmodus dieser regio betrifft, so halten wir die Hypothese für gerechtfertigt, nach der die zehn arc(h)ontes den dekaprotói geähnelt hätten, fügen jedoch hinzu, daß sie in anderen Gebieten praefecti iure dicundo genannt werden.⁴³

Die erste Kategorie von Ländereien in dieser regio, die wir analysieren wollen, bringt einige Schwierigkeiten mit sich. Es geht um drei Besitzungen in Nistoreşti, Pantelimonul de Sus und Mihai Viteazu⁴⁴, deren Besitzer feste Verbindungen - administrative oder familiäre - zur Hauptstadt Histria hatten. Wie Hyginus versichert, gehören die agri vectigales - wir sind geneigt anzunehmen, daß man diese Besitzungen von dem Augenblick an so bezeichnet hat, wo sie aus dem eigentlichen städtischen Territorium ausscheiden - entweder den populi Romani oder dem coloniarum aut municipiorum aut civitarum aliquarum; und das Kataster von Arausio stellt eine gute Exemplifizierung dieses Textes dar.⁴⁵ Insofern das "städtische" Territorium streng den Besitzern bestimmt gewesen wäre, die zu den Stämmen Histrias gehören - was wahrscheinlich ist, aber nicht sicher -, ist es möglich, daß die Stadt das Recht hatte, ihnen aus der großen regio gewisse demosioi topoi⁴⁶ unter ganz genau festgelegten Bedingungen, die in einem híblion⁴⁷ verzeichnet gewesen sein müssen, zu verpachten.

Hellenistic World, 2. Aufl. Oxford 1953, S. 814 - 816, sowie derselbe, The Social and Economic History of the Roman Empire (im folgenden: SEHRE), 2. Aufl. Oxford 1971, S. 652 Anm. 1.

- 42 Einen Überblick über die Meinungen hinsichtlich des Alters des Territoriums von Histria siehe bei Suceveanu, A., in: Pontica, 5. Jg. 1972, S. 98 Anm. 43.
- 43 Die Ähnlichkeit zwischen archontes und dekaprotói wurde ausgedrückt von Florescu, G., in: SCIV, 9. Jg. 1958, S. 342 - 348; zu den praefecti iure dicundo siehe Gerov, B., VI. Kongreß, a. a. O., S. 493, und für die karthagischen Territorialbezirke siehe Poinssot, C., in: CRAI, 1962, S. 55 - 76; siehe schließlich zu dekaprotói den letzten Beitrag von Grelle, F., Stipendium, a. a. O., S. 56 - 65.
- 44 Nistoreşti: CIL, 3, 12489 (L. Pompeius Valens, früherer Archont, Agoranom - im Text Ädil - und Priester in Histria, 157 u. Z.); Pantelimonul de Sus: Pârvan, V., Ulmetum, Bd. 1, Bukarest 1912, S. 530, Nr. 2 (Aelius L..., Stadtrat aus Histria. Die Inschrift stammt wahrscheinlich aus dem Territorium Histrias, obwohl sie gefunden wurde in Pantelimonul de Sus = Ulmetum, einer Ortschaft, die sicher zum capidavensischen Territorium gehört hat), Mihai Viteazu: CIL, 3, 14447; Pârvan, V., Histria, Bd. 4, a. a. O., S. 633, Nr. 30; Russu, I. I., in: SCIV, 6. Jg. 1955, S. 75 - 86 (Messia Pudentilla - deren Verwandtschaft mit einem Messius aus Histria postuliert wurde von Pip-pidi, D. M., in: St. Cl., 7. Jg. 1965, S. 304 - befand sich in einem Grenzkonflikt mit den vicani Buteridavenses, 198 - 202 u. Z.).
- 45 Hyginus, Grom. Vet., 1, 116. - Zum Kataster von Arausio siehe Piganiol, A., Gallia, Suppl. 16. Jg. 1962, S. 52 - 62; Saumagne, Ch., in: Journal des Savants, Jg. 1965, S. 73 - 116.
- 46 Der Terminus erscheint in der Inschrift von Gazoros (Makedonien) aus den Jahren 158/159 u. Z., veröffentlicht von Vatin, C., in: BCH, 86. Jg. 1962, S. 57 ff., und wird wieder aufgenommen von Papazoglu, F., in: ebenda, 87.

Aber es ist sicher nicht ausgeschlossen, daß die betreffenden Grundbesitzer schon ein Grundstück im städtischen Territorium gehabt haben und unter diesen Bedingungen ihre Grundstücke in der regio vom römischen Staat gepachtet haben, die so *agri vectigales populi Romani* genannt wurden. Wie uns ebenderselbe Hyginus informiert, war der Zahlungsmodus des vectigal provinzweise unterschiedlich⁴⁸, was einmal mehr die Notwendigkeit einer wohlorganisierten römischen Finanzkörperschaft einschließt, so wie es die schon erwähnten *arc(h)ontes regionis Histriae* gewesen sein werden. Sie mußten sich nicht nur um die erwähnten Besitzungen kümmern, sondern sehr wahrscheinlich auch um die der kollektiv aufgeführten römischen Bürger (*cives Romani*) aus verschiedenen *vici* in der regio (*Secundini*, zusammen mit den *lai*⁴⁹, *Quintionis*, zusammen mit den *bessi*⁵⁰ oder *Rîmnicu de Jos*⁵¹), wenn in diesen Fällen nicht doch von *agri adsignate viritim* die Rede ist oder von den einzeln aufgeführten Einwohnern im *vicus Celeris*⁵².

Dagegen ist sicher, daß solcherart Ländereien sowohl die Veteranengemeinschaft von *Sinoe*⁵³ oder *Rîmnicu de Jos*⁵⁴ wie auch die einzeln aufgeführten Veteranen

Jg. 1963, S. 531 ff. (R. 11).

- 47 Siehe die Inschrift aus Thisbe (Griechenland), die veröffentlicht ist in Syll. 3, 884 (R. 4), mit Erklärungen und einem Datierungsversuch von Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 652 Anm. 101. - Ob es wohl vermessen ist, die Hypothese zu formulieren, daß die athenische Inschrift IG 2², 2776 = Miller, S. G., in: *Hesperia*, 41. Jg. 1972, S. 50 - 95, gerade eine Zentralisierung dieser *biblia* darstellt?
- 48 Hyginus, *Grom. Vet.*, 1, 204 - 205, und allgemein zum Stadium dieses Problems siehe De Martino, F., *Costituzione*, a. a. O., S. 775 - 797.
- 49 Pârvan, V., in: *Dacia*, 2. Jg. 1925, S. 241, Nr. 41 (198 - 211 u. Z.); Lambrino, S., *Mélanges ... Marouzeau*, Paris 1948, S. 322, Nr. 9 (202 u. Z.); ebenda, S. 323, Nr. 10 (220 u. Z.); Pârvan, V., *Histria*, Bd. 7, Bukarest 1923, S. 96, Nr. 61 (237 u. Z.); derselbe, in: *Dacia*, 2. Jg. 1925, S. 246, Nr. 43 (238 u. Z.); Lambrino, S., in: *RÉL*, 11. Jg. 1933, S. 457 - 463 (246 u. Z.). - Das Dorf *Secundini* ist nicht lokalisiert. Einer der zwei *magistri* trägt manchmal einen thrakischen Namen.
- 50 Pârvan, V., *Histria*, Bd. 4, a. a. O., S. 617, Nr. 24 (139 - 161 u. Z.); derselbe, *Histria*, Bd. 7, a. a. O., S. 55, Nr. 46 (149 u. Z.); S. 62, Nr. 49 (169 u. Z.); S. 67, Nr. 50 (175 u. Z.); S. 71, Nr. 51 (176 u. Z.); S. 74, Nr. 52 (177 u. Z.). - Einer der zwei *magistri* trägt in der Regel einen thrakischen Namen. *Vicus Quintionis* wurde in *Sinoe* lokalisiert. Dazu werden andere Mitglieder dieses *vicus* einzeln erwähnt bei Pârvan, V., in: *Dacia*, 2. Jg. 1925, S. 214, Nr. 18 (144 u. Z.); Tudor, D., in: *SCŞ*, Iaşi, 2. Jg. 1951, S. 501, Nr. 2 (167 u. Z.); S. 502, Nr. 3 (nach 167 u. Z.); S. 499, Nr. 1 (218 - 222 u. Z.). - Zu den *bessi* siehe Zah, E./Suceveanu, A., in: *SCIV*, 22. Jg. 1971, S. 567 - 578.
- 51 *CIL*, 3, 14442, lokalisiert in *Rîmnicu de Jos* von Boilă-Doruţiu, E., in: *SCIV*, 15. Jg. 1964, S. 131, Nr. 1 (139 - 160 u. Z.).
- 52 *CIL*, 3, 7526, 7527; Pârvan, V., *Histria*, Bd. 7, a. a. O., S. 78, Nr. 53 (177 u. Z.); Tudor, D., in: *Materiale*, 2. Jg. 1956, S. 594, Nr. 71. - Der *vicus Celeris* ist wahrscheinlich in *Vadu* lokalisiert und befindet sich auf der Grenze zwischen dem eigentlichen Territorium und der regio. (Vgl. Anm. 25 der vorliegenden Arbeit.)
- 53 Siehe die in Anm. 50 erwähnten Inschriften, wo neben den *cives Romani* auch

von Casimcea⁵⁵ oder Fintfnele⁵⁶ besessen haben. Wenn wir lediglich hervorheben, daß die gemeinschaftlichen adsignationes von Sinoe und Rimnicu de Jos⁵⁷ ein zusätzlicher Beweis dafür sind, daß in der regio das reale dominium dem römischen Volk gehörte, genauer dem Kaiser - was den niedrigeren Status Histrias gegenüber seinen südlichen Nachbarn bestätigt, wie wir sogleich sehen werden -, so meinen wir, daß die Immunität der Veteranen in diesen Dörfern schon durch Gesetzestexte gesichert war, die aus der Zeit des Augustus stammten⁵⁸.

In enger Verbindung mit diesem Aspekt müßte hier auch das Problem der *annona militaris* behandelt werden, eine zusätzliche Kontribution in natura, die unter Septimius Severus institutionalisiert wurde.⁵⁹ Wir bejahen dies insofern, als Histria im Itinerarium Antonini - sehr wahrscheinlich ursprünglich eine Liste des Büros zur Erhebung dieser Steuer⁶⁰ - verzeichnet ist und weil andererseits im Grenzkonflikt zwischen Messia Pudentilla und den vicani Buteridavenses der Präfekt der Donauflotte, M. Vindius Verianus, auf Befehl des Statthalters der Provinz intervenierte⁶¹. Diese Intervention - die auch eine andere Persönlichkeit hätte durchführen können⁶² - möchten wir nicht vom allgemeinen Prozeß der Militarisierung des Imperiums loslösen, einem Prozeß, der im Falle der

veterani erscheinen; ferner CIL, 3, 7524.

54 Vgl. Anm. 51 (veterani sind neben cives Romani erwähnt).

55 Baumann, V. H., in: SCIV, 22, Jg. 1971, S. 597, Nr. 4.

56 CIL, 16, 145; auch dieses Dorf muß sich ebenso wie Vadu auf der Grenze zwischen dem eigentlichen Territorium und der regio befinden haben (vgl. Anm. 22). Ansonsten wurden in den 1973 hier durchgeführten Ausgrabungen bis heute drei Siedlungskerne von römischen ländlichen Niederlassungen identifiziert (2. - 4. Jh. u. Z.).

57 Das bemerkte schon Vulpe, R., Histoire ancienne de la Dobroudja, Bukarest 1938, S. 182.

58 BGU, 2, 628, 19 (Augustus); Girard, P. F., Textes de droit romain (im folgenden: Dr. Rom.), 5. Aufl. Paris 1923, S. 191, Nr. 6, (88/89 u. Z.); ebenda, S. 194, Nr. 7 (119 u. Z.); BGU, 1, 180 (170 u. Z.); Hyginus, Grom. Vet., 116; Siculus Flaccus, Grom. Vet., 156, 9. - Von den modernen Autoren siehe Forni, G., Il reclutamento della legioni da Augusto a Diocleziano (Die Rekrutierung der Legionen von Augustus bis Diokletian), Mailand/Rom 1953, S. 48 - 50; D'Escurac Doisy, H., in: Hommage à Albert Grenier (im folgenden: H. A. Grenier), Brüssel 1962, S. 571 - 583; Alföldy, G., in: Historia, 13, Jg. 1964, S. 167 - 179; Thouvenot, R., Mélanges ... Piganiol, Bd. 2, Paris 1966, S. 843 - 848.

59 Berchem, D. van, in: Mémoires de la Société nationale des Antiquaires de France, 80, Jg. 1937, S. 117 - 201; Mocsy, A., Studien zu den Militärgrenzen Roms. Vorträge des 6. internationalen Limeskongresses in Süddeutschland, Köln/Graz 1967, S. 211 - 214. - Einwände gegen die Verallgemeinerung dieser Steuer bei Nicoletti, A., in: Labeo, 15, Jg. 1969, S. 177 - 187.

60 Berchem, D. van, a. a. O., S. 166 - 181.

61 Siehe Anm. 44; vgl. auch Suceveanu, A., in: Peuce, 2, Jg. 1971, S. 155 - 166.

62 Im allgemeinen nimmt man an, daß diese Terrainabgrenzungen von militärischen Landvermessern vorgenommen wurden. Vgl. jedoch die folgenden Beispiele, wo solche Grenzfestlegungen von zivilen Beamten ausgeführt wurden: Dessau, H., ILS, 2, 1: 5947a (Hadrian); 5951 (69 u. Z.); 5956 (136 u. Z.); 5958a, b (104/105 u. Z.); 5959 (Trajan); 5960 (Hadrian); 5963 (Hadrian);

westpontischen Küste in der Schaffung eines einheitlichen Systems zur Verteidigung dieser Küsten konkretisiert wird.⁶³

Wenn wir zu den Eigentumstypen, die wir bisher behandelt haben - und die den Griechen sowie römischen Zivil- oder Militärpersonen gehört haben -, die Güter eines Tempels von Şeremet⁶⁴ hinzufügen, so bleibt uns nur noch die letzte und vielleicht wichtigste Kategorie von landwirtschaftlichen Produzenten, und zwar die Einheimischen.

Leider scheint es so, als seien sie einzig und allein in den schon genannten Formularen der vicani Buteridavenses erwähnt, und da der vicus auch eine Form der Territorialgemeinde darstellen kann, ist die Annahme, daß einige Territorialgemeinden aus vorrömischer Zeit erhalten geblieben wären, nicht auszuschließen.⁶⁵ Aber selbst ohne diese Erwähnung müssen die Einheimischen sowohl als Bodenbesitzer wie auch als Arbeitskräfte auf den Besitzungen der Griechen und Römer existiert haben.

Für die erstgenannte Form haben wir die neuesten Untersuchungen im Auge, die das ganze römische Kaiserreich umfassen und die immer öfter das Vorhandensein von einheimischen Strukturen deutlich werden lassen, die, selbst wenn sie städtischen Territorien integriert sind, nicht ihre althergebrachte Organisation verloren haben.⁶⁶ Anders liegt sicher das Problem der Definition ihres rechtlichen Status und in Abhängigkeit davon des Typs des landwirtschaftlichen Besitzes,

5965 (Severus Alexander); 5968, 5982 (Vespasian); IG, 9, 1, 61 (118 u. Z.); CIL, 3, 856; IGRRP, 1, 709 (Antoninus Pius); Doblhofer, E., in: JÖAI, 45. Jg. 1960, Hauptblatt, S. 39 - 44; Mac Kay, P. A., in: Hesperia, 34. Jg. 1965, S. 248 - 253; Ducrey, P., in: BCH, 93. Jg. 1969, S. 841 - 852; Rudorff, R., Grom. Vet., 2, 322, verallgemeinert diese Tatsache und zeigt, daß der Beruf des agrimensor ein selbständiger Beruf ist, der nicht mit dem ähnlichen eines militärischen oder juristischen Landvermessers verwechselt werden darf.

63 Suceveanu, A., in: RRH, 13. Jg. 1974, S. 217 - 230. - Wir setzen hinzu, daß die Abgrenzung Histrias (siehe Anm. 2) in der Zeit der Severer umgeschrieben wurde, möglicherweise um so den neuen Realitäten zu entsprechen.

64 Pârvan, V., Descoperire nouă în Scythia Minor (Neue Entdeckung in Scythia Minor), Bukarest 1913, S. 532 - 538: horoi kasianon kai spelucha und horoi kasianon speluchon. - Dazu das vermutete Heiligtum von Gura Dobrogei. (Nicolăescu-Plopşor, in: Materiale, 5. Jg. 1959, S. 20.) Zum Vergleich siehe Vanderpool, E., in: Hesperia, 35. Jg. 1966, S. 274 f.

65 Zu den vicani Buteridavenses siehe weiter oben Anm. 44 der vorliegenden Arbeit; für den Begriff vicus im allgemeinen siehe Isidorus, Orig., 15, 2, 11 - 12 mit Kommentaren von Marquardt, J., OER, 8 - 10; Buren, A. W. van, in: RE, Bd. 16, 1958, Sp. 2090 - 2094.

66 Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 206, 310, 349, 418, 523, 525 f., 648 Anm. 94, 692 Anm. 104; Mocsy, A., Die Bevölkerung von Pannonien bis zu den Markomannenkriegen, Budapest 1956, S. 105 - 115; Štaerman, E. M., in: Klio, 38. Jg. 1960, S. 207 - 224; Seston, W. / Euzennat, M., in: CRAI, Jg. 1961, S. 317 - 324; Svencickaja, I. S., in: VDI, Nr. 3/1961, S. 50 - 64; Alföldy, G., in: Klio, 41. Jg. 1963, S. 187 - 195; Gagé, J., Les classes sociales dans l'Empire Romain, Paris 1964, S. 178 - 182; De Martino, F., Costituzione, a. a. O., S. 671 - 673, 692 - 694; Golubcova, E. S., in: VDI, Nr. 3/1967, S. 44.

auf den sie das Recht hatten. Selbst wenn die Meinung, nach der sie peregrini gewesen wären, heutzutage ziemlich verbreitet ist⁶⁷, nehmen wir an, daß ihre ältere Definition als *dediticii* vorzuziehen ist, und wenn es nur deshalb wäre, weil wir sie so von den Einwohnern der griechischen Städte unterscheiden können, die tatsächlich wirkliche peregrini waren⁶⁸. Die antiken Quellen machen diesen Unterschied, und es ist schwer zu glauben, daß die Sozialstruktur des Römischen Reiches, in der der Stadtbegriff eine so bedeutende Rolle gespielt hat, eine so offenkundige Konfusion zwischen Bürgern einer griechischen Stadt und der großen Masse der ortsansässigen Unterdrückten hätte enthalten können.⁶⁹ Auf diese letztgenannten wird, so glauben wir, die Definition angewandt, weil sie gegen das römische Volk gekämpft haben und besiegt wurden, ein Grund, aus dem ihnen der Zugang zur römischen Bürgerschaft für immer versagt war.⁷⁰ Oft wird - beson-

- 67 Sherwin-White, A. N., in: JRS, 63. Jg. 1973, S. 86 - 98, wo der Autor seine 1939 formulierte Position stützt - und das ist das einzige, worin wir ihn anerkennen können. (Derselbe, *The Roman Citizenship*, Oxford 1939, S. 216 - 227.) Vgl. auch die verschiedenen Ansichten zu dieser irgendwie mühseligen Frage im Überblick bei De Martino, F., *Costituzione*, a. a. O., S. 700 Anm. 28.
- 68 Gegenüber der Identifizierung der peregrini-dediticii siehe auch die autorisierte Meinung von Sasse, C., *Die Constitutio Antoniniana*, Wiesbaden 1958, S. 70, was uns zurückführt zu der älteren Auffassung von Theodor Mommsen, die nach und nach wiederaufgenommen ist bei Rostovtzev, M., *SEHRE*, a. a. O., S. 418 - 420, 719 f. Anm. 38; Magie, D., *Asia Minor*, a. a. O., S. 1556 Anm. 48; Russu, I. I., in: *SCIV*, 6. Jg. 1955, S. 75 - 86; Condurachi, E., in: *Dacia, N. S.*, 2. Jg. 1958, S. 291 f.; Saumagne, Ch., in: *Revue historique de droit français et étranger*, 40. Jg. 1962, S. 148, wonach die ländliche, nichtstädtische Bevölkerung insgesamt als *dediticiae* zu betrachten wäre.
- 69 Tatsächlich erhielt Julianus, princeps gentium Zegrensiensium, mit seiner Familie in der Inschrift von Banasa die *civitas Romana*. (Vgl. Seston, W. / Euzenat, M., a. a. O.) Aber ist es denn glaubhaft, daß alle Mitglieder des entsprechenden Stammes sie erhalten haben könnten? Gaius, 1, 26 (vgl. den Text in der folgenden Anmerkung), ist in dieser Hinsicht sehr klar, und nur eine undialektische Interpretation könnte den Klassencharakter der römischen Gesetzgebung unberücksichtigt lassen, in der die Unterscheidung zwischen *honestiores* und *humiliores* ein wesentliches Kriterium zu werden beginnt.
- 70 Gaius, 1, 14: *Vocantur autem peregrini dediticii hi qui quondam adversus populum Romanum armis susceptis pugnaverunt, deinde victi se dederunt*; 1, 26: *Pessima itaque libertas eorum est qui dediticiorum numero sunt; nec ulla lege aut senatusconsulto aut constitutione principali aditus illis ad civitatem Romanam datur.* - Wenn im ersten Falle quondam ... pugnaverunt auch einen iterativen Sinn haben kann - was Sherwin-White erspart haben könnte zu behaupten, der *dediticius* sei in den Institutiones von Gaius ein "weißer Rabe" (in: JRS, 63. Jg. 1973, S. 97 Anm. 65), der Begriff, der auch in der Zeit des Ammianus Marcellinus, 20, 8, 13, existiert, wird erst in der Zeit des Justinian abgeschafft (Inst., 1, 5, 3: *et dediticios quidem per constitutionem expulimus*) - so könnte uns doch der zweite aus Gaius zitierte Text das Recht geben - entgegen der Meinung von Sherwin-White - zu behaupten, daß im Text der *Constitutio Antoniniana* die Schlußklausel choris ton (ded)aitikion sich auf didomi... (ten) p(olit)ieian Romaion bezieht und nicht auf (m)enontos ..., auch wenn die Inschrift von Banasa eine Klausel (*salvo iure gentis*) enthält, die möglicherweise mit (m)enontos ... aus der *Constitutio* gleichgesetzt werden

ders von denjenigen, die die Meinung vertreten, daß die Einheimischen in der Dobrudscha peregrini gewesen wären⁷¹ - die Tatsache vergessen, daß Cassius Dio ausführlich die Kämpfe des Prokonsuls von Makedonien M. Licinius Crassus von 29/28 v. u. Z. mit den lokalen Stammesfürsten Dapyx oder Zyraxes erzählt.⁷² Deren Nachkommen, geführt von den örtlichen principes, werden in ihren vonden Altvordern überkommenen adtributae Gemeinden weitergelebt haben, und für deren ager ex hostibus captus werden sie eine Steuer bezahlt haben wie für jede possessio im ager publicus.⁷³

Aber sicher werden die Einheimischen auf dem Grundbesitz der Griechen und Römer auch als Arbeitskräfte tätig gewesen sein, und wir meinen - da auch die geringsten Andeutungen für den Einsatz von Sklaven fehlen, die unter diesen Bedingungen nur auf dem Grundbesitz der Veteranen anzunehmen sind⁷⁴ -, daß sie wahrscheinlich überwiegend in einer halbabhängigen Stellung waren. Wir berücksichtigen dabei einerseits die griechische Tradition der Ausnutzung halbabhängiger Bauern⁷⁵, andererseits die Feststellung, daß ein solches System, das in Kleinasien weit verbreitet war, einer Produktionsweise entspricht, die nur teilweise zeitlich mit der Sklavereigesellschaft zusammenfällt und die die Klassiker des Marxismus die asiatische genannt haben.⁷⁶ Die Begründer der alten milesischen Kolonien werden so in der Dobrudscha eine Masse Einheimischer vorgefunden haben, was eine Analogie zum Hinterland von Milet darstellt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ihre Erfahrungen zu einer Institutionalisierung dieses Systems beigetragen haben, so daß es bis in die römische Epoche weiterexistiert hat.⁷⁷

kann. In diesem letzteren Fall erfolgt die Präzisierung mit dediticii, was in der Inschrift von Banasa nicht mehr erwähnt wird.

71 Pippidi, D. M., in: VI. Kongreß, a. a. O., S. 99 - 114.

72 Cassius Dio, 51, 23, 2 - 26, 6.

73 Laffi, U., Adtributio et Contributio. Problemi del sistema politico-amministrativo dello stato Romano (Adtributio und Contributio. Probleme des politisch-administrativen Systems des römischen Staates), Pisa 1966, S. 73 - 98.

74 Siehe die Analogien im Territorium von Tomis weiter unten, Anm. 115 der vorliegenden Arbeit. Allgemein zu der schwachen Entwicklung der Sklaverei in einigen Provinzen Roms - darunter in den Donauprovinzen - siehe Westermann, W. L., The Slave Systems of Greek and Roman Antiquity, Philadelphia 1955, S. 127; Mocsy, A., in: AASH, 4. Jg. 1956, S. 221 - 250; Slavery in Classical Antiquity. Views and Controversies, Cambridge 1960, S. 53 - 72 (M. I. Finley), 191 - 203 (E. A. Thompson); Finley, M. I., in: Klio, 40 Jg. 1962, S. 51 - 59; Velkov, V., in: Acta Antiqua Philippopolitana, Studia Historica, Sofia 1963, S. 33 f.

75 Pippidi, D. M., Contribuții, a. a. O., S. 122 - 160, mit der - unbefriedigenden - Erklärung, daß dieses System in Ermangelung eines im Falle der Sklaven notwendigen Zwangsapparates benutzt worden sei. Histria besaß z. B. ein hinreichendes Militärkorps (ebenda, S. 93 - 106), was die Kritik Stoians an diesem Standpunkt Pippidis rechtfertigt. (Vgl. Stoian, I., Tomitana. Contribuții epigrafice la istoria cetății Tomis (Tomitana. Epigraphische Beiträge zur Geschichte der Stadt Tomis), Bukarest 1962, S. 218 - 235.

76 Marx, K., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 10; Briant, P., Actes du colloque sur l'esclavage, Paris 1973, S. 93 - 133.

77 Zur Situation auf dem Territorium des alten Rumänien siehe Constantinescu, M., in: Probleme economice, Nov. 1972, S. 1 - 20 (des Sonderdruckes);

Obwohl bis jetzt verschiedene Typen von Grundeigentum betrachtet wurden, haben sie uns bisher keine speziellen Hinweise hinsichtlich ihrer Ausdehnung geboten, was dazu geführt hat, daß die Meinung vorherrscht, in der Dobrudscha habe man nur kleines und mittleres Eigentum gekannt.⁷⁸ Diese Behauptung wäre im allgemeinen annehmbar, wenn wir nicht die Hinweise gerade aus dem Territorium Histrias vor Augen hätten, daß in Nistoreşti ein maiorarius (ein großer Pächter)⁷⁹ auftritt, daß für die Festlegung der Grenzen von Messia Pudentilla der Präfekt der Donauflotte interveniert⁸⁰ und daß schließlich in Vadu eingroßer ländlicher euergetes erwähnt wird⁸¹. Ist denn die Anwendung von Arbeit der Kolonen auf diesen Besitzungen ausgeschlossen? Ich glaube das nicht, weil das gesamte Territorium Histrias sehr wahrscheinlich keinen Beweis für die Existenz eines saltus bietet.⁸² Es geht um die bekannten Klagen der Bauern⁸³ aus der sogenannten Hora Dagei⁸⁴, deren kometai, katoikuntes, geführt von einem magistratos, sich in den Jahren 158/159 bis 160 u. Z. beim Statthalter beklagten - sowie es 138/139 u. Z. die Einwohner eines Laikos pyrgos⁸⁵ gemacht hatten -, daß sie die ver-

Daicoviciu, H., Dacia de la Burebista la Decebal (Dakien von Burebista bis Decebal), Cluj 1972, S. 79 - 91. - Die Erwähnung von Thrakern im Territorium Histrias oder deren Kunstwerke findet man in Istria-Dorf (Anm. 17), Tariverdi (19), Săcele (20), Fintinele (22), vicus Secundini (49) und Quintionis (50). Obwohl das Standbild des thrakischen Reiters in Istria-Dorf hyper magistrates errichtet wurde und in den vici Quintionis und Secundini manchmal sogar magistri thrakische Namen tragen (wobei es sich unter diesen Bedingungen um bessi bzw. lai handeln kann), ist doch in den anderen Fällen die Hypothese ihrer Benutzung als halbabhängige Arbeitskräfte nicht ausgeschlossen.

78 Pârvan, V., Histria, Bd. 7, a. a. O., S. 96, Nr. 91; Vulpe, R., in: SCIV, 4. Jg. 1953, S. 736; Florescu, R., in: SCIV, 8. Jg. 1957, S. 159; Stoian, I., a. a. O., S. 232; Condurachi, E., in: Istoria României (Die Geschichte Rumâniens), Bd. 1, Bukarest 1960, S. 507 f.

79 CIL, 3, 12 489. - Zum Terminus maiorarius siehe CIL, 9, 1095.

80 CIL, 3, 14 447; Russu, I. I., in: SCIV, 6. Jg. 1955, S. 75 - 86.

81 CIL, 3, 7 526.

82 Ausgehend von der Existenz des Terminus regio behauptet Kahrstedt, U., Beiträge zur Geschichte des thrakischen Chersonessos, Baden-Baden 1954, S. 61 Anm. 206 (gestützt auf die Autorität eines Hirschfeld, O., Die kaiserlichen Verwaltungsbeamten bis auf Diokletian, 2. Aufl. Berlin 1905, S. 55, 125 f., oder Magie, D., Asia Minor, a. a. O., S. 1426, 1428), daß auch in Histria in dieser regio ein kaiserlicher saltus existiert haben muß.

83 Stoian, I., in: Dacia, N. S., 3. Jg. 1959, S. 369 - 390.

84 Derselbe, in: SCIV, 2. Jg. 1951, S. 137 ff., meint, daß der Ortsname von dem dakischen Stamm an der nördlichen Donau herrührt, der erwähnt ist in der Tabula Peutingeriana, 8.

85 Ob der Ortsname tatsächlich von den lai stammt (Vulpe, R., in: SCIV, 4. Jg. 1953, S. 733 - 741) - einer südthrakischen Bevölkerung -, siehe in den Funden über deren Vorhandensein im vicus Secundini (weiter oben Anm. 49) und im vicus Turris Muca ... (weiter unten Anm. 107). Zu den pyrgoi siehe Béquignon, Y., in: Revue Archéologique, 28. Jg. 1928, S. 185 - 208; Hunt, D. W. S., in: JHS, 67. Jg. 1947, S. 68 - 75; Lambrino, S., Mélanges ... Marouzeau, a. a. O., S. 342 - 344; Robert, J. u. L., in: BÉ, RÉG, 62. Jg. 1949, S. 127; Buiukliev, H./Getov, L., in: Arheologia, 6. Jg. 1964, S. 29 (mit Bibliographie).

schiedenen angareiai und leiturgia nicht mehr tragen können.⁸⁶ Bis dahin nichts Außergewöhnliches, die Beschwerde kann als einfacher Protest von seiten irgend-einer kome interpretiert werden.⁸⁷ Aber die Drohung, von den Dorfäckern zu fliehen - eine der ersten anachoreseis, die wir kennen⁸⁸ -, kann man, so glauben wir, nicht anders interpretieren als einen von seiten der Kolonen typischen Protest, und unter diesen Bedingungen müssen und können die Termini kome und magistratos der Realität eines saltus angepaßt werden.⁸⁹

Wenn man die Lage der Stadt Tomis analysiert, muß man in erster Linie eine Inschrift beachten, durch die Hadrian mit dem Titel Eleutherios⁹⁰ geehrt wird, ein Epitheton, das zeigt, daß seit diesem Augenblick die Stadt - ungeachtet der Veränderungen ihres rechtlichen Status bis dahin - frei wurde oder wieder wurde⁹¹,

- 86 Frend, W. H. C., in: JRS, 46. Jg. 1956, S. 46 - 56, wo die Kolonen einen saltus des Mißbrauchs hinsichtlich der Unterhaltung dessen anklagen, was cursus publicus genannt wurde. (Vgl. Holmberg, E. J., Zur Geschichte des cursus publicus, Upsala 1933.) Vgl. die jüngsten Beiträge zum Problem des Kolonats im allgemeinen: Kolendo, J., in: REA, 65. Jg. 1963, S. 80 - 103; Held, W., in: Das Altertum, 11. Jg. 1964, S. 223 - 233; Günther, R., in: Klio, 43 - 45, 1965, S. 249 - 260; De Martino, F., Costituzione, a. a. O., S. 791 - 795.
- 87 Zu Beschwerden allgemein, nicht unbedingt von seiten der Kolonen, siehe Mihailov, G., in: IGB, 4, S. 198 - 229, Nr. 2236, wo eine Reihe von Petitionen direkt an den Statthalter gerichtet sind.
- 88 Inschriften, die Drohungen mit Flucht erwähnen (anachoreseis): Gasr Mezuar, Afrika, 181 u. Z. (CIL, 8, 14428); Agabey, Lydia, 198 - 211 u. Z. (Keil, J./Premerstein, A. v., in: Denkschrift der Wiener Akademie, 57. Jg. 1914, S. 55); Aragua, Phrygia, 244 - 249 u. Z. (OGIS, 519 = Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 741, Nr. 26). Die einzige Einheit, wo nicht sicher von Kolonen die Rede ist, ist Scaptopara (Mihailov, G., a. a. O., 238 - 244 u. Z.), wo aber dennoch mit dem Verlassen des Ortes gedroht wird. Bis wir auf dieses Problem zurückkommen - was uns außerordentlich interessant erscheint -, möchten wir für richtig halten, daß Scaptopara - möglicherweise seiner Herkunft nach ein emporion (wie Pizuz; vgl. Mihailov, G., in: IGB, 3, 2, 1689) - das gleiche Regime gehabt haben wird, wie die verschiedenen castella in Afrika (Fevrier, P. A., Mélanges... Piganiol, Bd. 1, Paris 1966, S. 217 - 228), so wie es seit langem Rostovtzev versteht (Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 426 f.) und wo die Kolonatsverhältnisse deutlich bezeugt sind.
- 89 Zu kome auf den kaiserlichen saltus siehe Kornemann, E., in: RE, Bd. 4, Suppl. 1924, S. 246; Swoboda, in: ebenda, S. 967 - 969, und zu magister siehe die Inschrift von Henchir Mettich bei Girard, P. F., Dr. Rom., a. a. O., S. 875, Nr. 1.
- 90 AEMÖ, 19. Jg. 1896, S. 97, Nr. 45 = IGRRP, 1, 607; zum Wert des Titels eines Eleutherios siehe Weber, W., Untersuchungen zur Geschichte des Kaisers Hadrianus, Leipzig 1907, S. 69 f.; Robert, L., in: CRAI, Jg. 1969, S. 49 - 51.
- 91 Ausgehend von der in der vorangehenden Anmerkung erwähnten Inschrift und auch die zahlreichen Beweise berücksichtigend, daß Vespasian den verschiedenen Städten die Freiheit nahm (Suet., Vesp., 8, 4; Philostrat., Vit. Apoll., 5, 41; Paus., Graeciae descr., 7, 17, 3 - 4; Aur. Vict., Epit., 9; Eutrop., 7, 9; Euseb. - Hieronym., Chron. (hg. v. Helm). 188, 5 - 8), behauptet

eine Situation, die übrigens logisch ist, wenn man daran denkt, daß sich Tomis kurze Zeit später den offiziellen Titel Metropole der westlichen Schwarzmeerküste zulegte⁹², ein Vorrang, der sich schließlich in ihrer Bezeichnung als neue Hauptstadt der von Diokletian geschaffenen Provinz Scythia Minor ausdrückt.⁹³

Da keinerlei epigraphische Dokumente aus dem 2. bis 3. Jahrhundert u. Z. hinsichtlich der rechtlichen Stellung des Territoriums von Tomis - über das wir jedoch wissen, daß es schon in hellenistischer Zeit errichtet war⁹⁴ - vorhanden sind, können wir nur vermuten, daß die Stadt Tomis - so wie es bei jeder *civitas libera et immunis* der Fall war - die vollen Rechte über ihr eigenes Territorium gehabt hat, dessen Parzellen entweder *agri privati ex iure peregrino* - also von Rechts wegen den verschiedenen possessores aus Tomis gehörten - oder *agri vectigales civitatis*⁹⁵ waren. Bevor wir jedoch versuchen, diese beiden Eigentumstypen abzugrenzen, ist es notwendig, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß das Territorium der Stadt nicht wie in Histria eine Unterteilung zwischen dem eigentlichen Stadtgebiet und der regio gekannt zu haben scheint - eine natürliche Sache, weil das Territorium der Stadt vollständig gehörte -, daß es nirgends einen klaren Hinweis auf eine Teilung des Territoriums in *phylai*⁹⁶ gibt und daß wir schließlich bis heute nicht einen kome kennen⁹⁷. Alle diese Feststellungen, auf die wir übrigens in den Schlußfolgerungen nochmals kommen werden, lassen eine homogenere Organisation des Territoriums von Tomis vermuten, ohne Reminiscenz an die griechische Periode, vielleicht Folge einer akzentuierteren und irgendwie vollständigeren Romanisierung dieses Territoriums.

Wenn wir jetzt zurückkommen auf die Kategorie jener *agri privati ex iure peregrino*, so ist sicher, daß der Unterschied gegenüber den *agri stipendiariis adsignati* von Histria im Grunde genommen nicht allzu groß gewesen sein muß. Sie gehörten ebenfalls *kleruchoi* von Tomis, die nur die *possessio* hatten, sie waren genau registriert in einem Kataster, um dem Pachtzins unterworfen zu werden - sicher entsprechend der sozialen Stellung der Grundbesitzer -, aber die wichtigste Ähnlichkeit mit der Situation Histrias besteht darin, daß sie zur Zahlung eines Tributs gezwungen gewesen sein müssen. Weil es keinerlei Beweis gibt, daß die Stadt das *ius Italicum* besessen hätte - das einzige, das eine wirkliche Immunität sicherte⁹⁸ -, und wenn man nach der Tatsache urteilt, daß Geldstrafen, die im

Suceveanu, A., in: *Pontica*, 8. Jg. 1975, S. 115 - 124, daß die Stadt - zwischen Vespasian und den ersten Jahren der Herrschaft von Hadrian - eine Periode durchlaufen hat, in der sie *stipendiaria* war.

⁹² Die erste Inschrift, in der dieser Titel erwähnt wird, ist wiederveröffentlicht von Stoian, I., *Tomitana*, a. a. O., S. 103, Nr. 3, und auf den Münzen erscheint er immer bei Antoninus Pius, (Regling, K., *Die antiken Münzen von Dakien und Moesien*, Bd. 2, Berlin 1910, Nr. 2607.)

⁹³ Barnea, I., in: *Din istoria Dobrogei* (Aus der Geschichte der Dobrudscha), Bd. 2, Bukarest 1968, S. 370.

⁹⁴ Memnon, fr. 13 (21) um das Jahr 260 v. u. Z.; dazu Ovid, *Ep.*, 3, 1, 5; 3, 8, 2.

⁹⁵ Siehe weiter oben zu Histria Anm. 25 - 32.

⁹⁶ Das einzige Schriftdenkmal aus Tomis, das einen städtischen Stamm erwähnt (*Aigikoreis*) und das nach Pârvan, V., in: *Dacia*, 1. Jg. 1924, S. 275, in dem Territorium gefunden wurde, wurde wiederveröffentlicht von Stoian, I., *Tomitana*, a. a. O., S. 60, Nr. 3.

⁹⁷ Zu den *vici* von Tomis siehe weiter unten Anm. 107 - 110.

⁹⁸ Zu der durch das *ius Italicum* gesicherten wirklichen Immunität siehe De Martino, F., *Costituzione*, a. a. O., S. 676 - 688.

Fälle von Grabschändungen vorgesehen waren, gleichermaßen an den Reichsfiskus und die Stadtkasse⁹⁹ entrichtet werden mußten - die Differenz zwischen diesen beiden Geldstrafen wurde gewöhnlich zugunsten des Fiskus geregelt -, ist es verständlich, daß die Grundbesitzer von Tomis sowohl tributum soli - an den Fiskus - wie auch tributa leviora - an die Stadt - zu bezahlen hatten.

Zu diesen kleruchoi würden auch die im vicus Clementianensis¹⁰⁰, im vicus Sc...ia¹⁰¹, in Cumpăna¹⁰², Tekirghioi¹⁰³, Valul lui Traian¹⁰⁴, Urluchioi¹⁰⁵, Palas und Schitu¹⁰⁶ angenommenen Bewohner von Tomis gehören.

Schwieriger als in Histria scheint die Zurechnung der anderen wichtigen Bodenkategorien und besonders der agri vectigales civitatis zu sein. Wenn die weiter oben erwähnten Bewohner von Tomis nicht die einzigen gewesen sind, die solche Felder besessen haben, ist es möglich, daß im Unterschied zu Histria die römischen Bürger, ob sie nun kollektiv erwähnt sind wie im vicus Turris Muca ...¹⁰⁷ oder individuell wie im vicus Clementianensis¹⁰⁸, vicus Sc...ia¹⁰⁹, vicus Narcissiani¹¹⁰, in Cumpăna¹¹¹ und Poarta Albă¹¹², agri vectigales civitatis besessen haben, wenn nicht etwa einige von ihnen - wie zum Beispiel die kollektiv erwähnten von Turris Muca ... - agri viritim adsignati gehabt haben, wie eventuell auch die aus dem Territorium von Histria.

- 99 Zu den Geldstrafen für hypothetische Grabschändungen vgl. AEMÖ, 8. Jg. 1884, S. 18, Nr. 51; 11. Jg. 1887, S. 67, Nr. 27; CIL, 3, 7552; Teodorescu, D. M., Monumente inedite din Tomi (Unveröffentlichte Denkmäler aus Tomis), Bukarest 1918, S. 27, Nr. 15; Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 61, Nr. 4, S. 128 - 130, Nr. 29 - 32; Rădulescu, A., in: SCIV, 14, 1963, S. 92, Nr. 12. - Für den Unterschied zwischen den beiden Kassen siehe Robert, L., in: Istros, 2. Jg. 1936, S. 206.
- 100 AEMÖ, 11. Jg. 1887, S. 63, Nr. 126; 14. Jg. 1891, S. 29, Nr. 58.
- 101 Ebenda, 11. Jg. 1887, S. 63, Nr. 127; Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 163.
- 102 AEMÖ, 8. Jg. 1884, S. 15, Nr. 43, 44; 17. Jg. 1894, S. 98, Nr. 53; Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 132, Nr. 35, S. 197, Nr. 1.
- 103 Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 133, Nr. 38.
- 104 AEMÖ, 11. Jg. 1887, S. 62, Nr. 125; 17. Jg. 1894, S. 97, Nr. 33.
- 105 Aricescu, A., in: St. Cl., 5. Jg. 1963, S. 322, Nr. 4; Peek, W., in: ebenda, 6. Jg. 1964, S. 135.
- 106 Sauciuc-Săveanu, Th., in: An. Dobr., 16. Jg. 1935, S. 149 - 154, 158 - 161; und entsprechend Slobozianu, H./Țicu, L., in: SCIV, 17. Jg. 1966, S. 697 - 702.
- 107 CIL, 3, 7533 = Russu, I. I., in: SCIV, 10. Jg. 1959, S. 139, Nr. 1 (235 - 238 u. Z.). - Das Dorf wurde in Anadolkiol lokalisiert, das heute zum Stadtgebiet von Constanța gehört.
- 108 CIL, 3, 7565; Pârvan, V., Ulmetum, Bd. 2, Bukarest 1913, S. 368, Nr. 17 (195 u. Z.); Rădulescu, A., in: SCIV, 14. Jg. 1963, S. 79, Nr. 2 (195 u. Z.); Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 215, Nr. 16. - Das Dorf wurde lokalisiert in M. Kogălniceanu.
- 109 CIL, 3, 7536, 7569. - Das Dorf wurde lokalisiert in Palazu Mare (?).
- 110 Tudor, D., in: SCIV, 13. Jg. 1962, S. 119, Nr. 3. - Das Dorf lag wahrscheinlich bei Cocoșu.
- 111 CIL, 3, 12495 - 12496, 12499 - 12501.
- 112 CIL, 3, 14214²⁷ = Russu, I. I., in: SCIV, 10. Jg. 1959, S. 141, Nr. 4 (hier geht es um einen romanisierten Thraker, Tib. Claudius Mucasius).

Die Behauptung könnte überraschen, weil wir uns auf dem Gebiet einer Stadt befinden, die frei über ihr Territorium verfügen könnte, wenn nicht eine Reihe von Besitzungen von Veteranen vorhanden wäre, die wir schwerlich anders als *agri viritim adsignati* definieren können.¹¹³ Es geht um die Güter des M. Ulpus Longinus¹¹⁴, Julius Fronto¹¹⁵ und C. Antonius Fronto¹¹⁶ - alle drei nicht lokalisiert -, dann um Besitzungen von Veteranen in Lazu¹¹⁷, Agigea¹¹⁸, Murfatlar¹¹⁹, Mamaia¹²⁰, Sibioara¹²¹, Urluchioi¹²² und Cumpăna¹²³. Diese Tatsache zwingt uns, für die früheren Dokumente anzunehmen, daß die Stadt vor Hadrian eine Periode gekannt hat, in der diese militärischen *adsignations* ebenfalls möglich waren - zu der sie also *stipendiaria* gewesen ist -, und für die späteren Dokumente, daß seit dem 3. Jahrhundert u. Z. die Klausel der Unantastbarkeit des Territoriums einer freien Stadt außer Gebrauch gekommen ist.¹²⁴

Die Hypothese, denn es geht nur um eine Hypothese, muß, so glauben wir, dennoch beachtet werden, weil die Stadt Tomis ebenfalls im *Itinerarium Antonini* erscheint¹²⁵ und andererseits eine ständige römische Garnison hatte, was dafür spricht, daß auch aus dem Territorium von Tomis die schwere Steuer *annona militaris* gepreßt wurde.¹²⁶

Fügen wir hinzu, daß zwei Sanktuarien in Tîrguşor¹²⁷ und in Filimon Sîrbu¹²⁸ ebenfalls wie in Histria und wie auch sonst in der gesamten griechisch-römi-

113 Siehe weiter oben bei Histria Anm. 53 - 58.

114 CIL, 3, 770 = Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 132, Nr. 37 (M. Ulpus Longinus, früherer Dekurio und Stadtrat in Tomis errichtet ein Denkmal in *praedio suo*, 2. Jh. u. Z.).

115 IGRRP, 1, 627 = Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 213, Nr. 8 (Julius Fronto, früherer *centurio primipilar*, besaß ein Grundstück, das von einem *pragmateutes* besorgt wurde; 2. - 3. Jh. u. Z.)

116 CIL, 3, 7545 (C. Antonius Fronto, früherer *beneficiarius* der Legion der 13. Gemina schmückte sein *lucum* = syndendron; 2. - 3. Jh. u. Z.)

117 Nicorescu, P., in: BCMI, 9. Jg. 1916, S. 73, Nr. 1 (zwei Militärpersonen, die jedoch auch aktiv gewesen sein können).

118 IGRRP, 1, 624 = Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 128, Nr. 29 (Fahnen-träger der Legion der 13. Gemina; 3. Jh. u. Z.)

119 Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 212, Nr. 6 (2. Jh. u. Z.).

120 Davidescu, M., in: Revista Muzeelor, 2. Jg. 1965, S. 88 f. (der Sarkophag einer Militärperson mit sehr reichem Inventar; 2. Jh. u. Z.).

121 Mateescu, G. G., in: BCMI, 8. Jg. 1915, S. 36 - 40 (möglicherweise jedoch auch eine aktive Militärperson).

122 CIL, 3, 13743 (der frühere Prätorianer Aurelius Dalenus).

123 CIL, 3, 7543 (Stadtrat aus Tomis, mit *militiae equestres* geehrt), 7544 (Grabmal eines *librarius* der Legion), 12497 (Veteran der Legion der 13. Gemina).

124 Zur ersten Periode siehe weiter oben Anm. 91, und zum Verfall des Freiheitskonzepts auf der ganzen Linie siehe De Martino, F., *Costituzione*, a. a. O., S. 717.

125 *Itin. Ant.*, 227, 3.

126 Siehe weiter oben Anm. 63, und zur Garnison von Tomis siehe Suceveanu, A., in: RRH, 13. Jg. 1974, S. 230 - 234.

127 Vermaseren, M. J., *Corpus Inscriptionum et Monumentorum Religionis Mithriacae*, Haag 1950, Nr. 2303 - 2309.

128 IGRRP, 1, 601.

schen Welt ihre eigenen Äcker gehabt haben werden, bleibt uns nur noch, zur Analyse des einheimischen Beitrags zur Landwirtschaft von Tomis überzugehen, zunächst in Gestalt der Grundbesitzer und dann in der der Arbeitskräfte auf den Äckern der Griechen und Römer.

Im Unterschied zu Histria gibt es im Territorium von Tomis für die erstgenannten zwei außerordentlich wichtige Informationen. Es geht zunächst um die Erwähnung eines *princeps loci*, M. Atius Firmus, in Tekirghiol¹²⁹, eine Funktion, die charakteristisch ist für eine nichtrömische Organisationsform, in der es nicht ausgeschlossen ist, Verhältnisse der territorialen Dorfgemeinschaft zu vermuten und deren Mitglieder *dediticii* gewesen sein werden, sogar wenn ihr Anführer schon romanisiert war¹³⁰, eine Situation, die wir versucht sind auch auf jene *Scythae arotres* zu übertragen - und damit sind wir bei der zweiten Information, die von Plinius dem Älteren im Süden des Territoriums von Tomis erwähnt werden.¹³¹ Bei dieser Lage der Dinge könnte man die Schlussfolgerung ziehen, daß, wenn irgendwo einheimische Elemente erscheinen - epigraphisch oder archäologisch belegt -, es solche Dorfgemeinden wären.¹³² Aber das Vorhandensein von Einheimischen im *vicus Turris Muca* ...¹³³, *Clementianensis*¹³⁴, in *Poarta Albă*¹³⁵, *Valul lui Traian*¹³⁶, *Cumpăna*¹³⁷, *Schitu*¹³⁸ oder *Tekirghiol*¹³⁹ kann ebensogut als Beweis ihres Einsatzes als halbabhängige Arbeitskräfte auf den Äckern der Griechen und Römer interpretiert werden.

Aber sicher werden in Tomis auf den Parzellen der Veteranen Sklaven ebensowenig gefehlt haben wie in Histria, und in diesem Sinne führen wir die Existenz eines *pragmateutes* = *æctor* an, der dem *Primpilar C. Antonius Fronto*¹⁴⁰ gehörte. Im allgemeinen scheint jedoch auch in Tomis die Anzahl der Sklaven nicht allzu groß gewesen zu sein, was die schwache Entwicklung des Sklavereisystems wenigstens in den westpontischen Städten bestätigt. Und wenn die Sklaverei doch existiert hätte, wäre das eher einer von den römischen Veteranen in diese Gegenden gebrachten Mode geschuldet.¹⁴¹

129 CIL, 3, 772.

130 Siehe weiter oben bei Histria Anm. 73.

131 Plin., *Nat. hist.*, 4, 11 (18), 44.

132 Siehe weiter oben bei Histria Anm. 65 - 73.

133 Siehe weiter oben Anm. 107; dazu *Severeanu, G.*, in: *Bucureştii* (Die Bukarester), 1. Jg. 1935, S. 173 - 175; 2. Jg. 1936, S. 55, 83 f., wo archäologische Beweise hinsichtlich des Vorhandenseins von Einheimischen veröffentlicht werden (zwei Ringe mit der Inschrift *Derzo* - ein thrakischer Name - und einige handgearbeitete Talglampen).

134 CIL, 3, 7565 : (C)astus Mucap(o)ri.

135 Siehe weiter oben Anm. 112, wo jedoch von einem romanisierten Thraker die Rede ist.

136 *AEMÖ*, 11. Jg. 1887, S. 62, Nr. 125 (*Thithisatta, Kiatta*); CIL, 3, 7573 (*Dakiskus*).

137 *Scorpan, C.*, *Cavalerul trac*, a. a. O., S. 62, Nr. 28.

138 *Derselbe*, in: *SCIV*, 21. Jg. 1970, S. 90, Nr. 37 (einheimische Keramik).

139 *Slobozianu, H.*, in: *Materiale*, a. a. O., 5. Jg. 1959, S. 740 - 745 (einheimische Keramik).

140 Siehe weiter oben Anm. 115.

141 Zur schwachen Entwicklung der Sklaverei in den Donaugebieten siehe allgemein weiter oben Anm. 74. Ansonsten kann man auch in der Stadt, trotz der gegenteiligen Ansicht von *Stoian, I.*, *Tomitana*, a. a. O., S. 186 - 235,

Was die Ausdehnung dieser Äcker betrifft, so muß sie im allgemeinen klein gewesen sein, eine Feststellung, zu der man die Existenz angenommener villae rusticae in Schitu und Costineşti hinzufügen müßte¹⁴², was ebenso wie in Histria kein Hinderungsgrund ist, daß nicht größere Grundstücke, auf denen Kolonen arbeiten mußten, vorhanden gewesen wären¹⁴³. Wir beziehen uns auf das eventuelle Grundstück des Ritters Aurelius Eutychnianus, früherer Archont und Agoranom von Tomis, aus Palazu Mare (vicus Sc...ia)¹⁴⁴, dann auf das des anonymen tomitanischen Ratgebers aus Cumpăna¹⁴⁵, der auch mit den militiae aestres geehrt worden war, und schließlich auf das des tomitanischen Senators Aelius Cosson, Sohn des Prokurators, aus Tekirghiol¹⁴⁶. Zweifellos könnte man entgegen, daß die einfache Erwähnung dieser Persönlichkeiten im Territorium nicht auch das Vorhandensein von Grundbesitz in jenen Orten impliziert; die entsprechenden Inschriften könnten möglicherweise sogar aus Tomis dorthin gebracht worden sein. Das ist ein Gesichtspunkt, der den hypothetischen Charakter unserer Behauptungen hervorkehren kann, aber völlig widerlegen kann er sie nicht. Wir meinen also, daß wir im gegenwärtigen Stadium der Quellenlage gezwungen sind, die epigraphischen Dokumente dort zu lokalisieren, wo sie gefunden wurden; daß sie von dort weggebracht worden wären, scheint uns nach den Kriterien, die diese oder jene Wissenschaftler für möglich halten, sehr willkürlich und daher riskant.

Wenn wir jetzt übergehen zur Situation der Stadt Kallatis, der einzigen Stadt dorischen Ursprungs in der Dobrudscha, so müssen wir zu Beginn zeigen, daß wir über diese Stadt einerseits den Text des foedus mit Rom¹⁴⁷ besitzen, der, wann immer er abgeschlossen worden ist¹⁴⁸, Kallatis auch weiterhin den Titel der civitas foederata für die spätere Zeit, bis in die voll ausgebildete römische Epoche gesichert haben wird - und wir haben keinen Grund anzunehmen, daß dieser Titel zurückgenommen worden ist, so wie es bekanntlich andernorts geschehen ist¹⁴⁹ -

nicht von einer übertrieben großen Anzahl von Sklaven sprechen. Wo sie erwähnt sind, handelt es sich lediglich um alumni oder um einige Gladiatoren. (Vgl. in diesem Sinne die Bemerkungen von Russu, I. I., in: St. Cl., 8. Jg. 1966, S. 221 - 225, Nr. 1 - 2.)

142 Vulpe, R., in: An. Dobr., 15. Jg. 1934, S. 209, und entspr. 16. Jg. 1935, S. 186 - 188.

143 Zu erwähnen ist jedoch, daß das Territorium von Tomis nicht den geringsten Hinweis auf einen kaiserlichen saltus bietet.

144 Stoian, I., Tomitana, a. a. O., S. 163 (3. Jh. u. Z.).

145 Ebenda, S. 132, Nr. 36 (2. Jh. u. Z.).

146 Ebenda, S. 133, Nr. 38.

147 Sauciuc-Săveanu, Th., in: Dacia, 3./4. Jg. 1927/32, S. 456; Lambrino, S., in: CRAI, Jg. 1933, S. 278 - 288; Passerini, A., in: Athenaeum, 13. Jg. 1935, S. 57 - 72; Degrassi, A., Inscriptiones Latinae Liberae Republicae, Bd. 2, Florenz 1963, S. 37 f., Nr. 516.

148 Lommatzsch, E., CIL, 1², 2676; Marin, D. S., in: Epigraphica, 10. Jg. 1948, S. 103 - 130; Sanctis, G. M., Storia dei Romani (Geschichte der Römer), Florenz, Bd. 4, Halbbd. 2, 1953, S. 299 Anm. 785; Suceveanu, A., in: Pontica, 2. Jg. 1969, S. 269 - 274; Pippidi, D. M., in: St. Cl., 15. Jg. 1973, S. 64 - 67.

149 Suet., Aug., 47, 2. - Es gibt tatsächlich eine Zäsur zwischen den Münzen aus der Zeit Neros - übrigens den ersten aus der römischen Epoche (Ruzicka, L., in: Zeitschrift für Numismatik, 30. Jg. 1913, S. 293, Nr. 296a; Can-

andererseits besitzen wir eine limitatio des Territoriums von Kallatis, die sehr wahrscheinlich auf den Anfang des 2. Jahrhunderts u. Z. zu datieren ist.¹⁵⁰

Wenn wir die frappierende Ähnlichkeit zweier Inschriften darlegen, die Grenzkonflikte zwischen den Städten Lamia und Hypata auf der einen¹⁵¹, Delphi und Antikytera auf der anderen Seite¹⁵² erwähnen, so erhält die Begrenzung von Kallatis zusätzlich Hinweise durch Grenzsteine, die durch Ordnungszahlen bezeichnet sind. Eine kürzlich vorgenommene Untersuchung der Steine gestattete die Feststellung, daß die Entfernung der Grenzsteine voneinander manchmal 1000 passus, manchmal 2000 passus und ein einziges Mal 2400 passus beträgt. Die letztgenannte Distanz deckt sich mit dem klassischen Maß einer Centurie, was zu der Schlußfolgerung führt, daß auf dem Territorium von Kallatis die Zuteilung von Grundstücken auf eine Weise vorgenommen wurde, die im gesamten Imperium unter dem Begriff centuriatio¹⁵³ bekannt war. Der Text des Hyginus - der bereits weiter oben erwähnt wurde und der sich, wie man bemerken kann, auch auf Asien bezieht, also auf ein Gebiet, das mit den westpontischen Städten vergleichbar ist - erhält so eine ausschlaggebende Bestätigung durch die Grenzfestlegung von Kallatis.¹⁵⁴

Ohne irgendeinen Hinweis auf die Aufteilung des Territoriums auf die Stämme zu haben, scheint uns dennoch, daß deren Mitglieder - wenn die Stämme bis in die römische Epoche erhalten geblieben sind¹⁵⁵ - anders ausgedrückt, die Einwoh-

rache, V., in: Buletinul Societății Numismatice Române, 38./41. Jg. 1944/47, S. 26; Mitrea, B., in: Dacia, NS, 11. Jg. 1967, S. 382, Nr. 21) - und denen aus der Zeit des Antoninus Pius (Ruzicka, L., a. a. O., Nr. 296b), aber diesen Mangel halten wir nicht für bedeutungsvoll. Callu, J. P., La politique monétaire des empereurs romains de 238 à 311, Paris 1969, S. 25 f., hat dargelegt, daß das Recht des Münzenschlagens nicht durch den rechtlichen Status der entsprechenden Stadt bestimmt wurde.

150 CIL, 3, 14214³³; dazu Robert, L., Hellenica, Bd. 1, Paris 1940, S. 77 - 80. - Zur Datierung siehe Pârvan, V., Gerusia din Callatis (Die Gerusia in Kallatis), Bukarest 1920, S. 59. - Andere Dokumente über das Territorium von Kallatis bei Memnon (vgl. Anm. 94); IGRRP, 1, 652 (1. Jh. u. Z.); CIL, 3, 7587.

151 Dessau, H., ILS, 2, 1, 5947 a (Hadrian).

152 CIL, 3, 567 (Domitian).

153 Lambrino, S., H. A. Grenier, a. a. O., S. 928 - 939. - Zur Unterstützung seiner Theorie beruft sich Lambrino auf die Inschrift IGRRP, 1, 656, wo das Wort kentorias erscheint. Boilă-Doruțiu, E., in: Dacia, NS, 15. Jg. 1971, S. 325 - 333, datiert zwar das letztgenannte Dokument richtig mit dem 1. Jh. u. Z., ignoriert jedoch die landwirtschaftlichen Verhältnisse, die in den in den Anmerkungen 151 und 152 zitierten Inschriften sowie im Text des Hyginus enthalten sind. Deshalb hält sie kentorias für römische Militärzenturien (in einer civitas foederata?).

154 Hyginus, Grom. Vet., 1, 204 f. (siehe den Anfang des Zitats oben in Anm. 32): Propter quod huius agri vectigalis mensuram a certis rigoribus comprehendere oportet ac singula terminis fundari. - Es sei bemerkt, daß diese rigores sowohl in der Grenzfestlegung von Kallatis wie auch in den beiden in Anm. 151 und 152 zitierten Inschriften erscheinen.

155 Pippidi, D. M., in: Din istoria Dobrogei (Aus der Geschichte der Dobrukscha), Bd. 1, Bukarest 1965, S. 204, stellt das Fehlen jeglicher Hinweise auf dorische Gentilstämme in Kallatis fest.

ner von Kallatis, Hauptbesitzer dieser centuriae waren; möglicherweise wurden so die alten kleroi dorischen Ursprungs jetzt den neuen römischen Realitäten angepaßt.¹⁵⁶ Aber weil wir keinerlei Beweis dafür haben, daß die Stadt das *ius Italicum* besessen hat, halten wir es für wahrscheinlich, daß diese Grundstücke, wie in Tomis, den Status von *agri privati ex jure peregrino* gehabt haben, also sowohl der Stadt als auch dem römischen Staat steuerpflichtig waren¹⁵⁷. In dieser Situation befanden sich, so würde ich meinen, die Grundstücke von Rufus, Sohn des Rufus aus Arsa¹⁵⁸, und von Flavius, Sohn des Agathenoros aus Vılcele¹⁵⁹, ohne die Hinweise über die Existenz von *villae rusticae* in Moşneni¹⁶⁰ und eventuell in 2. Mai¹⁶¹ zu übergehen, deren rechtlichen Status wir jedoch nicht präzisieren können.

Auf diesem Territorium gibt es einige komai (kei...¹⁶², Qual...¹⁶³) und einen vicus (Amlaidina, lokalisiert in 23. August), deren Einwohner, sei es auch nur teilweise, von der Stadt gepachteten Boden (*agri vectigales civitatis*) besessen haben könnten¹⁶⁴. Wir haben dagegen keinen Beweis für militärische *adsignationes* wie im Gebiet von Tomis - der Prätorianer Aurelius Dalenus hatte sein Stück Land wahrscheinlich in Urluchioi im Gebiet von Tomis, wo die Inschrift gefunden wurde, die erwähnt, daß er ursprünglich aus Amlaidina stammte¹⁶⁵ -, was ein zusätzliches Argument für die Meinung darstellt, daß das Gebiet von Kallatis seit jeher tatsächlich der Stadt gehörte, auch wenn zum Zeitpunkt der Entstehung des betreffenden Dokuments die Unantastbarkeit des Territoriums einer *civitas foederata* nicht mehr respektiert wurde.¹⁶⁶

Wir behaupten das, weil Kallatis so wie seine nördlichen Nachbarn ebenfalls im *Itinerarium Antonini* aufgeführt ist¹⁶⁷, wobei sogar das Vorhandensein römischer Truppen in der Stadt möglich ist¹⁶⁸, was demonstriert, daß auch hier in der Zeit der Severer die *annona militaris* sehr drückend gewesen sein wird, zu der noch die Grundsteuer hinzukam¹⁶⁹.

Da wir keinerlei Beweis für das Vorhandensein eines Tempels besitzen, gehen wir zur Erörterung der Situation des ortsansässigen Elements über. Aus dem Gebiet von Kallatis stammt die außerordentlich wichtige Information über die Exi-

156 Diodor, 20, 25, 1, mit der Interpretation von Pippidi, D. M., *Contribuții*, a. a. O., S. 162 f.

157 Siehe weiter oben Anm. 95 - 106.

158 Poenaru-Bordea, G., in: *St. Cl.*, 5. Jg. 1963, S. 292 Anm. 3.

159 Rădulescu, A., in: *Pontica*, 1. Jg. 1968, S. 332, Nr. 6.

160 Condurachi, E., u. a., in: *SCIV*, 1. Jg. 1950, S. 90 - 92; Canarache, V., in: ebenda, S. 100 - 102.

161 Harțuche, N., in: *Apulum*, 6. Jg. 1967, S. 231 - 257.

162 Lambrino, S., in: H. A. Grenier, a. a. O., S. 929, Exemplar B, R. 2.

163 Ebenda, R. 6.

164 *Scutum Durea-Europi*, 11, und *CIL*, 3, 13743.

165 Siehe weiter oben Anm. 122.

166 Siehe weiter oben Anm. 124.

167 *Itin. Ant.*, 227, 4.

168 Suceveanu, A., in: *RRH*, 13. Jg. 1974, S. 234 - 236.

169 Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in Kallatis, nach der Invasion der Kostoboker im Jahre 170 u. Z., die örtliche Grenzfestlegung umgeschrieben worden ist, so wie es das von Gostar, N., in: *St. Cl.*, 5. Jg. 1963, S. 299, Nr. 1, veröffentlichte Exemplar zu bezeugen scheint.

stanz zweier dörflicher Gemeinden (Sardeon, Asbolodeinon - auf griechisch im Text der Begrenzung von Kallatis¹⁷⁰) und nicht Dörfer (= vici), als die siemanchmal interpretiert worden sind¹⁷¹, der eloquenteste Beweis aus allen drei bisher analysierten Gebieten für das Fortdauern von Formen der Territorialgemeinde in römischer Zeit. Da der Platz dieser Gemeinden in den sogenannten subseciva gewesen sein muß, die herausfielen aus dem eigentlichen Kataster der Stadt¹⁷², können die anderen Beweise für die Existenz Einheimischer in Arsa¹⁷³ und Limanu¹⁷⁴ ebensogut als Beweis für deren Vorhandensein als halbabhängige Bauern auf den Gütern der Bürger von Kallatis interpretiert werden.

Schließlich soll die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß im Gebiet von Kallatis kein einziger Sklave bekannt geworden ist¹⁷⁵, daß aber gleichzeitig im Gegensatz zu Histria und Tomis kein Grundbesitz größeren Ausmaßes vorhanden gewesen zu sein scheint, was einerseits die Formulierung der Hypothese erlaubt, die Arbeit von Kolonen sei genutzt worden¹⁷⁶, andererseits aber auch die Folge der noch sehr geringen Erforschung dieses Gegenstandes sein kann.

Wir zeigten am Anfang dieses Artikels, daß die Analyse der rechtlichen Struktur der verschiedenen landwirtschaftlichen Besitzungen für das tiefere Kennenlernen eines der Hauptaspekte der römischen Wirtschaft in der Dobrudscha wichtig ist. Die Behauptung bleibt gültig, daß die Landwirtschaft auch hier wie überall im Altertum Basis zur Beschaffung alles Lebensnotwendigen war. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir die Ansicht derjenigen teilen, die meinen, das Dobrudschagebiet habe tatsächlich als Kornkammer fungiert, so wie es zum Beispiel beim nordpontischen Gebiet oder beim griechisch-römischen Ägypten im Altertum der Fall gewesen sein wird.¹⁷⁷ Wir reduzieren das Gewicht der Landwirtschaft in der Dobrudscha auf eine richtige und reale Proportion und gehen zu den Schlußfolgerungen über, die sich aus den oben angeführten Untersuchungen ableiten lassen.

170 Lambrino, S., in: H. A. Grenier, a. a. O., S. 929, Exemplar B, R. 12.

171 Vulpe, R., in: Din Istoria Dobrogei, a. a. O., Bd. 2, Bukarest 1968, Karte 2; Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 646 Anm. 89, fragt, ob es um vici oder um Stämme geht.

172 Im Kataster von Orange (Arausio) (dazu siehe oben Anm. 45) wird den einheimischen Tricastinern der Boden zurückgegeben, während in subseciva die Colonia einige Grundstücke pachten kann. Das Alter der territorialen Organisation von Kallatis läßt uns jedoch annehmen, daß diese Stämme nicht in einer Situation waren, daß ihnen Ländereien hätten zurückgegeben werden können, sondern sich mit denjenigen zufriedengeben mußten, die nach der Aufteilung der Grundstücke unter die Bürger pleno jure von Kallatis übrigblieben.

173 Siehe oben Anm. 158. - Die Inschrift trägt das Abbild des thrakischen Reiters (vgl. Scorpan, C., Cavalerul trac, a. a. O., S. 47, Nr. 20) und ist dem Heros Dosaenos zugeeignet.

174 Scorpan, C., Cavalerul trac, a. a. O., S. 66, Nr. 32; derselbe, in: SCIV, 21. Jg. 1970, S. 90, Nr. 39.

175 In der Stadt erscheint ein einziger alumnus. (Sauciuc-Săveanu, T., in: Dacia, 2. Jg. 1925, S. 128, Nr. 9.)

176 Wir vergessen jedoch nicht die größere Ausdehnung, die die villae von Moşneni (Anm. 160) oder 2. Mai (Anm. 161) gehabt haben könnten.

177 Den Gedanken verteidigen warm Pippidi, D. M., Contribuții, a. a. O., S.

Als Resultat aus der Analyse der rechtlichen Situation der drei Städte und, davon abhängig, der betreffenden Territorien, nehmen wir an, daß es um drei verschiedene Situationen geht. Die Stadt Kallatis, die rechtlich eine privilegierte Stellung einnahm, scheint am konservativsten in dem Sinne gewesen zu sein, daß die alten Grundstücke ihrer Bürger, auch dann, wenn sie durch die Aktion der centuriatio wiederangepaßt waren, auf der gesamten Fläche des Territoriums, das der Stadt gehört haben könnte, weiter existiert haben werden, was nicht das Vorhandensein von Äckern ausschließt, die die Stadt verpachten konnte. Auch im Falle der Stadt Tomis kann man von einem vollen Besitz des Territoriums sprechen, nur daß wir hier kein Element haben, das eine Verbindung mit der Situation in der Zeit der Autonomie ermöglichen würde. Dieser Romanisierungsprozeß wird im Gebiet von Tomis stärker gewesen sein - eine natürliche Sache, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß Tomis die wichtigste Stadt der Dobrudscha in römischer Zeit war. Bis sich diese Überlegenheit jedoch stabilisierte, wird die Stadt auch eine weniger günstige Zeit gekannt haben, in der die römischen Behörden sich einige isolierte militärische adsignationes erlaubt haben werden. Wenn diese Periode in Tomis nur sehr kurz war - von Vespasian bis einschließlich Trajan -, so sollte diese Situation in Histria dagegen permanent werden, was auch der Grund dafür ist, daß sie uns am interessantesten erscheint. Wir haben so innerhalb des Gebietes von Histria das Vorhandensein zweier voneinander unterschiedener Organismen festgestellt, das alte Territorium auf der einen Seite, in dem die Mitglieder der histrischen Stämme, also die Bürger pleno iure, ihre landwirtschaftlichen Grundstücke weiter besessen haben werden, und die große regio auf der anderen Seite, die lediglich nominell von der Stadt abhängig war und in der der römische Staat das tatsächliche dominium hatte, der zu kollektiven adsignationes schritt, sowohl für Militärs wie auch eventuell für Zivilpersonen.

Was die eigentlichen landwirtschaftlichen Besitzungen betrifft, so haben wir festgestellt, daß die meisten von ihnen klein oder von mittlerer Größe waren, was nicht die Möglichkeit des Vorhandenseins größerer ausschließt, ohne nach den heute zur Verfügung stehenden Quellen behaupten zu können, ob man vom chronologischen Gesichtspunkt aus irgendeine Tendenz der Akkumulation oder im Gegenteil der Aufspaltung von Besitzungen feststellen kann. Die Inschriften, in denen Sklaven vorkommen, die im landwirtschaftlichen Prozeß mitwirken, sind so selten, daß man kaum von einem Wachstum oder einer Verringerung der Rolle der Sklaven in der Landwirtschaft sprechen kann, ihr Vorhandensein wird meist auf den Besitzungen der Veteranen angenommen. Die Benutzung von Kolonenarbeit dagegen - sei es auf größeren Domänen, vielleicht auf kaiserlichen, wie im Falle Histrias, sei es auf den Besitzungen Privater - scheint uns nicht ausgeschlossen zu

309 Anm. 74, sowie Danov, C. M., in: RE, Suppl.-Bd. 9, 1962, S. 1004 f., aber er muß abgestimmt werden mit den Ideen von Gelehrten wie Ionescu de la Brad, I., in: An. Dobr., 3. Jg. 1922, S. 96 - 187; Weiss, J., Die Dobrudscha im Altertum, Sarajevo 1911, S. 20 f., oder Pârvan, V., in: Ausonia, 10. Jg. 1921, S. 187, die sich auf die Autorität solcher Autoren stützen wie: Ovidius, Trist., 3, 10, 67 - 79; 5, 10, 23 - 27; Ovidius, Ep., 1, 3, 43 - 45; 1, 8, 49 - 62; 3, 1, 11 - 30; 3, 8, 6 - 17, aber auch noch sicherer Polybius, 4, 38, 4; Strab., 7, 4, 5 (c. 311); Pomp. Mela, 2, 2, 16; Maximus aus Tyr, 31, 7; Columella, 7, 2, die die durchgängige Fruchtbarkeit des Dobrudschagebietes bezweifeln. Eine Ausnahme unter den drei behandelten Territorien bildet das Gebiet von Kallatis. Siehe dazu Pârvan, V., Getica, Bukarest 1926, S. 132 - 140, oder Florescu, R., in: SCIV, 7, Jg. 1956, S. 390 - 392.

sein, und das schon seit dem 2. Jahrhundert u. Z. So erscheint in dem Gebiet, das analysiert wird, das Kolonat nicht als Resultat der Krise der Sklaverei, die hier niemals allzu entwickelt gewesen ist. Aber weder die Kolonen und noch weniger die Sklaven werden die einheimischen Arbeitskräfte ersetzt haben können, die schon seit der griechischen Periode in eine halbabhängige Lage gezwungen worden waren. Aus den gleichen Traditionen resultiert wahrscheinlich auch die Erwähnung der einheimischen Territorialgemeinden in allen drei behandelten Gebieten, eine Situation, die wir geneigt sind zu erklären - wie auch bei anderen Territorien des römischen Kaiserreiches vorgegangen wurde - durch die Flexibilität des römischen Verwaltungssystems gegenüber Formationen mit einem rechtlich niedrigeren Status, denen letztlich die schwersten Steuern auferlegt wurden und die daneben ein ausgezeichnetes Reservoir für die Rekrutierung militärischer Hilfskräfte abgaben.

Wenn wir von den Steuern sprechen, dann haben wir in erster Linie die Regelung der *annona militaris* unter der Dynastie der Severer vor Augen, ein Phänomen, das uns historisch gesehen am wichtigsten erscheint für die Wandlungen, die sich in diesem Moment in der römischen Wirtschaft im allgemeinen und also auch in der Landwirtschaft der Dobrudscha vollzogen. Die militärische Monarchie der Severer mußte sich so eine solide Basis für die Erhebung von Grundsteuern errichten - Vorbote des zukünftigen Systems *iugatio/capitatio* -, die unendlich homogener als die Vielgestaltigkeit der Steuern in der vorangegangenen Periode war und die die Differenz zwischen *honestiores* und *humiliores* zu verstärken und ihr endgültige Form zu geben vermochte.¹⁷⁸ Anders ist das Problem - das wir an anderer Stelle gesondert behandeln wollen -, ob diese Homogenisierung nicht neben anderen örtlichen Ursachen zum Verschwinden der *euergetai* in den Städten *Histria*¹⁷⁹ und *Kallatis*¹⁸⁰ beigetragen hat. Die einzige Stadt, die um die Mitte des 3. Jahrhunderts wirklich blüht und gedeiht, ist die Metropole der westlichen Schwarzmeerküste, *Tomis*¹⁸¹. Wir haben so den Eindruck, daß wir nicht allzusehr fehl-

178 Rostovtzev, M., SEHRE, a. a. O., S. 370, 383, 419, 423, 486, 496, 700 Anm. 20; 712 f. Anm. 14 u. 15.

179 Für die römische Epoche kennen wir folgende *euergetes*: Aristagoras, Sohn des Apaturios (1. Jh. v. u. Z.); Artemidoros (1. Jh. v. u. Z.); Anonym (1. Jh. v. u. Z.); Papas, Sohn des Theopompos (1. Jh. u. Z.); M. Ulpus Artemidorus (2. Jh. u. Z.); Aba, Tochter des Hecataios (2. Jh. u. Z.); L. Pompeius Valens (2. Jh. u. Z.); Anonym (2. Jh. u. Z.); (Ariston)icos, Sohn des Anthesteri(os) (2. Jh. u. Z.); Anonym (2. Jh. u. Z.).

180 Ariston, Sohn des Ariston (1. Jh. u. Z.); Fileinos, Sohn des Fileinos (1. Jh. u. Z.); Apollonios (1. Jh. u. Z.); Tiberius Plautius Silvanus (1. Jh. u. Z.); Isagoras, Sohn des Iatrocles (1. - 2. Jh. u. Z.); Flavius Faros (2./3. Jh. u. Z.).

181 Apaturios, Sohn des Euelpistos (1. Jh. u. Z.); Faidros (2. Jh. u. Z.); T. Flavius Poseidonios (2. Jh. u. Z.); P. Aelius Gaius (2. Jh. u. Z.); Attalos, Sohn des Eumenes (2. Jh. u. Z.); T. Cominius Claudianus Hermafilos (2. Jh. u. Z.); P. Flavius, Sohn des Theodoros (2. Jh. u. Z.); Bassos, Sohn des Menecrates (2. Jh. u. Z.); Anonym, Sohn des Alexandros (2. Jh. u. Z.); Monimos, Sohn des Herakleides (2. Jh. u. Z.); Africanus Quietus (2. Jh. u. Z.); Sossia Africana (2. Jh. u. Z.); Aur. Priscius Annianus (2./3. Jh. u. Z.); Aur. Priscius Isidorus (2./3. Jh. u. Z.); Aur. Eutychianus, Sohn des Diogenes (3. Jh. u. Z.); Hermogenes Cyzicianus (3. Jh. u. Z.); Anonym (3. Jh. u. Z.).

gehen, wenn wir sagen, daß die Monarchie der Severer die sozialen Differenzen verstärkte, gleichzeitig jedoch die Masse der Vermögen der sogenannten honestiores ausglich.

Aber mit diesen Gedanken haben wir sicher den gesteckten Rahmen überschritten, der nur das Studium der rechtlichen Struktur der landwirtschaftlichen Produktionsstätten in den westpontischen Städten in der Dobrudscha umfassen sollte, und wir können in diesem Zusammenhang nur hoffen, den Fachleuten ein möglichst umfassendes Bild geboten zu haben, wenn es auch in großem Maße noch hypothetisch ist.

(Übersetzt von Renate Günther)

Abkürzungsverzeichnis

- AA = Archäologischer Anzeiger des JDAI
AASH = Acta antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae, Budapest
AEMÖ = Archäologisch-epigraphische Mitteilungen aus Österreich, Wien
An. Dobr. = Analele Dobrogei
BCMI = Buletinul Comisiunii Monumentelor Istrice, Bukarest
BCH = Bulletin de Correspondance hellénique, Paris
BE = Bulletin Épigraphique der REG
BGU = Berliner Griechische Urkunden
CIL = Corpus Inscriptionum Latinum, Berlin
CRAI = Comptes rendus de l'Académie des Inscriptions et Belles-Lettres, Paris
IG = Inscriptiones Graecae, Berlin
IGB = Inscriptiones Graecae in Bulgaria repertae, Sofia
IGRRP = Inscriptiones Graecae ad res Romanas pertinentes, Paris
ILS = Inscriptiones Latinae selectae, Berlin
JDAI = Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Berlin
JHS = The Journal of Hellenic Studies, London
JÖAI = Jahrbuch des Österreichischen Archäologischen Instituts, Wien
JRS = The Journal of Roman Studies, London
Materiale = Materiale și Cercetări arheologice, Bukarest
OGIS = Orientis Graeci Inscriptiones Selectae, Leipzig
RE = Real-Encyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft, Stuttgart
REA = Revue des études anciennes, Bordeaux/Stuttgart/Paris
REG = Revue des études grecques, Paris
REL = Revue des études latines, Paris
RRH = Revue Romaine d'Histoire, Bukarest
SCIV = Studii și Cercetări de Istorie Veche, Bukarest
SCȘ = Studii și Cercetări Științifice, Iași
St. Cl. = Studii Clasice, Bukarest
Syll.³ = Sylloge inscriptionum Graecarum, 3. Aufl.

Diskussionen

JAHRBUCH-FORUM: "WIRTSCHAFTSGESCHICHTE UND ENTWICKLUNG VON WISSENSCHAFT UND TECHNIK"

Die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, bemüht, neue Formen der disziplinären und interdisziplinären wissenschaftlichen Diskussion zu entwickeln, bat einen Kreis von Fachleuten auf dem Gebiet der Geschichte der Theorie der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu einem Forum, das am 24. November 1976 unter der Leitung des Chefredakteurs des Jahrbuchs, Dr. Jan Peters, stattfand.

Der Einladung folgten der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Harry Maier, der Soziologe Prof. Hansgünter Meyer sowie die Wirtschaftshistoriker Prof. Walter Becker, Dr. Thomas Kuczynski, Prof. Hans Mottek, Prof. Alfred Schröter und Prof. Rolf Sonnemann.

Ziel des Forums war es, den Geladenen Gelegenheit zu geben, ohne organisatorischen Aufwand und ohne Vorlage fertiger Manuskripte ihre Auffassungen zu aktuellen Problemen der wirtschaftshistorischen Forschung darzulegen und durch die kurzfristige Veröffentlichung eines Berichtes im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte über die wesentlichsten Aspekte der gegenwärtigen Debatte und über die verschiedenen Standpunkte der Diskussionsteilnehmer zu informieren.

Zur Diskussion stand die in Band IV/1975 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veröffentlichte Arbeit von Mottek: "Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik." Ihr Anliegen besteht vor allem in der Darlegung der Rolle der Wirtschaftsgeschichte für die Prognose der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Dennoch konzentrierte sich die Diskussion keineswegs ausschließlich auf diese Problematik. Dies spricht einerseits für die Qualität des diskutierten Beitrages, aber auch dafür, wie Maier sagte, daß unter den Diskussionsteilnehmern Übereinstimmung darüber herrschte, daß der Nutzen der Geschichte für den Prognostiker unbestritten sei, "denn der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist niemals so groß, wie er auf den ersten Blick erscheint, er ist historisch vorbereitet und hat eine historische Perspektive."

Die Diskussionsteilnehmer befaßten sich mit einigen zentralen theoretischen Grundlagen der Prognose, so mit der Rolle der Bedürfnisse für die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, mit Fragen der "Übergangstechnik", mit der Zweckmäßigkeit der Erarbeitung eines Modells der Triebkräfte für die Entwicklung der Produktivkräfte und in diesem Gesamtzusammenhang mit Wachstumsproblemen. Das erscheint zunächst verblüffend, denn eine Reihe dieser Fragen wird bereits seit 1960 unter anderem im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte behandelt und einige grundsätzliche Fragen schienen schon gesichertes Wissen zu sein. Die Diskussion zeigte aber die Notwendigkeit der weiteren Präzisierung verschiedener theoretischer Fragen und das Weiterbestehen gegensätzlicher Auffassungen.

Das machten schon die "Anti-Thesen" von Thomas Kuczynski deutlich, der sich vor allem mit den von Mottek definierten Ursachen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auseinandersetzte. Kuczynski vertrat zwar wie Mottek die Auffassung, daß eine wesentliche Quelle des technischen Fortschritts

die Widersprüche im System der materiell-technischen Produktivkräfte darstellen, wandte sich aber gegen die These, daß eine zweite Quelle des technischen Fortschritts aus dem sinkenden Beitrag einer gegebenen Technologie für das Wachstum abzuleiten sei. Ohne die von Mottek dafür gegebenen Beispiele in Abrede zu stellen, wies Kuczynski auf die Tatsache hin - auf die auch Mottek aufmerksam macht -, daß es in der Geschichte der materiellen Produktion eine Vielzahl von Phasen der Stagnation gab, in denen die alte Technologie keinen Beitrag mehr für das Wachstum lieferte, aber dennoch keine neue Technologie eingeführt wurde. Th. Kuczynski unterstrich, daß die Stagnation zwar aus den herrschenden Produktionsverhältnissen erklärbar sei, daß aber damit gerade nicht die Ursachen für die Entwicklung der Produktivkräfte aufgezeigt würden, sondern nur die Ursache für deren Hemmung. Gleichzeitig meldete Kuczynski Bedenken gegen den von Mottek verwendeten Begriff des Wachstums an; denn Wachstum sei - im Gegensatz zur Entwicklung, die die qualitative Komponente einschließe - zunächst etwas rein Quantitatives.

Auch die Formulierung Motteks, daß "die historische Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Widerspruch zwischen den Bedürfnissen und dem Stand der Produktivkräfte" beruhe, stellte der Diskussionsredner in Frage, da "der Begriff des Bedürfnisses ungeheuer diffus" sei und auch in Stagnationsperioden eine Vielzahl von Bedürfnissen existiert haben, die - wenn sie erfüllt worden wären - eine ganz andere Entwicklung der Produktivkräfte erfordert hätten.

Bedürfnisse können nach Th. Kuczynski die Entwicklung der Produktivkräfte nur dann beeinflussen, wenn es sich um bewußt gewordene Bedürfnisse handelt, die einen Reflex des gegebenen Zustandes darstellen, und wenn sie auf eine Veränderung abzielen, was unter anderem ein veränderbares Sein voraussetze. Ziel zum Beispiel der Produktion im Sozialismus sei die Befriedigung der Bedürfnisse. Es könne sich aber nicht darum handeln, die sozialistische Produktion auf die Befriedigung kleinbürgerlicher Bedürfnisse auszurichten, sondern es gehe vielmehr darum, mit Hilfe der sozialistischen Produktion sozialistische Bedürfnisse zu produzieren.

In der These, daß das Bedürfnis einen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte haben solle, sieht Th. Kuczynski die Gefahr der Entstehung von nicht der Realität entsprechenden Vorstellungen. Wenn beispielsweise im Sozialismus auf Teilgebieten der Wirtschaft Produktionsmittel hergestellt und abgesetzt werden können, die nicht dem neuesten technischen Stand entsprechen, so deshalb, weil der Bedarf die Produktionsmöglichkeiten übersteigt und die Einführung eines neuen Produktionsmittels auch ein Risiko darstellt, daß nicht jeder Hersteller ohne weiteres eingeht.

Im Kapitalismus werde die neue Technik vor allem in Zeiten der Überproduktion eingeführt. Dies entspreche der Erkenntnis von Karl Marx, daß die Überproduktion im Kapitalismus ein anarchisches Moment darstellt, aber im Kommunismus der eigentliche Regulator der Produktion sei.

Th. Kuczynski machte darauf aufmerksam, daß Marx das Bedürfnis in eine bestimmte Relation zu den objektiven Produktionsbedingungen setze. Beziehe man diesen Aspekt in den Begriff des Bedürfnisses ein, dann werde es auch möglich, ihn aus seiner Diffusion zu lösen. Die Hegelsche Feststellung, wonach ein Bedürfnis der gefühlte Widerspruch zwischen Subjekt und Objekt ist, werde dann relevant, wenn man die Widersprüche im System der materiell-technischen Produktivkräfte als Triebkraft ansehe. Man könne in diesem Zusammenhang für den Kapitalismus und den Sozialismus folgende Regel formulieren: Wenn der Widerspruch zwi-

schon Produktion und Konsumtion - einschließlich der produktiven Konsumtion - vorhanden ist und sich spitzt, dann kommt es auch zu einer Entwicklung der Produktivkräfte.

Schließlich meldete Th. Kuczynski gegen die These Bedenken an, daß Entwicklungsgesetze für mehrere Gesellschaftsformationen Gültigkeit hätten. Wenn er auch nicht ausschloß, das bestimmte Entwicklungsgesetze vom Kapitalismus in den Sozialismus hineinreichen, so stellte er ähnliche Erscheinungen für alle Gesellschaftsformationen in Frage, da er - neben den verschiedenen Produktionsverhältnissen - den grundsätzlichen Unterschied in der Struktur der gesellschaftlichen Produktivkräfte der vorkapitalistischen Produktionsweisen zum Kapitalismus und zum Sozialismus darin sieht, daß in den vorkapitalistischen Gesellschaften der Grund und Boden das Hauptproduktionsmittel sei, es sich also um agrarische Gesellschaften handle, während im Kapitalismus und im Sozialismus die Maschinerie das Hauptproduktionsmittel darstelle.

Harry Maier unterstützte diese Kritik insofern partiell, als er darauf hinwies, daß Mottek zwar die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen betone, diesen Zusammenhang aber nicht genügend vermittele. Maier unterstrich, daß es keine systemneutrale Technik gebe, sondern jede Technologie in einem bestimmten System von Produktionsverhältnissen geboren und weiterentwickelt werde.

Wie sich der Übergang der materiell-technischen Basis von einer Gesellschaftsformation in die andere und die systemimmanente Entwicklung der Produktivkräfte vollzieht, hat Karl Marx verdeutlicht. Marx unterscheidet zwei Phasen der Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus: die Phase der formellen und die der realen Subsumtion. In der Phase der formellen Subsumtion wird die gegebene Technik des Feudalismus und der kleinen Warenproduktion unter die Herrschaft des Kapitals subsumiert, das heißt, die Produktion wird mit den alten Produktionsmitteln, aber unter Ausnutzung der Vorzüge der einfachen Kooperation usw. durchgeführt. Die Produktionstechnik ist zwar der kapitalistischen Produktionsweise nicht adäquat, der historische Fortschritt besteht jedoch darin, daß diese Technik unter das Kapital subsumiert wird. Der Phase der formellen Subsumtion folgt die reale, in der eine Technik entwickelt wird, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspricht, deren Anwendung den Teilarbeiter hervorbringt, zur Entfremdung des Produzenten von den Produktionsmitteln führt und die Vorherrschaft der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit auch in der Technik realisiert.

Maier hob die außerordentliche Bedeutung dieser Analyse für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hervor, denn auch im Sozialismus werde zunächst die gegebene Technik übernommen und unter das sozialistische Eigentum subsumiert, während der neue Typ der Technik schrittweise entwickelt werden müsse.

Analoges vollziehe sich in der Wissenschaft. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts sei der Wissenschaftler im Kapitalismus als komplexer, universaler Wissenschaftler aufgetreten, der formell dem Kapital unterstellt war. In den letzten Jahrzehnten habe sich aber deutlich gezeigt, daß die formelle Subsumtion durch eine reale abgelöst wurde, da die Arbeitsteilung in der Wissenschaft sich außerordentlich vertieft habe, der Wissenschaftler immer mehr zum Teilarbeiter geworden sei und rapide verproletarisiert sei.

Maier wandte sich gegen die Auffassung Th. Kuczynskis über den Wachstumsprozeß. Er erklärte, für die marxistische Wachstumstheorie sei - wie von Mottek dargestellt - von vornherein der wissenschaftlich-technische Fortschritt der ent-

scheidende Gesichtspunkt. Für die bürgerliche Theorie sei dagegen die quantitative Veränderung der Bruttoproduktion tatsächlich der entscheidende Gesichtspunkt.

Rolf Sonnemann zeigte in der Diskussion, wie kompliziert sich die Anwendung selbst klar formulierter Entwicklungsgesetze der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf konkrete historische Ereignisse und Entwicklungen darstellt. Er wies nach, daß England gegenüber Deutschland in den Perioden von 1870 bis 1914 und von 1918 bis zu den dreißiger Jahren in der Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik ständig an Boden verlor, obwohl in beiden Ländern ausge-reifte kapitalistische Produktionsverhältnisse gegeben waren. Während aber der deutsche Kapitalismus nach 1870 einen neuen Typus des Unternehmers, den Wissenschaftlerbourgeois, hervorbrachte, blieb es in England bei dem aus dem Handelskapital hervorgegangenen Industriellen. Die Ursache für diese in gewisser Weise gegensätzliche Entwicklung liege in den konkreten historischen Umständen; denn die Entwicklung und Anwendung der Wissenschaft sei die einzige Möglichkeit gewesen, die die deutsche Bourgeoisie der "Werkstatt der Welt" habe entgegenzusetzen können. Dennoch bleibe die Frage offen, ob die deutsche Entwicklung aus der Eigengesetzlichkeit der Produktivkräfte resultiere oder ob die Zwänge, die sich aus den konkreten Umständen, den Produktionsverhältnissen, resultierten, den Ausschlag für diese Entwicklung gegeben hätten.

Vor allem aber wies Sonnemann nach, daß sich das Verhältnis von übernommener bzw. weiterentwickelter alter Technik und systemimmanenter Technik quantitativ zunächst zugunsten der übernommenen Technik darstelle. So zum Beispiel übernimmt der Sozialismus aus dem Kapitalismus das Fließband, obgleich es nicht zu der dem Sozialismus als Gesellschaftssystem adäquaten Technik gehört.

Walter Becker, der unter anderem zu dieser Frage Stellung nahm, wies darauf hin, daß die Massenbewegungen der letzten Jahrzehnte in den kapitalistischen Ländern gegen das Fließbandsystem zu Veränderungen in der Weise geführt hätten, daß ein größerer Spielraum für selbständige Entscheidungen der Produzenten erreicht worden sei, was unter anderem bewirke, daß die Produktivität im Interesse des Kapitalismus dennoch steige.

Alfred Schröter - wie die meisten folgenden Redner - widmete sich besonders der Problematik der Triebkräfte für die Entwicklung der Produktivkräfte. Er brachte zum Ausdruck, daß die Rolle der Bedürfnisse für die Entwicklung der Produktivkräfte so elementar aufzufassen sei, wie Mottek das getan habe, denn in dem Moment, in dem der Mensch keine Bedürfnisse mehr entwickle, gehe er unter. Diese Bedürfnisse ständen immer in einem gewissen Gegensatz zum Sein. Wenn auch die individuell entwickelten Bedürfnisse keineswegs progressiv wirken müßten - für die Gesellschaft insgesamt führten sie dennoch zum Fortschritt. Insofern seien auch keine Unterscheidungen in kleinbürgerliche und andere Bedürfnisse zulässig, denn jede Art von Bedürfnissen werde - sobald sie Massencharakter annehme - zur Triebkraft.

Alfred Schröter wandte sich auch gegen die Auffassung Th. Kuczynskis, wonach nur die Überproduktion zu Veränderungen in der Technik führe. Diese Beobachtung habe sich zwar für den Kapitalismus als überwiegend richtig erwiesen, aber es sei nicht zu übersehen, daß beispielsweise die Bedürfnisse der Kriegführung der imperialistischen Staaten unter dem Zwang des Fehlens bestimmter Techniken wesentliche technische Veränderungen hervorgerufen hätten.

Schließlich stellte Schröter seine Auffassung, daß die alten Produktionsverhältnisse - von einer kurzen historischen Spanne abgesehen - immer hinter der

Entwicklung der Produktivkräfte zurückblieben und daher immer hemmend wirkten, zur Diskussion.

Becker spannte den Bogen für die Beweisführung seiner Position weit und führte bis in die asiatische Produktionsweise zurück. Er zeigte, daß in den außereuropäischen Zivilisationen die Wissenschaft und auch gewisse Formen der Technik zunächst eine bedeutende, dann allerdings kaum noch bemerkbare Rolle gespielt hätten. In den außereuropäischen Ländern habe bis in den Feudalismus hinein eine rasche Entwicklung der materiell-technischen Basis stattgefunden, die allerdings bestimmte Formen der Produktivkraftentwicklung, wie zum Beispiel arbeitsparende Techniken, nicht hervorgebracht haben, obwohl im Erfindungswesen genügend Ansätze dazu - man denke an die Mühle - vorhanden gewesen seien. Diese Erfindungen hätten erst in dem relativ dünn bevölkerten Europa Anwendung gefunden, weil hier eine materielle Grundlage, zum Beispiel ein Bedürfnis nach PS-Produktion, bestanden habe. Das mache deutlich, daß sich die Produktivkräfte aus den Bedürfnissen der Menschen entwickeln, daß die Menschen ihre Bedürfnisse selbst produzieren.

Weltgeschichtlich könne es als erwiesen gelten, daß nach Epochen sehr rascher Entwicklung Phasen der Abflachung folgen, die nur durch hohe Aufwendungen überwunden werden können. Auch das bestätige, daß es weder eine neutrale Technik gebe, noch die Selbstbewegung der Produktivkräfte ausschlaggebend sein könne, obwohl Widersprüche in den materiellen Produktivkräften eine gewisse spontane Bewegung hervorrufen könnten.

In diesem Zusammenhang setzte sich Becker auch mit der von Schröter charakterisierten Rolle der Produktionsverhältnisse auseinander. Er legte dar, daß die Industrielle Revolution nur deshalb möglich gewesen sei, weil die ihr vorangegangene ursprüngliche Akkumulation ein so gewaltiges Anwachsen des Marktes herbeigeführt habe, daß die technischen Möglichkeiten der Manufaktur den Anforderungen des Marktes nicht mehr gerecht werden konnten. Während die gesellschaftlichen Bedingungen bis dahin die Anwendung der durchaus bekannten Maschinen verhindert hätten, sei sie jetzt unumgänglich geworden. Das bedeute aber, daß die Produktionsverhältnisse keineswegs hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückgeblieben seien, sondern daß sogar ein Vorlauf bestanden habe. Allerdings trete jene Situation, die Schröter dargestellt habe, wesentlich häufiger auf.

Hansgünter Meyer bereicherte die Diskussion durch folgende Überlegungen: Er sehe einen wesentlichen Mangel in den bisherigen Bemühungen, Beiträge zur Theorie der Produktivkräfte zu leisten, darin, daß immer wieder versucht werde, "den eigentlichen Vorschlag zu formulieren, welche zwei oder drei Faktoren diejenigen sind, auf die es ankommt". Die komplizierte Materie der gesellschaftlichen Produktivkräfte sei aber nur dann theoretisch zu erfassen, wenn erkannt werde, daß es sich um einen vielstufigen Gesamtdeterminismus, um ein multifaktorielles System handle, in dem eine Vielzahl von Einflüssen zusammenwirke. Natürlich bildeten sich in diesem System bestimmte Kristallisationspunkte des Determinismus heraus, die einen relativ eigenständigen Charakter besitzen und relativ eigenständig beschreibbar seien. Aber man könne beispielsweise nicht sagen, die Haupttriebkraft sei der Widerspruch; denn den Widerspruch gebe es in den verschiedensten Ebenen, so auf dem Gebiet der Warenproduktion, aber auch in großen historischen Dimensionen.

Für die Beurteilung der Entwicklung der Produktivkräfte müsse deshalb ein System von verschiedenen relativ selbständigen Ebenen entwickelt werden, deren

Zusammenhang sich, je nachdem welche Gesellschaftsordnung, welche historische Periode analysiert werden soll, auf sehr unterschiedliche Weise darstelle.

Meyer schlug folgende Ebenen vor:

1. Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsformationen,
2. Klasseninteressen und spezifische gesellschaftliche Bedürfnisse,
3. ökonomische Gesetzmäßigkeiten im engeren Sinne,
4. die relative Eigenständigkeit der technischen Entwicklung.

Hans Mottek äußerte in seiner Erwiderung zu den vorgetragenen Auffassungen, er sehe keinen Grund, von den von ihm sowohl in dem zur Diskussion stehenden Artikel, aber auch in anderen seiner Publikationen vertretenen Positionen zur Problematik der Entwicklung der Produktivkräfte abzurücken, sondern nutze die Gelegenheit, seinen Standpunkt weiter zu verdeutlichen.

Mottek unterstrich, daß die von Th. Kuczynski und in gewisser Weise auch von Meyer angegriffene These, nach der der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen und dem Stand der Produktivkräfte die zentrale Bewegungskraft der Produktivkräfte darstelle, sowohl dem dialektischen Materialismus als auch allen historischen Erfahrungen entspreche. In keiner Phase der Geschichte der Menschheit hätten sich neue Technologien entwickelt, ohne daß ein entscheidendes gesellschaftliches Bedürfnis vorhanden gewesen wäre. Es hätte zwar in der Geschichte immer wieder die Erscheinung gegeben, daß die Menschen keine Bedürfnisse entwickelten, aber in diesen Phasen sei es auch zu keiner wirklichen Verbesserung der Technologie gekommen. Neuerungen hätten sich hier nur in Ausnahmesituationen durchgesetzt, aber nicht weil neue Bedürfnisse entstanden wären, sondern weil die vorhandenen Bedürfnisse mit den gegebenen Produktivkräften nicht mehr befriedigt werden konnten.

Zum Problem der Bewußtheit der Bedürfnisse und deren Entwicklung erklärte Mottek: Bedürfnisse bilden auf einem unbestimmten Felde des Bedarfes eine Spannung zwischen Mensch und Umwelt. Wenn diese Spannung entstehe, entstehe auch ein bewußtes Bedürfnis. Der Mensch der Steinzeit habe ohne Zweifel das Bedürfnis nach gesunder Luft und nach Ruhe gehabt. Dies sei dem Steinzeitmenschen - im Gegensatz zum modernen Menschen - nicht bewußt geworden. Heute sei dieses Bedürfnis ein auf die Gesellschaft einwirkendes, ein Elementarbedürfnis. Das zeige, daß einerseits eine Entwicklung von Elementarbedürfnissen zu höheren Bedürfnissen stattfinde, daß aber bei der Entwicklung alter Elementarbedürfnisse neue Elementarbedürfnisse entstünden,

Zum anderen hätten sich aber auch Bedürfnisse aus der Wechselwirkung zwischen Produktion und Bedürfnissen herausgebildet. Die Menschen hätten ohne Zweifel immer das Bedürfnis nach Unterhaltung gehabt. Daß dieses Bedürfnis zum Beispiel die Form eines Fernsehgerätes angenommen habe, sei eine Konkretisierung, die aus der Rückwirkung der Produktion auf die Bedürfnisse resultiere. Diese Wechselwirkung zwischen Bedürfnis und Produktion sei aber keineswegs problemlos, denn durch die Produktion würden bestimmte Wunschfelder konkretisiert, rationell erfaßt und optimiert, was jedoch zwangsläufig die Vernachlässigung anderer Felder bewirke. Deshalb komme es im Sozialismus, der die Bedingungen dafür in sich berge, darauf an, alle gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, keine einseitigen Kriterien zuzulassen, sondern den vollen Umfang der menschlichen potentiellen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

In diesem Gesamtzusammenhang setzte sich Mottek auch mit der von Th. Kuczynski erhobenen Forderung auseinander, mit Hilfe der Produktion sozialistische Be-

dürfnisse zu produzieren. Mottek betonte, es sei im Gegenteil notwendig, die Menschen dazu zu führen, ihren wirklichen menschlichen Bedürfnissen zu folgen und nicht gewissen von außen, im Sinne der bürgerlichen Ideologie suggerierten Interessen. In den allgemeinen menschlichen Bedürfnissen liege letztlich der Grund zur sozialistischen Revolution.

Abschließend ging Mottek noch einmal auf die Frage der Existenz bzw. Nichtexistenz von Entwicklungsgesetzen ein, die für mehrere Gesellschaftsformationen Gültigkeit haben. Er erklärte, daß er dem Argument Kuczynskis, wonach es sich bei den vorkapitalistischen Produktionsweisen um auf Grund und Boden beruhende Gesellschaften handle, während der Kapitalismus und Sozialismus Gesellschaften seien, deren Produktion auf der Maschinerie beruhe, nicht folgen könne; denn auch die Produktion im Sozialismus beruhe auf den natürlichen Ressourcen, auf Grund und Boden, auf Erzen, Pflanzen usw. Diese natürlichen Produktivkräfte gewännen sogar eine immer wesentlichere Bedeutung. Die Masse der Wissenschaftler stimme darin überein, daß die wichtigste Frage für die Wissenschaft die Frage der Naturressourcen sei. Bedingt durch die Entwicklung immer besserer Maschinen und Technologien, sei teilweise der Blick dafür verlorengegangen, daß die Geschichte der materiellen Produktion auch ein Prozeß der immer stärkeren Erschließung von natürlichen Ressourcen sei und daß es sich dabei um einen grundlegenden Prozeß in der Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte handle.

Maier machte darauf aufmerksam, daß das Problem der Bedürfnisse nicht über die Fragen der Einzelbedürfnisse lösbar sei, da ein untrennbarer Zusammenhang zwischen den Bedürfnissen und den Produktionsverhältnissen bestehe. Das grundlegende Bedürfnis des Kapitalismus sei das objektive Bedürfnis nach Profit, auf dessen Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte die Klassiker des Marxismus-Leninismus immer wieder hingewiesen haben. Analoges gelte für den Sozialismus, dessen grundlegendes Bedürfnis die Allseitigkeit der Entwicklung des Menschen darstelle.

Für die Absicht der Redaktion, weitere Foren dieser Art folgen zu lassen, darf diese Zusammenkunft als erfolversprechender Auftakt gewertet werden.

Karl Lärmer

DIE STELLUNG DES TRANSPORTWESENS IN DEN URGESELLSCHAFTLICHEN, ALTORIENTALISCHEN UND ANTIKEN PRODUKTIONSWEISEN

von Elfriede Rehbein

Hinsichtlich der Bestimmung des Platzes des Verkehrswesens in der Wirtschaft der einzelnen Produktionsweisen bestehen bis heute insofern unterschiedliche Auffassungen, als nicht wenige Veröffentlichungen davon ausgehen, daß für die vor-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen, vor allem aber für die Zeit der Urgemeinschaft und der Sklavereigesellschaft, eine weitgehende Identität zwischen Handel und Verkehr angenommen werden kann. Diese Meinung wird objektiv dadurch unterstützt, daß während der Sklavereigesellschaft und des Feudalismus in vielen Fällen eine Personalunion zwischen dem Händler und dem Verkehrstreibenden bestand, aber auch durch die zur gleichen Zeit zu beobachtende "Suprematie des Handels" über die gewerbliche Produktion.

Es ist jedoch unseres Erachtens nicht zu übersehen, daß eine derartige Interpretation den speziellen Aufgaben des Verkehrswesens nur ungenügend gerecht wird und wichtige Punkte zur Beurteilung dieses Wirtschaftszweiges vernachlässigt. Im folgenden sollen deshalb aus der Sicht des Verkehrshistorikers - im Sinne einer Annäherung der Standpunkte verschiedener historischer Disziplinen und als Beitrag zur interdisziplinären Diskussion - einige Gesichtspunkte erörtert werden, die dafür sprechen, daß das Verkehrswesen seit den großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen schrittweise seine bis heute ausgeübten Funktionen übernahm und zusammen mit der Produktion materieller Werte für den Austausch die Voraussetzungen für den Handel schuf. Dabei wird die stimulierende Wirkung des Handels auf die Entwicklung des Verkehrswesens - wie auf die Produktion überhaupt - nicht unterschätzt, genausowenig wie die hemmenden Einflüsse, die der Rückgang des Handels beim Übergang zum Feudalismus auf das Verkehrswesen ausübte.

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen sollen dabei die Untersuchungen Marx' und Engels' zur gesellschaftlichen Stellung des Verkehrswesens sein. Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich von Interesse, daß in den Werken von Marx und Engels der Terminus "Verkehr" einer deutlichen Veränderung unterlag. Beim Beginn ihrer gemeinsamen Arbeit fanden sie in der Literatur den Begriff Verkehr in der Regel dem Handel gleichgesetzt. Dieser Auffassung schlossen sie sich jedoch nicht an. Vielmehr definierten sie schon in einer ihrer ersten gemeinsamen Arbeiten, der "Deutschen Ideologie", den materiellen Verkehr, vor allem den Verkehr der Menschen im Produktionsprozeß, als Basis für jeden sonstigen Verkehr. Damit war jedoch nur ein erster Schritt getan; denn Engels verwies noch kurz vor seinem Tode in einem Brief an Laura Lafargue darauf, daß Marx und er im "Kommunistischen Manifest" den Terminus "Verkehr" noch allgemein im Sin-

ne von "Handelsverkehr" verstanden.¹ Später differenzierten sie diesen Begriff immer weiter, und Marx polemisierte beispielsweise in den "Theorien über den Mehrwert" gegen den englischen Ökonomen Ramsay, der den Handel mit dem Transportwesen verwechselte, obgleich diese beiden Bereiche unterschiedliche ökonomische Funktionen haben.²

Marx wies - nach gemeinsamer Klärung des Begriffes mit Engels - nach, daß das Verkehrswesen ein "Zweig der materiellen Produktion" ist, nämlich neben "der extraktiven Industrie, der Agrikultur und der Manufaktur" deren "vierte Sphäre"³, weil sich "der Gebrauchswert von Dingen ... nur in ihrer Konsumtion (verwirklicht), und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie."⁴ Dabei wird im Verkehrswesen im Unterschied zu anderen Wirtschaftsbereichen kein gegenständliches Produkt erzeugt, sondern das Produkt des Verkehrswesens besteht vielmehr in der Ortsveränderung von Gütern, Personen und Nachrichten. Dieses Produkt - und darin besteht eine weitere Besonderheit des Verkehrswesens - muß während seiner Produktion konsumiert werden; Marx sprach in diesem Zusammenhang von der "Vernichtung des Raumes durch die Zeit".⁵ Das Verkehrswesen schafft weiterhin durch seine Produktion einen Wert, der allerdings direkt nur im Gütertransport nachgewiesen werden kann, während verständlicherweise beförderte Personen und Nachrichten durch die Ortsveränderung nicht an "Wert" im materiellen Sinne zunehmen. Hier geht der durch die Ortsveränderung erzeugte Wert entweder in die individuelle Konsumtion ein, oder er wird - wie im Falle des Berufsverkehrs bzw. der Beförderung von Geschäftsnachrichten - für den einzelnen Betrieb indirekt wirksam.

Hinsichtlich des Gütertransports, der in allen Gesellschaftsordnungen (im Unterschied zum Personenverkehr) für die Wirtschaft die entscheidende Rolle spielt, erläuterte Marx, daß den Produkten durch die Ortsveränderung Wert zugesetzt wird, "teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittelt der Transportarbeit".⁶

1 Engels, Friedrich, an Laura Lafargue, 12. November 1894, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1968, S. 314.

2 "Mit Ramsay kehren wir wieder in die line der politischen Ökonomen zurück. Um das kommerzielle Kapital unterzubringen, nennt er es 'den Transport von Waren von einem Ort zum anderen'. (p. 19.) Verwechselt Handel also mit der carrying industry." (Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1968, S. 320.)

3 Ebenda, T. 1, Bd. 26, Berlin 1965, S. 387.

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 2, Buch 2: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, Berlin 1963, S. 151 (Hervorhebung - E. R.).

5 "In der allgemeinen Formel wird das Produkt von P betrachtet als ein von den Elementen des produktiven Kapitals verschiednes materielles Ding ... Es gibt aber selbständige Industriezweige, wo das Produkt des Produktionsprozesses kein neues gegenständliches Produkt, keine Ware ist, Ökonomisch wichtig davon ist nur die Kommunikationsindustrie, sei sie eigentliche Transportindustrie für Waren und Menschen, sei sie Übertragung bloß von Mitteilungen, Briefen, Telegrammen etc." (Ebenda, S. 59 f.). Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 423.

6 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O.

Marx begründet damit eindeutig die Unterschiede in der Zirkulationssphäre, die die bürgerlichen Ökonomen, wie erwähnt, in der Regel als einheitliches Ganzes betrachteten. Auch wenn der Produktionsprozeß des Verkehrswesens "innerhalb des Zirkulationsprozesses und für den Zirkulationsprozeß erscheint"⁷, setzt er doch direkt die Produktion von Industrie und Landwirtschaft fort und schafft dabei zusätzliche Werte, während nach Marx das "allgemeine Gesetz ist, daß alle Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser letzteren keinen Wert hinzusetzen. Es sind bloß Kosten zur Realisierung des Werts oder zu seiner Übersetzung aus einer Form in die andre".⁸

Die materiell-technische Basis des Verkehrswesens wird jedoch nicht allein durch die Verkehrsmittel gebildet, sondern im entscheidenden Maße auch durch die Qualität der Verkehrswege und anderen Verkehrsanlagen (zum Beispiel Häfen und andere Umschlagseinrichtungen) bestimmt, die immanenter Bestandteil des Produktionsprozesses im Verkehrswesen sind. Karl Marx hat sich unter anderem in den "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" mit diesen Fragen auseinandergesetzt und dabei begründet, daß Verkehrswege und -anlagen allgemeine Produktionsbedingungen darstellen, die "ursprünglich dem Gemeinwesen, später lange Zeit den Regierungen anheim(fallen), als reine Abzüge an der Produktion, die vom gemeinschaftlichen Surplusprodukt des Landes abgehen, aber keine Quelle seines Reichtums ausmachen, d. h. ihre Produktionskosten nicht decken."⁹ Sie sind jedoch unerlässlich, sofern die Produktion auf dem Austausch beruht, "sei es, daß sie die Zirkulation erleichtern oder gar erst möglich machen, oder auch die Produktivkraft vermehren."¹⁰

Andererseits gibt es auch historische Beispiele für einen relativ hochentwickelten Verkehrswegebau, ohne daß ein ausgeprägter Warenaustausch stattfand. Marx erwähnte in diesem Zusammenhang die Inkas¹¹, die einen technisch beeindruckenden Straßen-, Kanal- und Brückenbau und eine entwickelte "Transportindustrie" aufzuweisen hatten, obgleich Austausch und Handel wenig entwickelt waren. In Wertung dieser einzelnen Faktoren kam Engels in einem Brief an W. Borgius vom Jahre 1894 zu folgender wichtiger Definition: "Unter den ökonomischen Verhältnissen, die wir als bestimmende Basis der Geschichte der Gesellschaft ansehen, verstehen wir die Art und Weise, worin die Menschen einer bestimmten Gesellschaft ihren Lebensunterhalt produzieren und die Produkte untereinander austauschen (soweit Teilung der Arbeit besteht). Also die gesamte Technik der Produktion und des Transports ist da einbegriffen. Diese Technik bestimmt nach unserer Auffassung auch die Art und Weise des Austausches, weiterhin der Verteilung der Produkte und damit, nach der Auflösung der Gentilgesellschaft, auch die Einteilung der Klassen, damit die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, damit Staat, Politik, Recht etc."¹²

Die Ausführungen Engels' sind nach unserer Auffassung ein eindeutiger Beweis für die Notwendigkeit einer Trennung von Handel und Verkehr schon in den

7 Ebenda, S. 153.

8 Ebenda, S. 150.

9 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 423.

10 Ebenda, S. 429.

11 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 151.

12 Engels, Friedrich, an W. Borgius, 25. Januar 1894, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1968, S. 205.

vorkapitalistischen Produktionsweisen, wobei zur Begründung und zugleich als Prämisse angeführt werden kann:

- Das Verkehrswesen gehört zum Bereich der materiellen Produktion und wirkt wie diese fördernd oder hemmend auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung.
- Das Produkt seiner Tätigkeit besteht in der Ortsveränderung.
- Die im Produktionsprozeß erzeugten Werte gehen im Gütertransport direkt in die transportierten Güter ein, bei der Beförderung von Personen und Nachrichten werden sie individuell bzw. gesellschaftlich konsumiert.
- Die Transportkosten sind Teil der Produktionskosten und nicht der Zirkulationskosten.
- Die Verkehrswege und -anlagen schaffen allgemeine Produktionsbedingungen aller auf Austausch beruhenden Gesellschaftsordnungen.

Diese grundsätzlichen Feststellungen treffen auf die Verkehrsentwicklung seit dem Beginn der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu. Naturgemäß sind sie - analog zum allgemeinen Entwicklungsstand - stark differenziert zu werten und haben etwa beim Übergang zur Sklavereiordeung ein anderes Gewicht als in der voll entwickelten Sklavereiordeung bzw. in den folgenden Gesellschaftsordnungen. Sie treten jedoch keineswegs erst mit dem Herausbilden des kapitalistischen Reproduktionsprozesses auf. Wenn Marx und Engels die gesellschaftliche Einordnung des Verkehrswesens vorwiegend am Beispiel des Kapitalismus demonstrierten, dann deshalb, weil diese Periode generell ihr bevorzugter Untersuchungsgegenstand war. Es finden sich jedoch in ihren Werken hinreichend Hinweise darauf, daß sie die oben genannten Gesichtspunkte auch für die vorkapitalistischen Produktionsweisen in vollem Umfange anwandten und nicht an die Existenz des kapitalistischen Reproduktionsprozesses knüpften. Sie können deshalb unseres Erachtens theoretische Basis für die Betrachtung des Verkehrswesens aller auf Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaftsordnungen sein.

Die vom Handel deutlich unterschiedene Funktion des Verkehrswesens in den Klassengesellschaften wird noch durch andere Faktoren erhärtet, nämlich seine vom Handel völlig getrennte militärische und politische (bzw. auch kultische) Bedeutung, die gerade in der Sklavereigesellschaft - und hier wiederum besonders ausgeprägt im Römischen Reich - zeitweise dominierte.

In der Periode der Urgesellschaft können wir von einem ausgeprägten Verkehrswesen verständlicherweise noch nicht sprechen, jedoch entstand bereits unter den damaligen Bedingungen im Zusammenhang mit dem täglichen Kampf um die Sicherung der Existenz das Bedürfnis nach einer Ortsveränderung von Produkten, Menschen und Nachrichten. Das ständige Umherwandern der kleinen menschlichen Gemeinschaften bedingte primitive, sporadisch genutzte Wege auf dem Lande, die anfangs sicher nichts anderes als Tierpfade, ausgetrocknete Flußläufe oder die Sandstreifen an Ufern von Gewässern waren. Dabei darf man annehmen, daß - entsprechende Werkzeuge vorausgesetzt - diese Wege im Laufe der Zeit durch Abschlagen von Zweigen und ähnliche Tätigkeiten verbessert wurden, das heißt, man verwendete zwangsläufig schon damals einen Teil der menschlichen Arbeitskraft auf diese Arbeiten, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Seit der Nutzbarmachung des Feuers fand sich außerdem bereits ein Einsatz von Transporthilfsmitteln, nämlich von Astgabeln und Schleifen, um beispielsweise das erlegte Wild zum Rastplatz bzw. zur Feuerstätte bringen zu können. Die ständige Nahrungssuche der Sammler und Jäger verursachte weiterhin die ersten Versuche, sich auf dem Wasser fortzubewegen, weil sich dort die Aussicht auf reicheren Fischfang bot.

Das zunächst zeitweilige, später ständige Seßhaftwerden der Menschen mußte diese Prozesse naturgemäß stark fördern, entstand doch jetzt in größerem Umfange und mit einer gewissen Regelmäßigkeit die Notwendigkeit, erlegtes Wild oder aber auch einen reicheren Fischfang zum Wohnplatz zu bringen. Außerdem waren die Materialien für den "Wohnungsbau" zu transportieren, und nicht zuletzt entstand im Ergebnis der veränderten Lebensumstände das Bedürfnis der Nachrichtenübermittlung.

Die Ortsveränderung von Gütern, Personen und Nachrichten in zunächst allereinfachsten Formen gehörte somit zu den wichtigen Merkmalen der Weiterentwicklung der Produktivkräfte in der Urgesellschaft. Sie trug gleichzeitig dazu bei, die selbstgenügsame Abgeschlossenheit der kleinen menschlichen Gemeinschaften zu überwinden und das allmähliche Herausbilden von Klassenunterschieden zu fördern, die letztlich ihre Auslösung bewirkten.¹³

Einen entscheidenden Schritt auf diesem Wege stellte die erste gesellschaftliche Arbeitsteilung dar. Die Aussonderung der Hirtenstämme auf der einen Seite und das Herausbilden des Ackerbaus auf der anderen stand in enger Wechselwirkung mit der Verbesserung der "Verkehrsbedingungen". Der von den Ackerbauern und Hirtenstämmen erzeugte Überfluß an Nahrungsmitteln erforderte beispielsweise bessere Transportmöglichkeiten. Nachdem der Mensch über Hunderttausende von Jahren hinweg nur seine eigene Muskelkraft für alle Ortsveränderungen eingesetzt hatte, fand nunmehr auch das Tier als Zug- und Tragkraft Verwendung, was wiederum den Einsatz von Karren und Wagen gestattete. Verbesserte Werkzeuge ermöglichten außerdem Fortschritte, beispielsweise bei der Herstellung von Rädern, aber auch beim Bau von Wasserfahrzeugen.

Der Einsatz von Wagen bedingte andererseits befahrbare Wege. Vor allem die Ackerbauern waren deshalb gezwungen, einen Teil ihres gemeinsamen Arbeitszeitfonds für die Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen anzuwenden. Die Hirtenstämme benutzten gleichfalls in zunehmendem Maße ständig begangene Wege, weil der früher zufällige Tausch mit den Ackerbauern mehr und mehr feste Formen annahm.

Beruhete der Austausch nach der ersten gesellschaftlichen Arbeitsteilung im wesentlichen auf einem Verkehr zwischen verschiedenen Gemeinwesen, so schuf das Herausbilden des Handwerks allmählich den Austausch innerhalb dieser Gemeinwesen. Zugleich entstanden damit (aber natürlich auch durch die nun zur Verfügung stehenden Kupferwerkzeuge) die Voraussetzungen für den Bau verbesserter Transportmittel. Besondere Fortschritte machte der Schiffbau¹⁴, weil sich bereits zu dieser Zeit mit aller Deutlichkeit zeigte, daß sich Transporte von schweren, voluminösen oder in großen Mengen zu transportierenden Gütern entweder nur oder in einigen Fällen vorteilhafter auf dem Wasser durchführen ließen. Darunter fielen beispielsweise Getreide- und Holztransporte, Transporte von Kupfer, später von Zinn und Eisenerz und Transporte von großen Steinblöcken zu Kult- oder Prunkbauten. Dabei wurden mit Hilfe der Schifffahrt - teilwei-

13 Vgl. dazu derselbe, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 137 f.

14 "Die Arbeit selbst wurde von Geschlecht zu Geschlecht eine andre, vollkommnere, vielseitigere. Zur Jagd und Viehzucht trat der Ackerbau, zu diesem Spinnen und Weben, Verarbeitung der Metalle, Töpferei, Schifffahrt." (Engels, Friedrich, Dialektik der Natur, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, a. a. O., S. 450.)

se allerdings auch durch Walzentransport auf dem Lande - erhebliche Massen mit bedeutenden Abmessungen über lange Entfernungen bewegt.

In der Zerfallsperiode der Urgemeinschaft entstanden demnach im Zusammenhang mit der Erhöhung des Niveaus der Produktivkräfte und einer ersten Überflußproduktion für den Austausch Transportmittel als Resultat einer zielgerichteten Tätigkeit. Die dritte gesellschaftliche Arbeitsteilung, das Herausbilden des Handels, verstärkte diese Tendenz. Marx charakterisierte in seinen "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" (im Zusammenhang mit der Untersuchung des kapitalistischen Zirkulationsprozesses) diese Entwicklung mit den Worten: "Je mehr die Produktion auf dem Tauschwert, daher auf dem Austausch beruht, desto wichtiger werden für sie die physischen Bedingungen des Austauschs - Kommunikations- und Transportmittel."¹⁵

Die dritte gesellschaftliche Arbeitsteilung brachte zugleich eine personelle Verknüpfung zwischen Handel und Verkehr in der Gestalt, daß der Händler einen Teil seines Gewinns für den Bau von Schiffen und Fuhrwerken verwendete, die ihm zum Transport seiner Waren dienten, den er anfangs immer persönlich durchführte. Die sich gleichzeitig herausbildende altorientalische Produktionsweise schuf außerdem die Voraussetzungen für einen verbesserten Verkehrswegebau, weil sie erstmals das "massenhafte Wirken der zusammengezwungenen Arbeit"¹⁶ und damit ein Vermehren der Produktivkraft gestattete, das zum systematischen Bau von Wegen unerläßlich war. Marx erläuterte in seinen "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" in diesem Zusammenhang, daß in den vorderasiatischen Staaten erstmalig die Notwendigkeit entstand, einen Teil der gesellschaftlichen Surplusarbeit durch "das gewaltsame Zusammentreiben des Volks in Ägypten, Etrurien, Indien etc. zu Zwangsbauten und öffentlichen Zwangswerken"¹⁷ zum Verkehrswegebau zu nutzen, weil er "ein notwendiger Gebrauchswert für die Gemeinde ist, weil sie seiner à tout prix bedarf".¹⁸

Der massenhafte Einsatz von Arbeitskräften und die weiter verbesserten Metallwerkzeuge gestatteten sowohl einen effektiveren Straßenbau als auch den Bau von Kanälen, wobei die letzteren ursprünglich nicht für den Verkehr, sondern für ein immer mehr sich ausdehnendes Bewässerungssystem entstanden, als entscheidende Voraussetzung der ausgedehnten Landwirtschaft in den altorientalischen Staaten. Verständlicherweise konnten nicht alle der relativ flachen und schmalen Bewässerungsgräben gleichzeitig für die Schifffahrt genutzt werden. Die größeren von ihnen eigneten sich jedoch für die damals üblichen kleinen Wasserfahrzeuge mit geringem Tiefgang sehr gut, zumal die Bewässerungskanäle von seiten des Staates ständig unterhalten wurden, so daß den Schiffen kein Auflaufen durch Versandung der Wasserläufe oder ähnliche Havarien drohten. Die beim Bau der Bewässerungsgräben gesammelten Erfahrungen gestatteten in der Folgezeit auch den Bau regelrechter Schifffahrtskanäle, mit dem Ziel, günstigere Bedingungen für den sich ausbreitenden Handel zu schaffen. Schon 1400 v. u. Z. grub man einen Kanal vom Nil zum Roten Meer, der jedoch schwer zu unterhalten war und wegen wiederholter völliger Versandung in der Folgezeit noch einige Male erneuert wurde. Nebukadnezar II. baute im 6. Jahrhundert v. u. Z. von der Mündung

15 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 423.

16 Ebenda, S. 427.

17 Ebenda.

18 Ebenda, S. 424 f.

des Euphrat einen etwa 600 Kilometer langen Kanal nach Babylon. Zur Verbindung zwischen Euphrat und Tigris sollen darüber hinaus insgesamt vier Kanäle entstanden sein, und auch von den Chinesen ist bereits aus der Zeit um 1100 v. u. Z. ein umfangreicher Kanalbau bekannt. Diese für die damalige Zeit gewaltigen Aktivitäten finden ihre Erklärung in den bereits erwähnten Vorzügen der Schifffahrt beim Gütertransport. Sie wurden zusätzlich dadurch gefördert, daß die Schifffahrt der altorientalischen Staaten vorwiegend Binnen- und Küstenschifffahrt war, da einmal die Schiffe - vor allem wegen ihrer ungenügenden Steuerung - nicht seetauglich waren und zum anderen die fehlenden nautischen Kenntnisse die Fahrt auf hoher See so risikoreich gestalteten, daß man darauf lange Zeit weitestgehend verzichtete und sich statt dessen bemühte, die Bedingungen für die Binnen- und Küstenschifffahrt zu verbessern.

Die Schifffahrt genügte jedoch den wachsenden vielfältigen Anforderungen an das Verkehrswesen nicht. Das Entstehen erster staatlicher Zentralverwaltungen mit ihrem umfangreichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismus forderte vielmehr auch gute Land- und Nachrichtenverbindungen, wobei in jener Zeit erstmalig ein Personenreiseverkehr und die Beförderung geschriebener Nachrichten aufkamen.

Neben der Verwaltung und dem Handel dienten die Verkehrsverbindungen zu Wasser und zu Lande gleichzeitig in großem Umfange militärischen Zwecken. Die Kriegführung beeinflusste auch den Transportmittelbau, der natürlich ebenso vom Wachstum der Produktivkräfte profitierte (zum Beispiel Herstellen von Scheibenrädern mit der Bronzesäge). Es entstanden unter anderem leichte und schnelle Streitwagen, aber auch schwerere Wagen zum Transport der Kriegsbeute, die als Vorbild für Transporte landwirtschaftlicher und Kaufmannsgüter dienten.

Gleiche Tendenzen zeigten sich im Schiffbau, der sowohl der Kriegführung als auch umfangreichen Transporten genügen mußte (beispielsweise führte Thutmosis III. /1490 bis 1436 v. u. Z./ seine Heere auf den 18 Feldzügen gegen Syrien mit Schiffen in die Schlacht). Allerdings wurden die Schiffe damals noch nicht nach ihrem Einsatzgebiet und ihrer Zweckbestimmung differenziert. Kriegs- und Handelsschiffe, Binnen- und Seeschiffe waren völlig gleich.

Einen qualitativen Sprung erlebte das Verkehrswesen in den klassischen Sklavereistaaten Griechenland und Rom, begünstigt durch verschiedene Ursachen, wie die weitere Vervollkommnung des Handwerks und damit zugleich des Transportmittelbaus, die Möglichkeiten zum massenhafteren Einsatz von Sklaven für den Bau von Verkehrswegen und Verkehrsanlagen, später auch zum Rudern der Schiffe. Das Verkehrswesen der Sklavereiordnung sicherte unseres Erachtens eine der Grundbedingungen ihrer Existenz, weil das Entstehen dieser Staaten und ihrer Staatsgewalt sowie die zunehmende Unterdrückung eines großen Teiles der Bevölkerung die vielfältigsten gesellschaftlichen Beziehungen schufen, die nur mit Hilfe guter Verkehrsverbindungen zu beherrschen waren.

Unter dem Einfluß der Produktionsverhältnisse der voll ausgebildeten Sklaverei erhielten zunächst in den Küstenstadtstaaten Griechenlands Handwerk und Handel einen weit bestmöglicheren Einfluß als in den orientalischen Territorialstaaten. Das begrenzte Hinterland der griechischen Stadtstaaten und ein rasches Bevölkerungswachstum zwangen neben der Kolonisation zu steigenden Getreideimporten. Der zunehmende Außenhandel förderte seinerseits die handwerkliche Produktion für den Austausch, aber auch vor allem den Schiffbau, da in Griechen-

land aufgrund der eigenen geographischen Lage und der seiner Kolonien die Schifffahrt dominierte.¹⁹ Erstmalig finden sich in der Literatur für den athenischen Staat auch Hinweise auf eine teilweise - noch nicht typische - Trennung zwischen Handel und Schifffahrt in der Form, daß der Schiffseigentümer nicht mehr mit dem Kaufmann identisch ist. Engels erwähnte diese Arbeitsteilung gleichfalls im "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats".²⁰

Der Schiffbau spezialisierte sich zu dieser Zeit bereits in den Bau von Kriegsschiffen und Handelsschiffen. Wurden die ersteren durch Ruderer, die meist in mehreren Reihen übereinander saßen, fortbewegt und im Bug mit einem kupfernen oder eisernen Rammsporn als Waffe ausgestattet, so waren die letzteren flacher und breiter gebaut und wurden meist durch Segel (teilweise zusätzlich durch Ruder) angetrieben.

Die besonders von den Phönikern als den bedeutendsten Seefahrern der Antike (Marx bezeichnete die Handelsvölker der alten Welt als die "Monopolisten des carrying trade"²¹) übernommenen und nunmehr weiterentwickelten nautischen Kenntnisse gestatteten in Verbindung mit den verbesserten Schiffen ein Ausdehnen des Fahrtbereichs der Schifffahrt, die in zunehmendem Maße auch das offene Meer bezwang und damit dem Handel neue Möglichkeiten erschloß.

Das Ausdehnen des Seeverkehrs zwang außerdem zum verstärkten Bau von Seehäfen. Hatten bereits die Phöniker durch ihre Hafenbauten in Tyrus, Sidon oder Karthago beachtliche Bauwerke geschaffen, so konnten die griechischen Staaten aufgrund der ausreichend zur Verfügung stehenden Sklavenarbeit noch ausgedehntere Anlagen bauen, die einen beachtlichen Stand ingenieurtechnischer Fertigkeiten bewiesen. Für den griechischen Hafenbau war außerdem bemerkenswert, daß man zwischen Handels- und Kriegshäfen unterschied - ein weiterer Beleg für den Umfang der Schifffahrt in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Dominierte bei den Griechen der Seeverkehr, so entwickelten die Römer den Land- und Nachrichtenverkehr weiter, gefördert vor allem durch die militärischen Bedürfnisse, aber auch durch die Verwaltung des riesigen Imperiums. Die römischen Legionen marschierten in der Regel auf gut ausgebauten Straßen (im Höhepunkt seiner Macht verfügte das Römische Reich über ein Straßennetz mit einer Ausdehnung von 80 000 bis 90 000 Kilometer). Für ihren Bau bestand "eine besondere Klasse Wegebauer"²² vorwiegend in Gestalt der Söldnerheere. Marx sagte im Hinblick auf den notwendigen Einsatz der massenhaften Arbeit dazu: "Bei den Römern war in der Armee eine Masse - aber schon vom ganzen Volk geschieden - vorhanden, diszipliniert zur Arbeit, deren Surpluszeit zugleich dem Staat gehörte; die ihre ganze Arbeitszeit gegen ein Salär ... dem Staate verkauften."²³ Mit anderen Worten: Für die Herstellung der allgemeinen Produktions-

19 Rostovtzeff erwähnt beispielsweise für Rhodos eine entwickelte Schiffbautechnik, deren Neuerungen ebenso wie die Zahl der im Bau befindlichen Schiffe streng geheim gehalten wurden. (Rostovtzeff, Michael, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, Bd. 2, Darmstadt 1955, S. 536 ff.)

20 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 107.

21 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, Berlin 1952, S. 22.

22 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 427 f.

23 Ebenda, S. 428.

bedingungen wurde ein ständig zunehmender Teil des gesellschaftlichen Reichtums verwandt. Neben den militärischen und politischen Gründen sprachen dafür auch rein ökonomische Überlegungen. Das Großgrundeigentum war auf gute Verbindungen zum Markt angewiesen, um den Absatz seiner Produkte zu sichern (besonders nach der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion). Nicht umsonst empfahl Cato, bei der Wahl eines Landgutes darauf zu achten, daß sich "in der Nähe eine bedeutendere Stadt, ein Meer, ein schiffbarer Fluß oder eine gute, belebte Straße" befand, 24

Nicht minder wichtig war ein entwickeltes Verkehrswesen für die Versorgung der großen Städte. Immerhin zählte Rom in der Mitte des 1. Jahrhunderts u. Z. rund eine Million Einwohner, und es gab im Römischen Imperium außerdem noch mehrere ausgesprochene Großstädte. Aber auch die Versorgung der Legionen wurde auf diese Weise gesichert und der sich ständig ausdehnende Außenhandel mit seiner Hilfe abgewickelt. Außerdem ist auf den Zwang zur ständigen Ergänzung der Sklavenheere zu verweisen, wobei Schiffe das Hauptbeförderungsmittel bildeten.

Das Römische Imperium besaß unter allen Sklavereistaaten das entwickeltste Verkehrswesen, nicht nur hinsichtlich seiner quantitativen Ausdehnung, sondern auch wegen einiger qualitativer Merkmale. Es umfaßte erstmalig in dieser Ausdehnung Gütertransport, Personenbeförderung und Nachrichtenübermittlung zu Wasser und zu Lande. Es zeichnete sich weiterhin durch eine gewisse Regelmäßigkeit des Verkehrsangebotes sowie eine Kontinuität der Verkehrsnachfrage aus - am stärksten beim "cursus publicus" (der in der Kaiserzeit entstand) ausgebildet, der römischen Staatspost für Nachrichten- und Personenbeförderung zu Lande und zu Wasser, deren - übrigens kostenlose - Benutzung allerdings nicht öffentlich, sondern den Spitzen der Sklavereigesellschaft vorbehalten war. Der "cursus publicus" verfügte auf seinen ausgedehnten Landverbindungen über ein festes Netz von Stationen und Herbergen, die für das Hauptstraßennetz in sogenannten Itinerarien aufgezeichnet waren, und wurde wahrscheinlich nicht nur bei Bedarf, sondern bereits in einem gewissen Sinne "linienmäßig" betrieben. Für die Schifffahrt finden sich hinsichtlich der Regelmäßigkeit ähnliche Hinweise. Charakteristisch war für sie in zunehmendem Maße die Passagierbeförderung. Darauf läßt unter anderem die Bemerkung Juvenals (58 bis 138 u. Z.) schließen, daß im Sommer die "halbe Welt" auf See sei, 25

Die von den Griechen teilweise schon begonnene Trennung zwischen Handel und Schifffahrt setzte sich - bedingt durch die Ausdehnung der Schifffahrt - bei den Römern fort. Das neben dem Handelskapital entstandene Wucherkapital führte zu einem schwunghaften Handel mit Schiffshypothenken und zur Gründung von Gesellschaften, die Schiffe für den Warentransport ausrüsteten. In nicht wenigen Fällen wurde dabei das Kapital zugleich in mehreren Gesellschaften angelegt, um das Risiko bei dem im Altertum und auch noch im Mittelalter häufigen Totalverlust von Schiff und Ladung zu vermindern.

Der militärische Schutz des Verkehrs - als eine der Bedingungen für die Sicherheit des Handels - wurde von den Römern gleichfalls vervollkommenet. Hatten schon die altorientalischen Staaten eine Art "polizeilicher Sicherung" der Straßen und Wasserstraßen gekannt, so erweiterte Rom diese Maßnahmen unter anderem durch eine systematische Bekämpfung der Piraterie im Mittelmeer seit 67 v. u. Z. Mit rund 500 Schiffen wurde damals das Mittelmeer in einzelnen Abschnitten

24 Cato, De agri cultura, 1, 3.

25 Vgl. Voigt, Fritz, Verkehr, Bd. 2, 1. Hälfte, Berlin(West) 1965, S. 24.

von den Seeräubern befreit. Dabei sollen nicht weniger als 1 700 Piratenschiffe erbeutet und rund 20 000 Seeräuber in die Sklaverei gezwungen worden sein.

Aus dem oben Gesagten folgt, daß im Römischen Reich zugleich ein Höhepunkt der Produktivkräfteentwicklung im Verkehrswesen der Sklavereiordnung erreicht wurde, sei es nun im Verkehrswesen- und -anlagenbau, im Bau von Transportmitteln oder aber auch bei der Übermittlung von Nachrichten. Dabei ist eine eindeutige Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Produktivkräfteentwicklung jener Zeit und der im Verkehrswesen zu beachten, wie auch die stimulierende Wirkung des sich ausdehnenden Handels unverkennbar ist. Allerdings muß gleichzeitig betont werden, daß nicht wenige der während der römischen Zeit erzielten Fortschritte im Verkehrswesen ihren Ursprung bereits in früheren Erkenntnissen hatten. Der römische Staat war imstande, sie zu realisieren und dabei oft auf eine höhere Stufe zu heben infolge des außerordentlichen Anwachsens des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens auf der Basis des massenhaften Einsatzes von Sklaven und der militärischen Organisation des gesamten Staatsapparates.

In der Zerfallsperiode des römischen Weltreiches zeigte sich jedoch die Instabilität dieser Entwicklung. Die vielen Steuern, Staatsfronden und anderen Verpflichtungen verwandelten das hochentwickelte Verkehrswesen in eine zusätzliche drückende Last für die ohnehin schon bis zum äußersten ausgebeutete Bevölkerung. Beispielsweise gehörten nun zu den Munizipalpflichten der Stadtbevölkerung (differenziert nach der Vermögenslage) die Gestellung von Transportmitteln, die Transportaufsicht bei Naturallieferungen für die Städte und den Staat, aber auch Straßenarbeiten.²⁶ Die zunehmende Verstaatlichung wichtiger Zweige der Produktion, darunter auch des Verkehrswesens, führte weiterhin zu nicht unbeträchtlichen Steuererhöhungen. Der "cursus publicus", in seiner perfekten Organisation für damalige Verhältnisse einmalig, wurde zur drückenden Bürde aller Provinzen, auf die sich seine Verbindungen erstreckten. Teilweise wurde außerdem der Schiffbau verstaatlicht und künftig durch zusätzliche Steuerabgaben betrieben. Diese Zwangsmaßnahmen wirkten sich wie in der gesamten Wirtschaft so auch im Verkehr in zunehmendem Maße dahingehend aus, daß früher Erreichtes verfiel und für das hochentwickelte römische Verkehrswesen kein gesellschaftlicher Bedarf und keine gesellschaftliche Notwendigkeit mehr bestand. Engels drückte das im "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" treffend wie folgt aus: "Je mehr das Reich verfiel, desto höher stiegen Steuern und Leistungen, desto schamloser raubten und erpreßten die Beamten. Handel und Industrie waren nie Sache der völkerbeherrschenden Römer gewesen; nur im Zinswucher hatten sie alles übertroffen, was vor und nach ihnen war, Was sich von Handel vorgefunden und erhalten hatte, ging zugrunde unter der Beamtenerpresung; was sich noch durchschlug, fällt auf den östlichen, griechischen Teil des Reichs ... Allgemeine Verarmung, Rückgang des Verkehrs, des Handwerks, der Kunst, Abnahme der Bevölkerung, Verfall der Städte, Rückkehr des Ackerbaus auf eine niedrigere Stufe - das war das Endresultat der römischen Weltherrschaft."²⁷

Das Erbe des römischen Verkehrswesens wurde angetreten von den Normannen, von den italienischen Städterepubliken und der Hanse. Dabei wurde vor allem die Schifffahrt - basierend auf exakteren nautischen Kenntnissen und verbesserten Schiffen - vervollkommen. Der Landverkehr und die Nachrichtenbeförderung stagnierten jedoch - von wenigen Ausnahmen vor allem in der Karolingerzeit abge-

²⁶ Vgl. Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 2, Berlin 1963, S. 836.

²⁷ Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, a. a. O., S. 143.

sehen - für lange Zeit. Erst mit dem Verfall des Feudalismus und dem allmählichen Durchsetzen kapitalistischer Elemente näherte man sich - in wesentlich geringeren Dimensionen - dem in Rom erreichten Stand wieder, natürlich mit entsprechenden Unterschieden, bedingt durch die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse.

Das Bild, das im Rahmen dieser kurzen Ausführungen von der gesellschaftlichen Bedeutung des Verkehrswesens seit seinen primitiven Anfängen bis zur ersten Blüte in der Sklavereiordnung gezeichnet werden konnte, ist verständlicherweise sehr lückenhaft. Viele wichtige Fakten mußten zugunsten einer Herausarbeitung bestimmter Grundüberlegungen weggelassen werden. Dennoch ergibt sich unseres Erachtens daraus, daß das Verkehrswesen bereits in den frühen Klassengesellschaften eine eigenständige Existenz begründete und alle seine Funktionen - wenn auch mit quantitativen und qualitativen Unterschieden - herausbildete, die es auch in späteren Gesellschaftsordnungen auszeichnen.

Literaturkritik

SCHLAGLICHTER AUS DER GESCHICHTE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Einige Bemerkungen zu

Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hg. v. Lotte Zumpe = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9

Akademie-Verlag, Berlin 1976, 313 Seiten, Preis: 29,-M

von Alfred Schröter

Die in letzter Zeit wieder aufgelebte Diskussion um den Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine grundlegenden Erscheinungsformen und Merkmale¹ stellt sich - zumindest aus der Sicht des Historikers - zugleich auch immer mehr als eine Diskussion um die Probleme seiner Entstehung und Entwicklung dar. Das ist gut so, hat sich doch bisher schon hinreichend gezeigt, daß zu viele historische Erscheinungen zu oft und voreilig als neue gekennzeichnet wurden, was sich bei näherer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte als Trugschluß erwies. Auch den gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus kann man nicht verstehen, ohne seine Geschichte zu kennen - für Marxisten-Leninisten eigentlich etwas Selbstverständliches -, zumal die ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, die ihn womöglich territorial oder strukturell kennzeichnenden Besonderheiten und die Richtungen seiner Entwicklung noch längst nicht hinreichend erforscht sind. Gesetzmäßigkeiten sind erst durch die Untersuchung von Entwicklungsprozessen und Entwicklungstrends über lange Zeiträume feststellbar, und wer ihnen auf der Spur ist, kann nicht nur vom Heute oder bestenfalls vom Gestern ausgehen.

Für solche langfristigen Untersuchungen ist von den Historikern noch viel Forschungsarbeit zu leisten. Dabei geht es nicht nur und nicht immer um Überblicksdarstellungen über größere Zeitabschnitte, sondern ebenso noch um zahlreiche Detailstudien zu Prozessen, die sich als wesentlich erweisen können. "Wirtschaft und Staat im Imperialismus", von einem vorwiegend aus Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR bestehenden Autorenkollektiv erarbeitet und von Lotte Zumpe herausgegeben, stellt sich als die jüngste größere Schrift aus der Feder von DDR-Historikern zu die-

¹ Vgl. den theoretisch fundierten, die Diskussion wertenden und aussagestarken jüngsten Beitrag von Helga Nussbaum zu diesem Thema: Nussbaum, Helga, Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1, S. 69 - 93.

ser Problematik vor und hilft, mit der Vielfalt der darin enthaltenen Beiträge eine wesentliche Lücke auf dem Gebiet der Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu schließen. Es ist ein Sammelband mit Beiträgen "Zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland", wie es im Untertitel heißt, die bei der weiteren Forschung nicht übersehen werden können und zahlreiche Fragen und Probleme aufwerfen, die ebenso bei der weiteren Untersuchung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht umgangen werden können und den weiteren wissenschaftlichen Meinungsstreit zu diesem Gegenstand wesentlich befruchten. Daß es sich bei den Beiträgen um Forschungsergebnisse handelt, die im Verlauf der Erarbeitung einer "Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland" - die von demselben Institut vorbereitet wird und hoffentlich bald erscheint - entstanden sind, macht die Lektüre für den mit der Materie vertrauten Leser noch interessanter, als sie es ohnehin schon ist.

Das Werk ist ein Sammelband und "versteht sich als Beitrag zur Diskussion" (S. IX)², wobei bereits im Vorwort die Notwendigkeit einer Betrachtung in dem oben erläuterten Sinne augenfällig unterstrichen wird (S. X).

Das Buch zeigt die für Sammelbände typischen Vor- und Nachteile. Zu seinen Vorteilen gehört zweifellos die Vielfalt der Beiträge, die miteinander den gesamten Zeitraum von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis 1945 umspannen. Auch muß nicht wie in einer Monographie die einzelne Darstellung gewissermaßen einer Gesamtaussage untergeordnet sein, wenngleich hier das Gesamtanliegen offenbar ist. Es erweist sich auch keineswegs als Nachteil, daß die Beiträge als aus unterschiedlichen Forschungen hervorgegangen erkennbar sind und somit ihre Zusammenstellung den Eindruck der Zufälligkeit hinterlassen könnte, da sich die Verfasser bemühten, die jeweils wichtigsten Aspekte der staatsmonopolistischen Entwicklung sichtbar zu machen. Ein Nachteil besteht vielleicht darin, daß der Ausgewert der einzelnen Beiträge für die Gesamtbetrachtung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterschiedlich ist, was vielleicht dadurch noch deutlicher hervortritt, daß zwischen Beiträgen mit mehr und solchen mit weniger theoretischer Aussage bis zu solchen mit überwiegend beschreibendem Charakter unterschieden werden kann, wobei diese Unterscheidung keine Wertung sein soll.

Doch wie schon gesagt, sind dies allgemeine Merkmale fast jeden Sammelbandes. Wenn man die Berechtigung solcher Sammelbände anerkennt - und das muß man im Interesse der Publikation vielfältiger Forschungsergebnisse -, dann kann man den vorliegenden Band, der einen hohen theoretischen und historischen Aussagewert besitzt, nur als überaus gelungen kennzeichnen. Zu den schon genannten Vorzügen kommt ferner - ausgehend von der Gruppierung der Beiträge - die gelungene Verbindung von Theorie und Geschichte, die darüber hinaus in einigen Beiträgen auch selbst anklingt. Es sei überhaupt in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben, daß auch die Geschichte der Theorie zu Wort kommt; wird doch häufig in der aktuellen Diskussion nicht nur vergessen, wie die Geschichte verlaufen ist, sondern auch die in der Vergangenheit schon einmal ausgearbeiteten theoretischen Aussagen und Verallgemeinerungen, auf denen wir heute aufbauen.

Es wäre daher wünschenswert gewesen, wenn in noch mehr Beiträgen stärker auf den Stand der theoretischen Diskussion, zum Beispiel unter den Politökomen,

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

eingegangen und die dazu erschienene Literatur einer hier sicher meist notwendigen kritischen Einschätzung unterzogen worden wäre. Solche Auseinandersetzungen, wie sie zum Beispiel Jürgen Kuczynski (S. 6 ff.) und Lotte Zumpe (S. 23 ff.) in ihren Beiträgen führen, hätten, auf den eigenen Untersuchungsgegenstand bezogen, sicher auch den Beiträgen zum Beispiel von Karin Lehmann oder Karl Lärmer genützt. Der Band bringt überwiegend neue und interessante Forschungsergebnisse zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Er zeichnet sich durch eine solide Beherrschung der marxistisch-leninistischen Theorie, ihre gediegene Anwendung auf den zu untersuchenden historischen Prozeß, ein gutes Quellen- und Materialstudium und klar herausgearbeitete Aussagen aus. Wie auch in anderen in letzter Zeit erschienenen Werken zeigen sich hier deutlich die Fortschritte, die die Wirtschaftshistoriker der DDR bei der Lösung dieser Forschungsaufgabe erzielt haben. Als geradezu wohltuend soll hervorgehoben werden, daß die Verfasser sich - ausgehend von ihrer marxistisch-leninistischen Position - allein von der Suche nach der realen Entwicklung des Imperialismus leiten lassen und ihren Lesern nicht durch eine Art theoretischer "Verkehrsleitschilder" vorschreiben, auf welchen Wegen sie denken sollen, wie es leider manchmal im Meinungsstreit noch zu finden ist. Ganz bestimmt trägt der Band deshalb - wie schon gesagt - auch erneut zur Anregung des wissenschaftlichen Meinungsstreites über die Fragen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei, sei es über die Frage seiner sogenannten "Höhepunkte", sei es über die Frage, was denn nun eigentlich "staatsmonopolistisch" ist - zum Beispiel an der Organisation, an der Regulierung usw. - und was nicht, oder seien es solche direkt angesprochenen Probleme, wie die des Krisenzyklus während der dreißiger Jahre: Fragen, die überwiegend von Jürgen Kuczynski in seinem Beitrag aufgeworfen werden.

Mit der letzten Feststellung sind wir bei einem Problem: Sammelbände zu würdigen, zu skizzieren oder zu kritisieren verlangt, die einzelnen in ihnen enthaltenen Beiträge zu behandeln. Die schon hervorgehobene Vielfalt der im vorliegenden Band angesprochenen Probleme macht dieses Verfahren um so dringlicher. Auch ist es auf anderem Wege nicht möglich, dem Leser des Jahrbuches einen umfassenden Überblick über die behandelten Probleme zu vermitteln. Abgesehen von dem theorie- und problemgeschichtlichen Beitrag von Jürgen Kuczynski und dem ebenfalls - obwohl an der Geschichte des deutschen Faschismus abgehandelt - stark zur theoretisch verallgemeinerten Aussage tendierenden Beitrag der Herausgeberin, sind die einzelnen Beiträge des Bandes dem zeitlichen Geschichtsverlauf entsprechend gruppiert. Abgeschlossen wird die Darstellung durch eine weitere theoriegeschichtliche Abhandlung. Dieser Anordnung innerhalb des Bandes zu folgen, fällt dem Rezensenten schwer, wenngleich er die ihr innewohnenden Absichten durchaus akzeptiert. Es seien deshalb im folgenden alle Beiträge mindestens genannt und mehr oder weniger kurz vorgestellt, wobei auf die Reihenfolge in der Publikation jedoch keine Rücksicht genommen wird. Vielmehr werden - wiederum ohne dies als Wertung betrachtet wissen zu wollen - zunächst die theoriegeschichtlichen und stärker zu theoretischen Aussagen tendierenden Beiträge genannt, dann diejenigen, die stärker bestimmte Aspekte der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder Details behandeln bzw. beschreiben.

Jürgen Kuczynskis Beitrag "Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg" ist ein theoriegeschichtlicher Beitrag besonderer Art. Zunächst macht er sehr prägnant auf die Notwendigkeit aufmerksam, sich mit der Geschichte einer Theorie zu beschäftigen, damit vermieden wird, daß viele Aussagen immer wieder neu "erfunden" werden. "Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben sich stets ausführlich mit den Theorien beschäftigt, die ihren eigenen Leistungen vorausgingen,

und haben stets auch die geistigen Errungenschaften der ihnen vorangehenden Denker voll anerkannt" (S. 1). Dann folgt eine theoriegeschichtliche Darstellung, in der die Entwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Weimarer Zeit bis in die dreißiger Jahre hinein verfolgt wird. Das ist gewissermaßen Kuczynskis Beweisführung seiner eigenen Einleitung, zeigt er doch die vielfältigen hohen theoretischen Leistungen der sowjetischen und marxistischer deutscher Autoren in dieser Zeit (S. 6 ff.). Der Leser kann erkennen, daß das Grundgebäude der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Weimarer Zeit schon "stand". Für manchen ist allerdings die Aussage, daß die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu Beginn der dreißiger Jahre faktisch "verloren" (S. 9), ein bißchen wenig. Es wäre wünschenswert gewesen, mehr darüber zu erfahren, welche - wie wir heute wissen, unrichtigen - Ansichten über die Entwicklung des modernen Imperialismus zu diesem "Verlorengehen" beigetragen haben. Gerade Jürgen Kuczynski selbst hat sich - nicht zuletzt beim "Wiederfinden" der Theorie in den fünfziger Jahren - erfolgreich mit diesen Ansichten herumgeschlagen.

Schließlich zeigt Kuczynski im dritten Abschnitt seiner Studie ein Stück Geschichte seines eigenen Ringens um theoretische Klarheit. Dieser Teil der Arbeit ist überaus nützlich und politisch außerordentlich wertvoll - nicht zuletzt deshalb, weil gezeigt wird, daß die Genossen selbst unter den komplizierten Kampfbedingungen der dreißiger Jahre Zeit zu prinzipiellen Diskussionen darüber fanden, wie der bestehende Kapitalismus einzuschätzen sei.

Lotte Zumpes Beitrag "Ökonomischer und außerökonomischer Zwang - Funktion und Wirkungsweise im Kapitalismus, insbesondere im staatsmonopolistischen Kapitalismus" gehört ebenfalls zu den vorwiegend theoretischen Beiträgen des Bandes. Er behandelt in ausgezeichneter Weise das Problem des ökonomischen und des außerökonomischen Zwanges, gewöhnlich als hinreichend theoretisch geklärte Kategorie angesehen. Bei dem Lesen dieses Beitrages erkennt man, wie viele Fragen in diesen Kategorien eigentlich noch ungelöst sind. Daß dabei der Faschismus mehr die "historische Veranlassung" der Überlegungen der Autorin ist und sich das Problem an jeder anderen Periode in ähnlicher Weise darstellen ließe, bestätigt nur die Allgemeingültigkeit ihrer Aussagen. Wichtigstes Merkmal dieses Beitrages ist, daß es sich um eine interessante, gut durchdachte und gekonnt geschriebene theoretische Darstellung der Probleme des außerökonomischen Zwanges - einer in der Darstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus viel verwendeten Kategorie - handelt. Zumpe stellt, wie schon betont, einleuchtend das dialektische Wechselverhältnis von ökonomischem und außerökonomischem Zwang dar, leitet letzteren aus dem Wirken der ökonomischen Gesetze, also nach ihrer Auffassung: dem ökonomischen Zwang, selbst ab (S. 25), umgeht auch nicht die Mühe und Schwierigkeit, selbst zu definieren, was sie unter beiden versteht (S. 25), und geht mit ihrer Darlegung einen bedeutenden Schritt zur Klärung eines wichtigen Aspektes des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach vorn. Daß es dabei nicht ohne Meinungsstreit abgeht, ist nur natürlich, und auch sie führt eine bemerkenswerte Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen in unserer Literatur, unter anderem mit Eichholtz (S. 26), dessen subjektive, überwiegend aus dem Willen des Monopolkapitals abgeleitete Betrachtungsweise ökonomischer Prozesse in der faschistischen Zeit zumindest beiläufig einer sehr nachdenkswerten Kritik unterzogen wird.

Den Auffassungen der Verfasserin ist in vielen Punkten ausdrücklich zuzustimmen. Daß dem Feudalismus wohl doch mehr an Wirkung der ökonomischen Gesetze und damit an "ökonomischem Zwang" innewohnt, als die Autorin meint,

auch was die außerökonomische Herbeiführung der Mehrarbeit anbelangt (S. 28), sei nur am Rande vermerkt.

Ein ebenfalls theoriegeschichtlicher Beitrag ist der im Sammelband als letzter stehende: "Die Entwicklung der bürgerlichen Ideologie in der Periode des Kapitalismus" von Herbert Meißner und Alfred Bönisch. Gewissermaßen ergänzend zu Kuczynski wird hier die Entwicklung der bürgerlichen politökonomischen Theorie dargestellt. Der sehr gut geschriebene Beitrag scheint aber mehr Aufgaben der Information als der Diskussion zu erfüllen. Das ist im Rahmen dieses Sammelbandes durchaus kein Nachteil, doch hätte man sich gewünscht, daß genauer auf die durch die historischen Artikel behandelte Zeit und auf die durch die Autoren der anderen Beiträge angesprochenen bürgerlichen Theorien Bezug genommen worden wäre.

Der Beitrag von Thomas Kuczynski "Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33 und deren Effektivität" kann sowohl wegen seines die allgemeine Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus stärker betreffenden Inhaltes als auch wegen seiner Bezugnahme auf diverse wichtige Einzelaspekte dieser Theorie zu den mehr theoretischen Artikeln gerechnet werden. Gleichzeitig ist er aber von der Auswertung der Quellen und der Literatur her einer der solidesten und daher faktenreichsten Beiträge des Bandes. Das resultiert im wesentlichen daraus, daß in diesen Artikel viel Material und grundlegende Ergebnisse der Dissertationsschrift des Verfassers eingingen, die hier erstmalig für eine Publikation aufbereitet wurden.

Der Beitrag ist reich an zur Diskussion herausfordernden Aussagen über die Haltung der herrschenden Klasse in der Weltwirtschaftskrise und wirft eine Reihe von interessanten Problemen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rüstungswirtschaft des deutschen Faschismus auf. Sie gipfeln in der Feststellung, daß das faschistische Deutschland "ohne staatsmonopolistische Rüstungswirtschaft ... sehr schnell wieder aus der Depressionsphase in eine neue Krise zurückgefallen" wäre (S. 251). Blicke die Frage zu klären, ob die Rüstung generell oder nur beim damaligen Stand der Produktionsverhältnisse zur "Beseitigung" der Krisen erforderlich war, zumal ersteres Argument auch heute fälschlicherweise von bürgerlicher Seite im Kampf um die Abrüstung gebraucht wird. Es scheint ziemlich sicher zu sein, daß die monopolistische Bourgeoisie damals allgemein (nicht nur die deutsche) noch am "Erlernen" des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus war.

Interessante Aspekte werden auch in dem Beitrag von Helga Nussbaum "Die Investitionsstrategie staatlicher und privater Unternehmen unter den Bedingungen eines gesetzlichen Zwangssyndikats (Deutsche Kaliindustrie bis 1914)" angesprochen, der im wesentlichen dem Referat der Autorin auf der internationalen Konferenz "Investment Strategy in Private Enterprise and the State Sector (19th and 20th Centuries)" vom Juli 1973 entspricht. Die Fragestellung, inwieweit der staatliche Eingriff in Gestalt der Zwangssyndizierung Auswirkungen auf das Investitionsverhalten der Unternehmer hat, wird von der Autorin am deutschen Kalisyndikat, einem historisch frühen Beispiel staatlicher Einflußnahme, überzeugend abgehandelt.

Die durch die Anlage des Beitrages bedingte Notwendigkeit, auch bekannte Sachinformationen wiederzugeben oder an den Anfang der Überlegungen zu stellen, wird von ihr bereits dazu genutzt, Fragen nach politischen und traditionellen Gründen der Syndizierung in diesem Zweig aufzuwerfen.

Wie in anderen Arbeiten aus ihrer Feder legt die Verfasserin auch hier großen Wert darauf, die Widersprüchlichkeit des historisch-ökonomischen Prozesses zu zeigen. So wird zum Beispiel das Kalisyndikat - zeitweise in unserer Literatur neben den Kohle- und Eisenmonopolen als der Prototyp des Monopols seiner Zeit gekennzeichnet - hier in einer Weise behandelt, die deutlich macht, daß es mit den anderen Monopolen nicht vergleichbar ist. Die Kalisyndizierung begünstigte eigentlich eine für nichtmonopolisierte Zweige typische Entwicklung. Das Syndikat schuf offenbar nur einen monopolisierten Außenmarkt.

Es ist eigentlich schade, daß sich die Verfasserin für den Sammelband an ihren Referattext gehalten und ihn sogar noch gekürzt hat. Sie war dadurch leider gezwungen, manche Fragestellungen nur anzudeuten. So wäre in diesem Zusammenhang sicher diskutierenswert gewesen, ob man überhaupt von einer Investitionsstrategie sprechen kann und wenn ja, ob die behandelten Beispiele nicht etwa nur die Strategie jeweils eines Mannes (zum Beispiel Duisbergs oder Rathenaus), nicht aber die innerhalb eines ganzen Industriezweiges gewesen ist.

Eine gewisse Sonderstellung innerhalb des Bandes nimmt der Beitrag "Strukturwandlungen der Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierungen der Klassenbeziehungen" - Zu einigen Problemen der sozialen und politischen Entwicklung in Deutschland von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg" von Horst Handke ein. Dem Problem der "Regulierung der Beziehungen von Kapital und Arbeit" gewidmet, beschäftigt er sich eigentlich nahezu ausschließlich mit den solchen Regulierungen vorausgehenden Voraussetzungen und Entwicklungsbedingungen. Obwohl eine solche Betrachtung in diesem Band durchaus am Platze ist, muß ihre besondere Stellung betont werden; geht doch der Beitrag - im Unterschied zu den anderen - auf Theorie und Praxis des staatsmonopolistischen Kapitalismus kaum ein.

Dafür enthält der Beitrag eine ganze Reihe von Anregungen für die direkte Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Ausgehend von der Frage, ob die für deutsche Verhältnisse schon traditionell zu nennende frühe Bürokratisierung als Voraussetzung für die Konzentration staatsmonopolistischer Macht angesehen werden kann, weist Handke mit besonderem Nachdruck, und völlig zu Recht, auf eine bisher häufig vernachlässigte oder unterschätzte Form der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hin, die ihre Wurzeln in der Veränderung der Sozialstruktur der Arbeiterklasse wie der herrschenden Klasse habe. Traditionelle Bürokratisierung und Veränderungen in der Sozialstruktur bringen nach Handke frühe staatsmonopolistische Eingriffe in die Sozialbeziehungen der Klassen hervor, die dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zuzurechnen seien.

Handke wendet sich dann aber nicht diesen Eingriffen näher zu, sondern den Veränderungen in der Sozialstruktur selbst. Er stellt, zum Teil auf eigene Berechnungen gestützt, die Entwicklung des eigentlichen Proletariats dar (S. 131 ff.), analysiert dahingehend die bürgerliche Statistik, schildert die "Auflösung der Randschichten" und die Bildung neuer Arbeiterschichten. Und bei all dem erkennt der Leser - eigentlich mehr zwischen den Zeilen als explizit ausgedrückt - wie sich durch diese Entwicklung staatliche Maßnahmen geradezu anbieten, zumindest in einem Staatsapparat, wie es der des deutschen Kaiserreiches war. Da auf diesem Gebiet bisher wenig analytische Arbeit geleistet wurde, erscheint mir Handkes Untersuchung nicht nur für die hier genannten Aspekte, sondern nachgerade für die weitere Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung wichtig.

Das Anliegen von Karin Lehmann in ihrem Beitrag "Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte im Deutschen Reich vor dem ersten Weltkrieg" ist es offenbar - da ja über Finanzpolitik schon ein recht erheblicher Fundus in der historischen Literatur vorhanden ist -, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des frühen staatsmonopolistischen Kapitalismus stehenden Probleme der Finanzpolitik sichtbar zu machen. Dabei versteht sich der Beitrag als eine "vorwiegend quantitative Analyse" (S. 86).

Es handelt sich um eine Sammlung von Statistiken und Berechnungen, die sich auf Veränderungen in der Ausgabenpolitik des Staates (im weitesten Sinne) bezieht und nach den Aspekten staatsmonopolistischer Ausgabenpolitik der heutigen Zeit gegliedert ist: Rüstung, Infrastruktur, "Innenpolitik", Forschung und Entwicklung. Den Sammlungscharakter erhält der Beitrag dadurch, daß Zahlenmaterial und textliche Analyse sich etwa wie 4 : 5 verhalten. Damit wirkt er etwas mit Zahlen überladen. Doch stellt er im Hinblick auf das Anliegen des ganzen Bandes eine nützliche und zum Nachdenken anregende Ergänzung dar.

Der außerordentlich große Umfang des Zahlenmaterials tritt umso deutlicher hervor, als die Verfasserin aus dem Material und ihren eigenen Berechnungen keine Schlußfolgerungen zieht bzw. theoretische Verallgemeinerungen vornimmt, die sich sowohl bei den Ausführungen über die Rolle der Ausgaben für den Verkehr wie für Bildung und Forschung geradezu anbieten würden. Nur bei den Militärausgaben, zu denen auch schon mehr Analytisches in der Literatur gesagt wurde, kommt sie zu wertenden Aussagen. Diese sind jedoch einer weiteren Untersuchung wert.

Insgesamt also handelt es sich um einen die Vielfalt des Bandes abrundenden Beitrag, dessen Verfasserin man nur mehr Mut zum Urteil gewünscht hätte.

Schließlich sei noch auf drei weitere interessante faktenreiche Beiträge dieses Sammelbandes hingewiesen, ohne näher auf sie einzugehen. Dazu gehört der Beitrag "Die Weiterentwicklung staatsmonopolistischer Beziehungen bei der Organisation der imperialistischen Nachkriegswirtschaft in Deutschland 1918/19" von Dieter Baudis. Der Autor nimmt sich in gelungener Weise der in letzter Zeit stärker in den Mittelpunkt des historischen Interesses gerückten Zeit zu Beginn der Weimarer Republik an und weist anhand ausgiebig ausgewerteter Quellen die Kontinuität in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch (oder gerade) in dieser Zeit nach. Bemerkenswert ist dabei seine Behandlung der Tatsache, daß staatsmonopolistische Regulierungen für die Zeit nach dem Friedensschluß bereits im letzten Kriegsjahr vorbereitet wurden. Auf dieses Problem wird bereits in zahlreichen jüngeren Publikationen vielfältig hingewiesen. Kritisch sei nur angemerkt, daß einige von Baudis' Aussagen wohl weniger originär sind, als sie sich im Beitrag darstellen.

Schließlich ist in die Reihe der sachlich genau abgegrenzten Detailstudien auch der Beitrag von Berthold Puchert "Regulierung des deutschen Außenhandels nach dem ersten Weltkrieg" einzuordnen. Zur Geschichte des deutschen Außenhandels ist in der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung bisher noch recht wenig Zusammenhängendes gesagt worden. Insoweit wird in diesem Artikel eine für die staatsmonopolistische Regulierung wichtige Zeitspanne behandelt. Im Beitrag werden sowohl die Beweggründe für die starke Regulierung nach dem Kriege - vor allem zu suchen in den Friedensvertragsbestimmungen - als auch die Organisation dieser Regulierung wie die Ergebnisse des deutschen Außenhandels zusammenfassend behandelt.

Insgesamt haben wir einen Beitrag zur direkten, erzwungenen staatsmonopolistischen Regulierung vor uns, der ein erneutes Mal diese Form, hier speziell für den Außenhandel, illustriert, in dem jedoch die systemimmanenten Entwicklungstendenzen ein bißchen zu kurz kommen.

Abschließend seien noch einige Worte zu Karl Lärners Beitrag "Autobahnbau und staatsmonopolistischer Kapitalismus (1933 - 1945)" gesagt. Er behandelt anhand des faschistischen Autobahnbaues eine für den gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus wichtige Frage der Umverteilung des Nationaleinkommens: die Infrastruktur. In diesem Beitrag, bei dem sich der Verfasser auf eigene spezielle Studien zu dieser Problematik stützen kann³, wird die Bedeutung der infrastrukturellen Fragen für die staatsmonopolistische Regulierung, besonders die Rolle des Straßenbaues - und das unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus -, dargestellt.

Mit dem Sammelband "Wirtschaft und Staat im Imperialismus" ist, das soll abschließend noch einmal hervorgehoben werden, zweierlei sichtbar geworden:

1. Die Probleme, die zu erforschen notwendig sind, um das historische wie gegenwärtige Phänomen des staatsmonopolistischen Kapitalismus richtig einschätzen und dementsprechend für die Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse bewerten zu können, sind außerordentlich vielfältig. Sie bedürfen einer genauen Analyse.
2. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist als eine überwiegend ökonomische Kategorie zu begreifen, für die politische Faktoren wie Entscheidungen sicherlich eine nicht untergeordnete, aber auch keine dominierende Rolle spielen. Nach wie vor sind es vorrangig ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung bestimmt haben und weiter bestimmen. Daß die marxistisch-leninistischen Wirtschaftshistoriker der DDR an diesen Problemen arbeiten und damit hoch aktuell sind, zeigt der vorliegende Sammelband, der sich somit als eine wertvolle Publikation für die weitere Erforschung dieser Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Geschichte und Gegenwart präsentiert.

³ Vgl. Lärner, Karl, Autobahnbau in Deutschland 1933 - 1945. Zu den Hintergründen, Berlin 1975 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6.

VOM BÜRGERLICHEN DILEMMA DER BESTIMMUNG DES BÜRGERTUMS

Zu einem empirischen Versuch, aus sozialen Verhaltensweisen soziale Strukturen abzuleiten

Hansjoachim Henning, Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860 - 1914. Soziales Verhalten und soziale Strukturen, T. 1: Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen = Historische Forschungen im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Otto Brunner, Peter Rassow u. Joseph Vogt, Bd. 4

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1972, 509 Seiten, 21 Tabellen, 18 Schaubilder, Preis: 92,- DM

von Horst Handke

Eine Richtung in der bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialhistoriographie meint, daß die empirische Beschreibung eines Erkenntnisobjekts Voraussetzung für jede historische Forschung ist. Nun ist bestimmt nichts gegen Empirie einzuwenden. Die Forderung wird allerdings dann bedenklich, wenn den "Quellen" - und nur diesen - die Eignung zugebilligt wird, die soziale Wirklichkeit zu beschreiben. Sie wird geradezu zur Täuschung und Selbsttäuschung, wenn sich dahinter der Anspruch verbirgt, nur diese Quellen seien der Wirklichkeit adäquat, Abgrenzungen sozialer Bereiche, Begriffsinhalte seien dagegen nur "Modelle", nicht geeignet, eine vergangene soziale Wirklichkeit zu beschreiben.

Genau diese Vorstellung entwickelt Henning, ein Schüler des Tübinger Sozial- und Wirtschaftshistorikers Karl Erich Born, in seiner Arbeit über das westdeutsche Bürgertum zwischen 1860 und 1914 (S. 14, 39)¹, und soweit er sie in die Praxis umzusetzen versucht, steht er ständig im Widerspruch zwischen seiner "empirischen" Ausgangssituation und den "Abstraktionen", die er schon vom rein Begrifflichen her gezwungen ist anzuwenden. Hätte Henning die Empirie als etwas begriffen, mit dem man zur Theorie, zu einem tieferen Verständnis der Wirklichkeit aufsteigen kann, hätte seine auf vielseitigen und weitgehend neuen Quellen beruhende Forschung einen bleibenden Wert erlangt. So bewegt sich Henning aber nur zwischen der Fülle seines Materials und den mehr oder weniger spekulativen Begriffsinhalten und "Modellen" der bürgerlichen Sozialwissenschaft, die an einer wissenschaftlichen Erkenntnis der Wirklichkeit insoweit vorbeigehen, als sie keine gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten suchen, ja nicht einmal um exakte Begriffsdefinitionen bemüht sind. Am Ende bleibt der Empirismus Hennings eine "Theorie", die zur Einbuße an Erkenntnis der Wirklichkeit führt, also zum ge-

¹ Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

nauen Gegenteil dessen, was mit der Verbarrikadierung hinter den Quellen beabsichtigt oder als Absicht vorgegeben wird. Im Grunde bedeutet der Verzicht auf Theorie Verzicht auf wissenschaftliche Forschung und Erkenntnis und öffnet idealistischen, spekulativen Schlußfolgerungen Tür und Tor. Das "Bürgertum", der Gegenstand von Hennings Arbeit, erscheint, ganz im Sinne einer "verstehenden Kritik", als "etwas nicht zu Definierendes, sondern zu Verstehendes und Nachzugestaltendes" - wie es einer der in den fünfziger Jahren führenden Wirtschaftshistoriker der BRD, der 1958 verstorbene Ludwig Beutin, einmal formuliert hat. Das Einende, das Gemeinsame dieser Gesellschaftsschicht wird dann nicht im ökonomischen Bereich, in den materiellen Bedingungen gesucht, sondern in etwas, das "tiefer noch in das Menschentum" reicht, im "geistigen Leben".²

Henning erkennt natürlich, wie andere der empirischen Richtung verpflichtete Sozialhistoriker, daß die empirische Forschung bei der Definition des Gegenstandes einsetzen muß; doch offensichtlich ist er, wie beispielsweise Biermann, der Meinung, daß Begriffe nicht im Zuge theoretischer Arbeit gefunden werden müssen.³ So setzt sich Henning in seinem Einleitungskapitel, "Das Problem" überschrieben, mit dem "Begriff Bürgertum in der historischen Diskussion" und der "Selbstaussage des Bürgertums" auseinander, ohne daß er dies mit der Erkenntnis in Verbindung bringt, daß es sich hierbei um die grundlegenden theoretischen Ausgangspunkte seiner "Darstellung" - so ist der zweite Teil seiner Arbeit benannt - handelt.

In einer ersten Bilanz, die er nach einem Überblick über die vornehmlich bürgerlichen Auffassungen zum "Bürgertum" zieht, weicht er auf die negative Abgrenzung aus, die Beutin gegeben hat, nämlich, daß das Bürgertum "die unbestimmt umschriebene große Gesellschaftsgruppe zwischen Bauern und Adel auf der einen Seite - als den historisch gewachsenen Ständen - und der sich festigenden Masse der Handwerker und der sich langsam aus ihrer Gruppe abgliedernden Arbeiterschaft auf der anderen" sei.⁴ Henning weist zwar auf eine sogenannte Inkonsistenz Beutins hin, der einerseits den Handwerkern im Bürgertum der kleinen Städte eine besondere Rolle zuerkennt⁵ und sie andererseits als eigene Schicht im Grenzbereich des Bürgertums absondert. Er wendet sich auch gegen Beutins Versuche, "das geistige Leben" oder "die politische Willensbildung" als Merkmale des Bürgertums herauszubilden. Doch im Prinzip hält er an Beutins negativer Umschreibung des Bürgertums fest, lediglich - vorsichtiger als Beutin - in dem genannten Mittelfeld nicht schon eine Beschreibung des Bürgertums sehend, sondern nur den "sozialen Raum", in dem das Bürgertum zu suchen und zu beschreiben sei (S. 14).

Auch die "Selbstaussagen" des Bürgertums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, etwa die von Riehl, Mittermaier, Bluntschli, Wagener und Max Weber (S. 15 - 38), führen Henning nicht wesentlich weiter. Insbesondere stößt er auf die Unsicherheit, die bei der sozialen Zuordnung der Beamten auftritt (S. 20, 23,

2 Beutin, Ludwig, Das Bürgertum als Gesellschaftsstand im 19. Jahrhundert, in: derselbe, Gesammelte Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. v. Hermann Kellenbenz, Köln 1963, S. 292.

3 Biermann, Benno, Die soziale Struktur der Unternehmerschaft. Demographischer Aufbau, soziale Herkunft und Ausbildung der Unternehmer in Nordrhein-Westfalen, Stuttgart 1971, S. 7.

4 Beutin, Ludwig, a. a. O.

5 Ebenda, S. 287.

25), Immerhin veranlaßt ihn dies, die Beamtenschaft in den Bereich der Untersuchungen einzubeziehen, also über den Kreis hinauszugehen, den das bürgerliche "Selbstverständnis" im 19. Jahrhundert gezogen hatte (S. 35).

Am Ende stellt Henning den als "Bürgertum" bezeichneten Beobachtungsbereich wie folgt dar (S. 35 f.):

1. die Gruppe der unternehmerisch Tätigen. Dazu rechnet er:
 - a) die Rentiers als Besitzer von Produktionsmitteln, "auch wenn sie sich ihrer Entscheidungsbefugnis darüber begeben haben";
 - b) die Unternehmer im Bereich von Handel und Gewerbe; und "da es hier nicht so sehr auf den Besitz, sondern auf die Dispositionsfähigkeit über die Produktionsmittel ankommt, werden die leitenden Angestellten dazugerechnet";
 - c) die selbständigen Akademiker, wie freipraktizierende Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, Apotheker, freischaffende Künstler und ähnliche;
 - d) die Handwerker; "dazu werden alle Lehrberufe gerechnet, aber nur die Gruppe der Meister beobachtet, da die Grenze zwischen industrieller Arbeiterschaft und Handwerksgelesen kaum zu ziehen ist".
2. die Gruppe der "Gehaltsempfänger aus Kassen der Hoheitsträger". In diese Gruppe bezieht Henning ein:
 - a) die Staats- und Kommunalbeamten und die Beamten staatlicher und kommunaler Regiebetriebe;
 - b) die Geistlichkeit und
 - c) das Lehrpersonal an Universitäten, Gymnasien und Volksschulen.

Auf den ersten Blick ist erkennbar, daß Henning hier verschiedene Schichten, bürgerliche und kleinbürgerliche, kapitalistische und nichtkapitalistische, Schichten verschiedenen Ursprungs, unter dem Begriff "Bürgertum" subsumiert. Das Bürgertum erscheint als ein Konglomerat verschiedener Schichten, nicht aber als eine durch gemeinsame soziale Merkmale charakterisierte Klasse oder Schicht.

Henning ist sich zwar der Uneinheitlichkeit des von ihm abgesteckten Untersuchungsgegenstandes bewußt, trotzdem zögert er nicht, auf ihn den einheitlichen Begriff "Bürgertum" a priori anzuwenden. Seine Absicht, "wert"-beladene Begriffe und "Modelle" zu verwerfen, gewissermaßen eine "voraussetzungslose" empirische Methode zu entwickeln, wird bereits im Ansatz ad absurdum geführt, weil keiner der von ihm verwendeten Begriffe - und schon gar nicht der des "Bürgertums" - ohne eine historisch-soziale Bezogenheit denkbar ist, weil der "Wert" solcher Begriffe aus dieser Bezogenheit hervorgeht.

Die Auffassung vom "breiten sozialen Mittelfeld"⁶, in dem das Bürgertum zu suchen sei (S. 14), enthält trotz aller Ungenauigkeit einen realen Bezugspunkt. Das "Bürgertum" stellte in der Zeit vor und während der industriellen Revolution eine Mittelklasse dar. Marx und Engels verwendeten noch in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Anlehnung an die anglosächsische Literatur den Begriff der "middle class", wobei sie darunter präzise die "kleine handwerksmäßige Bourgeoisie" verstanden.⁷ Marx und Engels gebrauchten den Begriff bei der Wieder-

6 In Anlehnung an Beutin. (Ebenda, S. 292.)

7 Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 254.

gabe des Sachverhalts, daß diese "zahlreiche kleine Mittelklasse der 'guten alten Zeit'" bereits aufgehört hatte zu existieren, daß nunmehr an die Stelle des "industriellen Mittelstandes" die "industriellen Millionäre", die "modernen Bourgeois" getreten waren.⁸ Um wieviel weiter mußte diese Entwicklung, die Zersetzung der alten Mittelklasse, zu jener Zeit fortgeschritten sein, die Henning als "Epoche der Hochindustrialisierung" bezeichnet und die zwanzig bis siebzig Jahre später liegt! Es sei hier nicht um den Begriff "Epoche der Hochindustrialisierung" gestritten. Sie umfaßt den Zeitraum, in dem sich die maschinelle Großproduktion endgültig durchsetzt und sich der Übergang zur Massenproduktion vollzieht. Sie schließt die volle Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und die Herausbildung des Monopolkapitals ein und führt die Entwicklung des Monopolkapitalismus bis dicht an den offenen Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus während des ersten Weltkrieges. Offensichtlich vollzogen sich also in diesem Zeitraum soziale Prozesse, die die von Marx und Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts erkannten Entwicklungen weiterführten, beschleunigten und am Ende des 19. Jahrhunderts auf eine neue Stufe hoben.

Doch Henning, anstatt von den realen sozialen Prozessen der Veränderung der Klassen- und Schichtstruktur und den ihnen zugrunde liegenden ökonomischen Verhältnissen auszugehen, geht nicht wesentlich über die bürgerlichen "Selbstaussagen" der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - und auch spätere bürgerliche Feststellungen - hinaus, deren Begriff vom "Bürgertum" nicht selten durch das Bild der "Mittelklasse der 'guten alten Zeit'" geprägt wurde - bestenfalls ein Beweis für die Zählebigkeit ideologischer Vorstellungen. Daß außerdem vor allem in Betrachtungen über das 19. Jahrhundert Auffassungen vom "Staatsbürger", im Sinne des französischen "citoyen", und des "Bürgers" als eines "Standesvertreters", als des Angehörigen einer sozialen Schicht, im Sinne des französischen "bourgeois", durcheinanderliefen und es manchem bürgerlichen "Bürgertumsforscher" Mühe machte, hier exakte Unterscheidungen vorzunehmen, sei nur am Rande vermerkt. Begünstigt wurde eine solche Verwirrung durch die Festigung der Herrschaft der bourgeois Klasse, insbesondere im 19. Jahrhundert. Das "Bürgerliche" wurde im Gefolge dessen zum Maßstab des allgemein Gesellschaftlichen, zum Maßstab von Normen und Sitten, bürgerliche und staatsbürgerliche Vorstellungen durchdrangen sich in zunehmender Weise.

Wenn Henning an den Ausgangspunkt seiner Begriffsbestimmung die Behauptung stellt, daß das Einzige, was sich mit Sicherheit über sein "Erkenntnisobjekt" sagen lasse, sei, daß es "keine brauchbare Definition des Bürgertums" gäbe, "auch nicht einmal eine diskutabile Beschreibung, weil die Forschung bisher keine Merkmale beobachtet hat, die eindeutig seine Zugehörigkeit bestimmen" (S. 14), dann trifft dies auf die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft ganz allgemein zu, und es gilt für Henning im besonderen.

Im Zusammenhang mit dem Verzicht auf jegliche Theorie oder auch nur im Zusammenhang mit der Hilflosigkeit gegenüber Definitionen steht das Bemühen um eine "enthistorisierte" Betrachtung der Geschichte. Es soll hier nicht weiter untersucht werden, ob der Empirismus zu dieser Betrachtungsweise führt oder umgekehrt die letztere zum Empirismus.⁹ Fest steht, daß eine Betrachtung gesell-

⁸ Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1959, S. 463.

⁹ Letztere Auffassung vertritt der Soziologe Jaeggi, Urs, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt (Main) 1973, S. 56.

schaftlicher Phänomene, die ohne Definition auszukommen vermeint, notgedrungen auch an historischer Konkretheit verliert. Ganz in diesem Sinne ist es bezeichnend, daß Henning glaubt, gegen eine Auffassung polemisieren zu müssen, die als einzige in dem von ihm angeführten Spektrum von Meinungen zum Begriff "Bürgertum" einen hohen wissenschaftlichen Gehalt hat, die den Begriff aus den Eigentumsverhältnissen ableitet, die ihn historisch sieht und in seiner dialektischen Verknüpfung mit anderen gesellschaftlichen Schichtbegriffen zeigt. So wendet sich Henning gegen Meusel, nach 1945 einer der Begründer der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, erster marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaftler an einer deutschen Universität überhaupt¹⁰, und dessen Beitrag, den dieser Anfang der dreißiger Jahre für das von Vierkandt herausgegebene "Handwörterbuch der Soziologie" über das Stichwort "Bürgertum" verfaßte. Dieser bemerkenswerte Beitrag ging nicht nur über den Rahmen gewöhnlicher bürgerlicher Erkenntnis und Selbsterkenntnis hinaus, sondern er machte auch den Übergang des Verfassers auf die Positionen des dialektischen und historischen Materialismus deutlich. Selbst wenn vielleicht einzelne der dort gemachten Aussagen zu überprüfen sind, nicht vollständig erscheinen oder der Präzisierung bedürfen, so ist es doch geradezu widersinnig, wenn der "Historiker" Henning dem "Soziologen" Meusel "historisches Vorgehen" vorwirft ("der Soziologe Alfred Meusel" glaubte, "doch auf historische Rückgriffe nicht verzichten zu können" - so Henning, S. 12).

Die Einbeziehung der historischen Wandlung der Sozialstruktur in seine Betrachtung hätte Henning vielleicht helfen können, die am Anfang seiner Arbeit gestellte Frage zu beantworten, was denn "dieses Bürgertum eigentlich" sei, was es am Anfang des 19. Jahrhunderts war und wozu es sich in der Jahrhundertmitte oder am Ende des Jahrhunderts entwickelt hatte. Wenn das 19. Jahrhundert in der bürgerlichen Historiographie nicht selten das "bürgerliche Jahrhundert" genannt wird, dann drückt sich darin nichts anderes aus, als daß - auf der Grundlage der industriellen Revolution in England und der bürgerlichen Revolution in Frankreich - die Bahn für den weltweiten Siegeszug des Industriekapitalismus und die endgültige Durchsetzung bürgerlicher, bourgeoiser Produktionsverhältnisse frei geworden war. Die prägende Kraft dieses Jahrhunderts war der Industriekapitalist, der Unternehmer modernen Stils, und nur die zurückgebliebenen, noch in feudale Zwänge eingebetteten Verhältnisse in Deutschland überlagerten den Prozeß der Durchsetzung des Industriekapitalismus, erschwerten ihn, modifizierten entsprechend die Struktur des Bürgertums.

Aus dieser Erkenntnis leitet sich keineswegs ab, daß zwischen den Industriekapitalisten, den Unternehmern modernen Stils, und der bürgerlichen Klasse eine völlige Identität hergestellt wird. Keine gesellschaftliche Klasse existiert unabhängig von anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten in Formen, in denen ihre Klassenmerkmale gewissermaßen "rein" auftreten. Es gibt fließende Übergänge zu anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten und dadurch Bereiche, in denen sich verschiedene Klassen- und Schichtmerkmale überlagern. Hinzu kommt, daß die Existenz von Klassen und Schichten ein dynamischer Prozeß ist, daß sich das Gesamtgefüge der "reinen" und "gemischten" Formen verändert. Insofern gibt es kein "Bürgertum", das zu allen Zeiten, für die dieser Begriff verwendet wird, gleich gewesen wäre. Was jedoch gleich war und ist - und das berechtigt,

¹⁰ Siehe auch Streisand, Joachim, Alfred Meusels Weg vom bürgerlich-demokratischen Soziologen zum marxistisch-leninistischen Historiker, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 9/1975, S. 1021.

auch zu verschiedenen Zeiten von Bürgertum zu sprechen -, sind wesentliche Inhalte des Begriffs, ist die sozialökonomische Bestimmtheit des Bürgertums.

Unter diesem Blickwinkel wäre zunächst grundsätzlich zwischen dem feudalen Stadtbürgertum des hohen Mittelalters und dem Bürgertum des kapitalistischen Zeitalters zu unterscheiden, ersteres, obwohl bereits ein fremdes Element innerhalb der Feudalgesellschaft, doch noch voll in diese integriert, im wesentlichen an einfache Warenproduktion, an wenig entfaltete Warenbeziehungen gebunden; letzteres mit der Herausbildung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft, verschiedene Stufen durchlaufend, auf den ersten Stufen zwar auch noch in die feudale Produktionsweise integriert, diese aber nicht nur in starkem Maße zersetzend, sondern auch in zunehmendem Maße bekämpfend. Das feudale Städtebürgertum, mag es auch in gewisser Weise Vorläufer der kapitalistisch-bürgerlichen Klasse sein, ist auf keinen Fall mit dieser Klasse gleichzusetzen, weder in seinem Wesen noch in seinen historischen Erscheinungsformen. Es hat keine "bürgerliche Gesellschaft" geschaffen. Marx und Engels haben in der "Deutschen Ideologie" geschrieben, daß die "bürgerliche Gesellschaft ... den gesamten materiellen Verkehr der Individuen innerhalb einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte" umfaßt. Dabei weisen sie auf den dynamischen Charakter dieser Gesellschaft hin, wenn sie bemerken, daß sie - diese Gesellschaft - auch "über den Staat und die Nation" hinausgeht, "obwohl sie andererseits wieder nach Außen hin als Nationalität sich geltend machen, nach Innen als Staat sich gliedern muß". Im selben Zusammenhang führen sie auch aus: "Das Wort bürgerliche Gesellschaft kam auf im achtzehnten Jahrhundert, als die Eigentumsverhältnisse bereits aus den antiken und mittelalterlichen Gemeinwesen sich herausgearbeitet hatten. Die bürgerliche Gesellschaft als solche entwickelt sich erst mit der Bourgeoisie; die unmittelbar aus der Produktion und dem Verkehr sich entwickelnde gesellschaftliche Organisation, die zu allen Zeiten die Basis des Staates und der sonstigen idealistischen Superstruktur bildet, ist indes fortwährend mit demselben Namen bezeichnet worden."¹¹

In den letzten Jahren sind verschiedene fruchtbare Ansätze seitens marxistischer Historiker, darunter auch in der DDR, gemacht worden, um den historischen Wandel des Bürgertums als einer sozialen Kategorie darzustellen. So unterscheiden Berthold, Engel und Laube, von der deutschen Geschichte ausgehend, zwischen dem mittelalterlichen Stadtbürgertum und dem "neuen Bürgertum", das sich Ende des 15. Jahrhunderts und Anfang des 16. Jahrhunderts herausbildet, das noch nicht Klasse der Bourgeoisie ist, sondern eine frühkapitalistische Unternehmerschaft. In der Manufakturperiode (von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum 18. Jahrhundert) tritt die Handels- und Manufakturbourgeoisie auf, eine "entstehende bourgeoise Schicht" mit noch unausgereiftem bourgeoisem Charakter, letztlich eingebettet in die feudalen Gesellschafts- und Machtverhältnisse.¹²

Auch Vogler folgt dieser Darstellung. An den Ausgangspunkt seiner Überlegungen stellt er die Forderung, klarzustellen, was unter "Bürgertum" in den einzelnen historischen Zeitabschnitten zu verstehen ist¹³, also eine allgemeine und zugleich

11 Marx, Karl / Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 36.

12 Berthold, Brigitte / Engel, Evamaria / Laube, Adolf, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: ZfG, Nr. 2/1973, S. 214.

13 Vogler, Günter, Probleme der Klassenentwicklung in der Feudalgesellschaft.

historisch-konkrete Fragestellung, die über Hennings auf das 19. Jahrhundert eingeeengten Blickwinkel hinausgeht, Vogler vertritt weiter die Ansicht, daß sich auf der Grundlage des Bürgertums des 14. und 15. sowie des 16. und 17. Jahrhunderts, das sich mehrfach veränderte, im Zeitalter des Manufakturkapitalismus die Bourgeoisie herausbildet. Dabei unterscheidet er zwischen Manufakturbourgeoisie im weiteren Sinne als Bourgeoisie in der Epoche des Manufakturkapitalismus generell, vor allem die Handelsbourgeoisie dieses Zeitalters in den Begriff einbeziehend, und Manufakturbourgeoisie im engeren Sinn, die nur den Teil der Bourgeoisie in der Manufakturperiode umfaßt, der sein Kapital direkt in der Produktion anlegt.¹⁴

Mittenzwei¹⁵ schließlich greift den Hinweis von Marx und Engels auf, daß sich eine Klasse in einem doppelseitigen Prozeß formiert: in einem sozialökonomischen und in einem politisch-ideologischen, als Klasse "an sich" und als Klasse "für sich".¹⁶ Dieser Hinweis macht deutlich, daß die "ökonomische" Betrachtungsweise - ebenfalls ein Vorwurf Hennings gegenüber Meusel (S. 12) - keineswegs politische oder geistige Faktoren negiert. Auf das Bürgertum als soziale Klasse bezogen, bedeutet es aber - und auch darauf hat schon Marx hingewiesen -, daß es verschiedene historische Phasen durchläuft, die "von der Stadtgemeinde" bis zur "Konstituierung als Klasse" reichen.¹⁷ Erst in der politischen Revolution, mit dem Sturz der Feudalherrschaft, gelangt das Bürgertum, als Bourgeoisie, zur Bestimmung als Klasse "für sich", zu spezifischen Organisationsformen, die der Verteidigung seiner Klasseninteressen dienen.

Verzerrt jedoch die verzögerte industrielle Revolution die Entwicklung der sozialen Strukturen in Deutschland, so verdunkelt die langsam und "von oben" durchgeführte bürgerliche Revolution das Bild der politischen Konstituierung der modernen bürgerlichen Klasse. "Alte" und "neue" Elemente verquicken sich zu einem schwer entwirrbaren Geflecht und lassen sowohl im materiellen wie im ideellen Bereich den "Typus des Bürgertums" nur unscharf erkennen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde erklärt sich wohl auch, daß Henning in der Polemik gegen Meusel schreibt, daß es der "Fehler vieler Soziologen" sei, wenn sie "den Typus des Bürgers" suchten. In bezug auf die bürgerlichen Soziologen mag Henning sogar recht haben; denn gleichgültig, was diese unter "Typus" verstehen, ob sie damit das Wesen des "Bürgers" - als des Angehörigen einer sozialen Klasse oder Schicht - oder nur "typische", allgemein-repräsentative "Erscheinungsformen" des "Bürgers" - in diesem Sinne kann sich "typisch" auf den "Bürger" eines bestimmten Landes, einer bestimmten Zeit oder einer bestimmten Kapitalanlagen-späre beziehen - erfassen wollen, in beiden Fällen wäre von den wesentlichen, klassenbestimmenden Merkmalen des "Bürgers" auszugehen, nicht von zufälligen, abgeleiteten, zumeist geistigen oder psychologischen. Des weiteren dürften diese Merkmale auch nicht mechanisch oder schablonenhaft, aneinander- oder nebeneinandergereiht, betrachtet werden. Vielmehr müßte die dialektische Wechselwirkung der Merkmale gesehen werden, die für Klassen- und Schichtbildungen maß-

Betrachtungen über die Entwicklung des Bürgertums in Mittel- und Westeuropa vom 11. bis zum 18. Jahrhundert, in: ZfG, Nr. 10/1973, S. 1204.

14 Ebenda, S. 1206 Anm. 123.

15 Mittenzwei, Ingrid, Zur Klassenentwicklung des Handels- und Manufakturbürgertums in den deutschen Territorialstaaten, in: ZfG, Nr. 2/1975, S. 183.

16 Vgl. Marx, Karl, Das Elend der Philosophie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 181.

17 Ebenda.

gebend sind¹⁸, ihr Verhältnis zueinander, ihre ursächliche Wirkung und Rückwirkung. Je nach der Kombination ihres Auftretens ließen sich dann Kernschichten (für die Entwicklung von Klassen bestimmend) sowie Rand- und Übergangsschichten (mit klassenfremden Schichtmerkmalen) feststellen. Genau dieses Problem ist in Meusels Darstellung enthalten, wenn er von "eigentlicher Bourgeoisie" spricht und darunter "die Gesamtheit der Finanz-, Agrar-, Industrie- und Handelskapitalisten" versteht.¹⁹

Widersinnig ist auch jener Vorwurf gegen Meusel, daß dieser "rein deskriptiv" vorgehe (S. 12). Der Beschreibung des "Bürgertums" in seinen einzelnen Bestandteilen liegen bestimmte theoretische Vorstellungen zugrunde. Das ist selbst bei Henning nicht anders. Unterschiedlich ist nur, daß Meusels Ansätze zur theoretischen Vertiefung führen, Hennings dagegen zur empirischen Verflachung. Wenn Meusel ins Zentrum der sozialen Kategorie "Bürgertum" den Unternehmer rückt, dann ist das für Henning ein besonderer Angriffspunkt, weil das "Bürgertum", so wie er es versteht, angeblich keine ökonomische Interessengemeinschaft sei. Dabei übersieht er die unterschiedliche Bedeutung, die den einzelnen Bestandteilen dieser "Interessengemeinschaft" zukommt, läßt er die innere Struktur einer Klasse, die Beziehungen zwischen Kern- und Randschichten, zwischen Teilen, in denen rein bürgerliche Merkmale, und Teilen, in denen Merkmale verschiedener Klassen und Schichten auftreten, außer acht. In seinem Eifer, Meusel zu widerlegen, meint Henning schließlich, daß die Aufdeckung der "Bindungen", vor allem jedoch der "ökonomischen Beziehungen" zum "Unternehmertum", also zur Bourgeoisie sans phrase, wie Marx einmal gesagt hat²⁰, zur Klärung des Problems "Bürgertum" "ungenügend" sei, und er "begründet" dies dann oberflächlich und von obenhin so, daß auch Adel und Arbeiterschaft in ökonomischer Beziehung zum Unternehmertum stünden, was Meusel bei seiner Darstellung des Bürgertums ebenfalls hätte berücksichtigen müssen (S. 12). Henning tut so, als ginge es darum, irgendeine Beziehung oder auch nur irgendeine ökonomische Beziehung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu konstatieren, nicht aber darum, Beziehungen zu erfassen, die auf gemeinsamen Merkmalen und damit gemeinsamen Interessen beruhen, und Beziehungen, die durch unterschiedliche Merkmale und damit widersprüchliche oder auch gegensätzliche Interessen charakterisiert sind. Henning, der einer wissenschaftlichen Bestimmung des "Bürgertums" aufgrund von Meusels Beitrag sehr nahe war, lehnt nicht nur diese Bestimmung ab, sondern wird auch bei dem Versuch, sie zu widerlegen, am flachsten.

Doch Henning geht in seinen "theoretischen" Überlegungen nicht nur weit hinter Meusel und das Vierkandtsche "Handwörterbuch der Soziologie" von 1931 zurück, sondern auch hinter bestimmte Aussagen solcher bürgerlichen Ökonomen und Soziologen, die Bruchstücke eines marxistischen oder auch nur ökonomisch determinierten Gesellschaftsbildes verwenden oder verwendet haben. So lehnt er offensichtlich Sombarts ökonomische Prinzipien der Abgrenzung von sozialen Schich-

18 Siehe auch Handke, Horst, Einige Fragen des dialektischen Wechselverhältnisses von Klassen- und Schichtmerkmalen, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, hg. v. Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR, Berlin 1974, S. 159.

19 Meusel, Alfred, (Art.) Bürgertum, in: Handwörterbuch der Soziologie, hg. v. Alfred Vierkandt, Stuttgart 1931 (Neudruck 1959), S. 91.

20 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 777.

ten ab, indem er sich vor allem gegen dessen Unterscheidung von "bourgeoisie" und "petite bourgeoisie"²¹ wendet (S. 29). Am Ende unterstellt er Max Weber - im Vergleich mit Sombart - einen "höheren Wirklichkeitssinn", wenn dieser "eine Scheidung zwischen zwei doch lediglich gleichen Typen unternehmerischer Tätigkeit" ablehnt (S. 30). Für Hennings ideologischen Standort ist kennzeichnend, daß er gerade in der Konzentrierung des Begriffs "Bürger" auf den gewerblichen Unternehmer "eine gefährliche Beschränkung" sieht (S. 34 f.). In seiner durch bürgerliche Dogmen verstellten Sicht erkennt Henning nicht, daß es nicht um die Ausschließlichkeit ökonomischer (oder auch anderer) Prinzipien der Darstellung sozialer Gruppen geht, sondern um das Herausfinden der entscheidenden Grundlagen.

So verständlich die Unzufriedenheit Hennings mit den bürgerlichen "Formalia" zur Bestimmung des Bürgertums ist, so wenig überschreitet er selbst diese bürgerlichen Grenzen. Er meint, nicht Begriffe - wie das die bürgerliche Soziologie bisher vornehmlich getan habe -, sondern soziales Verhalten müßte untersucht werden (S. 12). Allerdings provoziert seine Erkenntnis, daß "nur die Untersuchung der Verhaltensweisen und der aus ihnen entstehenden Verhaltensmuster" "soziale Schichtungen sichtbar und die einzelnen Schichtungen beschreibbar" mache (S. 12), die Frage, was denn diesen Verhaltensweisen zugrunde liegt. Für Henning ist dies entweder kein Problem, weil er diese Verhaltensweisen nur zu erfassen oder zu beschreiben versucht, oder er gerät am Ende seiner Arbeit in psychologisierende Betrachtungen wie die folgenden: daß das Ansehen, der Lebensstil und die sittlichen Verhaltensnormen oder auch das Sich-bewußt-sein der gleichen Lage schichtbildend wirken (S. 491). Damit gelangt er durch die Hintertür zu "Formalia", die bei der bürgerlichen Begriffsbildung keineswegs neu sind; er unterscheidet sich kaum noch von den zahlreichen bürgerlichen "Schulen", die irgendwelche "geistig-seelischen" Prinzipien²² zur Grundlage der Bestimmung des Bürgertums gemacht haben.

Der Wert von Hennings Arbeit liegt vor allem in ihrem zweiten umfangreicheren Teil, in dem das empirische Material vorgelegt wird. Die Untersuchung sozialer Verhaltensweisen von Klassen und Schichten ist eine Problematik, die allgemein unzulänglich erforscht ist - auch seitens der marxistischen Geschichtswissenschaft -, und ganz besonders sind die archivalischen Quellen dazu bisher kaum befragt worden.

Henning erfaßt eine außerordentlich breite Palette sozialer Merkmale, darunter die lokale Mobilität (von Henning als horizontale Mobilität bezeichnet), die Bildungswege, die soziale Herkunft, das Konnubium, die Familienstruktur, die wirtschaftlichen Verhältnisse (insbesondere das Einkommen), die häuslichen Verhält-

21 Sombart, Werner, Sozialismus und soziale Bewegung, 7. Aufl. Jena 1919, S. 2.

22 Siehe dazu Demeter, nach dessen Auffassung "die Normung des sozialen Wertmaßstabes" aus "geistig-seelischen Prinzipien" herrührt (Demeter, Karl, Die soziale Schichtung des Deutschen Parlaments seit 1848, ein Spiegelbild der Strukturwandlung des Volkes, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Nr. 1/1952, S. 4), oder v. Martin, der den bürgerlichen Menschen als einen "spezifischen gesellschaftlichen und psychologischen Typus" bestimmt (Martin, Alfred v., Mensch und Gesellschaft heute, Frankfurt (Main) 1965, S. 125). Auch die zitierte Äußerung Beutins (s. Anm. 2) und viele andere Beispiele ließen sich hier anführen.

nisse (die Lebensführung), die Teilnahme am öffentlichen Leben und das gesellschaftliche Prestige, die Art der Berufsausübung, die partei- und vereinspolitische Tätigkeit und die Auszeichnung mit Orden und Titeln. Derartige Untersuchungen bereichern unsere Kenntnis von den komplizierten Umschichtungs- und Wandlungsprozessen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie geben wichtige Hinweise auf die soziale Psychologie von Klassen und Schichten. Sie machen Beweggründe für das Handeln von Klassen und Schichten deutlich. Sie können auch die Entwicklung politischer Strukturen erklären helfen. Doch die Auswertung des Materials in diesen Richtungen bleibt eine im wesentlichen noch zu lösende Aufgabe. Da Henning die Verhaltensweisen als die sozialen Primärmerkmale ansieht, sie nicht als abgeleitet und in ihren Wechselbeziehungen vornehmlich zu den in den Eigentumsverhältnissen begründeten Merkmalen untersucht, bleiben die meisten Aussagen isoliert, ohne Bezug zur ökonomischen Basis, geschweige denn zur gesellschaftlichen Gesamtentwicklung. Das ist sogar dann der Fall, wenn Einzelprobleme der ökonomischen Basis ins Blickfeld geraten, zum Beispiel bei der Darstellung solcher Merkmale wie "Einkommensverhältnisse" und "bürgerliche Positionen".

Ein weiterer Gesichtspunkt, der im Zusammenhang mit diesem Teil der Arbeit hervorgehoben zu werden verdient, ist die Quellenbasis. Henning hat ein reiches, bisher unerschlossenes archivalisches Material zutage gefördert. In breitem Maße werden die Akten der Oberpräsidenten, "Zeitungs"- oder "Stimmungs"berichte der Regierungspräsidenten, Personalakten der Beamten und Akten über die Verleihung von Orden, Titeln und Standeserhebungen herangezogen. Auch Standesamtsregister (Heiratsregister) und Vereinsregister sind ausgewertet worden. Bei der Beurteilung der archivalischen Quellen kommt Henning zu "Entdeckungen" wie der, daß die Personalakten einen hohen Quellenwert besitzen, der weit über die ursprünglich beabsichtigte Verwendung als statistisches Erhebungsmaterial hinausgeht (S. 53 f.). Damit werden Auffassungen bestätigt, die der Rezensent schon vor mehr als zehn Jahren vertreten hat, nämlich daß diese Akten vor allem für soziologische Untersuchungen in reichem Maße ergiebig und teilweise durch keine andere Quellenbasis ersetzbar sind.²³ Auch "Leben und Farbe" zu geben, von Henning "in erster Linie" als eine Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet (S. 38), ist nicht selten gerade aufgrund dieser Akten möglich.

Hennings "Darstellungs"teil kann als eine Art "Fallstudie" innerhalb eines größeren Projekts angesehen werden. Der vorliegende Band beschränkt sich zunächst auf die preußischen Westprovinzen, das heißt auf Hannover, Westfalen und das Rheinland. Es sei nur nebenbei bemerkt, ob damit nicht die Titelangabe "westdeutsches Bürgertum" etwas hochgestapelt ist, da sie weder den geographischen Begriff "Westdeutschland", geschweige denn den nach 1945 entstandenen politischen Begriff "Westdeutschland" erfaßt. Die daraus resultierende Begrenztheit der Ergebnisse schränkt den Wert dieser "Fallstudie" nicht ein. Sie macht vielmehr auf jene Untersuchungsergebnisse neugierig, die zu erwarten sind, wenn die Arbeit, wie angekündigt, auf weitere Regionen - Baden und Württemberg sind genannt - ausgedehnt wird.

Eine "Fallstudie" ist der Band auch in anderer Hinsicht. Es wird nur ein Teil des "Bürgertums" behandelt, das sogenannte Bildungsbürgertum. Henning versteht

23 Vgl. Handke, Horst, Soziale Mobilität oder Immobilität? Eine Studie über soziale Wandlungen in einem chemischen Großbetrieb zwischen 1915 und 1945 anhand von Betriebsakten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 67.

darunter die Beamten (akademische und nichtakademische) und die selbständigen Akademiker. Er stellt dieses "Bürgertum" in Gegensatz zum "Besitzbürgertum", den Handwerkern und Unternehmern, die in einem zweiten in Aussicht gestellten Band beschrieben werden sollen. Dabei wird sich zeigen, wie weit Henning seine ideologischen Positionen, die allein den "Quellen" wirklichkeitsabbildenden Wert zusprechen, beibehält. Soweit er tatsächlich "Quellen" vorlegt, wird auch dieser Band große Aufmerksamkeit verdienen, während die "theoretischen" Schlußfolgerungen teils beiseite gelassen werden können, teils einer eingehenden Überprüfung bedürfen.

Zu den Schlußfolgerungen, zu denen Henning aufgrund seiner umfangreichen empirischen Daten gelangt, gehört, daß das "Bildungsbürgertum" eine besondere soziale Gruppierung darstellt. Hier wird eine Erkenntnis angedeutet, die gegenüber bisherigen bürgerlichen Arbeiten über das Bürgertum einen Schritt weiter geht, die schärfer die Unterschiede dieser "Bürgertums"-Kategorie gegenüber anderen bürgerlichen Schichten hervorhebt und zugleich das ihre Bestandteile Verbindende betont. Henning macht dabei die Verhaltensweisen nicht nur zum bestimmenden Merkmal der inneren Schichtung des "Bildungsbürgertums" (S. 491), sondern auch bei der Abgrenzung oder dem Übergang zu anderen bürgerlichen Schichten. Wenn er von "personaler" und "gesellschaftlicher Verflechtung" spricht, von verwandtschaftlichen und Freundschaftsbeziehungen oder von Mitgliedschaften in Vereinen und Zusammenarbeit in politischen Gremien, und die Veränderung dieser Merkmale als ausreichend für Veränderungen des Schicht- (oder Standes-)Charakters ansieht (S. 483), dann sind dies im Grunde Merkmale des sozialen Verhaltens, Merkmale, nach denen Individuen oder soziale Gruppen als Subjekte gegenüber den objektiven Bedingungen ihrer Existenz auftreten. Diese objektiven Bedingungen aber, gegeben durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, die das Verhalten und Handeln der Subjekte letzten Endes bestimmen, bleiben außerhalb der Betrachtung. Somit ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich das "Bildungsbürgertum" angeblich deshalb zu einer "wahrhaft bürgerlichen Schicht" entwickelte, weil - mit Ausnahme Hannovers, wie Henning schreibt - nur geringe Versuche zur Verbesserung seiner sozialen Position, etwa des Aufstiegs in den Adel, feststellbar sind und das Bewußtsein der gleichen Lage überwog (S. 491). Henning macht deutlich, daß für ihn die Verhaltensnormen die soziale Lage bestimmen, nicht umgekehrt. Deshalb taucht für ihn auch gar nicht die Frage auf, ob es andere Bedingungen geben könnte, die der sozialen Lage zugrunde liegen.

Natürlich klingen auch bei Henning die einschneidenden ökonomischen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an, die im wesentlichen die sozialen Wandlungen bewirkten, so wenn er von der "Industriegesellschaft" spricht, die die Standesgrenzen nivelliert habe. Doch für ihn sind nicht die durch die Entwicklung des Industriekapitalismus und den schließlichen Übergang zum Imperialismus geschaffenen objektiven Produktionsverhältnisse eigentliche Ursache für die sozialen Wandlungen, sondern das in der Industriegesellschaft herrschende Leistungsprinzip und Konkurrenzdenken (S. 483). Auf diese Weise wird die objektive Rolle der ökonomischen Basis für die sozialen Prozesse ins Subjektive verkehrt.

Bei dieser Ausgangsposition dringt Henning - trotz einiger differenzierender Beobachtungen an der Oberfläche - auch nicht zu den wesentlichen sozialen Prozessen vor, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Entwicklung der verschiedenen "bürgerlichen" Schichten bestimmten. Die Entwicklung der Schicht der selbständigen Akademiker ist mit der Herausbildung der Intelligenz als besonderer Schicht der bürgerlichen Gesellschaft verbunden, die Entwicklung der

Schicht der Beamten mit der Formierung einer bürgerlichen Bürokratie. Das waren komplizierte Prozesse, die sich keineswegs geradlinig und außerhalb der Entwicklung der bürgerlichen Kernklasse vollzogen, sondern die zunächst in engem Zusammenhang mit dem historischen Wandel des Bürgertums bis zur Herausbildung der Industriebourgeoisie standen und die dann, in Abhängigkeit von der Entwicklung der modernen Bourgeoisie, neue Wandlungen erfuhren, der Differenzierung und Umdifferenzierung, der Desintegration und Integration. Doch Henning erwähnt nicht einmal die Intelligenz als besondere soziale Schicht, obwohl sie eine Kernschicht des sogenannten Bildungsbürgertums darstellt und sich am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Massenschicht zu entwickeln beginnt. Er geht auch nicht auf die Differenzierungsprozesse in der "eigentlichen Bourgeoisie" ein, insbesondere auf die Herausbildung der Groß- und schließlich der Monopolbourgeoisie.

Da Henning auch Sombarts Unterscheidung von Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie - wie erwähnt - ablehnt, befremdet es zunächst, wenn er im letzten, "Ergebnis" überschriebenen Abschnitt seiner Arbeit mit diesen Begriffen operiert. Die akademisch gebildete Beamtenschaft integrierte sich danach seit den neunziger Jahren in das Großbürgertum, während das Kleinbürgertum als sozialer Einzugsbereich für die nichtakademisch gebildeten Beamten erwähnt wird (S. 485 f.). Der Druck der Fakten führt zur Verwendung dieser Begriffe. Er macht den Widerspruch der Fakten zur "Theorie" des Autors offenkundig. Im Grunde beschreibt Henning hier jene Prozesse, die Ausdruck der zunehmenden Differenzierung sowohl der "eigentlichen Bourgeoisie" als auch der Schichten der Intelligenz und der Beamten und der gleichzeitigen Annäherung dieser Schichten untereinander auf verschiedenen Ebenen sind. Annäherung und Integration führen dabei keineswegs zur Aufhebung der Schichten der Intelligenz und der Beamten (oder auch einzelner ihrer Teilschichten), sondern zur Überlagerung der Merkmale verschiedener Klassen und Schichten. Hennings Untersuchung der Verhaltensweisen liefert zusätzliche Nachweise, nicht nur für die besondere Stellung der Schichten der Intelligenz und der Beamten innerhalb der "bürgerlichen Gesellschaft", nicht zuletzt gegenüber den "wirtschaftlich Selbständigen", sondern auch für ihre "Verflechtung" auf verschiedenen sozialen Ebenen.

Nach alledem muß der Begriff "Bildungsbürgertum" selbst als fragwürdig angesehen werden. Er ist irreführend, soweit er voraussetzt, daß hier eine besondere soziale Gruppierung existiert, die a priori bürgerlich ist. Er hat nur dann einen Sinn, wenn er mit der Herausbildung der bürgerlichen Intelligenz und der bürgerlichen Bürokratie in Verbindung gebracht wird, wenn Klarheit darüber besteht, daß er bürgerliche Randgruppen umfaßt - ungeachtet der zeitweilig großen politischen Bedeutung dieser Gruppen für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft -, wenn damit die Hervorhebung besonderer Merkmale und Funktionen gegenüber der bürgerlichen Kernklasse, der Klasse der kapitalistischen Eigentümer, erfolgt.

Insgesamt bedeutet Hennings Arbeit einen Fortschritt auf dem Gebiet der empirischen Erfassung sozialer Merkmale und Daten. In dieser Hinsicht ist sie auch für die marxistische Geschichtswissenschaft anregend und von Nutzen. Innerhalb der bürgerlichen Geschichtsschreibung nimmt sie insoweit eine einzigartige Stellung ein, als sie auf einem bisher fast völlig vernachlässigten Gebiet, der Darstellung des Zusammenhangs von sozialen Strukturen und Verhaltensweisen, neuartiges, umfangreiches Material vorlegt. Theoretisch bleibt sie jedoch - und das muß noch einmal gesagt werden - völlig innerhalb der Grenzen bürgerlicher Erkenntnistmöglichkeiten, mehr noch, sie geht hinter Darstellungen zurück, die zumindest versuchen, ökonomische Grundlagen bei der Analyse sozialer Phänomene zu berücksichtigen. Der Zuwachs an empirischer Erkenntnis muß also nicht unbedingt mit Zuwachs an theoretischer Erkenntnis verbunden sein. Hier ist eher das Gegenteil der Fall.

UNGARNS HANDWERKSHISTORIKER AUF NEUEN WEGEN

A magyarországi céhes kézművesigar forrásanyagának katasztre

Register of Sources Relating to Crafts and Guilds in Hungary

Quellenmaterial-Kataster des zünftigen Handwerks in Ungarn

Damjanich János Muzeum, Budapest 1975 - 1976, Bd. 1, 382 Seiten;
Bd. 2, 400 Seiten

von Thomas Kuczynski

Das Kardinalproblem überregionaler Untersuchungen zur Geschichte des Handwerks - von den darauf aufbauenden komparativen Analysen ganz zu schweigen - ist das völlige Verstreutsein des Materials. Sofern überhaupt noch vorhanden, ist es auf eine Vielzahl von staatlichen und kommunalen, institutionellen und privaten Museen, Archiven und Sammlungen verteilt. Eine auch nur annähernd vollständige Kenntnis aller Fundorte ist dem einzelnen Forscher kaum möglich.

Daher haben die ungarischen Zunfthistoriker den Versuch unternommen, alles bekannte Material zur Geschichte der ungarischen Zünfte - sowohl die gegenständlichen wie auch die schriftlichen (Primär-)Quellen - in einem großangelegten Kataster der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

In einem (dreisprachigen) Einleitungsartikel tragen die Hauptverantwortlichen des Unternehmens - István Éri, Lajos Nagy und Péter Nagybakay - die wichtigsten Gesichtspunkte vor, nach denen der Kataster erarbeitet wurde. Zunächst erfaßten die Bearbeiter alle ihnen selbst bekannten Primärquellen. Sodann wurden die in staatlichen und kommunalen Museen vorhandenen gegenständlichen Quellen nahezu vollständig erfaßt, was von den privaten und einem Teil der institutionellen Sammlungen nicht behauptet werden kann. (Das Erscheinen des Katasters wird aber sicherlich eine Reihe von Eigentümern dazu bewegen, die Existenz ihrer "Schätze" kundzutun.) Aus den archivalischen Sammlungen konnten natürlich nur dort Quellen herangezogen werden, wo schon zuvor mit einiger Sicherheit welche vermutet wurden, denn ein Durchforsten aller Abteilungen der Archive war in dieser kurzen Zeit - die Sammlungsarbeit nahm anderthalb Jahre in Anspruch, durchgeführt von insgesamt 84, größtenteils auf freiwilliger Basis arbeitenden Fachleuten, Beamten und Dilettanten (im älteren, also positiven Sinne des Wortes) - weder möglich noch erstrebenswert, handelte es sich doch zunächst einmal darum, einen Grundstock für den Kataster zu schaffen. Und das ist den Bearbeitern in hervorragender Weise gelungen - etwa 12 500 schriftliche und gegenständliche Quellen werden nachgewiesen. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Primärquellen, da die Bearbeiter vorerst die Sekundärquellen mit zwei Ausnahmen

- den grundlegenden Privilegien-Sammlungen von Lajos Szádeczky und János Reizner¹ - unberücksichtigt ließen.

Aber 12 500 Primärquellen unterschiedlichsten Charakters - von Zunftprivilegien über Rechnungsbücher bis zu Zunftgeschirr, sortiert nach irdenem, metallischem und sonstigem, ist sozusagen alles vertreten -, der unterschiedlichsten Zünfte - Zünfte eines Handwerks oder mehrerer (bis zu fünf verschiedene Berufe waren in einer Zunft vertreten), sehr stark spezialisierte Zünfte (allein elf verschiedene Arten von Schneidern gab es) und überhaupt nicht spezialisierte, die über viele Berufe reichten (sogenannte Mischzünfte), produzierende und dienstleistende usw. usw. -, zu unterschiedlichsten Zeiten - das erste vorhandene (also nicht das erste überlieferte) Privilegium wurde im Jahre 1400 ausgestellt, das letzte 1873 -, an den verschiedensten Orten (insgesamt 900) - wie will man da dem interessierten Forscher einen brauchbaren Überblick geben, eine brauchbare Hilfe für seine Arbeit? Und nicht minder wichtig: Wie sollen diese Quellen in sich geschlossenen dargestellt werden und trotzdem jederzeit beliebig ergänzt werden können durch neue Funde?

Die einzige Möglichkeit, eine brauchbare Anordnung zu bekommen, ist die, alle Quellen zu codieren - nach Ort und Art der Zunft, Art der Quelle, Zeitpunkt ihrer Entstehung und Fundort -, so daß sie mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung ausgewertet werden können. Diese Pionierarbeit ist geleistet worden und wird von Kálmán Faragó eingehend erläutert (S. 93 ff.).² Wesentlich ist, daß auch der verwendete Fragebogen (nebst Erläuterungen) veröffentlicht wurde (S. 53 ff.), so daß die Arbeit in derselben Art und Weise von anderen Forschern und in anderen Ländern fortgesetzt werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn sich die diesbezüglichen Hoffnungen der Bearbeiter (S. 34) möglichst rasch und in möglichst breitem Maße erfüllen würden.

Ein ganz wesentliches Problem ist jedoch, welche Angaben in den Code aufgenommen werden sollen. Das resultiert aus der Tatsache, daß der maschinenlesbare Code nicht beliebig lang sein darf, da er sonst von der EDVA nicht "verstanden" wird. Die Bearbeiter verwendeten als erstes eine Identifizierungsnummer. So sagt die Identifizierungsnummer 2307/114/2/614 folgendes aus: "Es ist von einer Zunftorganisation die Rede, die sich im Komitat Veszprém (23) befand, mit Sitz in Pápa (07), Goldschmiedehandwerk (114) der Fachgruppe Metall- und Metallverarbeitungsindustrie (2) betreibend, deren erste Angabe aus dem Jahre 1614 (614) stammt" (S. 95). Für den Aufbewahrungsort und die Art der Quellen wurden hingegen spezielle Codes geschaffen, die nicht an den oben beschriebenen Elfsteller angehängt werden konnten.

Daher wurde der Kataster in zwei Hauptteile untergliedert. Im ersten Teil (Bd. 1, S. 249 ff.) werden alle Quellen, nach Arten untergliedert (Privilegien, Gesellenordnungen usw.) und in aufsteigender Folge der Identifizierungsnummern geord-

1 Szádeczky, Lajos, *Iparfejlődés és a czéhek története Magyarországon* (Entwicklung des Gewerbes und der Geschichte der Zünfte in Ungarn), Budapest 1913; Reizner, János, *A gróf Esterházy család pápai levéltárában őrzött céhlevelek* (Die im Archiv der Familie Esterházy in Pápa aufbewahrten Privilegien), in: *Magyar Történelmi Tár* (Ungarisches historisches Magazin), Jg. 1894, S. 630 ff.; Jg. 1895, S. 90 ff., 289 ff.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im Text beziehen sich auf Bd. 1 des hier rezensierten Werkes; liegen die Artikel dreisprachig vor, wird auf die deutsche Version (übersetzt v. Zoltánné Weiner) verwiesen.

net, angezeigt, im den ganzen Bd. 2 ausmachenden zweiten Hauptteil werden die Quellen, ebenfalls nach Identifizierungsnummern geordnet, im einzelnen beschrieben. Obwohl dieser Band alle Angaben nur in ungarischer Sprache bringt, sind diese mit etwas Mühe anhand der Inhaltsverzeichnisse, des dreisprachig vorliegenden Fragebogens und des Handwerksnamen-Wörterbuchs in Bd. 1 auch für den nicht der ungarischen Sprache Mächtigen identifizierbar. So entnehmen wir beispielsweise dem Kataster bezüglich der Binderzunft in der Stadt Veszprém das folgende:

2301-0645-761

Kadar (Binder)

Bakonyi Muzeum, Veszprém (Aufbewahrungsort)

Szamadaskonyv (Rechnungsbuch) 1838 - 1874 Magyar (Ungarisch)

Egyeb Irat (Sonstige Schriftstücke)

Vandorkonyv (Wanderbuch) 1 db (1 Stück)

Pecsetnyomc (Siegel) 1767

Cehlada (Zunftlade) 1767 Fa (Holz)

Cserepkorsc (Irdener Krug) 1761

Kadar (Binder)

Orszagos leveltar /Articuli cehales/ (Fundort)

Vedoszent, Orban

Privilegium 1767 Masolat (Gesuch) Kiraly (König) Magyar (Ungarisch).

Das ist das gesamte in Ungarn vorhandene und bekannte Material (Primärquellen) über die Binderzunft der Stadt Veszprém.

Will man nun eine Geschichte des gesamten Veszprémer zünftigen Handwerks schreiben, so findet man im Kataster alle Primärquellen aus insgesamt 37 (!) im ganzen Land verstreuten Sammlungen.

Es wäre allerdings überdenkenswert, ob nicht auch in diesem Teil der Text codiert werden könnte. Zwar sind im ersten Teil alle Quellen nach den Hauptgruppen geordnet, aber die Untergruppen sind nur mit Hilfe des zweiten Teils zusammenzustellen, wobei dann eben der Text und nicht mehr der aus Fragebogen und Aufbewahrungs- bzw. Fundortsverzeichnis zu ersiehende Code zu sichten ist. Hier hätte konsequenter vorgegangen werden können.

Die Problematik wird ganz deutlich, wenn wir daran denken, daß im Kataster nur die im heutigen Ungarn vorhandenen Quellen berücksichtigt werden konnten, also die zum historischen Ungarn gehörigen, aber in anderen Ländern befindliche Quellen nicht erfaßt wurden (das betrifft vor allem die ehemals ungarischen Gebiete in Rumänien, Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei sowie wahrscheinlich einige in Österreich vorhandene Sammlungen). Auch von dieser Warte aus wäre eine Internationalisierung der Arbeit nur zu begrüßen.

In jeder Hinsicht erfreulich ist der Hinweis der Bearbeiter auf noch zu Erarbeitendes. Allzu häufig wird der Hinweis auf mangelnde Vollständigkeit als Pflichtübung absolviert, wenn nicht gar als Absicherung gegenüber uneingestandenem möglichen Lücken - hier aber ist der Hinweis Programm.

So haben, wie schon erwähnt, die Bearbeiter darauf verzichtet, in Sekundärquellen vorhandenes Material zu verarbeiten. In der Einleitung zum ersten Band schreiben sie hierzu: "Eine Frage des Fragebogens war auf die Aufzählung der Publikationen über die betreffende Zunft gerichtet. Aus den eingetroffenen Daten konnte eine sehr wertvolle Liste zusammengestellt werden, die nicht grundlegende, allgemeine Literatur, sondern gerade die lokalen, oft kaum bekannten oder

völlig unbekanntem Publikationen und sogar Manuskripte enthält. Diese wird einstweilen nicht herausgegeben, sondern wird einen Teil der geplanten handwerksgeschichtlichen Bibliographie bilden ... Dem zufolge konnten wir auch das Problem der Einarbeitung des in Druck überlieferten zünftigen Materials in unser Kataster nicht lösen, was zweifellos auch als Mangel aufgefaßt werden kann; denn im Falle zugrundegegangenen, verborgenen oder momentan für uns unzugänglichen Schriften- beziehungsweise Objekten-Materials könnte als einziger Beweis für die Existenz einer bestimmten Zunft die Publikation dienen" (S. 30).

Wie schön, daß sich die Autoren nicht zu der - nur Bruchstücke darstellenden - Aufnahme der Sekundärquellen (mit den oben genannten Ausnahmen) entschlossen haben, statt dessen zunächst eine umfassende Bibliographie zum ungarischen Handwerk erarbeiten und dann den Kataster "ergänzen" werden. Ich schreibe das, auch auf die Gefahr hin, daß mir die mit der ungarischen Zunftgeschichte der vor-türkischen Zeit Befassten heftigst widersprechen, denn natürlich wären diese (und nicht nur sie) froh, ein bißchen mehr Material in der Hand zu haben als das vorliegende - gab es doch nach diesem Kataster bis 1526 ganze 78 Zünfte in Ungarn, was selbstredend Unsinn, aber darauf zurückzuführen ist, daß eben in der auf die Schlacht von Mohács (1526) folgenden Zeit der Türkenherrschaft eine Unmenge Primärquellen vernichtet wurden.

Aber die Bearbeiter sind in ihrem Verhalten Mängeln gegenüber keineswegs einseitig. Das zeigt sich an ihrem Handwerksnamen-Wörterbuch (S. 188 ff.). Da Ungarn bis 1918 immer ein mehrsprachiges Land war, tauchen in den Quellen die Handwerksnamen ebenfalls in mehreren Sprachen auf. Die Arbeit mit dem Computer setzt aber Eindeutigkeit der Bezeichnungen voraus, es mußten also gültige Übersetzungen und Vereinheitlichungen gefunden werden. Daraus entstand das dreisprachige Wörterbuch (ungarisch, lateinisch und deutsch mit jeweiligen Übersetzungen). Auch hier gibt es natürlich Mängel: Das für Siebenbürgen so wichtige Rumänisch fehlt, ebenso für den Südwesten Serbisch und Kroatisch, für den Nordwesten Slowakisch und Polnisch. Wie ich erfahren konnte, wird nicht nur an der Beseitigung dieser Mängel gearbeitet, sondern ganz andere Sprachen sind schon in Bearbeitung - estnisch, französisch, italienisch -, weitere sind noch zu erwarten. Im Endergebnis wird vielleicht und hoffentlich ein Wörterbuch der europäischen Handwerksnamen entstehen. Und das hätte wiederum einen großen Mangel, weil es durch ein analoges Wörterbuch der Tätigkeiten, der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände, der Verfahren und Methoden "ergänzt" werden müßte. Die Lektüre des Buches erzeugt Lust am Mit- und Weitermachen, und wenn man mich nach einem geeigneten Motto für das Werk fragen würde, könnte ich nur Taine zitieren: "Das größte Vergnügen eines Geistes, der arbeitet, besteht in dem Gedanken an die Arbeit, welche die anderen später machen werden."³

Und so sind die beiden vorliegenden Bände die Grundlage für den vollständigen, auch die Sekundärquellen umfassenden Kataster. Und der vollständige Kataster wird eine - man möchte fast sagen: traumhaft schöne - Grundlage für die Erarbeitung der Geschichte des ungarischen Zunftwesens sein. In ihr werden die so ganz unhistorisch anmutenden Codes zurückverwandelt werden in Aussagen über die wirkliche Geschichte, über das Wirken der Zünfte in der Geschichte (und zwar nicht nur im sozialökonomischen, sondern in fast alle Bereiche der Geschichte hinein, in die der Technik und der Kultur, der Kunst und des Rechts usw.).

3 Taine, Hyppolyte, *Essais de critique et d'histoire*, Paris 1923, S. XXVIII (Schluß des Vorworts zur 2. Aufl. 1866).

Zweifellos wird das eine Zunft- und damit auch eine Handwerksgeschichte anderer als der bisherigen Art sein - Ungarns Handwerkshistoriker beschreiten neue Wege, die sie schon bald zu Erkenntnissen und Ergebnissen führen werden, die sich auszumalen, ich dem Leser überlasse.

Es bleibt zu hoffen, daß unsere so kümmerliche Handwerksgeschichte sich vielleicht auch und bald auf diesen neuen Weg begibt.

AGRARGESCHICHTE UND VOLKSKUNDE

Betrachtungen zu

Ulrich Fél / Haken und Pflug. Eine volkskundliche Untersuchung zur Geschichte der Produktionsinstrumente im Gebiet zwischen unterer Elbe und Oder = Veröffentlichungen des Instituts für Volkskunde, Bd. 50

Akademie-Verlag, Berlin 1969, 402 Seiten

Edit Fél / Tamás Hofer, Bäuerliche Denkweise in Wirtschaft und Haushalt. Eine ethnographische Untersuchung über das ungarische Dorf Átány = Veröffentlichungen des Instituts für mitteleuropäische Volksforschung an der Philipps-Universität Marburg-Lahn, Bd. 7 (im folgenden: Denkweise)

Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1972, 551 Seiten

Edit Fél / Tamás Hofer, Geräte der Átányer Bauern (im folgenden: Geräte)

Akadémiai Kiadó, Budapest 1974, 678 Seiten

Hans-Jürgen Rach, Bauernhaus, Landarbeiterkaten und Schnitterkaserne. Zur Geschichte von Bauen und Wohnen der ländlichen Agrarproduzenten in der Magdeburger Börde des 19. Jahrhunderts = Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 58

Akademie-Verlag, Berlin 1974, 142 Seiten

von Wolfgang Jacobeit / Hans-Heinrich Müller

Volkskunde und Agrargeschichte haben sich im Zeichen der Integration viel zu sagen. Schließlich bilden die Landwirtschaft und die in ihr tätigen Menschen das Arbeitsfeld beider Disziplinen, auch wenn der Bereich der Volkskunde natürlich darüber hinausgeht. Aber in der Vergangenheit war die Volkskunde wohl viel mehr zu Gast bei der Agrargeschichte als die Agrargeschichte bei der Volkskunde. Eine Agrargeschichte, die jahrzehntelang von der jüngeren historischen Schule beherrscht war, die, wie Karl Grünberg, einer ihrer Vertreter, ausführte, die Geschichte des landwirtschaftlichen Betriebes und der Betriebslehre aus ihrer Betrachtung bewußt ausschied und sich nur auf die Geschichte der ländlichen Verfassung beschränkte¹, fand in der Volkskunde keine geeigneten Anknüpfungspunkte, die ihr für den verfassungsgeschichtlichen Erkenntnisprozeß nützlich sein

1 Grünberg, Karl, Agrargeschichte, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert, Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, T. 2, Leipzig 1908, S. 3 ff.

mochten. Aber auch die etwa von Johannes Conrad und seinem Schülerkreis agrarwirtschaftlich und -statistisch betriebene Richtung machte sich kaum Mühe, in den volkskundlichen Fluren auf Suche zu gehen. Bestenfalls ließ die Volkskunde ihr einige farbenreiche Sujets, wie die Beschreibung von bäuerlichen Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden oder Trachten, die die nüchterne wirtschaftliche oder trockene statistische Darstellung etwas auflockerten, zuweilen berücksichtigte die Agrargeschichte etwas stärker die volkskundliche Pflug- und Geräteforschung, aber letzteres besorgte mitunter viel besser noch die Agrartechnikgeschichte, ohne daß sie auf die Volkskunde unbedingt Rücksicht hätte nehmen müssen.

Nun war eine Agrargeschichte, die ihrem Untersuchungsgegenstand ein allzu enges konzeptionelles Korsett anlegte, kaum geneigt, ernsthaft aus dem Fundus der Volkskunde (und anderer Wissenschaftsbereiche) zu schöpfen. Der Trieb schöpferischer interdisziplinärer Neugier war kaum entwickelt, eine Erscheinung übrigens, die für einen großen Teil der Wissenschaft überhaupt zuträfe. Andererseits mangelte es der Volkskunde auch an einer gewissen Attraktivität, um die Agrargeschichte für volkskundliche Forschungsergebnisse empfänglich zu machen. Sprach man von Volkskunde, so meinte man Sagen, Märchen, Schwänke, Volkstänze, Volkslieder, Trachten, Volkskunst und anderes mehr. Eine solcherart determinierte und weithin auch existierende Volkskunde, die sich im gesellschaftlichen Überbaubereich bewegte und zudem noch die Schwelle des "traditionellen" Untersuchungsraumes, nämlich die vom Feudalismus zum Kapitalismus, nur selten überschritt, konnte natürlich die im "Materiellen" arbeitenden Agrarhistoriker wahrlich nicht reizen, irgendwelche volkskundlichen Anleihen aufzunehmen. Dieser fehlende Anreiz wurde auch noch dadurch genährt, daß die Volkskunde bei ihrer Aufgabenbestimmung von zahlreichen Schwankungen heimgesucht wurde. Zwischen 1890 und 1952 lieferte die Volkskunde etwa neunzig mitunter recht unterschiedliche und eigenartige Definitionen ihrer Disziplin,² Definitivität mag von Theoriefreudigkeit zeugen. Doch in der bürgerlichen Volkskunde "waren die Theorien wichtiger als die Wirklichkeit"³, und das verführte auch zur Beschäftigung mit manchen Absonderlichkeiten. Der Dresdner Volkskundler Friedrich Sieber kleidete es 1959 auf einer Tagung einmal recht temperamentvoll in die Worte: "Noch heute sind ganze Gelehrteneschlechter dabei, Geschichte der Hochkulturen zu betreiben. Wenn wir diese Werke über die Hochkultur zusammentragen, können wir sie in vielen Häusern nicht unterbringen. Wenn wir einmal damit die bescheidene Rolle, die die Bemühungen um die Volkskultur gespielt haben vergleichen, so ist das von der gesamten Nationalkultur her gesehen eine Schande. Und so möchte ich, daß wir alle unsere Bemühungen aus dem Gebiet des Absurden, des Kuriosen, des Absonderlichen, das die volkskundlichen Veröffentlichungen so oft erhalten haben, herausführen und die Volkskultur als Ganzes ins Augenmerk nehmen, denn das muß das große und wirkliche Ziel der Volkskunde sein."⁴ Auf die Forderung, die Sieber erhob, wollen wir später zurückkommen.

² Jacobeit, Wolfgang, Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde, Berlin 1965.

³ Kramer, Karl-Sigismund, Volksleben im Fürstentum Ansbach und seinen Nachbargebieten (1500 - 1800). Eine Volkskunde auf Grund archivalischer Quellen, Würzburg 1961, S. 7 = Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Reihe 9: Darstellungen aus der fränkischen Geschichte, Bd. 15.

⁴ Siehe Strobach, Hermann, Arbeitstagung des Instituts für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin, zu Ehren Richard Wos-

Das Abstruse und Absonderliche, von dem hier die Rede ist, gehörte aber gleichzeitig zum Arsenal der nationalistisch-chauvinistischen Kräfte, die nach 1871 in der Volkskunde tonangebend wurden. Sie verbannten weitgehend alles "Materielle" aus der Forschung, um dafür um so mehr dem abstrakten Irrationalismus Rosen zu streuen. Die nebulose "Volksseele" oder der "Volksgeist", welche nunmehr als volkskundliche Forschungsziele inauguriert wurden, war dann auch das gegebene Instrumentarium für die mystische Blut-und-Boden-Politik des Faschismus und seiner verbrecherischen Aggressionsabsichten besonders gegenüber den slawischen und romanischen Völkern.

Aber die Volkskunde hat doch auch "materielle Sachgüter" erforscht, Pflüge, Arbeitsgeräte und Bauernhäuser untersucht. Gewiß hat sie das, und ihre Leistungen auf diesem Gebiet wollen wir nicht zu gering veranschlagen. Sie hat notwendige "Feldforschung" betrieben, Material gesammelt, minutiöse Beschreibungen von Reliktformen (Pflüge aller Art, Erntegeräte und vieles mehr) füllen ganze volkskundliche Bibliotheken. War das kein Fundus für die Agrarhistoriker? Natürlich haben sie davon manches zur Kenntnis genommen und wohl auch einiges berücksichtigt, doch daraus "geschöpft" haben sie ganz gewiß nicht. Im Verhältnis zu dem, was die Volkskunde an "Sachgütern" zusammengetragen hat, ist die agrarhistorische Einverleibung recht kümmerlich. Eine Erklärung aber für diese Abstinenz bietet die Volkskunde gewissermaßen selbst, wenn sie in einer unumgänglich gewordenen Bestandsaufnahme und Einschätzung ihres Forschungsstandes selbstkritisch feststellt: "... in der Erforschung des bäuerlichen Sachguts wurde mehr versäumt als geleistet."⁵

Versäumnisse kann und muß man aber auch der Agrargeschichte vorwerfen. Doch sie begriff sich immer als gesellschaftswissenschaftliche Disziplin, als historische Wissenschaft, was man von der Volkskunde nicht behaupten kann. Die Volkskunde war im wesentlichen beschreibende, registrierende Wissenschaft. Groß waren ihre Leistungen im Sammeln von Sachgütern, sie trieb emsig Sachstudien, sie entwickelte, um bei der Geräte- und Bauernhausforschung zu bleiben, Klassifikationen und Typologien, wie sie kaum eine Nachbardisziplin aufzuweisen hat. Nun sind Klassifikationen und Typologien wichtig, sie bedeuten Ordnung, und ohne Ordnung kann keine Wissenschaft auskommen. Aber über eine bloße Typologie, zu meist auch nur nach formalistischen Gesichtspunkten gegliedert, kam die Volkskunde, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum hinaus. Sie versäumte eben, ihre Funde und Befunde, ihre dargestellten Objektivationen in größere historisch-gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einzubetten. Und der Agrarhistoriker, insbesondere wenn er sich der Geschichte der Produktivkräfte verschrieben hat, interessiert sich nicht nur für die Konstruktion, für die formale Beschreibung der Geräte, sondern, um mit dem bekannten tschechoslowakischen Pflugforscher František Šach zu reden, auch "für ihre Funktion und für die Art der Arbeit, für die das Gerät bestimmt war, für die Arbeitsweise und das Arbeitsergebnis. Er vergleicht die Arbeitsergebnisse mit den Kosten und stellt in dieser Weise Ar-

sidlos in Rostock 1959, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd. 6, 1960, S. 423 ff.

- 5 Wiegelmann, Günter, Zur Erfassung bäuerlicher Sachgüter und Arbeitsverfahren. Möglichkeiten und Probleme eines Fragebogens, in: Protokollmanuskript über die 3. Arbeitstagung über Fragen des Atlas der deutschen Volkskunde im Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn vom 27. April bis 29. April 1961, S. 24.

beitsproduktivität und Lebensniveau der Gesellschaft in verschiedenen Entwicklungsstapen fest",⁶

Von dieser Betrachtungsweise war die Volkskunde weit entfernt. Sie trug beharrlich ihre Sachgüter zusammen, aber sie analysierte nicht die gesellschaftliche Funktionsweise ihrer Objekte. Sie sammelte emsig Archivalien und füllte ganze Museen mit Sachgütern, sie setzte ihren Ehrgeiz darein, möglichst auch die allerletzten hölzernen "altertümlichen" Gerätschaften ausfindig zu machen, aber sie setzte sie kaum in Beziehung zu ihren Produzenten und Nutzern. Die Volkskunde war noch sehr wenig davon geprägt, daß sie, um uns der Worte von S. A. Tokarew zu bedienen, "eine Wissenschaft von den Menschen (ist), nicht von den Sachen. Ihr Ziel ist die Kenntnis des Menschen und der menschlichen Beziehungen, die von den materiellen und historischen Bedingungen abhängen. Die Erforschung der materiellen Sachen ist nur ein Mittel für die Erreichung dieses Zieles. Eben darum liegt ... die Hauptaufgabe unserer Wissenschaft nicht in der Erforschung der 'Sachen' an und für sich ..., sondern in der Erforschung ihrer Beziehungen zum Menschen und der Beziehungen des Menschen zu ihnen".⁷ Das ist allerdings auch schon die programmatische Auffassung einer marxistischen Volkskunde.

Eine Volkskunde ohne Kenntnis der Arbeit des Menschen, ohne sozialökonomische Durchdringung ihrer Forschungen, eine Volkskunde, die allzusehr im "Traditionellen" waltete, nicht selten einen wehmütvollen Hauch über zu Ende gegangene, von Handwerkern gefertigte Geräte- und Sachkulturen ausbreitete, die dem Überleben von Geräten und Arbeitsmethoden aus der Feudalepoche eine Bedeutung beimißt, wie sie für das 19. Jahrhundert schon nicht mehr zutrifft, eine Volkskunde, die überzeugt war, daß die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entspringenden volksculturellen Güter und Erscheinungen nicht mehr zu ihrem Aufgabenbereich zählen, und typologische Fragestellungen beinahe als Selbstzweck betrieb, eine solche Volkskunde mußte einseitig bleiben. Sie schloß ganze Bereiche der Volkskunde aus ihrer Betrachtung aus und entzog ihr damit, da sie die Untersuchungsobjekte nicht in das spannungsreiche Wechselverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen einzuordnen wußte, entscheidende wissenschaftliche Grundlagen. Daher war sie auch nur wenig anziehend für historische Disziplinen, weil sie keine erkenntnistfördernden Impulse auf ihre Nachbarwissenschaft auszustrahlen vermochte.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutete auch für die Volkskunde einen Neubeginn. Sie bedeutete Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Volkskunde in Vergangenheit und Gegenwart, Bekämpfung reaktionärer Theorien, Neubesinnung auf die Aufgabenstellung, die humanistische, demokratische und fortschrittliche Traditionen ebenso einschloß wie die Inangriffnahme neuer theoretischer und methodologischer Aufgaben, die auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus beruhen.⁸ "Die Volkskultur als Ganzes ins Augenmerk (zu)

6 Šach, František, Entwicklung der Bodenbearbeitung in Böhmen und Mähren, in: Getreidebau in Ost- und Mitteleuropa, hg. v. Iván Balassa, Budapest 1972, S. 392 f.; vgl. auch derselbe, Proposal for the Classification of Pre-industrial Tilling Implements, Prag 1966 = Prameny Historie Zemědělství a Lesnictví, Bd. 1.

7 Tokarew, S. A., Von einigen Aufgaben der ethnographischen Erforschung der materiellen Kultur, in: Ethnologia Europaea, Bd. 6, T. 2, 1972, S. 163 f.

8 Vgl. Strobach, Hermann / Weinhold, Rudolf / Weissel, Bernhard, Volkskundli-

nehmen', wie Sieber das Ziel umrissen hatte, war zur Forderung des Tages geworden. Doch bis in die sechziger Jahre mangelte es selbst der Volkskunde in der DDR im großen und ganzen noch an konsequentem, materialistisch-dialektischem Historismus, hatte sie das Statisch-Typologische noch nicht recht überwinden können.⁹ Sicher konnte sie bereits wertvolle Beiträge vorweisen, für die das nicht gilt, zum Beispiel die Forschungen über Sagen und Volkslieder demokratischen Inhalts. Doch diese Beispiele waren Sonderfälle.

Seitdem aber wurde sich die Volkskunde der DDR mehr und mehr als gesellschaftswissenschaftliche Disziplin bewußt und nahm zusehends das Profil einer historischen Wissenschaft an. Sie begann nunmehr die umfassende Kulturgeschichte des werktätigen Volkes unter den sozialökonomischen Bedingungen der jeweiligen historischen Epoche zu erforschen. Die so als Kulturgeschichte des werktätigen Volkes aufgefaßte Volkskunde, eine Aufgabenbestimmung und ein Erkenntnisprozeß, der nicht schmerz- und reibungslos verlief, untersucht all die spezifisch gesellschaftlichen Erscheinungen, die sich aus dem historischen Wechselprozeß zwischen Mensch, Arbeit und Arbeitsgerät, Wirtschaft und Gesellschaft, also aus der Geschichte der Produktivkräfte ergeben. Auf diese Weise Volkskunde betreiben, heißt zugleich komplexe Untersuchungsmethoden anzuwenden, Kooperationsbeziehungen mit den verschiedensten Wissenschaftsbereichen zu pflegen, Verbindungen mit der Agrar-, Wirtschafts-, Regional- und Technikgeschichte, dem Archivwesen, der Museologie, Sprachwissenschaft, Soziologie und Kulturgeschichte herzustellen, wobei in dieser angestrebten Symbiose alle Wissenschaftsbereiche Gebende und Nehmende sind.¹⁰

Wie fruchtbar Volkskunde für die historische Forschung sein kann, wenn sie sich in diesem Sinne betätigt, dafür legt die Arbeit von Ulrich Bentzien Zeugnis ab. Wenn sie zudem noch den wichtigsten Produktionsmitteln der Landwirtschaft, den Pfluggeräten, gewidmet ist, dann kann, um Bentziens Wunsch aus seinem Vorwort wiederzugeben, die Volkskunde sicher sein, daß des Agrar- und Wirtschaftshistorikers wissenschaftliche Neugier, übrigens einer der angenehmsten Triebe, der die Menschen auszeichnet, geweckt wird.

Die Anzahl der Untersuchungen über die Pflüge ist gewiß nicht gering. Doch eine Geschichte des Pfluges ist bis heute noch nicht geschrieben. Das ist eine er-

che Forschungen in der Deutschen Demokratischen Republik. Bilanz und Ausblick, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 17 (Neue Folge, Bd. 2), 1974, S. 9 ff.

⁹ Vgl. Engelberg, Ernst, Zu Fragen der Volkskunde und Kulturgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 8/1973, S. 975; siehe ferner Mohrmann, Ute, Volkskunde und Kulturgeschichte, in: ebenda, Nr. 7/1974, S. 748 ff.; Jacobeit, Wolfgang, Die Volkskunde - eine eigenständige historische Disziplin, in: ebenda, Nr. 4/1974, S. 443 ff.

¹⁰ Vgl. Jacobeit, Wolfgang, Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde, Berlin 1965; Kultur und Lebensweise des Proletariats, hg. v. Wolfgang Jacobeit u. Ute Mohrmann, Berlin 1974; Zur Geschichte der Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten des deutschen Volkes vom 11. Jahrhundert bis 1945. Ein Abriss, Autorenkollektiv unter Leit. v. Bernhard Weiszel, Hermann Strobach, Wolfgang Jacobeit, in: Wissenschaftliche Mitteilungen, hg. v. Deutsche Historiker-Gesellschaft, T. 1 - 3, 1972.

staunliche Tatsache! Aber wen wundert das, wenn die "Pfluggeschichte" in der Vergangenheit allzusehr an typologischen Maßstäben gemessen wurde. Bentzien hat nun mit seiner Untersuchung einen wichtigen Baustein zu einer Geschichte des Pfluges geleistet. Auch wenn er sich zunächst auf einen räumlich begrenzten Untersuchungsraum beschränkt. Aber diese Beschränkung erweist ihre großen Vorteile, weil sie geeignet ist, Pflug und Haken in ihrer Bedeutung für die Geschichte der Produktivkräfte im Grundsätzlichen und im Detail darzustellen. Und die Darstellung ist, um es gleich vorwegzunehmen, gelungen; sie ist das Ergebnis fleißiger Arbeit, ausgezeichneter Materialerschließung und sorgfältiger methodisch-theoretischer Verarbeitung.

Zunächst behandelt Bentzien Typen, Funktion und Stratigraphie des Hakens und des Pfluges, bestehend durch die exakten Angaben in Text und Abbildungen. Er beginnt mit dem Haken von Dabergotz, einem der ältesten überlieferten Haken, an dem er im Kapitel "Stratigraphie" die Slawizität des Hakens überzeugend herausarbeitet, leitet zum Mecklenburgischen Haken über, erwähnt verschiedene in Mecklenburg ehemals bekannte Hakentypen und Häufelgeräte und endet mit einem knappen Ausblick auf die modernen Pflüge. Zuvor aber beschreibt er ausführlich die Beetpflüge und widerlegt die weitverbreitete Ansicht, daß der Haken das ausschließliche Ackerwerkzeug im nördlichen Deutschland, insbesondere in Mecklenburg und Vorpommern, gewesen sei.

Was Bentzien über die Funktion der Pfluggeräte zu berichten weiß, geht weit über bisher übliche Darstellungen zur Geräteforschung hinaus. Die Arbeitsweise der Bodenbearbeitungsgeräte und die Feldformen kommen ebenso zur Sprache wie die wichtigen Fragen der Anspannung, ihrer Relationen und die von den produktionstechnischen und sozialökonomischen Umständen abhängige Bevorzugung der Ochsen oder Pferde, um Rentabilität und Produktivität der Pfluggeräte zu klären. Bentzien ordnet all das unter "Die Funktion" (S. 73 - 118)¹¹ ein. Und doch bietet er mehr, als es die gewiß sachlich richtige Kapitelüberschrift aussagt. Wenn wir in diesem Zusammenhang gleich noch die Brücke schlagen zu den "Geräteproduzenten" (S. 239 - 258) und zu "Arbeit und Brauchtum" (S. 273 - 280) und sie in das methodologische Blickfeld rücken, dann erweitert sich die "Funktion", ohne daß es Bentzien ausspricht oder näher erläutert, zur Funktionsweise der Produktivkräfte. Das heißt, wir bekommen eine Vorstellung von der Art und Weise, wie die subjektiven und die objektiven Glieder der Produktivkräfte zusammenwirken. Der theoretisch-abstrakt uns so geläufige, doch historisch-praktisch nur selten ins Bild eingefangene "Stoffwechsel der Natur" (Marx) wird sichtbar. In der Kooperation zwischen Bauer und Handwerker, aber auch in der handwerklichen Arbeitsteilung selbst, in der Art der Bespannung der Pflüge oder in den verschiedenen Formen der Feldbestellung, kurz in der Produktionsorganisation, enthüllt sich die jeweils historisch bedingte "zweckmäßige Tätigkeit der Arbeit" (Marx), der die innere Logik der dialektischen Entwicklung der Produktivkräfte entspringt. Zugleich erkennen wir die verschlungenen, die nichtsdestoweniger untrennbaren Wechselbeziehungen zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, wobei letztere bekanntlich die historisch bestimmten Bewegungsformen der Produktivkräfte bilden.

Bei der Analyse der funktionalen Faktoren des Mecklenburgischen Hakens nimmt Bentzien übrigens auch eine Korrektur vor, indem er überzeugend nachweist, daß

11 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

der Haken keineswegs ein "primitives" Ackergerät gewesen ist, wie er in der agrarhistorischen Literatur der Vergangenheit oft eingestuft wurde, sondern gegenüber dem "normalen" Pflug manchen Vorteil, etwa bei der Unkrautbekämpfung, aufwies.

Neuartig an einer volkskundlichen Geräteuntersuchung ist der Versuch einer dokumentarisch eingehend belegten Stratigraphie, also einer historischen Schichtenfolge der in Mecklenburg benutzten Bodenbearbeitungsgeräte. Diese Schichtenfolge, deren historische, fast lückenlose Beweiskette so beeindruckt, hat folgendes Aussehen: Slawizität des Mecklenburgischen Hakens, seine Verdrängung durch den Beetpflug infolge der deutschen Besiedlung (feudale Ostexpansion) und die im Spätfeudalismus erfolgte Reaktivierung des Hakens, die sich geradezu, um bei Bentziens Worten zu bleiben, am Ende des 18. Jahrhunderts in gutsherrschaftlichen Bereich Mecklenburgs, aber auch in Vorpommern und in brandenburgischen Landesteilen zu einer "Haken-Renaissance" steigerte.

Wenn die volkskundliche Forschung durch dieses "stratigraphische" Kapitel zweifellos zahlreiche methodische Anregungen erhält, so stellen sich bei dem Agrarhistoriker zwangsläufig Fragen nach den Ursachen und Triebkräften dieser pfluggeschichtlichen Entwicklung ein. Doch darauf weiß Bentzien mit den "sozialökonomischen Aspekten", die den Inhalt des sich anschließenden Kapitels bilden (S. 181 - 238), hochinteressante und aufschlußreiche Antworten zu liefern. Es sind Antworten, die er mit aller gebotenen Vorsicht, im Urteil ausgewogen, quellenmäßig belegt, daher zuverlässiges Wissen vermittelnd, vorträgt; Antworten, die zu neuen Einsichten in das Wesen der Gutsherrschaft beitragen und an denen die weitere Forschung zur feudalen Ökonomik nicht mehr vorbeigehen kann.

Die Gründe für die Reaktivierung des Hakens und der "Haken-Renaissance" findet Bentzien, indem er die herrschenden Eigentumsverhältnisse in seine Untersuchung einbezieht. Dabei gelingt es ihm, sowohl aus der Sicht der Eigentumsverhältnisse wie auch aus der Sicht der Produktionsinstrumente die Entwicklungsetappen der Gutsherrschaft in Mecklenburg, des nördlichen Ostelbiens überhaupt, näher zu bestimmen. Er stellt fest, daß schon im späten Mittelalter eine gewisse grundherrschaftliche Eigenwirtschaft herrschte, die jedoch rückläufigen Tendenzen unterlag, um dann seit dem 16. Jahrhundert jene Erscheinungsform anzunehmen, wie sie dem Agrar- und Wirtschaftshistoriker als feudale Gutsherrschaft in der Periode der zweiten Leibeigenschaft bekannt ist. Und mit der Herausbildung der feudalen Gutsherrschaft, und zwar im Sinne der von Kuczynski entwickelten Teilbetriebsthese¹², ging die "Haken-Renaissance" einher. "Allenthalben, wengleich zögernd und vorerst uneinheitlich ... begann sich das bäuerliche Wirtschaftsinventar mit Elementen gutsherrlichen Eigentums zu durchsetzen; das heißt: Der ökonomisch stärkere Gutsherr (bzw. das landesherrliche Amt o. ä.) 'bewehrte' den Hof des abhängigen Bauern mit notwendigem Vieh und Gerät, um die ihm zufließenden Abgaben und vor allem die gesteigerten Pflugdienste garantiert zu sehen" (S. 188).

Das Gerät, welches der Gutsherr dem Bauern aufdrängte, war der Haken. Damit drängte er aber zugleich dem Bauern auch eine zunehmende Ochsenhaltung auf, da der Ochse für den Haken prädestiniert war (S. 190). Dieser interessante Vorgang der "Haken-Renaissance" und der Reaktivierung der Ochsenbespannung, den Bentzien anschaulich und methodisch überzeugend in den Abschnitten "Pflugdienst

12 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft, 2. verbess. Aufl., Berlin 1951, S. 200.

und Hofwehr" und "Die Bodenbearbeitung in der gutsherrlichen Eigenwirtschaft" darstellt, ist zugleich ein Lehrbeispiel historischer Dialektik von Produktionsverhältnissen und Produktionsinstrumenten, des dialektischen Zusammenhangs von Wesen und Erscheinung, Inhalt und Form, Wirklichkeit und Möglichkeit und von Ursache und Wirkung.

Allerdings war, worauf Harnisch aufmerksam macht¹³, die Haken- und Ochsen-Reaktivierung zugleich auch eine Futterfrage. Die Erhöhung der Arbeitsrente, die die bäuerliche Gestellung und Bedienung der Ackergeräte einschloß, konnte sich doch wohl nur verwirklichen lassen, wenn die Futterbasis der bäuerlichen Wirtschaft nicht derart beeinträchtigt wurde, daß sie die Arbeitsrente aus betriebsökonomischen Gründen überhaupt in Frage stellte. Ochsen waren daher für eine bäuerliche Ausbeutung weit günstiger und vorteilhafter als Pferdegespanne, zumal Ochsen nicht nur anspruchsloser waren, sondern sich auch ökonomischer verwenden ließen als Pferde (Fleisch- und Dungversorgung und Anspannung).¹⁴ Das schienen auch die ostelischen Gutsherren begriffen zu haben, und daher ihr bewußtes Drängen zur Haken- und Ochsenhaltung, die zwar die bäuerliche Wirtschaft ebenfalls schwer belastete, jedoch die Feudalrente und das Ausbeutungssystem "besser" garantierten als eine die bäuerliche Leistungsfähigkeit überfordernde Pferdehaltung.¹⁵

In dem Abschnitt "Die Bodenbearbeitung in der gutsherrlichen Eigenwirtschaft" hat Bentzien auch seine interessante These vom "Häker" eingebaut, eine These von großem sozialgeschichtlichem Erkenntniswert. Danach war der "Häker", die mit dem Haken ackernde Arbeitskraft, Kossät, und es sind die Kossäten gewesen, die den Haken aus der slawischen Zeit über die beetpflugverwendende Landnahmeperiode in die Epoche der "zweiten Leibeigenschaft" tradiert haben, ohne daß Bentzien den Kossäten mit dem slawischen Bauern gleichsetzt, sondern ihn vielmehr als feudalen Kleinproduzenten faßt, mit dem gewissermaßen auch die Vorgeschichte des typischen kapitalistischen Lohnarbeiters in Mecklenburg im 19. Jahrhundert einsetzt.

Erscheint der Kossät als Überlieferungsträger der Bodenbearbeitung mit dem Haken, als sozialgeschichtliches Bindeglied zwischen Gutsherrschaft und Produktionsinstrument, so legt Bentzien andererseits auch den schöpferischen Anteil des Bauern an der Entwicklung der agraren Produktivkräfte dar. Wenn die herrschenden Eigentumsverhältnisse auch sehr stark den Entwicklungsstand der Gerätekultur bestimmten und die gesteigerte Ausbeutung im Rahmen der "zweiten Leibeigenschaft" die ökonomische Initiative des Bauern weitgehend einengte, so gab es dennoch bäuerliche Aktivitäten zur Durchsetzung von produktionstechnischen Neuerungen an den Bodenbearbeitungsgeräten. An der Umfunktionierung des Jochhakens zum leistungsfähigeren Radvorgestellhaken vor den bürgerlichen Agrarreformen weist Bentzien die bäuerlichen Fortschritte nach.

Die Arbeit Bentziens, in der ferner der Quellenwert der kameralistischen Literatur untersucht und eine minutiöse volkssprachliche Nomenklatur erarbeitet

13 Vgl. Harnisch, Hartmut, Klassenkämpfe der Bauern in der Mark Brandenburg zwischen frühbürgerlicher Revolution und Dreißigjährigem Krieg, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 5, Weimar 1975, S. 156 ff.

14 vgl. Müller, Hans-Heinrich, Entwicklungstendenzen der Viehzucht in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte 1966, T. 2, S. 154 ff.

15 Vgl. Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 156.

wird, zeichnet sich nicht nur durch ihre Akribie aus, sondern sie ist beispielhaft für die Volkskunde, erkenntnisreich für die Agrargeschichte und gewinnbringend für die Geschichte der Produktivkräfte. Nur wenn die Volkskunde auf dem Weg weiterschreitet, wie ihn Bentzien in seinem anregenden und aufschlußreichen Buch vorbildlich demonstriert hat, kann sie ihre Fruchtbarkeit und Nützlichkeit für ihre Nachbardisziplinen, für die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge erweisen, erweist sie ihre eigene Zukunftsträchtigkeit.

Von Arbeit und Wirtschaft berichten auch Fél und Hofer. Die beiden anzuzeigenden Bände sind die Frucht zwanzigjähriger Forschungsarbeit, die jene ungarischen Volkskundler im Auftrag des Budapester Ethnographischen Museums im Dorf Átány, gelegen im nördlichen Teil der Ungarischen Tiefebene, geleistet haben. Ihre Untersuchung bezieht sich auf ein einziges Dorf. Und man bedenke: mehr als 1 200 Druckseiten für eine Dorfuntersuchung, die zudem noch auf einen relativ kleinen Zeitraum beschränkt wurde, und zwar auf die letzten hundert Jahre vor der revolutionären Umgestaltung der ungarischen Landwirtschaft im Jahre 1959. Wo hat es jemals eine solche umfangreiche Dorfuntersuchung gegeben? Beeindruckend daher auch die ausgebreitete Materialfülle. Minutiös beschreiben und analysieren sie den dörflichen Alltag, die täglichen Entscheidungen und Tätigkeiten und das betriebsorganisatorische System. Sie zeichnen ein differenziertes Bild vom Ackerbau und von der Viehzucht, von der Arbeit und ihrer Einteilung, von den Nahrungsgewohnheiten und von der Küchenarbeit, von der Kleidung und den Trachten, von den Wohnungen und vom Wohnen, von der Einteilung der Zeit und vom Markt, von den großen und kleinen Ausgaben, von der Bildung, von den überkommenen Anschauungen und Gewohnheiten, in einer Ausführlichkeit und Komplexität, wie es nur ganz selten von einem Dorf überliefert worden ist. Sie erläutern die landwirtschaftlichen Arbeitsgeräte, erfassen Wagen, Pflüge, Eggen, Hacken, Spaten, Walzen, Sensen, Forken, Dreschflegel, Schaufeln, Siebe, in allen ihren vorkommenden und benutzten Typen, jede Geräteart beinahe eine Monographie für sich. Zahlreiche Abbildungen, Zeichnungen, genau dokumentiert, und statistische Tabellen vervollständigen diese Monographien. Und die vielen ausgezeichneten Fotos erzeugen lebendige Atmosphäre, lassen uns die Kultur und Lebensweise des Dorfes Átány geradezu miterleben.

Wirklich beeindruckend die Materialfülle, das reichlich dargebotene Sachwissen, bewundernswürdig der Sammlerfleiß! Hier ist man auch geneigt, Axel Steensberg zuzustimmen, der in einem Vorwort die Untersuchung "als einen Stern erster Größe am Firmament der ethnologischen Forschung" bezeichnet (Geräte, S. 10).

Und doch hat der Volkskundler, der in historischen Kategorien denkt, noch mehr aber der Agrarhistoriker Zweifel anzumelden und manche Fragezeichen zu setzen.

Die beiden Bände stellen ein mit den "Mitteln der Volkskunde" errichtetes "Denkmal der traditionellen Lebensweise ungarischer Bauern" dar (Denkweise, S. 17). Die "volkskundlichen Mittel", der sich Fél und Hofer bedienen, sind weitgehend der traditionellen Volkskunde entnommen; und die traditionelle Volkskunde kannte und kennt eben kaum historische Mittel, eine Erscheinung, der wir auch in dem vorliegenden Werk auf Schritt und Tritt begegnen. Zwar lassen uns die Autoren im Vorwort und in der Einleitung wissen, daß sie eine "ausgewählte historische Epoche", die letzten hundert Jahre vor der sozialistischen Umgestaltung der ungarischen Landwirtschaft, im Auge haben, und bieten auch einige, im ganzen jedoch recht unscharfe historische Daten und Fakten; aber wenn man dies nicht

wüßte, aus der eigentlichen Darstellung erfährt man es kaum. Das ganze Werk ist geradezu von Zeitlosigkeit durchzogen. Es gibt keine chronologischen Anhaltspunkte. Alles erweckt vielmehr den Eindruck einer historischen Momentaufnahme, die zudem recht vage ist, weil der Leser nirgends genau weiß, auf welche Zeit die erfaßten und dargestellten Erscheinungen bezogen sind oder ob sie gewissermaßen eine äußerst verdichtete Zeitepoche reflektieren. Der in den Hintergrund gedrängte historische Entwicklungsprozeß, die vorwaltende Statik, die nicht greifbare, unwirklich anmutende, dimensionslose Vergangenheit ist die zwangsläufige Folge sozialökonomischer Abstinenz, der Fél und Hofer erlegen sind.

Sozialökonomische Abstinenz? Gehen wir mit unserem Urteil nicht zu weit, wenn wir etwa folgende Kapitelüberschrift lesen: "Eigentumsverhältnisse und 'Stoffwechsel' der Ausrüstungen" (Geräte, S. 322 ff.)? Doch die Überschrift täuscht. Gewiß haben die Autoren in diesem Abschnitt interessante Fakten mitzuteilen, gibt es treffliche Beobachtungen und wertvolle Erkenntnisse, die vor allem für die Produktivkräfteforscher von Bedeutung sind, aber die Eigentumsverhältnisse widerspiegeln in keiner Weise die herrschenden Produktionsverhältnisse. Das dörfliche Leben, welches in vielem so gut beobachtet wurde, ist nirgends in das spannungsreiche Wechselverhältnis zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften eingebettet, so daß weder die Dialektik der Produktivkräfte noch die sozialökonomische Differenzierung der Bauernschaft, noch die ökonomischen Ursachen und Wirkungen sichtbar werden. Dabei ist die Zeitspanne, die Fél und Hofer untersuchen, eine bewegte Zeit, angefüllt mit tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen. Die kapitalistische Epoche der Landwirtschaft wird in Ungarn eingeläutet, aber feudale Anschauungen und Relikte wirken noch in die sich entfaltende kapitalistische Produktionsweise hinüber, verzögern ihr Wachstum, rufen Widersprüche hervor. Nichtsdestoweniger setzt sich der Kapitalismus durch, gebiert die ihm eigene Gesellschaftsstruktur und ökonomische Gesetzmäßigkeiten. Auch wenn in Ungarn eine ganze Reihe von Besonderheiten bewahrt bleiben, beginnen doch die Gesetze der kapitalistischen Marktproduktion ihr "eigenes Leben"; der Zerfallsprozeß der Bauernschaft setzt ein, beschleunigt die soziale Differenzierung¹⁶ - aber kaum etwas davon spüren wir bei Fél und Hofer. So haben sie ein Kapitel "Grundstock, Absatz und Anschaffung" der bäuerlichen Wirtschaft gewidmet (Denkweise, S. 391 - 412), Themen also, bei denen man soziale und ökonomische Frage- und Problemstellungen erwarten mußte. Doch man erfährt nichts über Kapitalverhältnisse, kaum etwas über soziale Differenzierung, es werden keine sozialökonomischen Wertungen vorgenommen. Fél und Hofer beschreiben zum Beispiel farbig und aufschlußreich das Marktgeschehen, die bäuerliche Verhaltensweise bei Käufen und Verkäufen, sie fangen die ganze Vielfalt des Markttreibens ein, wir lesen von Warenhändlern und Geldverleihern, die den Bauern Kredite gewähren, aber alles geht so idyllisch und familiär vor sich, ist in das Licht einer ethnologisch zwar bunten, jedoch historisch nahezu unveränderlichen Welt getaucht. Entstehen keine Abhängigkeitsverhältnisse, wenn die Bauern Gelder aufnehmen, liegen hierin keine Ansätze sozialer Differenzierung innerhalb des Dorfes? Wenn wir auch in Rechnung stellen, daß in Ungarn, in Atány vielleicht besonders ausgeprägt, die traditionellen Verhaltensweisen und Überlieferungen eine größere Rolle spielen als anderswo, daß sich die Tradition als eine nicht zu unterschätzende "Trägheitskraft der Geschich-

16 Vgl. Pach, Zsigmond Pál, Über einige charakteristische Züge des sogenannten preußischen Weges der Entwicklung in der Landwirtschaft Ungarns in der 2. Hälfte des 19. Jhs., in: ZfG, Nr. 6/1959, S. 1231 - 1255.

te", wie es Engels einmal zum Ausdruck brachte¹⁷, stärker offenbart als in West- und Nordeuropa, so ist aber doch zu bezweifeln, daß es im ungarischen Dorf keine die soziale Struktur und die Produktivkräfte verändernde Entwicklung gegeben hat. Die Verfasser haben zwar eine derartige Entwicklung niemals und nirgendwo ausdrücklich in Frage gestellt, aber ihre Darstellung kann den Leser sehr leicht zu einer solchen Annahme verleiten. Das verwundert um so mehr, als Fél und Hofer mitunter selbst sogar erstaunliche Hinweise für sozialökonomische Entwicklungs- und Differenzierungsprozesse liefern; so erwähnen sie, daß "die Átányer Bauern in den letzten hundert Jahren ganz ansehnliche Herrschaftsgüter angekauft hatten" (Denkweise, S. 19), und bekennen sie: "Das steckt schon im Bauern, daß er sich immer vergrößern will." Doch diese Feststellung ist nur in einer Fußnote enthalten (Denkweise, S. 480), und es unterbleibt jede weitere Analyse; sie ergreifen nicht die sich hier bietende Gelegenheit, die differenzierende Wirkung des bäuerlichen Erwerbstrebens zu überprüfen. Immerhin gibt es einen Abschnitt wo Fél und Hofer die sozialen Unterschiede der dörflichen Bevölkerung näher charakterisieren, nämlich im Geräteband, der sich übrigens methodisch und theoretisch vorteilhaft von dem Band über die bäuerliche Denkweise abhebt, und zwar erwähnen sie, wenn auch keineswegs systematisch und auch nur den "Wirtschaftlichen Ausrüstungen" zugeordnet, die verschiedenen Kategorien der dörflichen Bevölkerung - Bauern, Gesinde, Knechte, Kutscher, Feldhüter, Drescher, Kätner, Hirten und das sogenannte Fußvolk. Die Schnitter, das "Fußvolk", von der gehobeneren dörflichen Bevölkerung "Habenichtse" genannt, bezeichnen sie als "Landarbeiter" und "Landproletarier". Aber niemals ist von Klassenverhältnissen die Rede, niemals ist zu erkennen, daß gerade die Landarbeiter verstärkten Ausbeutungsverhältnissen unterliegen. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß alles in eine "familiäre" Gemeinschaft eingeordnet ist.

Der familiäre Grundton, der so stark im Werk vorherrscht, der damit über manche Passagen wehende idyllische Hauch rührt nicht zuletzt von den Gewährsleuten her, mit denen Fél und Hofer gearbeitet haben. Nun ist die Befragung von Gewährsleuten wichtig, sie sind lebende Zeugen einer historischen Zeit, die immer mehr entschwindet, sie sind die Vermittler kulturellen, ökonomischen und sozialen Wissens, das der Forscher sorgfältig aufzuzeichnen hat, weil es sich hier um wertvolle Tatbestände handelt, die in offiziellen Quellen nur selten überliefert sind. Daher verdient es hohe Anerkennung, wenn Fél und Hofer die gewiß mühselige, viel Geduld erfordernde Befragung der Gewährsleute mit Nachdruck betrieben haben, und es wäre zu wünschen, daß auch die historische Forschung der DDR die "lebenden Quellen" weit mehr berücksichtigt, als es bisher der Fall war. Doch ungeachtet allen freundschaftlichen und familiär anmutenden Umgangs, den die Autoren mit ihren Gewährsleuten pflegten (Denkweise, S. 15), sind sie nicht der Pflicht enthoben, die erfragten und gewonnenen Aussagen kritisch zu prüfen, mit notwendiger Distanz und Objektivität zu behandeln. Aber daran mangelt es eben bisweilen. Ihre Darstellungsweise nähert sich, wie Bentzien bereits feststellte, "in einigen Partien einer fast mystischen Identifikation der Autoren mit ihren Gewährsleuten".¹⁸ Und letztere sind meist ehemalige Mittelbauern, die in der Vergangenheit manche Idylle erblicken und das Privateigentum an den Pro-

17 Engels, Friedrich, Einleitung zur englischen Ausgabe der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 310.

18 Bentzien, Ulrich, Rezension in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, a. a. O., S. 278.

duktionsmitteln verklären. Die Autoren erlagen diesem "Zauber der Verklärung" und übersahen dabei den historischen Platz des kapitalistischen Eigentums.

In der "Verklärung des Privateigentums" erkennen wir bereits eine "bäuerliche Denkweise", die zu ergründen sich Fél und Hofer als große Untersuchungsaufgabe gestellt haben. Das Anliegen ist enorm wichtig. Viel zu wenig wissen wir von den täglichen Entscheidungen der Bauern, von ihren Sorgen und Befürchtungen, von ihren Motiven, Leitbildern und Wertvorstellungen. In dieser Hinsicht haben die beiden Volkskundler viel erkundet, sie verstehen es ganz ausgezeichnet, die Vielfalt der Denkweisen offenzulegen, die hinter den Handlungen der Bauern, aber auch der Tagelöhner, Tabakgärtner, des Gesindes und anderer dörflicher Schichten stehen. Und die Agrar- und Wirtschaftshistoriker, die sich mit der Geschichte und Problemen der Produktivkräfte befassen, sind gut beraten, wenn sie die beiden Bände konsultieren. Sie empfangen nützliche Anregungen und Belehrungen über die produktive Tätigkeit der Bauern, über den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur in all seinen Besonderheiten, sie erfahren Wissenswertes über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen, unter denen die Bauern und Tagelöhner wirtschaften, sie erhalten instruktive Einblicke in die Verzahnung zwischen den verschiedenen Arbeitsprozessen und in die komplexe Vielfalt der bäuerlichen Lebensformen. Fél und Hofer beschreiben die einzelnen Arbeitsgänge, die Einstellung zur Arbeit, die gegenseitigen Hilfeleistungen und den Wandel der Organisation in der Familienarbeit, sie vermitteln aufschlußreiche Kenntnisse über Arbeitstempo, Einteilung der täglichen und jährlichen Arbeit, über Erholung und Erschöpfung, über die Anpassung der Geräte an den Körperbau der Benutzer, über die kulturelle Bedeutung der Arbeitsgeräte und über deren arbeitstechnische Funktion, alles genau beobachtet, präzise dargestellt, von eindringlicher Anschaulichkeit.

Aber "bäuerliche Denkweise" ist nichts anderes als bäuerliche Ideologie, und in der Ideologie summieren sich die politischen, ökonomischen, rechtlichen, pädagogischen, künstlerischen, moralischen und philosophischen Anschauungen, also gesellschaftliche Anschauungen, die ganz bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck bringen, was durchaus einschließt, daß diese Anschauungen vielschichtig sind und zu differenzierten Verhaltensweisen und Wertvorstellungen der verschiedenen Schichten und Individuen führen können. Wohl mögen gewisse Seiten der Lebensweise, die aus den produktiven Beziehungen der Menschen zur Natur herrühren, "ideologiefrei" sein¹⁹, aber in ihrer Gesamtheit ist die Lebensweise eine bestimmte Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins, das an die jeweils herrschende Produktionsweise gebunden ist.

Doch die "bäuerliche Denkweise", wie sie Fél und Hofer auffassen, wird nicht als Ideologie begriffen, ihr fehlt die sozialökonomische Substanz. Sie erscheint als unhistorische Kategorie, losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die im Untersuchungszeitraum kapitalistisch waren, wenngleich aus dem Feudalismus überkommene "traditionelle Lebensformen" noch nachwirkten. Fél und Hofer verfallen in eine zeitlose, abstrakte Denkweise, die es einfach nicht gab und nicht gibt. Ihre Aufgabe wäre dagegen gewesen, nachzuweisen, wie Entscheidungs- und Handlungsfreiheit durch die kapitalistischen Gesellschafts- und Klassenverhältnisse beeinflußt wurden, wie Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der Bauern, Tagelöhner, des Gesindes und der anderen dörflichen Schichten der dia-

19 Vgl. Engelberg, Ernst, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: ZfG, Nr. 9/1968, S. 1137.

lektischen Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unterworfen waren. Denn es gilt immer zu beachten: "Die jeweiligen Produktionsbedingungen, also die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, haben sich zwar die Menschen mit Bewußtsein geschaffen; aber einmal geschaffen, existieren sie unabhängig vom Bewußtsein und Willen der nachfolgenden Generation, die die jeweils geschaffenen Produktionsbedingungen nicht frei wählen kann, vielmehr als materielle Ausgangsposition für weitere produktive Tätigkeit nehmen muß, wie sie sind, um sie allerdings mit Bewußtsein weiterentwickeln zu können. Dabei haben wir Historiker 'die konkret-historische Vielschichtigkeit des Begriffs der Bewußtheit' stets im Auge zu behalten und methodologisch fruchtbar zu machen."20

Aber es wäre verfehlt, wollte man dieses ungarische Werk ausschließlich der "traditionellen Volkskunde" zurechnen. Wenn sich Fél und Hofer auch weitgehend ihrer Mittel bedienten, so haben sie doch neue Pfade beschritten. Allein schon, daß sie sich dem in der Vergangenheit äußerst vernachlässigten Bereich "Arbeit und Wirtschaft" zuwandten, verdient herausgestellt zu werden. Wir verdanken ihnen viele Anregungen und Kenntnisse über die bäuerliche Arbeit, über die mannigfachen Beziehungen zwischen Arbeit und Arbeitsgerät, über Probleme der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Aber sie haben das Statisch-Typologische noch nicht überwinden können und die historische Durchdringung ihrer materialreichen Darstellung vernachlässigt. Und man fragt sich mitunter, ob Fél und Hofer während ihrer zwanzigjährigen Forschungsarbeit keine Gelegenheit gehabt haben sollten, historische und sozialökonomische Probleme zu berücksichtigen, ob sie bei ihrem großangelegten Forschungsprojekt nicht auch einen Agrar- und Wirtschaftshistoriker in ihre Gemeinschaft hätten aufnehmen können. Wie schade, denn die Untersuchung hätte dann wirklich zu einem Stern erster Größe am Firmament der ethnologischen Forschung werden können.

Zur Volkskunde gehört auch die Hausforschung. Und innerhalb der Hausforschung verdient die Veröffentlichung von Rach größte Aufmerksamkeit. Ihr merkt man noch weit mehr als der von Bentzien an, daß sich die Volkskunde der DDR in einem positiven Wandlungsprozeß befindet, eine gesellschaftswissenschaftliche Substanzaufnahme ihrer Disziplin vornahm und ihren Forschungsgegenstand zunehmend auf die Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten ausrichtet. Während Bentzien in seiner vorzüglichen Arbeit mit dem Haken und Pflug noch einen "traditionellen" Untersuchungsgegenstand wählte, so versucht sich Rach recht erfolgreich an Wohnbauten aus kapitalistischer Zeit, und dies an einer Landschaft, die nach herkömmlicher Auffassung für die volkskundliche Forschung als unergiebig galt. Rachs Arbeit ist nicht nur von den neuen volkskundlichen Auffassungen geprägt, sondern sie trägt selbst zur Entwicklung der Volkskunde im System der marxistischen Gesellschaftswissenschaften bei.

Das Untersuchungsgebiet ist die Magdeburger Börde, jene bekannte zuckerrübenbauende, bisher auch von der Agrargeschichte vernachlässigte Landschaft, die durch die Rübenzuckerindustrie im 19. Jahrhundert schon frühzeitig durchkapitalisiert und in ihrer sozialökonomischen Struktur gänzlich umgestaltet wurde, ein Gebiet, das den Wechselbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie den sichtbarsten Ausdruck verlieh und in dem Rach den wechsellvollen und lebendigen Beziehungen der Klassen und Schichten zum "Haus" nachgeht. Das "Haus" umfaßt

dabei nicht nur das aus dem Feudalismus überlieferte und im Fachwerkstil errichtete Bauernhaus, wie wir es in der traditionellen Volkskunde fast ausschließlich finden, sondern auch und gerade die kümmerlichen Landarbeiterwohnungen, elenden Schnitterkasernen und die sogenannten "Rübenpaläste" der sich zu kapitalistischen Unternehmern entwickelnden Großbauern. Es umfaßt also die Wohnbauten aller während des "Preußischen Weges der Landwirtschaft" dem sozialen Differenzierungsprozeß unterworfenen Agrarproduzenten.

Gegliedert ist das Buch, das sich auf Quellen staatlicher und städtischer Archive, auf Grundbuchakten und Akten der Bauaufsichten, auf Fragebogen und eine umfangreiche Literatur stützt, in drei Perioden: Ende des 18. Jahrhunderts bis 1815, von 1815 bis 1848 und von 1848 bis 1900. Für jede dieser drei Perioden gibt Rachs eine Einführung in die politische und sozialökonomische Entwicklung, wobei man sich allerdings, besonders bei der ersten Periode, mitunter eine vertieftere Darstellung der Entwicklungsprozesse und regionalen Besonderheiten gewünscht hätte. Es folgen Ausführungen über Baugeschehen und Baumaterial, über Bauausführende und Tradierung des Bauwissens, zeitgenössische Bauliteratur und Ökonomie des Bauens, Überlieferung und Veränderung der Wohnbauten, Bauorganisation und Baugesetzgebung, Bauschulen und Bildung der Meister und Gesellen im Bauhandwerk. Daran schließen sich die Dokumentation und Analyse der Hausformen und schließlich die Nutzung der Wohnbauten an.

Der Dokumentation und Analyse der Hausformen liegen zahlreiche ausgewählte repräsentative Beispiele aus verschiedenen Orten der untersuchten Gegend zugrunde. Die abgebildeten Grundrisse, Querschnitte, Giebel-, Straßen- und Traufansichten, insgesamt 71 Beispiele, wurden nicht nach typologischen Merkmalen, sondern einzig und allein nach sozialen Kriterien geordnet. Ihre Anordnung und die Gegenüberstellung der Grundrisse von den Wohnungen der Groß-, Mittel- und Kleinbauern, der verschiedenen Schichten der Landarmut und des ländlichen Proletariats vermitteln einen überzeugenden Eindruck von der Entwicklung der Wohnbauten. Betrachten wir dazu noch die im Anhang beigefügten Fotos und berücksichtigen wir ferner die in der Darstellung mitgeteilten Statistiken über die Größe der einzelnen Wohnkategorien, dann haben wir ein höchst eindrucksvolles Spiegelbild von der sozialökonomischen Differenzierung in der agrarkapitalistischen Magdeburger Börde.

Ist das Haus die wesentlichste Quelle der Untersuchung, so bilden andererseits die engen Beziehungen der sozialen Klassen und Schichten zum Haus den Ausgangspunkt der theoretisch-methodologischen Interpretation. Die allseitige Behandlung dieser wichtigen Komplexe läßt dabei die Arbeit Rachs zu einer instruktiven kulturgeschichtlichen Studie werden, in der bisher wenig bekannte Ausdrucksformen des Klassenkampfes der proletarischen Schichten des Dorfes, die Entwicklung der Stadt-Land-Beziehungen im Kapitalismus, die Proletarisierung der bäuerlichen Klasse, die Rolle des Dorfhandwerks bei der Einführung von Novationen, die Auflösung der alten, bäuerlich bestimmten Dorfgemeinschaft und noch andere Erscheinungsbilder der damaligen Klassenstruktur in der Magdeburger Börde interessante und farbige Gestaltung erfahren.

Die Arbeit Rachs spricht nicht nur die Volkskunde und fachspezifische Hausforschung an. Die Agrar- und Wirtschaftsgeschichte findet in ihr zahlreiche Anregungen für die ländliche Sozialgeschichte. Auch die Produktivkräfteforschung empfängt nützliche Informationen und Erkenntnisse. Insbesondere in den detailreichen Abschnitten über die Nutzung der Wohnbauten, die bekanntlich für die Reproduktion der Produktivkraft Mensch einen wichtigen Faktor bilden, werden wir mit interessanten Problemen vertraut gemacht, etwa den Fragen des gemeinsa-

men Wohnens von Bauern und Gesinde und der Auflösung dieser Formen, der Heiligung der Räume, den Kochgewohnheiten, der Benutzung der Hofräume oder den Wohnverhältnissen der kapitalistischen Landarmut, die zum Teil noch schlimmer als jene im Feudalismus waren. In eine Geschichte der Produktivkräfte sollten konkrete Wohnprobleme, wie sie Rach untersucht, unbedingt Eingang finden, weil sie geeignet sind, manche Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte erklären zu helfen.

Bei einer Arbeit, die Neuland betritt, sind kritische Bemerkungen nur zu erklärlich. So scheint es uns nicht angebracht, von der Gefügeforschung als einer konkret-historischen Basis der volkskundlichen Hausforschung zu sprechen. Die Gefügeforschung erlaubt zwar eine Chronologie und eine Rekonstruktion der Bauernhausformen vor allem aus der Periode des Feudalismus - mehr aber nicht. Wir bezweifeln auch, ob die Wohnungen der Landarmut und der ländlichen Proletarier in der ausgebildeten kapitalistischen Epoche noch der "traditionellen" mitteldeutschen Form des Ern-Hauses zugerechnet werden können. Für die Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus mag das noch zutreffen, aber kaum mehr auf die Landarbeiterwohnungen nach 1871. Diese Landarbeiterwohnungen wurden häufig nach Architektengrundrissen gebaut und waren sicher auch außerhalb des ehemaligen Verbreitungsgebietes des Ern-Hauses zu finden. Man hätte es auch dankbar empfunden, wenn Rach einige aussagekräftige Kostenanschläge von den einzelnen Wohnhauskategorien übermittelt hätte, um auch auf diese Weise die gravierenden sozialen Unterschiede vor allem zwischen den Großbauern und der landarmen Bauernschaft sowie die Repräsentationssucht und das Prestigebewußtsein der Großbauern kenntlich zu machen. Auch mancher Vergleich eines großbäuerlichen "Rübenpalastes" mit einem ostelbischen junckerlichen "Schloß" hätte gewiß nicht geschadet. Man hätte dabei aller Wahrscheinlichkeit nach feststellen können, daß sich viele ostelbische adlige "Schlösser" und Gutsherrschaften mit den großbäuerlichen "Rübenpalästen" und Wirtschaften der Magdeburger Börde kaum messen konnten.

Doch ungeachtet aller Einwände und Wünsche ist die von Rach sehr parteilich verfaßte Arbeit eine erfreuliche Bereicherung der Volkskunde wie der Agrargeschichte. Sie bietet aus volkskundlicher Sicht einen tiefen Einblick in die Zwiespältigkeit des kulturellen Fortschritts im Kapitalismus. Sie ist zugleich ein wertvoller Beitrag zu dem interdisziplinären Forschungsvorhaben der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Geschichte der Magdeburger Börde.²¹ Rach hat erfolgreich Neuland beschritten, die Fruchtbarkeit der volkskundlichen Forschung nachgewiesen, wenn sich diese der Geschichte der Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten in allen Gesellschaftsformationen zuwendet. Es bleibt zu hoffen, daß diese Arbeit auch für andere Regionen Nachfolger findet.

Kommen wir auf unseren Ausgangspunkt zurück. Volkskunde und Agrargeschichte haben sich tatsächlich viel zu sagen, wenn sie im Zeichen der Integration stehen.

21 Von einer auf mehrere Bände berechneten Darstellung "Zur Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten in der Magdeburger Börde vom Spätfudalismus bis zur Gegenwart", an der Agrarhistoriker, Volkskundler, Geologen, Museologen, Sprachforscher und Archivare beteiligt sind, befinden sich bereits Bd. 1 u. 2 in Drucklegung.

FORSCHUNGSBERICHTE

ZUR BEDEUTUNG DES HANDWERKS SOWIE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN
UND SOZIALEN STELLUNG DER GEWERBLICHEN PRODUZENTEN IN DER
MITTELALTERLICHEN RUSSISCHEN STADT

Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt
vom 10. bis 15. Jahrhundert (I)

von Siegfried Epperlein

Probleme des europäischen Städtewesens in der Feudalepoche gehören seit geraumer Zeit zu den mit am meisten diskutierten Fragen sowohl in der bürgerlichen Mediävistik¹ als auch in marxistischen Forschungen.² Dabei bleibt in Gesamtdarstellungen bürgerlicher deutscher Historiker zur europäischen Stadt bis in die jüngste Zeit hinein der slawische Bereich, vor allem die Geschichte der mittelalterlichen russischen Stadt, oft am Rande³, obwohl die sowjetische Forschung vor allem seit dem zweiten Weltkrieg zahlreiche wichtige Aufsätze und Monographien zu diesem Problemkomplex vorgelegt hat. Diese werden zwar in

- 1 Vgl. z. B. die bei Gebhardt, Bruno, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 1, hg. v. Herbert Grundmann, 9. Aufl. Stuttgart 1970, und im Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, hg. v. Hermann Aubin, Wolfgang Zorn, Stuttgart 1971, in den entsprechenden Abschnitten genannte Literatur; weiter ist auf Stoob, Heinz, Forschungen zum Städtewesen in Europa, Bd. 1, Köln/Wien 1970, und auf Die Stadt des Mittelalters, hg. v. Carl Haase, Bd. 1 - 3, Darmstadt 1969 - 1973, zu verweisen.
- 2 Für die DDR vgl. Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970. Analysen und Berichte zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, Berlin 1970, S. 309 ff. (= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 18. Jg. 1970, Sonderheft); Berthold, Brigitte/Engel, Evamaria/Laube, Adolf, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: ZfG, Nr. 2/1973, S. 196 ff.; Vogler, Günter, Probleme der Klassenentwicklung in der Feudalgesellschaft, in: ZfG, Nr. 10/1973, S. 1185 ff.; Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jahrhundert, hg. v. der Forschungsgruppe Stadtgeschichte u. d. Leit. v. Erika Uitz, Magdeburg 1974; Stadt und Städtebürgertum in der deutschen Geschichte des 13. Jahrhunderts, hg. im Auftrage des Zentralinstituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR v. Bernhard Töpfer, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 24, 1976.
- 3 Vgl. z. B. das Buch von Ennen, Edith, Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen 1972; vgl. die Rezension dazu von Töpfer, Bernhard, in: Deutsche Literaturzeitung, Nr. 9/1973, Sp. 719 f.

der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD beachtet und registriert⁴, ohne daß es jedoch bisher zu einer zusammenfassenden Überblicksdarstellung gekommen wäre.

In der marxistischen Mediävistik der DDR sind zwar Ansätze zu einer Erfassung und Verarbeitung von Forschungsergebnissen sowjetischer Historiker zur Geschichte der mittelalterlichen russischen Stadt zu verzeichnen.⁵ Doch sind wir von einer systematischen Berücksichtigung und Auswertung des entsprechenden Schrifttums noch weit entfernt, von einer Gesamtdarstellung des Fragenkomplexes ganz zu schweigen.

Blickt man unter dem Aspekt einer vergleichenden Betrachtungsweise auf die Anfänge des Städtewesens in Europa, so zeigt sich zunächst einmal, daß es sich dabei keineswegs um einen Vorgang handelt, der sich lediglich auf den westlichen Teil unseres Kontinents beschränkte. Die marxistische Nachkriegsforschung in den europäischen Volksdemokratien⁶ und namentlich sowjetische Historiker wie

4 Dies gilt namentlich für die imperialistische Ostforschung der BRD. Vgl. dazu Küttler, Wolfgang, Die Konzeption der "Industriegesellschaft" und die russische Geschichte bis 1917, in: ZfG, Nr. 8/1971, S. 981 ff.; Pašuto, V. T., Was wird im Westen gelehrt? Die Darstellung der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion in westdeutschen Lehrbüchern, in: Jahrbuch der sozialistischen Länder Europas, 14. Jg. 1970, S. 79 f.; vgl. auch Donnert, Erich, Die Geschichte des vorrevolutionären Rußlands in der westdeutschen Osteuropa- und Rußlandforschung, in: ZfG, Nr. 5/1965, S. 810 f.

5 Vgl. Donnert, Erich, Rußland an der Schwelle der Neuzeit. Der Moskauer Staat im 16. Jahrhundert, Berlin 1972, S. 65 f., 75 ff.; Widera, Bruno, Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 1, S. 113 f.; derselbe, Blühender Handel und blühendes Handwerk in der vormongolischen Ruß, in: ebenda 1974, T. 3, S. 209 f.; Epperlein, Siegfried, Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa, in: ebenda 1973, T. 2, S. 223 ff.; Bendjus, Iona, Die Entwicklung der marxistischen Konzeption und die Leistungen der sowjetischen Stadtgeschichtsforschung zur Geschichte der nordrussischen Stadt des 14. und 15. Jahrhunderts von 1917 bis zu Beginn der 70er Jahre, phil. Diss., Pädagogische Hochschule Magdeburg 1975 (ungedruckt), Teildrucke in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert", Magdeburg, Nr. 1/1974, S. 98 - 102, Nr. 2/1974, S. 186 - 203.

6 Zum gegenwärtigen Forschungsstand über das mittelalterliche Städtewesen auf west- und südslawischem sowie rumänischem und ungarischem Territorium vgl. folgende Studien: Chropovský, Bohuslav, Das frühmittelalterliche Nitra, in: Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter, T. 2, hg. v. Herbert Jankuhn, Walter Schlesinger, Heiko Steuer, in: Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse, 3. Folge, Nr. 84, Göttingen 1974, S. 159 f.; Richter, Miroslav, Der archäologische Beitrag zur Kleinstadtforschung in Böhmen, in: ebenda, S. 239 ff.; Kejř, Jiří, Nad počátky našich měst (Über die Anfänge unserer Städte), in: Československý časopis historický, Bd. 24, 1976, S. 377 ff.; Michailov, Stamen, Die Erforschung des frühfeudalen Städtewesens in Bulgarien, in: ebenda, S. 289 f.; Gerevich, Ladislaus, Die mittelalterlichen Städte im Zentrum Ungarns, in: ebenda, S. 258 f.; Matei, Mircea D., Quelques problèmes concernant les débuts de la vie urbaine médiévale dans les Pays roumains, in: ebenda, S. 277 f.; Hensel, Witold, Untersuchungen über die Anfänge der Stadt in Polen, in: ebenda, S. 176 f.; Rosja-

M. N. Tichomirov⁷ (Städte in den Fürstentümern Kiev, Halič-Wolhynien, Černigov, Smolensk, Polock, Rostov-Suzdal, Rjazan'; Feudalrepubliken Novgorod, Pskov), B. A. Rybakov⁸ (besonders Novgorod, Pskov), A. V. Arcichovskij⁹ (Novgorod), A. M. Sacharov¹⁰ (Moskau, Tver', Nižnij-Novgorod, Rostov, Vladimir, Serpuchov, Kolomna, Radonež und andere Städte), N. N. Voronin und P. A. Rappoport¹¹ haben in ihren bahnbrechenden Arbeiten zeigen können, daß etwa seit dem 10. Jahrhundert die Burg nicht nur herrschaftliche Befestigung, nicht nur militärisches und administratives Zentrum eines zugehörigen Gebietes war, sondern allmählich zum Kristallisationspunkt für nicht oder doch nicht mehr vor-

nowski, Tadeusz, Stadtgeschichtliche Forschung in Volkspolen, in: Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte ..., a. a. O., S. 131 ff., 165 ff.; Grothusen, Klaus Detlev, Entstehung und Geschichte Zagrebs bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts, Ein Beitrag zum Städtewesen Südosteuropas im Mittelalter, Wiesbaden 1967, S. 9 ff.

- 7 Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, 2. Aufl. Moskau 1956. - Er begründete in der marxistischen Historiographie mit diesem in erster Auflage 1946 erschienenen Buch die Konzeption der sowjetischen Mediävistik von der mittelalterlichen russischen Stadt.
- 8 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, Moskau/Leningrad 1948, Rybakov untermauert die von Tichomirov verfochtene These, daß nicht der Fernhandel, sondern die sich im Laufe der zweiten gesellschaftlichen Arbeitsteilung von der landwirtschaftlichen Produktion trennende gewerbliche Produktion der entscheidende städtebildende Faktor gewesen sei. Dabei stützte sich Rybakov wegen mangelnder schriftlicher Quellenzeugnisse sehr stark auf archäologisches Material. Für das 13. - 15. Jh. vgl. jetzt Očerki russkoj kul'tury XIII - XV vv., Bd. 1: Material' naja kul'tura, u. d. Red. v. A. V. Arcichovskij, B. A. Kolčín, A. M. Sacharov, V. L. Janin, Moskau 1969; vgl. auch Hellmann, Manfred, Neue Forschungen zur frühen Geschichte des Kiever Reiches, in: Frühmittelalterliche Studien, Jahrbuch des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster, Bd. 2, 1968, S. 405 ff.
- 9 Arcichovskij, A. V., Novgorod Velikij v XI - XV vekach, in: Voprosy istorii, Nr. 9/1960, S. 27 f.; vgl. auch Kolčín, B. A., K itogam rabot Novgorodskoj archeologičeskoj ěkspedicii 1951 - 1962, in: Kratkie soobščeniya instituta archeologii, Moskau, Nr. 99/1964, S. 3 ff.; Widera, Bruno, Novgorod vom 10. - 15. Jh. im Lichte archäologischer Ausgrabungen, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Nr. 9/1966, S. 327 ff.; Avdusin, D. A., Istorija novgorodskich otkrytij, in: Voprosy istorii, Nr. 6/1971, S. 41 ff. - Arcichovskij konnte in Novgorod im Laufe einer von ihm geleiteten umfangreichen archäologischen Forschungstätigkeit eine beträchtliche Anzahl gewerblicher Berufe nachweisen und damit die vor allem von Ključevskij aufgestellte These entkräften, Novgorod sei eine reine "Handelsstadt" gewesen. Vgl. auch Goehrke, Carsten, Die Sozialstruktur des mittelalterlichen Novgorod, in: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa, Vorträge und Forschungen, Bd. 11, 2. Aufl. Sigmaringen 1974, S. 370 = Reichenau-Vorträge 1963/1964.
- 10 Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv., Moskau 1959; derselbe, Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII v., Moskau 1969.
- 11 Voronin, N. N./Rappoport, P. A., Archeologičeskoe izučenie drevnerusskogo goroda, in: Kratkie soobščeniya o dokladach i polevyh issledovanijach Instituta archeologii, Bd. 96, 1963, S. 3 ff.

wiegend mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundene Berufe und Tätigkeiten wurde.¹² Ähnlich wie im frühmittelalterlichen West- und Mitteleuropa dürften also auch in der Ruß Burg und eine sich anlehrende Siedlung von gewerblichen Produzenten sowie Kaufleuten¹³ konstitutiv für die Entstehung nichtagrarischer Wirtschaftszentren gewesen sein, deren Entwicklung die auf einem Produktivitätszuwachs im agrarischen Bereich beruhende zweite gesellschaftliche Arbeitsteilung voraussetzte. Solche altrussischen "goroda"¹⁴ werden in der schriftlichen Überlieferung seit dem 10. Jahrhundert in ständig steigender Zahl genannt: Waren es im 10. Jahrhundert etwa 24 und im 11. Jahrhundert rund 86, so sind im 13. Jahrhundert ungefähr 300 solcher "goroda" nachweisbar.¹⁵

- 12 Vgl. Geschichte der UdSSR, Bd. 1, 1. Halbbd.: Feudalismus (9. - 13. Jh.), hg. v. B. D. Grekov, dt. Ausgabe v. Erich Donnert, Berlin 1957, S. 131 ff.; Istorija SSSR, Bd. 1, u. d. Red. v. B. A. Rybakov, Moskau 1966, S. 535 f.; ebenda, Bd. 2, u. d. Red. v. M. N. Tichomirov, Moskau 1966, S. 74 ff.; vgl. auch Widera, Bruno, Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß, a. a. O., S. 113 ff.; vgl. allgemein auch Nazarov, V. D. / Pašuto, V. T. / Cerepnin, L. V., Problemy obščestvenno-političeskoj istorii feodal'noj Rossii v novejšej istoriografii, in: Voprosy istorii, Nr. 4/1976, S. 25 ff.
- 13 Auf städtische Vor- und Frühformen im slawischen Bereich wiesen in der bürgerlichen deutschen Nachkriegsforschung W. Schlesinger, H. Ludat u. G. Stökl hin. Vgl. Schlesinger, Walter, Zur Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bemerkungen zu Edith Ennen, Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bonn 1953, zuerst erschienen 1953/54, Nachdruck in: derselbe, Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2, Göttingen 1963, S. 68 ff.; derselbe, Über mitteleuropäische Städtelandschaften der Frühzeit, zuerst erschienen 1957, Nachdruck in: Die Stadt des Mittelalters, Bd. 1, a. a. O., S. 254 f.; derselbe, Städtische Frühformen zwischen Rhein und Elbe, in: derselbe, Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2, a. a. O., S. 149 ff.; Ludat, Herbert, Vorstufen und Entstehung des Städtewesens in Osteuropa, Köln-Braunsfeld 1955, S. 17 f. (Kiever Ruß); derselbe, Frühformen des Städtewesens in Osteuropa, zuerst erschienen 1956, Nachdruck in: derselbe, Ausgewählte Aufsätze, Köln/Wien 1969, S. 97 ff.; Stökl, Günther, Russische Geschichte von der Entstehung des Kiever Reiches bis zum Ende der Wirren (862 - 1613), in: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas, Neue Folge, Bd. 6, 1958, S. 225 ff.; derselbe, Russische Geschichte, 2. Aufl. Stuttgart 1965, S. 68 ff.
- 14 Vgl. die Angaben bei Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 23 f., 36, 39, 42 f.; Sovetskaja istoričeskaja ěnciklopedija, Bd. 4, Moskau 1963, Sp. 552 f.; Stichwort: "gorod"; Słownik starożytności słowiańskich (Wörterbuch slawischer Altertümer), Bd. 3, H. 1, Wrocław/Kraków/Warszawa 1967, S. 224 f., Stichwort: "miasto"; Gieysztor, Alexander, Villes et campagnes slaves du Xe au XIII^e siècle, in: Deuxième conférence internationale d'histoire économique (Aix-en-Provence 1962), Paris 1965, S. 97 ff.
- 15 Im skandinavischen Bereich, zuerst in Schweden im 10. und 11. Jh., wurde die Kiever Ruß als "gardariki" bezeichnet, was jedoch kaum "Reich der Städte", wie Gitermann, Valentin, Geschichte Rußlands, Bd. 1, Hamburg 1949, S. 35, und ihm folgend Donnert, Erich, Rußland an der Schwelle der Neuzeit, a. a. O., S. 76, fälschlich annahmen, sondern weit eher "Reich der Burgen" bedeutet. Vgl. zur philologischen Problematik Labuda, Gerard, in: Słownik starożytności słowiańskich, Bd. 2, H. 1, Wrocław/Kraków/Warszawa 1964, S. 80 f., Stichwort: "gardariki". - Der Begriff bezog sich vor allem auf die

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß die Erweiterung des Blickfeldes der mittelalterlichen Stadtforschung und die Einbeziehung solcher mehr oder weniger an der Peripherie Europas gelegenen Länder wie Spanien¹⁶ im Westen, England und Skandinavien¹⁷ im Norden, Polen, Böhmen und Rußland im Osten eindeutig nachweisen konnten, wie einseitig und unhaltbar die seinerzeit in der bürgerlichen Stadtgeschichtsforschung geäußerte Ansicht ist, wonach sich die mittelalterliche europäische Stadt vor allem im sogenannten niederfränkischen Raum, also etwa im nordfranzösischen, belgischen und niederländischen Gebiet, entwickelt habe.¹⁸ Es kann beim gegenwärtigen Forschungsstand als gesichert gelten, daß sich im Zusammenhang mit dem im frühen Mittelalter erfolgenden Feudalisierungsprozeß, der Ausbildung gewerblicher Produktionszweige und kaufmännischer Aktivitäten in ganz Europa mit zeitlichen Phasenverschiebungen und gebietsweise unterschiedlichen Gestaltungsformen die wichtigsten ökonomischen Voraussetzungen für das Wachstum nichtagrarischer Wirtschaftszentren, von Nahmärkten und Mittelpunkten des Fernhandels entwickelten.¹⁹

Zweifellos ist diese sich im frühen Mittelalter in West- und Osteuropa vollziehende Herausbildung solcher Zentren grundsätzlich ein bedeutender und wichtiger Fortschritt in der geschichtlichen Entwicklung des jeweiligen Landes. Das gilt für Frankreich, Italien, Deutschland gleichermaßen wie für Polen, Böhmen und die Ruß, in deren "Burgstädten", ähnlich wie in Westeuropa, eine beruflich und sozial vielfältig gegliederte Bevölkerung lebte. Allerdings bereitet die möglichst eindeutige begriffliche Klärung und die einigermaßen genaue soziale Zuordnung der in den Quellen verwendeten Termini für die verschiedenen Schichten der städtischen Bevölkerung in der Ruß beträchtliche Schwierigkeiten, da hier erst im 14. und 15. Jahrhundert wenigstens für die größeren Städte Urkunden überhaupt in nennenswertem Umfang existieren²⁰, während für die vorhergehende Zeit Hin-

nördliche Ruß, u. a. mit Novgorod (skand. Holmgardr) und Ladoga (skand. Aldejuborg), wobei dem skandinavischen Betrachter das fortifikatorische Element dieser Orte offenbar besonders auffiel (-gardr, -borg).

16 Vgl. Papke, Eva, Zum Problem der Entwicklung der spanischen Städte, in: Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte ..., T. 2, a. a. O., S. 44 f.

17 Vgl. auch Zernack, Klaus, Der europäische Norden als Städtelandschaft der Frühzeit, in: Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte Ost- und Nordeuropas, Wiesbaden 1971, S. 13 ff.

18 Kritisch dazu bereits Haase, Carl, Neue Untersuchungen zur frühen Geschichte der europäischen Stadt, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 46, 1959, S. 382 f.

19 In der DDR wurde die genannte Problematik in folgenden Arbeiten berührt bzw. näher untersucht von Epperlein, Siegfried, Neuere Forschungen zur polnischen Geschichte des Mittelalters, in: ZfG, Nr. 5/1957, S. 429 ff.; derselbe, Die Anfänge des frühmittelalterlichen Städtewesens in Polen im Lichte der erzählenden Quellen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 159f.; derselbe, Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa, in: ebenda 1973, T. 2, S. 223 f.; Die Slawen in Deutschland, Ein Handbuch, hg. v. Joachim Herrmann, 3. Aufl. Berlin 1974, S. 187 ff., 219 ff., 364 ff. (1. Aufl. 1970); Töpfer, Bernhard, Zur Spezifik der Stadt West- und Mitteleuropas in der Feudalgesellschaft, in: Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte ..., T. 1, a. a. O., S. 83 f.; Widera, Bruno, Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß, a. a. O.

20 Vgl. allgemein Tichomirov, M. N., Istočnikovedenie istorii SSSR, Bd. 1: S

weise fast ausschließlich der Chronistik entnommen werden müssen.²¹ Als in dieser Ende des 10. Jahrhunderts Begriffe wie "gorod, grad", aber auch schon "posad, podol" häufiger auftauchen, fällt auch zum ersten Mal, wenn auch zunächst noch sehr pauschal und allgemein, Licht auf die Bewohner einzelner "goroda". Im Jahre 997 werden in Belgorod, deutlich von der ländlichen Bevölkerung (krest' janstvo) abgehoben, "gorožane" genannt²² - eine Bezeichnung, die, teilweise abgewandelt in "graždane, gražane, ljudi gradskie", die gesamte Bevölkerung eines "gorod" kennzeichnet und in dieser Form als Sammelbegriff bis ins 12. Jahrhundert für verschiedene "goroda" nachweisbar ist.²³

Im Zusammenhang mit der weiteren städtischen Entwicklung läßt sich etwa seit dem Ende des 12. Jahrhunderts und dem beginnenden 13. Jahrhundert zumindest in den bedeutendsten altrussischen Städten zunächst eine grobe Zweiteilung der Stadtbevölkerung beobachten. Anlässlich von Auseinandersetzungen in Vladimir 1175/76 wird von "ljudi mezinyi" (mindere Leute) gesprochen, die gegen die Bojaren der Stadt kämpfen.²⁴ Für Novgorod werden 1216, 1255 und 1259 die "Besseren" den "geringeren Leuten" gegenübergestellt.²⁵ Bezeugt ist auch das Gegensatzpaar "družina - gorožane", wobei unter "družina" wahrscheinlich die Bojaren als Oberschicht in einem "gorod" gemeint sind.²⁶ Erst im 14. und 15. Jahr-

drevnejšego vremeni do konca XVIII veka, Moskau 1962, S. 31 ff., 69 ff., 159 ff.

- 21 Vgl. Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 138 ff.; Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv., a. a. O., S. 17 f., 130 ff.; Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vekach, Moskau 1960, S. 414 f. - Welchen Schwierigkeiten sich die begriffsgeschichtliche Forschung selbst bei den bedeutendsten altrussischen Städten mit relativ guter schriftlicher Überlieferung gegenüberstellt, zeigt Janin, V. L., Problemy social'noj organizacii Novgorodskoj respubliki, in: Istorija SSSR, Nr. 1/1970, S. 44 f.; vgl. auch Rahbek-Schmidt, Knud, Soziale Terminologie in russischen Texten des frühen Mittelalters (bis zum Jahre 1240), Kopenhagen 1964, S. 37 ff.
- 22 Povest' vremennyh let, Bd. 1, u. d. Red. v. D. S. Lichačev, Moskau/Leningrad 1950, S. 87 f.; vgl. auch Hellmann, Manfred, Probleme früher städtischer Sozialstruktur in Osteuropa, in: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa, a. a. O., S. 382.
- 23 Povest' vremennyh let, a. a. O., S. 177 (Vladimir-Volynsk 1097); Ipat' evskaja letopiš, in: Polnoe sobranie russkich letopisej (im folgenden: PSRL), Bd. 2, 2. Ausg. Petersburg 1908 (Neudruck 1962), S. 320 (Zvenigorod 1145); vgl. dazu auch Pašuto, V. T., Očerki po istorii galicko-volynskoj Rusi, Moskau 1950, S. 180 f.; Ipat' evskaja letopiš, a. a. O., S. 525 f. (Starodub 1167); ebenda, S. 402 f.; vgl. auch die von Zernack, Klaus, Die burgstädtischen Volksversammlungen bei den Ost- und Westslaven, Wiesbaden 1967, S. 54 ff., 79 ff., 94 f., 109 f. u. a. gebrachten Belege für "gražane, ljudi gradskie".
- 24 Lavrent' evskaja letopiš, in: PSRL, Bd. 1, 2. Ausg. Leningrad 1926 - 1928 (Neudruck 1962), S. 385 f.; vgl. dazu auch Tichomirov, M. N., Krest' janskije i gorodskie vosstanija na Rusi XI - XIII vv., Moskau 1955, S. 230 f.
- 25 Novgorodskaja pervaja letopiš staršego i mladšego izvodov, u. d. Red. v. A. N. Nasonov, Moskau/Leningrad 1950, S. 55, 80 f., 308, 82, 310; vgl. auch Janin, V. L., a. a. O., S. 48 f., sowie Goehrke, Carsten, a. a. O., S. 357 f.
- 26 Vgl. beispielsweise Troickaja letopiš, Rekonstrukcija teksta, u. d. Red. v. M. D. Priselkov, Moskau/Leningrad 1950, S. 314 (1237).

hundert, als im Zusammenhang mit einer stärkeren sozialen Differenzierung einzelne städtische Bevölkerungsschichten klarere Konturen anzunehmen beginnen, wird auch die Sprache der Quellen aussagekräftiger. So werden für Novgorod im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts Bojaren, "begüterte Leute" (žit'i ljudi) sowie "schwarze Leute" (černye ljudi) erwähnt²⁷, und im 15. Jahrhundert werden neben "begüterten Leuten" und "schwarzen Leuten" (gewerbliche Produzenten) noch die Kaufleute (kupy) als soziale Schicht genannt.²⁸ Eine "Vierergruppierung" ist zu dieser Zeit auch für andere russische Städte bekannt, zum Beispiel für Tver' (1380).²⁹ Zwar werden in der chronikalischen Überlieferung gelegentlich noch undifferenziert Bezeichnungen wie "veš grad"³⁰, "gražane, gorodskie ljudi"³¹ verwendet, etwa bei feierlichen Anlässen (Einholung einer Ikone) oder bei der Verteidigung einer Stadt, also dann, wenn gleichsam alle Stadtbewohner in Aktion treten und unter diesem Aspekt in der Auffassung des Chronisten soziale Unterschiede zugunsten des "Ganzen" weitgehend verblasen. Doch wird davon die Tatsache nicht berührt, daß sich in den größeren russischen Städten des 14. und 15. Jahrhunderts (Novgorod, Moskau) allmählich eine soziale Schichtung abzeichnet, die im wesentlichen Bojaren an der Spitze, "begüterte Leute", Kaufleute und vermögende Handwerker in der Mitte und einfache gewerbliche Produzenten sowie ärmere Bevölkerungsgruppen als "Unterschicht" umfaßt.³²

- 27 Vgl. Gramoty Velikogo Novgoroda i Pskova, u. d. Red. v. S. N. Valk, Moskau/Leningrad 1949, Nr. 17, S. 32.
- 28 Ebenda, Nr. 21, S. 38; Nr. 96, S. 152 u. a.
- 29 Vgl. PSRL, Bd. 10, Petersburg 1885, S. 209; ebenda, Bd. 11, Petersburg 1897, S. 9, 56.
- 30 Vgl. beispielsweise Moskovskij letopisnyj svod konca XV veka, in: PSRL, Bd. 25, Moskau/Leningrad 1949, S. 223 (1395).
- 31 So wird 1237 bei der Verteidigung von Vladimir neben der "družina", also der Gefolgschaft des Fürsten, ganz allgemein von "gražane" gesprochen; vgl. Lavrent' evskaja letopiš, a. a. O., S. 461; Troickaja letopiš, a. a. O., S. 314; vgl. auch Chrestomatija po istorii SSSR, S drevnejšich vremen do konca XV veka, u. d. Red. v. M. N. Tichomirov, Bd. 1, Moskau 1960, S. 538 f., mit Belegen für "veš gorod".
- 32 Vgl. auch Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovanogo gosudarstva v XIV - XV vekach, Moskau 1960, S. 414 f. Er weist darauf hin, daß Begriffe wie "gorožane, gražane, ljudi gorožane", die ursprünglich die Gesamtheit der Stadtbewohner bezeichneten, im 14. und 15. Jh. eine Bedeutungsverengung erfuhren; sie würden sich nun vor allem auf die im "posad" wohnenden Bevölkerungsschichten, also auf Handwerker und Kaufleute, beziehen; vgl. auch Bendjus, Ilona, a. a. O., S. 158 f.; dieselbe, Zum Problem der Eigentumsverhältnisse und zur Frage der Gemeindebildung in der russischen Stadt im 14. und 15. Jh., in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert", Magdeburg, Nr. 1/1974, S. 99 f., die die Auffassung Čerepnins übernimmt. Allerdings ist zu beachten, daß auch noch im 14. Jh. "gražane" ganz allgemein "die Stadtbewohner", einschließlich der Bojaren und der Geistlichkeit, bedeuten, der Sprachgebrauch der Chronisten also noch durchaus unterschiedlich sein kann. Als 1382 Moskau gegen die Tataren verteidigt wird, ist zunächst von "gorožane" die Rede, die dann in derselben Quelle in "bojare", "bol'šie ljudi", die Geistlichkeit und "veš narod grada Moskvj" aufgeteilt werden; vgl. Moskovskij letopisnyj svod konca XV veka, a. a. O., S. 207 f.; vgl. dazu jetzt Knackstedt, Wolfgang, Moskau. Studien zur Geschichte einer mittelalterlichen Stadt, in: Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, hg. v. Manfred Hellmann, Bd. 8, Wiesbaden 1975, S. 71 f.

Diese eben genannten Schichten, vor allem die gewerblichen Produzenten und die Kaufleute, sollen, aufbauend auf den Ergebnissen der sowjetischen Mediävistik und Archäologie sowie unter Berücksichtigung einiger vergleichender Aspekte zur europäischen Stadtgeschichte, in der vorliegenden und einer weiteren Studie einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden. Auf dieser Grundlage werden dann in einem dritten Beitrag einige Schlußfolgerungen über die Stellung der russischen Stadt in der Feudalgesellschaft gezogen.

Im Mittelpunkt der ersten dieser drei Studien steht der gegenwärtige Forschungsstand zur Bedeutung des Handwerks sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Stellung der gewerblichen Produzenten in der mittelalterlichen russischen Stadt.

Dabei ist zunächst festzustellen, daß, wie eben ausgeführt wurde, gewerbliche Produzenten, subsumiert unter dem Sammelbegriff "černye ljudi", in der schriftlichen Überlieferung sporadisch im 13. Jahrhundert³³, häufiger erst seit dem 14. Jahrhundert³⁴ erwähnt werden. Es gelang nun der sowjetischen Stadtgeschichtsforschung, besonders den Archäologen, nachzuweisen, daß dem Handwerk für die städtische Entwicklung in der Ruß schon in erheblich früherer Zeit beträchtliche Bedeutung zukam. So wies Tichomirov³⁵ darauf hin, daß seit dem beginnenden 11. Jahrhundert für die vom "gorod" zunächst mit umschlossene Ansiedlung neben der Burg eine besondere Bezeichnung aufkommt: "posad" oder "podol" - was etwa dem Wort "suburbium" (Vorburg) entspricht -, während die eigentliche Burgbefestigung nun "dvor, dvorec, detin, detinec, kreml" heißt. Damit wird eine innerhalb des "gorod" sich vollziehende Strukturdifferenzierung auch im sprachlichen Bereich faßbar, die auf eine zunehmende Bedeutung der neben dem Fürstensitz gelegenen, vor allem von gewerblichen Produzenten bewohnten Siedlungen schließen läßt, für die der "Hof" die zu versorgende Konsumentengruppe war.

Die sich damit andeutende bemerkenswerte Entwicklung des Handwerks in der Kiever Ruß konnte durch systematisch betriebene archäologische Forschungen und eine intensive Auswertung von Schriftzeugnissen weiter aufgeheilt und sichtbar gemacht werden. Das Spektrum gewerblicher Produktion umfaßte das Schmiedehandwerk, die Verarbeitung von Buntmetallen, die Goldschmiedekunst, die Töpferei, die Glasherstellung, das Steinmetzenhandwerk, die Holzverarbeitung, das Zimmererhandwerk, das Tischlerhandwerk, das Stellmacherhandwerk, den Schlitten- und Schiffsbau, das Drechsler-, Böttcher- und Weberhandwerk, das Schneider-, Seiler- und Gerberhandwerk, das Schuhmacher- und Sattlerhandwerk, die Schildmacherei, die Herstellung von Bogen und Köcher, die Verarbeitung von Bernstein, Horn und Knochen und andere Berufe. 34 gewerbliche Produktionszweige konnten aus chronikalischen Angaben ermittelt und über 60 spezielle handwerkliche Berufe aus archäologischem Fundmaterial errechnet werden.³⁶

33 Novgorodskaja pervaja letopiš staršego i mladšego izvodov, a. a. O., S. 47, 86 (1269); vgl. auch Rahbek-Schmidt, Knud, a. a. O., S. 220 f.; Sreznevskij, I. I., Materialy dlja slovarja drevnerusskogo jazyka po pišmennym pamjatnikam, Bd. 2, Moskau 1958 (Neudruck), Sp. 1043.

34 Einer der ersten Belege des 14. Jh. stammt aus Nižnij Novgorod aus dem Jahre 1305; vgl. Moskovskij letopisnyj svod konca XV veka, a. a. O., S. 393.

35 Belege bei Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 43 f.; vgl. auch Smirnov, P. P., Posadskie ljudi i ich klassovaja bořba do serediny XVIII v., Bd. 1, Moskau/Leningrad 1947, S. 15 f.

36 Vgl. Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 217 ff., 237 ff.,

Insgesamt gesehen haben die Untersuchungen von Tichomirov, Rybakov, Archovskij, Sacharov, Voronin und Rappoport Ansichten entkräften können, wonach der Fürst und sein Hof allein für die Entwicklung der mittelalterlichen russischen Stadt entscheidend gewesen seien, die von einigen bürgerlichen russischen Historikern ausschließlich als Befestigung und administratives Zentrum aufgefaßt wurde.³⁷ Gleichzeitig konnte die seinerzeit von V. O. Ključevskij³⁸ begründete und seitdem weitverbreitete Auffassung³⁹ widerlegt werden, daß dem Handel unter den städtebildenden Faktoren in der Ruß grundsätzlich der erste Platz gebühre.

Stehen wir also, was Leistung, Spezialisierung und Bedeutung des altrussischen Handwerks anbetrifft, vor allem dank der ausgedehnten Grabungstätigkeit der sowjetischen Archäologie auf relativ sicherem Boden, so gilt dies in viel geringerem Maße für solche Problemkomplexe, die die soziale Stellung der gewerblichen Produzenten in den sich entwickelnden städtischen Zentren der Ruß betreffen. Beispielsweise gehört zu den bis heute in der sowjetischen Mediävistik umstrittenen wichtigen Fragen, welchen Platz die verschiedenen gewerblichen Berufe und ihre Träger in der vormongolischen Periode der Ruß, aber auch in der folgenden Zeit, einnahmen und für wen die Handwerker produzierten. Dabei stellt sich vor allem die Frage, ob sie in erster Linie ihre Erzeugnisse im Auftrage von Angehörigen der Oberschicht (Fürst, Geistlicher, Kloster und andere Feudalgewalten) herstellten oder auch schon, möglicherweise als freie Handwerker, für den Markt produzierten, was gerade für eine Qualifizierung nichtagrarischer Siedlungen als städtische Zentren wichtig ist.⁴⁰

278 ff., 320 ff., 342 ff., 374 ff., 400 ff., 594 ff., 699 ff. - Einige Forschungsergebnisse dieses Buches sind zusammengefaßt in Geschichte der Kultur der alten Ruß, Die vormongolische Periode, Bd. 1: Die materielle Kultur der alten Ruß, hg. v. N. N. Woronin, M. K. Karger, M. A. Tichonow, dt. Ausgabe hg. v. Bruno Widera, Berlin 1959, S. 67 ff.; Rybakov, B. A., Kievskaja Ruß, in: Istorija SSSR s drevnejšich vremen do našych dnej, Bd. 1, Moskau 1966, S. 530 f.; Hensel, Witold, Die Slawen im frühen Mittelalter. Ihre materielle Kultur, dt. Ausgabe hg. v. Siegfried Epperlein, Berlin 1965, S. 123 ff. - Zur Entwicklung eiserner Werkzeuge vgl. Kolčín, B. A., Černaja metallurgija i metallobrobotka drevnej Rusi, Moskau 1953.

37 Vgl. beispielsweise Miljukov, P., Die Entwicklung des russischen Städtewesens, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 14, 1918, S. 130 ff.

38 Ključevskij, V. O., Sočinenija v vošmi tomach, Bd. 6, Moskau 1958, S. 238 ff. - Allerdings ist zu beachten, daß Ključevskijs Arbeiten, die 1956 - 1959 in der Sowjetunion neu aufgelegt wurden, im Vergleich zu einem großen Teil der traditionellen bürgerlichen russischen Mediävistik einen gewissen Fortschritt darstellen, weil in seinen Studien Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte stärkere Berücksichtigung fanden.

39 So stützt sich Pirenne, Henri, Les villes au moyen-âge, Brüssel 1927, S. 53, der in seiner Darstellung die Rolle des Handels bei der Entstehung von Städten stark betonte, bei der Behandlung des mittelalterlichen russischen Städtewesens auf die Ausführungen Ključevskijs. Dessen Auffassungen wurden auch noch von Giterman, Valentin, Geschichte Rußlands, Bd. 1, Hamburg 1949, S. 34 f., übernommen.

40 Vgl. auch Töpfer, Bernhard, Neue Publikationen zur Stadtgeschichte der Feudalepoche, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, bes. S. 243; er betont, daß man von Städten erst dann sprechen sollte, "wenn die gewerbliche Produktion nicht herrschaftlich gebunden war und für den Markt erfolgte".

Die Klärung dieser Fragen wird nicht zuletzt durch den Mangel an schriftlichen Quellen, wie er für die Kiever Ruß besonders charakteristisch ist, wesentlich erschwert. Die Heranziehung archäologischer Zeugnisse hilft hier nur begrenzt weiter, da das Fundgut in erster Linie Qualität und Umfang der gewerblichen Produktion widerspiegelt - und auf solche Untersuchungen haben sich die sowjetischen Archäologen auch vor allem konzentriert. Dagegen erweist sich die Aussagekraft von Grabungszeugnissen als recht begrenzt, wenn es um die Klärung des sozialen Status und der rechtlichen Stellung eines Produzenten geht. Trotz dieser zweifellos erheblichen Schwierigkeiten ist es durch umfassende Sammlung, sorgfältige Sichtung und exakte Auswertung von Funden bzw. von Gegenständen der materiellen Kultur im weitesten Sinne des Wortes gelungen, einiges Licht in die hier zu behandelnde Problematik zu bringen.

Entsprechende Forschungen ergaben, daß ein beträchtlicher Teil der gewerblichen Produktion herrschaftlich gebunden war. Dies gilt zunächst einmal für die in einer "Burgstadt" (gorod), am "Hofe" eines Fürsten oder bei einem Kloster lebenden spezialisierten Handwerker, wie Juweliere⁴¹, Gold- und Waffenschmiede⁴², Ikonenmaler⁴³ und andere, deren Erzeugnisse den direkten Bedarf der Oberschichten an Schmuck der verschiedensten Art, Waffen, Rüstungen, Ikonen usw. decken sollten. Fürsten, Geistliche und andere Angehörige der feudalen Oberschicht waren in diesen Fällen die unmittelbaren Auftraggeber, die über ihre unfreien Handwerker als abhängige Arbeitskräfte verfügten. So versah ein Juwelier, der in der Umgebung von Černigov produzierte, seine Werkzeuge und seine Produkte mit dem Wappenzeichen des Fürsten Vsevolod Jaroslavič (gestorben 1193). Entsprechende Funde gestatten es, die Produkte dieses Juweliers zu datieren und zu lokalisieren, der offenbar für den Fürsten arbeitete und seine Abhängigkeit durch die erwähnte aufschlußreiche Markierung seiner Arbeitsgeräte und seiner Erzeugnisse zum Ausdruck brachte bzw. gezwungenermaßen so verfahren mußte.⁴⁴ Noch Ende des 15. Jahrhunderts werden in den schriftlichen Quellen unfreie Schmiede erwähnt, die direkt für den Bedarf ihres Herrn produzierten. So hinterließ 1498 Fürst Patrikevič in seinem Testament seiner Frau einen Silberschmied, einen Panzerschmied und einen Lanzenmacher.⁴⁵

Auch jene gewerblichen Berufe, die hauptsächlich Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs produzierten, befanden sich in Abhängigkeit. So versahen Töpfer, die einem Fürsten unterstanden, ihre Gefäße mit Bodenmarken, die das fürstliche Wappenzeichen trugen.⁴⁶ Als Vsevolod in Vladimir-Suzdal eine Kathedrale bauen ließ, wurden Ziegelsteine mit seinem fürstlichen Zeichen verwendet.⁴⁷ Vor allem die zum Bau von Burgen, Kirchen und städtischen Siedlungen nötigen Handwerker, wie Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, befanden sich häufig in unmittelbarer fürstlicher Verfügungsgewalt.⁴⁸ Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß sich in

41 Vgl. Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 237 ff.

42 Ebenda, S. 628 ff.

43 Ebenda, S. 645 ff.

44 Dieses Beispiel ist angeführt von Rybakov, B. A., in: Geschichte der Kultur der alten Ruß, a. a. O., S. 119 f.

45 Sobranie gosudarstvennych gramot i dogovorov, Bd. 1, Moskau 1813, Nr. 130; vgl. Kulischer, Josef, Russische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1925, S. 93.

46 Vgl. Hensel, Witold, Die Slawen im frühen Mittelalter, a. a. O., S. 276. - Dort sind einige "Töpferzeichen" abgebildet.

47 Lavrent' evskaja letopiš, a. a. O., S. 385 f., zu 1194.

48 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 501 ff., 663 ff.

der Ruß in fast allen Fürstensitzen des 10. und 11. Jahrhunderts gewerbliche Produkte der verschiedensten Art mit einem angebrachten fürstlichen Zeichen nachweisen lassen. Gerade in diesen Machtzentren fürstlicher Herrschaft, die zugleich Ausgangspunkte des Feudalisierungsprozesses bildeten, war offenbar die Abhängigkeit gewerblicher Produzenten in besonderem Maße ausgeprägt und verbreitet.

Einer anderen Situation begegnen wir in dieser Beziehung in solchen in ihrer Entwicklung schon fortgeschrittenen städtischen Zentren wie Novgorod, Pskov und Polock, wo die Position der Fürsten durch die gewachsene wirtschaftliche und politische Stärke der Stadtbewohner eingeschränkt werden konnte.⁴⁹ In diesen Orten, beispielsweise in Novgorod, befanden sich auf verschiedenen gewerblichen Erzeugnissen bemerkenswerterweise nicht etwa Einprägungen fürstlicher Herkunft, vielmehr zeichneten die Handwerker ihre Produkte selbst. So tragen beispielsweise zwei im 12. Jahrhundert in Novgorod angefertigte Silbergefäße die Aufschrift des Handwerkers, der sie herstellte.⁵⁰ Als im 14. Jahrhundert ein russischer Handwerksmeister die Bronzetür der Sophienkirche in Novgorod ausbesserte, brachte er voller Stolz sein in Metall gegossenes Porträt an.⁵¹

Auf dem Lande, in den Dörfern, wo ein großer Teil von ausgegrabenen Tongefäßen keine fürstlichen Zeichen trägt, konnten sich wahrscheinlich die hier⁵² angesiedelten gewerblichen Produzenten ebenso wie die Bauern⁵³ dem Zugriff der in der "Stadt" wohnenden fürstlichen Herren zunächst noch entziehen und eine gewisse Unabhängigkeit behaupten.

Eine gewisse Zäsur in der Entwicklung des altrussischen Handwerks bildete die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts. Seitdem läßt sich beobachten, daß verschiedentlich, etwa in Novgorod um 1130, im Laufe einer allmählichen Entwicklung in der gewerblichen Produktion neben die Herstellung von arbeitsaufwendigen teuren Produkten durch hochqualifizierte Handwerker (Juweliere, Gold- und Silberschmiede) zunehmend die Erzeugung von Gütern für den Bedarf breiter Bevölkerungsschichten und damit auch eine Produktion für den Markt zu treten begann,⁵⁴ Dieser zu einer Blüte des Handwerks in der Ruß führende Prozeß wurde von den Mongoleneinfällen erheblich beeinträchtigt, wenn nicht sogar für lange Zeit unterbrochen.

49 Derselbe, in: *Geschichte der Kultur der alten Ruß*, a. a. O., S. 116 f.

50 Ebenda, S. 175; vgl. auch *Geschichte der UdSSR*, Bd. 2, Berlin 1958, S. 86, mit Beispielen aus dem 15. Jh.; zur Verbreitung der Schriftkunde in zahlreichen gewerblichen Berufen des mittelalterlichen Rußlands vgl. Babišin, S. D., *Dannye épigrafiki o gramotnosti drevnerusskich remeslennikov*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 4/1973, S. 196, mit zahlreichen Literaturhinweisen.

51 Očerki russkoj kul'tury XIII - XV vv., Bd. 2: *Duchovnaja kul'tura*, u. d. Red. v. A. V. Arcichovskij, V. L. Janin, B. A. Kolčín u. a., Moskau 1969, S. 166, 384, 392; ebenda, Bd. 1: *Material'naja kul'tura*, a. a. O., S. 205 f.; vgl. auch Darkevič, V. P., *Proizvedenija zapadnogo chudožestvennogo remesla v vostočnoj Evrope (X - XIV vv.)*, Moskau 1966, S. 29 f. mit Abb. S. 77. - Zur Bedeutung der Kunstschmiede in Novgorod vgl. Zašurcev, P. S., *Usađ by i postrojki drevnego Novgoroda*, in: *Materialy i issledovanija po archeologii SSSR*, Nr. 123, 1963, S. 71.

52 Rybakov, B. A., in: *Geschichte der Kultur der alten Ruß*, a. a. O., S. 166 f.

53 Vgl. Frojanov, S. A., *Kievskaja Ruß. Očerki social'no-ekonomičeskoj istorii*, Leningrad 1974, bes. S. 157 (Zusammenfassung).

54 Vgl. zuletzt Ščapov, Ja. N., *O social'no-ekonomičeskich ukladach v drevnej*

Die Frage nach der Bedeutung des Einbruchs der Tataren und den Konsequenzen für den weiteren Gang der russischen Geschichte ist von der vorrevolutionären russischen Geschichtsforschung⁵⁵ und in der sowjetischen Mediävistik⁵⁶ mehrfach erörtert worden. Bei manchen Meinungsverschiedenheiten über die Wirkung dieser Raubzüge herrscht Übereinstimmung darin, daß sie besonders die sich herausbildenden städtischen Zentren schwer trafen. Sie wurden vielfach zerstört und ihre Bevölkerung verschleppt,⁵⁷ Gewerbliche Erzeugnisse wurden in großer Zahl vernichtet und Produktionsstätten zerstört; im Nordosten der Ruß wurde die gewerbliche Produktion um etwa 150 bis 200 Jahre zurückgeworfen.⁵⁸

Erst seit dem 14. Jahrhundert bahnte sich nach und nach ein Wiederaufschwung an. In diesem Zusammenhang belebte sich auch eine in ihrem Umfang, ihrer Intensität und ihrer zeitlichen Zuordnung allerdings bis heute umstrittene Produktion für den Markt. Rybakov hatte auf der Grundlage seiner vor allem auf Novgorod und Pskov konzentrierten archäologischen Forschungen ein vielfältig spezialisiertes Handwerk nachweisen können, das seiner Meinung nach seit etwa der Mitte des 15. Jahrhunderts in beträchtlichem Maße für den Markt produzierte. Dieser habe sich dann bis zum 17. Jahrhundert zu einem "innerrussischen Markt" entwickelt.⁵⁹ V. T. Pašuto und L. V. Danilova⁶⁰ führten aus, daß sich diese Entwicklung seit dem 14./15. Jahrhundert nur sehr langsam vollzogen habe. Sie betonen, daß die weitere Ausbildung der Warenproduktion, des Warenaustausches und damit der Ware-Geld-Beziehungen im 15. Jahrhundert zur Entstehung von lokalen Märkten führte, die mit gewerblichen Produkten beliefert wurden.

Mit den Auffassungen Rybakovs setzte sich vor allem Sacharov⁶¹ auseinander. Er betonte, daß im 14. und 15. Jahrhundert die völlige Loslösung des Handwerks von der Landwirtschaft noch nicht vollzogen war. Viele städtische Handwerker trieben noch Ackerbau und Viehzucht. Zwischen Stadt und Land habe es noch keinen größeren Warenaustausch gegeben; die Geldrente herrschte im 15. Jahrhundert noch keineswegs unter der ländlichen Bevölkerung vor. Ganz allgemein seien die russischen Städte im 14. und 15. Jahrhundert vor allem Zentren des Warenaustausches gewesen, der nur in unbedeutendem Umfange mit der städtischen Warenproduktion verbunden war. Daher könne auch nicht allein aus der Existenz von Städ-

Rusi XI - pervoj poloviny XII v., in: Aktual' nye problemy istorii Rossii epohi feodalizma. Sbornik statej, Moskau 1970, S. 114; vgl. auch die kartographischen Darstellungen von Absatzgebieten des städtischen und dörflichen Handwerks in der Zeit vom 11. - 13. Jh. bei Rybakov, B. A., Der Handel, in: Geschichte der Kultur der alten Ruß, Bd. 1, a. a. O., S. 327, 329.

55 Vgl. den Überblick bei Sacharov, A. M., in: Očerki russoj kul' tury XIII - XV v., Bd. 1, a. a. O., S. 7 ff.

56 Vgl. Kargalov, V. V., Mongolo-tatarskoe našestvie na Ruß, Moskau 1966, passim.

57 Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 437 f.

58 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 537.

59 Ebenda, S. 694 f., 712 ff.; ähnlich auch schon Grekov, B. D., Die Bauern in der Rus von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jh., Bd. 2, dt. Ausgabe v. Peter Hoffmann, Berlin 1959, S. 5 ff.

60 Danilova, L. V. / Pašuto, V. T., Tovarnoe proizvodstvo na Rusi (do XVII v.), in: Voprosy istorii, Nr. 1/1954, S. 127, 129, 136.

61 Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV v., a. a. O., S. 133 f., 137 f.; derselbe, Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII v., a. a. O., S. 36 ff., 39.

ten unmittelbar auf das Entwicklungsniveau der Warenproduktion zurückgeschlossen werden. Dies sei allein durch den konkreten quellenmäßigen Nachweis der Arbeit gewerblicher Produzenten für den Markt möglich. Solche Zeugnisse gebe es aber für das 14. und 15. Jahrhundert in der Ruß so gut wie nicht. Dazu bemerkte L. V. Čerepnin⁶², daß die schriftlichen Quellen vom 14. bis 17. Jahrhundert nur für die Sphäre der Warenzirkulation direkte Hinweise enthalten (Zollregister und andere Quellen). Dagegen ließe sich die Warenproduktion nur indirekt erschließen. Überhaupt erlaube es die vorhandene schriftliche Überlieferung nicht, vollständig zu erkennen, welche gewerblichen Produktionszweige im 14./15. und 16. Jahrhundert für den Markt arbeiteten. Man könne lediglich davon sprechen, daß die Einbeziehung des städtischen Handwerks in die kleine (einfache) Warenproduktion seit dem 15. Jahrhundert eine allmählich steigende Tendenz aufweise. Das gelte besonders für große Städte wie etwa Moskau und Novgorod, wo ungefähr seit dem 14. und 15. Jahrhundert Töpfer, Schuster, Gerber und teilweise Juweliere wahrscheinlich auch für den Markt produzierten. Auch für kleinere Städte, wie etwa Belozero und Tver, treffe dies zu (Produktion von Flußschiffen Ende des 15. Jahrhunderts). Die Tatsache, daß Handwerker aus verschiedenen Städten am "Außenhandel" teilnahmen, ihre Produkte also auch außerhalb Rußlands verkauften, berechtige zu der Annahme, daß sie auch im Lande für den Markt produzierten. Schließlich stellte Čerepnin fest, daß im 14. und 15. Jahrhundert die Entwicklung der kleinen Warenproduktion die ökonomischen Grundlagen der Feudalgesellschaft nicht etwa unterhöhlte, sondern im Gegenteil gestärkt habe.

Generell wird man davon ausgehen können, daß - darin stimmen Sacharov⁶³ und Čerepnin⁶⁴ überein - im 14. und 15. Jahrhundert die Arbeit auf Bestellung, also vor allem die die Bedürfnisse der Oberschichten befriedigende Auftragsarbeit, eine wichtige Rolle spielte. Das schließt nicht aus, daß in größeren städtischen Zentren eine in ihrem Umfang und in ihrer Intensität schwer bestimmbare Produktion für den Markt, zumindest ansatzweise, existierte. So wies Čerepnin darauf hin, daß es Ende des 15. Jahrhunderts in Moskau für den Markt produzierende Töpfereien gab.⁶⁵ In Novgorod läßt sich für das 15. Jahrhundert feststellen, daß Schmiede und lederverarbeitende Gewerbe für den Markt produzierten.⁶⁶ Ähnliches gilt für Rjazan und Tver.⁶⁷

Ganz allgemein dürfte jedoch den in herrschaftlicher Abhängigkeit produzierenden, in Auftragsarbeit stehenden verschiedenen gewerblichen Berufen in der russischen Feudalgesellschaft des 14. und 15. Jahrhunderts, wie schon in der Kiever Ruß, beträchtliche Bedeutung zugekommen sein. Die während der Kämpfe mit den Mongo-

62 Čerepnin, L. V., *Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV v., a. a. O., S. 372.*

63 Sacharov, A. M., *Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV v., a. a. O., S. 133 f.; derselbe, Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII v., a. a. O., S. 39.*

64 Čerepnin, L. V., *Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV v., a. a. O., S. 373.*

65 Ebenda.

66 Vgl. auch Bernadskij, V. N., *Novgorod i Novgorodskaja zemlja v XV v., Moskau/Leningrad 1961, S. 145.*

67 Čerepnin, L. V., *Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV v., a. a. O., S. 367 f.*

len⁶⁸ und im Verlauf der "Kolonisation" der nordöstlichen Gebiete der Ruß⁶⁹ gerade im Nordosten erstarkte feudalherrliche Komponente in der Stadt gewann im Zusammenhang mit der von Moskau ausgehenden Zentralisierung des russischen Staates noch an wirtschaftlichem Gewicht und politischem Einfluß.⁷⁰ Diese Vorgänge hatten zweifellos Rückwirkungen auf die Entwicklung des Handwerks, dessen bereits vorher bestehende Abhängigkeit von den Oberschichten eher zunahm, kaum aber schwächer wurde.

Ein weiteres die sowjetische Forschung seit langem beschäftigendes Problem betrifft die Herausbildung von "Handwerksorganisationen", wobei die Frage besonders interessierte, ob es in der Ruß, wie etwa in West- und Mitteleuropa, Zünfte gegeben habe. Vor allem Rybakov und Tichomirov⁷¹ recherchierten die schriftliche Überlieferung gründlich und systematisch nach Zeugnissen oder zumindest nach Anhaltspunkten, welche nach Auffassung dieser Forscher die Existenz von Zünften oder zunftähnlichen Vereinigungen in der Ruß nahelegen, wenn nicht sogar beweisen.

In diesem Zusammenhang wurde zunächst auf bestimmte Merkmale der topographischen Struktur und der administrativen Gliederung namentlich größerer russischer Städte hingewiesen. Dabei interessierte vor allem die beispielsweise in Novgorod, Kiev und Vladimir an der Kljažma faßbare Einteilung in "Viertel" oder "Enden" (koncy)⁷², in denen sich verschiedentlich die Konzentration bestimmter handwerklicher Berufe nachweisen läßt. So gab es in Novgorod ein seit etwa dem Ende des 12. Jahrhunderts bestehendes Töpfer-, ein Zimmermanns- und ein Schmiedeviertel⁷³, in Kiev und in Vladimir an der Kljažma ebenfalls ein Töpfer- und ein Gerberviertel.⁷⁴ Diese "koncy" übten in Novgorod seit etwa 1291 eine ge-

68 Vgl. auch Sacharov, A. M., in: Očerki russoj kul' tury XIII - XV v., Bd. 1, a. a. O., S. 20, 25.

69 Vgl. auch Widera, Bruno, Zur ostslawischen Kolonisation in vormongolischer Zeit, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Nr. 7/1963, S. 259 f.; derselbe, Der Ackerbau in der Rus zur Zeit und nach der Mongolenherrschaft (1235 - 1500), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 265 f.

70 Vgl. Čerepnin, L. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV v., a. a. O., S. 373 f., 451 f.; Sacharov, A. M., Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII v., a. a. O., S. 35 f.

71 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., bes. S. 729 ff.; Tichomirov, M. N., O kupečeskich i remeslennych ob-edinenijach v drevnej Rusi, in: Voprosy istorii, Nr. 1/1945, S. 22 f.; derselbe, Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 110 f., 138 f., 147, 242 f., sowie die dort im zweiten Hauptteil "Die größten altrussischen Städte" (S. 285 - 435) für die einzelnen Städte gebotenen Angaben. Vgl. allgemein auch Choroškevič, A. L., Osnovnye itogi izučenija gorodov XI - pervoj poloviny XVII v.; in: Goroda feodal'noj Rossii. Sbornik statej pamjati N. V. Ustjugova, Moskau 1966, S. 43 ff.

72 Arcichovskij, A. V., Gorodskie koncy v drevnej Rusi, in: Istoričeskie zapiski, Bd. 16, 1945, S. 3 f.

73 Vgl. Janin, V. L., Novgorodskie posadniki, Moskau 1962, S. 402 f.; Kolčín, B. A., Železoobrabotvajuščee remeslo, in: Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii, Bd. 2, 1959, S. 15 f.; derselbe, Dendrochronologija Novgoroda, Bd. 3, 1963, S. 25 f.; derselbe, Novgorodskie drevnosti. Derevjannye izdelija, Moskau 1968, S. 35 f.

74 Karger, M. K., Drevnij Kiev, Bd. 1, Moskau 1958, S. 313 f., 411 f., 474 f.;

wisse Selbstverwaltung aus, an der auch die gewerbliche Bevölkerung beteiligt war.⁷⁵ Es wurde auch darauf verwiesen, daß, wie etwa in Novgorod und Pskov, die an bestimmten Straßen wohnenden Handwerker "sich selbstverwaltende Einheiten gebildet hätten".⁷⁶ Diese "uličany" (von russisch "ulica" = Straße) verordneten gemeinsam Arbeiten und bauten eigene Kirchen, die als Patronatskirchen gewerblicher Korporationen bezeichnet wurden.⁷⁷ Teilweise, wie in Novgorod und in Moskau, wurden solche Kirchen den Heiligen Kosma und Damian als Schutzpatronen der Schmiede geweiht.⁷⁸ Diese Kirchen hätten als "organisatorische Mittelpunkte von Handwerkerverbänden" fungiert.⁷⁹ In diesem Zusammenhang wurde auch auf "Bruderschaftsmahlzeiten" (bračiny) verwiesen, die, wie etwa in Novgorod, in Verbindung mit der Verehrung der eben erwähnten Heiligen veranstaltet wurden und eine gemeinschaftsbildende Wirkung gehabt hätten.⁸⁰

In die Untersuchungen der Frage nach - möglicherweise zunftmäßigen - Organisationsformen des Handwerks in der Ruß wurden auch die in verschiedenen russischen Städten bezugten "sotni" einbezogen. Diese "Hundertschaften" sind am frühesten für Novgorod (13. Jahrhundert), später, im 14. und 15. Jahrhundert, im Nordosten Rußlands bezeugt. Über den inneren Aufbau dieser "Hundertschaften" in den einzelnen Städten enthält die schriftliche Überlieferung erst im 16. und 17. Jahrhundert ausführlichere Hinweise: Danach standen an der Spitze ein Starost oder "sotskie". Diese zogen zum Beispiel Steuern ein, führten ein Steuerbuch und übten mitunter auch die niedere Gerichtsbarkeit aus.⁸¹ Einzelne "sotni" trugen den Namen gewerblicher Berufe.⁸²

Nach gewerblichen Tätigkeiten wurden auch sogenannte "slobody" benannt. Unter solchen "Stadtvierteln" sind ganz allgemein Immunitätsbezirke zu verstehen, deren Bewohner von der Steuerpflicht an den Großfürsten befreit waren, dafür aber Abgaben an Klöster, Bojaren und Fürsten entrichten mußten, die die erwähnten "slobody" geschaffen hatten. Diese treten seit dem 14. Jahrhundert in Nordostrußland im Zusammenhang mit dem hier zu dieser Zeit forcierten Landesausbau auf. Dabei ging es zunächst vor allem darum, die ländliche Bevölkerung durch

Toločko, P. P., *Drevnij Kiev*, Kiev 1970, S. 24 f.; vgl. auch Voronin, N. N., *Die Siedlung*, in: *Geschichte der Kultur der alten Ruß*, Bd. 1, a. a. O., S. 185 f.

⁷⁵ Janin, V. L., *Novgorodskie posadniki*, a. a. O., S. 165 f.

⁷⁶ Vgl. Čerepnin, L. V., *O formach ob-edinenij remeslennikov v russkich gorodach XIV - XV vv.*, in: *Voprosy social'no-èkonomičeskoj istorii i istočnikovedenija perioda feodalizma v Rossii*, Sbornik statej 70-letiju Novosel'skogo, Moskau 1961, S. 22 f.; für Novgorod vgl. Pronštejn, A. P., *Organizacija Novgorodskogo remesla v XVI v.*, in: *Istoričeskie zapiski*, Bd. 36, 1951, S. 165 f.

⁷⁷ Čerepnin, L. V., *O formach ...*, a. a. O., S. 24.

⁷⁸ Vgl. Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., S. 752 f., 767 f., 775 f.; Janin, V. L., *Novgorodskie posadniki*, a. a. O., S. 335.

⁷⁹ Vgl. *Geschichte der UdSSR*, Bd. 2, a. a. O., S. 101.

⁸⁰ Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., S. 759 ff.; Tichomirov, M. N., *Srednevekovaja Rossija na meždunarodnych putjach XIV - XV vv.*, Moskau 1966, S. 75 f.

⁸¹ Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., S. 746.

⁸² Die Entstehungszeit dieser "sotnja" ist umstritten. Tichomirov, M. N., *Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vv.*, Moskau 1975, S. 105, plädiert für das 14. Jh. Kritisch dazu jetzt Knackstedt, Wolfgang, a. a. O., S. 157.

eine vorübergehende Abgabenbeschränkung zur Kultivierung von Ödland anzuregen.⁸³ Später, etwa seit dem 15. Jahrhundert, sind auch von Klöstern und Fürsten angelegte sogenannte "Handwerker-slobody" bekannt. Erwähnt sei die vorwiegend aus Schmieden bestehende "sloboda" des Fürsten Patrikeevič in Moskau vom Ende des 15. Jahrhunderts, die gewissermaßen als "Dienstiedlung" vor allem für ihren Stifter tätig war.⁸⁴ In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sind in Moskau "slobody" der Ikonenmaler und der Steinmetzen bekannt.⁸⁵ Diese Siedlungen waren von der Steuerpflicht an den Großfürsten ausgenommen, an dessen Stelle bei der Erhebung von Abgaben nun der jeweilige Begründer einer "sloboda" trat. Diese "slobody" verfügten teilweise über eigene Kirchen, die, wie etwa in Moskau im 16. Jahrhundert, in ihrer Namensgebung auf jene gewerblichen Berufe Bezug nehmen, die die Mehrzahl der Angehörigen dieser "slobody" ausübten (Gerber, Schneider, Zimmerleute und andere).⁸⁶

Sah man in diesen "sotni" und "slobody" zunftähnliche Verbände der gewerblichen Bevölkerung⁸⁷, so wurde die Vereinigung von Handwerkern in sogenannten "družiny" geradezu als "russische Form der Zunft" bezeichnet.⁸⁸ Nachweisbar sind im 14. und 15. Jahrhundert solche "družiny" für Zimmerleute, Maurer, Steinmetzen sowie für Ikonenmaler.⁸⁹ Diese "družiny" hätten in der mittelalterlichen russischen Stadt auch militärische Funktionen erfüllt und seien im Kriegsfall ein wichtiger Bestandteil des städtischen Heeresaufgebots gewesen.⁹⁰

83 Vgl. Snegirev, V. L., *Moskovskie slobody*, Moskau 1956, S. 5 ff.

84 Rabinovič, M. G., *O drevnej Moskve. Očerki material'noj kul'tury i byta gorodčan v XI - XVI vv.*, Moskau 1964, S. 179 f.; Snegirev, V. L., a. a. O., S. 30; vgl. auch *Geschichte der UdSSR*, Bd. 2, a. a. O., S. 74, 79.

85 Rabinovič, M. G., a. a. O., S. 341 f.

86 Fechner, M. V., *Moskva i ee bližajšie okrestnosti v XV i načale XVI v.*, in: *Materialy i issledovanija po archeologii SSSR*, Bd. 12, 1949, S. 117.

87 Vgl. Tichomirov, M. N., in: *Istorija Moskvy*, Bd. 1, Moskau 1952, S. 38 f.; derselbe, *Rossija v XVI stoletii*, Moskau 1962, S. 86 f.; Čerepnin, L. V., *O formach ...*, a. a. O., S. 23.

88 So besonders Tichomirov, M. N., *O kupečeskich i remeslennych ob-edinenenjach v drevnej Rusi*, a. a. O., S. 22.

89 Vgl. die Belege bei Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., S. 702 - 704; Čerepnin, L. V., *O formach ...*, a. a. O., S. 20 f.

90 Vgl. Čerepnin, L. V., *Antifeodal'nye narodnye vosstanija v Moskve v 1382 i 1445 gg.*, in: *Istoričeskie nauki*, Nr. 1/1959, S. 93 ff. - Er betont, daß bei der Belagerung Moskaus durch die Tataren im Jahre 1382 die in "družiny" vereinten Handwerker die Tore der Stadt besetzten; vgl. auch *Geschichte der UdSSR*, Bd. 2, a. a. O., S. 101; zur Frage der Existenz von städtischen Aufgebots in der Ruß vgl. auch Wasilewski, Tadeusz, *Studia nad składem społecznym wczesnośredniowiecznych sił zbrojnych na Rusi* (Studien zur gesellschaftlichen Struktur der frühmittelalterlichen Streitkräfte in der Ruß), in: *Studia wczesnośredniowieczne*, Bd. 4, 1958, S. 301 ff.; derselbe, *Organizacja gorodovoj družiny i ee rol' v formirovanii slavjanskich gosudarstv*, in: *Stanovlenie ranneslavjanskich gosudarstv*, Kiev 1972, S. 106 ff.; vgl. dazu kritisch Iłowmiański, Henrik, *O składowie społecznym wczesnośredniowiecznych sił zbrojnych na Rusi* (Zur gesellschaftlichen Struktur der frühmittelalterlichen Streitkräfte in der Ruß), in: *Kwartalnik historyczny*, Nr. 2/1960, S. 436 ff. - Während Wasilewski betont, daß sich die Streitkräfte der Kiever Ruß fast ausschließlich aus den gesellschaftlichen Oberschichten zusammengesetzt hätten,

Neben der "družina" läßt sich als Vereinigung von gewerblichen Produzenten vor allem im Baugewerbe das "Artel" nachweisen. Diese "Artel" sind in Novgorod im 13. Jahrhundert⁹¹, in Pskov⁹² und in Moskau⁹³ in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in der schriftlichen Überlieferung bezeugt. Mehrere solcher "Artel" konnten unter der Leitung eines Baumeisters stehen. So leiteten die später in den Bojarenstand aufgestiegenen Kaufleute V. D. Ermolin und V. G. Chovrin aus Moskau im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts, also in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs dieser Stadt, "Artels" von Zimmerleuten, Steinmetzen, Ikonenmalern und anderen Angehörigen des Baugewerbes. Mit deren Hilfe ließen diese "Bauunternehmer" in fürstlichem Auftrag, aber auch in eigener Regie gegen Lohnzahlung in Moskau und in anderen Städten Kirchen errichten.⁹⁴

Schließlich sind noch die sogenannten "rjady" zu erwähnen, die seit dem Ende des 15. Jahrhunderts quellenmäßig faßbar sind und in Untersuchungen über genossenschaftliche Elemente im altrussischen Handwerk analysiert wurden.⁹⁵ In Novgorod sind in verschiedenen Vierteln solche an Straßen reihenförmig angeordnete Buden, in denen Handwerker ihre Erzeugnisse verkauften, in größerer Zahl im 16. Jahrhundert bezeugt. Sie wurden, wie in Moskau, häufig nach gewerblichen Berufen benannt. So gab es hier neben "Lebensmittelreihen", die aus dem 15. Jahrhundert bekannt sind, auch "Schusterreihen" und "Schmiedereihen". Relativ gut sind wir in dieser Stadt über die sogenannte "Silberreihe" unterrichtet, der Silberschmiede und Silberhändler angehörten, die über eigene Buden verfügten.⁹⁶ Hier durften nur Mitglieder der "Reihe" ihre Waren anbieten und verkaufen. Dieser in Moskau im 17. Jahrhundert bestehenden Silberreihe durfte nur derjenige beitreten, der eine erfolgreich abgeschlossene Lehrzeit nachweisen konnte, eine Prüfung bestand und sich verpflichtete, seine Erzeugnisse entsprechend den Bestimmungen der Korporation anzufertigen. Deren Älteste prüften, ob die angebotenen Waren aus echtem Silber oder Gold, ohne Beimischung von Kupfer, Blei oder Zink, hergestellt wurden. Danach wurde das Produkt mit einem Stempel versehen. Beim Eintritt in die Silberreihe mußte eine Gebühr entrichtet werden.⁹⁷ Hält man sich diese Bestimmungen vor Augen, so kann man sagen, daß diese

hebt Lowmiański hervor, daß es städtische Aufgebote gegeben habe, an denen auch Handwerker und Kaufleute beteiligt waren.

- 91 Vgl. Čerepnin, L. V., Novgorodskie berestjanie gramoty kak istoričeskij istočnik, Moskau 1969, S. 261.
- 92 Derselbe, O formach ..., a. a. O., S. 20.
- 93 Ozdornov, M. Ja., Postrojki Pskovskoj arteli zodčich v Moskve, in: Drevnerusskoe iskusstvo-chudožestvennaja kul'tura, Moskau 1968, S. 174 ff.; Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva ..., a. a. O., S. 153; Bachrušin, S. V., in: Istorija Moskvy, Bd. 1, Moskau 1952, S. 91 f.
- 94 Vgl. Tichomoriv, M. N., Srednevekovaja Moskva ..., a. a. O., S. 150 f.; Bachrušin, S. V., in: Istorija Moskvy, Bd. 1, a. a. O., S. 15; vgl. auch Geschichte der UdSSR, Bd. 2, a. a. O., S. 112.
- 95 Vgl. Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 713 ff.; Tichomirov, M. N., O kupečeskich i remeslennych ob-edinenijach v drevnej Rusi, a. a. O., S. 33; Serbina, K. N., K voprosu ob učeničestve v remesle russkogo goroda v XVII v., in: Istoričeskie zapiski, Bd. 18, 1946, S. 168.
- 96 Vgl. Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 714 ff.; Serbina, K. N., a. a. O., S. 168 f.; Rabinovič, M. G., a. a. O., S. 95 f.
- 97 Zur inneren Struktur der Moskauer "Silberreihe" vgl. auch Kulischer, Josef, Russische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, a. a. O., S. 297 f.

"rjadj" noch am ehesten dem ähneln, was in West- und Mitteleuropa als Zunft bezeichnet wurde.

Bei der Erörterung der Frage nach dem Charakter gewerblicher Vereinigungen in der älteren russischen Geschichte wurde auch auf eine Äußerung des deutschen Schriftstellers und Orientreisenden Adam Olearius (Ölschläger) (um 1603 bis 1671) hingewiesen, der auf einer zwischen 1635 und 1639 unternommenen Reise nach Persien auch Moskau besuchte. In seiner Reisebeschreibung bezeichnete er unter anderem die "sotni" Moskaus als Zünfte.⁹⁸ Namentlich Rybakov hat in dieser Bemerkung einen wichtigen Hinweis darauf gesehen, daß es im alten Rußland Zünfte gegeben habe.⁹⁹

Nachdem wir in unseren bisherigen Ausführungen die von der sowjetischen Forschung herangezogenen wichtigsten Angaben über Handwerkervereinigungen in Rußland aus der Zeit vom 11. bis 17. Jahrhundert kurz zusammengestellt haben, soll nun deren innere Struktur erörtert werden. Leider wissen wir über die soziale Schichtung und Gliederung solcher gewerblicher Korporationen nur wenig. Im wesentlichen läßt die schriftliche Überlieferung eigentlich nur erkennen, daß diese Vereinigungen vielfach von Meistern oder Starosten geleitet wurden. Sie sind vor allem in den großen altrussischen Städten bezeugt und arbeiteten häufig am Hofe eines Fürsten in dessen Auftrag. So ist bereits aus der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts ein "Ältester" der Zimmerleute bekannt, dem Izjaslav Jaroslavič befahl, in Vyšgorod eine Kirche zu bauen.¹⁰⁰ Um 1070 ist in Kiev "ein Meister" der Ikonenmaler bezeugt, der im Auftrag von Klöstern und weltlichen Herren Heiligenbilder herstellte.¹⁰¹ Neben der Bezeichnung "Starost" für den Leiter einer Handwerkervereinigung wurde seit dem 12. Jahrhundert auch der wohl als Lehnwort aus Westeuropa¹⁰² eingeführte Begriff "Master" benutzt, der namentlich Bauhandwerkern (Steinmetzen), Gießern, Ikonenmalern, Schmieden und Bergleuten vorstehen konnte.¹⁰³ So werden beim Bau der Stadt Cholm 1259 für die verschiedensten Gewerbe "Master" erwähnt, die der Fürst Daniel Romanovič von Halič zur Verrichtung der erforderlichen Arbeiten heranzog.¹⁰⁴

Besonders Rybakov hat aus der Verwendung dieses Ausdrucks auf die Existenz von Zünften in Rußland geschlossen, die, wie in Westeuropa, von Meistern geleitet worden seien.¹⁰⁵

Im 14., 15. und 16. Jahrhundert sind im Dienst des Moskauer Großfürsten stehende Meister von Gold- und Silberschmieden, Glocken- und Geschützgießern bezeugt.¹⁰⁶ Das bereits erwähnte Porträt auf dem Bronzetur der Sophienkathedra-

98 Vgl. Olearius, Adam, Podrobnoe opisanie putešestvija ..., Moskau 1870, S. 277.

99 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 745 f.

100 Vgl. Žitija sv. mučenikov Borisa i Gleba, hg. v. D. S. Abramovič, Petersburg 1916, S. 15 f.; vgl. auch Rybakov, B. A., Das Handwerk ..., in: Geschichte der materiellen Kultur der alten Ruß, a. a. O., S. 174.

101 Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 111.

102 Vgl. Thomas, George, Woher kommen russisch master und mester?, in: Zeitschrift für slawische Philologie, Bd. 36, 1972, S. 147 ff.

103 Vgl. die in Materialy dlja terminologičeskogo slovarja drevnej Rossii, hg. v. G. E. Kočin, Moskau/Leningrad 1937, S. 186, gebotenen Belege.

104 Vgl. Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 112.

105 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 700 f.

106 Vgl. dazu auch Knackstedt, Wolfgang, a. a. O., S. 155 f.

le in Novgorod deutet ebenfalls auf die Existenz von Meistern hin,¹⁰⁷ Über die rechtlichen Beziehungen zwischen Meistern und Lehrlingen bzw. Gesellen lassen sich vor dem 17. Jahrhundert, als feste Regelungen etwa hinsichtlich der Ausbildung von Lehrlingen (Anfertigung eines Meisterstückes und andere) getroffen wurden¹⁰⁸, keine sicheren Aussagen machen, da die Quellen bis zu dieser Zeit kaum¹⁰⁹ Hinweise enthalten.

Aufgrund der eben vorgeführten Hinweise auf Organisationsformen im altrussischen Handwerk haben vor allem Rybakov¹¹⁰ und Tichomirov¹¹¹ generell betont, daß im mittelalterlichen Rußland auf der Basis eines hochentwickelten und vielfältig spezialisierten Handwerks Vereinigungen entstanden seien, die deutliche Analogien zu den Zünften im mittelalterlichen Westeuropa erkennen ließen und diesen, zumindest im Ansatz, weitgehend glichen.

Zu diesen Auffassungen äußerte sich im ganzen zustimmend Stoklickaja-Tereškovič.¹¹² Danach hat es in der Ruß, wenn auch erst im 16. und 17. Jahrhundert in den schriftlichen Quellen nachweisbar, Handwerkerorganisationen gegeben, die einige typische Merkmale westeuropäischer Zünfte aufweisen würden (Gliederung in Meister, Geselle, Lehrling; Anfertigung eines Meisterstückes, Qualitätskontrolle, Zunftzwang und anderes). Als einzigen Beweis führt Stoklickaja-Tereškovič die schon erwähnte Moskauer Silberreihe aus dem 17. Jahrhundert an. Zwar seien solche Organisationen meist von Fürsten abhängig gewesen, doch spreche dies nicht gegen den Zunftcharakter dieser Vereinigungen. Auch in Westeuropa, etwa in Frankreich, seien Zünfte im hohen und späten Mittelalter staatlich reglementiert worden. Grundsätzlich wendet sie sich dagegen, allein die mittelalterliche Zunft in Deutschland, ihre innere Struktur sowie ihre soziale und politische Funktion als Maßstab für einen Vergleich mit den aus der Ruß bekannten Zeugnissen über Handwerkerorganisationen zugrunde zu legen. Die deutsche Zunft sei besonders gut entwickelt gewesen und habe vielfach ein hohes Maß an Autonomie in der Stadt erreichen können, das keineswegs für alle Zünfte im mittelalterlichen Westeuropa typisch war. Generell lehnt Stoklickaja-Tereškovič es ab, von "der westeuropäischen Zunft" im Mittelalter ganz allgemein zu sprechen, da es zwischen den einzelnen Ländern (Frankreich, England, Deutschland, Italien), innerhalb dieser Länder und von Stadt zu Stadt Unterschiede in der Ausbildung von Zünften und Besonderheiten in ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zur städtischen Obrigkeit und zur Zentralgewalt gegeben habe. In "Han-

107 Vgl. dazu die in Anm. 51 angeführte Literatur.

108 Vgl. dazu die von Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., S. 742, gebrachten Belege aus dem 17. Jh., von denen er auf die allgemeine Verbreitung von vertraglich fixierten Lehrverhältnissen, wie sie die westeuropäischen Zünfte kennen, im mittelalterlichen Rußland zurückschließt; ähnlich urteilt Rabinovič, M. G., a. a. O., S. 95.

109 Vgl. dazu auch Tichomirov, M. N., *Srednevekovaja Rossija na meždunarodnych putjach XIV - XV vv.*, a. a. O., S. 75 f., der auf die Regelung eines Streites zwischen einem Meister und seinem Lehrling in der sogenannten Pskover Gerichtsurkunde aus dem 15. Jh. hinweist und von diesem Beleg aus ähnlich weitreichende Schlußfolgerungen zieht wie Rybakov. Vgl. auch Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, a. a. O., S. 111.

110 Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, a. a. O., bes. Kap. 10, S. 729 ff.

111 Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, a. a. O., S. 69 f., 127 f., 141 f.

112 Stoklickaja-Tereškovič, V. V., *Problema mnogoobrazija srednevekovogo cecha na Zapade i na Rusi*, in: *Srednie Veka*, Bd. 3, 1951, S. 74 ff.

delstädten", wie zum Beispiel Venedig, Lübeck und Hamburg, seien die Zünfte weniger hervorgetreten als in "Gewerbestädten", wie etwa Florenz und Straßburg. Selbst innerhalb einer Stadt habe die Entwicklung von Zünften in den einzelnen Gewerben unterschiedlich verlaufen können. Abschließend betont diese Autorin, daß es im 17. Jahrhundert in Moskau und Jahrhunderte vorher schon in Novgorod Handwerkerorganisationen gegeben habe, "die Züge von Zünften" aufwiesen.

Die eben skizzierten Auffassungen blieben in der sowjetischen Forschung nicht unwidersprochen. Nachdem 1946 und 1948 die beiden grundlegenden Werke von Tichomirov und Rybakov zur Geschichte der Stadt und des Handwerks in der Ruß erschienen waren, in denen diese Forscher eine im wesentlichen analog verlaufende Entwicklung des Städtewesens in Rußland und in Westeuropa im Mittelalter ganz allgemein und des Handwerks im besonderen akzentuierten, regten sich sehr bald kritische Stimmen. Sie bestritten entschieden, daß es im mittelalterlichen Rußland Zünfte gegeben habe. Hier sind vor allem die Arbeiten von P. I. Ljaščenko (1947)¹¹³, K. A. Pažitnov (1952)¹¹⁴, A. M. Sacharov (1959)¹¹⁵ und N. L. Podvigina (1972)¹¹⁶ zu nennen. Kritisch urteilt teilweise auch Čerepnin (1961)¹¹⁷, der betont, daß die in einigen russischen Städten im 14. und 15. Jahrhundert nachweisbaren "Formen gewerblicher Vereinigungen" schwerlich die Gestalt von Zünften angenommen hätten.

Die Argumentation der Kritik läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Zunächst wird grundsätzlich auf die sehr problematische schriftliche Überlieferung hingewiesen. Sie enthält, was übrigens auch den Verfechtern eines russischen Zunftwesens nicht verborgen blieb¹¹⁸, für die Zeit vom 11. bis 15. Jahrhundert, also in der Periode des entstehenden und eine erste Blüte durchlaufenden altrussischen Städtewesens, ja sogar bis ins 17. Jahrhundert hinein nicht einen einzigen direkten Beleg über Zünfte und zunftähnliche Korporationen mit einer voll ausgebildeten Satzung.¹¹⁹ Dieser Tatbestand kann nach Ansicht der Kritiker nicht

113 Ljaščenko, P. I., Istorija narodnogo chozjajstva SSSR, Bd. 1, Moskau 1947, S. 25 f.

114 Pažitnov, K. A., Problema remeslennych cechov v zakonodatel' stve absoljutzizma, Moskau 1952, Einleitung.

115 Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV v., a. a. O., S. 141 ff.; derselbe, Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII v., a. a. O., S. 41 f.

116 Podvigina, N. L., K voprosu o suščestvovanii cechov v Novgorode konca XII - načala XIII v., in: Novoe v archeologii. Sbornik statej posvjaščennij 70-letiju A. V. Arcichovskogo, Moskau 1972, S. 234 ff.

117 Čerepnin, L. V., O formach ..., a. a. O., S. 20 f.; kritisch auch Sacharov, A. M., in: Sovetskaja istoričeskaja ěnciklopedija, Bd. 4, Moskau 1963, Sp. 552, Stichwort: "gorod"; Poppe, Andrzej, in: Słownik starożytności słowiańskich, Bd. 3, H. 1, a. a. O., S. 227, Stichwort: "miasto"; Hensel, Witold, Die Slawen im frühen Mittelalter, a. a. O., S. 311 Anm. 75; dagegen läßt Donnert, Erich, Rußland an der Schwelle der Neuzeit, a. a. O., S. 87 f., zu einseitig die Vertreter der sowjetischen Mediävistik zu Worte kommen, die sich für die Existenz eines mittelalterlichen russischen Zunftwesens aussprechen.

118 Vgl. Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 128; Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 775.

119 Vgl. zu den folgenden Ausführungen u. a. die in Anm. 113 - 117 angegebene Literatur.

auf einen Zufall der schriftlichen Überlieferung zurückgeführt werden, die zwar gewisse Imponderabilien in sich bergen, aber doch wenigstens für eine russische Stadt einen Beleg für Zünfte enthalten haben dürfte, hätte es solche gegeben. Auch die verheerende Wirkung der Mongoleneinfälle könne nicht ausschlaggebend gewesen sein, da mindestens ein Zeugnis die Verheerung überstanden haben müsse, wenn entsprechende Aufzeichnungen überhaupt existierten. Im übrigen gebe es auch dort keine Belege, wo die Tataren nie gewesen seien, nämlich in Novgorod, das die Mongolen verschonten und das infolge seiner bedeutenden städtischen Entwicklung am ehesten die Existenz von Zunftprivilegien vermuten ließe.

Die angesichts der prekären Quellensituation herangezogenen mittelbaren Zeugnisse der schriftlichen Überlieferung, in denen man Hinweise auf Vereinigungen von Handwerkern mit Zunftcharakter erblicken wollte, wurden kritisch überprüft. Generell wurde festgestellt, daß es zwar vor allem in Novgorod in bestimmten Vierteln und Straßen¹²⁰ eine gewisse Konzentration spezialisierter Handwerker gegeben habe, die, wie etwa die Schmiede, besonderen Schutzheiligen gewidmete Patronatskirchen errichteten. Auch sind in Novgorod nach solchen Heiligen (Kosma, Damian) benannte Gastmähler und Vereinigungen überliefert. Doch sei über die innere Organisation solcher Handwerkervereinigungen, insofern sie in den Vierteln und an bestimmten Straßen überhaupt existiert hätten, nichts bekannt. Wir wissen auch nicht, wer an den erwähnten Gastmählern teilnahm und welche Personkreise sich in den genannten Vereinigungen zusammenschlossen. Von den nur für Novgorod sicher nachweisbaren "Bruderschaftsmahlzeiten" werde in den Quellen lediglich gesagt, daß sie an religiösen Festtagen stattgefunden hätten. Die Quellen würden nichts darüber berichten, daß diese "bračiny" ausschließlich Beziehungen zu bestimmten gewerblichen Berufen gehabt und irgendwelche Merkmale gewerblicher Korporationen aufgewiesen hätten. Es sei durchaus möglich, daß sich in solchen "bračiny" Mitglieder der jeweiligen Kirchengemeinde mit sehr unterschiedlichen sozialen Stellungen und Berufen trafen. Von den "bračiny" ließen sich keinerlei Verbindungslinien zu Zünften ziehen - auch dort nicht, wo, wie in Novgorod, eine "Bruderschaft" der Schmiede belegt sei, da die Quellen über die innere Organisation und die Funktion solcher "bračiny" schweigen.¹²¹

120 Angesichts der sehr kargen schriftlichen Überlieferung wurden auch in ihrer Aussagekraft recht problematische Zeugnisse herangezogen - so etwa das sogenannte Jerusalemer Kreuz. Dieses kreuzförmige Kapselreliquiar (Enkolpion) wurde wahrscheinlich im 12. Jh. in Novgorod angefertigt. Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 130 f., deutet den auf diesem Enkolpion in einer Inschrift enthaltenen Wortrest als den abgekürzten Namen einer Straße in Novgorod. Daraus schließt er, daß an dieser Straße jene Handwerker gewohnt hätten, die dieses Reliquiar herstellten. Diese Handwerker bildeten wahrscheinlich, so Tichomirov, auch eine Vereinigung. Abbildung und kritische Interpretation des Enkolpions zuletzt bei Ludat, Herbert, Das Jerusalemer Kreuz. Ein russisches Reliquiar im Hildesheimer Domschatz, Köln/Graz 1956, S. 14 f., 25 f.

121 Pažitnov, K. A., Problema remeslennych cechov . . . , a. a. O., S. 18 f., 23 f.; Podvigina, N. L., a. a. O., S. 237 f.; vgl. auch Janin, V. L., Novgorodskie posadniki, a. a. O., S. 335 f., der ausschließt, daß es eine Vertretung der Bruderschaft der Schmiede in der "Stadtverwaltung" von Novgorod gegeben hat, während Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, a. a. O., S. 751 f., 767 f., dies annimmt; vgl. auch Janin, V. L., Problemy social'

Das gleiche gelte für die "družina", die zwar den Rahmen für Vereinigungen verschiedener gewerblicher Berufe abgegeben, aber keinerlei Reglementierung der Produktion und andere Kennzeichen einer Zunft aufgewiesen habe. Wie sich die Beziehungen der an der Spitze solcher "družiny" stehenden Ältesten (Starosten) zu den ihnen unterstellten Mitgliedern gestaltet, sei ebenso unbekannt wie die innere Struktur solcher "Vereinigungen".¹²² Den schließlich in der Diskussion über die Organisationsformen des altrussischen Handwerks herangezogenen Belegen über "sotni", "slobody" und "rjady" hat vor allem Pažitnov¹²³ jegliche Beweiskraft als Zunftanalogien entschieden abgesprochen. Er wies darauf hin, daß diese Institutionen in der Regel auf staatliche Eingriffe (zum Beispiel auf die eines Großfürsten oder Fürsten) zurückzuführen sind, um beispielsweise für die Steuereintreibung Bezugsgrundlagen zu schaffen. Außerdem würden diese Verbände verschiedentlich sowohl gewerbliche Berufe, vor allem das unfreie Hofhandwerk, als auch Kaufleute umfassen. Damit entfielen wichtige Voraussetzungen, diese Vereinigungen als Zünfte zu bezeichnen.

Bei der Beantwortung der Frage, warum es im mittelalterlichen Rußland nicht zur Entstehung von Zünften gekommen sei, wurde darauf verwiesen, daß hier die städtische Entwicklung anders als in Westeuropa verlief. Es sei den durch die Mongoleneinfälle geschwächten russischen Städten - Novgorod und Pskov ausgenommen - nicht gelungen, in wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Hinsicht weitgehend unabhängig von der fürstlichen Herrschaft zu werden.¹²⁴ Sie wurden vielmehr im Zusammenhang mit der Zentralisierung des russischen Staates, die von dem im Kampf gegen die Tataren erstarkten Moskauer Großfürstentum ausging, in Abhängigkeit von der Zentralgewalt gebracht, die nun in den Städten ihre Beauftragten einsetzte (namestnik). Gerade eine erfolgreich abgeschlossene Kommunebewegung hätte für die Zünfte aber erst die nötigen Entfaltungsmöglichkeiten geschaffen - Voraussetzungen, die in Rußland jedoch gefehlt hätten.¹²⁵ Speziell für Novgorod, das ja in der Argumentation Rybakovs und Tichomirovs eine bedeutende Rolle spielte, betonte Podvigina, daß die innere Struktur dieser Stadt als eine "Föderation von koncy" dazu beigetragen habe, die Entstehung von Zünften zu erschweren bzw. zu verhindern. In diesen "koncy" wohnten alle Bevölkerungsschichten, vom Bojaren bis zu den Angehörigen der städtischen Armut.¹²⁶

noj organizacii Novgorodskoj respubliki, in: Istorija SSSR, Nr. 1/1970, S. 52, wo Janin die Existenz von Zünften bzw. zunftähnlichen Organisationen in Novgorod verneint.

122 Vgl. Pažitnov, K. A., Problemy remeslennyh cechov ..., a. a. O., S. 18 f.

123 Ebenda, S. 28, 35; vgl. auch Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi, a. a. O., S. 142; vgl. auch Knackstedt, Wolfgang, a. a. O., S. 154 ff., der "slobody" und "sotni" als Organisationsformen der Handwerker in Moskau kritisch untersucht.

124 Vgl. Pažitnov, K. A., Problemy remeslennyh cechov ..., a. a. O., S. 28; Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi, a. a. O., S. 143.

125 Podvigina, N. L., a. a. O., S. 238 f.

126 Vgl. auch Zernack, Klaus, Die burgstädtischen Volksversammlungen bei den Ost- und Westslaven, a. a. O., S. 186 f. Er betont, daß die von der älteren Forschung angenommene Zweiteilung Novgorods durch den Fluß Volchov in eine "Sophienseite" (Bojaren) und eine "Handelsseite" (Kaufleute, Handwerker) sich aufgrund neuer archäologischer Forschungen nicht mehr halten läßt. Die gesamte Stadtbevölkerung habe sich vielmehr ziemlich gleichmäßig auf alle Viertel Novgorods verteilt.

Die Stadtbewohner (Handwerker, Kaufleute, Stadtarmut) unterstützten in den für die Geschichte Novgorods typischen Kämpfen zwischen verschiedenen "Adelsgeschlechtern" gemeinsam den Bojaren, der jeweils an der Spitze eines "Viertels" stand. Diese "koncy" boten den Rahmen für politische Aktivitäten der Stadtbevölkerung einschließlich der Handwerker¹²⁷ und nicht etwa Zünfte, die, hätte es sie gegeben, in diesen Auseinandersetzungen sicher mit eigenen Forderungen hervorgetreten wären. Die "Viertel" und "Straßen" Novgorods bildeten auch die Grundlage für das städtische Heeresaufgebot; eine Mitwirkung von Zünften, wie sie in Westeuropa bei der Verteidigung von Städten erfolgte, werde nicht erwähnt.¹²⁸

Soll aus den zur diskutierten Streitfrage vertretenen Auffassungen, wie sie sich beim gegenwärtigen Forschungsstand innerhalb der sowjetischen Mediävistik darbieten, ein erstes Fazit gezogen werden, so wird man zunächst einmal feststellen können, daß es in der Ruß innerhalb eines reich gegliederten, teilweise hochqualifizierten städtischen Handwerks zumindest vorübergehend zu Vereinigungen kommen konnte. Das vor allem in großen Städten wie Novgorod, Pskov, Moskau und anderen teilweise bezugte Zusammenwohnen von gewerblichen Produzenten eines Berufes in "Vierteln" und "Straßen" wirkte sicherlich ebenso gemeinschaftsbildend wie die Verehrung bestimmter Schutzheiliger in Patronatskirchen und die Teilnahme an "Bruderschaftsmahlzeiten" an religiösen Festtagen. Dazu kommt, daß in bestimmten Gewerbebezügen, etwa im Bauhandwerk, ohne ein gewisses Zusammenwirken und ohne ein die Arbeit leitendes Oberhaupt (Starost) verschiedene Vorhaben gar nicht zu verwirklichen gewesen wären. Denken wir nur an den Bau von Burgen, Kirchen und Verteidigungsanlagen in der Kiever Ruß und im zentralisierten russischen Staat des 14. und 15. Jahrhunderts. Der Bedarf der als Auftraggeber fungierenden Fürsten an solchen Steinbauten war ja beträchtlich.

Andererseits ist davor zu warnen, mit den wenigen Belegen der schriftlichen Überlieferung unbedingt den Zunftcharakter der dort bezugten Vereinigungen und Verbände nachweisen zu wollen. Der Blick auf das westeuropäische Zunftwesen im Mittelalter sollte nicht dazu verleiten, auch in der Ruß nur Analoges und Ähnliches zu sehen. Vielmehr müßte die besondere Eigenart von Organisationsformen und Vereinigungen des Handwerks innerhalb der Feudalentwicklung in Rußland stärker berücksichtigt und in Zusammenhang mit dem spezifischen Charakter des russischen Städtewesens im Feudalismus untersucht werden. Generell wird zu beachten sein, daß in der Ruß, trotz ausgeprägter herrschaftlicher Bindungen der gewerblichen Produzenten und obwohl Auftragsarbeit stärker überwog, in einzelnen Produktionszweigen vorübergehend Vereinigungen zu gegenseitiger Hilfe sicher möglich waren und tatsächlich auch existierten. Es bildeten sich aber nicht jene spezifisch gearteten Zusammenschlüsse innerhalb eines Handwerkszweiges heraus, für die ausgeprägte genossenschaftliche Züge sowie eine Abgrenzung zu städtischen Behörden und feudalen Kräften charakteristisch waren. Vielmehr dominierte in der Ruß die Kontrolle durch die Feudalgewalten, etwa einen

¹²⁷ Podvigina, N. L., a. a. O., S. 239; vgl. auch Hoffmann, Gerhard, Kommune oder Staatsbürokratie? Zur politischen Rolle der Bevölkerung syrischer Städte vom 10. - 12. Jh., in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 23, Berlin 1975, S. 48 f., der ähnliches für die syrischen Städte nachweist.

¹²⁸ Podvigina, N. L., a. a. O., S. 238; Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 134. Nach Tichomirov wurde das Heeresaufgebot in Novgorod und Pskov nach "koncy", Straßen und Hundertschaften ("sotni") einberufen.

Fürsten als Stadtherrn, wobei sich Analogien zu Byzanz mit seinen staatlich reglementierten Kollegien anbieten. Demgegenüber führten in West- und Mitteleuropa, wo zunächst bei der Entstehung von Zünften durchaus herrschaftliche Initiativen zu beobachten sind (etwa die eines Stadtherrn), die im Vergleich zur Ruß stärkere Einbeziehung des Handwerks in die Marktproduktion und die damit verbundenen Risiken (Konkurrenz¹²⁹, Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage) dazu, daß sich die gewerblichen Produzenten selbst eigene Organisationen, eben Zünfte schufen, zu deren wichtigsten Aufgaben der Schutz ihrer Mitglieder vor den erwähnten "Unsicherheitsfaktoren" des "Marktes" gehörte.

Wenn wir abschließend noch einen Blick auf das Gesamtbild der sowjetischen Forschungen zur Geschichte des Handwerks in der russischen Feudalgesellschaft werfen, so ergibt sich, daß ein sehr großer, wenn nicht der überwiegende Teil der Untersuchungen von Archäologen mit dem Ziel durchgeführt wurde, die materielle Kultur der Ruß aufzuhellen. Analysen über gewerbliche Produktionsverfahren, über die Technologie, die in den einzelnen gewerblichen Berufen angewandt wurde, und über das erreichte Qualitätsniveau standen dabei im Mittelpunkt des Interesses.

An zweiter Stelle rangieren Untersuchungen über Organisationsformen des altrussischen Handwerks, wobei die Frage nach dem Zunftcharakter verschiedener gewerblicher Vereinigungen zeitweise eine geradezu feldbeherrschende Rolle spielte. Das ist insofern beachtenswert, weil auf dem Gebiet der sowjetischen Stadtgeschichtsforschung, der ja die Analysen über das altrussische Handwerk zu einem großen Teil zuzuordnen sind, sonst verfassungs- und rechtsgeschichtliche Fragen bisher kaum eine größere Rolle spielten.

Andere Probleme, die für eine möglichst umfassende Wertung und Beurteilung der Entwicklung der gewerblichen Produktion in Rußland etwa vom 11. bis zum 15. Jahrhundert bedeutsam sind, wurden noch nicht so eingehend erörtert wie die beiden eben genannten Problemkomplexe. So ist bisher für diese Zeit kaum untersucht worden, in welchem Umfang, in welcher Intensität und zu welcher Zeit in den einzelnen gewerblichen Berufen mit einer nennenswerten Produktion für den Markt zu rechnen ist - eine Frage, die für die Einschätzung der städtischen Entwicklung in der Ruß ja zweifellos wichtig ist. Nach wie vor ist auch das Problem, welchen Anteil freie und unfreie Handwerker an der gewerblichen Produktion hatten, umstritten und im Grunde ungelöst.

Für alle genannten Fragen gilt, daß eine anzustrebende, teilweise bereits angewandte vergleichende Betrachtung sicherlich weiterführende Erkenntnisse erwarten läßt. Dabei sollten nicht nur Westeuropa, sondern auch Byzanz¹³⁰ und ande-

129 Den Schutz der gewerblichen Produzenten vor der Konkurrenz als wichtige Aufgabe der Zunft betont Mottek, Hans, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. 1, 5. Aufl. Berlin 1968, S. 174; vgl. auch Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, a. a. O., S. 216 f., 335 f.

130 Vgl. Každan, A. P., *Derevnja i gorod v Vizantii IX - X v.*, Moskau 1960, S. 190 f., 301 f.; derselbe, *Byzanz und seine Kultur*, dt. Ausgabe Berlin 1973, S. 38 f.; vgl. auch Ostrogorsky, Georg, *Geschichte des byzantinischen Staates*, 2. Aufl. München 1952, S. 203 f. Ostrogorsky stellt für die byzantinische Stadt im 10. Jh. u. a. fest: "In erster Linie dient die Zunftorganisation nicht etwa dem Interesse des Produzenten und des Händlers, sondern der leichteren Kontrolle des Wirtschaftslebens durch die Regierung im Interesse des Staates und des Konsumenten" (S. 204).

re außereuropäische Gebiete¹³¹ ins Blickfeld gerückt werden, wo meines Erachtens eher Analogien und Ähnlichkeiten zur Entwicklung in der Ruß faßbar sind. Zweifellos würden vor diesem Hintergrund Wesen und Wirken des altrussischen Handwerks in voller Breite und in den vielfältigsten Erscheinungsformen noch überzeugender als bisher hervortreten können.

Betriebsgeschichte

131 Vgl. zur Problematik in der feudalen arabisch-islamischen Stadt Hoffmann, Gerhard, a. a. O., S. 48 (Die soziale Differenzierung der Bevölkerung und das Problem städtischer Vereinigungen).

Betriebsgeschichte

REGISTRIERKARTEN ALS HISTORISCHE QUELLE ZUR ERFORSCHUNG DER SOZIALSTRUKTUR VON PRODUKTIONSARBEITERN IN INDUSTRIE- BETRIEBEN

von V. E. Poletaev / I. L. Kornakovskij

Die Erforschung der Veränderungen, die sich in der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft vollziehen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, vor denen die sowjetischen Gesellschaftswissenschaften, darunter auch die Geschichtswissenschaft, stehen. Diese Aufgabe wurde während der Vorbereitung auf die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Beschluß des ZK der KPdSU "Über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften und die Erhöhung ihrer Rolle beim kommunistischen Aufbau"¹ formuliert. Die Lösung des gesamten Problems hängt in vielerlei Hinsicht davon ab, wie tief und umfassend die Detailfragen erforscht worden sind. Das betrifft in erster Linie die Mikrostruktur der Sowjetgesellschaft.

Die Analyse der Veränderungen in der Sozialstruktur der Produktionsarbeiter in Industriebetrieben sowie in Kolchosen und Sowchosen bietet die Möglichkeit, an konkreten Beispielen die Prozesse zu verfolgen, die sich innerhalb der Primärzellen der Sowjetgesellschaft abspielen, deren Rolle, wie im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag hervorgehoben wurde, immer mehr wächst. "In der Entwicklung der sozialistischen Demokratie", sagte L. I. Breshnew, "nimmt die Erhöhung der Rolle unserer Arbeitskollektive - der Grundzellen der sozialistischen Gesellschaft - einen großen Platz ein. Hier bietet sich ein wichtiges Kampffeld für die Steigerung der Arbeits- und gesellschaftlichen Aktivität der Sowjetmenschen. Hier bilden sich neue, sozialistische Eigenschaften der Werktätigen heraus, entstehen Beziehungen der Freundschaft und kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe."²

Deshalb beschäftigen sich die Historiker seit langem mit der Erarbeitung der Geschichte der Fabriken und Werke. Viel Nützliches und Notwendiges ist in der Literatur zu diesem Thema enthalten. Wir möchten hier jedoch etwas anderes hervorheben - die Schwächen bei der sozialen Charakterisierung von Arbeitskollektiven, die ungenügende Schilderung ihrer sozialen Gliederung. Die Arbeitskollektive werden in ihrer Gesamtheit betrachtet, ohne exakte und umfassende Differenzierung nach den einzelnen sozialen Schichten, aus denen sich die Belegschaft der industriellen Produktionsbetriebe zusammensetzt. Die Praxis zeigt, daß der Historiker, wenn er nicht zur Methode der historisch-soziologischen Analyse greift,

1 Siehe *Kommunist*, Nr. 13/1967, S. 5.

2 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Referent: L. I. Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, 30. März 1971, Moskau/Berlin 1971, S. 109.

sich selbst um die Möglichkeit bringt, die Mikrostruktur der Arbeitskollektive, die Herausbildung des neuen sozialistischen Typs des Werktätigen mit der gebührenden Tiefgründigkeit zu erforschen.

Als sehr wichtige Hilfe bei der Lösung dieser Aufgabe, das heißt der Darlegung der Grundtendenzen und Gesetzmäßigkeiten, die die Herausbildung und Entwicklung der Produktionskollektive vom Gesichtspunkt ihrer inneren Struktur her charakterisieren, können die Registrierkarten³ der Werktätigen dienen. Die Hauptvorzüge dieser Quelle bestehen in der

- systematischen Erfassung der Angaben in ihrer zeitlichen Abfolge, das heißt ihrer ständigen Reproduktion auf einer einheitlichen Grundlage, was die Vergleichbarkeit der von den Registrierkarten erfaßten Kennzeichen, die aus verschiedenen Zeitabschnitten stammen, gewährleistet;
- Zuverlässigkeit ihrer Angaben. (Die wesentlichsten der vom Arbeiter bei der Erledigung der Einstellungsformalitäten im Betrieb eingetragenen Angaben sind in der Regel - das gilt natürlich nur für die Zeit nach der Oktoberrevolution - mehrmals überprüft und durch entsprechende Dokumente belegt worden.)

Infolgedessen kann das System der dokumentarischen Erfassung des Personalbestandes in Form von Registrierkarten in vielerlei Hinsicht als Garant für die Objektivität der in den Karten enthaltenen Angaben dienen.

Wenn man sich auf diese Quelle stützt, kann man die Entwicklung der industriellen Kader der Arbeiterklasse in den einzelnen historischen Zeitabschnitten sowie Wechselbeziehungen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den verschiedenartigsten Faktoren (Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf, politische Aktivität usw.), die die Herausbildung des sozialen Persönlichkeitsbildes eines Arbeiters beeinflussen, ziemlich exakt und zuverlässig verfolgen.

All das sind zweifellos positive Seiten der Registrierkarten als Quelle für die Sozialgeschichte. Es wäre jedoch methodisch nicht vertretbar, darüber die recht erheblichen Mängel und Lücken dieser Quelle zu verschweigen.

Bekanntlich gibt es eine ganze Reihe von Anweisungen, wonach in die Registrierkarten alle Veränderungen einzutragen sind, die sich während der Betriebszugehörigkeit des betreffenden Arbeiters vollziehen. Dazu gehören in erster Linie solche Faktoren wie "berufliche Weiterbildung, Parteizugehörigkeit, Höherstufungen, Familienstand, ob und wieviel Kinder der betreffende Werktätige hat, Auszeichnungen und Strafen" usw. Die Praxis zeigt jedoch, daß bei weitem nicht alle Registrierunterlagen sorgfältig und lückenlos ausgefüllt wurden. Am häufigsten werden Veränderungen jener Faktoren eingetragen, die für den Arbeiter selbst von Interesse sind oder die den zuständigen Kaderreferenten wesentlich erscheinen. Dazu gehören "Höherstufungen, Familienstand, Auszeichnungen und Strafen" usw., wohingegen die Registrierkarten oft keine Auskunft darüber geben, ob der betreffende Werktätige sich im Laufe seiner Betriebszugehörigkeit beruflich weiterbildete oder Parteimitglied wurde. Daher können diese Faktoren bei der Analyse bestimmter Perioden der Geschichte eines Betriebes oft nur zur Charakterisierung der Neuzugänge dienen. Um jedoch mit genügender Gründlichkeit und Zuverlässigkeit darüber urteilen zu können, wie sich das soziale Bild des Kollektivs zusammensetzt, ist es notwendig, zusätzliches Material heranzuzie-

3 Diese Registrierkarten entsprechen etwa den in der DDR üblichen Personalfragebogen (d. Übers.).

hen. Die genannten Unzulänglichkeiten können unserer Ansicht nach jedoch den Gesamtwert der Quelle nicht wesentlich beeinträchtigen.

Der erste, recht gelungene Versuch einer Bearbeitung von Arbeiterregistrierkarten in der Sowjetepoche unter Anwendung mathematischer Methoden und der EDV war die Untersuchung, die eine Gruppe sibirischer Historiker unter Leitung von Z. G. Karpenko und die Versuchsabteilung zur Anwendung der EDV in gesellschaftswissenschaftlichen Untersuchungen beim Institut für Mathematik der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter der Leitung von V. A. Ustinov mit den Personalkarten der Arbeiter dreier Betriebe des Kusnezker Metallurgischen Kombinats im Jahre 1961 durchführten. Jedoch blieb es lange Zeit bei dieser einen Initiative. Mehr noch, heutzutage hat sich bei vielen Mitarbeitern statistischer Organe, bei Archivaren, aber auch bei manchen Wissenschaftlern, eine ziemlich ablehnende Haltung zu dieser Art der Dokumentation herausgebildet, die im wesentlichen durch die technischen Schwierigkeiten der Bearbeitung hervorgerufen wurde.

Die Hauptschwierigkeit bei der Erforschung der Registrierkarten ist der enorme Umfang des Ausgangsmaterials, das sogar für mittlere Betriebe viele Zehntausend Einheiten umfaßt. So machten zum Beispiel die Registrierkarten, die für das Moskauer Metallurgische Werk "Serp i molot" bearbeitet werden mußten, für den Zeitraum von 1883 bis 1975 insgesamt mehr als 120 000 Stück aus. Ihre Bearbeitung war eine teure und mühevoll Aufgabe. Nur die breite Einführung mathematischer Methoden und Rechentechniken erlaubte es, dicht an die Lösung dieser Aufgabe heranzukommen.

Als wir die Erforschung der Personalregistrierkarten der Werktätigen in Angriff nahmen, stellten wir uns eine zweifache Aufgabe: Einerseits wollten wir konkretes Material für die Untersuchung der Veränderungen in der Sozialstruktur der Produktionsarbeiter des Werkes "Serp i molot" (früher "Gužon") - das als Versuchsobjekt ausgewählt worden war - für die Jahre 1883 bis 1975 erhalten, und andererseits wollten wir an diesem Beispiel die zur Bearbeitung der genannten Quelle vorgeschlagene Methodik überprüfen.

Seit dem Bestehen des Werkes gab es die unterschiedlichsten Arten von Registrierkarten, so daß sich ein ziemlich buntes Bild bot. Der erste Schritt zu ihrer Verarbeitung war die Aufstellung einer einheitlichen Registrierkarte (ERK). In sie mußten alle "durchgehenden Merkmale" eingehen, die in den verschiedenen Arten von Karten enthalten waren, aber auch interessante und repräsentative Kennzeichen, die aus diesem oder jenem Grunde nicht durchgängig erfaßt wurden, jedoch für die Forschung von großer Bedeutung sind.

Diese für alle Industriebetriebe und -einrichtungen und für alle Kategorien von Werktätigen (Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Angestellte) einheitliche Registrierkarte entspricht der von der Zentralverwaltung für Statistik bestätigten neuesten Vorlage.

Sie erfaßt jedoch nicht alle für den Forscher interessanten Kennziffern, die frühere Kaderunterlagen enthielten. Dies gilt zum Beispiel für die soziale Herkunft und die Beziehung zur Landwirtschaft.

Wichtig ist außerdem, daß die Registrierkarten ziemlich viele indirekte Informationen enthalten, deren Auswertung sich lohnt, da sie das soziale Persönlichkeitsbild der Werktätigen zusätzlich bereichern. Es handelt sich dabei um Kennzeichen wie: Produktionsbereich, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird; Berufswechsel des Werktätigen bei Betriebseintritt; Häufigkeit des Berufswechsels im Verlaufe der

Betriebszugehörigkeit; Dauer der Betriebszugehörigkeit; Gesamtdauer beruflicher Tätigkeit.

Zur Erforschung der Veränderungen in der Sozialstruktur des Kaderbestandes eines Industriebetriebes reichen jedoch die bei Betriebseintritt eines Werkstätigen erfaßten Angaben nicht aus; denn sie beziehen sich ja nur auf die Neuzugänge, nicht aber auf die Gesamtbelegschaft. Deshalb erschien es uns notwendig, zusätzliche Kennzeichen in die einheitliche Registrierkarte aufzunehmen: Lebensalter zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Betrieb; Häufigkeit des Berufswechsels im Verlauf einer bestimmten Zeitspanne, bezogen auf den Zeitpunkt des Ausscheidens als Ermittlungsbasis; soziale Stellung zum Zeitpunkt des Ausscheidens.

Um ihren Informationsgehalt zu erhöhen, wurden einige Kennzeichen auf den Registrierkarten in zwei bzw. drei Teilkennzeichen untergliedert. So wurde das Kennzeichen "Ausbildungsqualifikation" in die beiden Fragen nach der beruflichen Bildungseinrichtung und nach der Zahl der besuchten Klassen an der allgemeinbildenden Schule unterteilt. Entsprechendes gilt für das Kennzeichen "Belobigungen, Anerkennungen, Auszeichnungen", das mit der Zusatzfrage versehen wurde: "wenn ja, welche?". Analog verfahren wir bei dem Kennzeichen "Strafen", mit dem einzigen Unterschied, daß es um zwei Zusatzfragen ergänzt wurde: "wenn ja, welche?" und "wenn ja, wofür?". Auf diese Weise erfaßt die einheitliche Registrierkarte folgende Kennzeichen: Geschlecht, Lebensalter zum Zeitpunkt des Eintritts in den Betrieb; Geburtsort (geographische Zone); Geburtsort (Stadt, Dorf); Nationalität; soziale Herkunft; Parteizugehörigkeit; Mitgliedschaft im Komsomol; Mitgliedschaft in der Gewerkschaft; Art der Bildungseinrichtung, in der die berufliche Qualifikation erworben wurde; Zahl der Klassen, die an der allgemeinbildenden Schule absolviert wurden; Hauptberuf; Familienstand; Anzahl der Kinder; Art des Produktionsbereiches, in dem die berufliche Tätigkeit ausgeübt wird; Name dieses Produktionsbereiches; Dienststellung zu Beginn der Berufslaufbahn; Dienststellung am Ende der Berufslaufbahn; Dauer der Betriebszugehörigkeit; Gesamtdienstalter; letzte Arbeitsstelle; Beziehung zur Landwirtschaft; Grund des Ausscheidens aus dem Betrieb; Berufswechsel bei Eintritt in den Betrieb; Häufigkeit des Berufswechsels im Verlauf der Betriebszugehörigkeit; Belobigungen, Anerkennungen, Auszeichnungen, und wenn ja, welche?; Strafen, und wenn ja, welche und wofür?; Zeitpunkt des Eintritts in den Betrieb; Häufigkeit des Berufswechsels innerhalb einer bestimmten Zeitspanne; Lebensalter zum Zeitpunkt des Ausscheidens; soziale Stellung zum Zeitpunkt des Ausscheidens; Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Betrieb.

Die Ausrichtung des Kodierungsmodells auf die potentiellen Antwortvarianten war dabei von Kennzeichen zu Kennzeichen recht unterschiedlich. Einige Kennzeichen - wie Geschlecht oder Parteizugehörigkeit - setzten schon in der Fragestellung zwei alternative Antwortvarianten voraus, was bei der Anlage des Modells auch berücksichtigt wurde. Für andere Kennzeichen - wie Nationalität oder Geburtsort - basierte das Anlageprinzip auf der Vorkommenshäufigkeit der potentiellen Antworten. Bei dem Kennzeichen "Hauptberuf" wurde die Vorkommenshäufigkeit mit der Bedeutung koordiniert, um auf diese Weise zu gewährleisten, daß die Untersuchung für das betreffende Werk wichtige Berufe auch dann noch erfaßt, wenn sie quantitativ keine so große Rolle spielen. Als Beispiel seien die Stahlgießer genannt, deren Anteil an der Belegschaft eines metallverarbeitenden Betriebes sich auf nur 0,5 Prozent belief. Bei einer dritten Gruppe von Kennzeichen sieht das Kodierungsmodell beliebige Antwortvarianten vor.

Auf der Grundlage aller dieser Kriterien und unter Berücksichtigung auch der Teilkennzeichen wurde ein Kodierungssystem entwickelt, das alle diese Kennzei-

chen erfaßt und die Ausgangsdaten ohne Informationsverlust speichert, zugleich aber der Speicherkapazität einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage Rechnung trägt und eine dementsprechend rationelle Anlage aufweist.

In ihrer endgültigen Gestalt kann die einheitliche Registrierkarte zur Tabelle werden, die gleichzeitig als Modell für die Kodierung der auf den Registrierkarten basierenden Ausgangsinformation dient. Solche Tabellen wurden für dreidimensionale elektronische Datenverarbeitungsanlagen (EDVA) in sechs Zellen gespeichert.

Auf der linken Seite dieser Tabellen wurden die den Registrierkarten entnommenen und in der ERK zusammengefaßten Merkmale eingetragen, in der Mitte die Antwortvarianten auf jede Frage der Karte und rechts die Kodierungsart.

Nach der Erarbeitung der einheitlichen Registrierkarte und des Kodierungsmodells wurde mit der unmittelbaren Verarbeitung der Gesamtmenge von Personalpapieren begonnen. Dabei tauchte unvermeidlich die Frage auf, wie man die Verarbeitung dieser Gesamtmenge durchführen soll. Soll man den Weg der Verarbeitung der ganzen riesigen Grundgesamtheit gehen, oder soll man versuchen, ihren Umfang auf ein Minimum zu verringern, wobei jedoch dieser verringerte Umfang die Gesamtheit vollständig repräsentieren muß.

Vorerst gilt noch - und selbst das unter Vorbehalt -, daß Stichproben-Auswahlverfahren nur für quantitative, nicht aber für qualitative Merkmale hinlänglich entwickelt sind.

Die historisch-soziologische Forschung befaßt sich jedoch mit einer komplizierten Struktur, die sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale in sich vereinigt. Dabei ist die für die Messung und Anwendung mathematischer Methoden notwendige Transformation qualitativer in quantitative Merkmale ein offenes Problem. Deshalb ist die Stichproben-Auswahl bei qualitativen Merkmalen eine ziemlich komplizierte Angelegenheit.

Soll die ausgewählte Stichprobe repräsentativ sein, muß sie unbedingt folgende Bedingungen erfüllen:

1. Jedes Element der Grundgesamtheit muß die gleiche Möglichkeit haben, ausgewählt zu werden.
2. Die Einheiten müssen auf dem Wege der Zufallsauswahl ermittelt werden.
3. Die Auswahl muß nach Möglichkeit aus gleichartigen Gruppen erfolgen.
4. Der Umfang der ausgewählten Stichprobe muß groß genug sein. Weil unsere Grundgesamtheit aus gleichartigen Gruppen besteht, erscheint die Typenauswahl dafür am geeignetsten. Bei diesem Verfahren wird die Grundgesamtheit in Typengruppen eingeteilt, die nach einem bestimmten Merkmal gebildet werden. Danach werden aus jeder Gruppe durch zufällige oder mechanische Auswahl die Beobachtungseinheiten ausgesondert. Große Exaktheit wird dann erreicht, wenn die Stichprobe das gleiche Größenverhältnis zwischen den Typengruppen wie die Grundgesamtheit aufweist. Die Auswahl gibt dann die Struktur der Grundgesamtheit wieder.

Da die Personalunterlagen verschiedenen Archivbeständen angehören, muß der Gesamtstichprobe ein durchgängiges Kennzeichen zugrunde gelegt werden, damit sich historisch zuverlässige Entwicklungslinien der Wechselbeziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten ergeben. Deshalb war die folgende Arbeitsetappe die Zusammenstellung des Algorithmus und des Programms zur Lösung der Aufgabe, das Material nach bestimmten Kennzeichen oder Gruppen von Kennzeichen auf der

EDVA zu sortieren. Als allgemeines Merkmal wählten wir den Beginn der Betriebszugehörigkeit. Es wurde in 18 Etappen unterteilt:

1 = 1883 - 1890	10 = 1922 - 1928
2 = 1891 - 1900	11 = 1929 - 1932
3 = 1901 - 1904	12 = 1933 - 1940
4 = 1905 - 1907	13 = 1941 - 1945
5 = 1908 - 1910	14 = 1946 - 1950
6 = 1911 - 1913	15 = 1951 - 1958
7 = 1914 - Februar 1917	16 = 1959 - 1965
8 = März - Dezember 1917	17 = 1966 - 1970
9 = 1918 - 1921	18 = 1971 - 1975

Für jede dieser Etappen galt es, sowohl die Wechselbeziehungen als auch die gegenseitigen Abhängigkeiten zu ermitteln.

Nachdem der Auswahlumfang festgesetzt ist, wird das statistische Material tabellarisch gruppiert, und zwar in Form diskreter Zuordnungsreihen, mit dem Ziel, die Variablen eines jeden Kennzeichens den anderen Kennzeichen gegenüberzustellen.

In dieser statistischen Tabelle stellt jede horizontale und jede vertikale Reihe die Zuordnung eines Merkmals zu den Parametern der anderen dar. Die Notierung dieser Zuordnung in Gruppierungstabellen bedeutet nicht nur Platzersparnis, sondern erleichtert es auch, die Merkmale zu vergleichen.

Die Gruppierung des statistischen Materials bietet die Möglichkeit, über die Struktur des Forschungsobjektes zu urteilen, macht das Material anschaulicher, vereinfacht seine Analyse. Mit dieser Methode lassen sich Beziehungen feststellen und einige quantitative Charakteristika bestimmen. Sie bietet jedoch keine Möglichkeit, diese Beziehungen zu messen, also zu ermitteln, wie eng sie sind.

Deshalb muß die folgende Etappe der Quellenbearbeitung darin bestehen, die Wechselbeziehungen zwischen den Merkmalen aufzudecken. Für die Lösung dieser Aufgabe sind diejenigen Methoden der Informationstheorie am geeignetsten, die die Beschaffenheit elementarer Maße der Information ermitteln, wobei die verschiedenen Quellen und Kanäle der Informationsübermittlung und auch die effektiven Kodierungsmethoden in die Betrachtung einbezogen werden. Dies erlaubt uns, den Grad der Wechselwirkung zwischen den Kennzifferpaaren durch die Größe der Koeffizienten zu bestimmen und zu definieren, wie eng diese Beziehungen sind. Der Informationskoeffizient bietet jedoch keine Möglichkeit, die Wechselbeziehung zwischen allen Systemmerkmalen aufzuzeigen; aber die Lösung gerade dieser Aufgabe hat für den Historiker außerordentlich große Bedeutung. Um eine positive Antwort auf die gestellten Fragen zu erhalten, wurde die "Plejadenmethode" benutzt, die erlaubt, das gesamte zu untersuchende System in bestimmter gegenseitiger Abhängigkeit zwischen allen Merkmalen graphisch darzustellen und die real existierenden Beziehungen adäquat widerzuspiegeln.

Das Wesen der "Plejadenmethode" besteht in folgendem:

Uns liegt eine Ausgangsmatrix vor, welche die zwischen den einzelnen Kennzifferpaaren bestehenden zweiseitigen Abhängigkeiten als Information vermittelt. Man vergleiche dazu Tabelle 1, in der die Zahl der Kennziffern zur besseren Demonstration der Methode und aus Gründen der Übersichtlichkeit von 22 auf 12 reduziert wurde. Auf der rechts von der Diagonalen gelegenen Hälfte der Tabelle er-

mitteln wir den Koeffizienten mit dem höchsten Wert. Diesen Höchstwert finden wir Zeile 5, Spalte 12. Er beträgt 0, 221.

Tabelle 1

Korrelationskoeffizienten der Kennziffern für die Neuzugänge aus den Jahren 1946 bis 1950

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	-	0,008	0,001	-	-	-	0,010	0,004	0,008	0,035	0,014	0,104
2	0,008	-	0,062	0,007	0,063	0,005	0,030	0,015	0,008	0,092	0,086	0,134
3	0,001	0,062	-	0,115	0,091	0,046	0,015	0,008	0,001	0,022	0,076	0,161
4	-	0,007	0,115	-	0,027	0,018	-	-	-	0,006	0,025	0,030
5	-	0,063	0,091	0,027	-	0,011	0,082	0,042	0,002	0,016	0,092	0,221
6	-	0,005	0,046	0,018	0,011	-	0,038	0,002	0,003	0,016	0,022	0,030
7	0,010	0,030	0,015	-	0,082	0,038	-	0,010	0,004	0,009	0,063	0,098
8	0,004	0,015	0,008	-	0,042	0,002	0,010	-	0,003	0,034	0,011	0,076
9	0,008	0,008	0,001	-	0,002	0,003	0,004	0,003	-	0,016	0,006	0,041
10	0,035	0,092	0,022	0,006	0,016	0,016	0,009	0,034	0,016	-	0,082	0,124
11	0,014	0,086	0,076	0,025	0,092	0,022	0,063	0,011	0,006	0,082	-	0,172
12	0,104	0,134	0,161	0,030	0,221	0,030	0,098	0,076	0,041	0,124	0,172	-

Wir schreiben nun die gesamte Zeile 5 heraus und setzen unter jeden Koeffizienten die Indexzahl 5:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
-	0,063	0,091	0,027	-	0,011	0,082	0,042	0,002	0,016	0,092	0,221
-	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5

Wenn wir diesen Wert 0, 221 notiert haben, können wir 5 und 12 als erstes Kennzifferpaar abstreichen. Dieser Wert 0, 221 bezeichnet das Abhängigkeitsmaximum aller in Tabelle 1 enthaltenen Kennzifferpaare.

Jetzt vergleichen wir die oben herausgeschriebenen Koeffizientenwerte der Zeile 5 mit den Koeffizientenwerten in Tabelle 1, Spalte 12.

Sind die Koeffizientenwerte der oben herausgeschriebenen Zeile 5 größer als oder genauso groß wie die in Tabelle 1, Spalte 12, läßt man sie mit ihrer Indexzahl 5 stehen. Sind sie aber kleiner, so werden sie durch die entsprechenden und mit der Indexzahl 12 versehenen Koeffizientenwerte der Spalte 12 ersetzt. Da 5 und 12 als Kennziffern paar maximaler Abhängigkeit bereits feststehen und somit aus der weiteren Ermittlung ausgeklammert werden können, läßt sich jetzt die Spalte 12 auf die folgende Reihe reduzieren:

1	2	3	4	6	7	8	9	10	11
0,104	0,134	0,161	0,030	0,030	0,098	0,076	0,041	0,124	0,172
12	12	12	12	12	12	12	12	12	12

Den Abhängigkeitskoeffizienten mit dem höchsten Wert hat in dieser Reihe das Kennziffernpaar 11 und 12. Er beträgt 0,172 und wird notiert.

Dieser Vorgang wird für alle anderen Zeilen in der gleichen Weise fortgesetzt, und zwar vergleichen wir nunmehr die Koeffizientenwerte der oben herausgeschriebenen Spalte 12 mit denen von Tabelle 1, Zeile 11. Die Wahl fällt deshalb auf die Zeile 11, weil sich ergeben hat, daß in der obigen Reihe die größte Abhängigkeit zwischen den Kennzeichen 11 und 12 besteht. Da die in Zeile 11 wiedergegebenen Abhängigkeiten niedriger sind als die in der bereits herausgeschriebenen Spalte 12, braucht diese nicht ersetzt zu werden und kann somit stehenbleiben, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß die Position 11 als Höchstwert bereits ermittelt wurde und daher ausgeklammert werden kann.

In der jetzt noch übriggebliebenen Reihe der Spalte 12 beträgt der höchste Koeffizient 0,161. Er zeigt an, daß zwischen den Kennziffern 3 und 12 die größte Abhängigkeit besteht. Dementsprechend werden nun die Koeffizientenwerte der herausgeschriebenen Spalte 12, das heißt ihrer noch verbliebenen Positionen, mit denen von Tabelle 1, Zeile 3, verglichen. So wird die Matrix (Tabelle 1) nach und nach in Einzeltabellen bzw. Reihen zerlegt, aus denen wir die uns interessierenden Abhängigkeiten ermitteln können.

Dabei ergab sich diese Rangfolge der Kennziffernpaare mit den größten Abhängigkeiten: 12 - 5; 12 - 11; 12 - 3; 12 - 2; 12 - 10; 3 - 4; 12 - 1; 12 - 7; 12 - 8; 2 - 6; 12 - 9. Nun entwickeln wir eine geometrische Matrix, die diese Kennziffernpaare enthält und zugleich die Enge der jeweiligen Abhängigkeit veranschaulicht (vgl. dazu die folgenden Zeichnungen, besonders Zeichnung 2): Je kürzer die Entfernung zwischen zwei Kennziffern ist, um so größer ist ihre wechselseitige Abhängigkeit und umgekehrt. Analog lassen sich geometrische Matrizen zu beliebig vielen Kennziffern für alle möglichen Gruppen von Werktätigen entwickeln.

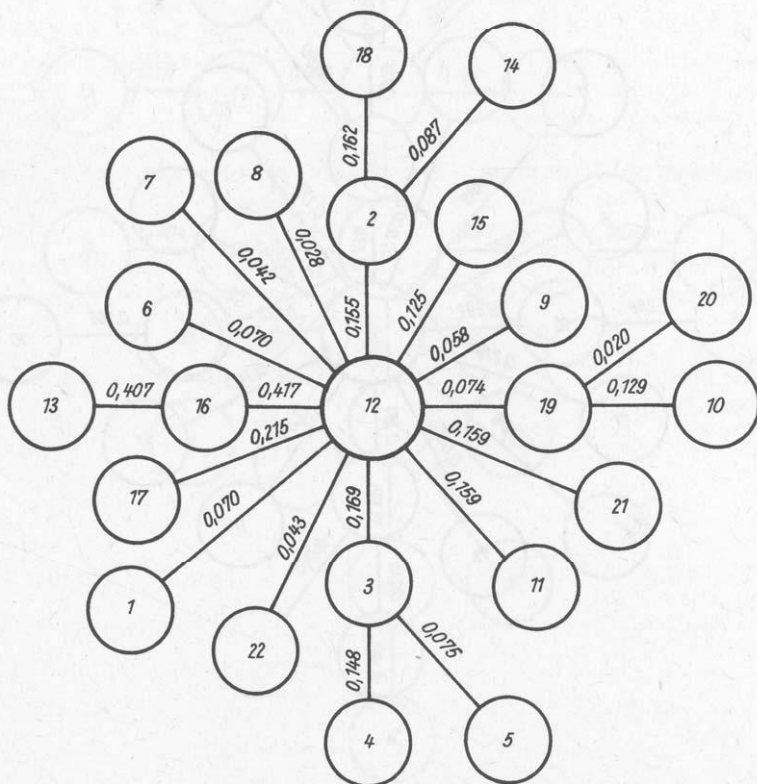
Die Ziffern bezeichnen in allen drei Zeichnungen folgende Merkmale:

- 1 = Geschlecht
- 2 = Alter
- 3 = Geburtsort (Stadt, Dorf)
- 4 = Stadt, Dorf (geographische Zone)
- 5 = Nationalität
- 6 = soziale Herkunft
- 7 = Parteizugehörigkeit
- 8 = Mitgliedschaft im Komsomol
- 9 = Mitgliedschaft in der Gewerkschaft
- 10 = in was für einer Lehranstalt ausgebildet
- 11 = wie viele Klassen der allgemeinbildenden Schule abgeschlossen
- 12 = Hauptberuf
- 13 = Typ der Produktionsabteilung
- 14 = Familienstand
- 15 = Anzahl der Kinder
- 16 = Bezeichnung der Produktionsabteilung
- 17 = Anfangsstatus der Dienstlaufbahn
- 18 = Gesamtarbeitsalter
- 19 = letzter Arbeitsplatz
- 20 = Verbindung zur Landwirtschaft
- 21 = Wohnanschrift
- 22 = Berufswechsel beim Eintritt ins Werk

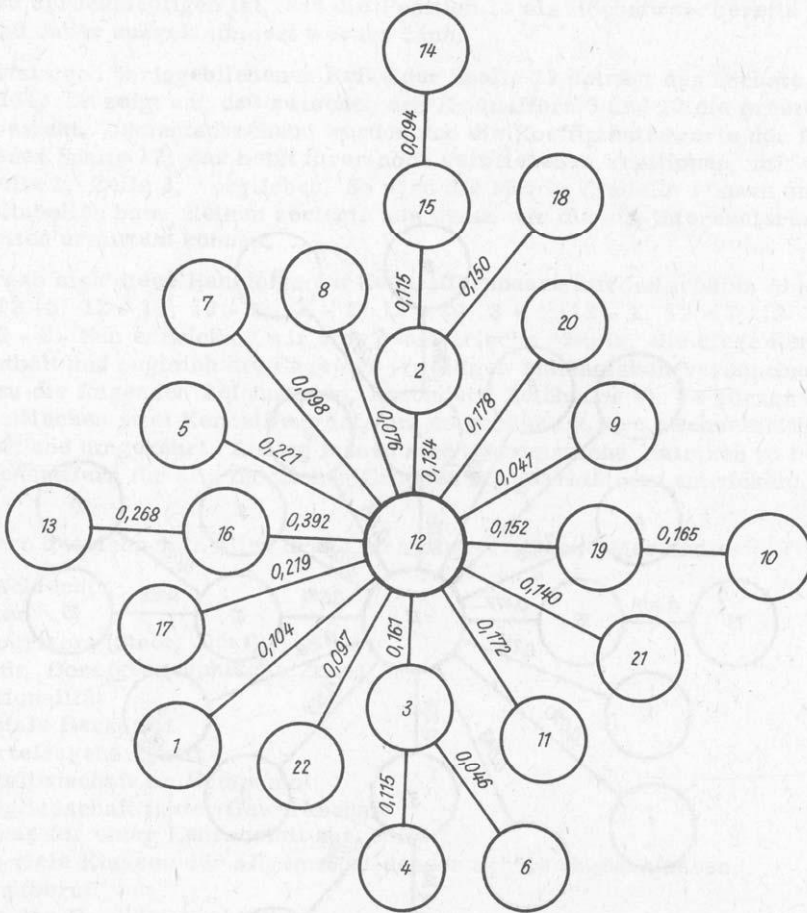
Als Beispiel betrachten wir die drei Zeitspannen Nr. 13, 14 und 15 aus der vorn angegebenen Einteilungstabelle.

Zeichnung 1

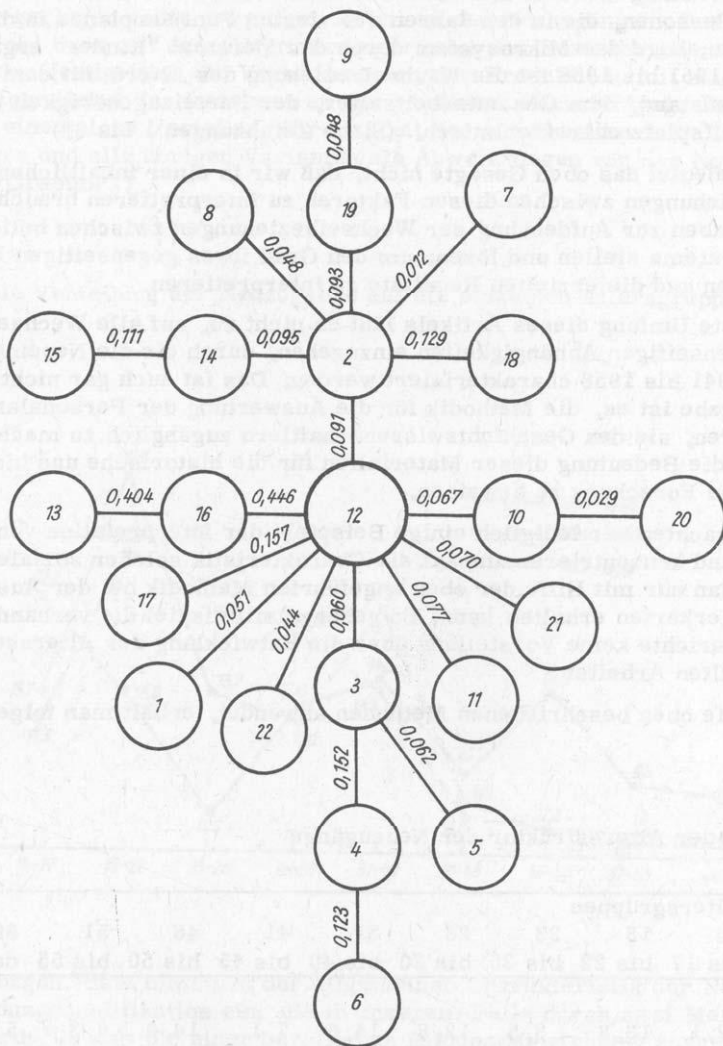
Geometrische Matrix der Abhängigkeiten für die Jahre 1941 bis 1945



Geometrische Matrix der Abhängigkeiten für die Jahre 1946 bis 1950



Geometrische Matrix der Abhängigkeiten für die Jahre 1951 bis 1958



Betrachtet man die so entstandenen "Plejaden", kann man bemerken, daß wir es mit zwei Typen von Abhängigkeiten zu tun haben, mit unmittelbaren und mit indirekten, mit einem unterschiedlichen Grad des Einflusses der Merkmale aufeinander. Die "Plejaden" erlauben uns jedoch, für jedes Merkmal des Systems eine Gruppe von Merkmalen auszusondern, die unmittelbar und besonders eng mit ihm verbunden sind. So steht zum Beispiel das Alter der Arbeiter, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges in das Werk eingetreten sind, in direktem Zusammenhang mit dem Beruf, dem Familienstand und dem Gesamtarbeitsalter. Für Personen, die in den Jahren des vierten Fünfjahrplanes in die Produktion eintraten, wird das Mikrosystem durch das Merkmal "Kinder" ergänzt. Für die Periode 1951 bis 1958 ist die Wechselbeziehung des Alters mit dem Beruf, dem Familienstand, dem Gesamtarbeitsalter, der Parteizugehörigkeit und dem letzten Arbeitsplatz charakteristisch. (Siehe Zeichnungen 1 bis 3.)

Natürlich bedeutet das oben Gesagte nicht, daß wir in einer inhaltlichen Analyse nur die Beziehungen zwischen diesen Faktoren zu interpretieren brauchen. Wir können Aufgaben zur Aufdeckung der Wechselbeziehungen zwischen beliebigen Faktoren des Systems stellen und lösen, um den Grad ihres gegenseitigen Einflusses zu bestimmen und die erzielten Resultate zu interpretieren.

Der begrenzte Umfang dieses Artikels läßt es nicht zu, auf alle Wechselbeziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten einzugehen, durch die die Neueinstellungen der Jahre 1941 bis 1958 charakterisiert werden. Das ist auch gar nicht notwendig. Unsere Aufgabe ist es, die Methodik für die Auswertung der Personalangaben zu demonstrieren, sie den Geschichtswissenschaftlern zugänglich zu machen und zu versuchen, die Bedeutung dieser Materialien für die historische und historisch-soziologische Forschung zu beweisen.

Deshalb betrachten wir lediglich einige Beispiele der Interpretation von erzielten Resultaten und konzentrieren uns auf die Charakteristik solcher sozialer Merkmale, die man nur mit Hilfe der oben angeführten Methodik bei der Auswertung der Registrierkarten erhalten kann. So geben zum Beispiel die vorhandenen statistischen Berichte keine Vorstellung über die Entwicklung der Altersstruktur der neuangestellten Arbeiter.

Wenn man die oben beschriebenen Methoden anwendet, erhält man folgende Einteilung:

Tabelle 2

Entwicklung der Altersstruktur der Neuzugänge
(in Prozent)

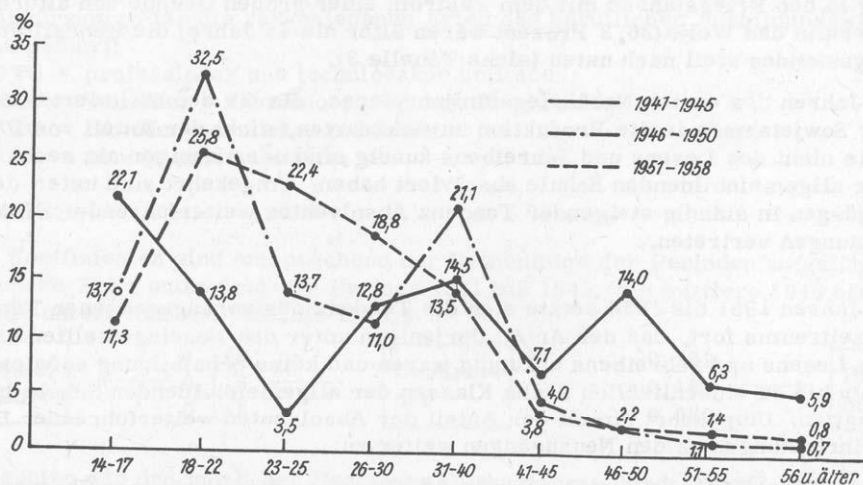
Zeit- raum	Altersgruppen									
	14 bis 17	18 bis 22	23 bis 25	26 bis 30	31 bis 40	41 bis 45	46 bis 50	51 bis 55	56 und darüber	
1941										
bis 1945	22,1	13,8	3,5	12,8	14,5	7,1	14,0	6,3	5,9	
1946										
bis 1950	13,7	32,5	13,7	11,0	21,1	4,0	2,2	1,1	0,7	
1951										
bis 1958	11,3	25,7	22,4	18,8	13,5	3,9	2,2	1,4	0,8	

Wie aus der Tabelle hervorgeht, drückte der Krieg der Altersstruktur der Neuzugänge seinen Stempel auf. Erst Ende der fünfziger Jahre erreichte die alters-

mäßige Zusammensetzung der Neueingestellten den Normalstand. Dabei erhalten wir in graphischer Darstellung eine Kurve, die die allgemeine Tendenz anschaulich unterstreicht: Die größte Mobilität gibt es bei den jungen Leuten im Alter von 18 bis 30 Jahren, darunter bilden wiederum den größten Anteil die Jugendlichen von 18 bis 22 Jahren, das heißt diejenigen, die soeben noch Schüler der Mittelschulen, der mittleren und höheren beruflichen Lehranstalten waren und am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen. In den übrigen Altersgruppen ist eine umgekehrt proportionale Abhängigkeit zu beobachten: je höher das Alter der Arbeiter, desto geringer deren jeweiliger Anteil an den Neuzugängen. Das ist auch völlig natürlich; denn mit dem Alter verringert sich das Bestreben, den Arbeitsplatz zu wechseln, festigt sich die Verbindung mit der Produktion; mit zunehmender Qualifikation wächst das Interesse an der gewählten Fachrichtung. Daher kann man wohl eine solche Verteilung für die Zeit des entwickelten Sozialismus als normal ansehen und alle übrigen Varianten als Abweichungen von der Norm betrachten (siehe Graphik 1).

Graphik 1

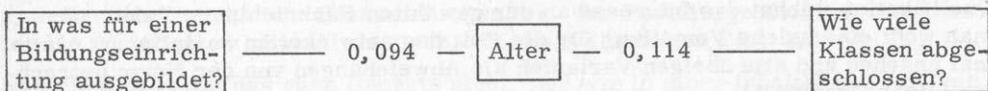
Prozentuale Verteilung der Neuzugänge auf die einzelnen Altersgruppen



Einen wichtigen Platz nimmt in der allgemeinen Charakteristik der Neuzugänge die Ausbildungsqualifikation ein, die in unserem Falle durch zwei Merkmale dargestellt wird: "In was für einer beruflichen Bildungseinrichtung ausgebildet?" und "Wie viele Klassen der allgemeinbildenden Schule wurden abgeschlossen?" Nach dem Grad des Einflusses auf das Gesamtsystem gehören diese beiden Merkmale zu denjenigen, die in allen von uns betrachteten Perioden den stärksten Einfluß ausüben. Infolge der schon erwähnten Gesetzmäßigkeiten ist in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges der Zustrom einer bedeutenden Gruppe von Personen in die Produktion zu beobachten, die nicht oder nur wenig lese- und schreibkundig sind, entweder über keine Schulbildung verfügen oder nur zwei

Klassen absolviert haben. Hier ist es notwendig - damit wir im weiteren nicht mehr auf diese Frage zurückkommen müssen - zu erwähnen, daß die Verteilung der Merkmale, die das Bildungsniveau charakterisieren, für jede der untersuchten Perioden entweder gar nicht oder nur minimal vom Geschlecht abhängt. Eine Wechselbeziehung zwischen diesen Faktoren läßt sich nur für die Jahre 1946 bis 1950 aufspüren. Sie ist jedoch so schwach, daß sie nicht analysiert werden kann.

Die Erklärung für die Tatsache, daß damals eine so große Anzahl von Personen mit niedrigem Bildungsstand in das Werk eintrat, bietet die Analyse der Wechselbeziehung der entsprechenden Faktoren mit dem Faktor "Alter zum Zeitpunkt des Eintritts in das Werk".



Die absolute und relative Größe der angeführten Koeffizienten zeugt davon, daß der Bildungsstand unmittelbar und in hohem Grade vom Alter abhängt. Ebenso bedeutend sind die Beziehungen zwischen den entsprechenden Faktoren auch für die zwei anderen Perioden. Deshalb sind wir berechtigt, die Streuung des Bildungsstandes der Neueingestellten für jede dieser drei Perioden mit der Streuung des Lebensalters in Verbindung zu bringen.

So ging in den Kriegsjahren mit dem Zustrom einer großen Gruppe von älteren Arbeitern in das Werk (26,2 Prozent waren älter als 45 Jahre) die Kennziffer des Bildungsstandes steil nach unten (siehe Tabelle 3).

In den Jahren des ersten Nachkriegsfünfjahrplanes, als die demobilisierten Soldaten der Sowjetarmee in die Produktion zurückkehrten, sinkt der Anteil von Personen, die nicht des Lesens und Schreibens kundig sind oder weniger als sechs Klassen der allgemeinbildenden Schule absolviert haben. Umgekehrt sind unter den Neuzugängen in ständig steigender Tendenz Absolventen weiterführender Bildungseinrichtungen vertreten.

In den Jahren 1951 bis 1958 setzte sich die Tendenz des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums fort, daß der Anteil derjenigen unter den Neueingestellten sinkt, die des Lesens und Schreibens unkundig waren und keine Schulbildung aufwiesen oder nur bis zu einschließlich sechs Klassen der allgemeinbildenden Schule besucht hatten. Umgekehrt nimmt der Anteil der Absolventen weiterführender Bildungseinrichtungen an den Neuzugängen weiter zu.

Unter den Merkmalen, die eine sehr große Bedeutung für die soziale Charakteristik der Neuzugänge haben, nimmt eine der ersten Stellen der Faktor "Geburtsort" ein, der zwei Kennzeichen in sich vereinigt: den "Geburtsort" als geographische Zone und eng damit verbunden das Kennzeichen "Stadt, Dorf".

Da die Kennzeichen, die den Geburtsort charakterisieren, durch das Kennzeichen "Hauptberuf" mit dem Gesamtsystem verbunden sind, verdient das Wechselverhältnis gerade zwischen diesen drei Kennzeichen besondere Beachtung. Die uns interessierenden Zusammenhänge haben wir aus den "Plejaden" ermittelt.

Tabelle 3

Die Verteilung der Neuzugänge nach dem Bildungsstand
(in Prozent)

Zeit- raum	Lese- und schreib- unkundig, ohne Schulbe- such	Mit Schulbildung				Berufs- liche Bil- dungs- einrich- tungen ⁺⁺	Tech- ni- kum	Hoch- schule
		ins- ge- samt	darunter ⁺ Elementar- schule bis einschl. 6. Klasse	Mittel- schule bis ein- schl. 9. Klasse	Mittel- schule (10- Klassen- Abschluß)			
1941								
bis 1945	11,4	72,9	71,5	20,6	7,9	11,7	0,9	3,1
1946								
bis 1950	4,2	74,1	65,5	28,8	5,6	16,7	1,7	3,3
1951								
bis 1958	1,4	82,0	47,9	38,3	13,8	9,1	2,8	4,7

+ Die Angaben sind in Prozent zur Gesamtzahl der Personen mit Schulbildung angeführt.

++ Anmerkung des Übersetzers: Hier sind die in der Sowjetunion gebräuchlichen Abkürzungen für die verschiedenen Arten des beruflichen Ausbildungswesens aufgeführt:

PTU = professional'noe techničeskoe učilišče

FZU = fabzavuč = fabrično-zavodskoe učeničestvo

FZO = fabrično-zavodskoe obučenje

RU = remeslennoe učilišče.

(Die Koeffizienten sind entsprechend der Reihenfolge der Perioden aufgeführt. Die obere Zeile entspricht der Periode 1941 bis 1945, die mittlere 1946 bis 1950 und die untere der von 1951 bis 1958.)

Stadt	—	0,148	—	Geburts- ort	—	0,169	—	Haupt- beruf
Dorf	—	0,115	—		—	0,161	—	
	—	0,153	—		—	0,060	—	

Betrachten wir den Inhalt der Beziehung "Geburtsort - Stadt, Dorf". Um eine Vorstellung von den Veränderungen der geographischen Herkunft der Neuzugänge zu erhalten, muß man sich der Tabelle 4 zuwenden. Daraus geht hervor, daß für jede der betrachteten Etappen in der Geschichte des Werkes ein großer Anteil von aus dem Dorf stammenden Personen charakteristisch ist. Dieser Anteil schwankt je nach der Periode zwischen 61 und 74 Prozent. Interessant ist, daß die überwiegende Mehrheit der Neuzugänge in allen drei Etappen als Herkunftsgebiet die ersten drei Zonen angab, mit anderen Worten, die Kader des Werkes "Serp i molot" stellen im ganzen Verlauf seiner Geschichte zum größten Teil Moskau, das Moskauer Gebiet und die an das Moskauer angrenzenden Gebiete: das Vladimirirer Gebiet, das Rjazaner, das Kalininer, das Tulaer, das Smolensker und in geringerem Maße das Ivanovoer Gebiet. Dies gilt auch für die Zeit vor der Oktoberrevolution.

Tabelle 4

Verteilung der Neuzugänge nach dem Herkunftsort
(in Prozent)

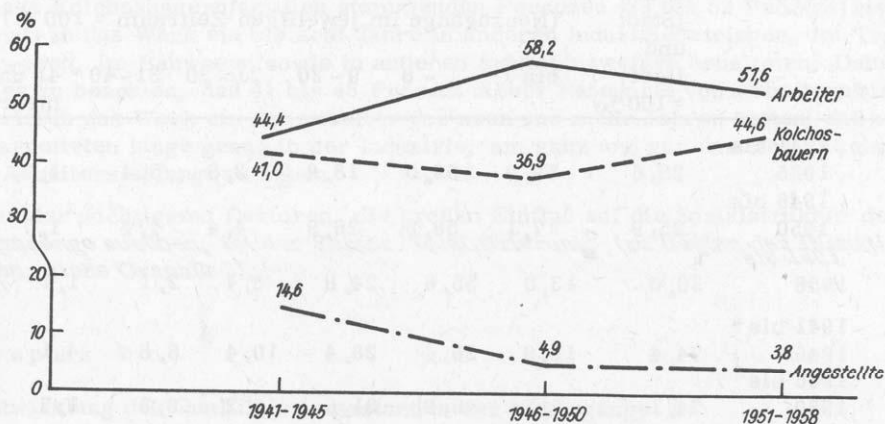
Zone*	1941 - 1945			1946 - 1950			1951 - 1958		
	ins- gesamt	Stadt	Dorf	ins- gesamt	Stadt	Dorf	ins- gesamt	Stadt	Dorf
Insgesamt	100,0	25,5	74,5	100,0	28,5	71,5	100,0	38,9	61,1
Darunter									
Zone 1	18,5	100,0	-	15,5	100,0	-	26,6	100,0	-
Zone 2	18,2	8,9	91,1	16,5	13,2	86,8	19,2	27,3	72,7
Zone 3	32,1	2,8	97,2	29,5	3,3	96,7	23,8	5,8	94,2
Zone 4	8,6	5,2	94,8	16,4	20,7	79,3	11,5	4,7	95,3
Zone 5	7,4	4,0	96,0	4,3	2,9	97,1	6,2	18,8	81,2
Zone 6	3,9	26,9	73,1	4,6	18,4	81,6	2,9	28,9	71,1
Zone 7	1,2	22,5	77,5	1,7	57,1	42,9	1,0	15,4	84,6
Zone 8	3,7	24,0	76,0	2,7	54,5	45,5	-	-	-
Zone 9	6,4	30,2	69,8	8,8	41,1	58,9	8,8	38,3	61,7

+ Bei den Zonen handelt es sich um folgende Gebiete: Zone 1 = Moskau; Zone 2 = Umgebung von Moskau; Zone 3 = die Gebiete Vladimir, Rjazan', Tula, Kalinin, Smolensk; Zone 4 = die Gebiete Kursk, Orel, Kaluga, Voronež, Tambov, Belgorod; Zone 5 = die Gebiete Saratov, Jaroslavl', Gor'kij, Kostroma, Penza, Volgograd, Kujbyšev, die ASSR der Mari, die Tatarische ASSR, die Baschkirische ASSR; Zone 6 = Ukrainische SSR; Zone 7 = Belorussische SSR; Zone 8 = baltische Republiken; Zone 9 = sonstige Gebiete.

Die in der Tabelle angeführten Angaben deuten darauf hin, daß in den betrachteten Perioden vor allem das Dorf die Kader für das Werk stellte. Diese Schlußfolgerung kommt insgesamt nicht unerwartet. In der historischen Literatur hat sich seit langem die Auffassung herausgebildet und gefestigt, daß zwischen dem Werk "Serp i molot" und der Landwirtschaft bis in die Mitte der fünfziger Jahre enge Beziehungen bestanden und daß dieser Betrieb regelmäßig Arbeitskräfte aus dem Dorf erhielt. Läßt man jedoch bei der Untersuchung der Beziehungen "Herkunftsort - Stadt, Dorf" und ihres Einflusses auf das Gesamtsystem die anderen Merkmale außer acht, mit deren Hilfe man die erreichten Schlußfolgerungen präzisieren kann, so führt das leicht zu gewissen Entstellungen. Schon die Analyse des Einteilungsmerkmals "soziale Herkunft" ergibt ziemlich deutliche Korrekturen (siehe Graphik 2).

Wie aus der Graphik hervorgeht, ist in der Entwicklung des Zustroms ehemaliger Kolchosbauern in das Werk eine relative Stabilität zu beobachten. Die Schwankungen für diese Kategorie überschreiten nicht die Grenze von 5 bis 7 Prozent, und der Anteil der aus der Bauernschaft stammenden Personen hält sich stabil zwischen 37 und 45 Prozent. So stellt sich heraus, daß der Anteil der Personen bäuerlicher Herkunft unter den Neuzugängen der Jahre 1941 bis 1958 fast nur halb so groß war wie der Gesamtanteil ehemaliger Dorfbewohner. Für die Charakteristik der Neuzugänge reichen Geburtsort und soziale Herkunft jedoch nicht aus, weil diese statistischen Kategorien keine Veränderungen im Laufe eines Lebens erfahren.

Verteilung der Neuzugänge nach der sozialen Herkunft



Um so größere Bedeutung gewinnen die Merkmale "letzte Arbeitsstelle" und "Gesamtdienstalter", gehören sie doch zu denjenigen, die das soziale Persönlichkeitsbild der Arbeiter des Werkes am stärksten beeinflussen. Wenn wir uns dem Merkmal "letzte Arbeitsstelle" zuwenden, so sehen wir, daß 11,1 Prozent aller Arbeiter in den Jahren 1941 bis 1945 unmittelbar aus der Landwirtschaft (aus Kolchosen) in das Werk kamen; in den Jahren 1946 bis 1950 waren es 7,4 Prozent und 1951 bis 1958 nur noch 1,2 Prozent.

So können wir mit Fug und Recht die vorläufige Schlußfolgerung ziehen, daß in den von uns untersuchten Perioden die Kolchosbauernschaft nicht mehr das Hauptreservoir der Neuzugänge für das Werk "Serp i molot" bildete.

Die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung wird auch durch die Analyse der Verteilung nach den Merkmalen "Stadt, Dorf" und "soziale Herkunft" in Abhängigkeit vom "Gesamtarbeitsalter" bestätigt.

Wie aus den Tabellen 5 und 6 (siehe nächste Seite) hervorgeht, ist der Anteil der Personen kolchosbäuerlicher und dörflicher Herkunft, die ein Gesamtdienstalter von weniger als einem Jahr haben - mit anderen Worten, die ihre Arbeitstätigkeit unmittelbar im Werk "Serp i molot" begannen -, ziemlich niedrig. Und man muß hinzusetzen, daß er im Laufe der Zeit immer niedriger wird.

Gewisse Differenzen in den Tabellen erklären sich dadurch, daß ein Teil der aus Arbeiterfamilien stammenden Personen einen ländlichen Geburtsort angibt und ein geringer Teil der aus Kolchosbauernfamilien stammenden einen städtischen. Im übrigen hat diese Divergenz keine entscheidende Bedeutung, weil sich sowohl in der einen wie auch in der anderen Tabelle die allgemeine Tendenz deutlich verfolgen läßt.

Einige wesentliche Unterschiede bestehen zwischen den weiter oben aufgeführten Angaben über den Anteil der unmittelbar aus Kolchosen in das Werk gekommenen Personen und den Angaben der Tabellen 5 und 6. Jedoch sind auch diese Differenzen leicht erklärbar; denn hier kommt der korrigierende Einfluß jener Kategorien

Tabelle 5

Verteilung der Neuzugänge nach dem Geburtsort und dem Gesamtarbeitsalter

Geburtsort	Zeitraum	Insgesamt (Stadt und Dorf = 100 %)	Gesamtarbeitsalter in Jahren (Neuzugänge im jeweiligen Zeitraum = 100 %)					
			bis 1	1 - 8	9 - 20	21 - 30	31 - 40	41 und mehr
Stadt	1941 bis 1945	25,6	19,9	56,0	13,9	3,6	5,4	1,2
	1946 bis 1950	25,9	7,1	58,8	26,9	4,4	1,1	1,7
	1951 bis 1958	39,0	13,0	55,6	24,8	3,4	2,1	1,1
	1941 bis 1945	74,4	13,9	36,4	28,4	10,4	6,8	4,1
	1946 bis 1950	74,1	7,3	46,9	31,6	9,2	3,3	1,7
1951 bis 1958	61,0	5,7	49,6	34,4	7,8	1,6	0,9	

Tabelle 6

Verteilung der Neuzugänge nach der sozialen Herkunft und dem Gesamtarbeitsalter

Soziale Herkunft	Zeitraum	Insgesamt (alle 3 sozialen Gruppen = 100 %)	Gesamtarbeitsalter in Jahren (Neuzugänge im jeweiligen Zeitraum = 100 %)					
			bis 1	1 - 8	9 - 20	21 - 30	31 - 40	41 und mehr
Arbeiter	1941 bis 1945	43,0	12,6	47,8	22,3	7,9	5,8	3,6
	1946 bis 1950	58,5	5,8	52,7	30,2	7,4	3,2	0,7
	1951 bis 1958	51,9	11,2	57,6	24,9	3,6	1,7	1,0
	1941 bis 1945	51,1	17,6	36,7	25,8	10,0	6,3	3,6
	1946 bis 1950	36,3	9,5	47,0	30,4	8,3	2,4	2,4
1951 bis 1958	44,5	5,5	52,1	30,6	9,5	1,1	1,2	
Ange- stellte	1941 bis 1945	5,9	19,4	38,9	33,3	2,8	5,6	-
	1946 bis 1950	5,2	5,6	44,4	30,6	13,9	-	5,6
	1951 bis 1958	3,6	35,3	47,1	13,6	8,8	2,9	-

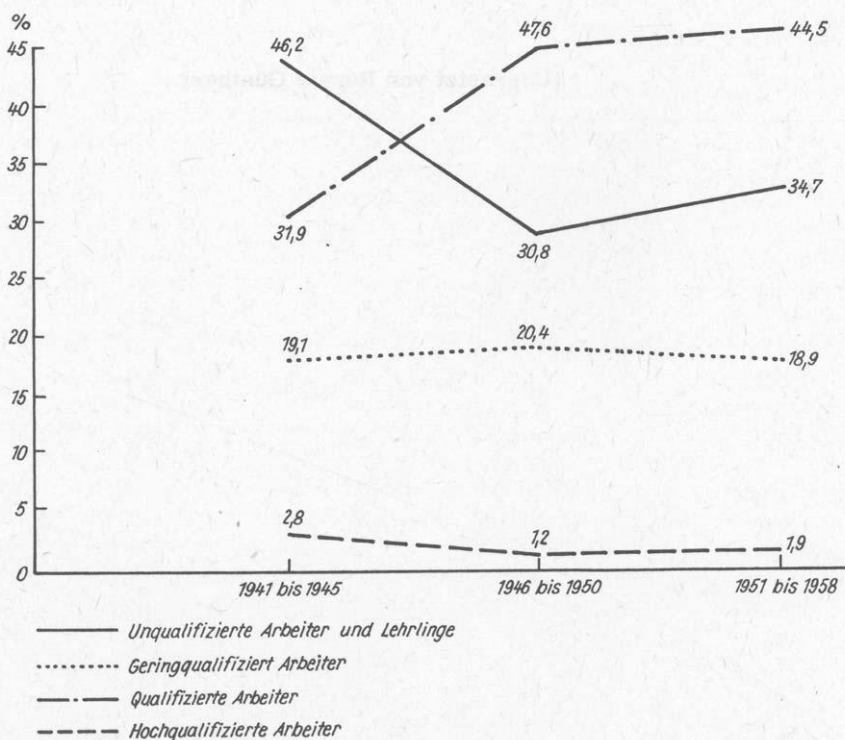
von Arbeitern zur Geltung, die aus Kolchosbauernfamilien kommen und im Dorf geboren sind, bis zum Eintritt in das Werk aber zur nichtberufstätigen Bevölkerung gehörten, wie Schüler, Hausfrauen usw.

Bei der Analyse der Tabellen 5 und 6 muß man erwähnen, daß die Hauptmasse der aus Kolchosbauernfamilien stammenden Personen (38 bis 52 Prozent) bis zum Eintritt in das Werk ein bis acht Jahre in anderen Industriebetrieben, im Transportwesen, im Bauwesen sowie in anderen Industriezweigen arbeiteten. Dabei gilt es zu beachten, daß 41 bis 45 Prozent dieser Kategorie von Arbeitern bis zum Eintritt in das Werk ein Arbeitsalter von neun und mehr Jahren hatten, daß heißt, sie arbeiteten lange genug in der Industrie, um ganz und gar das Bewußtsein eines Arbeiters erlangt zu haben.

Einer der wichtigsten Faktoren, die großen Einfluß auf die Sozialstruktur der Neuzugänge ausüben, ist der Faktor "Qualifizierung" (zu Beginn der Dienstlaufbahn; siehe Graphik 3).

Graphik 3

Entwicklung des Qualifizierungsstandes der Neuzugänge



Wie aus der Graphik hervorgeht, weist die Entwicklung der Geringqualifizierten und der Hochqualifizierten eine gemeinsame Tendenz auf. Dabei gibt es unbedeutende Schwankungen nach der einen oder anderen Seite, aber insgesamt haben beide Kategorien von Arbeitern ziemlich stabile Kennziffern.

Die größten Veränderungen sind in der Bewegung der unqualifizierten und der qualifizierten Arbeiter festzustellen. Dabei sind die hier zu beobachtenden Tendenzen einander direkt entgegengesetzt. Der Anteil der unqualifizierten Arbeiter weist eine fallende, der der qualifizierten dagegen eine steigende Tendenz auf. Man muß hervorheben, daß dieser Prozeß auf einer Wechselwirkung beruht. Mit anderen Worten, die Vergrößerung des Anteils der qualifizierten Arbeiter geht praktisch ganz zu Lasten einer Verringerung des Anteils der unqualifizierten Arbeiter und Lehrlinge.

Im Endergebnis kann man, gestützt auf die sich zeigenden Tendenzen, sagen, daß gerade in den Nachkriegsjahren, als man an die Wiedererrichtung der vom Kriege zerstörten Volkswirtschaft ging, sowie danach in den fünfziger Jahren, die Voraussetzungen für die Herausbildung qualitativ neuer Zugänge zur Arbeiterklasse geschaffen wurden, zur Arbeiterklasse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

(Übersetzt von Renate Günther)

Quellen und Materialien

SAISONALE SCHWANKUNGEN IM EISENBAHNVERKEHR UND IHRE ENTWICKLUNG IM DEUTSCHEN REICH (1924 BIS 1942) UND IN DEN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN (1950 BIS 1974)

von Siegfried Sonntag

1. Problemstellung

Schon seit langem beschäftigen sich sowohl Statistiker als auch Wirtschaftswissenschaftler mit dem Problem der Saisonschwankungen, die als eine Einflußgröße des wirtschaftlichen Verlaufs betrachtet werden. Die vorliegende Arbeit engt diesen Komplex auf den Eisenbahnverkehr im Deutschen Reich (1924 bis 1942) und in den beiden deutschen Staaten (1950 bis 1974) ein. Es kommt hierbei aber nicht nur darauf an, das Problem der Saisonschwankungen im Eisenbahnverkehr selbst zu betrachten - hierzu wurden schon verschiedene weitergehende Untersuchungen durchgeführt¹ -, sondern auch zu untersuchen, ob sie sich verändern. Diese Frage wird zwar in der Literatur diskutiert, es liegen aber erst wenige Analysen vor. Ein Beitrag dazu soll am Beispiel Eisenbahnverkehr geleistet werden. Die Aufgabe dieser Arbeit besteht deshalb darin, zu untersuchen, ob sich die saisonalen Schwankungen im untersuchten Zeitraum (1924 bis 1974) verändert haben oder ob sie gleichgeblieben sind. Zusätzlich sind auch die einzelnen Zeitabschnitte (Vor- und Nachkriegszeit), die beiden Wirtschaftssysteme (Imperialismus des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland und die sozialistische Deutsche Demokratische Republik) sowie die einzelnen Kennziffernkomplexe gegenüberzustellen und vergleichende Untersuchungen durchzuführen.

Aus der Vielzahl der vorhandenen Kennziffern sind solche auszuwählen, die am besten die Leistungen des Eisenbahnwesens widerspiegeln und gleichzeitig über den gesamten Zeitraum in den verschiedenen Staaten einen annähernd gleichen Inhalt haben. Dabei ist es natürlich notwendig, daß die Angaben jeweils als Monatsdaten vorliegen. Das größte Problem liegt jedoch darin, gleichartige und gleichbleibende Kennziffern auszuwählen. Für die Analyse des Personen- und Güterverkehrs werden dabei folgende Kennziffern, deren Inhalt sich schon in etwa aus ihrer Bezeichnung ableiten läßt, verwendet:

- Gütertransportleistung in Tariftonnenkilometer (Ttkm)
- Gütertransportmenge in Tariftonnen

¹ Vgl. Konjunkturschwankungen im Reichsbahnverkehr, Berlin 1936 = Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 38; Donner, Otto, Die Saisonschwankungen der wichtigsten Wirtschaftsvorgänge in Deutschland seit 1924, Berlin 1928 = Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 11.

- Personenbeförderungsleistung in Personenkilometer (Pkm)
- Personenbeförderungsumfang in Personen
- Mittlere Versandweite = $\frac{\text{Gütertransportleistung}}{\text{Gütertransportmenge}}$ in Kilometer
- Mittlere Reiseweite = $\frac{\text{Personenbeförderungsleistung}}{\text{Personenbeförderungsumfang}}$ in Kilometer.

Der Inhalt dieser Kennziffern ist - von unwesentlichen Einzelheiten abgesehen - nahezu identisch geblieben. Die Ermittlung der mittleren Reiseweite für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland erfolgte durch Dividieren der jeweiligen Werte der Personenkilometer durch die Anzahl der beförderten Personen, während die übrigen Quotientendaten aus den Quellen selbst entnommen werden konnten.²

Betrachtungen über Trend und Konjunkturentwicklung (Krisenzyklus) sind aus dieser Untersuchung ausgeschlossen, sofern nicht ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Komponenten und den Saisonschwankungen besteht. Wegen der Vielzahl der Angaben (46 Zeitreihen à 12 Monatswerte) und des Einflusses zufälliger Faktoren kann nicht auf einzelne Abweichungen eingegangen werden. Weiterhin geht es nicht darum, genau zu untersuchen, warum zum Beispiel der Monat Januar um einen bestimmten Prozentsatz vom Jahresdurchschnitt abweicht, sondern ob diese Januarabweichung gleichbleibt oder sich verändert. Untersuchungen über die Stärke der Saisonausschläge bedingen eine tiefergehendere Analyse. Dazu müßten wichtige Zusammenhänge betrachtet werden, so zum Beispiel die gegenseitige Korrelation von Produktion und Güterverkehr, der Einfluß der Erntezeit auf den Gütertransport und anderes mehr. Dies alles würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Änderungen der Saisonschwankungen sind somit auch durch andere Zeitreihen darstellbar. Es wären also hier ebenfalls weitergehende Untersuchungen notwendig, um die Wirkung der Veränderung dieser Reihen auf die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen zu ermitteln. Zum Teil wurden derartige Arbeiten schon durchgeführt³, es bleibt aber auch in dieser Hinsicht noch viel zu tun.

2. Die Frage der Periodisierung

Ein sehr wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Ermittlung der Saisonschwankungen ist die Frage der Periodisierung. Dieses Problem ist von mehreren Seiten zu betrachten. Einerseits kommt es darauf an, die Zeitabschnitte nicht zu kurz zu wählen, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Saisonkomponente durch zufällige Schwankungen überdeckt bzw. verzerrt wird. So können zum Beispiel

² Für die Jahre 1935 und 1938 wurden die jeweiligen Monatswerte des Personenverkehrs durch Interpolation aus den entsprechenden Nachbarwerten ermittelt, da hier keinerlei statistische Angaben vorlagen. Weil für die Jahre 1950 - 1958 die Kennziffer Tariftonnenkilometer der Deutschen Bundesbahn in monatlichen Angaben in den offiziellen, zugänglichen Statistiken nicht vorliegt, wurde die Kennziffer Nettotonnenkilometer verwendet. Obwohl es sich hierbei um eine betriebliche Rechnungsgröße handelt, entsprechen ihre Zahlenangaben in etwa denen der Tariftonnenkilometer.

³ Vgl. Schneider, W./Rüthlein, A., Güterproduktion und Transportaufkommen, Berlin(West) 1957 = Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung,

zwei hintereinander folgende milde Winter eine Bewegung erzeugen, die nicht der allgemeinen Saisonbewegung entspricht. Daraus folgt, daß Saisonbetrachtungen nur über einen längeren Zeitraum sinnvoll sind. Andererseits dürfen diese Zeitabschnitte auch nicht zu langgestreckt werden, da es sonst leicht geschehen kann, daß eine Änderung der Saisonkomponente überdeckt und somit nicht erkannt wird. Für eine Beobachtung der Saisonschwankungen und ihrer Veränderungen hat sich eine Länge der zu untersuchenden Zeitabschnitte von zirka fünf Jahren als günstig erwiesen.⁴

Weiterhin kommt es darauf an, bei der Periodisierung die wirtschaftliche (und politische) Entwicklung zu beachten. Es erscheint nicht sinnvoll, einen Zeitabschnitt so zu legen, daß sich in ihm eine Trendveränderung oder ein Konjunktumschwung vollzieht. Da die Saisonschwankungen wahrscheinlich auch vom Krisenzyklus beeinflußt werden, würde ein solches Herangehen die Beobachtung erschweren. Zudem kommt es darauf an, verschiedene Zeiträume (1924 bis 1941 und 1950 bis 1974) und Staaten (Deutsches Reich, Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) miteinander zu vergleichen, und dabei dürfte es sich als günstiger erweisen, Zeitabschnitte mit gleicher Entwicklungsrichtung gegenüberzustellen.

Ein weiterer Faktor, der bei der Bestimmung der Länge der Zeitabschnitte eine Rolle spielen kann, ist die zur Verfügung stehende Rechnerkapazität. Die zur Ermittlung der Saisonschwankungen genutzten, an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" vorhandenen Rechenprogramme DY5K und DY5T ermöglichen es, Zeitabschnitte von zehn Jahren zu berechnen. Bei der Einteilung des Gesamtzeitraumes der einzelnen Kennziffern mußten diese Faktoren berücksichtigt werden.

Relativ einfach ist die Aufgliederung der Zeit des Deutschen Reiches.⁵ Hier ist noch hinzuzufügen, daß sich die Kennziffern Gütertransportmenge und durchschnittliche Versandweite nur auf den öffentlichen Verkehr beziehen, während die Kennziffer Gütertransportleistung den Gesamtverkehr umfaßt und damit die einzelnen Kennziffern nicht miteinander verknüpfbar sind. Die Entwicklung der Kennziffer Gütertransportleistung ist in drei Zeitabschnitte aufgliederbar. Die Zeit von 1924 bis 1929 ist (bis auf 1926) durch einen stetigen Zuwachs gekennzeichnet. Die 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise führt ihrerseits zu einem ständigen Absinken der Verkehrsleistungen. Der Tiefpunkt wird 1932 erreicht. Auch in anderen Bereichen erreicht die Krise in diesem Jahr ihren Höhepunkt (rund sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland), so sinkt zum Beispiel der Index der deutschen Industrieproduktion (1929 = 100) auf 58.⁶ Von 1933 bis 1938 (Ende der Vorkriegsperiode und letztes Jahr, in dem vollständige monatliche Angaben über die Tkm vorliegen) wird ein ständiger Zuwachs der Gütertransportleistung erreicht.

Nr. 28; John, Günther, Strukturwandlungen und Entwicklungstendenzen im Güterverkehr der Bundesrepublik 1950 - 1975, Berlin(West) 1962 = Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

4 Struck, Richard, Kurzfristige statistische Vorausberechnung, Berlin 1973, S. 13.

5 Die Daten, auf die im folgenden Bezug genommen wird, sind in Grafik 1 bis 6 und Übersicht 1 zusammengestellt.

6 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 54, Jg., Berlin 1935, S. 50.

Die Entwicklung bei der Kennziffer Gütertransportmenge verläuft etwas anders. Die Jahre 1926 und 1927 sind durch Zuwachs gekennzeichnet, 1928 und 1929 haben in etwa die gleiche Höhe wie 1927, in den Jahren 1930, 1931 und 1932 sinkt die beförderte Menge beträchtlich. Von 1933 bis 1941 ist eine nahezu gleichmäßige absolute Zunahme feststellbar. Lediglich das Jahr 1942 ist durch einen leichten Rückgang gekennzeichnet.

Fast analog zur Einteilung der Kennziffer Gütertransportleistung wurde die durchschnittliche Versandweite aufgegliedert. Alles in allem ist über den gesamten Zeitraum (1924 bis 1937) ein geringer Zuwachs erkennbar. Zeitabschnitte mit einheitlicher Tendenz sind aber kaum feststellbar. Bis 1930 ist die Entwicklung durch ein ständiges Auf und Ab gekennzeichnet, während in der Weltwirtschaftskrise eine tendenzielle Steigerung erkennbar ist. Von 1933 an ist der Verlauf nahezu gleichbleibend.

Bei den Kennziffern durchschnittliche Reiseweite, Personenbeförderungsumfang und Personenbeförderungsleistung erfolgt eine übereinstimmende Einteilung des Zeitraumes von 1926 bis 1941. Hauptursache dafür ist das Fehlen von Angaben des Jahres 1932. Eine Interpolation wie für die Jahre 1935 und 1938 vorzunehmen, erscheint nicht statthaft, da 1932 der Tiefpunkt der Krise erreicht wurde, so daß keine einheitliche Auf- oder Abstiegstendenz vorhanden ist.

Bei den Kennziffern Personenbeförderungsleistung und Personenbeförderungsumfang ist bis 1928 ein geringer Zuwachs erkennbar, bis 1931 ist dann ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Nicht so einheitlich ist die Tendenz bei der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite; hier ist im Jahre 1931 der Tiefpunkt erreicht. Beim Personenbeförderungsumfang steigt die Kurve von 1933 bis 1942 ständig an. Gleiches gilt für die Personenbeförderungsleistung, wo aber 1940 ein leichter Rückschlag eintritt, während die Tendenz bei der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite wiederum nicht so stark ausgeprägt ist. Einem immer geringer werdenden absoluten Zuwachs von 1933 bis 1939 folgt 1940 ein Rückgang bis auf das Niveau von 1933, und erst 1942 werden wieder die Werte von 1939 erreicht.

Der Krieg, die damit einhergehende Zerstörung und das Chaos, das das zerschlagene faschistische Terrorregime hinterließ, ermöglichen genauere statistische Untersuchungen der Saisonschwankungen erst mit Beginn der fünfziger Jahre.

In den zugänglichen Statistiken der Bundesrepublik Deutschland treten erst ab 1950 vergleichbare Werte auf. Auch hier ergibt sich, ähnlich wie bei den Kennziffern des Personenverkehrs des Deutschen Reiches 1932, ein notwendiger, aus den statistischen Daten selbst resultierender Einschnitt. Im Jahre 1960 erfolgte der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an die BRD. Da keine Vor- bzw. Rückrechnungen oder andere Bereinigungen vorliegen, entsteht mitten im Jahre 1959 ein Bruch, so daß diese Angaben für eine Analyse der Saisonschwankungen nicht verwendet werden können. Weiterhin muß noch erwähnt werden, daß bis 1965 (bei den Kennziffern Gütertransportmenge bis 1958 und Personenbeförderungsleistung bis 1964) nur die Leistungen der Bundesbahn, ab 1966 (bzw. 1960 und 1965) auch die der nichtbundeseigenen Bahnen in den einzelnen Kennziffern erfaßt werden; die Kennziffer durchschnittliche Versandweite bezieht sich ab 1960 auf den Gesamteisenbahnverkehr.

Der Zeitabschnitt von 1950 bis 1958 ist durch eine fast durchgängige Zunahme der Verkehrsleistungen im Güterverkehr gekennzeichnet. Lediglich die Jahre 1953 und 1958 verzeichnen geringfügige Rückgänge. In den Jahren von 1960 bis 1966 bzw. 1967 ist keine kontinuierliche Entwicklung erkennbar. Bei der Kennziffer durchschnittliche Versandweite treten derart starke Schwankungen auf, daß die-

ser Zeitraum (1960 bis 1967) nochmals in zwei Zeitabschnitte aufgegliedert wurde (1960 bis 1963 und 1964 bis 1967). Das Jahr 1967 bedeutet ebenfalls eine Zäsur, da in ihm die erste allgemeine Überproduktionskrise in der BRD ausbrach.⁷ Bei allen drei Kennziffern steigt die Kurve dann wieder bis 1970 an, um daraufhin erneut zurückzugehen. Etwas klarer zeigt sich die Entwicklung im Personenverkehr. Von 1951 bis 1957 ist ein ständiges Wachstum zu beobachten; lediglich das Jahr 1952 hat einen leichten Rückgang zu verzeichnen, während aber im Zeitabschnitt von 1960 bis 1965 die Kennziffer durchschnittliche Reiseweite sogar noch stärker wächst, gehen die Werte für den Personenbeförderungsumfang (1960 bis 1966) und die Personenbeförderungsleistung (1960 bis 1964) zurück. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung wird 1967 (Personenbeförderungsumfang) bzw. 1968 erreicht; danach ist wieder ein Wachstum erkennbar. In den letzten drei herangezogenen Jahren (1970, 1971, 1972) kann eine Stagnation beobachtet werden.

Für die Deutsche Reichsbahn der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Übersicht 3 und Grafik 31 bis 35) sind in den offiziellen Statistiken erst ab 1956 die betreffenden Monatsdaten vollständig vorhanden (vorher Quartalsdaten). Die Entwicklung der Kennziffer Gütertransportleistung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie bis auf zwei Jahre (1965 und 1967) kontinuierlich aufwärts gerichtet ist. Der erste Zeitabschnitt ist dadurch gekennzeichnet, daß die jährlichen Zuwachsraten über oder nahe bei 5 Prozent liegen. Von 1964 bis 1972 sind sie geringer als 5 Prozent, lediglich die Jahre 1970 und 1971 haben eine höhere Rate (5,2 bzw. 6,1 Prozent). Ebenso gleichmäßig verläuft die Entwicklung bei der Kennziffer Gütertransportmenge. Im Zeitabschnitt von 1955 bis 1964 ist ein ständiger, wenn auch nicht kontinuierlicher Zuwachs zu verzeichnen; gleiches gilt für den Abschnitt von 1965 bis 1974. Geringfügige Rückgänge treten ebenfalls in den Jahren 1965 und 1967 auf. Auch die dritte untersuchte Kennziffer des Güterverkehrs (durchschnittliche Versandweite) ist durch eine solche gleichmäßige Entwicklung gekennzeichnet, hier treten ebenfalls nur in zwei Fällen Rückgänge auf (1963 und 1968).

Etwas uneinheitlicher ist die Entwicklung im Personenverkehr. Zwar ist bei der Kennziffer mittlere Reiseweite gleichfalls eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung gegeben (Rückgänge 1956 und 1958); starke Unregelmäßigkeiten treten hingegen bei der Entwicklung der beiden anderen Kennziffern auf. In beiden Fällen ist das Jahr 1963 durch einen Tiefpunkt in der Entwicklung gekennzeichnet. Vergleicht man dieses Jahr mit 1960, so sind die Verkehrsleistungen bei der Kennziffer Personenbeförderungsleistung auf 76 Prozent und bei der Kennziffer Personenbeförderungsumfang sogar auf 71 Prozent gesunken. Während im nächsten Zeitabschnitt (1964 bis 1973) die Kurve der Personenbeförderungsleistung einen Aufwärtstrend zeigt (lediglich 1966 und 1968 kleine Rückgänge), ohne jedoch die Werte von 1960 zu erreichen, entwickelt sich die Kennziffer Personenbeförderungsumfang tendenziell in die andere Richtung. Geringfügigen Zunahmen in den Jahren 1964, 1969, 1971, 1972 und 1973 stehen Rückgänge in den anderen Jahren gegenüber. Auch 1974 konnte nicht das Niveau von 1963 erreicht werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß, neben den anderen Gesichtspunkten, bei der Frage der Periodisierung vor allem der Verlauf der Zeitreihen eine Rolle spielt. Brauchbare Ergebnisse sind nur zu erlangen, wenn eine solche Einteilung gewählt wird, daß sich die Funktionsbilder möglichst eng dem Verlauf der Reihen anpassen. Wegen des ausgeprägten Konjunkturzyklus ist die Einteilung für das

⁷ Neelsen, Karl, Wirtschaftsgeschichte der BRD, Berlin 1971, S. 229.

Deutsche Reich relativ einfach, während sie sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für die Deutsche Demokratische Republik komplizierter ist.

3. Begriff und Berechnung der Saisonschwankungen

Um die Entwicklung der Saisonschwankungen, deren Ermittlung zur wirtschaftlichen Analyse notwendig ist, erkennen und analysieren zu können, muß man sich erst einmal über den Begriff Saisonschwankungen im klaren sein. Es gibt dabei die verschiedensten Formen des Herangehens und daher auch eine Vielzahl von Definitionen. In der statistischen Literatur der DDR wird der Begriff Saisonschwankung meist unter dem umfassenderen Begriff der periodischen Schwankung behandelt. So heißt es im "Lexikon der Wirtschaft": "Schwankungen, periodische - innerhalb bestimmter Zeitabschnitte regelmäßig wiederkehrende Veränderung der Größe der Erscheinung. Der Rhythmus der periodischen Schwankung kann unterschiedlich sein, zum Beispiel stündliche Schwankungen der Personenbeförderung im Straßenverkehr, monatliche oder quartalsmäßige Schwankungen im Einzelhandelsumsatz. Jahreszeitlich bedingte Schwankungen werden als Saisonschwankungen bezeichnet..."⁸ Da im folgenden jedoch lediglich Saisonschwankungen untersucht werden, und zwar in enger Verbindung mit der Periodisierungsproblematik, ist zugunsten terminologischer Klarheit durchgängig der Begriff Saisonschwankungen verwendet worden. Zu diesem schreibt O. Donner: "Saisonschwankungen sind derjenige Teil der Bewegung statistischer Reihen, dem man die Tendenz zuschreibt, gewisse Jahresabschnitte gegenüber entsprechenden anderen (Vierteljahren, Monaten, Wochen oder Tagen) regelmäßig zu erhöhen oder zu senken."⁹ Vergleicht man diese Definitionen miteinander und mit anderen¹⁰, so erkennt man in der Vielzahl der Formulierungen doch den nahezu identischen Inhalt der Aussagen. Allgemein könnte man die Saisonschwankungen einfach als kontinuierliche (jährlich wiederkehrende) Diskontinuitäten in Zeitreihen bezeichnen.

Nachdem der Begriff Saisonschwankungen definiert ist, stellt sich die Frage nach den Ursachen. In der bürgerlichen Wissenschaft werden hier die verschiedensten Einteilungen vorgenommen; dabei schälen sich jedoch zwei Gruppen mehr oder weniger stark heraus. Im ersten Komplex werden alle Komponenten zusammengefaßt, die man weitestgehend mit den Begriffen Klima oder Witterung erfassen könnte. Der zweite Ursachenkomplex kann allgemein durch die Worte Brauchtum und Feiertage umschrieben werden.¹¹ Bei einem derartigen Herangehen wird man jedoch der Vielschichtigkeit der Problematik nicht gerecht. Wenn man sich auf einige

8 Lexikon der Wirtschaft, Bd. Arbeit, 2. Aufl. Berlin 1968, S. 241.

9 Donner, Otto, Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung, Berlin 1928, S. 8 = Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 6.

10 Vgl. Lehrbuch Statistik, 2. Aufl. Berlin 1974; Gebelein, Hans, Zahl und Wirklichkeit, 2. Aufl. Heidelberg 1950; Hofer, Eberhard, Angewandte Statistik, 1. Aufl. Berlin 1974; Kellerer, Hans, Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben, Reinbeck (Hamburg) 1960; Lange, Oskar, Einführung in die Ökonometrie, Berlin 1968; Mitchell, Wesley C., Der Konjunkturzyklus, Berlin 1931; Wald, Abraham, Berechnung und Ausschaltung von Saisonschwankungen, in: Beiträge zur Konjunkturforschung, Nr. 9, Wien 1936.

11 Vgl. Donner, Otto, Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung, a. a. O.; Wald, Abraham, a. a. O., S. 1.

spezielle Erscheinungen beschränkt, versperrt man sich den Weg zu einer verallgemeinerungsfähigen Einteilung und den Zugang zum Wesentlichen, das im komplexen Zusammenwirken vieler natürlicher und gesellschaftlicher Faktoren besteht, wobei sich beide Faktorengruppen meist überschneiden und wechselseitig durchdringen. Hinzu kommt, daß sich gerade auf das Verkehrswesen die Schwankungen in den anderen Volkswirtschaftsbereichen besonders auswirken. Dies gilt es bei jeder Ursachenanalyse der Saisonschwankungen im Verkehrswesen zu beachten, und daran läßt sich auch die Schwierigkeit einer solchen Ursachenanalyse ermes- sen. Eine derartige Analyse ist jedoch notwendige methodologische und methodische Voraussetzung für eine fundierte Aufgliederung und Wertigkeitsbestimmung der Ursachenkomplexe.

Werden die Zeitreihen einfach aus Monats- oder Quartalsdaten gebildet, so entstehen aus der unterschiedlichen Monats- oder Quartalslänge zusätzliche, auch als künstlich bezeichnete Saisonschwankungen.¹² Derartige Unregelmäßigkeiten kann man aber leicht ausschalten, indem arbeitstägliche Daten verwendet werden. In der vorliegenden Arbeit sind die Angaben der Kennziffern Gütertransportleistung, Personenbeförderungsleistung, Gütertransportmenge und Personenbeförderungsumfang auf diese Weise etwas verzerrt worden, da keine oder nur wenige entsprechende Bereinigungen vorlagen. Indes erscheint die Verwendung unbereinigter Monatsdaten im Eisenbahnverkehr nicht so problematisch wie in anderen Bereichen, da Verkehrsleistungen sowohl werktags als auch sonn- und feiertags erbracht werden, die Länge der einzelnen Monate (außer Februar) ja in jedem Jahr gleich ist und ebenfalls außer Februar untereinander nur um einen Tag (zirka 3 Prozent) der monatlichen Verkehrsleistung differiert; die Bedeutung dieser Differenz wird weiter unten deutlich werden.

Bei einem weiteren zentralen Problem der Analyse der Saisonschwankungen - nämlich der Zerlegung der Zeitreihen - gehen die Meinungen und Theorien weit auseinander. Während eine Gruppe von Wissenschaftlern die Zeitreihen in Trend, Zyklus, Saison- und Zufallsschwankung zerlegt, faßt eine andere Trend und Zyklen zu einer Komponente zusammen. Ähnlich konträre Meinungen gibt es auch bei der Verknüpfung der saisonalen Schwankungen mit den anderen Komponenten. Hier sind es die Möglichkeiten einer additiven und einer multiplikativen Verbindung. Ohne weiter auf die zum Teil gegensätzlichen Ansichten einzugehen, sei hier nur vermerkt, daß bei einer Analyse von Zeitreihen der kapitalistischen Wirtschaft die Einbeziehung der zyklischen Komponente sicherlich notwendig und von Vorteil ist, während die Zerlegung von wirtschaftsstatistischen Zeitreihen der sozialistischen Ökonomie in nur drei Komponenten - Trend, Saison- und Zufallsschwankungen - durchaus richtig ist.¹³ Ein einfaches Beispiel möge die Notwendigkeit einer verschiedenartigen Zerlegung von Zeitreihen in Abhängigkeit davon, ob sie kapitalistische oder sozialistische Wirtschaftsvorgänge widerspiegeln, belegen. Bei der Ermittlung von Trendfunktionen¹⁴ für die Kennziffer Gütertransportleistung der Jahre 1925 bis 1937, 1950 bis 1972 (BRD) und 1956 bis 1972 (DDR) wird jeweils mit Funktionen 2. Grades ($y = a + bt + ct^2$) die vergangene Bewegung am genauestens widergespiegelt. Dazu wurden folgende Bestimmtheitsmaße und relative Abweichungen der Fehler ermittelt:

¹² Vgl. Möllering, Karl Friederich, Ein Beitrag zu den Theorien und Methoden der Konjunkturstatistik, phil. Diss. Leipzig 1935.

¹³ Vgl. Struck, Richard, a. a. O., S. 14 ff.

¹⁴ Mit dem in der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" vorhandenen Rechenprogramm DY1.

	Bestimmtheitsmaß	Relative Abweichung
Deutsches Reich	0,472	0,105
BRD	0,645	0,050
DDR	0,941	0,026

Da das Bestimmtheitsmaß ausdrückt, welcher Anteil der Gesamtvarianz der Daten durch die Varianz der Funktionswerte erklärt wird, ist ganz leicht und klar erkennbar, daß die Anpassung an die Parabel in der DDR-Verkehrswirtschaft am besten, der Verlauf also hier am kontinuierlichsten ist. Neben der Funktion 2. Grades wurden noch die Funktion 1. Grades und die Exponentialfunktion sowie die Methodik M1 zur Schätzung herangezogen.¹⁵ Alle diese Ergebnisse bestätigen, daß zur Annäherung von Zeitreihen des kapitalistischen Eisenbahnwesens gleichmäßig steigende (oder fallende) Funktionen nur beschränkt brauchbar sind, während sie zur Approximierung vieler ökonomischer Prozesse unserer sozialistischen Wirtschaft völlig ausreichen.

Das Problem einer multiplikativen oder additiven Kombination der Komponenten wird oftmals so gelöst, daß darauf verwiesen wird, daß beide Arten möglich sind. Der (saisonale) Zuschlag kann als absolut angenommen werden, wenn er unabhängig von den den Trend bewirkenden Faktoren ist; bei Abhängigkeit vom Trend ist hingegen die relative Form zu wählen.¹⁶ Bei der vorliegenden Arbeit wurde - auch wegen der besseren Vergleichbarkeit - der relative Zuschlag verwendet; es wurde also unterstellt, daß innerhalb eines Zeitabschnittes die relative Höhe der Schwankungen gleichgeblieben ist. In vorangehenden Untersuchungen zeigte sich aber, daß damit keine wesentlich besseren Ergebnisse als mit dem absoluten Zuschlag erreicht werden. In einigen Fällen war das Bestimmtheitsmaß bei der Reihe mit additiver Komponente sogar - wenn auch unwesentlich - größer. Aus den geringfügigen Unterschieden der Qualität der Widerspiegelung der Originalreihen durch die Zeitreihen mit absoluten oder relativen Saisonschwankungen kann man schlußfolgern, daß die saisonalen Einflüsse einerseits unabhängig von den den Trend (und die Konjunktur) bewirkenden Faktoren sind, andererseits aber auch Abhängigkeiten bestehen. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die Komplexität der Erscheinung Saisonschwankung.

Bevor die Ergebnisse der Ermittlung der Saisonschwankungen dargestellt und analysiert werden, einige Erläuterungen zu dem angewandten Verfahren. Die von Struck im Rahmen der KSV (kurzfristige statistische Vorausberechnung) entwickelten Verfahren der Analyse von Zeitreihen sind nur wenige von vielen. Der Bogen spannt sich von einfachen Verfahren über das Gliedziffernverfahren bis zur Spektralanalyse.¹⁷ In dieser Arbeit finden die in der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" (von Struck) entwickelten Programme DY5K und DY5T Verwendung. Beide Programme variieren nur in unwesentlichen Kleinigkeiten. Beide Programme sind Komplexprogramme und erfordern eine relativ lange Zeit zur Abarbeitung. Die Ermittlung der Trendfunktionen (Funktion 1. Grades, Funktion

15 Vgl. Struck, Richard, a. a. O., S. 20 ff.

16 Vgl. Lehrbuch Statistik, a. a. O., S. 257.

17 Vgl. Donner, Otto, Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung, a. a. O.; Nicolas, Marcel, Neue Methoden der Saisonbereinigung, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 4, Berlin 1957; Das "Berliner Verfahren", Ein Beitrag zur Zeitreihenanalyse, Berlin(West) 1969 = DIW-Berichte zur Strukturforchung, H. 7.

2. Grades, Exponentialfunktion) erfolgt nach der Methode der kleinsten Summe der Quadrate der Abweichungen, deren allgemeiner Ansatz

$$\sum_{i=1}^n (y_i - Y_i)^2 \longrightarrow \text{Minimum} \quad \text{wobei:}$$

Y_i - Werte der Originalreihe
 y_i - berechnete Trendwerte

lautet. Die Exponentialfunktionen werden durch Logarithmieren linearisiert. Die Berechnung der absoluten und relativen periodischen Schwankungen erfolgt durch Durchschnittsbildung aus den entsprechenden Differenzen bzw. Quotienten.

Ein Problem bei der Auswertung der vom Rechenprogramm DY5K (bzw. DY5T) gelieferten Ergebnisse besteht darin, unter den sieben verschiedenen Funktionen die sich der Originalreihe am besten anpassende auszuwählen. Zu diesen Vergleichen werden ebenfalls die Bestimmtheitsmaße herangezogen (vgl. Übersicht 1 bis 3).

4. Die Entwicklung der Saisonschwankungen

Um einen ersten Überblick über die Entwicklung der Saisonschwankungen zu erhalten, werden die Standardabweichungen der einzelnen Kennziffern und Zeitabschnitte miteinander verglichen (siehe Übersicht 1 bis 3). Um jedoch aus diesen Werten Schlußfolgerungen ziehen zu können, ist es notwendig, den Grad der Anpassung der Originalreihe durch die errechneten Reihen einzuschätzen. Dazu wird das Bestimmtheitsmaß B verwendet (siehe Übersicht 1 bis 3); ist es größer als 0,9, so kann die Anpassung als sehr gut eingeschätzt werden, ist es kleiner als 0,7, so ist sie nur befriedigend. Es werden jeweils die "besten" Funktionen mit relativer Saisonschwankung verglichen, und zwar zunächst für die drei Untersuchungsgebiete.

Größe des Bestimmtheitsmaßes B

		Deutsches Reich	BRD	DDR	Σ
	$B > 0,9$	7	6	4	17
$0,7 \leq$	$B \leq 0,9$	6	6	9	21
$0,7$	B	1	6	1	8
	Σ	14	18	14	46

Es zeigt sich, daß insgesamt in nur 8 von 46 Fällen (17 Prozent) die Anpassung befriedigend ist (Gütertransportleistung BRD 50 - 58, Gütertransportleistung BRD 60 - 67, Versandweite Deutsches Reich 24 - 29, Versandweite BRD 64 - 67, Versandweite BRD 67 - 72, Gütertransportmenge BRD 51 - 58, Personenbeförderungsumfang BRD 67 - 72, Personenbeförderungsumfang DDR 64 - 73) und somit Schlußfolgerungen nur mit Vorbehalten gezogen werden können; in 17 Fällen (37 Prozent) ist sie sehr gut und in 21 (46 Prozent) gut. Die Bestimmtheitsmaße (bei einem Signifikanzniveau von 99,95 liegt die untere Grenze bei $B = 0,22$) sind für alle 46 Reihen signifikant.¹⁸ Weiterhin erkennt man, daß durch die errechneten

¹⁸ Prüfung mittels t-Test. - 50 - 58 = 1950 - 1958 usw.; aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit erfolgen die Jahresangaben auch im nachfolgenden Tabellenanhang z. T. in dieser Kurzform.

Reihen die Entwicklung der Kennziffern der Deutschen Reichsbahn der DDR gut widerspiegelt wird. Gleiches trifft auch für den Zeitraum von 1924 bis 1942 zu. Nicht so gut ist die Anpassung an die Originalreihen der Deutschen Bundesbahn; hier ist sie in einem Drittel der Fälle nicht besonders gut.

Nun zu einem Vergleich der Größe von B bei den einzelnen Kennziffern.

Größe des Bestimmtheitsmaßes B

	Ttkm	G+	VW ⁺⁺	RW ⁺⁺⁺	P ^o	Pkm	Σ
B > 0,9	2	1	1	7	1	5	17
0,7 = B ≤ 0,9	4	5	5	1	4	2	21
0,7 > B	2	1	3	-	2	-	8
Σ	8	7	9	8	7	7	46

+ G - Gütertransportmenge.

++ VW - Durchschnittliche Versandweite.

+++ RW - Durchschnittliche Reiseweite.

o P - Personenbeförderungsumfang.

Im Personenverkehr ist die Anpassung an die gewählten Funktionen besser als im Güterverkehr. Hier ist in nur zwei Fällen das Bestimmtheitsmaß kleiner als 0,7. Bei der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite ist es lediglich in einem Fall kleiner als 0,9. Wesentlich schlechter ist die Anpassung bei der Kennziffer durchschnittliche Versandweite; in drei von neun Fällen ist die Anpassung nur befriedigend. Bei den beiden anderen Kennziffern des Güterverkehrs ist insgesamt lediglich in drei Fällen die Anpassung sehr gut (vgl. Übersicht 1 bis 3).

Wenden wir uns nun der Analyse der Entwicklung der relativen Saisonschwankungen zu. Dabei geht es, wie eingangs gesagt, nicht so sehr darum, die einzelnen monatlichen Saisonkomponenten, sondern ihre Gesamtheit und - eventuelle - Veränderung zu betrachten. Aus den in Übersicht 4 bis 9 gegebenen Daten lassen sich für jeden Zeitabschnitt die durchschnittlichen Standardabweichungen s (siehe Übersicht 1 bis 3) berechnen, und zwar nach der Formel

$$s = \sqrt{\frac{1}{12} \sum_{i=1}^{12} (S_i - 1)^2}$$

wobei S_i = relative Saisonkomponente im i-ten Monat,

$$\frac{1}{12} \sum_{i=1}^{12} S_i = 1$$

Diese durchschnittliche Standardabweichung ist bei den einzelnen Kennziffern sehr verschieden stark ausgeprägt, sie variiert zwischen 1 und knapp 20 Prozent. Ein direkter Vergleich dieser Angaben ist möglich, da der Durchschnitt der saisonalen Schwankungen bis auf geringe, durch Rundungsfehler bedingte Abweichungen gleich eins ist und somit die Standardabweichung dem Variabilitätskoeffizienten entspricht. Es zeigt sich, daß die Standardabweichung bei den Kennziffern Personenbeförderungsleistung und durchschnittliche Reiseweite am größten ist, sie liegt in fast allen Fällen über 10 Prozent. Bei der Gegenüberstellung der einzelnen

Zeitabschnitte (dieser beiden Kennziffern) ist keine Tendenz erkennbar. Bemerkenswert ist die Standardabweichung von fast 20 Prozent für den Zeitabschnitt 1964 bis 1973 der Kennziffer Personenbeförderungsleistung der Deutschen Reichsbahn. Bei den anderen vier Kennziffern ist die Standardabweichung wesentlich kleiner, sie liegt stets unter 10 Prozent; auch ist sie in fast allen Fällen (außer Gütertransportleistung 1933 bis 1938) bei den Vorkriegszeitreihen größer. Somit kann man feststellen, daß eine allgemeine Tendenz zur Verringerung der Saisonschwankungen dieser Kennziffern im untersuchten Gesamtzeitraum besteht. Außerdem ist zu bemerken, daß (bis auf die Kennziffer Gütertransportmenge) die saisonalen Schwankungen der Verkehrsleistungen der Deutschen Reichsbahn der DDR geringer sind als die der Deutschen Bundesbahn.

Der Verlauf der saisonalen Schwankungen der Kennziffer Gütertransportleistung ist in allen acht Zeitabschnitten ähnlich. In den Monaten Januar und Februar liegen die tatsächlichen Werte klar unter den Trendwerten. Im März ist ein starker Anstieg zu verzeichnen, der zu einer Überschreitung der Trendwerte führt. Ausgenommen sind die Zeitabschnitte 1960 bis 1967 und 1967 bis 1972 (BRD), in denen die Werte knapp unter 100 Prozent bleiben. Der weitere Verlauf ist uneinheitlicher. Die Werte der Leistungen der Deutschen Reichsbahn der DDR liegen bis zum Jahresende in einem Intervall von 98 bis 104 Prozent, das heißt, es treten keine nennenswerten Schwankungen mehr auf. Hingegen kann man sowohl bei der Bundesbahn als auch bei der Deutschen Reichsbahn (1924 bis 1938) von einer Herbstspitze sprechen, die sich vor allem durch sehr hohe Saisonwerte im Oktober zeigt. Im Zeitabschnitt von 1929 bis 1932 sind die saisonalen Schwankungen am ausgeprägtesten; im Januar, Februar und Oktober weichen sie um mehr als 10 Prozent von den Trendwerten ab. Man kann daraus schlußfolgern, daß die Krise die vorhandene Saisonbewegung noch verstärkt hat. Relativ schwach ist die Saisonkomponente im folgenden Zeitabschnitt (1933 bis 1938) ausgebildet, wobei aber noch der typische Verlauf erkennbar ist. Interessant ist, daß nach dem Krieg die Frühjahrsspitze mehr und mehr abgebaut wird, während sich bei der Bundesbahn die Herbstspitze noch vergrößert. Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Saisonschwankungen der Kennziffer Gütertransportleistung in der DDR bis auf die Monate Januar und Februar relativ gering sind, während man sowohl für das Deutsche Reich als auch für die Bundesrepublik noch einen ausgeprägten Wellenverlauf konstatieren kann.

Der Verlauf der Saisonkomponente der Kennziffer Gütertransportmenge ist dem der Gütertransportleistung sehr ähnlich. In der Vorkriegszeit stimmen beide in der Richtung überein, lediglich die Intensität ist verschieden, sie ist bei der Kennziffer Gütertransportmenge größer. Aber auch hier besteht eine Tendenz zur Verringerung der Schwankungen, nur in einem einzigen Fall ist die Saisonschwankung im Zeitabschnitt 1933 bis 1942 größer als im vorhergehenden (1925 bis 1932), im August wächst sie von 101 auf 104 Prozent. Eine Ursache für diese Abschwächung dürfte darin bestehen, daß in den ersten Zeitabschnitt die Weltwirtschaftskrise fällt. Auch bei den Güterverkehrsleistungen der Deutschen Bundesbahn besteht eine große Ähnlichkeit beim Verlauf der Saisonkomponenten. Lediglich im August und September des Zeitabschnittes bis 1958 und im Juni des Abschnittes 1967 bis 1972 sind die Schwankungen anders gerichtet, wobei sie aber im Höchstfall um 2 Prozent differieren und nahe bei 100 Prozent liegen. Ein wesentlicher Unterschied in der Intensität ist nicht feststellbar, ebenso ist keine Tendenz zur Verringerung der Saisonkomponente zu bemerken. Nicht so einheitlich ist die Richtung der saisonalen Schwankungen der vergleichbaren Zeitabschnitte bei den Güterverkehrsleistungen (Gütertransportleistung und Gütertransportmenge) der Deutschen Reichsbahn der DDR, in sechs Fällen treten Unter-

schiede auf. Andererseits ist aber bei der Kennziffer Gütertransportmenge im Gegensatz zu der der Gütertransportleistung eine Verringerung der Saisonschwankungen erkennbar.

Einen wesentlich anderen Verlauf hat die Saisonkomponente der Kennziffer durchschnittliche Versandweite. So liegen zum Beispiel anstelle der sonst üblichen Herbstspitze im letzten Quartal die Werte ständig unter den Trendwerten, und im ersten Quartal liegen sie in den meisten Fällen ständig darüber. Im Gegensatz zu der ansonsten in den Vorkriegsjahren feststellbaren Verringerung der Saisonschwankungen kann man bei dieser Kennziffer eine Vergrößerung feststellen. Im Zeitabschnitt von 1930 bis 1933 dürfte dies wiederum auf die Krise zurückführbar sein. In der Nachkriegszeit sind die Schwankungen bedeutend geringer geworden (größere Abweichungen von den Trendwerten treten lediglich bei der Deutschen Bundesbahn im Zeitabschnitt 1960 bis 1963 auf), aber es kann weder bei der Deutschen Bundesbahn noch bei der Deutschen Reichsbahn der DDR von einem einheitlichen Verlauf oder einer erkennbaren Tendenz zur Verringerung oder Vergrößerung der Saisonschwankungen gesprochen werden.

Einen nahezu übereinstimmenden Verlauf in allen Zeitabschnitten hat die Saisonkomponente der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite. Im ersten und letzten Quartal sowie im April liegen die Realwerte ständig unter den saisonbereinigten Werten, während sie in den Monaten Mai bis September (bis auf zwei Ausnahmen) infolge des Urlaubsverkehrs ständig über den Trendwerten liegen. Für den starken Anstieg im Monat Juli des Zeitabschnittes 1933 bis 1941 dürften neben der im vorhergehenden Zeitabschnitt wirkenden Krise auch territoriale Aspekte und Maßnahmen des faschistischen Staates eine Rolle gespielt haben. Ansonsten unterscheiden sich die saisonalen Schwankungen in ihrer Intensität nur geringfügig, etwas schwächer sind sie lediglich im Zeitabschnitt von 1951 bis 1958 in der DDR. Daraus folgt, daß die Saisonschwankungen der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite weder in ihrer Intensität noch in ihrem Verlauf wesentlichen Veränderungen ausgesetzt sind und sie somit im untersuchten Zeitraum als relativ stabil zu betrachten sind.

Sehr viel uneinheitlicher ist der Verlauf der Saisonkomponente in den einzelnen Zeitabschnitten bei der Kennziffer Personenbeförderungsumfang, allerdings ist auch die Intensität der Schwankungen geringer, wobei die stärksten Schwankungen in der Vorkriegszeit auftreten. Verfolgt man den Verlauf der Schwankungen, kann man feststellen, daß sie sich dem Monatsrhythmus (unterschiedliche Monatslänge) anpassen. Besonders klar schält sich dies bei der Deutschen Reichsbahn der DDR heraus. Etwas paradox wirkt dabei der Verlauf bei der Deutschen Bundesbahn. Bis zum Juli entspricht er der jeweiligen Monatslänge, dann kommt es jedoch im August zu einem starken Rückgang und im September zu einer noch stärkeren Steigerung, der im Oktober wieder ein Rückgang folgt.¹⁹ Insgesamt hängen die Saisonschwankungen dieser Kennziffer des Personenverkehrs jedoch von der unterschiedlichen Monatslänge ab; sie haben sich nach dem Krieg verringert und sind in der DDR am kleinsten. Innerhalb der einzelnen Staaten sind kaum Veränderungen (bis auf geringfügige Verschiebungen) feststellbar.

¹⁹ Ohne eine genauere Analyse vorwegzunehmen, besteht Grund zu der Annahme, daß sich diese Erscheinung großenteils auf die Staffelung der Betriebs- und Schulferien zurückführen läßt (stark reduzierter Berufsverkehr im August; Abschluß der Urlaubssaison im September).

Der Verlauf der Saisonkomponente der Kennziffer Personenbeförderungsleistung gleicht dem der durchschnittlichen Reiseweite. Im ersten und letzten Quartal sowie im April liegen die tatsächlichen Werte zum Teil beträchtlich unter den Trendwerten, lediglich der Dezemberwert des Zeitabschnittes 1960 bis 1964 liegt knapp darüber (100,2 Prozent). Die anderen Monate sind dadurch gekennzeichnet, daß - bis auf drei Ausnahmen (95,2, 99,5, 99,7 Prozent) - die saisonbereinigten Werte überschritten werden. Die Intensität der Schwankungen ist noch größer als bei der Kennziffer durchschnittliche Reiseweite. Eine Verringerung der Saisonschwankungen ist nicht zu erkennen. Bei der Deutschen Reichsbahn der DDR ist sogar noch eine beträchtliche Vergrößerung feststellbar, aber auch bei der Deutschen Bundesbahn nehmen nach 1960 die Schwankungen zu. Im Gegensatz zur Kennziffer durchschnittliche Reiseweite ist die Intensität der Saisonkomponente im Zeitabschnitt 1933 bis 1941 nicht größer als im vorhergehenden, lediglich im Juli ist eine knapp zehnprozentige Zunahme zu verzeichnen. In allen Fällen bleibt der typische Verlauf der saisonalen Schwankungen erhalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Saisonkomponente am schwächsten bei den Kennziffern durchschnittliche Versandweite und Personenbeförderungsumfang ausgebildet ist. Bei den beiden anderen Kennziffern des Güterverkehrs tritt lediglich im Herbst eine Abweichung bis zu 20 Prozent von den Trendwerten auf. In allen vier Fällen gibt es Tendenzen zur Dämpfung der saisonalen Schwankungen, wobei auch eine gewisse Stabilisierung bemerkbar ist. Extrem groß sind die periodischen Schwankungen bei den beiden anderen Kennziffern des Personenverkehrs, hier sind teilweise sogar noch Verstärkungen feststellbar. Untersucht man also die Entwicklung von Zeitreihen der Verkehrsleistungen, so muß beachtet werden, daß auch die Saisonkomponente nicht starr bleibt, sondern einer gewissen Entwicklung unterliegt, die durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt wird.

Übersicht 1 bis 3

Standardabweichung s der Saisonschwankungen und Bestimmtheitsmaß B

1. Deutsches Reich

Ttkm	B	s (in %)	Güter	B	s (in %)	Vw	B	s (in %)
24 - 29	0,8263	7,0	25 - 32	0,7935	8,7	24 - 29	0,4089	2,8
29 - 32	0,9653	8,1	33 - 42	0,9235	6,6	30 - 33	0,8199	3,9
33 - 38	0,9694	1,7				33 - 37	0,7538	4,5

Pkm			Pers.			Rw		
26 - 31	0,9442	16,0	26 - 31	0,8254	5,0	26 - 31	0,9357	11,5
33 - 41	0,8740	15,9	33 - 41	0,9210	4,6	33 - 41	0,9042	15,8

2. BRD

Ttkm	B	s (in %)	Güter	B	s (in %)	Vw	B	s (in %)
50 - 58	0,5836	4,4	51 - 58	0,6242	5,4	60 - 63	0,7305	2,9
60 - 67	0,6450	5,6	60 - 66	0,7524	2,8	64 - 67	0,5877	1,0
67 - 72	0,7878	4,2	67 - 72	0,8571	5,8	67 - 72	0,4539	1,0

Pkm			Pers.			Rw		
51 - 57	0,9452	11,5	51 - 57	0,7758	3,4	51 - 58	0,9332	13,1
60 - 64	0,9448	15,5	60 - 66	0,8367	3,3	60 - 65	0,9724	15,5
65 - 72	0,9082	14,3	67 - 72	0,6991	3,6	66 - 72	0,9616	13,8

3. DDR

Ttkm	B	s (in %)	Güter	B	s (in %)	Vw	B	s (in %)
56 - 64	0,8876	2,0	55 - 64	0,8104	4,5	55 - 62	0,9087	1,7
64 - 72	0,7353	2,8	65 - 74	0,7796	2,4	63 - 68	0,7597	1,0
						69 - 74	0,8122	1,4

Pkm			Pers.			Rw		
56 - 63	0,8993	13,7	56 - 63	0,8541	2,6	51 - 58	0,8436	8,9
64 - 73	0,9436	19,4	64 - 73	0,6655	2,6	59 - 65	0,9647	14,0
						66 - 74	0,9609	11,5

- Ttkm = Gütertransportleistung.
- Vw = durchschnittliche Versandweite.
- Pkm = Personenbeförderungsleistung.
- Rw = durchschnittliche Reiseweite.
- Güter = Gütertransportmenge.
- Pers. = Personenbeförderungsumfang.

Übersicht 4 bis 9

Indizes der Saisonschwankungen

4. Personenbeförderungsleistung

Monat	Deutsches Reich		BRD			DDR	
	26 - 31	33 - 41	51 - 57	60 - 64	65 - 72	56 - 63	64 - 73
Jan.	0,8468	0,8478	0,9060	0,8908	0,8603	0,9104	0,8376
Feb.	0,7468	0,8044	0,8229	0,8211	0,8248	0,8413	0,8590
März	0,9071	0,9352	0,9291	0,8987	0,9148	0,9329	0,9065
Apr.	0,9880	0,9474	0,9238	0,8916	0,9184	0,9300	0,9223
Mai	1,0733	1,1031	1,0732	1,0600	1,0928	1,0407	1,0708
Juni	1,1700	1,1270	1,0285	1,1308	1,1068	1,0616	1,0869
Juli	1,2628	1,3558	1,2356	1,3318	1,3065	1,2999	2,3113
Aug.	1,2562	1,2234	1,2389	1,2122	1,1850	1,2444	1,2637
Sept.	1,0647	0,9517	1,0434	1,0442	1,0492	0,9952	0,9966
Okt.	0,9671	0,8897	0,9465	0,9085	0,9401	0,9479	0,9783
Nov.	0,8298	0,8085	0,8616	0,8098	0,8370	0,8658	0,9733
Dez.	0,8963	0,9974	0,9741	1,0016	0,9641	0,9319	0,8930

5. Personenbeförderungsumfang

Monat	Deutsches Reich		BRD			DDR	
	26 - 31	33 - 41	51 - 57	60 - 66	67 - 72	56 - 62	64 - 73
Jan.	0,9834	1,0713	1,0789	1,0800	1,0546	1,0634	1,0194
Feb.	0,8767	0,9595	0,9623	0,9738	0,9823	0,9492	0,9519
März	0,9760	1,0082	1,0188	1,0026	1,0129	0,9993	1,0075
Apr.	1,0207	0,9847	0,9818	0,9966	0,9927	0,9900	0,9815
Mai	1,0687	1,0583	1,0167	1,0342	0,9944	1,0089	1,0265
Juni	1,0279	0,9742	0,9435	0,9551	0,9595	0,9684	0,9930
Juli	1,0442	1,0063	0,9926	1,0261	1,0081	1,0439	1,0328
Aug.	1,0538	1,0120	0,9778	0,9440	0,9261	0,9959	1,0177
Sept.	1,0087	0,9361	1,0373	1,0420	1,0671	0,9732	0,9694
Okt.	0,9967	0,9580	0,9906	0,9893	1,0147	1,0186	1,0344
Nov.	0,9727	0,9762	1,0000	0,9618	1,0002	0,9863	0,9891
Dez.	0,9717	1,0578	1,0002	0,9929	0,9876	1,0022	0,9771

6. Mittlere Reiseweite

Monat	Deutsches Reich		BRD			DDR		
	26 - 31	33 - 41	51 - 58	60 - 65	66 - 72	51 - 58	59 - 65	66 - 74
Jan.	0,8648	0,7932	0,8361	0,8405	0,8097	0,9090	0,8580	0,8206
Febr.	0,8542	0,8382	0,8521	0,8527	0,8342	0,8963	0,8832	0,9093
März	0,9319	0,9293	0,9097	0,8888	0,9176	0,9493	0,9309	0,8940
Apr.	0,9713	0,9538	0,9529	0,8984	0,9181	0,9595	0,9240	0,9377
Mai	1,0070	1,0385	1,0413	1,0313	1,0930	1,0254	1,0321	1,0481
Juni	1,1448	1,1597	1,1164	1,1763	1,1437	1,0450	1,0926	1,0997
Juli	1,2148	1,3443	1,2506	1,2901	1,2786	1,1661	1,2617	1,2469
Aug.	1,1981	1,2133	1,2771	1,2839	1,2617	1,1860	1,2471	1,2446
Sept.	1,0584	1,0249	1,0135	0,9895	0,9875	1,0292	1,0213	1,0227
Okt.	0,9646	0,9303	0,9212	0,9149	0,9214	0,9567	0,9458	0,9469
Nov.	0,8545	0,8261	0,8410	0,8347	0,8382	0,9224	0,8902	0,8865
Dez.	0,9247	0,9464	0,9684	0,9928	0,9695	0,9534	0,9300	0,9171

7. Gütertransportmenge

Monat	Deutsches Reich		BRD			DDR	
	25 - 32	33 - 42	51 - 58	60 - 66	67 - 72	55 - 64	65 - 74
Jan.	0,9042	0,9094	0,9765	0,9454	0,9639	0,9308	0,9758
Febr.	0,8815	0,8900	0,9045	0,9035	0,9035	0,8710	0,9296
März	1,0121	1,0094	1,0278	0,9792	0,9949	1,0118	1,0063
Apr.	0,9366	0,9466	0,9535	0,9607	0,9992	0,9744	1,0177
Mai	0,9676	0,9691	0,9501	0,9833	0,9572	1,0074	1,0095
Juni	0,9777	0,9861	0,9542	0,9643	0,9837	1,0218	0,9918
Juli	1,0225	1,0291	1,0056	1,0281	1,0372	1,0080	0,9867
Aug.	1,0149	1,0360	0,9975	1,0091	0,9845	1,0242	0,9927
Sept.	1,0478	1,0207	0,9999	1,0124	1,0190	1,0135	0,9901
Okt.	1,1752	1,1126	2,1345	1,1241	1,1313	1,0770	1,0505
Nov.	1,1143	1,1058	1,0783	1,0886	1,0534	1,0445	1,0195
Dez.	0,9527	0,9864	1,0147	0,9695	0,9675	1,0120	1,0288

8. Mittlere Versandweite

Monat	Deutsches Reich			BRD			DDR		
	24 - 29	30 - 33	33 - 37	60 - 63	64 - 67	67 - 72	55 - 62	63 - 68	69 - 74
Jan.	1,0454	1,0252	1,0543	1,0356	1,0000	0,9981	1,0007	0,9883	0,9995
Febr.	1,0526	1,0735	1,0459	1,0374	0,9824	0,9969	1,0089	1,0059	1,0007
März	1,0255	1,0601	1,0191	1,0262	1,0090	0,9976	1,0208	1,0089	1,0130
Apr.	0,9748	1,0161	0,9905	0,9827	0,9927	1,0039	1,0097	1,0041	1,0032
Mai	0,9636	0,9990	0,9842	0,9938	0,9989	1,0098	1,0003	1,0023	1,0143
Juni	0,9840	1,0298	1,0148	0,9959	1,0111	1,0202	1,0079	1,0136	1,0047
Juli	0,9977	1,0068	1,0092	0,9969	1,0061	1,0144	1,0151	1,0028	1,0038
Aug.	1,0068	1,0082	0,9949	0,9957	1,0175	0,9860	0,9938	1,0052	0,9965
Sept.	1,0177	0,9956	1,0054	0,9945	1,0218	1,0075	1,0100	1,0023	1,0206
Okt.	0,9759	0,9156	0,9467	0,9705	0,9839	0,9864	0,9722	0,9848	0,9787
Nov.	0,9611	0,8794	0,9002	0,9790	0,9766	0,9796	0,9666	0,9833	0,9766
Dez.	0,9948	0,9711	0,9915	0,9942	1,0000	0,9996	0,9948	0,9986	0,9888

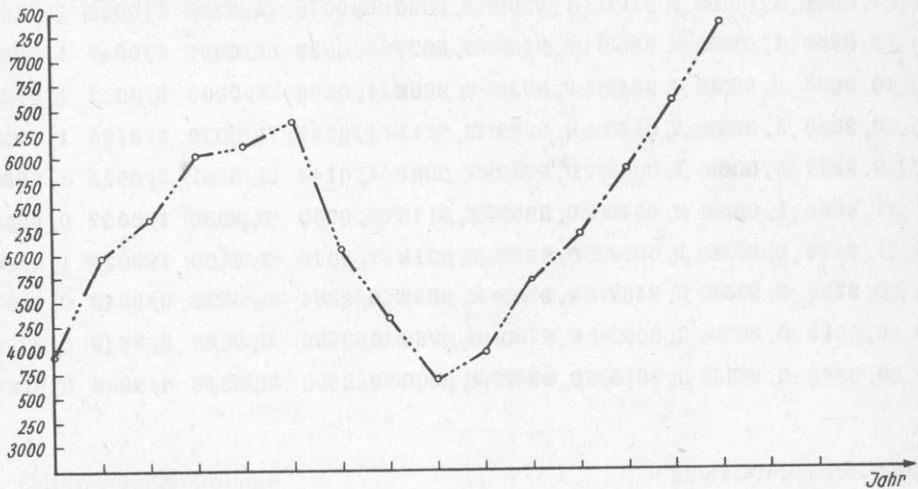
9. Gütertransportleistung

Monat	Deutsches Reich			BRD			DDR	
	24 - 29	29 - 32	33 - 38	50 - 58	60 - 67	67 - 72	56 - 64	64 - 72
Jan.	0,9677	0,8565	0,9695	0,9773	0,9554	0,9454	0,9265	0,9367
Febr.	0,9568	0,8752	0,9137	0,9337	0,9056	0,9057	0,8886	0,9337
März	1,0747	1,0276	1,0267	1,0555	0,9954	0,9935	1,0423	1,0162
Apr.	0,9266	0,9520	0,9211	0,9520	0,9474	0,9914	1,0031	1,0288
Mai	0,9364	0,9685	0,9528	0,9526	0,9727	0,9716	1,0151	1,0169
Juni	0,9518	1,0062	0,9914	0,9522	0,9875	1,0054	1,0110	1,0093
Juli	1,0169	1,0294	1,0275	1,0070	1,0277	1,0436	1,0227	0,9960
Aug.	1,0218	1,0243	1,0321	1,0066	1,0154	0,9733	1,0225	0,9893
Sept.	1,0481	1,0803	1,0523	1,0083	1,0293	1,0253	1,0199	1,0097
Okt.	1,1102	1,1509	1,0791	1,0999	1,1058	1,1183	1,0391	1,0345
Nov.	1,0435	1,0559	1,0394	1,0476	1,0779	1,0439	0,9996	0,9897
Dez.	0,9558	0,9300	0,9815	1,0053	0,9817	0,9757	0,9915	1,0381

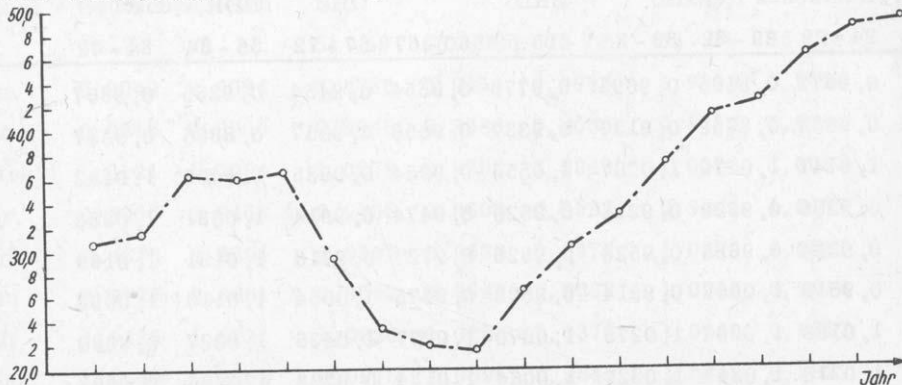
Grafik 1 bis 6

Entwicklung der Eisenbahnverkehrsleistungen des Deutschen Reiches
(Monatsdurchschnitte 1924 bis 1942)

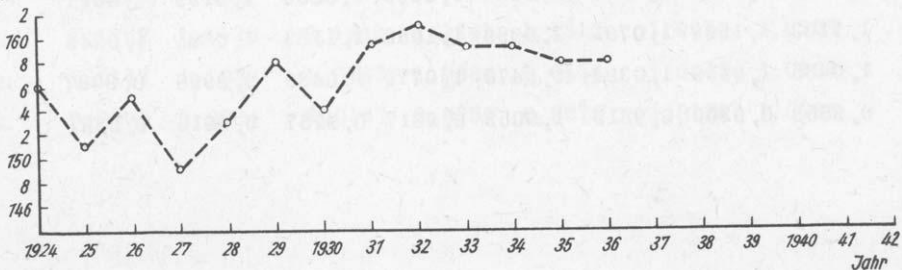
in Mill.T Gütertransportleistung 1.

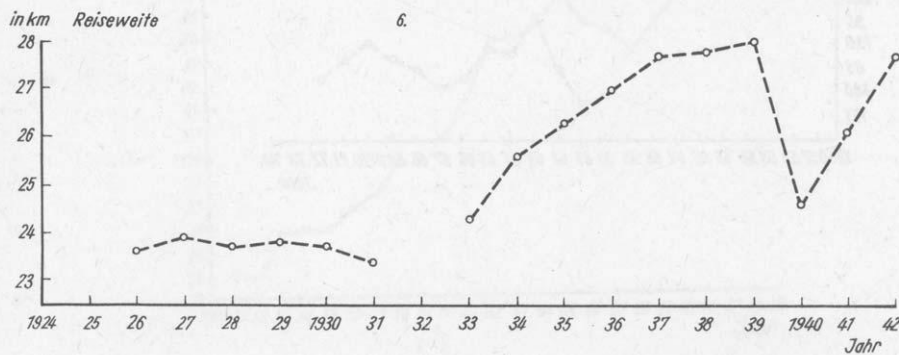
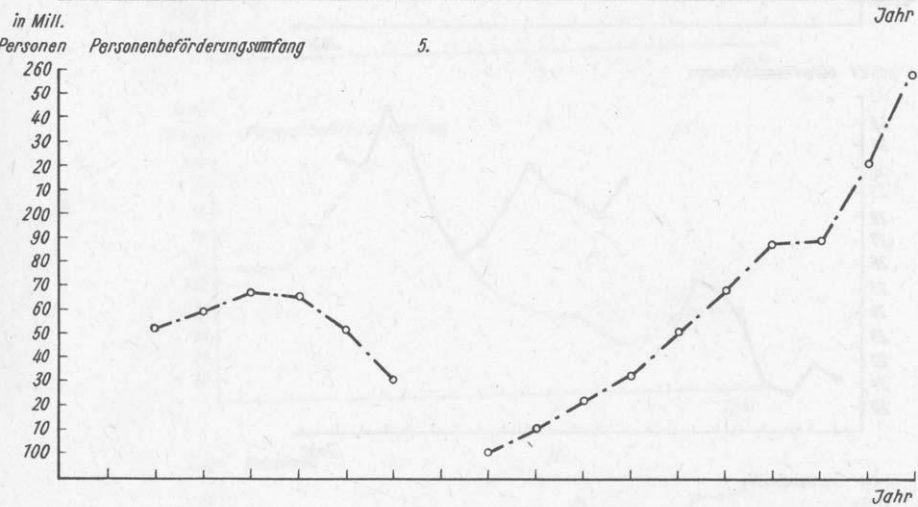
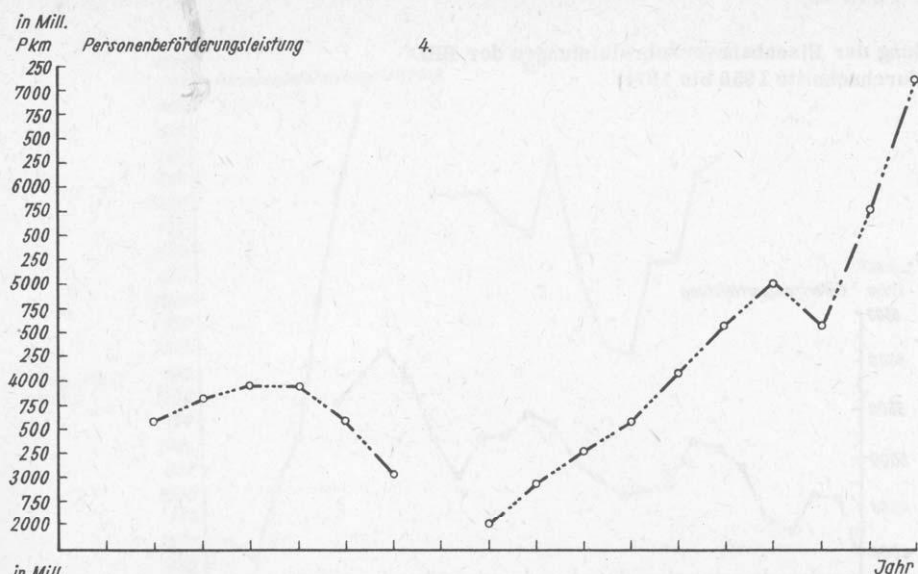


in Mill.t Gütertransportmenge 2.

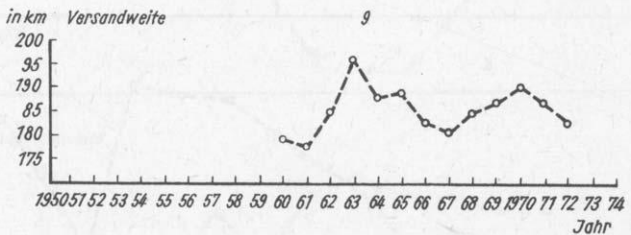
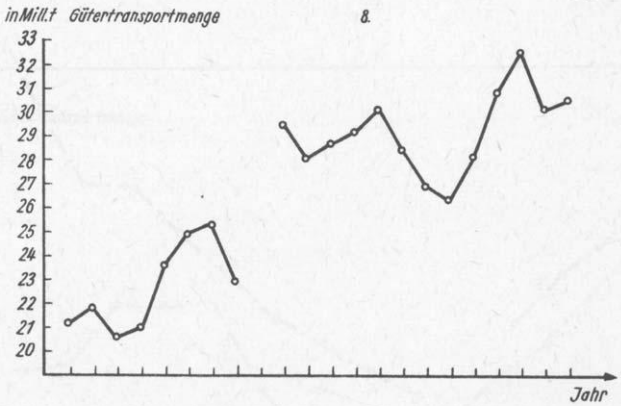
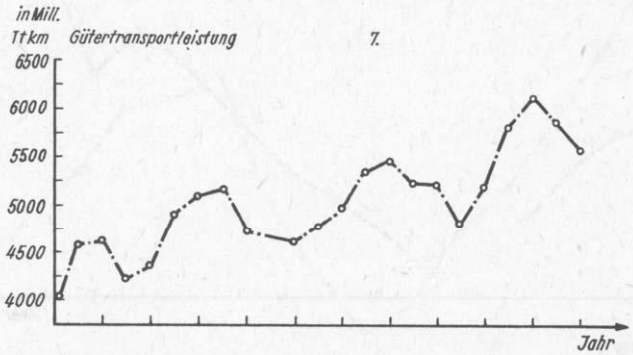


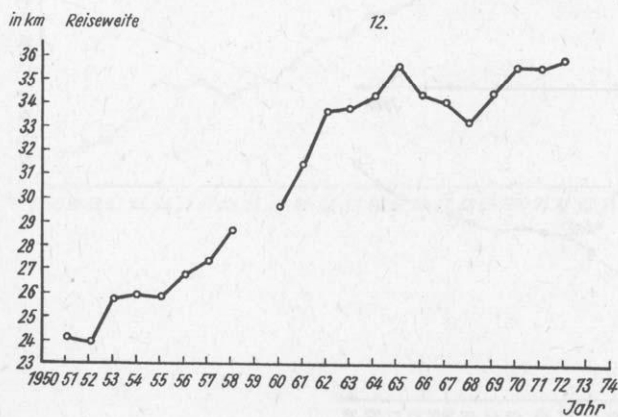
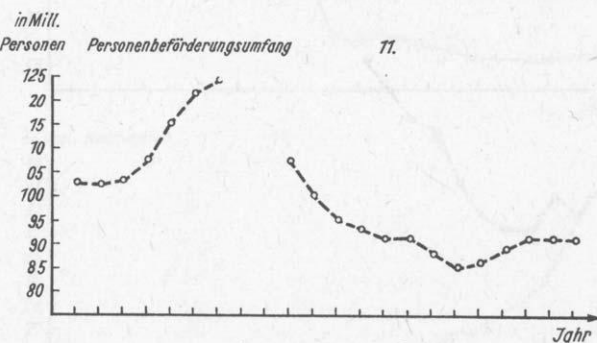
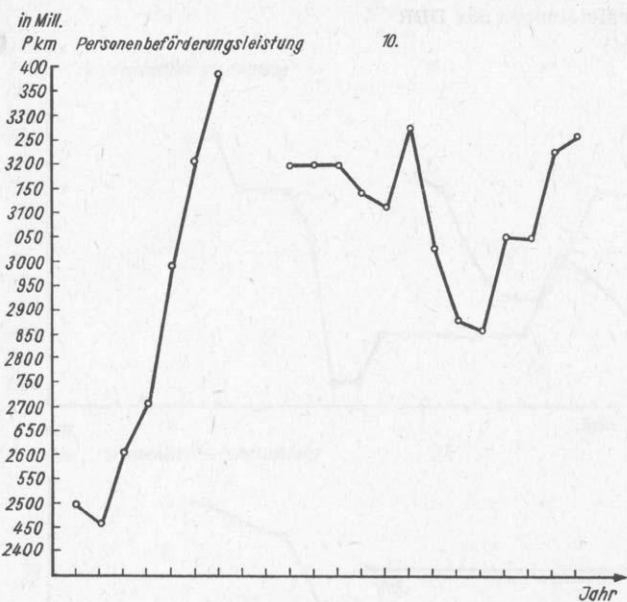
in km Versandweite 3.





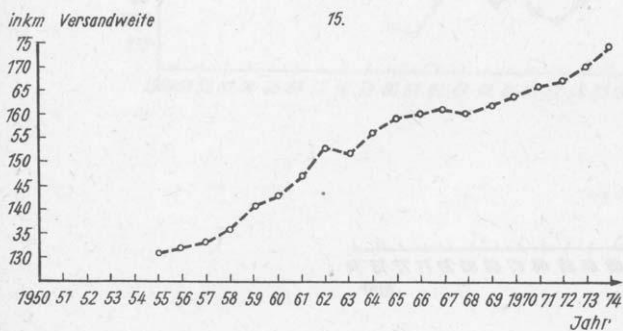
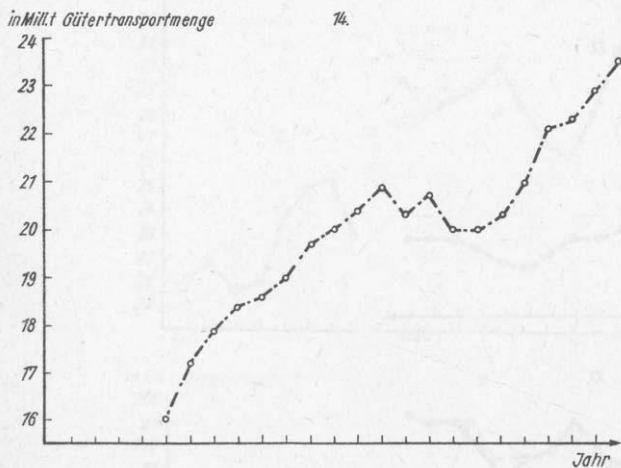
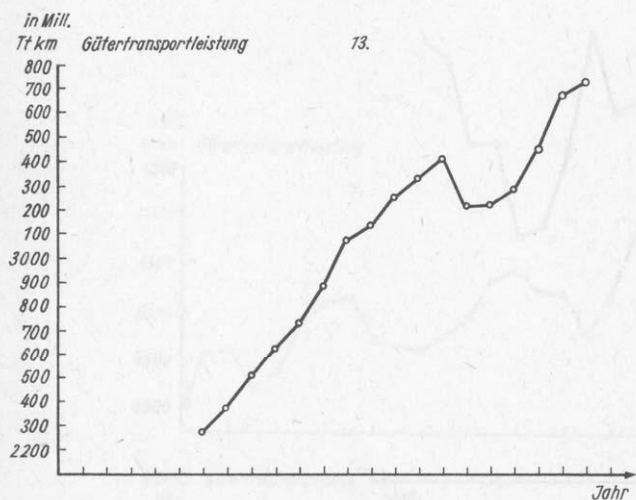
Entwicklung der Eisenbahnverkehrsleistungen der BRD
(Monatsdurchschnitte 1950 bis 1974)

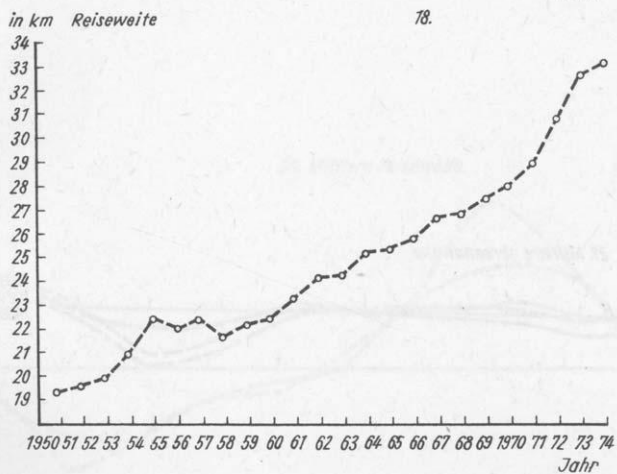
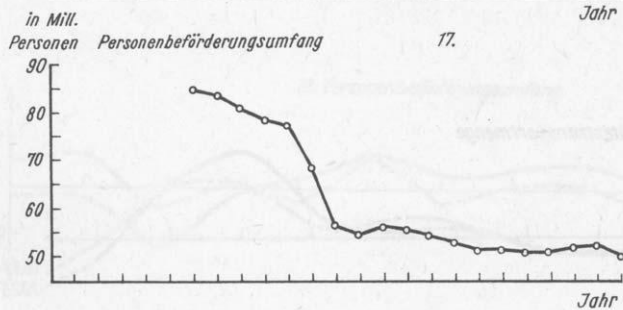
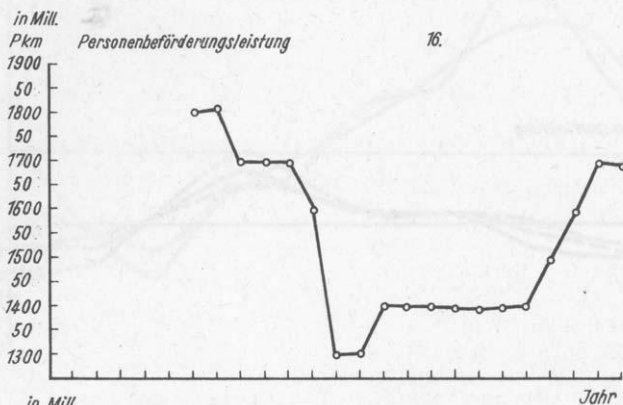




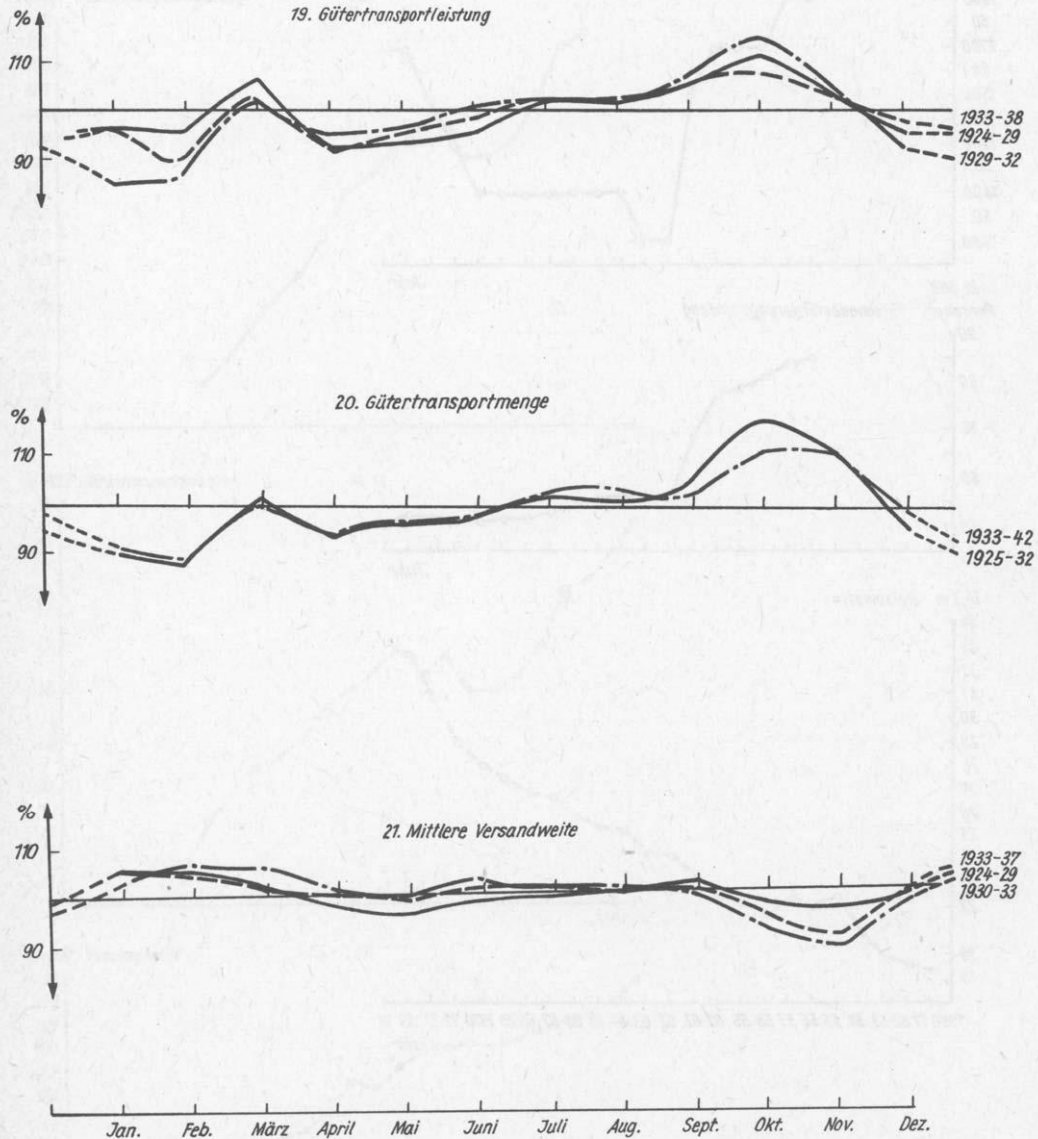
Grafik 13 bis 18

Entwicklung der Eisenbahnverkehrsleistungen der DDR
(Monatsdurchschnitte 1950 bis 1974)

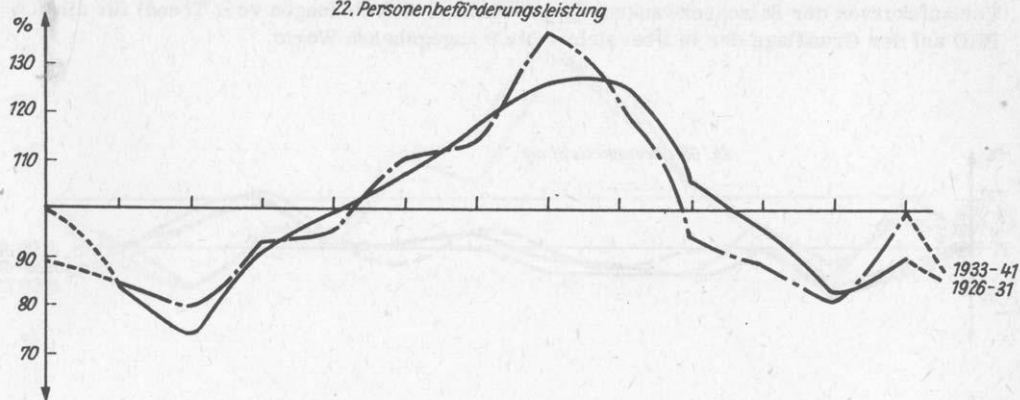




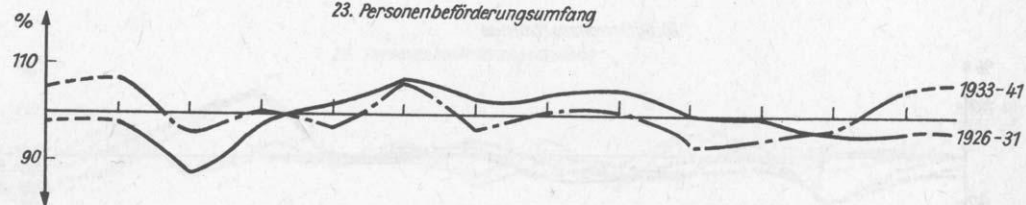
Verlaufskurven der Saisonschwankungen (prozentuale Abweichungen vom Trend) für das Deutsche Reich auf der Grundlage der in Übersicht 4 bis 9 angegebenen Werte



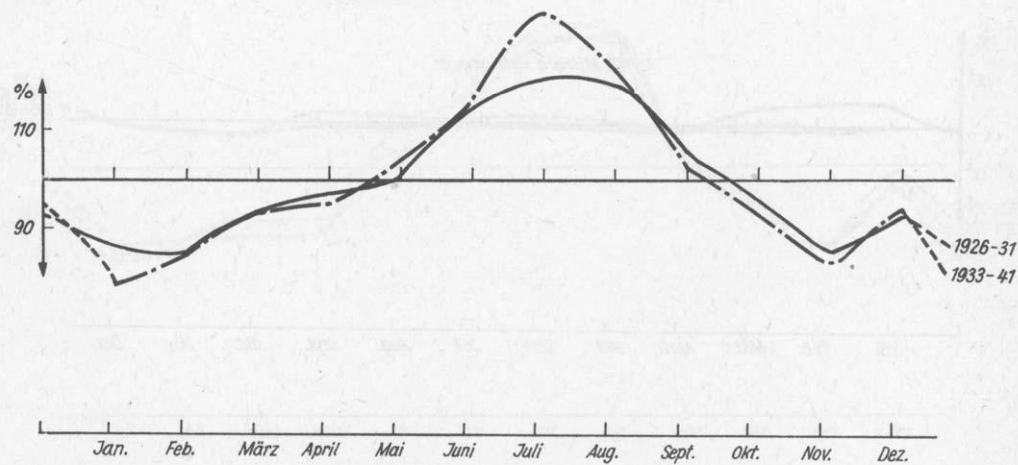
22. Personenbeförderungsleistung



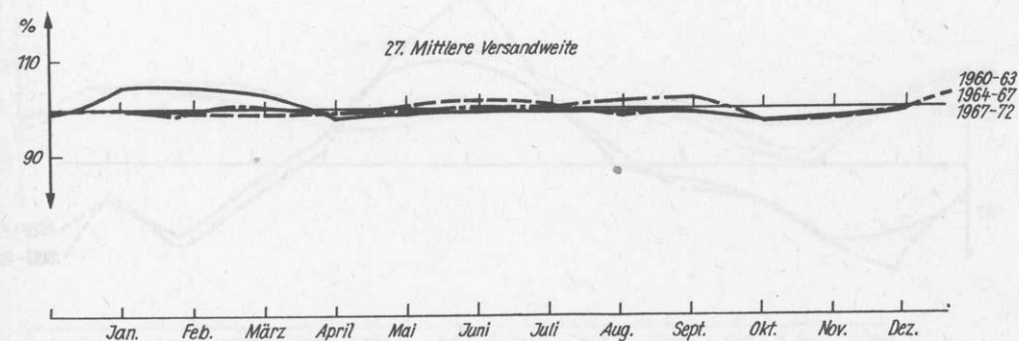
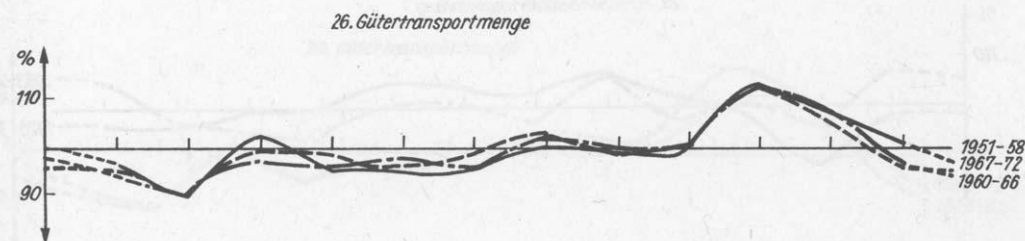
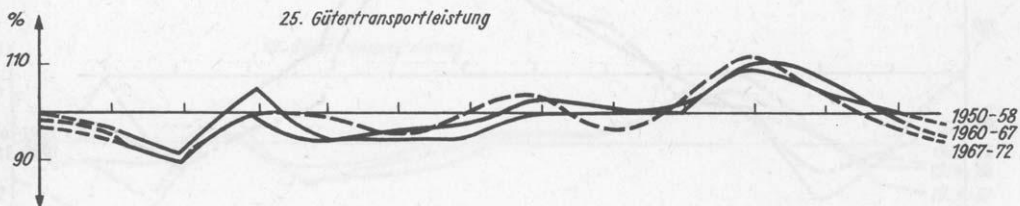
23. Personenbeförderungsumfang



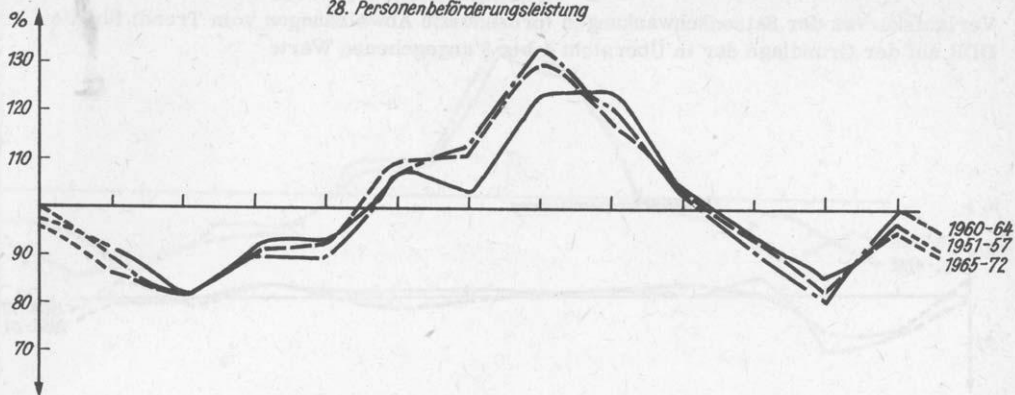
24. Mittlere Reiseweite



Verlaufskurven der Saisonschwankungen (prozentuale Abweichungen vom Trend) für die BRD auf der Grundlage der in Übersicht 4 bis 9 angegebenen Werte



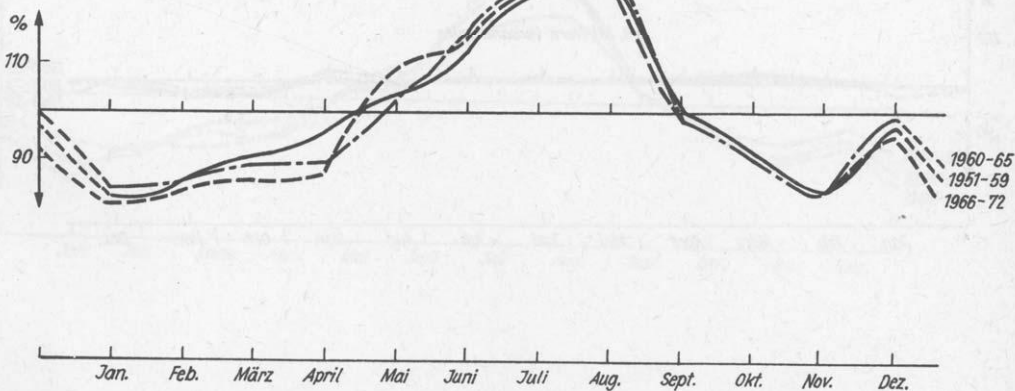
28. Personenbeförderungsleistung



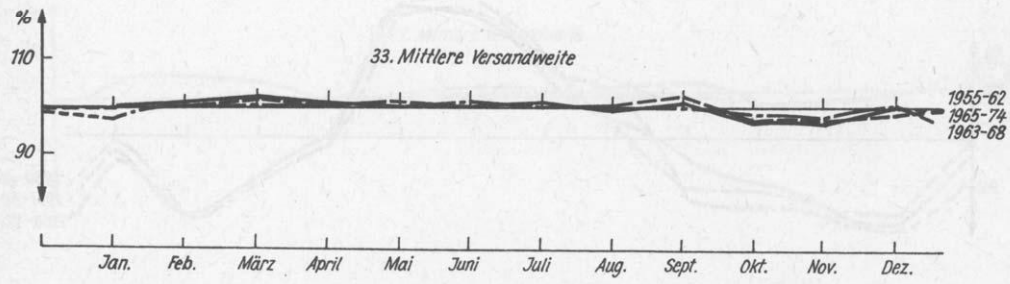
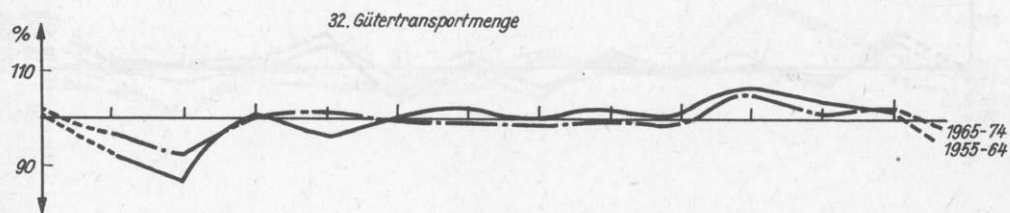
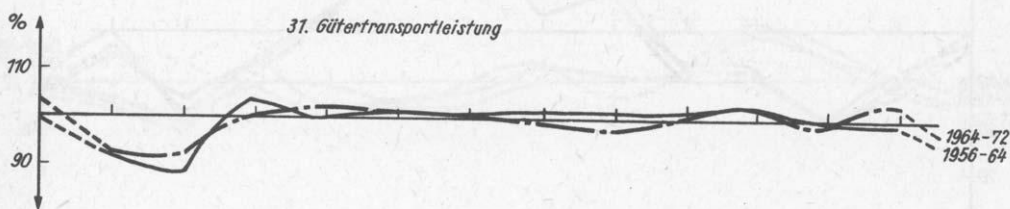
29. Personenbeförderungsumfang



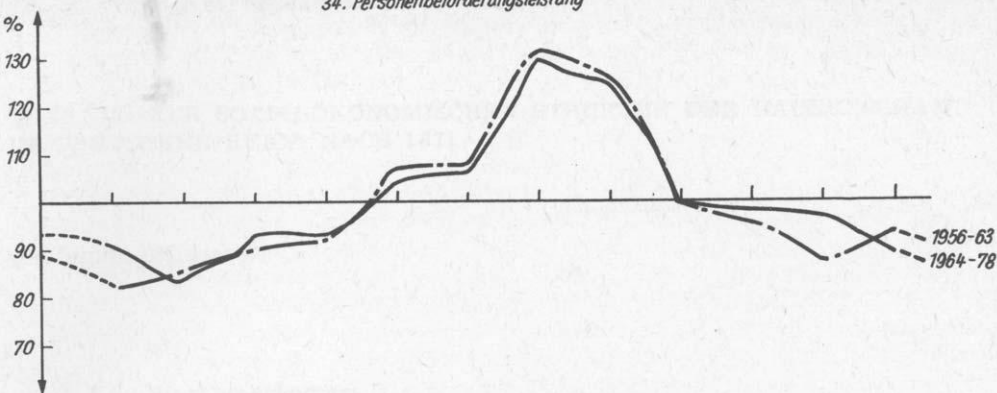
30. Mittlere Reiseweite



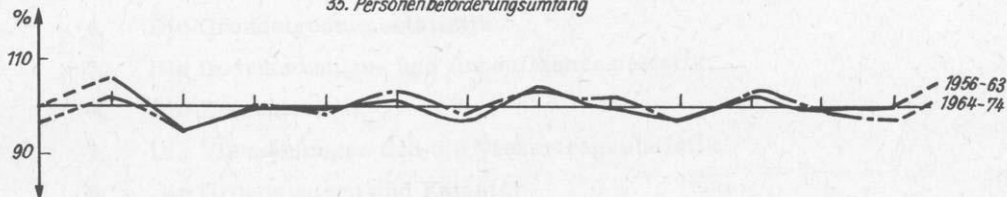
Verlaufskurven der Saisonschwankungen (prozentuale Abweichungen vom Trend) für die DDR auf der Grundlage der in Übersicht 4 bis 9 angegebenen Werte



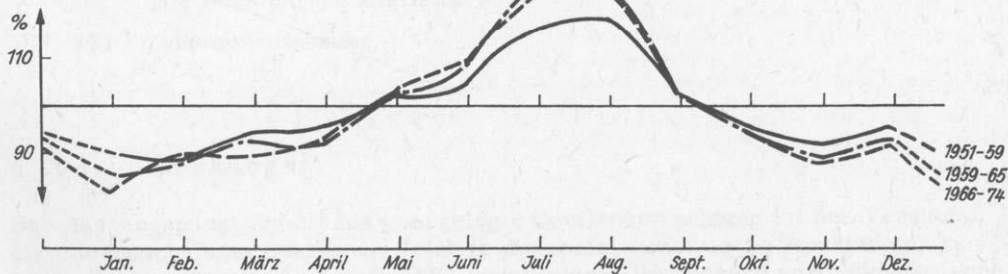
34. Personenbeförderungsleistung



35. Personenbeförderungsumfang



36. Mittlere Reiseweite



QUELLEN ZUR SOZIALÖKONOMISCHEN STRUKTUR DER BAUERNSCHAFT
IM DEUTSCHEN REICH NACH 1871

von Sigrid Dillwitz †

0. Vorbemerkungen
1. Die zentralen Erhebungen und statistischen Reihen für die Landwirtschaft
2. Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen
3. Die landwirtschaftlichen Berufszählungen
4. Die Grundeigentumsstatistik
5. Die Bodennutzungs- und Anbauflächenstatistik
6. Die Erntestatistik
7. Die Viehzählungen und die Viehertragsstatistik
8. Die Grundsteuern und Kataster
9. Die Einheitswerte und die Einheitswertstatistik
10. Die Einkommenssteuerstatistik
11. Die Enqueten
- 11.1. Die Enquete des Vereins für Sozialpolitik 1882/83
- 11.2. Die Enqueten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft
12. Die Buchführungsstatistik
13. Zusammenfassung

0. Vorbemerkungen

Der Ausgangspunkt für die hier vorgelegte Quellenbetrachtung ist der Versuch, die Bauernschaft im Deutschen Reich in die sozialökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft nach 1871 einzuordnen, ihre innere sozialökonomische Struktur aufzudecken und sie in der Dynamik des kapitalistischen Differenzierungsprozesses über mehrere Jahrzehnte kapitalistischer Entwicklung darzustellen.

In der marxistischen Terminologie der Sozialstruktur wird unter "Bauernschaft" im Kapitalismus eine soziale Schicht zwischen den Grundklassen der Gesellschaft - dem Proletariat und der Bourgeoisie - verstanden. Das besondere Merkmal die-

ser Schicht ist der Besitz an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und die Arbeit in der Landwirtschaft, darüber hinaus ein historisch gewachsener (wissenschaftlich noch nicht deutlich gefaßter) Habitus, der Kultur und Lebensweise, soziale und politische Verhaltensweisen der Bauern mitbestimmt. Die Grenzen dieser sozialen Schicht "Bauernschaft" sind sowohl zum Proletariat als auch zur Bourgeoisie durch vielfältige Abstufungen ökonomischer und sozialer Verhältnisse unscharf, und zwar nicht nur in den ersten Entwicklungsstadien des Kapitalismus, sondern - bedingt durch die schleppende Entfaltung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft - auch in Stadien des Monopolkapitalismus. Semjonow hat in seiner theoretischen Untersuchung über die Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft festgestellt, daß die Begriffe "Bauer" bzw. "Bauernschaft" in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus in verschiedener, mindestens vierfacher Bedeutung verwendet werden.¹ Erstens ist "Bauernschaft" bei den Klassikern als Sammelbegriff einer aus dem Feudalismus überkommenen Klasse gebraucht und in diesem Sinne nicht nach kapitalistischen sozialökonomischen Kriterien differenziert - einbezogen in den Begriff sind daher sowohl das Landwirtschaftsproletariat als auch die Großbauern; zweitens ist der Begriff eingeschränkt auf die "werktätige und ausgebeutete Bauernschaft", wobei darunter neben den Parzellen- und Kleinbauern auch die Landproletarier verstanden werden; drittens gehen in den Begriff "werktätige Bauern" auch die Mittelbauern ein, und viertens schließlich wird "Bauernschaft" als Kleinbourgeoisie begriffen, das heißt als Gesamtheit derjenigen landwirtschaftlichen Produzenten, die zugleich Landbesitzer und Werktätige sind und völlig oder hauptsächlich von der eigenen Arbeit leben. Zu ihnen gehören die kleinen und mittleren Bauern.²

Wir können davon ausgehen, daß es sich hier nicht ausschließlich um ein Nebeneinander unterschiedlicher Begriffsdefinitionen für ein und dieselbe Bauernschaft handelt, sondern um eine historische Verschiebung des Begriffsinhaltes für unterschiedliche Entwicklungsstufen des Kapitalismus. Dabei erfährt der Begriff eine (dem kapitalistischen Differenzierungsprozeß entsprechende) Verengung: proletarische und bourgeoise Elemente sondern sich deutlicher ab, die Klein- und Mittelbauern treten als Zentrum der Bauernschaft klarer hervor. Dennoch schließt der Begriff "Bauernschaft" bis in den gegenwärtigen Kapitalismus auch die an ihren äußeren Polen agierenden Lohnarbeiter (Halbproletarier, Nebenerwerbslandwirte) und die kapitalistischen Warenproduzenten (Großbauern) ein. Die Bauernschaft ist unter sozialökonomischem Aspekt auch im hochentwickelten Kapitalismus keine homogene Gruppe. Sie befindet sich außerdem in steter Bewegung, produzierte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts unaufhörlich sowohl Lohnarbeiter als auch - allerdings in ständig abnehmender Zahl - kapitalistische Warenproduzenten und nahm gleichzeitig kapitalistische, im Konkurrenzkampf unterlegene Warenproduzenten als Klein- und Mittelbauern in sich auf. Die Charakterisierung der Bauernschaft als eine soziale Schicht, mit Gliedern, die an ihren äußeren Grenzen in die Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft hineinreichen, geht also einerseits zurück auf die historischen Wurzeln der Bauernschaft als feudale Grundklasse und andererseits auf die durch den kapitalistischen Differenzierungsprozeß hervorgeführte soziale Mobilität innerhalb der Bauernschaft.

1 Vgl. Semjonow, W. S., *Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft*, Berlin 1972, S. 96.

2 Vgl. ebenda, S. 96 f.

Bei der Analyse der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft geht es darum, aus der Stellung des Bauern im System der Produktionsverhältnisse seine Zugehörigkeit zu einer der im Kapitalismus existierenden sozialökonomischen Gruppen - den Lohnarbeitern, Kapitalisten und einfachen Warenproduzenten - nachzuweisen und die Größenordnungen der einzelnen Kategorien innerhalb der Bauernschaft konkret - in den einzelnen deutschen Territorien, zu unterschiedlichen Zeiten der kapitalistischen Entwicklung und in der Bewegungstendenz - herauszuarbeiten. Es ergibt sich daraus notwendigerweise die Frage, nach welchen Kriterien der Platz des Bauern im System der Produktionsverhältnisse und damit seine Zuordnung zu einer der sozialökonomischen Gruppen zu bestimmen ist und welche ökonomischen Kennziffern und Faktoren diese Kriterien widerspiegeln. Ausgehend von der sozialökonomischen Determiniertheit der Klassenstruktur der Gesellschaft, haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus aus den vielfältigen ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Klassenmerkmalen diejenigen als grundlegend und entscheidend für die Abgrenzung der Klassen hervorgehoben, die sich aus der Stellung des Menschen im System der Produktionsverhältnisse ableiten. Die das Wesen der Klasse bestimmenden Merkmale sind demzufolge identisch mit den Kriterien für die sozialökonomische Klassifizierung. Lenin nannte in seiner zusammenfassenden Charakterisierung des Wesens der Klassen vier solcher entscheidenden Kriterien, und zwar erstens den Platz des Menschen in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, zweitens sein Verhältnis zu den Produktionsmitteln, drittens seine Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und viertens schließlich die Art der Erlangung und die Größe seines Anteils am gesellschaftlichen Reichtum.³ Diese Kriterien drücken sich in einem komplizierten System ökonomischer Kennziffern aus, die nur zum Teil direkt, zum großen Teil indirekt und in Kombination mit nachgeordneten Indizes die Zugehörigkeit zu einer der sozialökonomischen Kategorien erkennen lassen. Das läßt sich an einem einfachen Beispiel demonstrieren. Von ihrem Wesen her sind Lohnarbeiter und einfache Warenproduzenten unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen durch die oben genannten Kriterien deutlich unterschieden: Die einen sind Produzenten ohne eigene Produktionsmittel, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die anderen sind Produzenten mit eigenen Produktionsmitteln und mit einem Eigentumsanspruch an den Produkten durch die persönliche Arbeit im Rahmen der individuellen Produktion. Die konkrete sozialökonomische Analyse, die diese beiden Kategorien innerhalb der Bauernschaft voneinander abzugrenzen hat, findet um die Jahrhundertwende an der Nahtstelle zwischen Lohnarbeitern und Kleinbauern landwirtschaftliche Produzenten in folgenden ökonomischen und sozialen Verhältnissen vor:

1. in Tagelohn ohne eigene Produktionsmittel;
2. in Tagelohn mit Deputatland oder Deputatvieh, zum Teil auch mit beidem;
3. in Tagelohn mit Deputatland und eigenem Vieh, eigenen Geräten und Gebäuden, häufiger noch in der Kombination mit eigenem und Deputatland, manchmal außerdem ergänzt durch Pachtland;
4. in ständigem oder Saisontagelohn mit Pachtland, eventuell mit einem Pachtbetrieb, mit Deputatvieh oder eigenem Vieh;
5. landwirtschaftliche Produzenten in ständigem oder Saisontagelohn mit eigenem Land, ohne eigenes Vieh, oder auch mit eigenem Vieh, aber ohne Zugvieh;

³ Vgl. Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1970, S. 410.

6. dasselbe mit eigenem Land und eigenem Vieh, wobei der Tagelohn als Abarbeit für ausgeliehene Zugkraft oder Maschinenarbeit gilt;
7. landwirtschaftliche Produzenten mit einem Betrieb (eigenem Land, eigenem Vieh, eigenen Geräten und Gebäuden) bis zu 2 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) und regelmäßiger Lohnarbeit des Eigentümers;
8. dasselbe mit einem landwirtschaftlichen Betrieb bis zu 10 Hektar LN;
9. dasselbe mit unregelmäßiger Lohnarbeit, regelmäßiger Saisonarbeit oder ohne Lohnarbeit;
10. Eigentümer landwirtschaftlicher Betriebe in Größenordnungen bis zu 10 Hektar LN, deren Familienangehörige aus regelmäßiger Lohnarbeit den bäuerlichen Betrieb mitfinanzieren;
11. ähnliche Bedingungen auf der Grundlage eines landwirtschaftlichen Pachtbetriebes.

Weitere Kombinationen - zum Beispiel die Verbindung von Landwirtschaftsbetrieb und Lohnarbeit des Eigentümers bzw. der Familienangehörigen in der Industrie bzw. gewerblicher Heimarbeit, im städtischen oder dörflichen Handwerk, im Handel und Gaststättengewerbe sind möglich und in der Realität in großer Vielfalt gegeben. Welche Kennziffern müssen also ausgewählt werden, um die Kriterien herauszuarbeiten, die Lohnarbeiter und einfache bäuerliche Warenproduzenten voneinander abgrenzen? Neben den Kennziffern, die das Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und die Stellung im Produktionsprozeß durch den Verkauf der Arbeitskraft oder die selbständige Wirtschaftsführung widerspiegeln, ist offenbar noch die Größe dieser beiden Kennziffern - also die Masse der eigenen Produktionsmittel und ihre (ökonomische und rechtliche) Qualität sowie der Umfang der Lohnarbeit bzw. die Relation zwischen Lohnarbeit und selbständiger Arbeit notwendig. Möglicherweise aber würden zwei Kennziffern, nämlich der im Landwirtschaftsbetrieb durch Warenproduktion erzeugte Gewinn im Verhältnis zu den durch Lohnarbeit erbrachten Einnahmen, hier ausreichen. Für diese beiden ökonomischen Werte gibt es jedoch keine bzw. keine verallgemeinerungsfähigen statistischen Angaben, wie wir an anderer Stelle noch sehen werden. Eine in der bürgerlichen wie in der marxistischen Literatur am meisten verwendete "Ersatzkennziffer" zur Kennzeichnung des sozialökonomischen Status des Landwirtschaftsbetriebes ist der Umfang des von einem Betrieb aus bewirtschafteten Bodens. Auf unser Beispiel angewendet, ergäbe sich nach den für Mitteleuropa üblichen Maßstäben eine Charakterisierung der Betriebe mit bis zu 2 Hektar LN als proletarische bzw. halbproletarische und von 2 bis 5 Hektar LN als kleinbäuerliche Wirtschaften. Die Fragen des Eigentums sowohl am Boden als auch an anderen Produktionsmitteln sowie der Stellung des Produzenten im Produktionsprozeß spielen dabei keine, die Fragen der Nutzung landwirtschaftlicher Produktionsmittel über den Boden hinaus sowie der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum eine indirekte - auf den Flächenumfang übertragene - Rolle. Über die Unzulänglichkeit dieser - in Anlehnung an die bürgerliche Statistik ausgewählten - Kennziffer als Ersatz für eine Vielfalt von ökonomischen und sozialen Komponenten besteht in der marxistischen Theorie seit den Untersuchungen Lenins zu diesem Problem⁴ im wesentlichen Übereinstimmung. Die Argumente dazu brauchen hier

4 Vgl. derselbe, Die Agrarfrage und die Marxkritiker, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 101 ff.; derselbe, Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: ebenda, Bd. 16, Berlin 1962, S. 435 ff.; derselbe, Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft, I. Folge, Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: ebenda, Bd. 22, Berlin 1960, S. 5 ff.

im einzelnen nicht mehr genannt zu werden. Das angeführte Beispiel unterstreicht aber noch einmal, daß die Größe der bewirtschafteten Bodenfläche ohne weitere Angaben die Frage nach der sozialökonomischen Zuordnung des landwirtschaftlichen Produzenten nicht beantworten kann. Es ist dazu jeweils ein ganzes Bündel ökonomischer und sozialer Daten heranzuziehen, um die Kriterien für die Einordnung in die eine oder andere sozialökonomische Kategorie deutlich hervortreten zu lassen und das jeweils bestimmende Element in den Verhältnissen des Produzenten bzw. des landwirtschaftlichen Betriebes zu erkennen. Das gilt selbstverständlich auch für die Abgrenzung zwischen einfachen und kapitalistischen bäuerlichen Warenproduzenten, bei denen unter Beachtung anderer ökonomischer und sozialer Daten die Verhältnisse an der Nahtstelle zwischen beiden Kategorien nicht weniger unterschiedlich waren, sowie für die Differenzierung der einfachen Warenproduzenten in Klein- und Mittelbauern, zwischen denen die Unterschiede weniger durch qualitative als durch quantitative Merkmale bestimmt, insgesamt aber noch sehr undeutlich herausgearbeitet sind.

Unter diesen Erwägungen und der oben genannten Aufgabenstellung hatte die Sichtung des Quellenmaterials für die sozialökonomische Analyse von folgenden drei Gesichtspunkten auszugehen: Erstens war zu prüfen, welche Quellen ökonomische und soziale Kennziffern enthielten, die für die sozialökonomische Klassifizierung der bäuerlichen Produzenten direkt oder indirekt wesentlich sein konnten. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf Kennziffern gelegt, die Auskunft gaben

- a) über Eigentums- und Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln (vor allem an Boden, Vieh, Maschinen, Gebäuden, in gewerblichen Betrieben angelegtes Kapital usw.),
- b) über die Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß als Lohnarbeiter, Selbständiger oder mitarbeitendes Familienmitglied im Haupt- oder Nebenerwerb,
- c) über die Beschäftigung von Lohnarbeitern bzw. den Umfang der Ausbeutung und
- d) über Produktionsrichtung und -umfang, Marktproduktion und Einkommen.

Zweitens war zu prüfen, welche Quellen die ökonomischen und sozialen Daten für alle landwirtschaftlichen Produzenten bzw. landwirtschaftlichen Betriebe im Deutschen Reich in gleicher bzw. vergleichbarer Weise boten und entweder - wie in der Statistik - bereits in quantifizierter Form vorgelegt oder aber quantifizierbar zu machen waren.

Drittens schließlich war bei der Quellenauswahl zu beachten, daß die sozialökonomische Struktur der Bauernschaft in Abhängigkeit von den konkreten historisch-gesellschaftlichen Verhältnissen sowie dynamisch verstanden wird und daher die zur sozialökonomischen Aussage zu verdichtenden Kennziffern sowohl in den einzelnen deutschen Territorien als auch über eine bestimmte Zeit komparabel sein mußten. Der methodische Ansatzpunkt für die Quellenauswahl war also weitgehend bestimmt durch die theoretische Fragestellung und von der durch die Zielsetzung vorgegebenen Methode der quantitativen Massenanalyse. Diesen Anforderungen entsprachen in erster Linie alle die Landwirtschaft betreffenden, das Deutsche Reich im ganzen und seine Territorien im einzelnen umfassenden und in Abständen wiederholten statistischen Erhebungen (so die Betriebs- und Berufszählungen, die Grundeigentumsstatistik, die landwirtschaftliche Produktionsstatistik sowie die im Zusammenhang mit der Besteuerung stehenden Erhebungen über Einkommen und Vermögen), sodann die von gesellschaftlichen Institutionen oder privat veranstalteten Enqueten und schließlich die Buchführungsstatistik. Die Analyse und Kritik des ausgewählten Quellenmaterials konzentrierten sich im wesentlichen auf die Ermittlung des spezifischen Aussagewertes der Quelle für die Unter-

suchung der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft sowohl im einzelnen als auch im Zusammenhang und in Ergänzung der übrigen besprochenen Quellen, während der allgemeine oder sonstige spezifische Aussagewert der Quellen weitgehend unbeachtet blieb. Im folgenden werden die zentralen Erhebungen und statistischen Reihen für die Landwirtschaft, die Enqueten und die Buchführungsstatistik nacheinander besprochen.

1. Die zentralen Erhebungen und statistischen Reihen für die Landwirtschaft

Mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat die amtliche Statistik in den deutschen Staaten eine sprunghafte Entwicklung genommen. Kurz nacheinander wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in fast allen größeren deutschen Staaten Statistische Bureaus eingerichtet⁵, die die Aufgabe hatten, den wachsenden Bedürfnissen des Staates, der Wissenschaft und letztlich auch der kapitalistischen Unternehmer nach wirtschaftlichen und sozialen Informationen Rechnung zu tragen. Mit den von der amtlichen Statistik entwickelten und praktizierten Methoden zur Gewinnung von Massendaten aus fast allen Lebensbereichen, mit der Vervollkommnung der Methodik der Statistik und ihrer Instrumentarien und schließlich mit dem stärkeren Hervortreten ihrer Funktion als Wissenschaft zur Quantifizierung gesellschaftlicher Phänomene entsprach die Statistik den Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Massenproduktion, der Expansion des Handels und des Verkehrs, der Bevölkerungsentwicklung und der sozialen Beziehungen. Sie wurde ein unentbehrliches Hilfsmittel sowohl für die Staats- und Wirtschaftsführung als auch für die Gesellschaftswissenschaften. Die Agrarstatistik hatte bereits bei der Etablierung der Statistischen Bureaus einen festen Platz im Rahmen der Wirtschaftsstatistik und wurde um die Jahrhundertmitte besonders gefördert durch die Internationalen Statistischen Kongresse, die sich außer mit dem wissenschaftlichen Austausch über allgemeine statistische Erhebungs- und Auswertungsmethoden auch mit den Zielen, Grundsätzen und Methoden der landwirtschaftlichen Statistik befaßten,⁶ Entgegen den dort fixierten weitgesteckten Zielen, die von der statistischen Erschließung der allgemeinrechtlichen und volkswirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft bis zur vollständigen Aufnahme der Bedingungen, Verfahrensweisen und Resultate des landwirtschaftlichen Betriebes einschließlich des Reinertrages der pflanzlichen und tierischen Produktion reichten⁷, wurden in der praktischen Ausführung durch die Statistischen Bureaus jedoch nur Teilgebiete in Angriff genommen, und zwar in erster Linie die allgemeine landwirtschaftliche Produktionsstatistik, Einzelbereiche

5 In Preußen zuerst im Zuge der von Stein eingeleiteten Verwaltungsreform 1805, nach vorübergehender Schließung dann endgültig 1810; es folgten Württemberg 1820, Sachsen 1831, Bayern 1833, Baden 1852, Thüringen 1864, Anhalt und Hamburg 1866.

6 Insgesamt haben neun Internationale Statistische Kongresse stattgefunden. Bereits der 1. Kongreß 1853 in Brüssel hat sich ausführlich mit der Agrarstatistik befaßt, weitere Diskussionen dazu fanden auf den Kongressen in Florenz, Berlin sowie auf dem letzten 1876 in Budapest statt. (Vgl. dazu Conrad, Johannes, Grundriß zum Studium der Politischen Ökonomie, Bd. 4: Statistik, T. 1: Die Geschichte und Theorie der Statistik, Jena 1910, S. 25; ebenda, T. 2: Die Statistik der wirtschaftlichen Kultur, Jena 1913, S. 70.)

7 Vgl. ebenda, T. 2, S. 70.

der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik (so die Statistik des Grundbesitzes) sowie die aus den Steuerkatastern erschlossenen bzw. durch Erhebungen erarbeiteten Statistiken des Grundwertes und der Hypothekenschulden. Der Einzugsbereich der landwirtschaftlichen Statistik, Art und Umfang der jeweils erfaßten Kennziffern, die Erhebungs- bzw. Sammlungsmethoden und die Bearbeitung des statistischen Materials waren in den deutschen Territorialstaaten sehr verschieden, so daß die Ergebnisse über die Staatsgrenzen hinaus in vielen Fällen statistisch nicht miteinander vergleichbar waren. Der Ansatz für eine Vereinheitlichung der Statistik, der mit der Schaffung des Zentralbureaus des Zollvereins im Jahre 1833 für die Zollvereinsstaaten gegeben war, blieb auf die Handelsstatistik und die Volkszählungen beschränkt. Erst mit der Einrichtung des Kaiserlichen Statistischen Amtes im Jahre nach der Reichsgründung trat hier eine Veränderung ein. Das Kaiserliche Statistische Amt formulierte unter seinem ersten Direktor, Karl Becker, als seine Hauptaufgabe die Schaffung einer einheitlichen Statistik für das Deutsche Reich.⁸ Zwischen dem Kaiserlichen Statistischen Amt und den Statistischen Bureaus der deutschen Territorialstaaten kam es zu einer Arbeitsteilung, derart, daß das Amt zentrale statistische Daten in seinen Abteilungen selbst aufnahm und zu fortlaufenden Statistiken entwickelte (so die Handels-, Zoll-, Verkehrs-, Reichssteuer-, Kriminal- und Konkursstatistik), daß die Vollerhebungen (die Volks-, Berufs- und Betriebszählungen) sowie die Agrarstatistik (die Anbau-, Ernte- und Viehstatistiken) weiter durch die Statistischen Bureaus aufgenommen und im Rahmen ihrer Territorien bearbeitet, durch das Amt hochgerechnet und für das Deutsche Reich umfassend statistisch bearbeitet wurden, daß im übrigen aber die spezielle Statistik der Territorialstaaten wie bisher den Bureaus überlassen blieb. An dieser Arbeitsteilung hat sich in den folgenden Jahrzehnten bis in die Weimarer Republik nichts Wesentliches geändert. Wenn im Laufe der weiteren Ausbildung der Statistik und ihrer Entwicklung zur Wissenschaft der Einfluß des Kaiserlichen Statistischen Amtes und seines Beirates, der "Konferenz der amtlichen deutschen Statistiker", auf die Einheitlichkeit der Territorialstatistiken auch beträchtlich wuchs und neben die sich allmählich erweiternde und spezialisierende Reichsstatistik eine nach einheitlichen Prinzipien aufgebaute Territorialstatistik trat, so blieben doch (zumindest bis 1918) für eine Reihe von Teilgebieten statistische Erhebungen und Reihen an traditionelle Verfahrensweisen gebunden und waren daher für einen Vergleich der Ergebnisse zwischen den deutschen Territorien nicht verwendbar. Dazu gehörten auch Teilgebiete der Agrarstatistik, zum Beispiel die landwirtschaftliche Grundeigentums-, die Verschuldungs- und die Besitzwechselstatistik, die Statistik der Zwangsversteigerungen und andere. Für sich genommen bietet diese Art von Territorialstatistiken häufig wertvolle Aufschlüsse über sozialökonomische Strukturverhältnisse in der Landwirtschaft des Territoriums; für die Gesamtanalyse der sozialökonomischen Struktur im Gebiet des Reiches sind sie durch ihre regionale Einmaligkeit bzw. Unvergleichbarkeit nicht verwendbar. Bei der Quellenanalyse blieben sie daher außer Betracht.

Das Kaiserliche Statistische Amt, das bei seiner Gründung 1872 dem Reichskanzleramt, dem späteren Ministerium des Innern, und ab 1918 als Statistisches Reichsamt dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt war, hatte zunächst zwei Abteilungen: die Abteilung allgemeine Statistik - dazu gehörte der Bereich Landwirtschaft - und die Abteilung Handels-, Verkehrs- und Steuerstatistik, 1902

⁸ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs (im folgenden: Stat. DR.), 1. Reihe, Bd. 1, 1873.

kam als dritte Abteilung die Arbeiterstatistik dazu, die 1920 zur Abteilung Wirtschafts- und Sozialstatistik erweitert wurde. Von diesem Zeitpunkt an wurde die gesamte landwirtschaftliche Statistik durch diese Abteilung bearbeitet.⁹ Die Ergebnisse der Agrarstatistik wurden in verschiedenen Publikationsorganen des Kaiserlichen Statistischen Amtes veröffentlicht, und zwar die großen Erhebungen (Berufs-, Betriebs- und Bodennutzungserhebungen sowie Viehzählungen) und die im Zusammenhang mit Steuerfragen stehenden Einkommens- und Vermögensstatistiken in dem Hauptquellenwerk, der "Statistik des Deutschen Reichs", die laufenden Berichterstattungen über die Anbauflächen, die Viehzählungen und die landwirtschaftliche Produktion in den "Monatsheften zur Statistik des Deutschen Reichs" bzw. in den "Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs",¹⁰ Die ab 1921 zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" berichtete regelmäßig über Anbauflächen, Saatenstand und Ernteergebnisse, über Schlachtungen und Milchproduktion, über Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für künstliche Düngemittel sowie über die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke. In dem seit 1880 herausgegebenen "Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" schließlich sind die Hauptergebnisse der Statistik in historischer Übersicht zusammengestellt. Die von den Statistischen Bureaus der deutschen Territorialstaaten herausgegebenen Quellenwerke¹¹ bieten häufig neben den speziellen Daten der Territorialstatistik bis auf die kleinste Verwaltungseinheit aufgefächerte Kennziffern aus den großen Erhebungen für das Reich, die in den vom Kaiserlichen Statistischen Amt edierten Quellenwerken nicht enthalten sind. Sie bilden daher eine wichtige Vervollständigung der Reichsstatistik.

2. Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen

Landwirtschaftliche Betriebszählungen wurden im Deutschen Reich in den Jahren 1882, 1895, 1907, 1925, 1933 und 1939 durchgeführt.¹² Es sind die umfassendsten Erhebungen für die deutsche Landwirtschaft. Ihr besonderer Wert besteht darin, daß eine größere Zahl ökonomischer und sozialer Daten für jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb mit Hilfe von Fragebögen ermittelt, nach Betriebsgrößengruppen geordnet und in der statistischen Bearbeitung miteinander kombiniert wurde. Die Betriebsstatistik vermittelt Angaben über die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den Größengruppen, über den Umfang ihrer Betriebs- bzw. ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche, gegliedert nach dem Eigentums- bzw. Besitzverhältnis sowie nach Bodennutzung und Anbauflächen für die Hauptkulturen, über die Haltung von Vieh nach Arten und Stück sowie über die Verwendung von Motorkraft und landwirtschaftlichen Maschinen nach Art und Stärke. Sie enthält Angaben über den Haupt- und Nebenerwerb des Betriebsleiters sowie über die Zahl der in dem Betrieb arbeitenden Familienangehörigen und Lohnarbeiter. Alle diese Kennziffern liegen in der statistischen Bearbeitung zum Teil für so kleine Verwaltungseinheiten wie die Kreise und die Regierungsbezirke (bzw. Kreishauptmannschaften und Verwaltungseinheiten ähnlicher Art) vor und sind

9 Vgl. ebenda, N. F., Bd. 101; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (im folgenden: VjH.), Nr. 1/1921.

10 Vgl. dazu den im Anhang geführten Quellennachweis für die Agrarstatistik.

11 Eine Übersicht über die in den deutschen Staaten herausgegebenen statistischen Quellenwerke bringt Conrad, Johannes, a. a. O., T. 1, S. 50 ff.

12 Für diese und alle weiteren Quellenangaben der Reichsstatistik vgl. den im Anhang geführten Quellennachweis der Agrarstatistik.

hochgerechnet sowohl auf die Territorien der preußischen Provinzen als auch auf das jeweilige Gebiet der deutschen Territorialstaaten und zusammengefaßt auf das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches. Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik ist keine Grundeigentumsstatistik. Sie geht aber wie diese vom Boden aus und versteht unter einem landwirtschaftlichen Betrieb als Bezugspunkt für alle weiteren ökonomischen Kennziffern die von einem Zentrum aus bewirtschafteten Grundstücke. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eigenes, gepachtetes oder sonstiges Land handelt, wesentlich ist lediglich, daß ein Produzent, sei er nun Eigentümer, Pächter, angestellter Betriebsleiter usw., den Boden zum Zeitpunkt der Zählung zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengefügt hatte. Für die sozialökonomische Strukturanalyse, die primär den Produzenten zum Gegenstand hat, ist der landwirtschaftliche Betrieb in diesem Sinne ein geeigneter Ausgangspunkt für die Beurteilung seiner ökonomischen und sozialen Verhältnisse sowie für seine Zuordnung zu einer der sozialökonomischen Gruppen. Zwar muß der Betrieb nicht in jedem Einzelfalle die gesamten ökonomischen und sozialen Verhältnisse des landwirtschaftlichen Produzenten widerspiegeln - denn ein Produzent kann nicht nur zwei oder mehrere Betriebe besitzen, er kann auch auf vielfältige andere Weise ökonomisch wirksam werden, sei es durch eine andere landwirtschaftliche oder gewerbliche Tätigkeit, durch den Besitz eines gewerblichen Betriebes, durch Kapitalverleih, Landverpachtung und anderes mehr -, doch stellt die Produktionseinheit, in die er hineingestellt ist, in der Regel die Grundlage für seine gesamten ökonomischen Verhältnisse und seine soziale Stellung dar. Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik ist infolgedessen die wichtigste Quelle für die Strukturanalyse. Sie liefert für die sozialökonomische Klassifizierung nach den obengenannten vier Kriterien eine Reihe wesentlicher Kennziffern, wenn auch gleichzeitig im Interesse der junkerlich-bourgeoisien Gesellschaft sozialökonomisch aussagekräftige statistische Angaben verschleiert wurden oder aber aus methodisch-technischen Gründen nicht zu erfassen oder darzustellen waren. Die Stellung der Produzenten zu den Produktionsmitteln, charakterisiert durch die Eigentumsverhältnisse an den Hauptproduktionsmitteln - dem Boden, dem Vieh, den Arbeitsinstrumenten und den Wirtschaftsgebäuden -, ist aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik nur unvollkommen zu erschließen. Die Statistik bietet, vom Betrieb ausgehend, eine grobe Übersicht über die Relationen zwischen Eigenland, Pachtland und sonstigem Land (Deputate, zum Teil Anteil an der Allmende), sie gewährt damit jedoch nur einen Einblick in die Eigentumsverhältnisse des Betriebsleiters in bezug auf diesen einen Betrieb und läßt offen, ob über diesen Betrieb hinaus Bodeneigentum in Gestalt von verpachtetem Land, einem zweiten Betrieb, privaten Hypotheken und dergleichen vorliegt. Es ist also das dem Betrieb gehörende Bodeneigentum (davon meistens auch nur die landwirtschaftliche Nutzfläche), nicht aber das Eigentum des Produzenten (Betriebsleiters) dargestellt. Wenn sich auch bei der Masse der kleinen und mittleren bäuerlichen Produzenten annehmen läßt, daß das Betriebseigentum das persönliche Eigentum an Produktionsmitteln vollständig umfaßt, so muß das nicht unbedingt für die Großbauern und noch weniger für den Großgrundbesitzer gelten. Die landwirtschaftliche Betriebszählung hatte nicht nach dem Eigentum an Vieh, sondern nach der Viehhaltung im Betrieb gefragt. Auch hier gilt, daß bei einem Teil der Betriebe (mittelbäuerliche und kapitalistische) Viehhaltung und Eigentum an Vieh mit ziemlicher Sicherheit identisch waren. An der Grenze zwischen proletarischen und kleinbäuerlichen Betrieben ist aber die nicht eindeutig zu beantwortende Frage, ob es sich um Deputativvieh oder um Eigentum handelt, unter Umständen mit entscheidend für die Klassifizierung des Betriebes. Dennoch kann aus der Viehhaltung bei der großen Masse der Betriebe weitgehend, wenn auch nicht absolut sicher auf das Vieheigentum geschlossen werden. Das Eigentum an weiteren Produktionsmitteln wurde durch die Zähl-

lungen nicht erfaßt. Die Statistik der Maschinenanwendung in den Betrieben läßt im einzelnen keine Rückschlüsse auf das Eigentum an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu. Das Eigentum oder der Besitz an Wirtschaftsgebäuden spielt in der Betriebsstatistik keine Rolle. Dafür gibt die Statistik die Verbindung des Landwirtschaftsbetriebes mit einem gewerblichen Betrieb an, allerdings wiederum ohne Hinweis auf die Eigentumsverhältnisse. Es wird aber durch diese Kennziffer das Bild von der Gesamtsituation des Landwirtschaftsbetriebes abgerundet und die sozialökonomische Einordnung erleichtert. Für die Beurteilung der Stellung des Produzenten in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit bietet die Betriebsstatistik ausreichende Kennziffern, zumindest im Hinblick auf den Betriebsleiter, der bei bäuerlichen Betrieben in der Regel zugleich das Familienoberhaupt ist. Es ist ausgewiesen, ob er neben der selbständigen Führung des Betriebes eine andere Tätigkeit in selbständiger Stellung oder im Lohnarbeitsverhältnis ausübt und welche seiner Tätigkeiten nach eigener Einschätzung für seine Gesamtsituation bestimmend ist. So subjektiv diese eigene Einschätzung auch sein mag, in Verbindung mit den übrigen Kennziffern über den landwirtschaftlichen Betrieb lassen sich damit die landbesitzenden Lohnarbeiter von den einfachen Warenproduzenten aussondern. Die Angaben über die Familienmitglieder sind weniger aufschlußreich, da deren Tätigkeit nur in Beziehung zum landwirtschaftlichen Betrieb gesehen wurde und mögliche andere Arbeitsverhältnisse unberücksichtigt blieben. Ihre Einordnung als Produzenten in eine der sozialökonomischen Gruppen wird also nur in Abhängigkeit vom Betrieb bzw. vom Betriebsleiter als Familienoberhaupt erfolgen können. Die Stellung des Produzenten im Produktionsprozeß gibt zugleich Aufschluß über die Art der Erlangung seines Anteils am gesellschaftlichen Reichtum. In engem Zusammenhang damit steht die Frage nach der Ausbeutung fremder Arbeit, die wir als die entscheidende Kennziffer für die Abgrenzung von einfachen und kapitalistischen Warenproduzenten betrachten können. Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik hat seit 1907 Daten über die Beschäftigung von Lohnarbeitern in den einzelnen Betriebsgrößengruppen ausgewiesen und als Ergänzung dazu eine Übersicht über die in den Größengruppen insgesamt beschäftigten Personen vorgelegt. Beide Angaben zusammen lassen Schlußfolgerungen über das Größenverhältnis zwischen Familienarbeit und Ausbeutung fremder Arbeit (dargestellt in der Zahl der familieneigenen und der fremden Arbeitskräfte) zu, so daß in dem von uns behandelten Zeitraum anhand dieser Kennziffern eine Aussonderung der kapitalistischen aus der Masse der bäuerlichen Warenproduzenten möglich erscheint. Über die Größe des Anteils des Produzenten (bzw. des Betriebes) am gesellschaftlichen Reichtum gibt die Betriebsstatistik nur indirekt über das Eigentum an den Produktionsmitteln (und wie wir sahen, sehr unvollkommen) Auskunft. Statistische Kennziffern über die landwirtschaftliche Produktion enthält die Betriebsstatistik nicht. Die Ermittlung solcher Daten wie des Produktionsumfanges, der Produktivität, der Marktproduktion, des Einkommens usw. muß sich auf andere Quellen stützen. Insgesamt kann man einschätzen, daß die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählungen ein Quellenmaterial darstellen, das als Ausgangsbasis für eine sozialökonomische Strukturanalyse sinnvoll genutzt werden kann, jedoch durch weitere Quellen - insbesondere zur Produktion der Landwirtschaftsbetriebe und zum Einkommen des Betriebsleiters - ergänzt werden muß. Der Quellenwert der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik wird außerdem dadurch erhöht, daß die Hauptkennziffern sich entweder über alle sechs oder doch über mindestens drei Zählungen wiederholen, so daß die Dynamik der sozialökonomischen Struktur über mehrere Jahrzehnte sichtbar wird. Beeinträchtigt wird die Aussagekraft der Statistik jedoch insofern, als nicht durchgängig die gleichen statistischen Daten aufgenommen wurden, die Erhebungs-, die Gruppierungs- oder sonstigen statistischen Bearbeitungsmethoden nicht über alle Zählun-

gen einheitlich beibehalten wurden¹³ und Gebietsänderungen an den äußeren Grenzen bzw. auch im Innern des Deutschen Reiches Einfluß auf die Vergleichbarkeit des Materials hatten. Darüber hinaus setzt die Methode der Zuordnung aller statistischen Kennziffern zu Betriebsgrößengruppen der sozialökonomischen Differenzierung Grenzen, da nicht die Betriebe als Einzelobjekt, sondern die Betriebsgrößengruppe insgesamt als Einheit in der Statistik erscheint.

Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik wird als Ausgangsbasis für die sozialökonomische Strukturanalyse angesehen. Dementsprechend wird bei der weiteren Quellenbetrachtung zu berücksichtigen sein, in welchem Maße das jeweilige Material Vergleichsmöglichkeiten und Bezugspunkte zur Betriebsstatistik bietet.

3. Die landwirtschaftlichen Berufszählungen

Im Deutschen Reich sind sechs Berufszählungen im Zusammenhang mit den Betriebszählungen - 1925 und 1933 auch zugleich mit den Volkszählungen - durchgeführt worden. Gegenstand dieser Erhebungen waren die Erwerbspersonen in ihrer Haupt- und Nebenbeschäftigung, gruppiert nach Wirtschafts- (bzw. Berufs-)abteilungen, Wirtschafts- (bzw. Berufs-)gruppen und Berufsarten sowie nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß. Gezählt wurden außerdem die von den Erwerbspersonen im Haushalt unterhaltenen Angehörigen. Die landwirtschaftlichen Berufszählungen geben Aufschluß über die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, sofern diese Beschäftigung als Haupterwerb angesehen wurde. Ob das der Fall war, wurde von dem Betreffenden nach subjektivem Empfinden entschieden. Die Berufszählungen geben keinen Aufschluß über die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung, weil sie alle diejenigen nicht in der Wirtschaftsabteilung "Landwirtschaft" erfaßten, die trotz der Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes ihre Tätigkeit in der Landwirtschaft gegenüber der Beschäftigung als Handwerker, Gewerbetreibender, Gastwirt usw. als Nebenerwerb betrachteten. Dort, wo die Landwirtschaft unter anderen Wirtschaftsabteilungen und Berufsarten als Nebenerwerb erscheint, wurden die hier Erwerbstätigen ohne ihre Angehörigen gezählt. Die Berufszählungen weisen also den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu gering aus und stellen damit die Relation zur industriellen Bevölkerung geringfügig verschoben dar.¹⁴ Die Berufsstatistik gruppiert die Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf in Selbständige, mithelfende und nichtmithelfende Familienangehörige, Angestellte und Lohnarbeiter, sie bildet außerdem spezielle Untergruppen bei den Lohnarbeitern. Damit ist ein Ausgangspunkt für eine soziale Analyse der haupterwerbstätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung gegeben. Die Berufsstatistik ermittelt die landwirtschaftliche Bevölkerung jedoch nicht in ihrer Beziehung zum Betrieb. Es gibt Berührungspunkte zur Betriebsstatistik, doch sind bei-

13 Als der wohl größte Mangel erweist sich in dieser Beziehung der Wechsel von der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Betriebsfläche als Grundlage für die Gruppierung der Betriebe.

14 Eine Untersuchung über methodische Wege, den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf der Grundlage der Berufs- und der Betriebsstatistik zu ermitteln, hat A. Petersilie 1914 unternommen. Er kam zu dem Ergebnis, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht absolut vollständig aus den beiden Erhebungen ermitteln läßt. (Vgl. Petersilie, A., Zahlen für das Gewicht der Landwirtschaft und ihre Betriebsgrößengruppen, Sonderabdruck aus der Zeitschrift d. kgl. Preußischen Statistischen Landesamtes, Jg. 1914.)

de Statistiken durch ihre unterschiedlichen Bezugsebenen und Fragestellungen - hier Beruf, dort Betrieb - nicht miteinander zu kombinieren. Für die sozialökonomische Strukturanalyse, die als Hauptbezugspunkt den Betrieb auswählt, ist sie nicht direkt aussagekräftig, weil es für die Berufsstatistik gegenstandslos ist, ob ein in der Berufsabteilung Landwirtschaft gezählter Selbständiger Klein-, Mittel- oder Großbauer bzw. Großgrundbesitzer ist. Im Vordergrund der Gruppierung steht die gleiche Berufszugehörigkeit aller Selbständigen, die nur von den Familienangehörigen und den Lohnarbeitern klar geschieden werden, Kleinbauern und Junker befinden sich also in einer Gruppe und sind statistisch nicht auszusondern. Da die Berufsstatistik jedoch zugleich Territorialstatistik ist, besteht die Möglichkeit, Selbständige, Angehörige und Lohnarbeiter jeweils auf den Hektar LN für solche Territorien zu berechnen, die aus der Betriebsstatistik als typisch für vorherrschenden bäuerlichen Besitz bzw. für den Großgrundbesitz gelten, um so aus dem Hektarbesatz - zum Beispiel bei den Lohnarbeitern - auf die Verteilung der Lohnarbeiter in den Betriebsgrößengruppen zu schließen. Für die Zeiträume, in denen die Betriebsstatistik keine Kennziffern über die Lohnarbeiter enthält (1882, 1895), könnte die Berufsstatistik hier einen gewissen Ersatz bieten, der allerdings nicht sehr genau und sozialökonomisch auch deshalb nicht allzu aufschlußreich ist, weil für die unteren Verwaltungseinheiten die Lohnarbeiter und die mit-helfenden Familienarbeitskräfte in einer Gruppe statistisch zusammengefaßt sind und in der veröffentlichten Statistik nicht mehr voneinander getrennt werden können. Die für die Beurteilung des Charakters der Betriebe wichtige Lohnarbeit kann also nach dieser Statistik nicht auf die Betriebsgrößengruppen bezogen bzw. nicht von den Familienarbeitskräften gesondert betrachtet werden. Insgesamt ist die Berufsstatistik für die sozialökonomische Analyse der Landwirtschaft von zweit-rangiger Bedeutung, da sie die bäuerlichen Produzenten sozial nicht untergliedert. Sie ist nur insofern als Ergänzung zur Betriebsstatistik zu nutzen, als die fehlen-den Angaben über Lohnarbeit in den Landwirtschaftsbetrieben durch eine Ermittlung der Lohnarbeiter pro Hektar im Territorium ersetzt und von der Berechnung auf den Hektar auf die Verteilung der Lohnarbeiter auf die Betriebe geschlossen werden kann.

4. Die Grundeigentumsstatistik

Im Deutschen Reich wurde die Ermittlung der Grundeigentumsverteilung bis in das 20. Jahrhundert hinein in "geradezu unbegreiflicher Weise" vernachlässigt.¹⁵ Weder die Einführung der Grundsteuern und die mit ihr verbundene Einrichtung (oder Neugestaltung) der Kataster, die Vermögenssteuererhebungen oder andere fiskalische Interessen, weder die Forderungen von Wissenschaftlern wie Johannes Conrad, der einen methodischen Vorschlag zur Erhebung vorlegte, noch eine entsprechende Resolution des Internationalen Statistischen Kongresses 1872 in Petersburg haben hier eine Veränderung bewirkt.¹⁶ Die Feststellung und Anfertigung einer statistischen Übersicht über die Grundeigentumsverhältnisse lag nicht im besonderen Staatsinteresse. So stammen denn die wenigen vorgelegten Teilstatistiken zur Verteilung des Grundeigentums in einzelnen deutschen Staaten bis zur Jahr-hundertwende weniger aus amtlichen als aus privaten Ermittlungen.¹⁷ Ein amt-

¹⁵ Vgl. Conrad, Johannes, a. a. O., T. 2, S. 140.

¹⁶ Vgl. ebenda.

¹⁷ Einen Überblick gibt Scheel, H. v., Die bisherigen Leistungen des Grundeigentums in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik,

lich angefertigter Überblick über das Grundeigentum des Staates, der Krone, der Standesherrschaften und anderer bevorrechteter Grundeigentümer wurde im 19. Jahrhundert nur in Preußen (1863)¹⁸ und nach dem ersten Weltkrieg in Baden und Anhalt angefertigt.¹⁹ Alle diese statistischen Übersichten konzentrierten sich darauf, die Zahl der bevorrechtigten Grundeigentümer (Staat, Krone, Kirche, Universitäten usw. sowie Eigentümer von Lehn- und Fideikommißgütern) und den Umfang ihres Grundeigentums im Territorialstaat bzw. in den preußischen Provinzen festzustellen. Die Eigentumsverhältnisse der landwirtschaftlichen Produzenten - der Bauern vor allem - blieben außer Betracht oder wurden nur global angegeben. Die erste, das ganze Deutsche Reich umfassende Grundeigentumsstatistik wurde für das Jahr 1937 auf Anregung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom Statistischen Reichsamte angefertigt und 1941 veröffentlicht. Als Grundlage dafür dienten die Einheitswertermittlungen zum Zweck der Vermögensbesteuerung vom 1. Januar 1935 mit den Fortschreibungen bis zum Jahre 1937.²⁰ Die Grundeigentumsstatistik ermittelte aus den Einheitswertbogen die Zahl der Eigentümer von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden, gliederte sie nach unterschiedlichen Gesichtspunkten (rechtliche Stellung, Verwendungszweck des Bodens, Betriebsgrößengruppen bei natürlichen Personen) in dreißig Eigentümergruppen und stellte den Umfang ihres Grundeigentums in Hektar fest. Diese Übersicht wurde, mit den Kreisen beginnend, über die Regierungsbezirke, Provinzen und Länder bis zur Gesamtzusammenfassung für das Reich hochgerechnet. Eine zweite Gruppierung nach dem Umfang des Eigentums in vierzehn Größenklassen von 0 bis über 10 000 Hektar Gesamteigentumsfläche liegt für die Kreise und in der Gesamtübersicht für das Reich vor. Aus dieser Statistik ist die Verteilung des Grundeigentums im Deutschen Reich erkennbar, die Konzentration von Grundeigentum bei bestimmten Eigentümergruppen ebenso wie seine Zersplitterung in den Gruppen der natürlichen Personen mit geringem Bodeneigentum. Der allgemeine Wert dieser Statistik ist bei allen Mängeln, die ihr anhaften, unbestritten, er kann hier jedoch nicht erörtert werden. Bei der Prüfung ihres Aussagewertes für die sozialökonomische Strukturanalyse interessiert vor allem die Frage, ob die in der Betriebsstatistik unvollständig dargestellten Verhältnisse des Eigentums an Boden mit Hilfe der Grundeigentumsstatistik ergänzt werden können. Dabei erwies es sich, daß die Grundeigentumsstatistik unter diesem Aspekt weniger aussagekräftig war, als man zunächst annehmen konnte. Zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Erhebung - hier der Betrieb und der Produzent, dort der Boden und sein Eigentümer - war eine direkte Vergleichbarkeit der statistischen Daten und damit auch eine Ergänzung der Betriebsstatistik nicht möglich. Eine der Hauptaufgaben der Grundeigentumsstatistik bestand darin, die einem Grundeigentümer gehörenden land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, die in verschiedenen Kreisen, Regierungsbezirken bzw. auch in verschiedenen deutschen Ländern verstreut lagen, statistisch als Einheit zusammenzufassen. Die technische Lösung dieser Aufgabe erwies sich (da man von einer direkten Befragung der Eigentümer aus verschiedenen Gründen Abstand genommen hatte) als äußerst kompliziert, so daß bei den Eigentumsklassen bis zu 20 Hektar darauf verzichtet werden mußte.

Bd. 4, 1865, S. 174 ff., sowie für die folgenden Jahrzehnte Häbich, Theodor, Deutsche Latifundien, Berlin 1947, S. 22 ff.

18 Vgl. Jahrbücher für die amtliche Statistik des preußischen Staats, 1. Jg. 1863; 3. Jg. 1869.

19 Vgl. Stat. DR., a. a. O., Bd. 549, S. 4.

20 Vgl. ebenda, S. 4 ff. - Zu den Einheitswerten vgl. den Abschnitt zur Einheitswertstatistik in der vorliegenden Arbeit.

In diesen Größengruppen des Grundeigentums waren also Betriebsinhaber nach der Betriebsstatistik identisch mit den Eigentümern nach der Grundeigentumsstatistik, sofern der Betriebsinhaber eigenes Land besaß. In diesen Fällen ist jedoch die Betriebsstatistik vorteilhafter als Quelle zu nutzen, da die Kennziffern zum Grundeigentum des Betriebes hier vollständiger enthalten sind. In den Größenklassen der Eigentümer mit mehr als 20 Hektar Land dagegen sind Betriebsinhaber und Grundeigentümer nur dann identisch, wenn sich Betriebseigentum und persönliches Eigentum des Betriebsinhabers decken. Das ist vor allem bei Betrieben über 100 Hektar Betriebsfläche häufig nicht der Fall, so daß die Betriebsgrößenstruktur und die Größenklassenstruktur des Eigentums auseinanderfallen. Die damit gewonnenen Einsichten sind in vielerlei Hinsicht wichtig und interessant, zur Klärung der sozialökonomischen Struktur der landwirtschaftlichen Produzenten bzw. der landwirtschaftlichen Bevölkerung aber tragen sie nicht unmittelbar bei, denn ein Vergleich von Betriebsinhaber- und Eigentümerstruktur in Durchschnittsziffern für das Deutsche Reich ist für die Strukturanalyse zu ungenau, und der Vergleich in kleineren Territorien - den Ländern, preußischen Provinzen usw. - vermittelt statistisch nicht vergleichbare Sachverhalte, da das Grundeigentum eines in einem Territorium ansässigen Eigentümers sich aus den in verschiedenen Territorien verstreut liegenden Grundstücken zusammensetzt. So besteht der wichtigste Aussagewert der Grundeigentumsstatistik in unserem Zusammenhang in der Feststellung des unterschiedlichen Konzentrationsgrades von Boden bei Eigentümern und Betrieben.

5. Die Bodennutzungs- und Anbauflächenstatistik

Im Deutschen Reich sind Bodennutzungserhebungen in den Jahren 1878, 1883, 1893, 1900, 1913, 1927 und 1937 durchgeführt worden, indem (in Gemeindebezirken berufene) Kommissionen an den Grundsteuerkatastern orientierte Schätzungen vorgenommen haben. Die daraus erarbeitete Statistik der Bodennutzung gliederte den Boden - ohne Beachtung seiner Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb oder Eigentümer - in unproduktive und produktive Flächen sowie das Ackerland gesondert nach der angebauten Kultur in Hektargrößen. Sie ermöglicht Aussagen über vorherrschende extensive und intensive Wirtschaftsweisen für das Territorium, jedoch nicht im Hinblick auf den Betrieb bzw. auf Betriebsgrößengruppen. Über Lage und Qualität des Bodens sagt die Statistik nichts aus. Die Bodennutzungserhebungen waren die Grundlage für die jährlichen Anbau- und Ernteflächenermittlungen, bei denen jeweils zwischen zwei Bodennutzungserhebungen die Abweichungen geschätzt wurden. Diese Feststellung der Anbauflächen erfolgte seit 1892 jährlich im Mai/Juni, wobei sich der Kreis der einbezogenen Ackerkulturen allmählich erweiterte. Für die frühere Zeit liegen Ermittlungen über die Anbauflächen aus den Einzelstaaten vor.²¹ Zwischen 1915 und 1920 wurden die Anbauflächen durch sogenannte Individualerhebungen in den Gemeinden exakt festgestellt, nach 1920 wurde die bereits 1892 angewandte Methode der Schätzung wieder aufgenommen. Die Bodennutzungs- und Anbauflächenstatistik ist die wichtigste Grundlage der landwirtschaftlichen Produktionsstatistik, sie spiegelt den Anteil der einzelnen Kulturen der Pflanzenproduktion an der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Territoriums wider, gibt damit Anhaltspunkte für die Beurteilung der Fruchtfolge und ist entscheidend, um die Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktion verfolgen zu können. Die Möglichkeit, die Bodennutzungs- und

²¹ Vgl. Conrad, Johannes, a. a. O., T. 2, S. 114 ff.

Anbauflächenstatistik für die sozialökonomische Strukturanalyse zu nutzen, zum Beispiel um die in den Betriebsgrößengruppen vorwiegend angebauten Kulturarten und damit den bestimmenden Produktionszweig und den Grad der intensiven Bewirtschaftung festzustellen, besteht lediglich in der Gegenüberstellung der Anbauverhältnisse in Territorien mit jeweils vorherrschenden Betriebsgrößengruppen, wobei von den territorialen Anbauverhältnissen auf diejenigen der Betriebsgrößen geschlossen wird. Da die Anbauverhältnisse, abgesehen von der Betriebsgröße, auch noch von vielen anderen Faktoren beeinflusst werden, ist die auf diese Weise gewonnene Aussage allerdings mit Vorsicht zu verwenden. Auch hier sind die durch die Betriebszählungen gewonnenen Kennziffern zur Bodennutzung, obwohl weniger genau, doch aufschlußreicher.

6. Die Erntestatistik

Die Erntestatistik mit ihren zwei Bestandteilen, der Erntefläche und den auf den Hektar geernteten Durchschnittserträgen, schließt unmittelbar an die Anbauflächenermittlung an. Die auf einem Hektar geerntete Menge einer Kultur wurde ermittelt, indem für ein begrenztes Gebiet (je kleiner, um so genauer) eine sachmännische Schätzung über den zu erwartenden bzw. erreichten Durchschnittsertrag vorgenommen wurde. Nach diesem geschätzten Durchschnitt und der festgestellten Erntefläche wurde dann der gesamte Ernteertrag errechnet.²² Die Ermittlung der Hektarerträge für die wichtigsten Fruchtarten begann im Deutschen Reich 1878 mit zwei Erhebungen jährlich (einer vorläufigen im Herbst und einer endgültigen im November); ab 1898 gab es nur noch eine Schätzung im November, die von sachverständigen Berichterstattern vorgenommen wurde; ab 1920 gab es wieder zwei Schätzungen. Die Erntestatistik weist den jährlich geschätzten durchschnittlichen Hektarertrag für die einzelnen Fruchtarten und den errechneten Gesamtertrag der Ernten aus. Ebenso wie die Bodennutzungs- und Anbauflächenstatistik bezieht sie sich nicht auf den Einzelbetrieb bzw. auf Betriebsgrößengruppen, sondern auf Territorien. Aufschlüsse über Ertragsverhältnisse in den Betriebsgrößen können auf direktem Wege aus der Erntestatistik nicht gewonnen werden. Wie bei den bereits besprochenen Territorialstatistiken bietet hier der statistische Vergleich von Gebieten mit überwiegend bäuerlichem oder Großgrundbesitz die Möglichkeit, von den Erträgen im Territorium auf diejenigen in den Betriebsgrößengruppen zu schließen. Zu berücksichtigen wären dabei der Anteil der Größengruppen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche, das Anbauflächenverhältnis und die Bodengüte. Das rechnerische Verfahren ist außerordentlich aufwendig und die Aussage wohl für den Zusammenhang von Betriebsgröße und Produktivität aufschlußreich, für die sozialökonomische Differenzierung der Betriebe jedoch nur in begrenztem Maße aussagekräftig.

7. Die Viehzählungen und die Viehertragsstatistik

Im Deutschen Reich waren drei Arten der Viehstatistik gebräuchlich. Erstens wurde der Nutzviehbestand im Rahmen der landwirtschaftlichen Betriebszählungen erfaßt, wobei die Hauptvieharten nach Stück pro Betriebsgrößengruppe zusammen-

²² Zu den Schätzungsmethoden im einzelnen und zu ihrer Beurteilung vgl. ebenda, S. 128 ff.; vgl. auch Hesse, Albert, Grundriß der politischen Ökonomie, Bd. 4: Statistik, Jena 1934, S. 188 ff.

gefaßt wurden. Unbeachtet blieben dabei Ermittlungen über Rassen, Qualität, Gewicht, Verwendung, Wert usw. des Viehs. Bestimmte Gattungen - zum Beispiel Luxusperde - wurden nicht berücksichtigt. Zweitens fanden regelmäßig allgemeine umfassende Viehzählungen statt, bei denen unabhängig vom Landwirtschaftsbetrieb und von einem Betrieb überhaupt das gesamte vorhandene Vieh, gruppiert nach Arten, in Stück gezählt wurde. Viehzählungen dieser Art haben im Deutschen Reich seit den siebziger Jahren stattgefunden, und zwar 1873, 1883, 1892 und 1893, 1897, 1900, 1907, 1913, 1921, 1932 und ab 1933 jährlich jeweils im Dezember bzw. Januar. Sie gingen von der Stückzahl des Viehs im Territorium aus und waren nicht auf die Landwirtschaft beschränkt. Es lassen sich aus diesen Zählungen keine Bezüge zum landwirtschaftlichen Betrieb herstellen. Die Umrechnung des Viehbestandes in Territorien mit typischen Besitzgrößen auf den Hektar und von dort auf den durchschnittlichen Viehbesatz in Betriebsgrößengruppen erscheint nicht ratsam, weil durch das in Städten gehaltene und mitgezählte Vieh die Ergebnisse zu ungenau werden. Wenn auch die Viehzählungen den Viehbestand im einzelnen ausführlicher beschreiben, so sind für die Beurteilung des Viehbestandes in den Betrieben die Angaben aus der Betriebsstatistik doch exakter. Drittens wurde seit der Jahrhundertwende die tierische Produktion durch Schätzungen von Schlachtquoten und -gewichten aus den Viehbestandszählungen ermittelt. Die Fleischproduktion kann ab 1904 aus der Statistik des Gesundheitsamtes (1904 nur gewerbliche Schlachtungen, ab 1907 alle beschaupflichtigen, ab 1912 auch die nichtbeschaupflichtigen Hausschlachtungen) erschlossen werden. Die Statistik über die beschaupflichtigen Schlachtungen geht jedoch nicht nur von der inländischen Viehproduktion aus, sie enthält auch alle aus dem Ausland lebend eingeführten Tiere, ist also nur im Zusammenhang mit der Einfuhrstatistik brauchbar. Abgesehen davon decken sich die nichtbeschaupflichtigen Schlachtungen nicht mit den Hausschlachtungen, wie man vielleicht annehmen könnte, weil ein Teil der Hausschlachtungen beschaupflichtig war, ein anderer Teil, dessen Umfang ungewiß bleibt, aber nicht. Eine Beziehung zwischen festgestellter Fleischproduktion und landwirtschaftlichem Betrieb ist durch die Art der Ermittlung der Fleischproduktion nicht herzustellen. Insgesamt lassen sich aus dem Vergleich der Viehbestandsaufnahmen im Rahmen der Betriebszählungen, aus den allgemeinen Viehzählungen und der Statistik der Fleischproduktion interessante volkswirtschaftliche Einblicke gewinnen. Für die Analyse der sozialökonomischen Struktur der landwirtschaftlichen Produzenten hat dieser Vergleich jedoch keine Bedeutung. Aussagekräftig bleibt hier lediglich der Viehbesatz nach Stückzahlen aus der Betriebsstatistik. Von der tierischen Produktion wurde im Deutschen Reich lediglich die Milchproduktion - nach einem ersten Versuch einer Produktionsschätzung im Jahre 1929 - ab 1931 regelmäßig als Gesamtertrag erfaßt, wobei die Milcherzeugung in städtischen Viehhöfen einbezogen war und aus der Statistik nicht auszusondern ist. Die durchschnittliche Ertragsleistung pro Kuh läßt sich daraus ohne Schwierigkeit errechnen. Ein Bezug zu den landwirtschaftlichen Betrieben fehlt hier ebenso wie in der gesamten landwirtschaftlichen Produktionsstatistik.

Damit ist die Reihe der Erhebungen und statistischen Reihen, die die Landwirtschaft direkt betreffen, sich über einen längeren Zeitraum in Abständen wiederholen und das ganze Reichsgebiet umfaßten, bereits erschöpft. Neben der Agrarstatistik gab es jedoch statistische Erhebungen, die, von einem anderen Zweck ausgehend, ökonomische Kennziffern über die Landwirtschaft sammelten und statistisch bearbeiteten. Dazu gehören in erster Linie die Steuererhebungen. Von den verschiedenen Steuerarten sind besonders diejenigen für die Analyse landwirtschaftlicher Produktionsverhältnisse interessant, die sich auf den Ertrag, das Einkommen oder das Vermögen beziehen, weil die Möglichkeit geprüft wer-

den mußte, ob mit ihrer Hilfe diese Lücke in den Kenntnissen über die Landwirtschaftsbetriebe zu schließen war. In Betracht kamen dabei die Grundsteuern, die Einkommens- und die Vermögenssteuern, weil die Festlegung des jeweiligen Steuerbetrages (der Steuerveranlagung) eine Ermittlung der Erträge, der Einkommen oder Vermögen erwarten ließ.

8. Die Grundsteuern und Kataster

Grundsteuern waren in zwei Hauptarten bekannt: als Grundvermögens- und als Grundertragssteuern. Das Grundvermögen wurde durch den Verkaufswert (das war in der Regel der zur Zeit der Steuerveranlagung gegebene Marktwert) des Grundstückes bestimmt; als Grundertrag wurden die zum Zeitpunkt der Steuerveranlagung gegebene Ertragsfähigkeit des Bodens und die über eine längere Zeit zu erwartenden Durchschnittserträge ermittelt. Mit der Herausbildung des Kapitalismus setzten sich die Grundertragssteuern mehr und mehr durch.²³ Die Voraussetzung dazu war die Vermessung der Grundstücke und die Feststellung ihrer durchschnittlichen Ertragsfähigkeit, das heißt die Bonitierung und Berechnung der sogenannten Grundsteuer-Roh- bzw. -Reinerträge. Der Übergang zur Grundertragssteuer führte in den deutschen Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem umfangreichen Vermessungs- und Bonitierungswerk und der Einrichtung bzw. Neugestaltung der Kataster. Ein Kataster ist im 19. Jahrhundert ein laufend geführtes Register, das für die einzelnen Grundstücke die für die Besteuerung notwendigen Kennziffern enthält, und zwar: die Größe des Grundstückes, die Kulturart, die Bodensorte, die durchschnittlichen Roh- oder Reinerträge oder den Wert des Grundstückes als Verkaufswert. Der Hauptzweck dieses Katasters ist es, für die Grundbesteuerung die durchschnittliche Ertragsfähigkeit der Flächeneinheit eines bestimmten Grundstückes mit einer der Wirklichkeit möglichst angenäherten Wahrscheinlichkeit zu ermitteln. Dazu ist außer der Vermessung und Kartierung der Grundstücke die Einordnung in eine Kategorie der Ertragsfähigkeit (Bonitierung) notwendig. Zur Bonitierung gehört, daß für einen bestimmten Schätzungsbezirk und eine bestimmte Kultur unter Berücksichtigung von Klima, Bodenart, Bewässerung usw. der Durchschnittsertrag sowie unter Abzug der "allgemein üblichen Wirtschaftskosten" der durchschnittliche Reinertrag geschätzt wird. Der Kataster-Reinertrag (oder Grundsteuer-Reinertrag) ist also eine Durchschnittsgröße, ein Durchschnitt des Ertrages, der bei sogenannten normalen Wirtschaftsbedingungen erwartet werden kann. Der Grundsteuer-Reinertrag wird ermittelt, indem der durchschnittliche Ertrag mit einem Kapitalisierungsfaktor (der dem üblichen Zinsfuß zur Zeit der Steuerveranlagung entsprach) multipliziert wird. Aus den Katastern bzw. den auf ihrer Grundlage erarbeiteten

23 Zur Entwicklung der Grundsteuern und Kataster in den deutschen Staaten vgl. Bräuer, Karl, Grundsteuern, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Jena 1927, S. 1242 ff.; zu Preußen vgl. besonders Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 1, Berlin 1868; ebenda, Bd. 4 (Tabellenwerk), Berlin 1869. Zu den Bewertungs- und Berechnungsmethoden der Ermittlung des Grundsteuer-Roh- bzw. -Reinertrages vgl. ausführlich Roscher, Wilhelm, System der Volkswirtschaft, Bd. 4: Finanzwirtschaft, Stuttgart 1889, S. 344 ff.; Meitzen, August, a. a. O., Bd. 4, S. 23 ff.; Aereboe, Friedrich, Die Taxation von Landgütern und Grundstücken, Berlin 1912; Kolle, M., Die Entstehung der Ertrags- und Katastersteuern in den deutschen Staaten, in: Finanzarchiv, 16. Jg. 1899.

Ertragswert- bzw. Grundsteuer-Reinertrags-Statistiken ist also für Grundeigentümer in einem bestimmten Territorium (als Steuersubjekte) zu entnehmen, welcher durchschnittliche Reinertrag bzw. Reinertragswert aus ihrem Grundstück zu erwarten ist. Es handelt sich hier also durchaus um eine ökonomische Kennziffer, die Einblick in sozialökonomische Verhältnisse gibt, und zwar insofern, als der Produktionswert für einen wesentlichen Bereich des Landwirtschaftsbetriebes widergespiegelt wird. Da eine solche Kennziffer aus den direkten Landwirtschaftsstatistiken nicht abzulesen ist, gewänne diese Aussage noch an Wert, wenn ihr nicht andere - die Aussage beeinträchtigende - Seiten anhafteten. Da ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Vermessungs- und Bonitierungsarbeiten in den einzelnen deutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts zu unterschiedlichen Zeiten durchgeführt wurden. Bayern legte sein Kataster 1820 an, und es wurde mehrere Jahre daran gearbeitet, Württemberg begann 1873 damit, Baden hatte ein älteres Teilkataster, bildete aber erst 1898 Bonitätsklassen, Hessen hatte seit 1824 ein Kataster, Waldeck seit 1850, Preußen seit 1861, wobei sich die Katasterarbeiten mehrere Jahre hinzogen. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Produktivität der Landwirtschaft nicht zuletzt auf der Grundlage der Bodenverbesserung, Düngung, Fruchtwechselwirtschaft usw. in schnellem Tempo. Unter diesem Aspekt hat ein Vergleich der Ertragswerte, deren Ermittlung sich in den einzelnen Staaten über einen Zeitraum von fast einem Jahrhundert erstreckte, keinen gemeinsamen Ausgangspunkt, sondern spiegelt ganz unterschiedliche Produktionsbedingungen und -verhältnisse wider. Dazu kommt als ein zweiter Faktor die unterschiedliche Methodik der Bonitierung. Die Staaten bildeten nicht nur unterschiedliche Bonitätsklassen (Sachsen 12, mit Unterklassen 24, Preußen 8, andere Staaten zwischen 8 und 12), es wurden auch unterschiedliche Gesichtspunkte für die Klassifikation herangezogen. Und schließlich gab es in den deutschen Staaten keine einheitlichen Maßstäbe zur Feststellung des Grundsteuer-Reinertrages im Verhältnis zum Rohertrag. Als Reinertrag wurde zum Beispiel der Rohertrag nach Abzug des Saatgutbedarfs angesehen (Bayern), in anderen Staaten wurde der Reinertrag unmittelbar nach dem Gesamteindruck, den das Grundstück auf einen ortskundigen Sachverständigen machte, geschätzt²⁴, darüber hinaus wurde unter dem Grundsteuer-Reinertrag in den einzelnen deutschen Staaten auch nicht immer die gleiche ökonomische Größe verstanden. Die Unterschiede in der Anlage der Kataster und in der Ermittlung der durchschnittlichen Ertragsfähigkeit des Bodens (von der Aereboe sagt, daß sie als allgemeine Größe überhaupt nicht exakt zu ermitteln sei²⁵) machen die darauf aufbauenden Feststellungen des Grundsteuer-Reinertrages zu nicht vergleichbaren Kennziffern im Deutschen Reich und lassen die Auswertung der Kataster und der Statistik der Grundsteuer-Reinerträge für eine das Reich umfassende sozialökonomische Analyse als ungeeignet erscheinen. Diese Situation änderte sich bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht, weil die Reichssteuerreform aus dem Jahre 1919/20 die Grundsteuern nicht berührte, sondern sie im Haushalt der Länder ließ, und zwar nach den dort üblichen Bemessungsgrundlagen. Es hat also trotz mancher Neuerungen in der Grundsteuerveranlagung in den Ländern keine Vereinheitlichung der Katasterarbeiten und Bonitierungsverfahren gegeben. Durch die Steuergesetzgebung der zwanziger Jahre und den Übergang zu zentral veranlagten Einkommens- und Vermögenssteuern im Rahmen des Deutschen Reiches trat die

24 Vgl. Meitzen, August, a. a. O., Bd. 1, S. 25.

25 Vgl. Aereboe, Friedrich, Die Beurteilung von Landgütern und Grundstücken, 2. Aufl. Berlin 1928, S. 241 ff.; auch Agrarpolitik, Ein Lehrbuch, Berlin 1928, S. 77 ff.

Bedeutung der Länderkataster für die Steuern immer mehr zurück, und sie wurden nicht mehr überall weitergeführt. Die Länder orientierten sich bei der Veranlagung der Grundsteuern später an den im Reich im Zusammenhang mit der Vermögenssteueranlagung ermittelten "Einheitswerten" der Grundstücke.

9. Die Einheitswerte und die Einheitswertstatistik

Die Einheitswerte wurden zum ersten Mal im Jahre 1925 zum Zweck der einheitlichen Vermögensbesteuerung im Deutschen Reich festgestellt. Eine zweite Feststellung fand 1935 statt, Veränderungen wurden in den folgenden Jahren auf dem Einheitswertbogen laufend fortgeschrieben. Der Begriff "Einheitswert" leitete sich aus der Bestimmung ab, daß die ermittelten Vermögenswerte eines Eigentümers die einheitliche Grundlage für alle weiteren Steuern bilden sollten.²⁶ Der Einheitswert stellt das als Verkaufs- oder Ertragswert ausgedrückte Vermögen eines Eigentümers dar. Für die Beurteilung landwirtschaftlicher Verhältnisse könnte die Ermittlung der Einheitswerte aus zwei Gründen interessant sein; erstens weil die Vermögen nach Arten unterschieden und gesondert ermittelt wurden, von denen die eine das land- und forstwirtschaftliche Vermögen darstellte (neben dem gewerblichen, dem städtischen Grundvermögen und dem Kapitalvermögen); und zweitens weil von den zwei üblichen Methoden, den Wert des Vermögens zu ermitteln - nämlich nach dem Verkaufs- oder dem Ertragswert -, für die Landwirtschaft die letztere gewählt wurde. Dabei wurde nach den bereits bekannten Verfahren der Bonitierung die durchschnittliche Ertragsfähigkeit des Bodens (einheitlich unter Beachtung von Bodengüte, Lage, Klima, Verkehrslage, Geschlossenheit des Grundbesitzes, Absatzverhältnissen) und der Wert durch die Multiplikation mit einem Kapitalisierungsfaktor 25 errechnet. Von dem so ermittelten Rohertragswert der Grundstücke sollte vor der Steuerfestlegung der Wert für den Arbeitsaufwand abgezogen werden, um einen Steuer-Reinertrag zu erhalten. Der für das landwirtschaftliche Grundstück festgestellte Einheitswert ist dem Wesen nach ein Reichskataster. Die Einheitswertstatistik stellt die landwirtschaftlichen Vermögen in den Territorien dar, gruppiert die Vermögenseinheiten nach Betriebsgrößengruppen und außerdem in 21 Ertragswertklassen. Die Ertragswertklassen weisen den auf einen Hektar ermittelten Höchst- und Mindestwert aus. Die Betriebe werden nach Betriebsgrößengruppen in die Ertragswertklassen eingestuft. Es erhebt sich also die Frage, ob die Einheitswertstatistik mit anderen landwirtschaftlichen Statistiken, insbesondere mit der zur gleichen Zeit erfolgten Betriebszählung von 1925, vergleichbar und kombinierbar ist. Dazu wäre die erste Voraussetzung, daß unter den Hauptbezugsebenen - dem Betrieb - dasselbe verstanden wird. Diese Voraussetzung ist jedoch nicht gegeben. Im Unterschied zur Betriebsstatistik, die den Betrieb als eine von einem Zentrum aus geleitete Wirtschaftseinheit versteht, ist der Betrieb in der Steuerstatistik das zu einem Eigentümer gehörende Grund- (und anderes) Vermögen, unabhängig davon, ob es wirtschaftlich zusammenhängt oder aber verschiedenen Betrieben im Sinne der Betriebsstatistik eingegliedert ist. Auf diese Weise ist der Vermögenswert des Betriebes nach der Steuerstatistik (der Einheitswert) nicht das Betriebsvermögen auf der Grundlage der Betriebsstatistik, sondern das Vermögen eines Eigentümers landwirtschaftlicher Grundstücke, das sich aus verschiedenen

²⁶ Über den Begriffsinhalt der Einheitswerte und über die Methoden zu ihrer Ermittlung im einzelnen vgl. Stat. DR., a. a. O., Bd. 365, S. 5 ff.; Bd. 526, S. 7 f.

Teilen, und zwar neben den Grundertragswerten auch aus gewerblichem Betriebsvermögen, angelegtem Kapitalvermögen usw., zusammensetzen kann, sofern sie in Vermögenseinheit mit einem Landwirtschaftsbetrieb verstanden werden. Die einzelnen Bestandteile des landwirtschaftlichen Vermögens lassen sich aus der Statistik nicht aussondern. Die Betriebsstatistik und die Einheitswertstatistik für landwirtschaftliche Vermögen haben also völlig unterschiedliche Bezugsebenen, die statistisch nicht miteinander vergleichbar sind. Unabhängig davon wird die Aussagekraft der Einheitswertstatistik für die sozialökonomische Strukturanalyse auch dadurch gemindert, daß zur Fixierung des Vermögenswertes eines Landwirtschaftsbetriebes im Sinne der Steuerstatistik ein allgemeiner Durchschnittsertragswert für das Grundvermögen des Eigentümers errechnet wurde, und zwar auf folgende Weise: Es wurde nach den üblichen Bonitierungsverfahren der durchschnittliche Grundertragswert für die einzelnen Bodennutzungsarten - gesondert für Ödland, Forstfläche, landwirtschaftliche Nutzfläche - ermittelt. Danach wurde für den gesamten Boden der durchschnittliche Ertragswert und dieser wiederum auf den Hektar als Hektardurchschnittswert berechnet. Als Ergebnis dieser Durchschnittsberechnungen ergab sich, daß für Eigentümer mit einem großen Anteil nichtlandwirtschaftlich genutzter Flächen insgesamt ein minimaler Ertragswert errechnet wurde, weil der geringe Ertragswert der Ödland- und Forstflächen den Durchschnittsertragswert pro Hektar außerordentlich herabdrückte und die hohen Ertragswerte der landwirtschaftlichen Nutzfläche rechnerisch nivellierte. Je größer der Anteil an Ödland und Wald, desto geringer wurden die Durchschnittsertragswerte für den Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Auf diese Weise finden wir in der Einheitswertstatistik Eigentümer von landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben in den höchsten, das landwirtschaftliche Großgrundeigentum jedoch in den niedrigsten Ertragswertklassen.²⁷ Zu berücksichtigen ist außerdem, daß nicht alle Eigentümer von Boden in der Statistik erscheinen, sondern nur die steuerpflichtigen. Für die sozialökonomische Strukturanalyse ist die Einheitswertstatistik aus den genannten Gründen nur mit Vorbehalten zu verwenden. Einen Ersatz für die fehlenden ökonomischen Kennziffern zur Produktivität bzw. zum Vermögenswert der landwirtschaftlichen Betriebe stellt sie nicht dar.

10. Die Einkommenssteuerstatistik

An der Einkommenssteuerstatistik interessiert in erster Linie die Frage, was die Einkommen, nach denen die Steuern bemessen wurden, darstellen, wie sie ermittelt wurden und ob das steuerpflichtige Einkommen einen Einblick in die tatsächlichen Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft bietet. Allgemeine Einkommenssteuern wurden in den deutschen Staaten im Verlaufe des 19. Jahrhunderts (Hessen 1869, Sachsen 1874, Baden 1884, Preußen mit teilweisen Einkommenssteuererhebungen ab 1851, mit einer allgemeinen 1891) bzw. im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts (alle übrigen deutschen Staaten) eingeführt.²⁸ Die

²⁷ So ist es z. B. zu erklären, daß der für den Hektar festgestellte Ertragswert im Durchschnitt des Reiches bei Betrieben unter 2 ha LN 2055, - RM beträgt, daß dieser Ertragswert mit steigender Betriebsgröße absinkt, bis er bei Betrieben mit mehr als 5 000 ha Boden nur noch 307, - Mark beträgt. (Vgl. Stat. DR., a. a. O., Bd. 365.)

²⁸ Über die Entwicklung der Einkommensbesteuerung in den deutschen Staaten und im Deutschen Reich vgl. Winkler, Wilhelm, Grundriß der Statistik, T. 2: Gesellschaftsstatistik, Berlin 1933, S. 199 ff. - Zu den Methoden der Ein-

Grundlage dafür boten deklarierte oder geschätzte Einkommen, wobei die Schätzkommissionen angewiesen waren, jedes "lästige Eindringen" in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu vermeiden.²⁹ In der Beurteilung der zeitgenössischen Nationalökonomie und Volkswirtschaftslehre entbehren die im Zusammenhang mit der Einkommenssteuer fixierten Einkommen sowohl aus Unkenntnis der Befragten, was Einkommen ist, aus Gründen der Einkommensverschleierung als auch aus der objektiven Schwierigkeit (insbesondere bei teilweiser Naturalwirtschaft), das Einkommen zu erfassen, jeder realen Grundlage.³⁰ Eine Vergleichbarkeit für das gesamte Deutsche Reich bieten sie schon wegen der unterschiedlichen sachlichen und zeitlichen Fixierung der Einkommen nicht. Eine einheitliche Einkommenssteuer für das Deutsche Reich gab es in Form von Sondersteuern vor und im ersten Weltkrieg, wobei auf eine Ermittlung der Einkommen verzichtet wurde.³¹ 1920 wurde der erste Versuch einer einheitlichen Einkommenserhebung unternommen. Die in diesem Zusammenhang ermittelten Einkommen und die Einkommensstatistiken haben in der Beurteilung der zeitgenössischen Wissenschaft keinen Wert.³² Die grundsätzliche Neuregelung der Einkommenssteuer erfolgte 1925.³³ Die Einkommen wurden im Rahmen einer großangelegten Erhebung festgestellt, statistisch bearbeitet und veröffentlicht. Aus der Einkommenssteuerstatistik interessiert für die Strukturanalyse in der Landwirtschaft die Höhe der landwirtschaftlichen Einkommen. Es ist zunächst festzustellen, wer als Einkommensträger erscheint und welche ökonomischen Kennziffern sich in dem Begriff Einkommen in der Steuerstatistik widerspiegeln. Der Bezugspunkt für alle ermittelten Einkommen ist die zu besteuernde Einzelperson bzw. der Haushaltsvorstand, sofern deren Haupterwerb nicht Lohnarbeit war und nicht unter einem bestimmten fixierten Existenzminimum blieb. Die Einkommen dieser steuerpflichtigen Personen waren nach ihren Quellen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetriebe, Vermögen usw.) untergliedert. In der Statistik erscheinen die steuerpflichtigen Personen aus der Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Gewinnung von Steinen und Erden in einer Gruppe. Zu diesen Personen gehörten in erster Linie die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber aller Betriebsgrößengruppen mit Einkünften aus dem Landwirtschaftsbetrieb, Grundeigentümer mit Einkünften aus landwirtschaftlicher Pacht, sofern die Pacht die Haupteinnahme bildete. Hier erscheinen nicht diejenigen Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe, die ihren Haupterwerb aus einem gewerblichen Betrieb oder aus Lohnarbeit bezogen. Die Übereinstimmung mit der Rubrik "Landwirtschaftsbetriebe im Haupterwerb" aus der Betriebszählung ist nicht nur wegen der weiten Fassung des Begriffes "Einkommen aus der Landwirtschaft" nicht gegeben, sondern auch deshalb nicht, weil die Betriebsinhaber, deren Einkommen den steuerfreien Grundbetrag nicht überschritten, aus der Statistik herausfallen. Es handelt sich also um verschiedene Betriebskategorien in beiden Statistiken. Bei den aufgeführten Einkommen handelt es sich zunächst um Roheinkommen (Bruttoeinkommen) aus den verschiedenen Quellen, die nicht im einzelnen angegeben werden; alle obengenannten

kommensermittlung im einzelnen vgl. Stat. DR., a. a. O., Bd. 312, S. 5 ff.; Bd. 348, S. 1 ff.

29 Nach Roscher, Wilhelm, a. a. O., S. 320.

30 Vgl. ebenda, S. 317 ff.

31 Bemessungsgrundlage für die Steuern boten die deklarierten und geschätzten Einkommen der Staaten. (Vgl. Popitz, Johannes, Einkommenssteuern, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Jena 1926, S. 445.)

32 Vgl. ebenda, S. 450.

33 Vgl. Einkommenssteuergesetz vom 10. 8. 1925, in: RGBl. I, S. 189.

Quellen kommen dafür in Frage, Ihre Summe ergibt nach Abzug von steuerfreiem Einkommen (Versorgung für Kriegsbeschädigte, ähnliche Renten, Mittel aus Stiftungen usw. sowie Familienermächtigungen), Werbungskosten (das sind Abschreibungen für Abnutzung und Substanzverringerung, Steuern vom Grundvermögen, Kosten für Flurbereinigung usw.), Sonderleistungen (Beiträge für landwirtschaftliche Organisationen, Kirchensteuern usw.), Schuldzinsen, Renten und weiterem das Steuereinkommen. Dieses steuerrechtliche Einkommen ist nicht identisch mit dem Reineinkommen im wirtschaftlichen Sinne, es ist wegen des steuerfreien Teils (der nicht extra ausgewiesen wird, sondern im Einkommen von vornherein nicht erscheint) geringer als das wirtschaftliche Einkommen. Da die Einkommensstatistik die Personen mit landwirtschaftlichen Einkommen nicht nach Betriebsgrößen, sondern nach Einkommensklassen territorial gruppiert, ist eine Vergleichsbasis zur landwirtschaftlichen Betriebsstatistik nicht gegeben. Im Vergleich der Territorien lassen sich aus der Zugehörigkeit zu den Einkommensklassen und der Höhe der erzielten Einkommen gewisse Rückschlüsse über die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe ziehen. So ist es immerhin aufschlußreich, daß Personen mit einem aus selbständiger Tätigkeit in der Landwirtschaft stammenden Einkommen in den drei süddeutschen Ländern Baden, Württemberg, Hessen zu 60 bis 65 Prozent in der untersten Einkommensklasse anzutreffen sind. Insgesamt ist die Statistik wegen der Zusammenfassung der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Steine- und Erdgewinnung wegen des spezifisch steuerrechtlichen Einkommensbegriffes und des von der Betriebsstatistik abweichenden Betriebsbegriffes für die Strukturanalyse nach sozialökonomischen Kriterien nicht verwendbar.

11. Die Enqueten

Neben der Statistik mit ihren Massendaten diene auch die Enquete der Gewinnung von Fakten und Daten zur Beurteilung gesellschaftlicher, vor allem sozialer Sachverhalte. Sie unterscheidet sich von der statistischen Erhebung durch ihre Methode sowie durch die Form und den Inhalt der Ergebnisse. Methodisch handelt es sich um die Befragung einzelner oder vieler zu einem bestimmten Gegenstand, Zustand, Prozeß und ohne Rücksicht auf die qualitative oder quantitative Repräsentation. Die Ergebnisform ist der mit statistischen Daten, Befragungsprotokollen, Gutachten usw. angereicherte Bericht, der neben quantitativen vor allem qualitative Merkmale, Meinungen, Urteile enthält und sie unter der Ausgangsfragestellung wertet.

In Deutschland war die Enquete in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vornehmlich durch den Verein für Sozialpolitik gefördert und angewandt worden,³⁴ Im Mittelpunkt standen Enqueten über soziale Verhältnisse. Regierungsenqueten gab es seit 1874 für das Gesamtgebiet des Reiches und für die Territorien der einzelnen Staaten rund zehn Jahre später. Im Zeitraum von 1871 bis 1939 hat es mehrere private und amtliche Enqueten zur Untersuchung der Lage in der Landwirtschaft gegeben, und zwar zwei zu den Arbeits- und Lebensverhältnissen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter - die erste 1873/74, veranstaltet durch von der

³⁴ Vgl. dazu ausführlich Schäfer, Ulla G., Historische Nationalökonomie und Sozialstatistik als Gesellschaftswissenschaften, Forschungen zur Vorgeschichte der theoretischen Soziologie und der empirischen Sozialforschung in Deutschland in der 2. Hälfte des 19. Jhs., Köln/Wien 1971, S. 182 ff.

Goltz³⁵, und die zweite 1892/93, veranstaltet vom Verein für Sozialpolitik, geleitet von Sering, Thiel und Conrad³⁶ -, eine zu den Produktions- und Lebensverhältnissen der bäuerlichen Produzenten - und zwar 1882/83, ebenfalls veranstaltet vom Verein für Sozialpolitik, geleitet von Thiel, Schmoller und Knapp³⁷ - und schließlich eine letzte, regierungsamtliche im Zusammenhang mit den Arbeiten des Enquete-Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft nach dem ersten Weltkrieg, speziell zur Lage in der Landwirtschaft, geleitet von Hermes, unter Mitarbeit von Sering, Baade, Beckmann und Lang,³⁸ Diese Enquete stützte sich vornehmlich auf Buchführungsergebnisse. Schließlich haben die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ab 1904 mit Hilfe von Fragebogen und Buchführungsergebnissen ermittelten Daten zu den Betriebsverhältnissen in der Landwirtschaft einen Enquete-Charakter, wenn sie auch nicht als solche bezeichnet wurden.³⁹ Die beiden Enqueten, die sich mit den Arbeitsverhältnissen der Landarbeiter beschäftigen, geben keinen Einblick in sozialökonomische Strukturzusammenhänge. Die Arbeit des Enquete-Ausschusses von 1927 wird bei den Buchführungsstatistiken eingeordnet. Zu besprechen bleiben hier die Enqueten von 1882/83 und 1904.

11.1 Die Enquete des Vereins für Sozialpolitik 1882/83

Die Enquete zu den bäuerlichen Verhältnissen in den Jahren 1882 und 1883 erfolgte auf Grundlage eines Fragebogens, der insgesamt 23 Teilkomplexe bäuerlicher Arbeits- und Lebensbedingungen ansprach. Dieser Fragebogen wandte sich nicht direkt an die bäuerlichen Betriebsinhaber, sondern blieb in der Hand eines sachverständigen Berichterstatters (vielfach eines wissenschaftlich ausgewiesenen Volkswirtschaftlers, Statistikers usw.), der mit Hilfe der örtlichen Quellenmaterialien und unter Mitwirkung von Gewährspersonen für ein bestimmtes Territorium die einzelnen Fragenkomplexe zu beantworten suchte. Dabei wurden dieschriftlichen Unterlagen der Gemeinden, der Katasterämter und anderes genauso genutzt wie die Befragung von Bauern für Teile des Fragebogens, die anders nicht zu erschließen waren. Neben den Sachfragen nach der Verteilung des bäuerlichen Grundeigentums, dem Stand der Grundstückszusammenlegung, nach noch vorhandener Gemengelage, den Pachtverhältnissen, den Hypothekenschulden, der Aufteilung der Allmende, den Erbverhältnissen, der Technik im Bauernbetrieb, dem Nebengewerbe und dem Umfang der Marktproduktion waren auch Fragen nach dem Einfluß des Großgrundeigentums auf die Bauern, Ursachen für die Verschuldung, für die Unterschiede in den Erträgen zwischen Gütern und Bauernwirtschaften, Er-

35 Vgl. Goltz, Theodor von der, Die ländliche Arbeiterfrage in Deutschland, Berlin 1874.

36 Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 53 - 56, Leipzig 1892; Bd. 58, Leipzig 1893, unter dem Titel: Die Verhältnisse der Landarbeiter in ... (es folgen die einzelnen Territorien).

37 Vgl. ebenda, Bd. 22 - 24, Leipzig 1883, unter dem Titel: Bäuerliche Zustände, Bd. 1 - 3.

38 Vgl. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuß). Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft. Untersuchungen zur Lage in der Landwirtschaft, T. 1: Materialien, II, Bd. 2, Berlin 1927.

39 Vgl. Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, H. 118/1906, 187/1911, 207/1912.

nährungsfragen der Bauernfamilie und ähnliches aufgenommen. Im Rahmen dieser Enquete wurde ein sehr umfangreiches Faktenmaterial, zum Teil auch exakte Statistiken für einzelne deutsche Staaten, Provinzen und teilweise auch für Regierungsbezirke gesammelt und als Monographien mit umfangreichen verbalen Beschreibungen vorgelegt. Die badische Enquete, geleitet und bearbeitet von Adolf Buchenberger, zum Beispiel hielt Lenin für eine der besten Materialstudien, um den unterschiedlichen Charakter von bäuerlichen Wirtschaften der Größengruppe zwischen 10 und 20 Hektar herauszuarbeiten.⁴⁰ Die Schwierigkeit der Auswertung dieser Enquete für die Untersuchung der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft im Deutschen Reich liegt in der unterschiedlichen Qualität der Detailstudien, in der Tatsache, daß nicht alle Fragenkomplexe in allen Territorien Beachtung fanden, daß die Auswahl der Untersuchungsgebiete von dem Vorhandensein eines sachverständigen Berichterstatters, nicht aber von sachlichen Erwägungen abhängig war, und schließlich auch darin begründet, daß die Daten und Fakten durch die verschiedenartigen Aufnahme- und Bearbeitungsmethoden (zum Teil auch durch die Verwendung ortsüblicher Termini und Maßangaben) zwischen den Territorien nicht vergleichbar sind. Für eine Gesamtanalyse der sozialökonomischen Struktur sind die Ergebnisse der Enquete daher nicht zu verwenden. Für einzelne Territorien vermitteln sie jedoch einen detaillierten Einblick in die Lage der Bauern und ergänzen das unvollkommene statistische Material.

11.2. Die Enqueten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) hat 1904 eine sich über das ganze Deutsche Reich erstreckende Betriebsumfrage veranstaltet. Das erklärte Ziel dieser Umfrage war es, die Materialgrundlagen zu gewinnen, um die Betriebslehre den "neuzeitlichen Verhältnissen" anzupassen.⁴¹ Der Fragebogen wurde von der Betriebsabteilung der DLG, deren Leitung von der Goltz und deren Geschäftsführung Aereboe innehatte, entworfen. Die Arbeitsergebnisse flossen ebenfalls dort zusammen und wurden in den "Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft", Reihe "Betriebsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft" in 26 Bänden, nach Territorien gegliedert, publiziert.⁴² Auf der Grundlage des Fragebogens wurden jeweils für das Territorium, das nicht in jedem Falle mit politischen Verwaltungseinheiten identisch war, allgemeine Grunddaten - Boden, Klima, Gesamtbevölkerung - aufgenommen. Daran schlossen sich die Daten zur Landwirtschaft an: Besitzverteilung des Bodens, Bodennutzungs- und Anbauverhältnisse, Düngung, Viehstand, menschliche Arbeitskräfte, Maschinen, technische Nebengewerbe. Der Fragebogen wurde ergänzt durch Fragen nach dem Gutswert, dem Umfang und dem gegenseitigen Verhältnis der Kapitalbestandteile, den Pachtpreisen und dem Betriebsergebnis im Reinertrag - aber nur für ausgewählte Betriebe. Die nach diesem Frageschema erarbeiteten Territorialstudien zu den Betriebsverhältnissen in der Landwirtschaft geben einen außerordentlich detaillierten Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse. Die Möglichkeiten ihrer Auswertung sind bisher nicht annähernd ausgeschöpft. Ihre Benutzbarkeit für die Strukturanalyse wird dadurch erschwert, daß die Betriebsverhältnisse nicht zur glei-

⁴⁰ Vgl. Lenin, W. I., Die Agrarfrage und die Marxkritiker, a. a. O., S. 176 ff.

⁴¹ Vgl. Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Bd. 207, Einleitung.

⁴² Vgl. ebenda, die Bde 118 (1906), 123, 130, 133, 137, 148, 164, 169, 183, 185 - 188, 192, 195, 202, 207, 209, 212, 214, 218, 221, 227, 239, 257 (1913).

chen Zeit, sondern über einen Zeitraum von zehn Jahren aufgenommen sind, daß es sich immer um ausgewählte Betriebe im Territorium handelt, allerdings in größerer Zahl und in Verteilung über das ganze Reich, daß im wesentlichen nur kapitalistisch produzierende Betriebe aller Größengruppen einbezogen wurden, und schließlich dadurch, daß die Einheitlichkeit der Aufnahme, Bearbeitung und statistischen Zusammenstellung nicht gewahrt wurde.

12. Die Buchführungsstatistik

Im Deutschen Reich gab es als eine Form der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf Betriebsbasis eine landwirtschaftliche Buchführung, deren Hauptmerkmal darin bestand, daß der Betriebsleiter die Bücher nicht selber führte oder im Betrieb führen ließ, sondern damit private, genossenschaftliche bzw. durch Organisationen eingerichtete Buchführungskontore - sogenannte Buchführungs- oder auch Buchstellen - beauftragte. Die erste Buchstelle wurde 1872 durch Howard errichtet, als Howard-Gesellschaft bestand sie bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts.⁴³ Bis zum ersten Weltkrieg wuchs die Zahl der landwirtschaftlichen Buchstellen bis auf dreißig an. Die meisten befanden sich in den Gebieten des Großgrundbesitzes, nur einzelne in ausgesprochen bäuerlichen Gebieten,⁴⁴ Träger der Buchstellen waren neben privaten Unternehmern und Buchführungsgenossenschaften die DLG, die Landwirtschaftskammern und schließlich auch der Bund der Landwirte. Dabei übten die Landwirtschaftskammern im Laufe der Entwicklung des Buchführungswesens bis 1914 oft eine Anleitungsfunktion für andere Buchstellen auf regionaler Ebene aus.⁴⁵ Die Einrichtung von Buchstellen wurde durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebslehre als Wissenschaftsdisziplin und auch direkt durch den Aufbau der Buchführungsabteilung in der DLG durch von der Goltz und Aereboe sehr gefördert.⁴⁶ Von 1872 bis 1914 schlossen sich rund 3 000 landwirtschaftliche Betriebe regionalen Buchstellen an, darunter waren nur wenige bäuerliche Betriebe.⁴⁷ Der Beschluß der DLG vom Sommer 1913, eine "Zentralstelle für bäuerliche Buchführung" einzurichten, um "von einigen Tausend bäuerlichen Betrieben" exakte Wirtschaftsergebnisse zu erhalten, stieß auf den Widerstand der preußischen Landwirtschaftsvertretungen wegen der damit verbundenen Veränderungen der Anleitung, Kontrolle und Berichterstattung der Buchstellen,⁴⁸ Aus der geplanten Zentralstelle für bäuerliche Buchführung wurde im Verlauf dieser Auseinandersetzungen die "Zentralstelle für die Sammlung und Bearbeitung landwirtschaftlicher Buchführungsergebnisse", die das Recht hatte, von den Buchstellen Material einzufordern, selbst aber keine Bücher führte. Mit der Bildung der Zentralstelle, aus der 1923 die "Betriebsstelle des Deut-

43 Vgl. Fensch, Ludwig, Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchhaltungsstatistik in Deutschland und die Möglichkeit einer internationalen Auswertung der Buchhaltungsergebnisse. Vortrag auf der Generalversammlung der Internationalen Agrarkommission 1933, Berlin 1934.

44 Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: ZStA), Merseburg, 87 B, Nr. 10614.

45 Vgl. ebenda.

46 Vgl. ebenda; siehe auch Ries, Ludwig Wilhelm, Zum 100. Geburtstag Friedrich Aereboes, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Nr. 1/1965, S. 44.

47 Vgl. ZStA Merseburg, a. a. O.

48 Ebenda.

schen Landwirtschaftsrates" hervorging, wurde die statistische Bearbeitung der Buchführungsergebnisse eingeleitet.⁴⁹ Nach dem ersten Weltkrieg wurden landwirtschaftliche Buchstellen in allen Teilen Deutschlands in größerer Zahl - bis 1933 insgesamt 500 - eingerichtet. Sie führten Wirtschaftsbücher für mehr als 40 000 landwirtschaftliche Betriebe. Von diesen Betrieben waren 20 Prozent Bauernwirtschaften mit einer LN von 5 bis 20 Hektar (8000 Betriebe), 50 Prozent waren Bauernwirtschaften mit einer LN von 20 bis 100 Hektar (20 000 Betriebe), und 30 Prozent waren Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar LN (12 000 Betriebe).⁵⁰

Die Buchführungsstellen begannen nach einheitlichen Grundsätzen zu arbeiten und eine zusammenfassende vergleichende Statistik auf regionaler Ebene aufzubauen.⁵¹ Im Rahmen des Reiches wurde die Einheitlichkeit jedoch erst im Verlauf der Zusammenfassung der Buchstellen auf Länder- bzw. Reichsebene (Reichsverband der privaten Buchstellen, Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen e. V. usw.) wirksam. Grundlage für die in der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates in Angriff genommene Buchführungsstatistik waren die aus dem einzelnen Betrieb gewonnenen wirtschaftlichen Kennziffern, die von den Buchstellen (deren eigentliche Hauptaufgaben in der Rechnungsführung und Beratung für den landwirtschaftlichen Kunden bestanden) gemeinsam mit regionalen Berufsvertretungen der Landwirtschaft statistisch aufbereitet und der Betriebsstelle jeweils nach Anforderung und nach bestimmten Fragebogen zugeleitet wurden.⁵² Die Betriebsstelle sah ihre Aufgabe darin, ein einheitliches, vergleichsfähiges Buchführungsmaterial für das ganze Deutsche Reich zu schaffen und es im Hinblick "auf die Lage der gesamten Landwirtschaft in allgemein betriebswirtschaftlicher, agrarwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Beziehung zu bearbeiten."⁵³ Die Betriebsstelle sammelte jährlich die Kennziffern aus rund 5 000 Betrieben. Die Auswahl dieser Betriebe erfolgte durch die regionalen Buchstellen, und zwar um - wie Fensch hervorhebt - unbedingt einwandfreies und zuverlässiges Material aus typischen Betrieben aller wichtigen Betriebsformen des Reiches zu erfassen.⁵⁴ Eine besondere Förderung erfuhr die Arbeit an der Buchführungsstatistik, als durch Reichsgesetz vom 15. April 1926 ein Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuß) eingesetzt wurde, der einen Unterausschuß "Landwirtschaft" unter Leitung von Hermes und der Mitarbeit mehrerer Wissenschaftler bildete.⁵⁵ Ergebnis war unter anderem die zusammenfassende statistische Darstellung aller vergleichbaren Buchführungsdaten in zwei umfangreichen Materialpublikationen im Jahre 1927.⁵⁶

49 Vgl. Fensch, Ludwig, a. a. O., S. 4 ff.

50 Vgl. ebenda.

51 Methodische Grundsätze für die Arbeit der Buchstellen waren bereits - gestützt auf die theoretischen Arbeiten von der Goltz' und Aereboes - 1914 von der Zentralstelle für die Sammlung und Bearbeitung landwirtschaftlicher Buchführungsergebnisse beim Deutschen Landwirtschaftsrat ausgearbeitet worden. (Vgl. ZStA Merseburg, a. a. O.)

52 Vgl. Fensch, Ludwig, a. a. O., S. 4.

53 Ebenda.

54 Vgl. ebenda.

55 Vgl. ZStA Merseburg, 87 B, Nr. 16987.

56 Vgl. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, a. a. O., T. 1, II, Bd. 1 u. 2; T. 2: Auswertung, II, Bd. 3, Berlin 1927. - Die Publikation der Buchführungsergebnisse erfolgte

Die Buchstellen erfakten die wirtschaftlichen Kennziffern eines Betriebes im allgemeinen zu einem bestimmten - vom Betriebsleiter (dem Kunden) gewünschten - Zweck, bei Großbetrieben hatte die laufende wirtschaftliche Rechnungsführung von Anfang an eine größere Bedeutung. Die in den Buchstellen gesammelten Daten waren daher nicht in jedem Falle einheitlich und fortlaufend die gleichen. Erst nach der Einrichtung der Buchführungsstatistik erfolgte ab 1923 eine Aufnahme von einheitlichen Grundkennziffern. Dazu gehörten

1. die Daten zur Kennzeichnung der Produktionsbedingungen eines Betriebes - die Produktionsmittel: der Boden (Umfang, Qualität, Ertragswertklasse, Bodennutzungsverhältnis, Anbauverhältnis, Erträge), das Vieh (Zugvieh in Pferdeeinheiten, Nutzvieh in Stück, Gesamtstückzahl, Arten), Gebäude und Anlagen, Maschinen, Arbeitskräfte;
2. die Produktionskennziffern: Produktionsumfang (pflanzliche Produktion: durchschnittliche Hektarerträge der einzelnen Kulturarten; tierische Produktion: Fleischproduktion in Kilogramm, Milchertrag je Kuh im Jahr usw.);
3. der Bruttoproduktionswert insgesamt und je Hektar LN (im einzelnen: für pflanzliche Produktion, aus Verkauf von Zug- und Nutzvieh, Fleisch und Milch), Pacht und Mieteinnahmen, Einnahmen aus technischen Nebenbetrieben, aus Fischerei und Jagd, aus Forstwirtschaft usw. - Wirtschaftseinnahmen insgesamt;
4. Wirtschaftsausgaben insgesamt und je Hektar LN (im einzelnen: Gehalt und Lohn, Sozial- und Sachversicherung, Steuern, Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Grundverbesserung, Ankauf von Zug- und Nutzvieh, Energie und Brennstoffe, Unterhalt für Gebäude usw. sowie Ausgaben für technische Nebengewerbe);
5. Gesamtaufwand und -leistung; Jahresreinertrag.

Dazu kamen Sondererhebungen oder von der Betriebsstelle zusammengestellte und errechnete Kennziffern, wie zum Beispiel Eigenverbrauch und Marktleistung, Kapitalbesatz der Betriebsgrößengruppen und anderes. Nicht erkennbar sind aus der Buchführungsstatistik die Eigentumsverhältnisse, die Schuldverhältnisse und Zins-

außerdem in der Bearbeitung von Fensch, der in den zwanziger und dreißiger Jahren Leiter der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates war, in den "Veröffentlichungen des Deutschen Landwirtschaftsrates" sowie in den von Fensch und anderen erarbeiteten Quellenpublikationen und Monographien, z. B. Fensch, Ludwig, Arbeitsaufwand und Viehbestand in bäuerlichen Betrieben der Provinz Brandenburg, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, Nr. 1/1924; Fensch, Ludwig/Sagawe, Berthold, Betriebsverhältnisse der Zuckerrübenwirtschaft, Berlin 1924 = Veröffentlichungen des Deutschen Landwirtschaftsrates (im folgenden: Veröff. DLR), H. 3; Fensch, Ludwig, Betriebsergebnisse der deutschen Landwirtschaft in den Wirtschaftsjahren 1924/1925 - 1927/1928, Berlin 1929; derselbe, Der Wert des landwirtschaftlichen Inventars, Berlin 1926 = Veröff. DLR, H. 5; derselbe, Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes, Berlin 1931 = Veröff. DLR, H. 24; Fensch/Padberg/Weitz, Zahlen und Bilder aus dem deutschen Landbau, bearb. auf Grund zehnjähriger Buchführungsunterlagen, Berlin 1936 = Arbeiten des Reichsnährstands, Bd. 12; Fensch, Ludwig, Das volkswirtschaftliche Einkommen aus der Landwirtschaft, Berlin 1935 = Arbeiten des Reichsnährstands, Bd. 5; Fensch, Ludwig/Padberg, Kurt, Eigenverbrauch und Marktleistung der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1938; dieselben, Betriebsumsatz und Betriebsergebnis der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1940; u. a.

leistungen, der Nebenerwerb des Betriebsleiters. Die Buchführungsstatistik gibt nach Baade ein relativ genaues Bild von den "Lohnarbeitsbetrieben". Für Betriebe mit einem größeren Anteil Familienarbeit sind die Reinertrags- und Reingewinnberechnungen wegen der nicht berechenbaren Arbeitsleistungen der bäuerlichen Familie und des Eigenverbrauchs im Betrieb sehr unzuverlässig.⁵⁷ Der Aussagewert der Buchführungsstatistik für die sozialökonomische Strukturanalyse hängt wesentlich von ihrer Repräsentanz ab. Nach 1933 wurden von den Buchstellen als Höchstzahl 40 000 Landwirtschaftsbetriebe erfaßt. Von den über 3 Millionen Betrieben nach der Zählung im Deutschen Reich 1933 (ohne Saargebiet) waren das nicht mehr als 1,3 Prozent aller Wirtschaften. Da es sich jedoch weitgehend um Betriebe mit mehr als 5 Hektar LN bei den Buchführungsbetrieben handelte, machte ihr Anteil an der Gesamtzahl der Wirtschaften 3,0 Prozent aus. Insgesamt handelte es sich also um einen recht kleinen Anteil. Ein anderes Bild zeigt die Aufgliederung nach Größengruppen. Fensch hatte angegeben, daß 20 Prozent aller Buchführungsbetriebe der Größengruppe von 5 bis 20 Hektar LN angehörten. Von insgesamt 1 045 354 Betrieben in dieser Größengruppe waren das rund 0,7 Prozent, 50 Prozent aller Buchführungsbetriebe gehörten zu den Bauernbetrieben in der Größengruppe von 20 bis 100 Hektar LN, das waren 20 000 Wirtschaften von insgesamt 230 862, also 8,6 Prozent. Der Rest der Buchführungsbetriebe, nämlich 12 000 Großbetriebe über 100 Hektar LN, hatte einen Anteil an der Gesamtzahl der 18 395 Großbetriebe von 65,0 Prozent. Bei den 40 000 Betrieben, die Buchführungsstellen angeschlossen waren, handelte es sich jedoch um Höchstzahlen. In einzelnen Entwicklungsabschnitten des Buchführungswesens war die Zahl wesentlich geringer. Für die Zeit von 1872 bis 1900 liegen keine genauen Angaben vor, die Zahl der Buchführungsbetriebe war aber so gering, daß die Ergebnisse nur als Einzelbeispiele - und zwar für Großbetriebe - verwendbar sind. Von 1900 bis 1914 wurden rund 3 000 Betriebe, und zwar noch überwiegend Großbetriebe, durch Buchabschlüsse erfaßt, aber nur für 300 von ihnen sind die wirtschaftlichen Kennziffern statistisch vergleichbar aufgearbeitet. Die Angaben über die 40 000 Betriebe stammten aus dem Zeitraum von 1924 bis 1934, aber nur 5 000 von ihnen waren über einen längeren Zeitraum statistisch vergleichbar erfaßt, und nur von 3 000 Betrieben gelang es dem Enquete-Ausschuß 1927 alle oben angeführten wirtschaftlichen Kennziffern darzustellen.⁵⁸ Für die Beurteilung der Repräsentation der Buchführungsergebnisse erhebt sich außerdem die Frage nach der Auswahl der Betriebe mit einer Buchführung. Bis 1924 war der Anschluß eines Landwirtschaftsbetriebes an eine Buchstelle durch sehr unterschiedliche, zum Teil persönliche Motive (zum Beispiel Erbteilung) veranlaßt, so daß sich daraus keine Rückschlüsse auf die ökonomische Situation des Betriebes ableiten lassen. Nach 1924 setzte sich der Kundenkreis der Buchstellen vor allem aus Betriebsleitern zusammen, die aufgrund der Steuererhebungen zu einer Buchführung verpflichtet waren oder einen Nachweis ihres Einkommens für zweckmäßig hielten. Dazu kamen Großbetriebe, die im Zusammenhang mit der Osthilfe Gelder erhalten hatten und darüber Buch führen mußten, sowie die Beispielwirtschaften der Landwirtschaftskammern und der DLG. Für Ostpreußen schätzt Dimigen ein, daß unter dem Aspekt der Auswahl die Großbetriebe über 200 Hektar LN am ehesten repräsentativ erfaßt wurden, während die buchführenden Betriebe unter 200 Hektar LN im allgemeinen ein überdurchschnittliches Einkommen erzielten und deshalb Buch

57 Vgl. das Gutachten von Fritz Baade und Erich Land zu den Buchführungsergebnissen von 1927 in Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen, a. a. O., T. 1, II, Bd. 2, S. 8.

58 Vgl. ebenda, S. 3 ff.

fürten, daß es sich also um Sonderbetriebe handelte.⁵⁹ Insgesamt ergibt sich daraus: Für die Zeit bis 1924 haben das Material der Buchstellen und die Buchführungsstatistik für bäuerliche Betriebe keinen Aussagewert im Rahmen der Strukturanalyse. Für Betriebe mit mehr als 100 Hektar LN trägt das Material Beispiel- oder Demonstrationscharakter, es ist jedoch nicht repräsentativ für die Großbetriebe überhaupt. Für den Zeitraum nach 1924 ist das Buchführungsmaterial für die Betriebe der Größengruppen bis 100 Hektar LN ebenfalls nicht repräsentativ, es kann lediglich als Auswahl von Sonderbetrieben mit überdurchschnittlichen Wirtschaftsergebnissen angesehen werden. Für die kapitalistischen Großbetriebe liegt mit der Buchführungsstatistik ein umfangreiches Material vor, das man als repräsentativ für Betriebe mit durchschnittlichen und überdurchschnittlichen Betriebsergebnissen annehmen kann. Für die Analyse der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft ist das Material deshalb nicht verwendbar, weil die Buchführungsergebnisse für die Bauernbetriebe keine verallgemeinerungsfähigen Erkenntnisse vermitteln.

13. Zusammenfassung

Die vorgelegte Analyse amtlicher Statistiken zur Landwirtschaft, privater und amtlicher Enqueten sowie der Buchführungsstatistik im Zeitraum nach 1871 ergab:

Mit der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik im Deutschen Reich liegt zwar ein unvollständiges und mit Mängeln behaftetes, insgesamt aber aussagekräftiges Quellenmaterial für die sozialökonomische Strukturanalyse vor. Es stellt eine Ausgangsbasis für die Untersuchung der sozialökonomischen Struktur der Landwirtschaft im Deutschen Reich dar, die - allerdings sehr begrenzt - durch die Berufs- und Grundeigentumsstatistik sowie durch Teile der landwirtschaftlichen Produktionsstatistik (Anbauflächen- und Erntestatistik) erweitert werden kann.

Die Enqueten bieten für einen kurzen Zeitabschnitt und für einzelne Territorien ergänzendes Material, geeignet nur, die aus den statistischen Daten gewonnenen Erkenntnisse zu erhärten oder in Einzelfällen zu korrigieren.

Die Buchführungsstatistik gewährt wegen der mangelnden Repräsentanz für Bauernwirtschaften nur in die Verhältnisse kapitalistischer Großbetriebe Einblick.

Die Steuerstatistiken dagegen konnten wegen der von den übrigen Quellen abweichenden Bezugsebenen bzw. wegen der unzulänglichen Mittel und Möglichkeiten, Reinerträge, Gewinne, Einkommen usw. zu berechnen, nicht als Material für die Strukturanalyse dienen.

Damit bleiben die durch die Betriebsstatistik nicht aufgegriffenen Fragen des Produktionsumfanges, des Produktionswertes, vor allem auch der Marktproduktion, des Reingewinns, der Einkommen usw. für den von uns besprochenen Zeitraum quellenmäßig offen.

⁵⁹ Vgl. Dimigen, Friedrich, Die wirtschaftliche Entwicklung der ostpreußischen landwirtschaftlichen Betriebe seit dem 1. Weltkrieg, in: Berichte über Landwirtschaft, N. F., Bd. 46, 1968, H. 3, S. 521.

Quellennachweis zur Agrarstatistik

Abkürzungen:

Statistik des Deutschen Reichs	- Stat. DR.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich	- Stat. Jb. DR.
Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat	- Stat. Jb. Pr. St.
Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs	- VjH.
Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs	- Monatsh.
Ergänzungshefte	- Ergh.

Die Ergebnisse der Erhebungen und statistischen Reihen für die Landwirtschaft wurden vom Kaiserlichen Statistischen Amt bzw. vom Statistischen Reichsamte in folgenden amtlichen Quellenwerken veröffentlicht:

1. Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen

Erhebung	Quelle
vom 5. Juni 1882	Stat. DR., N. F., Bd. 5
vom 14. Juni 1895	Stat. DR., N. F., Bd. 112
vom 12. Juni 1907	Stat. DR., Bd. 212, 1 a, 1 b, 2 a, 2 b
vom 16. Juni 1925	Stat. DR., Bd. 409 - 412, I, II
vom 16. Juni 1933	Stat. DR., Bd. 459, 1, 2, 3; 460; 461, 1, 2; 469; 470
vom 17. Mai 1939	Stat. DR., Bd. 560 Wirtschaft und Statistik, 20. Jg., Nr. 1 - 14, 18, 19, 24; 21. Jg., Nr. 1 - 3, 11, 15, 19, 23

2. Die Berufszählungen

vom 5. Juni 1882	Stat. DR., N. F., Bd. 2, 3, 4
vom 14. Juni 1895	Stat. DR., N. F., Bd. 102 - 111
vom 12. Juni 1907	Stat. DR., Bd. 202 - 211
vom 16. Juni 1925	Stat. DR., Bd. 402 - 408
vom 16. Juni 1933	Stat. DR., Bd. 453 - 458, 469, 470
vom 17. Mai 1939	Stat. DR., Bd. 555 - 559

3. Die Grundeigentumsstatistik

für Preußen von 1863	Stat. Jb. Pr. St., 1. Jg. 1863; 3. Jg. 1869
für das Deutsche Reich	Stat. DR., Bd. 549

4. Die Bodennutzungserhebungen

von 1878	Stat. DR., 1. R., Bd. 43, II; Monatsh. 1880, II; vgl. auch Die Bodenkultur des Deutschen Reiches, Atlas der land- wirtschaftlichen Bodennutzung nebst Darstellung der Forstfläche nach der Erhebung im Jahre 1878, Berlin 1881
----------	---

von 1883	Monatsh, 1885, I; VjH. 1894, IV; vgl. auch Atlas zur Bodenkultur, Berlin 1885
von 1893	VjH. 1894, IV
von 1900	VjH. 1902, III; Stat. Jb. DR., 1901
von 1913	VjH. 1915, IV; Stat. Jb. DR., 1914
von 1927	Stat. DR., Bd. 374
von 1937	Stat. DR., Bd. 515

5. Die Anbauflächenstatistik

im Rahmen der Boden-
nutzungserhebungen von

1878 - 1937	siehe unter Bodennutzungserhebungen
von 1892 - 1898	VjH. 1892 u. 1893, III; 1894, IV; 1895 - 1899, III
von 1899 - 1914	VjH. 1899, III, IV; 1900 - 1904, III; 1905 - 1909, IV; 1910 - 1914, III
von 1915 - 1919	VjH. 1919, IV
von 1920 - 1926	VjH. 1920, IV; 1921 - 1924, III; 1925 u. 1926, IV
von 1928 - 1932	VjH. 1928 - 1932, IV
von 1933 - 1939	Stat. DR., Bd. 479, 485, 500, 515, 536

6. Die Erntestatistik

von 1878 - 1890	Stat. DR., 1. R., Bd. 37, 43, 48, 53, 59; Monatsh, 1884, XI; 1885 - 1891, VII
von 1891 - 1898	VjH. 1892 u. 1893, III; 1894, IV; 1895 - 1899, III
von 1899	Ergh. VjH. 1899, IV
von 1900 - 1913	VjH. 1901 - 1914, I
von 1914 - 1915	VjH. 1915 - 1916, II
von 1916 - 1928	VjH. 1918 - 1929, I
von 1929	VjH. 1930, II
von 1930 - 1932	VjH. 1931 - 1933, I
von 1933	VjH. 1934, I
von 1934 - 1939	Stat. DR., Bd. 479, 489, 500, 515, 536

Ergänzungen

Ernteschätzungen

von 1893 - 1898	VjH. 1893 - 1898, IV
-----------------	----------------------

Kriegswirtschaftliche Erhebungen

von 1915 - 1919	VjH. 1919, IV
-----------------	---------------

die seit 1921 eingeführten Ernteschätzungen wurden nur
veröffentlicht in Deutscher Reichsanzeiger u.
Wirtschaft und Statistik

die laufenden Saatenstandsnachrichten

von 1893 - 1898	VjH. 1893 - 1898, IV
von 1899 ff.	Deutscher Reichsanzeiger, April bis Dezember; Wirtschaft und Statistik laufend

7. Die Viehzählungen und Viehberichterstattungen

von 1873	Stat. DR., 1. R., Bd. 8
von 1883	Monatsh. 1884, VI
von 1892, 1893, 1897	VjH. 1894, I, II; 1895, I; 1898, II
von 1900, 1904, 1907	Ergh. VjH. 1903, I; 1905, IV; 1909, I
von 1912 - 1914	Ergh. VjH. 1914, I, IV; 1915, III
von 1921 - 1924	VjH. 1922 u. 1923, III; 1924, II; 1925, III
von 1925 - 1938	VjH. 1926 - 1938, II
von 1937 - 1938	Stat. DR., Bd. 490
von 1939	Stat. DR., Bd. 513
kriegswirtschaftliche Zwischenzählungen	VjH. 1916, II; 1917, IV; Ergh. VjH. 1918, IV;
von 1915 - 1920	VjH. 1919, III/IV; 1920, I - IV; 1921, I, II

8. Die Schlachtungen und Schlachtgewichte

beschaute Schlachtungen

vierteljährliche Übersichten

von 1904 - 1914	VjH. 1904, IV bis 1915, I
von 1915 - 1918	Ergh. VjH. 1918, IV
von 1919 ff.	VjH. 1919 ff., jeweils II

jährliche Übersichten

von 1905 - 1914	VjH. 1906, III; 1907 - 1915, II
von 1915 - 1918	VjH. 1919, II
von 1919 ff.	Stat. Jb. DR., Jg. 1920 ff.

nichtbeschaute Schlachtungen (Hausschlachtungen)

von 1903/04	Ergh. VjH. 1905, IV
von 1906/07 - 1911/12	Ergh. VjH. 1909, I; 1914, I
von 1923/24 - 1926/27	VjH. 1925, III; 1928, II
von 1934/35 - 1937/38	Stat. DR., Bd. 480, 490, 513

Durchschnittsschlachtgewichte

von 1906, 1921/22 ff.	Stat. Jb. DR., 1924/25 ff.
-----------------------	----------------------------

9. Die Milch- und Molkereistatistik

Milcherzeugung 1928	VjH. 1930, II
Milcherzeugung und Milchverbrauch 1931	VjH. 1932, IV
Molkereistatistik - Milch-anlieferung und Milchverwertung	
1930 - 1932	VjH. 1931, III; 1932, II; 1933, II
1933 - 1939	VjH. 1934 - 1939, II

10. Die Steuerstatistiken

Statistik der Grundsteuer-Reinerträge in Preußen

Vgl. Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 1, Berlin 1868; Bd. 4 (Tabellenwerk), Berlin 1869

die Einheitswertstatistik

Stat. DR., Bd. 365, 392, 526

die Einkommenssteuerstatistik

Die deutsche Einkommensbesteuerung vor und nach dem Kriege, in: Stat. DR., Bd. 312

Einkommenssteuerveranlagung

Stat. DR., Bd. 348, 375, 391, 430

die Vermögenssteuerstatistik

Stat. DR., Bd. 337

Vermögenssteuerveranlagung

Stat. DR., Bd. 357, 379, 390, 519

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

DIE POSITION DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE IM SYSTEM DER WISSENSCHAFTEN

(19. November 1976 in Berlin)

Wenn ein wirtschaftshistorisches Forschungszentrum an der Akademie der Wissenschaften der DDR zwanzig Jahre besteht, so ist dies ein Jubiläum, das nicht nur Veranlassung bot, die Entwicklung einer wissenschaftlichen Institution von einer Abteilung eines Instituts über eine Arbeitsstelle zu einem selbständigen Institut für Wirtschaftsgeschichte nachzuzeichnen, sondern es war auch "der rechte Moment, um wieder einmal über die Position der Wirtschaftsgeschichte im Gesamt- rahmen der Wissenschaft nachzudenken" (J. Kuczynski).

Auf dem wissenschaftlichen Kolloquium des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR konnten neben den Mitarbeitern des Insti- tuts der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Akademiemit- glied Heinrich Scheel, Vertreter anderer gesellschaftswissenschaftlicher Institu- te der Akademie sowie von Forschungseinrichtungen der Universitäten und Hoch- schulen der DDR und einige ausländische Gäste von Institutionen aus der UdSSR (Moskau, Tallinn) und der Volksrepublik Polen (Warschau) als Teilnehmer am Kolloquium begrüßt werden. Ein besonders herzlicher Gruß galt dem verdienten Forscher und Hochschullehrer, dem ersten Direktor des Instituts nach seiner Gründung im Jahre 1966, Akademiemitglied Jürgen Kuczynski, und seiner Gattin Marguerite.

Das Kolloquium wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Institutsdirektors, Aka- demiemitglied Wolfgang Jonas, der die Vorgeschichte und die Entwicklung des Instituts in knappen Zügen darlegte und über die Stiftung eines jährlich zu ver- leihenden René-Kuczynski-Preises informierte - eine Mitteilung, der das Auditorium lebhaft applaudierte, darf doch erwartet werden, daß dieser Preis nicht al- lein der Würdigung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen dient, sondern gleichzeitig auch einen nicht unbedeutenden Beitrag zur weiteren Förderung der wirtschaftshistorischen Forschung darstellt.¹

Jonas betonte in seinem Vortrag die Absicht der Veranstalter des Kolloquiums, nicht in erster Linie auf die eigene Geschichte zu schauen, sondern eine Diskus- sion, einen echten Meinungsstreit zu führen. Die Grundlage dafür war von Jürgen Kuczynski mit einer Studie, betitelt "Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften"², von ihm selbst als "Versuch" bezeichnet, gegeben worden. Da der Artikel allen Teilnehmern bekannt war, konnte der Autor auf ei- ne Wiederholung seiner Thesen verzichten. Es erscheint uns aber notwendig, zum besseren Verständnis des Folgenden die Grundlinie seiner Auffassungen kurz zu skizzieren.

1 Vgl. dazu auch die Mitteilung über die Stiftung des René-Kuczynski-Preises im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 1.

2 Kuczynski, Jürgen, Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wis- senschaften - Ein Versuch, Zum zwanzigjährigen Jubiläum dem Institut für Wirtschaftsgeschichte gewidmet, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 11 - 31.

Der Artikel ist in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt befaßt sich Kuczynski mit der Rolle und Stellung der Philosophie im System der Wissenschaften, kritisiert ihre seiner Meinung nach gegenwärtig zu breite Anlage, die er als Verschwinden der positiven Wissenschaft in der Philosophie statt umgekehrt charakterisiert, und möchte sie, sich auf Äußerungen von Engels und Lenin stützend, auf die Erkenntnistheorie, auf die "reine Lehre vom Denken" reduziert wissen. Er wendet sich außerdem dem Begriff der Weltanschauung zu, der ihm "zu passiv" erscheint und der durch den prägnanteren der "Aneignung" der Welt ersetzt werden sollte. Wissenschaftlich könne man sich die Welt nur durch die Anwendung der richtigen Methode, der Methodologie des Marxismus-Leninismus, aneignen.

Im zweiten Abschnitt untersucht der Autor den Begriff der Geschichtswissenschaft, den er - mit Engels - als mit dem der Gesellschaftswissenschaft identisch ansieht, betont aber, daß wir eine solche Geschichtswissenschaft im Engelsschen Sinne, die sowohl die Geschichte als auch die Theorie der Gesellschaft erfaßt, noch nicht hätten. Er kommt schließlich zu einer Gliederung der Wissenschaft in Natur- und Geschichts- bzw. Gesellschaftswissenschaften, die sich wieder in Einzelwissenschaften unterteilen, deren jede einen theoretischen und einen empirischen "Zweig" habe, wobei beide Zweige zusammengehörten, also keine selbständigen Wissenschaften, sondern Teile einer Wissenschaft seien. Gegenstand jeder Gesellschaftswissenschaft sei die "Erforschung von Gesetzen in ihrer historischen Bewegung", das heißt Theorie und Geschichte zugleich.

Der dritte Abschnitt befaßt sich mit der Stellung der Wirtschaftsgeschichte im Gesamtsystem der Wissenschaften. Die Wirtschaftsgeschichte wird als empirischer Zweig der Wirtschaftswissenschaft betrachtet, während die Politische Ökonomie ihr theoretischer Zweig sei. Ausgehend von den bekannten Grundthesen von Karl Marx in seiner "Kritik der Politischen Ökonomie" - darunter zum Beispiel die Äußerung "Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt ..." -, kommt Kuczynski zu dem Schluß, die Wirtschaftswissenschaft sei "in gewisser Weise" eine Grundlagenwissenschaft, die zumindest passiv von jedem Gesellschafts- (Geschichts-) Wissenschaftler beherrscht werden müsse.

In seinen einleitenden Bemerkungen auf dem Kolloquium selbst verwies Jürgen Kuczynski auf die Diskussion über den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, die bereits vor einer Reihe von Jahren im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" geführt worden war und die in gewisser Weise mit dieser Veranstaltung ihre Fortsetzung fand. Er bemängelte, daß bisher keine größere Arbeit zur Geschichte der Wirtschaftsgeschichtsschreibung vorliege. Ein erster kurzer Abriss dazu sei von dem Amerikaner Gras 1927 in der "Economic History Review" veröffentlicht worden. Dieser teilte die Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte in drei große Perioden: Handelsgeschichte, ökonomische Geschichte und soziale Geschichte. Kuczynski nutzte dieses Beispiel, um - teilweise mit dem Autor hinsichtlich der Periodisierung übereinstimmend, teilweise ihn korrigierend - die enge Verbindung, den inneren Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte und der Politischen Ökonomie nachzuweisen. Danach begann die Wirtschaftsgeschichtsschreibung zwangsläufig als Handelsgeschichte, da die ersten Politökonomen die Merkantilisten waren, die ihre Auffassungen aus der Beobachtung des Handels ableiteten. In dem Maße, wie sich mit Quesnay, Turgot, Adam Smith und Ricardo die Politische Ökonomie zu einer Wissenschaft entwickelte, die den gesamten Reproduktions- und Zirkulationsprozeß untersuchte, wurde die Wirtschaftsgeschichte zu einer Geschichte nicht mehr von Teilbereichen, sondern der gesamten Wirt-

schaft, so daß seit dieser Zeit eher von Wirtschaftsgeschichte etwa im heutigen Sinne gesprochen werden könne. Zur Sozialgeschichte wurde die Wirtschaftsgeschichte nicht, wie Gras behauptet, im 20. Jahrhundert, sondern in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Klassenkämpfe offen ausbrachen, das Klassenbewußtsein sich stark entwickelte und die Politische Ökonomie sich in eine apologetische und eine kritische Richtung spaltete. Es seien die gegebenen Realitäten gewesen, die dazu geführt hätten, daß Petty, Turgot und Smith ebenso wie später Marx und Engels gleichzeitig sowohl große Politökonomien als auch Wirtschaftshistoriker waren. Der Redner schloß mit der Bemerkung, Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte hätten den gleichen Weg gehen können, indem sie sich aufeinander stützten, sich gegenseitig ergänzten, als Wissenschaft eine Einheit darstellten.

In der anschließenden lebhaften Diskussion konzentrierte sich das Interesse der Teilnehmer auf zwei große Problemkreise: auf das Verhältnis zwischen Philosophie und Einzelwissenschaften und damit zusammenhängende Fragen und auf das Verhältnis zwischen Wirtschaftsgeschichte und Politischer Ökonomie bzw. empirischer und theoretischer Forschung. Wir wollen uns zunächst mit dem ersten Komplex beschäftigen.

Helga Nussbaum (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) eröffnete die Diskussion. Sie machte darauf aufmerksam, daß sich, wenn man J. Kuczynski folgen wolle, der Gegenstand der Philosophie in der Erkenntnistheorie (Gnoseologie) und der Lehre vom Denken erschöpft. Sie bezweifelte, ob die Philosophie - selbst wenn man sie, wie in Kuczynskis Schema dargestellt, auf die Erkenntnistheorie beschränkt - in die Gesellschaftswissenschaften eingereicht werden könnte, und begründete ihre Bedenken mit der in der erkenntnistheoretischen Forschung bestehenden engen Beziehungen zwischen Objekt und Bewußtsein, wobei das Objekt aber nicht nur die Gesellschaft sei. Kuczynski habe außerdem die Methodologie des dialektischen Materialismus von der Philosophie getrennt, sie gewissermaßen aus dem Gegenstand der Philosophie ausgeschlossen. Eine wichtige Frage, die sich aus der Engelsschen Definition der Dialektik ergebe, sei folgende: Existieren allgemeine Bewegungs- und Entwicklungsgesetze, allgemeine Zusammenhänge, die nicht allein von den Einzelwissenschaften, durch die einfache Summierung der Erkenntnisse der Einzelwissenschaften gelöst oder erforscht werden können? Die Antwort müsse bejahend ausfallen. Die Grundfrage, die schon Faust gestellt habe, sei, zu erkennen, "was die Welt im Innersten zusammenhält". Damit befaße sich der dialektische Materialismus als Theorie. Der Gegenstand der Philosophie oder des - mit ihr von H. Nussbaum offenbar weitgehend identifizierten - dialektischen Materialismus umfasse nicht nur die Methodologie und Erkenntnistheorie, sondern auch die Theorie dessen, was die Welt im Innersten zusammenhalte. Zwar könnte diese Theorie nicht ohne die Ergebnisse der Einzelwissenschaften entwickelt werden, diese könnten aber auch nicht allein eine solche Theorie bilden. Die Physik zum Beispiel sei allein nicht in der Lage, den Materie-Begriff zu erklären. Diese Frage könne nur philosophisch geklärt werden. J. Kuczynski habe unrecht, wenn er meine, die in seinem Artikel aus einem philosophischen Lehrbuch zitierten Ausführungen über "Raum und Zeit" gehörten in ein Physik-Lehrbuch. Sie stellte fest, daß die Theorie von der Materialität der Welt eine philosophische Theorie und ein Bestandteil des dialektischen Materialismus, also der Philosophie ist. Der dialektische Materialismus ist nicht ausschließlich Methode oder Methodologie, sondern auch Theorie. H. Nussbaum teilte die Auffassung, daß es sich bei dem Begriff der Weltanschauung um einen verschwommenen, nicht sehr glücklich gewählten Begriff handele. Man müsse sich darüber klar werden,

daß Weltanschauung im philosophischen Sinne eben Theorie, die Gesamtauffassung oder Theorie vom Weltganzen sei und sich mit theoretischen Problemen befasse. Als Beispiel für ein Problem, das nicht von einer Einzelwissenschaft gelöst werden kann, warf H. Nussbaum die ihrer Meinung nach noch weitgehend ungeklärte Frage auf, was ein Gesetz oder eine Gesetzmäßigkeit, speziell in der Gesellschaftswissenschaft, sei. Sie bezog sich im Zusammenhang mit dem dritten Teil der Studie von Kuczynski auf den Allgemeinheitsgrad von Gesetzen als Binde- und Trennungsfaktor zwischen den Wissenschaften. Dabei sprach sie sich dagegen aus, nur Gesetze zum Gegenstand einer Wissenschaft zu machen. In der menschlichen Geschichte existieren nicht nur Gesetze, sondern zum Beispiel auch kausale Zusammenhänge, die unbedingt erforscht werden müssen. Der Sieg des Faschismus in Deutschland beispielsweise war keine Gesetzmäßigkeit, sondern Folge einer Reihe bestimmter Ursache-Wirkung-Beziehungen. Solche philosophischen Fragen würden immer wieder auftauchen, wenn einzelwissenschaftliche Probleme geklärt werden müßten.

H. Nussbaum wandte sich dann der Frage zu, ob weltanschaulich-theoretische Fragen überhaupt Forschungsgegenstand sein können oder ob man sie nur für die Lehre benötige, um die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Dieser Meinung liege wohl zugrunde, daß die Kenntnis dieser Grundlagen für den Gesellschaftswissenschaftler schon lange als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werde, das bedeute aber nicht, daß diese Beziehungen bereits in allen Einzelheiten erforscht sind. Naturwissenschaftler zweifeln zum Beispiel nicht selten an der Nützlichkeit der Geschichtsforschung mit der Begründung, sie befasse sich nur mit Tatsachen, die ohnehin feststünden. Ebenso naiv wäre es aber von den Gesellschaftswissenschaftlern, anzunehmen, alles, was mit den allgemeinsten Theorien zusammenhänge, sei bereits erforscht. Die Rednerin schloß diesen Punkt ihres Beitrages mit der Bemerkung, es wäre weder richtig noch gut, die allgemeine Methodologie des dialektischen Materialismus oder die allgemeine Theorie aus der Philosophie auszugliedern und in den Einzelwissenschaften verschwinden zu lassen. Natürlich könnten aber philosophische Fragen auch von Einzelwissenschaftlern behandelt werden. Sie verwies auf die Beispiele, die Kuczynski selber gegeben hat. Dadurch werde die Philosophie selbst aber noch nicht zu einer Frage der Einzelwissenschaften.

Schließlich ging H. Nussbaum auf das Problem der Einordnung der Philosophie in das Gesamtsystem der Wissenschaften ein. Sie vertrat dabei die Meinung, daß die Philosophie den Einzelwissenschaften nicht übergeordnet sei, und begründete dies damit, daß es sich hierbei um ein Verhältnis zwischen Allgemeinem und Einzel-nem handele und damit um ein dialektisches Begriffspaar, bei dem nicht von Über- oder Unterordnung gesprochen werden könne. Im System der Erkenntnis habe eine allgemeine Aussage gegenüber den Einzelerkenntnissen keinen übergeordneten Wert, vielmehr handele es sich um eine dialektische Beziehung, bei der das eine ohne das andere nicht bestehen könne. Das habe auch Kuczynski mit seiner Betrachtung des Verhältnisses zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte nachgewiesen. Allgemeines ohne Einzelnes sei unfruchtbar; Einzelnes ohne Allgemeines gebe kein Gesamtbild. Bei den Philosophen dominiere die Auffassung, daß die Philosophie eine besondere Wissenschaft neben den Einzelwissenschaften sei.

H. Nussbaum entwickelte abschließend ein Schema der Wissenschaften, das neben den Natur- und Gesellschaftswissenschaften noch Allgemeine Wissenschaften kennt, zu denen diejenigen zu zählen seien, die sich in die beiden ersten Gruppen nicht einordnen lassen. Ihrer Meinung nach sind das die Philosophie, die Mathematik

und vielleicht auch die Kybernetik. Diese Wissenschaften behandelten allgemeine Probleme, sie stehen zu den anderen Wissenschaften im Verhältnis der Nebenordnung, überschneiden sich aber mit deren Gegenständen, wodurch der Gesamtzusammenhang gewahrt bleibt.

Rudolf Berthold (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) ging - an J. Kuczynski anknüpfend - davon aus, daß die alte Philosophie eine Art Richter im Zweifelsfall war. Sie stellte auch Fragen für die Forschung, regte die Forschung an.

Wenn man diese Funktion der alten Philosophie sehe, so müsse man J. Kuczynski zustimmen. Die marxistisch-leninistische Einzelwissenschaft brauche keine Philosophie neben sich. Die Fragestellung in der einzelnen Wissenschaft könne nur von der eigenen Disziplin her kommen, nicht mehr von der Philosophie. Die sozialistische Gesellschaft könne aber nicht ohne die Funktion der Philosophie auskommen - wovon bereits auch H. Nussbaum gesprochen habe -, ein Gesamtbild der philosophischen Anschauungen zu geben. Dabei gehe es nicht nur um das wissenschaftliche Anliegen, um Dinge, die die Einzelwissenschaft nicht mehr bearbeiten kann, weil sie über deren Rahmen hinausgehen, sondern auch um die Verpflichtung gegenüber der heranwachsenden Generation, die den Marxismus-Leninismus kennenlernen muß, um das Eingreifen in die weltweite ideologische Auseinandersetzung, um die Abwehr der ideologischen Infiltration. Bei diesen Aufgaben handele es sich um echte wissenschaftliche Aufgaben, wissenschaftliche Tätigkeit und nicht etwa um Propaganda. Von dieser Seite her habe die sozialistische Gesellschaft das dringende Bedürfnis nach Philosophie. Es sei eine ganz andere Frage, daß Erkenntnisse der Einzelwissenschaften nicht immer den gebührenden Niederschlag in den philosophischen Lehrbüchern gefunden hätten. R. Berthold schloß sich der von H. Nussbaum vorgelegten Gliederung der Wissenschaften an.

Viktor Ivanovič Buganov (Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Geschichte der Völker der UdSSR, Moskau) bezeichnete die Theorie von J. Kuczynski über die Verbindung der Wissenschaften, die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Politik, Geschichte und anderen Gesellschaftswissenschaften als sehr interessant und tiefgründig. Er informierte darüber, daß das Problem der Wissenschaften schlechthin, das Problem der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Disziplinen auch in der Sowjetunion immer wieder Mittelpunkt von Diskussionen sei, und betrachtete die von J. Kuczynski dargelegten Ideen und Vorstellungen ebenso wie die bereits sehr lebhaft und offen geführte Diskussion als einen ernsthaften und gewichtigen Beitrag zur Betrachtung dieses Problems. Buganov wünschte abschließend große schöpferische Erfolge und betonte das Interesse am weiteren Wachstum der wissenschaftlichen Kontakte.

Hermann Lehmann (Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Philosophie, Berlin) hob hervor, daß die Klärung des Verhältnisses zur Philosophie besonders wegen der Einheit von Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaftswissenschaftlern wichtig sei. Auch bei seinem eigenen Gebiet, der Soziologie, stoße man auf die Frage, was zum historischen Materialismus und was zur Soziologie gehöre. Das berge die Gefahr in sich, der Verpflichtung, das eigene Fach selbst marxistisch-leninistisch zu vertiefen, mit der Behauptung auszuweichen, diese Aufgabe falle dem historischen Materialismus zu. H. Lehmann begrüßte, daß J. Kuczynski die vielerörterte Bemerkung von Engels zum Verhältnis zwischen Philosophie und positiven Wissenschaften wieder zur Diskussion gestellt hat; denn dies bedeute zugleich einen Aufruf an unsere Wissenschaftler, sich über den Platz der eigenen Wissenschaft im Gesamtsystem klar zu werden und deren marxistisch-

leninistischen Gehalt zu vertiefen. Darüber hinaus entstehe die Frage, was die Philosophen dazu beitragen könnten. Solange die Einzelwissenschaften noch nicht so weit sind, zu den eigenen Grundfragen vorzudringen, brauchten sie die Philosophie. Vieles hänge von der historischen Entwicklung der Einzelwissenschaften ab. Aber das sei nur eine Seite der Sache. Der Redner stimmte in der Frage der Auseinandersetzung, der Abwehr der konzentrierten Angriffe des Gegners auf den dialektischen und historischen Materialismus als Weltanschauung des Proletariats den Ausführungen von R. Berthold zu und betonte, daß die Philosophie über die Gnoseologie hinaus als eigenständige Disziplin ihre Bedeutung habe, solange dieser Kampf andauere. Betrachte man die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in den letzten zehn Jahren, so könne man sagen, daß einige von ihnen bei der Vertiefung ihres marxistisch-leninistischen Grundgehalts beträchtlich vorangekommen sind und damit einen Schritt auf dem von Engels angedeuteten Weg vorwärts getan haben. Dem von H. Nussbaum aufgestellten Schema mit der Philosophie als allgemeiner Wissenschaft könne er nicht zustimmen, weil es die mit der Philosophie verbundene Problematik zu stark vereinfache. Er schloße sich dagegen J. Kuczynski an.

Jerzy Tomaszewski (Universität Warschau) betonte das große Interesse, das die aufgeworfenen Fragen verdienten, und schloß sich in den grundsätzlichen Fragen den Auffassungen J. Kuczynskis an. Eine kritische Überprüfung der Ansichten einiger Philosophen sei sehr wichtig. In manchen philosophischen Handbüchern würden Fragen erörtert, die in Wirklichkeit Forschungsgegenstand der konkreten Gesellschaftswissenschaften seien. Es reiche aber nicht aus, allein die Gnoseologie und die Ontologie als zur Philosophie gehörig zu betrachten. Seiner Meinung nach gehöre die Rolle des Menschen in der Welt auf den ersten Platz.

Manfred Nussbaum (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) widersprach der seiner Meinung nach von R. Berthold gegebenen Begründung für die Notwendigkeit der Philosophie als Wissenschaft. Er warf die Frage auf, ob hier nicht eine Verwechslung vorliege zwischen der wirklichen Wissenschaft (Forschung) und dem, was die Wissenschaft als festes Lehrgebäude, als "geronnene" Wissenschaft, als Lehre entwickelt habe. Wichtig ist für die Studenten - führte M. Nussbaum weiter aus - in erster Linie die Lehre, die aber noch nicht die Wissenschaft selber ist. Dabei sei klar, daß die Lehre immer in enger Verbindung mit der Forschung, der Gewinnung neuer Erkenntnisse stehen müsse, da sie sonst erstarrt und zur Dogmatik wird.

Thomas Kuczynski (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) warf die Frage des Verhältnisses von Einzelnem und Allgemeinem auf. Philosophische Äußerungen zum Allgemeinen könnten nur durch die Einzelwissenschaften verifiziert werden (im Hegelschen Sinne: das Einzelne ist das Allgemeine). Der Redner erläuterte seine Auffassung am Beispiel der Objektivität von Raum und Zeit. Die Zeit werde in philosophischen Aussagen völlig abstrakt betrachtet, während sie in Wirklichkeit eine Existenzform der Materie, das heißt eine sehr konkrete Angelegenheit sei. Zeit sei zum Beispiel für den Historiker etwas ganz anderes als für den Physiker. Man dürfe den Begriff des Allgemeinen (Philosophischen) nicht vermengen mit Untersuchungen, die die Konkretheit dieses Allgemeinen und die Richtigkeit des Begriffs aufzeigen.

Jürgen Wilke (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) hob die Bedeutung, die eine Standortbestimmung der wissenschaftlichen Disziplinen gerade für die jüngere Wissenschaftler-Generation hat hervor. Wir können zwar auf den von den Klassikern geschaffenen Fonds zurückgreifen, aber die weitere schöpferische Arbeit könne uns nicht abgenommen wer-

den. Wilke wandte sich dann der Frage des Verhältnisses zwischen Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften bzw. Wirtschaftsgeschichte zu. Er bezweifelte in diesem Zusammenhang die Stichhaltigkeit der Auffassung von J. Kuczynski, wonach die Methodologie des dialektischen Materialismus das einzige Bindeglied zwischen Naturwissenschaft und Geschichtswissenschaft sei, und vermißte die Einordnung der Mathematik, einer der abstraktesten Wissenschaften. Die von ihm selbst aufgeworfene Frage, ob die Mathematik etwa zur Erkenntnistheorie gehöre, bejahte er für die mathematische Logik. Die Mathematik sei zwar keine Naturwissenschaft, aber symbiotisch mit ihr verbunden. Um eine solche Symbiose mit der Mathematik könnten sich die Gesellschaftswissenschaften noch stärker bemühen. Seiner Meinung nach ist die hohe Wertschätzung der Naturwissenschaften vorwiegend durch deren Verbindung mit der Mathematik geprägt. Es wäre interessant gewesen, etwas mehr Prognostisches zu diesem Fragenkomplex zu erfahren, wie zum Beispiel zu dem Problem, wie man in Zukunft solche Wissenschaften wie die Mathematik, die elektronische Datenverarbeitung und die Kybernetik in den Verband der Wissenschaften einzugliedern habe. Es sei zu erwarten, daß in zwanzig Jahren in den meisten europäischen Ländern historisch-ökonomische Daten und Informationen nur noch auf Magnetbändern gespeichert und ausschließlich in dieser Form archiviert werden. Das gelte es bei der Ausbildung zukünftiger Wirtschaftshistoriker auch im Hinblick auf die Integration der Wissenschaften zu berücksichtigen.

In seinen Schlußbemerkungen zu diesem Problemkreis stellte J. Kuczynski fest, daß eine ganze Reihe von interessanten Fragen aufgeworfen wurden. Lenin habe gesagt, wir würden nur eine einzige der Theorien von Marx und Engels unbesehen übernehmen, nämlich die Methodologie des dialektischen und historischen Materialismus. Lenin betrachte also die Methodologie als eine Theorie. Wir können gar nicht genug betonen, setzte der Redner seinen Gedankengang fort, daß der dialektische und historische Materialismus eine Methodologie ist, die, indem wir sie anwenden, zur Basis einer Weltanschauung wird, die aber überhaupt nichts mit Philosophie zu tun hat. Damit sei auch die Frage, welche Aufgaben der dialektische und historische Materialismus an den Universitäten hat, beantwortet, ebenso die Frage, ob er ein Teil der Philosophie ist oder nicht. Wir betrachten ihn also in erster Linie als eine Methodologie. Wenn wir von ihm als Weltanschauung sprechen, meinen wir nichts anderes, als daß wir uns die Welt mit dieser Methodologie aneignen. Die Betrachtung des dialektischen und historischen Materialismus als Methodologie sei auch sehr wichtig im Zusammenhang mit der aufgeworfenen Frage, ob einige Disziplinen, wie etwa Mathematik und Kybernetik, zu einer Gruppe "allgemeiner" Wissenschaften gehörten. Kuczynski widersprach dieser Auffassung und meinte, man sollte überlegen, ob man hier nicht auch von Methodologien sprechen sollte.

Der zweite große Komplex, der in der Diskussion eine ebenso gewichtige Rolle spielte, beschäftigte sich mit dem Verhältnis zwischen Wirtschaftsgeschichte und Politischer Ökonomie bzw. empirischer und theoretischer Forschung und den damit verwandten Fragestellungen.

Karl Lärmer (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin), der als erster zu diesem Problemkreis das Wort ergriff, behandelte das Verhältnis von empirischer und theoretischer Forschung, deren innerer Zusammenhang ihm bei J. Kuczynski ungenügend gewahrt schien, anhand der Forschungen zur Geschichte der Produktivkräfte. Der Wirtschaftshistoriker bediene sich natürlich der Theorie, der Politischen Ökonomie und des historischen Materialismus, aber keineswegs passiv, sondern mit dem Ziel, neue Gesetzmäßigkeiten der Basisentwicklung zu erkennen und zu formulieren und über

konkrete Forschungen zu theoretischen Modellen zu kommen. Dank den mit konkreter Forschung gepaarten theoretischen Überlegungen und Diskussionen sei es heute unbestritten, daß es Gesetze der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gibt, daß diese Entwicklung einer Eigengesetzlichkeit unterliegt. Das war noch vor einiger Zeit keineswegs geklärt, wo selbst Wirtschaftshistoriker die Existenz einer solchen Gesetzmäßigkeit verneinten. Einige Gesetze hatten schon die Klassiker als solche gekennzeichnet, bei anderen, die ihre Grundlage bei den Klassikern haben, konnte eine höhere Qualität der Aussage erreicht werden. Zwar verfügten wir heute noch nicht über eine geschlossene Theorie der Produktivkräfte für irgendeine Produktionsweise, aber wir nähern uns durch theoretisch wohlüberlegte konkrete Forschungsarbeit zum Beispiel einer Theorie der Industriellen Revolution. Der Redner schlußfolgerte, daß sowohl die Politische Ökonomie als auch die Wirtschaftsgeschichte die Aufgabe haben, die Entwicklungsgesetze aufzuspüren und zu formulieren, beide aber gleichzeitig auch als historische Disziplinen anzusehen sind, und unterstrich damit seine Auffassung vom engen Zusammenhang zwischen Theorie und Geschichte.

Heike Reishaus (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) knüpfte an die Ausführungen von Karl Lärmer zur Produktivkräfte-Problematik an. Sie wies anhand von Beispielen nach, wie die Klassiker neu entdeckte Gesetze wirtschaftshistorisch untermauerten und auch umgekehrt durch eine Analyse der Geschichte der Produktivkräfte zur Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten der historisch-ökonomischen Entwicklung kamen. Als allgemeinste der von den Klassikern entdeckten Gesetzmäßigkeiten hinsichtlich der Produktivkräfte-Forschung betrachtet sie das Wachstum der Bedürfnisse als entscheidende, ständig wirkende Triebkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte. Der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen und dem Stand der Produktivkräfte wirke stimulierend auf die Vervollkommnung der Produktivkräfte, wobei seine zeitweilige Lösung zu neuen Bedürfnissen und Widersprüchen, damit aber zur Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte führe. Damit verändere sich auch der Mensch. Zu den Gesetzmäßigkeiten kämen weitere gesetzmäßig wirkende Triebkräfte, wie zum Beispiel die von den Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Elementen der Produktivkräfte ausgehenden Impulse. Die Rednerin ging dann auf einige Triebkräfte mit beschleunigender und stimulierender Wirkung ein, wie zum Beispiel auf die mit der maschinellen Großproduktion vorhandene Spezialisierung und die beschleunigte Entwicklung von Produktionsmitteln, und schloß damit, daß die Bedürfnisse nicht unmittelbar, sondern über die Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte einwirkten. Allerdings mangelte es ihrem an sich interessanten Beitrag etwas an der direkten Beziehung zum eigentlichen Thema des Kolloquiums.

Jerzy Tomaszewski hob hervor, daß die Frage, was die Wirtschaftsgeschichte sei oder nicht sei, in Polen bisher noch nicht diskutiert wurde. Auch wenn man davon ausgehen könne, daß Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte beide die ökonomischen Gesetze untersuchen, so seien sie doch in der Realität verschiedene Zweige der Wissenschaft. Zur Analyse könnten durchaus zwei Methoden benutzt werden, je nachdem, ob man von der Theorie oder von der realen Lage, der Praxis ausgeht. Beide Methoden sind wichtig und bilden eine Gesamtheit.

Wir müssen die Theorie und die Realität gleichzeitig kennen, um die Welt zu verstehen und zu ändern. Unter Bezug auf den einleitenden Vortrag von J. Kuczynski verwies der Redner auf eine andere Entwicklungsrichtung der wirtschaftshistorischen Forschung, eine Richtung der Wirtschaftsgeschichte, die aus der allgemeinen Geschichte hervorgegangen ist. Historiker zum Beispiel, die sich mit der älteren Geschichte befassen, müssen wirtschaftshistorische Fragen untersuchen,

da sie sonst die politische Geschichte nicht verstehen können. Beide Richtungen - die eine von der Politischen Ökonomie, die andere von der allgemeinen Geschichte kommend - seien jetzt zur Wirtschaftsgeschichte vereint. Tomaszewski ging dann auf die Unterschiede zwischen Politischer Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte ein. Er widersprach der Auffassung, die Aufgabe der Politischen Ökonomie sei die Erforschung allgemeiner, die Aufgabe der Wirtschaftsgeschichte die Erforschung spezieller Gesetze, und stimmte in dieser Beziehung mit J. Kuczynski überein. Die Frage nach allgemeinen Gesetzen setze auch beim Politökonom die konkrete Analyse als Weg zum Ziel voraus. Der Wirtschaftshistoriker frage nach dem Ursprung der heutigen wirtschaftlichen Probleme in der Welt oder einzelnen Gesellschaften, nach Analogien und Unterschieden in der konkreten wirtschaftlichen Entwicklung. Das sei ebenfalls Erforschung ökonomischer Gesetze, aber unter anderen Aspekten. Beide Disziplinen seien sehr eng verbunden, aber gleichzeitig verschieden, besonders hinsichtlich des Zwecks der Untersuchung und des Niveaus der Abstraktion. Neben der Betonung ihrer Einheit sollten die Unterschiede nicht übersehen werden. Abschließend vertrat Tomaszewski die Meinung, die Wirtschaftshistoriker würden oft noch zu wenig die theoretischen Probleme beherrschen. Die Ausbildung der jungen Wirtschaftshistoriker müsse deshalb gerade in dieser Hinsicht verbessert werden. Als ein hervorragendes Beispiel für die Einheit von wirtschaftshistorischer und politökonomischer Forschung nannte er das Buch von Witold Kula über theoretische Gesetze des Feudalismus.

Horst Handke (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) ging davon aus, daß der Beitrag von J. Kuczynski sowohl eine methodologische wie auch eine inhaltliche Fragestellung umfasse. Von Buganov sei bereits darauf hingewiesen worden, daß dieser Beitrag die Zusammengehörigkeit der Wissenschaften besonders herausgestellt hat. Darüber sei aber eine andere Seite, die Problematik der Differenzierung der einzelnen Wissenschaften, etwas vernachlässigt worden. Die Verabsolutierung, der Historiker sei ein empirischer Wissenschaftler, scheine ihm dazu nicht der geeignete Ansatzpunkt zu sein, da es rein empirische Wissenschaften oder Wissenschaftler gar nicht gebe. Selbst ein Wissenschaftler, der sich vorwiegend auf empirisches Material stützt, leiste bereits eine gewisse theoretische Arbeit. Die Unterscheidung von empirisch und theoretisch, obwohl von großer Bedeutung, bringe uns für die Klärung des Problems der Differenzierung der Wissenschaften nicht weiter. Angeregt von H. Nussbaums Bemerkungen über die allgemeinen Zusammenhänge, die nicht von den Einzelwissenschaften gelöst werden können, kam Handke zu dem Schluß, daß der zu untersuchende unterschiedliche Ausschnitt aus der gesellschaftlichen Totalität und der damit verbundene unterschiedliche Verallgemeinerungsgrad von Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten für die Herausbildung der einzelnen Wissenschaften von großer Bedeutung sei. In diesem Sinne könne man durchaus von theoretischen und historischen Wissenschaften sprechen, ohne daß die theoretischen, also allgemeineren Wissenschaften ohne Historie und Empirie und die historisch-empirischen Wissenschaften ohne Theorie auskommen könnten. In eine ähnliche Richtung seien auch die Überlegungen von Tomaszewski gegangen.

Hans-Heinrich Müller (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) stellte in einer Zwischenbemerkung die Frage nach der Herausbildung einer Politischen Ökonomie des Feudalismus. Er vertrat die Auffassung, dies könne nur über die Wirtschaftsgeschichte geschehen, da nur die Wirtschaftsgeschichte in der Lage sei, das Faktenmaterial aufzubereiten. Dies aber sei die Voraussetzung für dessen theoretische Verarbeitung. Deshalb müsse in diesem Falle die Wirtschaftsgeschichte sowohl als Empiriker wie auch

als selbständiger Theoretiker fungieren, da nur sie die notwendige Einheit zwischen beiden Aufgabenbereichen wahren könne.

Waltraud Falk (Humboldt-Universität, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Berlin) stellte gegenüber der in den sechziger Jahren geführten Diskussion, was das Verhältnis zwischen Wirtschaftsgeschichte und Politischer Ökonomie betrifft, eine Annäherung der Standpunkte fest. Sie erklärte den Unterschied zwischen beiden Fächern damit, daß im Vordergrund der Politischen Ökonomie das Gesetzmäßige in der Geschichte stehe, bei der Wirtschaftsgeschichte dagegen das Abweichende vom Gesetz oder - da das Gesetz nie in seiner reinen Form existiert - das "normale Leben". Ihrer Meinung nach geht J. Kuczynski etwas zu weit in der "strikten Darlegung" von empirischer und theoretischer Wissenschaft. Die Rednerin machte weiter darauf aufmerksam, daß die Auffassung von der Wirtschaftswissenschaft als einer Verbindung von Politischer Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte die Existenz anderer wirtschaftswissenschaftlicher Disziplinen, zum Beispiel der Betriebswirtschaft, der Finanzwissenschaft und der sogenannten Zweigökonomiken außer acht läßt, an denen wir jedoch bei der Bestimmung des Standortes der Wirtschaftsgeschichte nicht vorbeigehen dürfen. Ebenso müsse das Verhältnis der Wirtschaftsgeschichte zu ihren Instrumentarien und Hilfswissenschaften, die bis in die mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen hineinreichen, beachtet werden.

Thomas Kuczynski lehnte die Unterscheidung von empirischer und theoretischer Forschung ab, da eine Theorie ohne Empirie ebenso wie eine Empirie ohne Theorie unsinnig sei. Der entscheidende Unterschied liege vielmehr in dem Begriffspaar logisch - historisch. In der Politischen Ökonomie werde in viel stärkerem Maße die Logik der Geschichte aufgezeigt, in der Wirtschaftsgeschichte dagegen die Geschichte der Logik, im Sinne der historischen Entwicklung. Engels habe in einer Rezension zum "Kapital" gesagt, die logische Methode sei nichts anderes als die historische, entkleidet der historischen Zufälligkeiten. Th. Kuczynski bezeichnete die Wirklichkeit als ein Ergebnis des Zusammenwirkens von Notwendigkeit und Zufall. Die Notwendigkeit - das theoretische Gebäude - könnten wir nur aus den uns konkret überlieferten Zufälligkeiten verifizieren. Die Einheit der Wirtschaftswissenschaft sei nicht im Sinne des Theoretischen und Empirischen, sondern des Logischen und Historischen existent.

Jörg Roesler (Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin) beschäftigte sich mit der Frage des Verhältnisses von Theorie und Geschichte bei der Ausbildung unserer Wirtschaftswissenschaftler. Wenn J. Kuczynski einräume, daß sich Wissenschaftler je nach Begabung und Neigung stärker entweder mit der theoretischen oder historischen Seite ihrer Wissenschaft beschäftigen können, so setze das allerdings die Kenntnis beider Seiten der Wissenschaft voraus. Die Ausbildung sei aber sehr einseitig auf die theoretische Seite ausgerichtet. Roesler bestätigte aus seiner eigenen langjährigen Erfahrung als Hochschullehrer die Feststellung J. Kuczynskis von der unzureichenden wirtschaftshistorischen Ausbildung. Da die Wirtschaftsgeschichte bisher kein Hauptfach ist, sei es außerordentlich wichtig, wie in den anderen Fächern der Boden für die Aufnahme wirtschaftshistorischer Erkenntnisse vorbereitet werde. Der Redner untersuchte diese Frage über einen Zeitraum von annähernd zwanzig Jahren hinweg anhand einiger Lehrbücher zur Volkswirtschaftsplanung und kam zu dem Schluß, daß die Geschichte aus diesen Lehrbüchern sukzessive hinausgedrängt worden ist. Die Frage der Einstellung der anderen Fächer zur Wirtschaftsgeschichte, bezogen auf die Lehrbücher, betrachte er nicht nur als Frage eines "historischen Vorspanns", sondern als eine inhaltliche Frage des Lehrbuchs über-

haupt. Roesler lehnte die Vermittlung abstrakt-theoretischer Thesen, von ihm dargestellt am Beispiel der Behandlung des Problems der Proportionalität, ab und forderte, energisch gegen die Abkapselung der Theorie von der Geschichte zu kämpfen.

In seinen Schlußbemerkungen zu diesem Komplex ging J. Kuczynski auf die aufgeworfenen Fragen ein und verdeutlichte seinen Standpunkt. Er stimme W. Falk zu, daß es keine Wissenschaft ohne Gesetze gebe, allerdings habe er nicht von der Wirtschaftsgeschichte als einer Wissenschaft, sondern nur von einem Zweig einer Wissenschaft gesprochen. Dagegen könne ihn der Vorschlag von Th. Kuczynski, statt empirisch und theoretisch besser das Begriffspaar logisch und historisch zu benutzen, nicht überzeugen. Mit der Bemerkung, daß er unter Politischer Ökonomie die der Produktionsweise, also der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte, verstehe, antwortete J. Kuczynski auf die Auffassung von K. Lärmer, die Wirtschaftsgeschichte sei breiter als die Politische Ökonomie, da sie auch die Produktivkräfte-Forschung mit umfasse. Es sei eine andere Frage, daß wir Unterzweige, wie die Geschichte der Produktivkräfte, lange vernachlässigt haben. Eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Tomaszewski könne er nicht sehen, wohl aber eine wichtige pragmatische und pädagogische Problematik, Roesler habe mit Recht auf die Realitätsfremdheit mancher Politökonomen hingewiesen. Zusammenfassend sagte Kuczynski, das Hauptziel seiner Studie sei es gerade gewesen klarzumachen: Es ist unmöglich, einfach ein Wirtschaftshistoriker wie auch einfach ein Politökonom zu sein; man müsse wie Marx und Engels ein Wirtschaftswissenschaftler sein, das heißt beides zugleich. Er sei daher auch mit H. -H. Müller nicht einverstanden. Mit einer entsprechenden Behauptung könne man ebenso umgekehrt zugunsten der Politischen Ökonomie argumentieren. Wer sich allerdings nur als Politökonom mit den vorkapitalistischen Gesellschaften befassen wolle, ohne Wirtschaftsgeschichte zu betreiben, der könne auch keine ökonomischen Gesetze ermitteln.

Eine weitere Frage, die im Zusammenhang mit der Stellung der Wirtschaftsgeschichte von J. Kuczynski in seiner Studie behandelt worden war, die These, die Wirtschaftswissenschaft sei "in gewisser Weise" eine Grundlagenwissenschaft und müsse von den Gesellschaftswissenschaftlern zumindest passiv beherrscht werden, ging ebenfalls in die Diskussion auf dem Kolloquium ein.

M. Nussbaum äußerte Zweifel an der Berechtigung dieser Feststellung. Unter Berufung auf Bemerkungen von Engels meinte er, die Klassiker hätten zwar die Beziehung zwischen Basis und Überbau zunächst sehr scharf herausgearbeitet, um den Idealismus zu durchbrechen, seien sich aber bewußt gewesen, daß diese Beziehung in Wirklichkeit sehr kompliziert ist und zwischen Basis und Überbau viele Zwischenglieder, Zwischenstufen bestehen. M. Nussbaum meinte, wir sollten nicht von der vereinfachenden Vorstellung ausgehen, daß jede Erscheinung aus der Basis selbst heraus erklärt werden kann. Überbaubeziehungen haben auch ihre Eigengesetzlichkeit und stehen nicht alle in enger Beziehung zur Basis. Bestimmte Erscheinungen im Überbau wirken wieder auf andere Gebiete im Überbau ein. Vom Beispiel des Impressionismus ausgehend, der mit der Philosophie seiner Zeit, der Entwicklung der Naturwissenschaft usw. zusammenhänge, könne man dann mit dem gleichen Recht verlangen, der Kunsthistoriker müsse dann auch die Philosophie, die Geschichte der Naturwissenschaften etc. kennen.

W. Falk knüpfte an diese Bemerkung an. Sie ging zunächst ebenfalls von Engels aus. Dieser habe gesagt, es mache eigentlich den Marxismus aus, die Erscheinungen auf ihre zutiefst ökonomischen Ursachen zurückzuführen. Das habe auch

der Kunsthistoriker zu beachten. Jeder Gesellschaftswissenschaftler müsse den Marxismus-Leninismus beherrschen, folglich auch die Politische Ökonomie als einen seiner wesentlichen Bestandteile. Jedoch könnten mit der Politischen Ökonomie allein die Erscheinungen auch nicht ausreichend begriffen und auf ihre ökonomischen Ursachen zurückgeführt werden. Mit dieser Auffassung ging die Rednerin über J. Kuczynskis Position hinaus und entwickelte aus der von M. Nussbaum aufgeworfenen Frage eine Forderung. Sie verwies auf die zwingende Notwendigkeit, das historische Bewußtsein, die historische Betrachtungsweise in unserer Gesellschaft zu fördern. Der Anteil der Wirtschaftsgeschichte an der Vermittlung eines richtigen Geschichtsbewußtseins sei aber auch als ein Moment zu betrachten, die Wirtschaftsgeschichte nicht nur als eine empirische Wissenschaft, sondern als empirische und theoretische Wissenschaft zugleich zu sehen, da historisches Bewußtsein nicht allein mit Fakten und Erscheinungen vermittelt werden kann, sondern darüber hinaus das Wissen um die diesen Erscheinungen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten einschließt. W. Falk schloß ihre Ausführungen: Wenn wir akzeptieren würden, daß jede einzelne Gesellschaftswissenschaft die Wirtschaftswissenschaft braucht - was durchaus nicht abwegig sei -, so bedeute das nicht, daß sie nur die Wirtschaftswissenschaft benötigt; sie benötigt vielmehr wesentlich mehr, insbesondere die Philosophie.

J. Kuczynski verwies in seiner Erwiderung auf Äußerungen von Engels in den sogenannten Altersbriefen, wo dieser zwar sagt, daß es zahlreiche Zwischenglieder zwischen der Basis und den Überbauerscheinungen gibt, gleichzeitig aber betont, daß der Überbau "in letzter Instanz" von der Basis bestimmt werde. Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Kunst aufzudecken sei nicht einfach, da es viele Zwischenglieder gebe, es sich um einen komplizierten Prozeß handle und nichts falscher sei, als etwa mechanisch vorzugehen.

Gewissermaßen mehr "am Rande" des Meinungsstreites zum eigentlichen Hauptthema des Kolloquiums gab es noch einige erwähnenswerte Anregungen für die künftige Arbeit. Vizepräsident Heinrich Scheel wies darauf hin, daß viele der an der Akademie verwendeten wissenschaftlichen Geräte relativ schnell veralten, dann durch neue ersetzt und aus Platzgründen beseitigt werden müssen. Er sehe es als eine Aufgabe der Wirtschaftshistoriker an, zu überprüfen, welche dieser Geräte als Lehr- und Schaustücke, als Beispiele für eine bestimmte Entwicklungsstufe der technischen Produktivkräfte von musealem Wert und deshalb vor der Vernichtung zu bewahren seien. Wolfgang Jonas warf in seinem einleitenden Vortrag die Frage auf, ob es nicht an der Zeit sei, die (Betriebs-)Geschichte des Instituts zu schreiben, und verwies dabei auf Vorarbeiten, unter anderem von J. Kuczynski, die bereits vorliegen. V. I. Buganov griff diese Frage in der Diskussion auf und begrüßte ein solches Vorhaben. Ähnliche Ideen existierten auch in der UdSSR. Buganov wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Instituts geschichten gleichzeitig Beiträge zur Geschichte der Wissenschaft seien.

Insgesamt gesehen zeichnete sich die Diskussion durch Offenheit, Lebendigkeit und interessante Fragestellungen aus. Dabei kamen die verschiedenen Meinungen bei der Behandlung des ersten Fragenkomplexes (Philosophie) deutlich prononcierter zum Ausdruck, als dies bei der Problematik der Stellung der Wirtschaftsgeschichte und des Verhältnisses von theoretischer und empirischer Forschung der Fall war, wo es sich mehr um verschiedene Akzente, um die Hervorhebung dieses oder jenes Aspekts handelte, die Auffassungen also im Grunde nicht so weit voneinander entfernt waren, wie es in der Diskussion selbst mitunter den Anschein hatte. Der Meinungsstreit wurde vor allem von den Wirtschaftshistorikern getragen. Zweifellos hätte er durch eine stärkere Teilnahme von Philosophen,

Wissenschaftstheoretikern, Historikern und Ökonomen noch eine Bereicherung erfahren können, da kein Zweifel daran bestehen kann, daß die aufgeworfenen Fragen auch diese Disziplinen ansprechen.

Jürgen Kuczynski dankte in seinen Schlußbemerkungen für die vielfältigen Anregungen, die die Diskussion gegeben hatte.

Wolfgang Jonas verband den Dank für den lebhaften Meinungsstreit mit dem Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Nachbar- und Schwesterdisziplinen und deren Instituten. Er schloß das Kolloquium mit einem besonderen Dank an Jürgen Kuczynski, der mit seiner Studie, seinen einleitenden Bemerkungen und seinem Schlußwort einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Konferenz geleistet hatte.

Dieter Baudis

VERGLEICHENDE GESCHICHTE DER DÖRFlichen GEMEINSCHAFTEN

(25. bis 29. Mai 1976 in Warschau)

Die Komitees für Geschichts- und Rechtswissenschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften und die belgische Société Jean Bodin veranstalteten vom 25. bis 29. Mai 1976 in Warschau einen Kongreß, der die langjährigen Bemühungen der Bodin-Gesellschaft um die Förderung komparativer Studien auf dem Gebiet der Sozial- und Rechtsgeschichte fortsetzen sollte und an dem rund zweihundert Wissenschaftler aus 21 Ländern teilnahmen.

Die Gesellschaft, die den Namen des französischen Juristen und Staatstheoretikers Jean Bodin (1530 bis 1596) trägt, ist 1935 gegründet worden. Sie hat seither 19 internationale Kongresse organisiert, auf denen jeweils eine bestimmte gesellschaftliche Institution im historischen Vergleich untersucht wurde. Die stattliche Zahl von 34 Bänden in der Reihe der "Recueils de la Société Jean Bodin" ist das Ergebnis dieser Tätigkeit. Sie behandeln Themen wie "Die Bindungen des Lehnverhältnisses und die Immunitäten" (2. Auflage Brüssel 1959); "Die Leibeigenschaft" (2. Auflage Brüssel 1958); "Die Stadt" (3 Bände, Brüssel 1954 - 1956) usw.

Das Ziel des Warschauer Kongresses bestand darin, mittels der vergleichenden Untersuchung Ähnlichkeiten und Parallelen in der Herausbildung, Entwicklung und Existenz der dörflichen Gemeinschaften (communautés rurales) herauszuarbeiten. Dieses Ziel konnte nur zum Teil erreicht werden, da die Vertreter der bürgerlichen komparativen Rechts- und Sozialwissenschaft historische Formen dörflicher Eigentums-, Arbeits- und Siedlungsgemeinschaften miteinander verglichen, ohne die qualitativen Unterschiede im Entstehungs- und Entwicklungsprozeß dieser Gemeinschaften mit allen ihren Konsequenzen in Rechnung zu stellen. Um dies zuzuspitzen: Die Kongreßteilnehmer wurden tatsächlich aufgefordert, den sowjetischen Kolchos, das israelische Kibbuz und die mexikanische landwirtschaftliche Kooperative miteinander zu vergleichen. Demgegenüber gaben bei der Behandlung neuzeitlicher dörflicher Gemeinschaften, namentlich bei den slawischen Völkern und auf dem Balkan, vor allem Vertreter der sowjetischen, rumänischen, polnischen und ungarischen Rechts- und Sozialgeschichte Strukturanalysen auf der Basis der leninschen Formationstheorie und stießen damit zum exakten, fruchtbaren historischen Vergleich vor.

Trotz der Belastung des Kongresses durch abstrakte bürgerliche Komparatistik ergaben sich im einzelnen zahlreiche Anregungen. So erwiesen sich zum Beispiel bei der Behandlung des Alten Orients die Unterschiede zwischen dem ägyptischen dörflichen Gemeinschaftsleben und den agrarischen Gemeinden Mesopotamiens als beträchtlich. Diese Differenzen wurden aus den unterschiedlichen materiellen Lebensbedingungen in den genannten Ländern erklärt. I. M. Djakonov (Leninград) machte darauf aufmerksam, daß gemeinschaftliches Eigentum am Boden individuelle Bearbeitung nicht ausschließt. Die Dorfgemeinschaft konnte somit als intakte soziale Institution bestehen, auch wenn sich ihre tägliche Reproduktion nicht in kollektiver Arbeit vollzog. Der Warschauer Kongreß hat damit die von Althistorikern der UdSSR und der DDR betonte Typen-Vielfalt, die sich hinter dem abstrakten Begriff der Dorfgemeinschaft verbirgt, anhand weiteren Materi-

als bestätigt und auch bei der Behandlung Mittel- und Westeuropas hervorgehoben. Den Veranstaltern des Kongresses muß man dafür danken, daß sie anregen, den wichtigen Fragenkomplex der Dorfgemeinschaft zu behandeln. Wie groß das internationale Interesse daran ist, geht aus der beachtlichen Zahl von 180 Beiträgen hervor, die dem Kongreß unterbreitet wurden.

Der nächste Kongreß der Gesellschaft wird voraussichtlich 1979 in London stattfinden und das Thema "Der Rechtsbegriff bei den verschiedenen Gesellschaften" behandeln.

Gert Audring

ZUR ROLLE DES BÜRGERTUMS IN DER DEUTSCHEN FRÜHBÜRGERLICHEN REVOLUTION

(25. November 1975 in Berlin)

Am 25. November 1975 fand in Berlin ein Kolloquium zur Rolle des Bürgertums in der deutschen frühbürgerlichen Revolution statt. Veranstalter waren die Historiker-Gesellschaft der DDR und der Wissenschaftsbereich Feudalismus im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Hauptgegenstand dieses die Diskussionen über die Stellung des deutschen Bürgertums im Feudalismus fortführenden Kolloquiums (vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 12/1973 und 10/1974) waren die Frage nach dem Reifegrad der frühkapitalistischen Entwicklung in Deutschland am Anfang des 16. Jahrhunderts und das Problem der Haltung der verschiedenen Schichten des Bürgertums, insbesondere der entstehenden Handels- und Manufakturbourgeoisie, in der frühbürgerlichen Revolution. Als Hauptreferenten sprachen Gerhard Brendler und Adolf Laube (Berlin).

Brendler legte in seinem Beitrag "Bürgertum und Reformation 1517 bis 1524" die Bürgerlichkeit der reformatorischen Bewegung bis zum Beginn des Bauernkrieges dar. Der bürgerliche Charakter der lutherischen Reformation war nicht von Anfang an gegeben, sondern bildete sich erst in der Dialektik von bürgerlichem Klasseninteresse und voranschreitender reformatorischer Bewegung heraus. Die Reformation entwickelte sich aus einer zunächst innerkirchlichen Opposition ab 1521 zu einer breiten Volksbewegung gegen den Feudalismus, die im Bauernkrieg kulminierte und die aufsteigende Phase der frühbürgerlichen Revolution von 1517 bis 1524 prägte. Dabei gab die Reformation den unterschiedlichen Zielen und Interessen der verschiedenen Schichten des Bürgertums, von Teilen der Intelligenz und Geistlichkeit die ideologische Legitimation für eine Umgestaltung von Kirche und Gesellschaft.

Der Umschlag in eine Volksbewegung erfolgte in dem Maße, wie das Städtbürgertum die Vorzüge kirchlicher Reformen für die spezifisch bürgerlichen Bestrebungen erkannte und die kirchlichen Verhältnisse umzugestalten begann. Brendler verdeutlichte diesen Vorgang an der Wittenberger Bewegung vom Herbst 1521 und hob als ein wesentliches Zeichen einer Volksbewegung die Aktivierung der Stadtgemeinde hervor. Mit dem Übergang zur Massenaktion gewann die reformatorische Bewegung schärfere soziale Konturen. Das Städtbürgertum selbst zeigte in dieser Zeit ein sozialökonomisches Doppelgesicht, wobei zwischen "bürgerlich" und "kapitalistisch" zu Beginn des 16. Jahrhunderts nur partielle Übereinstimmung bestand. Letztlich liegen hier die Ursachen für das unterschiedliche Verhalten der verschiedenen Schichten des Bürgertums in der Revolution. Im Hinblick auf die Haltung zur Reformation erfüllte das Städtbürgertum zwei wesentliche Funktionen: Einerseits gewährte es den reformatorischen Bestrebungen Schutz und Asyl, zum anderen sorgte es dafür, daß innerhalb der Kommunen ein Teil der erhobenen reformatorischen Forderungen in die Praxis umgesetzt werden konnte. Charakteristisch für die reformatorische Bewegung bis 1524 war,

daß als Hegemon ein Teil der politisch führenden bürgerlichen Oberschicht auftrat, während die Triebkräfte dieser Massenaktionen den kleinbürgerlichen und plebejischen Schichten entstammten. Nutznießer waren die mittleren und gehobenen Schichten des Bürgertums, die zum Teil mit der sich bildenden Handels- und Manufakturbourgeoisie identisch waren. Die Reformation führte in ihren Hauptergebnissen zu einer Ausweitung der bürgerlichen Machtsphäre. Durch die Brechung einer Vielzahl geistlicher Ständeprivilegien in der Stadt wurden die Positionen und das Selbstbewußtsein des Bürgertums gestärkt und der bürgerliche Rechtsverband vereinheitlicht. Die Auflösung der religiösen Bruderschaften, die Säkularisation vieler Klöster und die Einziehung sonstigen kirchlichen Eigentums führten ferner zu direkten Eigentumsverschiebungen zugunsten des Städtebürgertums.

Laube sprach zum Thema "Ökonomische Bedingungen und soziales Wesen der entstehenden Handels- und Manufakturbourgeoisie und deren Rolle in der deutschen frühbürgerlichen Revolution". Er versuchte zunächst den Reifegrad der sozialökonomischen Entwicklung Deutschlands zu Beginn des 16. Jahrhunderts und den Platz der Manufakturperiode in der europäischen Kapitalismusgenese - in Auseinandersetzung mit anderen marxistischen Auffassungen über ihren Beginn - zu bestimmen. Das rasche Vordringen früher kapitalistischer Verhältnisse im Bergbau, Hüttenwesen, in der Metallverarbeitung, im Textilgewerbe, aber auch in anderen Bereichen der nichtagrarischen Produktion berechtigen dazu, den Beginn der Manufakturperiode mit dem Anfang des 16. Jahrhunderts anzusetzen. Dabei war die frühkapitalistische Entwicklung in den deutschen Territorien durch Besonderheiten gekennzeichnet, die vor allem aus dem regional unterschiedlichen Entwicklungsstand, der besonderen Rolle des Bergbaus und dem Fehlen eines nationalstaatlichen Rahmens resultierten. Entscheidend für die Charakterisierung der sozialökonomischen Verhältnisse sind jedoch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des entstehenden Manufakturkapitalismus: der relativ hohe Grad der Akkumulation von Geldkapital und sein Eindringen in die Produktion; die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware und deren ausreichendes Angebot auf dem Markt; die Einbeziehung von Produktionsmitteln - darunter auch von Grund und Boden - in den Marktverkehr; die Ansätze eines inneren Marktes und seine Verflechtung mit dem entstehenden Weltmarkt. Diese frühe kapitalistische Entwicklung hatte die Herausbildung einer neuen sozialen Schicht von Unternehmer-Kaufleuten zur Folge, die ihrem Charakter nach die Anfänge einer Handels- und Manufakturbourgeoisie darstellte. Typisch für die ganze Manufakturperiode war jedoch - wie der Referent in Anlehnung an Marx ausdrücklich feststellte - das Übergewicht des Handelskapitals. Hinzu kam, daß die Bourgeoisie in Deutschland zu Beginn des 16. Jahrhunderts bereits in zwei sich gegenseitig bekämpfende Lager von "Monopolisten und Antimonopolisten" gespalten war, die auch gegenüber den feudalen Kräften unterschiedliche Stellungen bezogen. Laube stellte die Frage nach der Haltung dieser Kräfte in der frühbürgerlichen Revolution und forderte genaue Kriterien dafür, wie die Haltung der Bourgeoisie generell zu beurteilen sei. Obwohl der Grad des antifeudalen Verhaltens der verschiedenen Teile der entstehenden Handels- und Manufakturbourgeoisie unterschiedlich war, gab es Bestrebungen und Aktionen, bei denen aktiv antifeudale Ziele verfolgt wurden. So besonders im Bergbau im Kampf von Unternehmern gegen feudale Bevormundung und finanzielle Belastung. Ähnliches gilt für die Antimonopolbewegung, den oberdeutschen Wucherstreit sowie die Politik der Reichsstädte auf den Reichstagen. Da die herrschende bürgerliche Oberschicht sich zumindest in den oberdeutschen Städten weitgehend aus Vertretern der entstehenden Bourgeoisie zusammensetzte, trug auch die reichsstädtische Politik in dieser Zeit einigen ökonomischen und politischen Hauptanliegen der Bourgeoisie Rechnung. Den Reichsstädten ging es um die Er-

langung eines ihren wachsenden ökonomischen Potenzen adäquaten politischen Mitspracherechts (volle Reichsstandschaft) mit dem Ziel einer Abwehr feudaler Eingriffe in ihre elementaren Wirtschaftsinteressen. Diese durchaus beachtlichen Äußerungen eines antifeudalen Kampfes von Teilen der entstehenden Bourgeoisie sind als spezifische Aspekte der frühbürgerlichen deutschen Revolution zu werten und bedürfen tiefergehender Erforschung. In ihrer objektiven Wirkung zielten sie auf die weitere Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse, damit aber auf die Entfaltung frühkapitalistischer Verhältnisse.

Einige Aspekte bürgerlichen Klassenbewußtseins im Zeitalter der frühbürgerlichen Revolution untersuchte Sigrid Looß (Berlin). Sie betonte die Vielgestaltigkeit bürgerlichen Klassendenkens in dieser Zeit, das nicht nur durch die reformatorische Ideologie repräsentiert wurde, sondern auch Auffassungen des Humanismus und der Renaissance einschloß. Als wesentliche Ergebnisse der Umwälzungen auf ideologischem Gebiet hob sie das Aufweichen alter Denkstrukturen und eine veränderte Stellung des Menschen zu Gott, zu sich selbst und zur Umwelt hervor. Die neue Lehre Luthers von der Rechtfertigung des Menschen vor Gott allein durch den Glauben machten die Hierarchie und die äußeren Kultwerke der katholischen Kirche überflüssig. Das Denken der Menschen wurde individualisiert und auf die Wertschätzung der menschlichen Arbeit gelenkt. Dies war verbunden mit der Ablehnung des auf Standesprivilegien beruhenden feudalen Müßiggangs und jeder Form von Bettelei. In diesem Zusammenhang erfolgte der Erlaß von Armen- und Bettelordnungen sowie von Schulprogrammen im Gefolge der Reformation. Hierin sind einerseits Ansätze für spätere Ideen christlicher Brüderlichkeit, aber auch für die Abgrenzung der herrschenden gegenüber den besitzlosen Klassen und Schichten zu sehen. Looß betonte abschließend, daß bürgerliches Bewußtsein in der Zeit der frühbürgerlichen Revolution nicht gleichgesetzt werden darf mit kapitalistischem Klassendenken. Um das typische Denken der verschiedenen Schichten des Bürgertums herausarbeiten zu können, bedarf es neuer Fragestellungen und Untersuchungskomplexe. Besonders die Vorstellungen in den Stadträten und in anderen körperschaftlichen Vertretungen sind stärker zu beachten.

Max Steinmetz (Leipzig) sprach sich in der Diskussion unter Bezug auf Brendler dagegen aus, am Beispiel einzelner Städte das für die reformatorische Bewegung Typische analysieren zu wollen. Erst durch den Vergleich der städtischen Entwicklung in allen Teilen des Reiches können allgemeingültige Aussagen getroffen werden. Dabei bezeichnete er den Ablauf der Ereignisse in Wittenberg als Sonderfall einer städtischen Bewegung in dieser Zeit.

Günter Vogler (Berlin) sah als entscheidend für die Bestimmung des politischen Charakters der reformatorischen Bewegung bis zum Bauernkrieg den Angriff auf das geistliche Fürstentum als die wesentlichste Machtstütze des Feudalsystems an. Er schlug vor, vom Problem der wohlfeilen Kirche auszugehen und die schichtenspezifischen Interessen, die diesen Forderungen zugrunde lagen, herauszuarbeiten. Eingehend auf die Reformation, hob er deren innere Differenziertheit hervor. Die Begriffe "Bürgertum", "bürgerliche Ideologie", "Reformation" sollten nicht auf Luther und seinen Umkreis begrenzt werden. Vogler unterstrich die Rolle der einfachen Warenproduzenten in der Reformation. Nicht jede in dieser Zeit neu auftauchende Forderung kann eindeutig auf die Bedürfnisse der frühkapitalistisch wirtschaftenden Schichten festgelegt werden. Viele Forderungen hatten den gemeinen Mann und den gemeinen Nutzen im Blickpunkt und entsprachen den Interessen der kleinen Warenproduktion. Bezug nehmend auf das von Laube angesprochene Verhältnis Reichsstädte - Reichstag, meldete Vogler Bedenken an, aus der Zugehörigkeit von Vertretern der entstehenden Bourgeoisie zur städtischen

Oberschicht auf deren Agieren im Reichstag schließen zu wollen. Den vorrangig patrizischen Städtevertretern ging es weniger um direkte Machtbeteiligung als vielmehr um stärkeres moralisches Prestige im Reich.

Erika Uitz (Magdeburg) verlangte, die seit Jahrhunderten geführten Kämpfe zwischen Städtebürgertum und Geistlichkeit um innerstädtische Machtpositionen stärker als Vergleichsmaßstab für den qualitativ neuen Charakter der Auseinandersetzungen während der frühbürgerlichen Revolution heranzuziehen.

Karl Czok (Leipzig) forderte eine genaue Analyse der Marktbeziehungen und des Marktgeschehens innerhalb Deutschlands und darüber hinaus und betonte die Notwendigkeit einer klaren Definition der Begriffe "innerer Markt" und "nationaler Markt". Anhand der Haltung einiger frühkapitalistischer Unternehmer Leipzigs zur Reformation zeigte er, daß die frühkapitalistisch wirtschaftenden Schichten durchaus nicht fest an die Reformation gebunden waren, sondern nur so lange an den neuen Lehren festhielten, wie dies für die Geschäftsinteressen Gewinn versprach. Czok verlangte, die Veränderungen zu untersuchen, die sich unter frühkapitalistischen Gegebenheiten im Bereich der kleinen Warenproduktion vollzogen. Stärkere Beachtung sollten auch die kleineren Städte finden, um das Denken und Handeln der gesamten Bürgerschaft erfassen zu können.

Siegfried Hoyer (Leipzig) verwies auf die Doppelrolle des Bürgertums als Hegemon und Triebkraft. Dabei muß nicht nur die Zusammensetzung der städtischen Oberschichten genauer analysiert werden, sondern es ist auch zu klären, welche Teile der bürgerlichen Oberschicht als Hegemon wirkten und inwieweit Vertreter der entstehenden Bourgeoisie aktiv an der Reformation beteiligt waren. Anknüpfend an Looß, wurde die Frage gestellt, was die frühbourgeoise Ideologie qualitativ unterscheidet von zeitlich früherliegenden Formen bürgerlicher Ideologien. Hoyer unterstrich die Bedeutung des historischen Vergleichs der deutschen frühbürgerlichen Revolution mit den späteren bürgerlichen Revolutionen.

Einige Momente der Entwicklung der Reformation zur Volksbewegung verdeutlichte Stefan Oehmig (Berlin) am Beispiel Magdeburgs. Der Schwerpunkt lag in der Analyse der Ereignisse vom Sommer 1524 bis zum Februar 1525, deren Ergebnisse eine Reihe probürgerlicher Veränderungen innerhalb der Stadt waren.

Günter Mühlpfordt (Halle) untersuchte den Zusammenhang zwischen beruflicher Tätigkeit verschiedener Personen und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution und hob die Bedeutung bestimmter Kontaktberufe hervor.

Günther Rudolph (Berlin) unterstrich den Charakter der entstehenden Bourgeoisie als neuer Ausbeuterklasse und wollte von daher die progressive Rolle der Volksmassen stärker betont wissen.

In ihren Schlußbemerkungen hoben Brendler und Laube die neuen Impulse hervor, die das Kolloquium für die Beantwortung solcher Fragen wie nach dem bürgerlichen Charakter der reformatorischen Bewegung und der Haltung der entstehenden Handels- und Manufakturbourgeoisie in der frühbürgerlichen Revolution vermittelt hat. Erstmals wurde dabei das Verhältnis von allgemeinbürgerlichen Forderungen zu den spezifisch kapitalistisch-bourgeoisien Elementen als Kernproblem deutlich gemacht und auf vorhandene Forschungslücken hingewiesen.

Stefan Oehmig

The International Economic History Association announces that the Seventh International Economic History Congress will be held in Edinburgh, Scotland, from 13 to 19 August 1978. It is sponsored by the British Economic History Society and supported by the University of Edinburgh and the District Council of the City of Edinburgh.

The academic sessions of the Congress will take three forms. First, the discussion of four 'A' themes each in two three-hour sessions. In preparation for these, four reports (together with some short supporting papers) will be prepared by colloquia meeting during 1977, and presented in a publication to be made available to all registered participants in advance of the Congress during 1978. Second, there will be discussion of ten 'B' Themes each in a single three-hour session. Within each of these themes, six papers will be prepared and presented in summary for discussion. The papers will be available, on request, in advance of the Congress, and their authors will have the opportunity of speaking briefly on the subject of their papers. Third - 'C' Themes - there will be opportunities for informal discussion and presentation of papers on areas not embraced within the framework of 'A' and 'B' Themes. These themes have not been planned by the Executive Committee, but facilities are being made available at the Congress on request from proposed organisers.

OUTLINE OF THE PROGRAMME OF THE CONGRESS

'A' Themes (with names of Rapporteurs)

- A. 1 Natural Resources and Economic Development
Ressources naturelles et développement économique
Rapporteurs: Prof. W. N. Parker (Yale)
Prof. A. Maczak (Warsaw)
- A. 2 Urbanization and Social Change
Urbanisation et transformations sociales
Rapporteurs: Prof. S. U. Palme (Stockholm)
Prof. D. Herlihy (Harvard)
- A. 3 Peasant Dues, Tithes and Trends in Agricultural Production in Pre-industrial Societies
Prestations paysannes, dîmes et mouvements de la production agricole dans les sociétés préindustrielles
Rapporteurs: Prof. E. Le Roy Ladurie (College de France)
Prof. J. Goy (Ecole des Hautes Etudes, Paris)

- A. 4 Regional and International Disparities in Economic Development since the Industrial Revolution
 Les disparités entre régions et entre nations dans le développement économique depuis la révolution industrielle
 Rapporteurs: Prof. M. Levy-Leboyer (Paris, Nanterre)
 Prof. P. Bairoch (Geneva)

'B' Themes (with names of organisers)

- B. 1 General Methodological Problems in Economic History
 Problèmes généraux de méthodologie en histoire économique
 Organizer: Prof. J. Topolski (Poznan)
- B. 2 New Techniques of Research in Economic History
 Nouvelles techniques de recherche en histoire économique
 Organizers: Prof. R. Floud (Birkbeck College, London)
 Prof. I. D. Kovalchenko (Moscow)
- B. 3 Ancient History: Non-Slave Labour in Antiquity (Greece and Rome)
 Histoire ancienne: Le travail non-servile en Grèce et à Rome
 Organizers: Prof. M. I. Finley and P. Garnsey (Jesus College, Cambridge)
- B. 4 Ancient History: Non-Slave Labour in Antiquity (Ancient Near East)
 Histoire ancienne: Le travail non-servile dans l' Orient ancien
 Organizer: Prof. I. M. Diakonov (Institute of Oriental Studies, Leningrad)
- B. 5 Economic Implications of Property Rights and Institutions
 Droit de propriété et institutions en rapport avec l' activité économique
 Organizers: Dr. R. M. Hartwell (Nuffield College, Oxford)
 Prof. D. C. North (University of Washington)
- B. 6 War, Military Expenditure and Economic Change
 Guerre, dépenses militaires et changements économiques
 Organizer: Prof. O. Pickl (Graz)
- B. 7 Economic Fluctuations and Policy Responses in Pre-Industrial Europe
 Les fluctuations économiques et l' action des autorités dans ce domaine à l' époque préindustrielle
 Organizer: Prof. C. Poni (Bologna)
- B. 8 Modernized Agricultural Enterprise in the 19th and 20th Centuries
 L' entreprise dans l' agriculture modernisée (XIX^e - XX^e s.)
 Organizers: Prof. G. G. Kotovsky (Oriental Institute, Moscow)
 Prof. F. W. Henning (Cologne)
- B. 9 Problems of Work and the Labour Force in Enterprise in the 19th and 20th Centuries
 Problèmes du travail et du personnel dans l' entreprise (XIX^e - XX^e s.)
 Organizer: Prof. J. Kuczynski (Berlin)
- B. 10 Economic Theory and Policy in the 20th Century - Money and International Economics
 Théorie économique et politique économique au XX^e siècle
 Organizer: Prof. D. Moggridge (Toronto)

'C' Themes (with names of organisers)

The following topics have so far been proposed:

A cette date, les sujets suivants ont été proposés:

- C. 1 The State as a Factor in Economic Development
Organizer: Prof. O. Salkovsky (Moscow)
- C. 2 History of Economics
Organizer: The History of Economics Society (Secretary, Prof. A. W. Coats, Department of Economic History, University of Nottingham)
- C. 3 Economic and Social Aspects of Criminality in the Past
Organizer: Prof. H. A. Diederiks (Leyden)
- C. 4 Les Relations entre la Ville et la Campagne en Europe Septentrionale
Organizer: Prof. Th. Riis (Copenhagen)
- C. 5 Diffusion of Technology and Economic Growth
Organizer: Prof. R. Cameron (Emory, USA)
- C. 6 Trade Routes between Britain and Eastern Europe
Organizer: Prof. V. Dorosenko (Riga, USSR)
- C. 7 Comparative Study of Consular Reports
Organizer: Prof. T. C. Barker (Canterbury, UK)
- C. 8 Le Secteur Public et le Développement Economique
Organizer: Prof. L. de Rosa (Naples)
- C. 9 Internationaler Ochsenhandel der frühen Neuzeit 1450 - 1750
Organizer: Prof. E. Westermann (Esslingen)
- C. 10 International Labour Migration in the 19th and 20th Centuries
Organizer: Prof. W. L. Marr (Waterloo, Ontario)
- C. 11 Capital Formation in Economic Growth
Organizer: Prof. B. Olsen (North Carolina, USA)

Bibliographie

BIBLIOGRAPHIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTLICHER LITERATUR DER DDR

10. Lieferung

Theorie und Methodik

1231.

Betriebsgeschichte und Bündnispolitik der Arbeiterklasse. (Tagung vom 17. bis 19. Juni 1975 in Gera.) In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 1, S. 269 - 273. (Radandt, Hans)

1232.

Fabiunke, Günter: Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie. Anschauungsmaterial für Lehre u. Studium. - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1975. 296 S., Abb.

1233.

Jonas, Wolfgang: Zu einigen Problemen des Verhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Bemerkungen zu Hans Mottek, *Wirtschaftsgesch.* u. Entw. von Wiss. u. Technik. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 1, S. 233 - 242.

1234.

Kuczynski, Jürgen: Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften - Ein Versuch. Zum zwanzigjährigen Jubiläum d. Inst. für Wirtschaftsgesch. gewidmet. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 2, S. 11 - 31.

1235.

Kuczynski, Jürgen: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie u. Vergleiche. Mit krit. Bemerkungen u. Erg. von Wolfgang Jonas. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. X, 194 S. (Forsch. zur Wirtschaftsgesch. 8).

1236.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED. Leitung d. Red.: G. Radczun, Bd. 5. Ökonomische Schriften. - Berlin: Dietz Verl. 1975. 34, 807 S.

1237.

Meusel, Hans: Konferenz zur Betriebsgeschichte. In: *Beitr. Gesch. Arb.bewegung*, Berlin, 17, 1975, 6, S. 1108 - 1109.

1238.

Nussbaum, Helga: Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 1, S. 69 - 93.

1239.

Rudolph, Günther: Ökonomie und utopisch-sozialistische Aspekte im Werk von Karl Rodbertus-Jaetzow (1805 - 1875). In: *Beitr. zur Marx-Engels-Forsch.* Dem Wirken Auguste Cornus gewidmet. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. S. 92 - 130.

1240.

Sander, Christel: Zur Editions-geschichte der ersten Ausgabe der "Theorien über den Mehrwert" - herausgegeben von Karl Kautsky. In: *Wirtschaftswiss.*, Berlin, 23, 1975, 7, S. 1086 - 1091.

1241.

Schmück, Christel; Focke, Wolfgang: Kolloquium zu einigen Problemen der Entwicklung der Marx'schen politischen Ökonomie von 1850 - 1863. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 17, 1975, 4, S. 719 - 721.

1242.

Thal, Peter: 200 Jahre Adam Smith' "Reichtum der Nationen". In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle, Gesellsch. wiss. R., Halle, 24, 1975, 4, S. 67 - 75, Abb.

1243.

Wirtschaftsgeschichte und Umwelt in aktueller und historischer Sicht: Festliches Kolloquium zu Ehren v. Hans Mottek am 25. September 1975. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 241 - 250. (Laschke, Michael)

1244.

Wittenburg, Gertraud: Die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus von Marx und Engels bis zur Schaffung der politischen Ökonomie des Sozialismus als selbständige Wissenschaft. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 23, 1975, 1, S. 88 - 104.

1245.

Wußing, H.: Versuch zur Klassifikation des historischen Wechselverhältnisses zwischen Naturwissenschaften und materieller Produktion. In: NTM, Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Medizin, Leipzig, 12, 1975, 1, S. 98 - 104.

Bibliographien

1246.

Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig. Aus d. Schriften d. Hist. Komm. d. Sächs. Akad. d. Wiss. zu Leipzig. Hauptbd. 2, Bearb. v. Hilde-

gard Heilemann nach Vorarb. v. Edith Rothe. Red.: Dietmar Debes u. Manfred Unger. - Weimar: Böhlau 1975. 288 S.

1247.

Bibliographie wirtschaftswissenschaftlicher Literatur der DDR. 8. Lieferung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 293 - 301.

1248.

25 (Fünfundzwanzig) Jahre RGW. Zsgest. unter Ltg. v. Siegfried Richter. Eine Auswahlbibliographie. - Halle: Univ. - u. Landesbibliothek Sachsen-Anh. 1975. 57 S. (Schriften zum Bibliotheks- u. Büchereiwesen in Sachsen-Anh. 43.)

1249.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 295 - 316.

1250.

Jahresberichte für deutsche Geschichte. Hrsg. v. d. Akad. d. Wiss. d. DDR. Zentralinst. für Geschichte, Abt. Information u. Dokumentation. N. F. Jg. 23. 1972. Mit Nachtr. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. XIII, 638 S.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

1251.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg. Sachregister. - Schwerin: Staatsarchiv 1975. 45 S. (Maschinenschriftl. vervielf.)

1252.

Baar, Lothar: Hans Mottek 65 Jahre. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 23, 1975, 8, S. 955 - 956.

1253.

Baumgarten, Karl: Tagung des Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung in der DDR (AHS) in Salzwedel (4. - 7. 6. 1973). In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, N. F. 3, 1975, S. 199 - 200.

1254.

Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente u. Materialien zum 30. Jahrestag d. demokrat. Bodenreform. Hrsg. v. Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED; Inst. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED. - Berlin: Dietz 1975. 207 S., Abb.

1255.

Erfahrungen der Geschichte und Perspektiven der gemeinsamen Forschung. (4. u. 5. Juni 1975 in Berlin). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 275 - 284. (Altner, P.; Grau, C.)

1256.

Heinrich, Christel: Kolloquium zur Agrargeschichte in Rostock (3. - 5. 7. 1973). In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, N. F. 3, 1975, S. 201 - 203.

1257.

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1956 - 1961. (T. 2, 1960 - 1961.) Bearb. v. Alfred Neumann u. Willi Zimmermann. - Wolfen: VEB Filmfabrik Wolfen 1975, 64 S. (Aus d. Gesch. d. Filmfabrik Wolfen 32.)

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

1258.

Brückner, Franz: Häuserbuch der Stadt Dessau. - Dessau: Stadtarchiv. 1975. 76 S., Abb., Kt.

1259.

Fröhlich, Horst: Zur Geschichte der Mühlen im Vogtland. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 2, S. 74 - 78.

1260.

Geiger, Walter: Periodisierung der eichsfeldischen Bevölkerungsentwicklung von 1816 bis 1973. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 15, 1975, 4, S. 349 - 351.

1261.

Geschichte der Stadt Magdeburg. Hrsg. v. Rat d. Stadt Magdeburg. Von e. Autorenkollektiv unter Ltg. von Helmut Asmus. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. 488 S., Abb.

1262.

Geschichte der Stadt Weimar. Im Auftr. d. Rates d. Stadt Weimar hrsg. von Gitta Günther u. Lothar Wallraf. - Weimar: Böhlau 1975. XVI, 909 S., Abb.

1263.

Hartwig, Vera: Die Indianer-Agrarfrage in Chile bis 1970. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. 258 S., Abb. (Veröff. d. Mus. f. Völkerkd. zu Leipzig 30.)

1264.

Linke, Max: Archivalische Nachweise über die Nutzung natürlichen organischen Materials zur Düngung altmärkischer Wölbäcker. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 279 - 290.

1265.

Meißner, Herbert; Bönisch, Alfred: Die Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Periode des Kapitalismus. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.-gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtd. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 283 - 312.

1266.

Menger, Manfred; Schildhauer, Johannes: Kolloquium zur Geschichte des Ostseeraumes. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 23, 1975, 2, S. 199 - 202.

1267.

Neubert, Helga: Die Bedeutung des Yaks (*Bos grunniens*) und seiner Kreuzungen für die Bevölkerung in den Hochgebirgszonen Zentralasiens. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 30, 1975, S. 93 - 100.

1268.

Richter, Jörg: 100 Jahre Eisenbahnlinie Freiberg - Bienenmühle - Holzhau. Industrielle Erschließung des oberen Tales der Freiburger Mulde. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 6, S. 263 - 266, Abb.

1269.

Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entw. gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumppe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. XI, 312 S. (Forsch. zur Wirtschaftsgesch. 9.)

Bis 500

1270.

Bibikova, V. I.: Formen der Viehzucht bei den äneolithischen Stämmen Südosteuropas. In: Moderne Probleme der Archäologie. VII. Tagung der Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K.-H. Otto u. H.-J. Brachmann. - Berlin: Akad.-Verl. 1975, S. 237 - 245.

1271.

Bockisch, Gabriele: Voraussetzungen und Anfänge der antiken Produktionsweise im alten Griechenland. In: EAZ, Berlin, 16, 1975, 2, S. 209 - 267.

1272.

Brentjes, Burchard: Die Erfindung des Haustieres. - Leipzig, Jena, Berlin: Urania-Verl. 1975. 128 S., Abb. (Akzent 11.)

1273.

Bülow, Gerda v.: Militärische und zivile Keramikproduktion in den römischen Provinzen am Rhein und an der oberen Donau. In: Klio, Berlin, 57, 1975, 1, S. 233 - 240.

1274.

Coblenz, Werner: Kunst und Kunstgewerbe aus der Ur- und Frühgeschichte Sachsens. Fotos von Heidemarie Hennig. Zeichnungen von Hertha Möckel. Hrsg. vom Landesmus. für Vorgesch. Dresden. - Berlin: Dt. Verl. d. Wiss. 1975. 71, (78) S., Abb.

1275.

Dandamayev, Muhammad A.: Forced Labour in the Palace Economy in Achaemenid Iran. In: Altorientalische Forschungen. Bd. 2. Red.: Helmut Freydank (u. a.) - Berlin: Akad.-Verl. 1975, S. 71 - 78.

1276.

Doluchanov, P. M.: Die ökologischen und ökonomischen Grundlagen der Neolithisierung Mittel- und Osteuropas. In: Moderne Probleme der Archäologie. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K.-H. Otto u. H.-J. Brachmann. - Berlin: Akad.-Verl. 1975, S. 73 - 82.

1277.

Doluchanov, P. M.: Ökosoziale und soziokulturelle Systeme in der Urgeschichte. In: Moderne Probleme der Archäologie. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. v. K.-H. Otto

- u. H. -J. Brachmann. - Berlin: Akad. - Verl. 1975, S. 67 - 72.
- 1278.
- Erxleben, Eberhard: Das Verhältnis des Handels zum Produktionsaufkommen in Attica im 5. und 4. Jahrhundert v. u. Z. In: *Klio*, Berlin, 57, 1975, 2, S. 365 - 398.
- 1279.
- Fischer, Hagen: Probleme bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens in römischer Zeit. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 2, S. 139 - 146.
- 1280.
- Müller, Detlef W.: Der ur- und frühgeschichtliche Besiedlungsablauf innerhalb der Gemarkung Oberbösa, Kreis Sondershausen. In: *Alt-Thüringen*, Weimar, 13, 1975, S. 132 - 195, Abb., Kt.
- 1281.
- Musiolak, Peter: Zur antiken Produktionsweise im alten Griechenland. In: *EAZ*, Berlin, 16, 1975, 2, S. 299 - 303.
- 1282.
- Musiolak, Peter: Zur Rolle der Stadt in der antiken Klassengesellschaft. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 2, S. 135 - 138.
- 1283.
- Pečirka, Jan: Eine neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis. Hellenische Poleis. Krise-Wandlung-Wirkung. Bd. 1 - 4. Hrsg. v. E. Ch. Welskopf. In: *Jb. Wirtschaftsgesch.*, Berlin, 1976, 2, S. 189 - 203.
- 1284.
- Pleiner, R.: Die Aussagen der Eisenmetallurgie für die archäologisch-historische Forschung. In: *Moderne Probleme der Archäologie*. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- und Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K. -H. Otto u. H. -J. Brachmann. - Berlin: Akad. -Verl. 1975, S. 189 - 198.
- 1285.
- Quitta, Hans: Neue Aspekte zum Alter des Pflanzenanbaues und der Bronzemetallurgie in Südostasien. In: *Altertum*, Berlin, 21, 1975, 1, S. 36 - 43, Abb.
- 1286.
- Quitta, Hans: Historische Aspekte zu den Anfängen agrarischer Entwicklung auf dem amerikanischen Kontinent. In: *Moderne Probleme der Archäologie*. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- und Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K. -H. Otto u. H. -J. Brachmann. - Berlin: Akad. -Verl. 1975, S. 103 - 128.
- 1287.
- Rybnickova, E.: Die Widerspiegelung von Siedlungsabläufen in Pollendiagrammen. In: *Moderne Probleme der Archäologie*. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K. -H. Otto u. H. -J. Brachmann. - Berlin: Akad. -Verl. 1975, S. 255 - 263.
- 1288.
- Schlenther, U.: Bodenbesitzverhältnisse und Tribute bei den Inka und Azteca. Mit e. sprachl. Analyse u. d. Vergleich d. sozialen, ökonom. u. polit. Verhältnisse. In: *EAZ*, Berlin, 16, 1975, 1, S. 1 - 83.
- 1289.
- Schönert-Geiß, Edith: Griechisches Münzwerk. Die Münzprägung von Bisanthe, Dikaia, Selymbria. - Berlin: Akad. -Verl. 1975, V, 62 S., Abb. (Schriften zur Gesch. u. Kultur d. Antike 13.)

1290.

Selimchanow, I. R.: Zu einigen aktuellen Problemen der ältesten Metallurgie. In: Moderne Probleme der Archäologie. VII. Tagung d. Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 10. bis 12. Mai 1973 in Dresden. Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR hrsg. von K.-H. Otto u. H.-J. Brachmann. - Berlin: Akad.-Verl. 1975, S. 177 - 187.

1291.

Teichert, M.: Erläuterungen zur wissenschaftlichen Bezeichnung der Haustiere und zu einigen Begriffen in der Tierzucht. In: EAZ, Berlin, 16, 1975, 4, S. 681 - 685.

1292.

Vajnštejn, Sev'jan I.: Das Problem der Entstehung der Rentierzucht in Eurasien. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 30, 1975, S. 61 - 92, Abb.

500 - 1789

1293.

Aulepp, Rolf: Die mittelalterlichen Fernstraßen im Kreisgebiet von Mühlhausen in Thüringen. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 15, 1975, 4, S. 359 - 364, Abb., Kt.

1294.

Baumgarten, Karl: Bauer und Bauernhaus im Hochschwarzwald um 1520. In: Der arm man 1525. Volkskundliche Stud. Hrsg. von Hermann Strobach. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. S. 79 - 88, Abb.

1295.

Epperlein, Siegfried: Bäuerliche Arbeitsdarstellungen auf mittelalterlichen Bildzeugnissen. Zur geschichtlichen Motivation von Miniaturen und

Graphiken vom 9. bis 15. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 181 - 208.

1296.

Koleva, E.: Historisch-demographische Angaben über die Bevölkerung des Plovdiver Gebietes in der Zeit der Türkenherrschaft. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 30, 1975, S. 51 - 60.

1297.

Otruba, Gustav: Bericht über eine im Auftrag der Mährischen Lehensbank durchgeführte Kommerzialreise - eine zeitgenössische Bestandsaufnahme zur Wirtschaftslage mitteleuropäischer Städte um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Aufgrund d. archival. Quelle ed. u. eingel. v. ... In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 253 - 278.

1298.

Pannach, Heinz: Quellenkundliche und methodologische Probleme der Geschichte der sächsischen Bauern im Spätfudalismus. In: Wiss. Stud. Päd. Hochsch. "Clara Zetkin" Leipzig, Leipzig, 1975, 1, S. 61 - 69.

1299.

Schwarze, Elisabeth: Soziale Struktur und Besitzverhältnisse der ländlichen Bevölkerung Ostthüringens im 16. Jahrhundert. Mit einer Einf.: Die Land- u. Türkensteuerregister d. 16. Jh. u. d. Möglichkeiten ihrer Auswertung. Von Hans Eberhardt. - Weimar: Böhlau 1975. 216 S., Kt. (Veröffentl. d. Staatsarch. Weimar 9.)

1300.

Stöber, Horst: Zur Entwicklung von Sklaverei und Feudalismus bei den Mossi vor der Kolonialherrschaft. In: Abh. Ber. Staatl. Mus. Völkerkd. Dresden, Berlin, 34, 1975, S. 271 - 277.

1301.

Gränz, Paul; Kirchberg, Peter: Ahnen unserer Autos. Eine technikhist. Dokumentation. - Berlin: Transpress 1975. 248 S., Abb.

1302.

Handke, Horst: Strukturwandlungen der Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierungen der Klassenbeziehungen. Zu einigen Problemen d. sozialen u. pol. Entw. in Dtlld. v. d. achtziger Jahren d. 19. Jh. bis zum 1. Weltkrieg. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.-gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtlld. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 111 - 143.

1303.

Jindra, Zdeněk: Die Rolle des Krupp-Konzerns bei der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 133 - 162.

1304.

Lehmann, Hermann: Zum Einfluß des "Wealth of Nations" auf die Ökonomen des deutschen Bürgertums. Die ökonom. Auffassungen d. Christian Jacob Kraus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 109 - 131.

1305.

Lehmann, Karin: Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte im Deutschen Reich vor dem ersten Weltkrieg. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.-gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtlld. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 85 - 110.

1306.

Nussbaum, Helga: Die Investitionsstrategie staatlicher und privater Un-

ternehmen unter den Bedingungen eines gesetzlichen Zwangssyndikats (Deutsche Kaliindustrie bis 1914). In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.-gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtlld. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 53 - 83.

1307.

Petraschk, Margarete: Das arbeitende Sebnitzer Kind in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Eine volkskundl. Dokumentation. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 4, S. 183 - 186, Abb.

1308.

Puchert, Berthold: Bestrebungen zur wirtschaftspolitischen Blockbildung in Mitteleuropa am Anfang des 20. Jahrhunderts. Ein Beitr. zur Untersuchung d. Verhältnisses zwischen Staat u. Wirtschaft. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 95 - 103.

1309.

Rach, Hans-Jürgen: Schnitterkasernen in der Magdeburger Börde. Die Unterkünfte d. landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in d. zweiten Hälfte d. 19. u. zu Beginn d. 20. Jh. In: Jb. Volkskd. u. Kulturgesch., Berlin, N. F. 2, 1974 (1975), S. 171 - 192, Abb.

1310.

Schellhas, Walter: Die erste Gasberei-tungsanstalt auf dem europäischen Festland - in Halsbrücke bei Freiberg. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 4, S. 160 - 164, Abb.

1311.

Schütt, Hans-Werner: Diamant und Graphit als "Kohlenstoffverbindungen". Zur Geschichte der Chemie und Mineralogie um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. In: NTM. Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Technik u. Medizin, Leipzig, 12, 1975, 1, S. 56 - 62.

1312.

Strenz, Wilfried: Entwicklungstendenzen in der regionalen Verteilung der Bevölkerung im Prozeß der industriellen Revolution des Kapitalismus auf dem heutigen Territorium der DDR. Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt. (Zum XXIII. Internationalen Geographen-Kongreß Juli/August 1976 in Moskau.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 163 - 180.

1313.

Vygodskij, Vitalij S.: Wie "Das Kapital" entstand. Übers.: Günter Wermusch. - Berlin: Verl. Die Wirtsch. 1976. 219 S.

1314.

Weinberger, Gerda: An den Quellen der Apartheid. Studien üb. koloniale Ausbeutungs- u. Herrschaftsmethoden in Südafrika u. d. Zs. arb. d. dt. Imperialismus mit d. engl. Imperialismus u. d. burischen Nationalisten (1902 - 1914). - Berlin: Akad.-Verl. 1975. 217 S. (Forsch. zur Wirtschaftsgesch. 7.)

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

1315.

Ackermann, Jürgen; Slawinski, Ursula: 30 Jahre Förderung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten durch die UdSSR. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 24, 1975, 1, S. 69 - 74.

1316.

Arlt, Reiner: Bodenreform und Entwicklung des Agrarrechts in der DDR. In: Staat u. Recht, Berlin, 24, 1975, 9, S. 1248 - 1257.

1317.

Aufbruch in unsere Zeit. Erinnerungen an d. Tätigkeit d. Gewerkschaften v. 1945 bis zur Gründung d. Dt. Demokratischen Republik. Ausgew., zsgest. u. red. bearb. durch e. Hrsg.-Kollektiv unter Ltg. v. Erwin Lehmann. - Berlin: Verl. Tribüne 1975. 242 S., Abb.

1318.

Baier, Hans: Zur Entwicklung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig zum Verband der Verleger und Buchhändler der Deutschen Demokratischen Republik. In: Beitr. Gesch. d. Buchwesens, Leipzig, 7, 1975, S. 71 - 145, Taf.

1319.

Bielig, Walter; Falk, Waltraud: Die Rolle der Steuerpolitik für die Entstehung und Entwicklung sozialistischer Machtverhältnisse. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 17, 1975, 6, S. 990 - 1002.

1320.

Burkhardt-Osadnik, Lucie; Otto, Carl: Tendenzen der Urbanisierung und der Bevölkerungsagglomeration in der DDR in den Jahren 1950 bis 1973. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 211 - 218.

1321.

Chronik über den Bau des VEB Eichsfelder Zementwerke Deuna 1964 - 1975. Von Anneliese Brauhardt (u. a.). In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 15, 1975, 3, S. 199 - 208, Abb.

1322.

Čuntulov, V. T.: Grundzüge und -richtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren des neunten Fünfjahrplans. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 69 - 89.

1323.

Demme, Hans: Über die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Dörfern des heutigen Kreises Worbis. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 15, 1975, 4, S. 294 - 320, Abb.

1324.

Deutsch, Reinhard; Presber, Peter: Zusammenarbeit der RGW-Länder in der Landwirtschaft. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 21, 1976, 1, S. 53 - 65.

1325.

Die Entwicklung der Territorialstruktur im Nordgebiet der DDR. Geographen-Kongreß d. DDR (12. bis 16. Mai 1975 in Neubrandenburg). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 285 - 290. (Narweleit, Gerhard)

1326.

Falk, Waltraud: SAG-Betriebe - Wiedergutmachung und Wiederaufbau. In: Energietechnik, Leipzig, 25, 1975, 5.

1327.

Freiberg, Paul; Mitz, Jürgen: Formen und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. In: IPW Ber., Berlin, 4, 1975, 11, S. 16 - 25, 73.

1328.

Groschoff, Kurt; Heinich, Richard: Die demokratische Bodenreform - Ausgangspunkt neuer gesellschaftlicher Verhältnisse auf dem Lande. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 23, 1975, 9, S. 1328 - 1340.

1329.

Kirchner, Jürgen: Zur Bedeutung der Betriebsfrauenausschüsse für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. (1952 bis 1955.) In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 33 - 52.

1330.

Könnemann, Erwin: Die ökonomische Propaganda für das Produktionsaufgebot im Bezirk Halle (1961/1962). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 207 - 224.

1331.

Kurtz, A.; Sauer, I.: Erfolgreiche Agrarentwicklung in der DDR und ihre Widerspiegelung in der "Kommunismusforschung" der BRD. In: Pflüger, Berlin, 27, 1975, 6, S. 12 - 16.

1332.

Marx, Helga: Demokratische Bodenreform vor dreißig Jahren - erster Schritt zur Verwirklichung eines jahrhundertalten Traumes der Bauernschaft. (Mit dt., eng. u. russ. Zsfssg.) In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Liebknecht" Potsdam, 19, 1975, 4, S. 571 - 578.

1333.

Zur marxistisch-leninistischen Agrar- und Bündnistheorie in der Gegenwart. Grundzüge d. Entw. d. Leninschen Genossenschaftsplans in d. Landwirtschaft d. DDR. (Ausgearb. v. d. Kollektiv d. Lehrstuhls Ökonomik d. sozialist. Landwirtschaft d. DDR. Dieter Sachse u. a. Red. schluß: 10. 11. 1975.) - Berlin: Parteihochsch. "Karl Marx" b. ZK d. SED 1976. 192 S. (Vorlesungen u. Schriften.)

1334.

Möbius, Dina: Zu einigen Fragen der Migrationen - dargestellt am Beispiel des Bezirkes Rostock. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 219 - 224.

1335.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wächtler, Eberhard: Zur Geschichte der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz in der DDR in den Jahren 1945 - 1962. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 5, 1975, 1, S. 56 - 63.

1336.

Neumann, Gerd: Neue Momente in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg. Zur Vorgesch. d. Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 13 - 31.

1337.

Roesler, Jörg: Die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wettbewerbsbewegung und staatlicher Leitung und Planung in der Industrie 1956 bis 1962. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 33 - 53.

1338.

Schlagadern der Wirtschaft, Eisenbahnen europ. sozialist. Länder. - Berlin: Transpress 1975. 287 S., Abb.

1339.

Schmidt, Lothar: Probleme der demographischen Entwicklung in der DDR und des rationellen Einsatzes des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, 24, 1975, 2, S. 295 - 301.

1340.

Scholz, Dieter: Entwicklung und Struktur des Ballungsgebietes Halle-Leipzig. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 4, S. 165 - 171, Kt.

1341.

Schulze, Hans-Günther: Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden - ein komplexer Prozeß ökonomischer und sozialer Veränderungen auf dem Lande. In: Einheit, Berlin, 30, 1975, 12, S. 1422 - 1425.

1342.

Weißleder, Wolfgang: Deutsche Wirtschaftskommission, Kontinuierliche Vorbereitung der zentralen staatlichen

Macht der Arbeiterklasse. In: Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung. - Berlin: Akad.-Verl. 1976, S. 131 - 154. (Staats- u. rechtstheoret. Stud. 2.)

1343.

Wunsch, Regina: Betrachtungen zu Motivationen der Binnenwanderung in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 225 - 229.

1344.

Zschiedrich, Harald: Internationale Wirtschaftsvereinigungen der RGW-Mitgliedsländer. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 20, 1975, 11, S. 1678 - 1687.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

1345.

Baudis, Dieter: Die Weiterentwicklung staatsmonopolistischer Beziehungen bei der Organisierung der imperialistischen Nachkriegswirtschaft in Deutschland 1918/19. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtd. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976, S. 145 - 180.

1346.

Deubler, Heinz: Rudolstädter Notgeld 1917 bis 1923. In: Rudolstädter Heimatbl., Rudolstadt, 21, 1975, 1/2, S. 29 - 35, Abb.

1347.

Dillwitz, Sigrid: Soziale Veränderungen in der Landwirtschaft der BRD. Zu einigen Problemen und Ergebnissen d. marxist. Forsch. in d. DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 225 - 239.

1348.

Göldner, Joachim: Finanzierung durch die "Weltbank" als Ausdruck souveräni-

tätsverletzender internationaler Finanzbeziehungen, In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle, Gesellsch.wiss. R., Halle, 24, 1975, 2, S. 23 - 32.

1349.

Handke, Horst: Macht durch Organisation oder Organisation durch Macht? Managertheorie u. bürgerl. Historiographie, Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation, Die Grundlegung d. Hugenbergschen Presseimperiums, Stud. zur modernen Gesch., Bd. 7, In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 245 - 258.

1350.

Handke, Horst: Massenkommunikation und Demokratie in den Zwängen der Monopolherrschaft, Zu Problemen einer marxist. Politischen Ökonomie d. Massenmedien im Kapitalismus, Holzer, Horst, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie u. Kommunikation in d. BRD, Texte u. Stud. zur Soziologie, Bd. 3, In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 177 - 188.

1351.

Kuczynski, Jürgen: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 1 - 19.

1352.

Kuczynski, Jürgen: Neue Tendenzen der Sozialgeschichtsforschung in der BRD, Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente u. Skizzen, Bd. 2: 1870 - 1914; Proletarische Lebensläufe, Autobiographische Dokumente zur Entstehung der zweiten Kultur in Deutschland, Bd. 1: Anfänge bis 1914.

In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 169 - 175.

1353.

Kuczynski, Jürgen: Wirtschaftsperspektiven des Kapitals, Anzeichen einer "Depression besonderen Charakters" in d. Ökon. d. Kap. Ähnlichkeiten u. Unterschiede zu früheren langanhaltenden Depressionsphasen u. ihre Konsequenzen, In: IPW Ber., Berlin, 4, 1975, 12, S. 2 - 7.

1354.

Kuczynski, Jürgen: Die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft, In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 55 - 68.

1355.

Kuczynski, Thomas: Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33 und deren Effektivität, In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 215 - 251.

1356.

Kuczynski, Thomas: Weltwirtschaftskrise und staatsmonopolistischer Kapitalismus: Das Beispiel des amerikanischen New Deal, Einige Überlegungen bei der Lektüre von: Die große Krise in Amerika, Vergleichende Studien zur polit. Sozialgesch. 1929 - 1939, hrsg. von Heinrich August Winkler, Kritische Studien zur Gesch.wiss. Bd. 6; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939, Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 4, In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 259 - 266.

1357.

Lärmer, Karl: Autobahnbau und staatsmonopolistischer Kapitalismus (1933 bis

1945). In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 253 - 281.

1358.

Mansour, Fawzi: Die Erdölpreise und die Krise des kapitalistischen Welt-systems. In: Asien, Afrika, Latein-amerika, Berlin, 3, 1975, 3, S. 421 - 428.

1359.

Meißner, Martin: Die Papiergeld-Emissionen in Schwarzburg-Rudolstadt. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 21, 1975, 5/6, S. 121 - 123.

1360.

Neumann, Gerd: Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen. Zur Vorgesch. d. Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, 2. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 53 - 67.

1361.

Puchert, Berthold: Regulierung des deutschen Außenhandels nach dem ersten Weltkrieg. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 181 - 214.

1362.

Rehbein, Elfriede: Rolle und Bedeutung der kapitalistischen Integration in der EWG unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrswesens. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 1, S. 105 - 131.

1363.

Rösel, Konrad: Getreideernte vor einem halben Jahrhundert. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 21, 1975, 4, S. 187 - 192, Abb.

1364.

Roesler, Jörg: Antikommunismus und Objektivität. Zur Darstellung d. Wirtschaftsgesch. d. DDR in: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 149 - 168.

1365.

Zschocke, Helmut: Internationale Konzerne und Staat. In: IPW-Ber., Berlin, 4, 1975, 8, S. 46 - 47.

1366.

Zumpe, Lotte: Ökonomischer und außer-ökonomischer Zwang. Zur Funktion u. Wirkungsweise im Kap., insbes. im staatsmonopolist. Kap. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beitr. zur Entw.gesch. d. staatsmonopolist. Kap. in Dtl. Hrsg. von Lotte Zumpe. - Berlin: Akad.-Verl. 1976. S. 21 - 52.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

1367.

Arauco, Judit N.; Hartwig, Werner A.: San Juan Bautista de Pachachaca - eine Comunidad in der zentralen Andenregion Perus. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 30, 1975, S. 231 - 289, Abb., Kt.

1368.

Barthel, Günter: Die arabischen Ölmilliarden und das "recycling". Ursachen u. Wirkungen. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 3, S. 429 - 438.

1369.

Chang, Kenne H.-K.: Strategies for Food Production and the Rise of Urbanism in Mesoamerica. An Ecological View. In: Jb. Mus. Völkerkd. Leipzig, Berlin, 30, 1975, S. 205 - 230.

1370.

Fiedler, Reinhard: Nichtmarxistische Konzeptionen der sozialökonomischen Entwicklung der "Dritten Welt". Bericht üb. d. Tagung d. Arb. gruppe "Ökonomie" d. Zentralen Rates f. Asien-, Afrika- und Lateinamerikawiss. in d. DDR am 15. April 1975 in Berlin-Karlshorst. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 4, S. 708 - 711.

1371.

Friedländer, Paul: Neokolonialismus - Forschung vor neuen Aufgaben. Bericht üb. d. Konstituierung d. multilateralen Arb. gruppe "Strategie u. Taktik d. Imperialismus gegenüber d. Entw. ländern" am 17. u. 18. Dez. 1974 in Potsdam-Babelsberg. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 3, S. 531 - 532.

1372.

Göbel, Peter: Bemerkungen zur Verwendung des Zinns bei den Nupe. In: Abh. Ber. Staatl. Mus. Völkerkd. Dresden, Berlin, 34, 1975, S. 69 - 76, Abb.

1373.

Industrialisierung in Entwicklungsländern. Bedingungen, Konzeptionen, Tendenzen. Autorenkoll. unter Ltg. v. Horst Grienic, Gert Kück u. Manfred Voigt. - Berlin: Akad.-Verl. 1975. XIII, 680 S. (Stud. üb. Asien, Afrika u. Lateinamerika 7.)

1374.

Ismail, Kamil: Die sozialökonomischen Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung im Küstengebirge der Syrischen Arabischen Republik. Eine Untersuchung im Gebiet v. Alš-Saih-Badr. - Berlin: Akad.-Verl. 1975, 143 S., Abb. (Veröff. d. Mus. für Völkerkd. zu Leipzig 26.)

1375.

Jäckel, Bernd: Aktuelle Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den Entwicklungsländern. Ber. üb. eine Konferenz d. Arbeitsgr. "Ökonomie" d. Zentralen Rates f. Asien-, Afrika- u. Lateinamerikawiss. in d. DDR am 3. u. 4. Dez. 1974 in Leipzig. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 2, S. 333 - 336.

1376.

Schilling, Hartmut: Die allgemeine Krise des Kapitalismus, ihre gegenwärtige Vertiefung und die Entwicklungsländer. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 3, 1975, 2, S. 215 - 228; 3, S. 403 - 420.

1377.

Schweegee-Hefel, Annemarie: Salam und Isanga Konfē, Schmiede und Gelbgießer in Mengao. In: Abh. Ber. Staatl. Mus. Völkerkd. Dresden, Berlin, 34, 1975, S. 261 - 266, Abb.

1378.

Tiesler, Frank: Töpfereierzeugnisse aus dem Torricelli-Gebirge, Sepik-Distrikt (Nord-Neuguinea). In: Abh. Ber. Staatl. Mus. Völkerkd. Dresden, Berlin, 34, 1975, S. 605 - 627, Abb., Kt.

1379.

Vejc, G. M.: Die Preisdifferenzierung im Staatssektor Indiens. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1976, 2, S. 91 - 107.

AUTORENVERZEICHNIS

- Audring, Gert, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Baudis, Dieter, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Dillwitz, Sigrid, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- Dorner, Axel, Dr. oec., Fachgruppe Wirtschafts- und Handelsgeschichte, Sektion Grundlagen Marxismus-Leninismus, Handelshochschule Leipzig.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Jacobeit, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Direktor des Museums für Volkskunde, Staatliche Museen zu Berlin.
- Kornakovskij, Igor' L'jubovič, Kandidat der historischen Wissenschaften, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sektors für historisch-soziologische Untersuchungen, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leiter der Abteilung mathematische Methoden in der Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lärmer, Karl, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Geschichte der Produktivkräfte (Industrie), Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Abteilung Agrare Produktivkräfte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Oehmig, Stefan, Diplom-Historiker, Abt. Frühbürgerliche Revolution, Bereich Feudalismus, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Poletaev, Vladimir Evgen'evic, Prof. Dr. der historischen Wissenschaften, Leiter des Sektors für historisch-soziologische Untersuchungen, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.

Rehbein, Elfriede, Prof. Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Rennert, Otto, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie des Sozialismus, Sektion Grundlagen Marxismus-Leninismus, Handelshochschule Leipzig.

Sonntag, Siegfried, Diplom-Wirtschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung mathematische Methoden in der Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schröter, Alfred, Prof. Dr. sc. oec., Stellvertretender Direktor der Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Schultze, Renate, Wissenschaftlicher Aspirant, Lehrstuhl Geschichte, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.

Smelov, Nikolai, Dr. Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler, Aspirant am Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.

Suceveanu, Alexandru, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Archäologisches Institut, Akademie der Wissenschaften der SR Rumänien, Bukarest.

СОДЕРЖАНИЕ

- Аксел Дорнер/Отто Реннерт, К вопросу развития внутренней торговли
во время антифашистского демократического переворота на территории
сегодняшней ГДР
- Н. Смелов, Полемика КПГ с реакционными силами ХДС в борьбе за про-
ведение демократической земельной реформы /2-ое полугодие
1945 года/
- Рenate Шульце, Усиленная классовая борьба в области экономической
политики в ГДР непосредственно после её образования
- Александру Сучевяну, Статьи по вопросу правовых структур сельско-
хозяйственных производств в западнопонтийских городах /2-ое по
3-ье столетие н. э./
- Карл Лермер, Форум ежегодника: "Экономическая история и развитие
науки и техники"
- Эльфриде Ребайн, Место транспортного дела в первобытнообщинных
старовосточных и античных способах производств
- Альфред Шрётер, Важные указания, проливающие свет на историю
государственно-монополистического капитализма
- Хорст Хандке, О буржуазной дилемме назначения буржуазии. К эмпи-
рической попытке вывести социальные структуры из социальных
поведений
- Вольфганг Якобайт/Ханс-Хайнрих Мюллер, Аграрная история и фольклор
Томас Кучинский, Венгерские историки ремесленного дела на новых
путях
- Зигфрид Эпперлайн, К значению ремесла, а также к экономическому и
социальному месту промысловых производителей в средневековых
русских городах. Результаты исследований и проблемы истории
русских городов с 10-ого по 15-ое столетие /1/
- В. Е. Полетаев/И. Л. Корнаковский, Регистрационные карточки как
исторический источник исследования социальных структур производст-
венников на промышленных предприятиях
- Зигфрид Зоннтаг, Сезонные колебания в железнодорожном движении и их
развитие в германской империи /1924 по 1942 год/ и в обоих
немецких государствах /1950 по 1974 год/
- Зигрид Диллвигт, Первоисточники к вопросу социально-экономической
структуры крестьянства в германской империи после 1871 года
- Дитер Баудис, Место экономической истории в системе наук
/19 ноября 1976 года в Берлине/
- Герд Аудринг, Сравнительная история деревенских общин /25-ое по
29-ое мая 1976 года в Варшаве/
- Штефан Эмиг, О роли буржуазии в немецкой раннебуржуазной революции
/25-ое ноября 1975 года в Берлине/
- Библиография литературы ГДР об истории экономики. 10-ый выпуск

CONTENTS

- Axel Dorner / Otto Rennert, On the development of home trade during the anti-fascist-democratic revolution on the territory of the present GDR
- N. Smelov, The discussion of the KPD with the reactionary forces in the CDU during the fight for the accomplishment of the democratic agrarian reform (second half-year of 1945)
- Renate Schultze, The intensified class-struggle on the field of economic policy in the GDR immediately after her foundation
- Alexandru Suceveanu, Contributions on the judicial structure of the agrarian places of production at the western-pontic towns (2 nd to 3 rd century)
- Karl Lärmer, Forum of the yearbook: Economic history and development of science and technology
- Elfriede Rehbein, The position of transportation in the primitive old-oriental and antique modes of production
- Alfred Schröter, Sidelights from the history of state-monopolistic capitalism
- Horst Handke, Of the bourgeois dilemma of definition of the bourgeoisie. On an empiric experiment to derive social structures from social modes of conduct
- Wolfgang Jacobeit / Hans-Heinrich Müller, Agrarian history and folklore
- Thomas Kuczynski, Hungarian craft-historians on new paths
- Siegfried Epperlein, On the significance of craft and on the economic and social position of industrial producers at the mediaval Russian town. Results of research and problems of the history of the Russian town from 10 th to 15 th century (I)
- V. E. Poletaev / I. L. Kornakovskij, Registration cards as a historic source in the research of the social structure of production workers in industrial enterprises
- Siegfried Sonntag, Seasonal fluctuation in railway traffic and its development in the German Reich (1924 to 1942) and in the two German states (1950 to 1974)
- Sigrid Dillwitz, Sources on the social-economic structure of the peasantry in the German Reich after 1871
- Dieter Baudis, The position of economic history in the system of sciences (Nov. 19 th 1976 in Berlin)
- Gert Audring, Comparative history of village communities (May 25 th to May 29 th 1976 in Warsaw)
- Stefan Oehmig, On the role in the bourgeoisie in the early-bourgeois German revolution (November 25 th 1975 in Berlin)
- Bibliography of economic-historical literature of the GDR, 10 th delivery

- Axel Dorner / Otto Rennert, Sur le développement du commerce intérieur pendant la révolution antifasciste-démocratique sur le territoire de la République Démocratique Allemande d'aujourd'hui
- N. Smelov, Discussion du parti communiste avec les forces réactionnaires du parti CDU dans sa lutte de faire passer la réforme agraire (2^e moitié de 1945)
- Renate Schultze, La lutte des classes aggravée dans le domaine économique-politique en R. D. A. immédiatement après sa création
- Alexandru Suceveanu, Contributions à la structure juridique des endroits de production agricole dans les cités pontiques occidentales (2^e à 3^e siècle de notre ère)
- Karl Lärmer, Forum d'annuaire: "Histoire économique et développement des sciences et de la technique"
- Elfriede Rehbein, La position des transports dans les primaires productions sociales ancien-orientales et antiques
- Alfred Schröter, Traits de lumière sur l'histoire du capitalisme monopoliste d'Etat
- Horst Handke, Observations sur le dilemme bourgeois concernant la détermination de la bourgeoisie. Quelques mots sur une tentative empirique de déduire des structures sociales des manières de comportement sociales
- Wolfgang Jacobeit / Hans-Heinrich Müller, Histoire agraire et folklore
- Thomas Kuczynski, Les historiens de l'artisanat de la Hongrie ont trouvé de nouvelles méthodes
- Siegfried Epperlein, Sur l'importance du métier ainsi que sur la position économique et sociale des producteurs industriels dans la ville russe au Moyen Age. Résultats de recherches et problèmes concernant l'histoire de la ville russe du 10^e à 15^e siècles (I)
- V. E. Poletaev / I. L. Kornakovskij, Fiches enregistreuses comme source historique pour les recherches de la structure sociale d'ouvriers de production dans les entreprises d'industrie
- Siegfried Sonntag, Fluctuations saisonnières de la circulation ferroviaire et leur développement dans l'Empire Allemand (de 1924 à 1942) et dans les deux Etats allemands (de 1950 à 1974)
- Sigrid Dillwitz, Sources de la structure socio-économique de la paysannerie dans l'Empire Allemand après 1871
- Dieter Baudis, La position de l'histoire économique au système des sciences (19 novembre 1976 à Berlin)
- Gert Audring, Histoire comparée des communautés villageoises (du 25 au 29 mai 1976 à Varsovie)
- Stefan Oehmig, Remarques sur le rôle de la bourgeoisie dans la révolution allemande protobourgeoise (25 novembre 1975 à Berlin)
- Bibliographie de la littérature de l'histoire économique de la R. D. A., 10^e fascicule

- Axel Dorner / Otto Rennert, Acerca del desarrollo del comercio interior durante la transformación antifascista-democrática en el territorio que actualmente constituye la R. D. A.
- N. Smelov, La disputa del Partido Comunista Alemán con las fuerzas reaccionarias dentro de la Unión Demócrata-Cristiano peleando por la realización de la reforma agraria democrática (segundo semestre de 1945)
- Renate Schultze, La lucha de clases intensificada en el terreno económico-político dentro de la R. D. A. inmediatamente después de su fundación
- Alexandru Suceveanu, Una contribución acerca de la estructura jurídica de los sitios de producción agraria en las ciudades del Ponto occidental (los siglos dos hasta tres de nuestra época)
- Karl Lärmer, Foro del anuario: "Historia económica y el desarrollo de la ciencia y de la técnica"
- Elfriede Rehbein, La posición del transporte dentro de la manera de producir en los tiempos de la sociedad primitiva oriental-antigua y de la antigüedad
- Alfred Schröter, Rastros de luz aclarando la historia del capitalismo monopolio-estatal
- Horst Handke, Sobre el dilema burgués de la definición de la burguesía. Acerca de un ensayo empírico de deducit estructuras sociales de maneras de conducta sociales
- Wolfgang Jacobeit / Hans-Heinrich Müller, Historia agraria y folklore
- Thomas Kuczynski, Los historiadores sobre problemas del artesanado en Hungría se hallan en rumbo nuevo
- Siegfried Epperlein, El papel del artesanado y la posición económica y social de los productores del oficio en la ciudad medieval rusa. Resultados de investigación y problemas de la historia de la ciudad rusa desde el siglo X hasta el siglo XV (I)
- V. E. Poletaev / I. L. Kornakovskij, Fichas de registro como fuente histórica para investigar la estructura social de trabajadores de producción en empresas industriales
- Siegfried Sonntag, Fluctuaciones del transporte ferrocarril a causa de la temporada y su desarrollo en el "Reich" alemán (desde 1924 hasta 1942) y en ambos estados alemanes (desde 1950 hasta 1974)
- Sigrid Dillwitz, Fuentes acerca de la estructura económica-social del campesinado en el Imperio alemán después 1871
- Dieter Baudis, La posición de la historia económica dentro del sistema de las ciencias (el 19 de noviembre de 1976 en Berlín)
- Gert Audring, Historia comparativa de las comunidades aldeanas (desde el 25 hasta el 29 de mayo de 1976 en Varsovia)
- Stefan Oehmig, Acerca del papel de la burguesía durante la revolución burguesa temprana (el 25 de noviembre de 1975 en Berlín)
- Bibliografía de literatura económico-histórica de la R. D. A., suministro décimo

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jürgen Kuczynski
Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Oktoberrevolution

Monika Schulze
Die Lage der Arbeiter und der Klassenkampf in kapitalistischen Betrieben der Sowjetunion in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik

Hartmut Mehls
Der Erfahrungsaustausch des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg mit sowjetischen Partnerbetrieben 1956 bis 1960

Werner Pade
Die Handelsbeziehungen des deutschen Imperialismus zu Argentinien (1918 bis 1933)

Günther Meyer
Deutsches Kapital in Niederländisch-Indien vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg

Horst Handke
Untersuchungen August Bebels zur Lage der arbeitenden Klasse (achtziger und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts)

Fritz Staude
Clara Zetkins Positionen zur Rolle der Frauenberufsarbeit

Hartmut Harnisch
Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07

Siegfried Epperlein
Zur Rolle der Kaufleute und des Handels in der mittelalterlichen russischen Stadt. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (II)

M. A. Dandamaev
Zur Sklaverei im Neubabylonischen Reich
Gimillu, ein Tempelsklave von Eanna in Uruk (6. Jahrhundert v. u. Z.)

Hagen Fischer
Zu den Beziehungen zwischen dem Römischen Reich und den Völkern des Steppengürtels nördlich vom Schwarzen Meer

Hans-Heinrich Müller
Wirtschaftsgeschichte und Kunst

Jürgen Kuczynski
Eine wertvolle Arbeit - leider mit einem Zuschuß von Philosophie

Hermann Lehmann

Zur Betrachtung der Klassenstruktur in der klassischen politischen
Ökonomie des Bürgertums

Renate Günther

Das Bild in der Betriebsgeschichte (11. bis 13. November 1976 in Berlin)

Wilfried Strenz

Historische Geographie auf dem XXIII. Internationalen Geographen-Kongreß
(27. Juli bis 3. August 1976 in Moskau)

Sigrid Dillwitz

Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb während des Übergangs vom Feudalismus
zum Kapitalismus (15. bis 17. September 1976 in Rostock)

Wolfram Brandes / Marlene Njammach

Die Herausbildung des Feudalismus in Byzanz (15. bis 18. Dezember 1976 in
Schwerin)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Jürgen Kuczynski

Vier Revolutionen der Produktivkräfte

Theorie und Vergleiche

Mit kritischen Bemerkungen und Ergänzungen von Wolfgang Jonas

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Band 8)

1975. X, 194 Seiten — 2 Abbildungen — gr. 8° — M 15,—

Bestell-Nr. 752 748 3 (2140/8)

Ein Hauptthema dieses Buches ist die Untersuchung der Entwicklung der Produktivkräfte in England und anderswo, die zur Schaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse führten und so die Gesellschaft veränderten.

Welches Wachstum der Produktivkräfte verlangte eine grundlegende Veränderung der Produktions- und allgemein der gesellschaftlichen Verhältnisse, führte zu einer solchen Zuspitzung der Widersprüche, daß die Arbeiterklasse historisch in die Lage versetzt wurde, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten? Dies ist ein zweites Hauptthema des Buches.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG

DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

Jörg Roesler

Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR

**Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung
in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie
während der Übergangsperiode
vom Kapitalismus zum Sozialismus**

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Band 11)

1977. Etwa 480 Seiten — gr. 8° — Leinen etwa 30,— M
Bestell-Nr. 753 044 7 (2140/11)

Der Band stellt die erste umfassende wirtschaftshistorische Analyse der Leitungs- und Planungsprozesse in der Industrie der DDR während der Übergangsperiode dar. Der Wirtschaftsmechanismus, der als Mittel zur Verwirklichung der auf Parteitagern beschlossenen und in den Wirtschaftsplänen fixierten Aufgaben entstand, wird im Hauptteil der Arbeit anhand archivalischer Quellen einer eingehenden Betrachtung unterzogen.

Vergleiche mit der Entwicklung der Leitung und Planung in der Sowjetunion und den übrigen RGW-Ländern weisen die prinzipielle Ähnlichkeit des Wirtschaftsmechanismus in den sozialistischen Ländern Europas während der Übergangsperiode nach.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4